Bayerns
Gebührenges...
umfassend das
Gebührenges...
die ...

Bavaria (Germany)





HARVARD LAW LIBRARY

Received DEC 1 / 1929



Wochinger

Banerns Gebührengesetze.

3. Soweiter Berlag (Arthur Sellier) Runden

Das vorliegende Wert bildet bie Ergangung gu

f. Wochinger

Die Prozefigebühren-Befețe für das Deutsche Reich

in der Neutertierung vom 20. Mai 1898, umfassend: Das Gerichtstoftengeset, die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverftändige, die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, die Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Handausgabe mit Erstäuterungen, Tabellen und ausführlichem Sachregister. 8°. (295 S.) In Ganzleinen gebb. Mt. 4-20.

Im Juitizminiiterialblatt für das Königreldt Bayern vom 20. Mai 1899 empfohlen. Borraine St. COS

Banerns

Gebührengesetze

umfaffend

das Gebührengeseth, die Hinterlegungs-Gebührenordnung, die Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher, die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte

nebst einem Anhang

mit den Texten der Gebührenordnungen für die Notare und pfälzischen hnpothekenämter sowie einer Zusammenstellung älterer noch geltender Gebührenvorschriften, Tabellen und aussührlichem Sachregister.

handausgabe mit Erläuterungen für den Gerichtsdienft bearbeitet

oon

Karl Wochinger

rechnungsführender H. Hmtsgerichtsfekretar.



Münden 1904.

J. Schweiter Verlag (Arthur Sellier).

DEC 1 7 1929

12/17/29

Dormort.

Die Einführung des dürgerlichen Gesethuchs, die eine einschneidende Umgestaltung des materiellen dürgerlichen Rechts zur Folge hatte, bedingte auch hinsschlich des landesgesehlich geregelten Gebührenwesens eine umsassende Revision der discherigen Gesethe und Verordnungen. Mit der Schaffung eines einheitlichen dürgerlichen Rechts wurde nämlich eine Anzahl discher durch Landesgeschgebung geordneter Versahren einerseitst reichsgesehlsch bestimmt, andererseits wurden diese einer derartigen Abänderung oder Ergänzung unterzogen, daß die Vestimmungen der früher geltenden Gesethe und Verordnungen im Gebiete des Gebührenwesens nicht mehr anwendbar waren.

So war insbesondere eine Abanderung des bisherigen "Geses über das Gebühren wesen" vom 18. August 1879 dringend geboten. Dieses bedurfte in einzelnen Abeieilungen wie hinsichtlich der dürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und insbesondere der freiwilligen Gerichtsbarkeit sogar einer vollständigen Umarbeitung, während wieder andere Gebührenbestimmungen dem neuen dürgerlichen Rechte angepaßt werden nußten und namentlich sür die Uedergangszeit und die zu Anlage des Grundduchs überleitende Bestimmungen zu tressen waren. Diesen in der nichtstreitigen Gerichtsdarkeit eingetretenen Beränderungen Rechnung tragend und in besonderer Kücksichtnahme auf das neugestaltete niaterielle Recht habe ich es für erspredellch erachtet, den diesbezügslichen Artikeln aussührlichere, den Rahmen von einsachen Kandden.

Die Neuordnung des gerichtlichen Hinterlegungswesens brachte naturgemäß auch eine Revision und Anpasiung der bisherigen Depositalgebührenordnung in der "Hinter»

legungegebühren-Drbnung" mit fich.

Weiter bedurfte die "Gebührenordnung der Gerichtsvollzieher" vom 6. September 1879, soweit deren Vorschriften nicht school durch die Reichs-Gebührenordnung und durch die einschlägigen Bestimmungen des Gebührensgeietzes geregelt worden waren, aus den gleichen Gründen einiger Abänderungen. Von der bisherigen Gebührenordnung bleiben jedoch dis zur Anlage des Grundbuchs und der Einführung des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung die Vorschriften der Sp 5 bis 8 und 10

für die in der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Ver-

mögen zu erledigenden Geschäfte in Rraft.

Einem großen Bedürfniffe entsprechend wurde ferner auch eine vollständige Neuregelung der "Gebühren der Rechtsanwälte in ben Angelegenheiten ber Rechtspflege, der Bermaltung und der Bermaltungsrechtspflege" vorgenommen, ba bie bisherigen in Betracht kommenden Berordnungen v. 15. Dezbr. 1852, 23. Dezbr. 1875 und 25. Septbr. 1879 teils vielfach veraltet und ben nunmehrigen Berhältniffen der Rechtsanwälte nicht mehr entiprechend, teils mit Rücksicht auf das neue bürgerliche Recht abzuändern und zu ergänzen waren. Die tiefgehende umfaffende Begründung diefer neuen Gebührenordnungen vom 26. März 1902 wurde fast vollständig wiedergegeben und bot wenig Anlaß zu weiteren Erläuterungen. Unichließend an diese Gebührenordnungen kamen sodann noch die Gebührenbestimmungen für die Tätigkeit der Rechtsanwälte in den "Berfahren vor den Schiedsgerichten und ben Reichsund Landesversicherungsämtern" zum Abdruck.

In einem Anhang fanden endlich zur abschließenden Ergänzung der diesem Buche gestellten Ausgabe die Notariatsgebührenvordnung, die Gebühren der Notare in Grundbuchsachen, dann die Gebühren der pfälzischen Hypothetenämter durch Wiedergabe des Textes sowie eine Zusammenstellung der dis zur Anlage des Erundbuchs noch gestenden Bestimmungen des disherigen Gebühren-

gefețes turze Aufnahme.

Das vorliegende Buch wurde unter besonderer Rücksicht auf seine Verwendung im gerichtlichen Dienste ausgearbeitet; von Erläuterungen zu den Gebührenvorschriften sir die Vershandlungen der Notare und jür die Angelegenheiten der inneren Polizei- und Finanzverwaltung wurde deshald abgesehen. Es schließt sich dem von mir früher herausgegebenen die Reichs-Gebührengesehe behandelnden Buche "Die Prozeßgebührengesehe für das Deutsche Neich" an und bildet mit diesem zusammen ein die gesante sür den Gerichtsdienst in Vertacht kommende Gebührengesehgebung umfassends, abgesichlossenes Ganzes.

Möge auch diese Handausgabe gleich ben Brozengebührengesetzen wohlwollende Würdigung und Aufnahme sinden.

Nürnberg, im November 1903.

Karl Wochinger.

Inhalts-Verzeichnis.

A. Das banerifche Gefet über das Gebührenwefen nach ber Befanntmachung vom 11. Rovember 1899	Geite 1
I. Abteilung. Ginleitenbe Beftimmungen (Art.	
1-6)	1
II. Abteilung. Burgerliche Rechtsftreitigkeiten . I. Abschnitt. Zwangsverfteigerung und Zwangsver-	14
waltung (Art. 7—22)	14
II. Abschnitt. Sonstige Gegenstände (Art. 23-25) .	28
III. Abteilung. Strafjachen I. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen (Art. 26) II. Abschnitt. Horstrügesachen (Art. 27—31). III. Abschnitt. Strasbersachen im Verwaltungswege	32
I. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen (Art. 26) .	32
II. Abschnitt. Forstrügesachen (Art. 27-31)	33
111. Abschnitt. Strafversahren im Verwaltungswege	0.0
(Art. 32–38)	36
IV. Abteilung. Ungelegen beiten ber freiwilligen	0.7
Gerichtsbarkeit	37
1. Abignitt. Augemeine Bestimmungen (Art. 39—03)	37 51
II. Abschnitt. Berhandlungen der Gerichte (Art. 54 – 143) 1. Zeugnisse, Beglaubigungen und Aussertigungen	91
(Art 54)	51
(Art. 54)	53
3. Familienfideikommisse (Art. 78-82)	67
4. Vormundschaften (Art. 83-93)	70
5. Nachlaß- und Teilungssachen (Art. 94-115) .	88
6. Grundbuchjachen (Art. 116-127) 7. Sonstige Gegenstände (Art. 128-143)	133
7. Sonftige Gegenstände (Art. 128-143)	151
III. Abichnitt. Berhandlungen der Notare (Art. 144 – 192) IV. Abichnitt. Amtshandlungen der Gerichtsvollzieher	162
(Art. 193 – 197)	177
	111
V. Abteilung. Justiz-, innere, Polizei- und Fi- nanz-Berwaltung; Berwaltungsrechts-	
pflege (Art. 198–235)	181
	101
VI. Abteilung. Anftellungen und besondere Ber- leihungen (Art. 236-246)	195
VII. Abteilung. Sonftige Gegen ft ande	198 198
II Mischwitt Majorkara Maftimmungen (Mrt. 247, 248)	199
II. Abschnitt. Besondere Bestimmungen	199
Titel II. Gebühren-Aquivalent (Art. 254—256)	201

Titel IV. Verscherungsverträge (Art. 265–269) Titel IV. Vondbarbartehen (Art. 270–278) VIII. Abteilung. Gemeinsame Bestimmungen (Art. 279–295) IX. Abteilung. Schlußbestimmungen (Art. 279–295) IX. Abteilung. Schlußbestimmungen (Art. 296–315) B. Hiterlegungs-Gebührenordnung vom 25. Dezember 1899 Einleitende Bestimmung (§ 1) I. Hinterlegungen bei den amtsgerichtlichen Hinterlegungssstellen und der K. Bank (§§ 2—7) II. Hinterlegungen bei den Adaren (§ 8) III. Mageneine Bestimmungen (§§ 9—17) C. Tie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchte Berordnung vom 16. Dezember 1899 C. Tie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchte Berordnung vom 16. Dezember 1899 C. Tie Gebühren für Berrachme einer Urtundsperson bei Anszeichnung oder Entstigelung im Konsursverschen (§ 3) Gebühren sür Bernahme einer össentlichen Berwalter (§ 5) Gebühren sür Bernahme einer össentlichen Berwalter (§ 5) Gebühren sür ein nach §§ 293, 295 b. B.G.B. zu bewertstelligendes Angebot (§ 7) Gebühren sür einen Mahnwersahren (§ 11) Gebühren sür einen Mahnwersahren (§ 11) Bestängen sehernvastrung und Beausstädtigung von gepsändertm Gegenständen (§ 12) Midsenniah von Schreibgebühren sür einen Mahnbrief (§ 14) Berfahren bei Erinmerungen gegen den Ansahnbrief (§ 14) Berfahren bei Erinmerungen gegen den Ansahnbrief (§ 14) Berfahren bei Erinmerungen gegen den Ansahnbrief (§ 14) D. Die Gebühren der Berthsannwälte. K. Allerhöchte Berordnung vom 26. März 1902 I. Die Gebühren der Bereiten der Rechtsannwälte in den Ungelegen heiten der Rechtsansumpen der Bestimmungen bei Gelouberen	Titel III. Öffentliche Mobiliarverfteigerungen (Art.	Seite
Titel IV. Bersicherungsverträge (Art. 265 – 269) 208 Titel V. Dombarddarleßen (Art. 270 – 278) 208 VIII. Abteilung. Gemeinsame Bestimmungen (Art. 279 – 295)		909
Titel V. Lombardbarlehen (Art. 270—278) . 208 VIII. Abteilung. Gemeinsame Bestimmungen (Art. 279—295)		
VIII. Abteilung. Gemeinsame Bestimmungen (Art. 279—295)		
1X. Abteilung. Schlußbestimmungen (Art. 296—315) 1X. Abteilung. Schlußbestimmungen (Art. 296—315) 221 B. Hinterlegungs-Gebührenordnung vom 25. Dezember 1899 232 L. Hinterlegungen bei den amtägerichtlichen hinterlegungsfielen und der K. Bank (§§ 2—7) 233 II. Hinterlegung bei den Adtaren (§ 8) 240 231 II. Allgemeine Bestimmungen (§§ 9—17) 240 C. Die Gebührenvorschristen der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchte Bestimmungen (§§ 1, 2) 246 C. Die Gebührenvorschristen der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchten serröhung vom 16. Dezember 1899 246 C. Die Gebührenvorschristen der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchten serröhung vom 16. Dezember 1899 246 C. Die Gebühren gerichten der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchten serröhung seiner Urtundsperson bei Auszeichnung der Konstursversahren (§ 3) 246 C. Die Gebühren gerichtung einer Urtundsperson bei Auszeichnung der Konstursderschaften (§ 3) 246 C. Die Gebühren für Abernahme einer Bientlichen Berichtegen 246 C. Die Gebühren gerichtung (§ 1, 2) 246 C. Die Gebühren gerichten der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchten 189 247 248 248 249 249 249 249 249 240 240 240		200
IX. Abteilung. Schlußbestimmung en (Art. 296—315) 231 232 B. Hinterlegungs-Gedührenordnung vom 25. Dezember 1899 232 L. Hinterlegungen bei den amtägerichtlichen Hinterlegungs-stellen und der K. Bank (§§ 2—7) 233 II. Hinterlegung bei den Antaren (§ 8) 233 II. Hinterlegung bei den Notaren (§ 8) 240 241 240 C. Tie Gedührenvorschriften der Gerichtsvolkzieher. K. Allerböchte Bestimmungen (§§ 9—17) 240 C. Tie Gedührenvorschriften der Gerichtsvolkzieher. K. Allerböchten für Berradnung vom 16. Dezember 1899 246 246 246 25inleitende Bestimmungen (§§ 1, 2) 366 366 366 366 366 366 366 3		210
B. Hinterlegungs-Gebührenordnung vom 25. Dezember 1899 Ginleitende Bestimmung (§ 1)	IV Officience & follow fine from municipal (Offit 206 215)	
Einleitende Befrimmung (§ 1) I. Sinterlegungen bei den amtögerichtlichen Hinterlegungöftellen und der K. Bank (§§ 2—7) II. Hinterlegung bei den Motaren (§ 8) II. Hinterlegung bei den Motaren (§ 8) III. Mügemeine Bestimmungen (§§ 9—17) 240 C. Tie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerböchte Verordnung vom 16. Dezemder 1899 246 Einleitende Bestimmungen (§§ 1, 2) Gebühren sür Verrichtung einer Urfundsperson bei Auszeichnung der Konkursmasse und für Vornahme einer Siegelung oder Entstiegelung im Konkursversahren (§ 3) 247 Gebühren sür Verrichtung einer Urfundsperson bei Auszeichnung der Konkursmasse und für Vornahme einer Siegelung oder Entstiegelung im Konkursversahren (§ 3) 248 Gebühren sür Vornahme einer öffentlichen Versteigerung (§ 4) Gebühren sür Vusstührung von Zwangöniaßtregeln in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsdarfeit (§ 6) 250 Gebühren sür Ausstührung von Zwangöniaßtregeln in Angelegenschimmungen (§ 13) 253 Gebühren sür Vusstühren sür einen Mahnbries (§ 14) Berschren sür Vusstagen (§ 13) 254 Berschren sür Vusstühren sür einen Mahnbries (§ 14) Berschren sei Erinnerungen gegen den Ansabnbries (§ 14) Berschren bei Erinnerungen gegen den Ansabnbries (§ 16) D. Die Gebühren der Mechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902 I. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte besonderen Annwendung der Reichsgebührenordnung bei besonderen		
I. Hinterlegungen bei den amtsgerichtlichen Hinterlegungsfellen und der K. Bank (§§ 2—7). I. Hinterlegung bei den Notaren (§ 8). II. Hilgemeine Bestimmungen (§§ 9—17). C. Sie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerböckte Berordnung vom 16. Dezember 1899. C. Sie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerböckten Bestimmungen (§§ 1, 2). C. Sie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerböckten Bertichtung vom 16. Dezember 1899. 246 Cinseitende Bestimmungen (§§ 1, 2). Cebühren sur Kerrichtung einer Urtundsperson bei Auszeichnung der Konkursmasse und für Vornahme einer Siegelung oder Entstegelung im Konkursderschren (§ 3). Cebühren sur Werrichtung einer distenden an den Verwalter (§ 5) Gebühren sur Liebung im Konkursderschren (§ 3). Cebühren sur Liebung vom Vornahstücken an den Verwalter (§ 5) Gebühren sur Liebung vom Vornahstücken an den Verwalter (§ 5) Gebühren sur Liebung vornahmen einer Sischuren (§ 8, 9). 250 Gebühren sur Liebung vornahmen (§ 10). Coebühren sur Machidverschren (§ 10). Coebühren sur Machidverschren (§ 11). Coebühren sur Machidverschren (§ 11). Coebühren sur Machidverschren (§ 12). Coebühren sur Machidverschren (§ 13). Coebühren sur Machidverschren (§ 14) Coebühren sur Machidverschren (§ 15). Coebühren sur Machidverschren (§ 16) Coebühren sur Machidverschren (§ 1		
ftellen und der K. Bank (§§ 2—7)		232
II. Hinterlegung bei den Notaren (§ 8)	I. hinterlegungen bei ben amtsgerichtlichen hinterlegungs-	
II. Hinterlegung bei den Notaren (§ 8)	ftellen und ber R. Bank (§§ 2-7)	233
C. Die Gebührenvorschriften der Gericktvollzieher. K. Allerböckte Verordnung vom 16. Dezember 1899 C. Die Gebührenvorschriften der Gericktvollzieher. K. Allerböckte Verordnung vom 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren von 16. Dezember 1899 Children der Verricktung einer Urkundsperson dei Auszeichnung der Konkursmasse (§ 1, 2) Gebühren sür Verricktung einer Urkundsperson dei Auszeichnung der Konkursdersahren (§ 3) C. Die Gebühren von 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren von 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren sir Verricktung von 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren sir Verricktung von 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren sir Verricktung von 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren sir verricktung von 16. Dezember 18 Auszeichnung von 16. Dezember 18 Auszeichnung von 16. Dezember 1899 C. Die Gebühren der Gerindnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöckte Verordnung vom 26. Wärz 1902 C. Die Gebühren verschungen der Rechtsanwälte in den Angele ge nheiten der Rechtsanwälte in den Angele ge nheiten der Rechtsanwälte in den Angele ge nheiten der Rechtsanwälte von 16-258	II. Hinterlegung bei ben Notaren (§ 8)	240
C. Tie Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher. K. Allerhöchste Berordnung vom 16. Dezember 1899	III. Allgemeine Bestimmungen (§§ 9-17)	240
höchste Verodnung vom 16. Dezember 1899		
Einleitende Beftimmungen (§§ 1, 2). Gebühren für Verrichtung einer Urkundsperson bei Aufzeichnung der Konkursmasse und für Voruahme einer Siegelung oder Entsteglung im Konkursversahren (§ 3). Gebühren für Vornahme einer öffentlichen Versteigerung (§ 4) Gebühren für Aussiührung von Zwangsniahregeln in Angelegenheien der freiwilligen Gerichtebarkeit (§ 6). Gebühren für unsstührung von Zwangsniahregeln in Angelegenheien der freiwilligen Gerichtebarkeit (§ 6). Gebühren für ein nach SS 293, 295 d. B.G.B. zu derühren für einen Achtories (§ 8, 9). Zogebühren im Wechselversahren (§ 8, 8, 9). Gebühren für veinen Achtories (§ 10). Sebühren für Berwahrung und Beaufsichtgung von gepfändern Gegenständen (§ 12). Versahren bei Erinnerungen gegen den Ansabries (§ 14) Versahren bei Erinnerungen gegen den Ansabries (§ 14) Versahren bei Erinnerungen gegen den Ansabries (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902. L Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte besonderen.	höchite Bergrannng nam 16 Dezember 1899	246
Gebühren für Berrichtung einer Urkundsperson bei Kufzeichnung der Konkurdnaffe und für Bornahme einer Siegelung oder Entsteglung im Konkurderen (§ 3)		
nung der Konkursmasse und für Vornahme einer Siegelung oder Entsiegelung im Konkursderschenen (§ 3) Gebühren sür Vornahme einer dientlichen Versteigerung (§ 4) Gebühren sür Vergade von Grundstücken an den Verwalter (§ 5) Gebühren sür Aussührung von Zwangsmaßregeln in Angelegensheiten der steiwilligen Gerichtsdarkeit (§ 6) Gebühren sür ein nach §§ 293, 295 d. B.G.B. zu dewerkstelligendes Angedot (§ 7) Gebühren sür ein nach §§ 293, 295 d. B.G.B. zu dewerkstelligendes Angedot (§ 7) Gebühren sür einen Nachnbrief (§ 10) Sebühren sür einen Nachnbrief (§ 10) Sebühren sür Berwahrung und Beaussichtigung von gepfändeten Gegenständen (§ 12) Migemeine Bestimmungen (§ 13) Nichtansah von Schreidsebühren sür einen Mahnbrief (§ 14) Berfahren bei Erinnerungen gegen den Ansahver (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchte Berordnung vom 26. März 1902 1. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwähren besondnung der Besicheren	Chapting für Nerrichtung einer Unturkengen hei Weitseich-	240
oder Entsiegelung im Konturdversahren (§ 3)	nung her Ponturamosse und für Rornohme einer Giegelung	
Gebühren für Kornahme einer öffentlichen Bersteigerung (§ 4) Gebühren für Übergabe von Grundstüden an den Verwalter (§ 5) Gebühren für Ausführung von Zwangsnahregeln in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsdarteit (§ 6) Gebühren für ein nach §§ 293, 295 d. B.G.B. zu bewertstelligendes Angebot (§ 7) Gebühren im Bechselversahren (§§ 8, 9) Gebühren im Bechselversahren (§§ 8, 9) Gebühren im Adhubretahren (§§ 10) Gebühren für Berwahrung und Beaufsichtigung von gepfändern im Adhubersahren (§ 12) Allgemeine Gestimmungen (§ 13) Gebühren bei Grinnerungen gegen den Anshvires (§ 14) Bersahren bei Erinnerungen gegen den Anshvires (§ 14) Bersahren bei Erinnerungen gegen den Anshvires (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902 1. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte besonderen		947
Gebühren für Übergabe von Grundftücken an den Verwalter (§ 5) Gebühren für Ausführung von Zwangsniaßregeln in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit (§ 6)		
Gebühren für Ausführung von Iwangsniaßregeln in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsdarkeit (§ 6)		
legenheiten der freiwilligen Gerichtsdarteit (§ 6). Gebühren für ein nach §§ 293, 295 d. B.G.D. zu bewerkftelligendes Angebot (§ 7)		440
Gebühren für ein nach §§ 293, 295 b. B.G.B. zu bewerkftelligendes Angebot (§ 7) Gebühren im Wechselversahren (§ 8, 9) Gebühren im Wahnwersahren (§ 10) Gebühren im Wahnwersahren (§ 11) Gebühren im Wahnwersahren (§ 11) Sebühren im Wahnwersahren (§ 12) Magemeine Bestwahrung und Beaussichtigung von gepfänderten Gegenständen (§ 12) Michtansah von Schreibgebühren für einen Wahnbrief (§ 14) Bersahren bei Erinnerungen gegen den Ansahvon Gebühren vor Auslagen (§ 15) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwätte. K. Allerhöchte Berordnung vom 26. Wärz 1902 I. Die Gebühren der Rechtsanwätte in den Angele gen heiten der Rechtsanwätte in den Angele gen heiten der Rechtsanwätte besonderen 258	legenheiten her freimilligen (Merichtaharfeit (S. 6)	250
ftelligendes Angebot (§ 7) Gebühren im Wechjelversahren (§ 8, 8, 9) Gebühren für einen Wahnbrief (§ 10) Gebühren für einen Wahnbrief (§ 10) Gebühren für Werwahrung und Veaufsichtigung von gepfändern (§ 12) Magemeine Vestimmungen (§ 13) Nichtansa von Schreibgebühren für einen Wahnbrief (§ 14) Versahren bei Erinnerungen gegen den Ansah von Gebühren oder Aussagen (§ 15) Lötergangsbestimmung dis zur Ansage des Grundbuchs (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Verordnung vom 26. März 1902 L. Die Gebühren der Nechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte beschenderen Sessimmung bei besonderen	Gehühren für ein nach 88 293 295 h R G R 211 hemerts	200
Schühren im Mahnversahren (§ 11)	ftelligended Ungehot (\$ 7)	250
Schühren im Mahnversahren (§ 11)	Gehühren im Rechielnerighren (88 8 9)	
Gebühren im Mahnverfahren (§ 11)	Gehühren für einen Mahuhrief (8, 10)	
Gebühren für Verwahrung und Beaufsichtigung von gepfänbeten Gegenständen (§ 12)	Gehühren im Mahuneriahren (S 11)	
beten Gegenständen (§ 12) Allgemeine Bestimmungen (§ 13) Alighameine Bestimmungen (§ 13) Alighansab von Schreibgebühren für einen Mahnbrief (§ 14) Bersahren bei Erinnerungen gegen den Ansab von Gebühren voer Auslagen (§ 15) Abergangsbestimmung die zur Anlage des Grundbuchs (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902 I. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte der de Solution der Schreiberen Solution der Keichsanwälten der Bespoleren	Gehühren für Rermahrung und Requisichtiqung non genfän-	200
Allgemeine Bestimmungen (§ 13) Richtansa von Schreibgebühren für einen Mahnbrief (§ 14) Bersahren bei Erinnerungen gegen den Ansah von Gebühren oder Aussagen (§ 15) Übergangsbestimmung dis zur Ansage des Grundbuchs (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902 I. Die Gebühren der Nechtsanwälte in den Angelegen heiten der Rechtsanwälte in ben Angelegen heiten der Rechtsanbend bei besonderen		253
Richtansas von Schreibgebühren für einen Mahnbrief (§ 14) Berfahren bei Erinnerungen gegen den Anjah von Gebühren oder Austagen (§ 15)	Allgemeine Bestimmungen (8 13)	
Berfahren bei Erinnerungen gegen den Ansah von Gebühren ober Auslagen (§ 15)	Michtaniak nan Schreihgehühren für einen Mahnhrief (8 14)	
D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerböchte Berordnung vom 26. Wärz 1902	Berfahren bei Erinnerungen gegen ben Aniak non Gehühren	
Ubergangsbestimmung bis zur Anlage des Grundbuchs (§ 16) D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902	nher Auslagen (8 15)	255
D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte. K. Allerhöchste Berordnung vom 26. März 1902	Übergangsbeftimmung bis zur Unlage bes Grundbuche (§ 16)	
Berordnung vom 26. März 1902		
I. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegenheiten der Rechtspilege 258 Anwendung der Reichsgebührenordnung bei besonderen	D. Die Gebuhrendronungen der Regisanwaite. St. Auerhochte	958
gelegenheiten der Rechtspilege 258 Unwendung der Reichsgebührenordnung bei besonderen	I Die Webühnen ben Wechtsenmälte in ben We-	200
Anwendung der Reichsgebührenordnung bei besonderen	1. Die Gebungten ber neugtsunbutte in ben un-	959
		200
landadagiatlich agracultan Myazahhartahran (Mat 1 2) 360	landesgesetlich geregelten Prozesbersahren (Art. 1—3)	260
Einleitende Bestimmung (Art. 4)		
Bestimmung der Bertstlassen und Gebührensätze (Art. 5) 275	Baltimmura han Mantaffallan unh Mahilpraniata (Mat 5)	
Einzelgebühren für Information, Ratserteilung, An-	Ginglochühren für Quigrmation Ratzantailung Ma-	213
trace and Waishmarken Whiching non Coursing	träge und Beichwerden. Absailung von Schreiben.	

	Seite
Bahrnehmung von Terminen, Mitwirkung bei Ber-	
gleichen, Entwerfen einer Urtunde (Art. 6-12)	276
Bebührenbestimmung für vorbereitete ober begonnene	
aber nicht vollständig ausgeführte Geschäfte (Art. 13)	290
Gebühren in derfelben Inftang (Art. 14)	290
Wertsberechnung (Art. 15)	292
Gebührenfreiheit von mit ber Erledigung eines Beichaftes	
verbundenen Rebengeschäften (Art. 16)	293
Gebühren im Zwangeversteigerunge- und Zwangever-	
waltungsversahren (Art. 17-23)	294
Gebühren in Nachlag- und Gütertrennungesachen (Art. 24)	
Gebühren für einzelne Anfträge in den vorangeführten	
Muselegenheiten (Mrt 95)	315
Angelegenheiten (Art. 25)	310
bühr nicht bestimmt ist (Art. 26)	316
Schlußbestimmungen (Art. 27—29)	317
Schubbeltimmungen (att. 21-25)	911
II. Die Gebühren ber Rechtsanwälte in ben Un-	
gelegenheiten ber Bermaltung und ber Ber-	
waltungsrechtspflege	
Einzelgebühren für die Information, Ratecrteilung,	
Stellung von Antragen und Beichwerben, Abfaffung	
eines Schreibens, Bahrnehmung eines Termins, Mit-	
wirtung beim Bergleichsabschluß, Entwerfen einer	
Urfunde (Art. 1-7)	325
Gebühr für das vorbereitete ober begonnene aber nicht	
vollständig durchgeführte Geschäft (Art. 8)	332
Gebührenfreiheit von Rebengeschäften neben ber Saupt-	000
thätigkeit (Art. 9)	332
Gebührenausmaß (Art. 10)	333
Gebührenerhöhung (Art. 11)	333
Tagegelber und Fuhrtoften (Art. 12)	334
Magemeine Bestimmung über Anwendung der Reichs-	
gebührenordnung (Art. 13)	336
Festjepung der Gebühren und Anslagen (Art. 14)	338
Festsetzungsverfahren (Art. 15)	341
Erinnerungen gegen die borläufige Festsetung (Art. 16)	342
Gebührenfreiheit der Festsetzung (Art. 17)	343
Maggabe der Festjegung für den Gebührenanspruch (Art. 18)	
Boraussetung zur gerichtlichen Geltendmachung bes	
Gebührenanspruchs (Art. 19)	343
Bebühren im Strafverfahren im Berwaltungeweg und	
im Dienstftrafverfahren (Art. 20)	344
Schlußbestimmungen (Art. 21-25)	347
III. Die Gebühren der Rechtsanwälte im Ber-	
fahren vor ben Schiedegerichten und bem	į.
Reichsversicherungsamte. Raiferliche Berorb	
nung nam 22 Dezember 1901	348

fahren vor dem Rgl. Landes-Berjicherungs- amte. Königliche Merhöchste Berordnung vom 4. April 1902	349
E. Anhang.	
1. Die Notariatsgebühren ordnung. Königliche Allerhöchste Berordnung vom 28. Dezember 1899	351
2. Die Gebühren ber Notare in Grundbuch- jachen. Königliche Allerhöchste Berordnung vom 28. Juli 1900	372
3. Die Gebühren bei ben pfalzischen Sppo- thetenamtern	375
4. Zusammenstellung der bis zur Anlage bes Grundbuchs noch geltenden Bestimmungen des früheren Gebührengesets vom 18. August 1879	379
5. Gebührentabellen a) Die Staatsgebühren in der Civilrechtspilege b) Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegen-	383 383
heiten der Rechtspflege	387
Minhabetifdes Cadrenifter	389

Abfürzungen Derzeichnis.

```
N.Bl. d. M. d. J.
                     = Umteblatt bes Staateminifteriume bes
                          Innern.
Muef. Gef.
                     = Musführungsgefes.
B.G.B.
                     = Burgerliches Gejegbuch.
28b.
                    = Band.
Beichl.
                     = Beichluß
Bl. f. bayr. F.W.
                    = Blatter für bagerifches Finanzwejen.
B1. f. R.A.
                    = Blatter für Rechtsanwendung.
                    = Burthard, Kommentar gum bagerischen
Burthard
                          Gebührengejeg.
Einf. Bef.
                     = Einführungegejet.
Entichbg.
                     = Enticheibung.
Fin (F.)M.Bl.
                    = Finangminifterialblatt.
Fin. M. Entichl.
                    = Finangminifterialentichließung.
                    = Gebührenordnung der Rechtsanwälte v.
Geb. D. d. R.A.
                          26. März 1902.
Geb.B. b. G.B.
                    = Gebührenvorschriften ber Gerichtsvollzieher
                          v. 16. Dezbr. 1899.
Geich. D. b. Notare
                    = Geichäftsordnung d. Notare v. 24. Dez. 1899.
G.B.D.
                    = Grundbuchordnung.
B.F.G.
                    = Befet über die Angelegenheiten ber frei-
                          willigen Berichtsbarteit.
G.B.B1.
                     = Gefet und Berordnungeblatt.
Ø.B.D.
                    = Gerichtsvollzieherordnung v. 16. Dez. 1899.
Geb.G.
                    = bagerisches Gebührengeset v. 11. Nov. 1899.
Geret B.D.Glg.
                    = Geret, Berordnungeniammlung.
                    = Beichäftsanweifung.
Geich. Anwig.
S. G. B.
                     = Bandelsgejegbuch.
J.W.
Just.(J.)W.Bl.
                    = Buriftische Wochenschrift.
                    = Juftizminifterialblatt.
Juft. Gefengeb. Musich. = Juftig-Gefengebungsausichuß.
R.d. A. (Abg.)
                    = Rammer ber Abgeordneten.
R.b.R.
                     = Rammer ber Reichsrate.
R & D.
                    = Königliche Berordnung.
R.D.
                    = Ronfursordnung.
Meitel
                    = Meitel, 2. Aufl., bager. Ausführungsgejepe.
```

= Merzbacher, bagerifche Gebühren ber Rechts-Merzbacher anwälte. = Ministerialbekanntmachung. Minift.Bet. Db. 9. 63. = Oberlandesgericht. Dberft 2.03. = Oberftes Landesgericht. Biaff, 5. Aufl. = v. Bfaff und v. Reifenegger, Kommentar zum baperifchen Gebührengefet, 5. Aufl. = "Das Recht". Hreg. v. Dr. S. Th. Sorgel. R.C.B.D. = Reiche-Civilprozefordnung v. 20. Mai 1898. R.G.B1. = Reichegesetblatt. R.G.K.G. = Reichs-Gerichtstoftengeset v. 20. Mai 1898. = Reichs-Gebührenordnung v. 20. Mai 1898. R.G.D. R.G.D. f. R A. für Rechtsanwälte. R.G.D. f. G.B. für Gerichtspollzieher. = Reichs-Gerichtsverfaffungsgefen v. 20. Mai R.G.23.65. 1898. R.Ger.E. = Reichsgerichtsentscheidung. = Reichs-Ronfursordnung v. 20. Mai 1898. R.R.D. R.Str.Br.D. = Reichs-Strafprozefordnung. Rea.(Rag.)Bl. = Regierungeblatt. Sig. b. Entichbg. a. F. = Sammlung ber Entscheidungen alterer Fassung. Sig. b. Entichtg, n. F. = besgleichen neue Folge. Uebergange Bei. = Befet, die Uebergangevorschriften gum Bürgerlichen Gejegbuche betreffend. B.d. N. Aba. = Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten. = Inftruttion gum Bollauge bes Gerichte-Bollz.Inftr. toftengefetes und bes Befetes fiber bas Gebührenweien vom 25. Dezember 1899. = Wechielordnung. Wochinger, Prozefigeb. = Wochinger, die Prozeggebührengejete. Giei. Bm. Gei. = 3manasperfteigerungsgefet.

Ergänzungen und Berichtigungen.

a) Bahrend der Drucklegung erschienen die Ausssührungsvorschriften zum Gesese über das Nachsasweien vom 20. März 1903 (Juft. M. Bl. S. 111) und wird hier nur, soweit diese Vorschriften in den einzelnen Artikeln nicht Erwähnung und Verwendung sinden konnten, nachträglich solgendes ergänzt.

Bu Artitel 96:

Die zur Berichtigung bes Grundsteuerkatasters zu sertigende Abichrift des Erbscheins ist keiner Gebühr auch der Schreibgebühr nicht unterworsen (§ 72 der Auss. Rorschr. z. NachlassGes.).

Bu Artitel 98:

Im Falle des § 60 Abj. VI der Ausf. Borjchr. 3. Nachlaß-Gei, tommt sowost die Gebühr für das Zeugnis über die Fortjetung der Gütergemeinschaft als auch jene für den Erbschein je gesondert zum Ausat.

Bu Urtitel 101:

über gebührenfreie Aufnahme bes Nachlaßverzeichnisses siehe auch Art. 106.

Besondere Beachtung verdienen sodann die nachfolgenden Anordnungen, welche zum Vollzuge der Gebührenvorschriften des Eefekes vom 9. August 1902 das Nachlahweien betreffend erlassen vurden:

1. Nach Art. 94 Abj. 4 bes Gebührengesetes wird, wenn bas gerichtliche Berfahren mit ber Berweijung ber Auseinandersettung an einen Notar endigt, eine Gebühr für das gerichtliche Bermittelungsberfahren nicht erhoben, außer wenn die Museinandersetung nicht innerhalb eines Jahres seit der Berweisung an den Notar vor diesem erfolgt. Das Gericht tann die Frist auf Antrag ober bon Amtswegen verlangern. Erfolgt bie Museinandersetzung nach Ablauf bes Jahres ober, wenn bas Gericht bie Frift verlangert hat, nach Ablauf biefer Frift, jo wird bie für bas gerichtliche Bermittelungeverfahren geschulbete Gebühr auf die für das notarielle Bermittelungeverfahren geschuldete Bebuhr aus Art. 165 angerechnet. Dieraus folgt, bag bas gerichtliche Bermittelungsverfahren gunächst gebührenfrei ift und bag beshalb ber Bert bes Nachlaffes, soweit er nicht aus einem anderen Anlaffe g. B. wegen Erteilung eines Erbicheins, gu ermitteln ift, junachft nicht festgestellt wird. Erfolgt bie Auseinanderjetung bor bem Notare nicht innerhalb ber Frift, fo hat bie für bas gerichtliche Bermittelungsverfahren im Abf. 4 beftimmte Gebühr bon Amtswegen jum Anfage ju gelangen. Dagegen

bleibt es, wenn nach Ablauf der Frist nachträglich ein notarielles Auseinandersetungsversahren stattsindet, den Beteiligten überlassen, auf die für dieses geschuldete Gebühr die sür das gerichtsliche Bermittelungsversahren bezahlte Gebühr zur Anrechnung zu bringen. Auf diese Anrechnungsbesugnis haben die Notare

Die Beteiligten ausbrudlich aufmertfam zu machen.

2. Aus dem flaren Wortlaute des Abf. 4, wonach die für bas gerichtliche Bermittelungsverfahren bezahlte Gebühr unter den dort bestimmten Borausjegungen auf die Gebühr bes Art. 165 angerechnet wird, ergibt fich, bag unter "Auseinanderfegung" im Ginne biefer Befetesporichrift nur die in den Formen bes Bermittelungsverfahrens (§§ 86 ff. bes Bejetes über bie Ungelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit) fich bollziehende Auseinanderjetung, nicht aber die Beurtundung eines Erbteilungs. vertrags burch ben Notar, für welche die Gebühr des Art. 146 Mbj. 1 Dr. 1 b ober bes Art. 145 bes Bebuhrengejeges zu erheben ift. berftanden werden tann. Ift fobin die Anrechnung ber Gebühr für das gerichtliche Bermittelungsverfahren zweifellos nur zulässig, wenn nach Ablauf ber gesetlichen ober ber vom Gerichte bestimmten erweiterten Frift die Auseinandersepung bor bem Notar in ben Formen bes Bermittelungsverfahrens erfolgte, fo fehlt es an einem inneren Grunde bafür, die Umgangnahme von einer Gebühr für bas gerichtliche Berfahren in bem Falle, daß die Auseinandersetung vor dem Rotar innerhalb der Frift erfolgt, in einem weiteren Umfange gu geftatten. Es hat daber auch bann, wenn awar die Auseinanderiegung por bem Rotar innerhalb ber Frift, jedoch nicht in den Formen des Bermittelungsverfahrens, jondern durch Beurkundung eines Erbteilungsvertrags erfolgt, die Gerichtsgebühr von 1/10 ber Gape bes § 8 des Reichs-Berichtstoftengejetes gur Erhebung gu gelangen.

3. Behufs Sicherstellung ber für den Fall nicht rechtzeitiger Unseinandersetung geschuldeten Gerichtsgebühr hat der Gerichtsschühr hat der Gerichtsschühr hat der Gerichtsschühreiber am 1. Januar und 1. Juli ieden Jahres — erstmals am 1. Januar 1904 — auf Grund des Nachlaßverzeichnisses die Nachlaßjachen zusammenzustellen, in denen seit der überweisung an den Votar mehr als ein Jahr oder, sosen seit der Frist verlängert worden ist, die seltgesete Frist verstrichen ist, ohne daß die Nachlaßakten den Notare zurückgesangt sind. Diese Zusammenstellung ist dem Notare zur etwaigen Erinnerung und sosern klass deserbiet, die Frist von Amtswegen zu verlängern, zur Antragstellung mitzuteilen. Nachdem der Nichter die in letztere hinsigt etwa veranlaßten Berfügungen getrossen hat, ist die Gebihr durch den Gerichtsschweiber in den zutressen Källen

au Goll gu ftellen.

Überdies hat der Gerichtsschreiber, wenn die Nachlagakten vom Notare zurückgelangen, zu prüfen, ob etwa die Gebühr des Art. 94 Mbi. 4 zu Soll zu stellen ist und veranlagtenfalls sie zu Soll zu ftellen.

4. Nach Art. 94 Abs. 3 Sat 2 wird ein Drittel und, wenn bas Gericht bereits ben Berteilungsplan ausgestellt hatte, die

Halfte ber für die Auseinandersetzung geschuldeten Gebühr erhoben, wenn das Bersahren sür beruhend erklärt wird, weil im Termine kein Beteiligter erschienen und das Bersahren seitbem mehr als sechs Wonate lang nicht betrieben worden ist. Der entsprechende Bollzug dieser Borschrift ist gelegentlich der Bornahme der örtlichen Gebührenrevision zu überwachen und gegebenenfalls die nachträgliche Sollstellung der Gebühr in Anregung zu bringen.

5. Die Börschriften ber Bekanntmachung der K. Staatsministerien der Justig und der Finanzen vom 6. Dezember 1900, die Erhebung der Gebühren für die von den Notaren vorgenommenen Eröffnungen von Verfügungen von Todeswegen betreffend

(3.M.Bl. S. 1256, F.M.Bl. C. 468), bleiben unberührt.

b) Bu Art. 91. Hinsichtlich ber Bewertung der Bieberverehelichungszeugnisse hat das Oberst. Q.G. mit Beschluß vom 27. Mai 1903 entschieden, daß für dieselben die Zeugnisgebühr des Art. 54 nicht zum Anjaß zu kommen hat, sondern nur die Gebühr des Art. 91 Abs. 2. (Siehe Zeitschrift für das bahr. Gerichtszektratat Ar. 19/03.)

Berichtigung.

Auf Seite 108 Anmertung 5, Zeile 5 muß es ftatt Artifel 51 bes Ausf.G. z. G.B.D heißen z. B.G.B.

A. Das Bayerifche Gefet über das Gebührenwesen

vom 18. August 1879, in der Neufassung vom 11. November 1899.*)

I. Abteilung.

Ginleitende Bestimmungen.

Art. 1.

Die in gegenwärtigem Gesethe bestimmten Gebühren treten an die Stelle der bisherigen Taxen, Einregistrierungsund Stempelgebühren. Dieselben sind öffentliche Abgaben¹) und sließen, soweit nicht gesetlich etwas Anderes bestimmt ist²), in die Staatskasse 3⁴).

1. Unter "öffentliche" Abgaben, als einer Wollettivbezeichnung sind biejenigen zu verstehen, welche im Gegensa zu den aus einem Brivatrechtsverhältnisse entstanden Forderungen des Staates nach den Normen des öffentlichen Rechts, sei es periodisch als direkte Steuern, sei es als indirekte Steuern oder als Gebühren, sür die Inanipruchnahme der staatlichen Thätigteit gesvertrund auferlegt werden. Durch diese gesetliche Charafterisserung der Gebühren — hier sowohl im engeren als auch im weiteren die Auslagen umfassenden Sinne gedraucht — ist seder Ruch. Dausgeschlossen. Seist aber auch siedungthand unsgesprochen, daß auf dieselben die Borichtien des 3. Abschnitzes des VI. Buches der Rechtsstrasprozehonung Anwendung zu sinden haben und genießen sie demnach einerseits das Vorrecht, andererseits den Schut der Schuld der Sneichsitzenden, des eines eine Ausgeschlossen. Diese sür Baupern gestende Rechtsanschaunun ist auch maßgebend sur Erhebung gelangenden Gerichtskossen innerhalb Baherns zur Erhebung gelangenden Gerichtskossen innerhalb Baherns

^{*)} Giehe G.B.Bl. 1899 G. 904 ff.

Vergleiche hiezu die Entschof, d. Oberst. L.G. v. 8. Novbr. 1881, 11. Mai 1882 u. 30. Novbr. 1889 (Sig. d. Entschof, ä. F. Bd. IX S. 332 u. S. 606, dann Bd. XII S. 476), ferner Burkhard, Kommentar

3. bahr. Geb. Gef. I. Aufl. G. 79.

Anders entschieden hat das Neichsgericht, welches den Begriff, offentliche Abgaben" enger saßt und insbesondere den Gebühren sur Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarteit, z. B. den Notariatsgebühren, das Vorrecht nach § 61 3 2 der N.K.D. nicht zugesteht. (N.Ger. v. 11. Mai 1888, Bd. 21 S. 46.) Vergleiche auch Pfaff, 5. Aufl. S. 10.

- 2. Solche Ausnahnebestimmungen sind getrossen für die Gebühren bei Zuwiderhandlungen gegen den Lokalnalzausichkag und sonktige örtliche Gefälle der Gemeinden (Art. 32), sür Vadetagen (Art. 224), für Gemeindeakte (Art. 226), serner bezüglich des Bezuges und der Verwendung von Anstellungs- und Besörderungsadgaben (Art. 238) und endlich für die Gebühren der Verleihung von Adelsdissenen (Art. 240).
- 3. Bas die Berjährung der Gebühren und Auslagen betrifft, so sind hiesär die Bestimmungen der Art. 124, 125 d. Auss. Ges. 3. B.G.B. maßgedend, wonach die Berjährung mit dem Ablause von drei Jahren eintritt. Die Frist beginnt mit dem Schlusse des Kalenderjahres, in welchem Zeitpunkt die Gebühren nud Kuslagen zur Ersebung sällig waren. Nach Ablauf dieze Frist ist der Anspruch des Staates erloschen, d. h. der Schuldner ist nicht gehalten, die eingetretene Berjährung zu seinem Schuldner ist nicht gehalten, die eingetretene Berjährung zu seinem Schulse berschlichtigt werden. Siehe auch § 78 Abs. 2 d. Bollz. Instrumgen vor den nachen, es much vollenschen der Berjährung wird unterbrochen durch Jahlungsaussorberung und durch Stundung. Bergleiche sieher auch den ein Schneider, die bahr. Ausschlichen Bürgerlichen Gesehduche, Erläuterungen zu Art. 124, 125, S. 193 si., S. Wd. XIV. S. 691.
- 4. Eine Ausnahme besteht nur für die Nachforderung von Gerichtstoften im Sinne des § 5 des N.B.C. (Siehe Wochinger, "Prozesigeb. Geiebe" S. 4.) Dieselbe ift hiernach nur zulässig, wenn der berichtigte Ausau vor Ablauf des nächsten Kalendersahres nach rechtstraftiger oder endgültiger Erledigung des Versahrens dem Zahlungspflichtigen eröffnet ist. Diese Vorschrift greift Plat:
 - a) in dem Versahren der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens im Wege der Zwangsvollstreckung (Art. 7),
 - b) in ben burgerlichen Rechtsftreitigkeiten, in welchen bas Berfahren laubesgesehlich geregelt ift (Art. 23),

e) in Forftrügesachen (Art. 27),

serner hinsichtlich der Auslagen in den im Art. 26 aufgezählten gebührenfreien Bersahren und Berhandlungen, da in diesen Angelegenheiten das Neichsgerichtskostengeseh in seinen allgemeinen Bestimmungen Anwendung zu sinden hat. Die Vorschrift bes § 5 bes R.G.K.G. ist nicht anwendbar, wenn an den oder die wirklichen Zahlungspsschichtigen überhaupt teine Zahlungsausschwerung ergangen ist. In diesem Falle sind bie Bestimmungen des Art. 124 d. Anss.G. 3. B.G.B. maßgebend sowie die des § 65 Schlußabsat der vorgenannten Volkzugsinstr. Nicht aber in den Angelegenheiten der sreiwilligen Gerichtsbarkeit, weil in der hiefür maßgebenden Vorschrift des Art. 39 die Bestimmung des § 5 des K.G.C. wicht mit ausgesührt ist. Vergleiche hieher auch § 78 Abs. 1 der obenalleg. Volkzugsinstruktion.

Mrt. 2.

Der Mindestbetrag einer Gebühr ist 20 Pfennig 1), vorbehaltlich der Bestimmung im Art. 266 Abs. 32),

Pfennigbeträge', welche ohne Bruch nicht durch zehn teilbar sind, werden auf den nächst höheren durch zehn teilbaren Betrag abgerundet³).

- 1. Diese Bestimmung trifft nicht zu für Auslagen (§ 79 des R.G.K.G.) z. B. Schreibgebühren. Siehe Wochinger, Prozefigeb. Gef. S. 6.
- 2. Nach Art. 266 Abs. 3 ist der Mindestbetrag der Gebühr für einen Feuerversicherungsvertrag 10 Piennig.
- 3. Die Abrundung hat bei jeder einzelnen Gebühr einzutreten. Sie kommt nicht zur Anwendung in Forfistrasjachen (Art. 30 Abj. 1), da hier der § 59 Abj. 3, Schlußjah des R.G.B. Waß zu geben hat. Weiter ist zu erwähnen, daß die Gerichtsgebühr nach § 40 des R.G.B. für das durch den Gerichtssichreiber an die Post-gerichtete Ersuchen um Bewirkung einer Zustellung in den amtsgerichtlichen Sachen nur 25 Pfennig beträgt und nicht abgerundet wird. Vergl. Wochinger, Prozeßgeb.Gei. S. 6 und 61. Siehe auch Art. 30.

Art. 3.

Gebühren werden nicht erhoben 1):

- 1. für Amtshandlungen, welche unabhängig von dem Verschulden einer Partei im öffentlichen Interesse von Amtswegen gepstogen werden²);
- 2. wenn die Gebühr aus der Reichs- oder Staats-Kasse bezahlt werden müßte3);

Gleiches gilt von der Civillifte des Königs 4).

3. wenn die Tag= und Stempel= oder Gebühren= freiheit durch Gesehe⁵), Verordnungen⁶) oder Staats= verträge⁷) ausgesprochen ist;

4. in Gegenständen der Dienstaufficht und Disziplin8);

1

- 5. in dem Versahren wegen Verhängung von Ordnungs- und Ungehorsamsstrasen im Sinne des Art. 3 Ziffer 1 des Gesetzes zur Aussührung der Reichs-Strasprozesordnung. In der Beschwerdeinstanz findet diese Bestimmung keine Anwendung.
- 1. Dieser Artikel handelt nur von den "allgemeinen" Befreiungen von der Gebührenzahlung. Die "besonderen" Befreiungen find bei den einzelnen Abschnitten eingereiht.

Die Gebührenfreiheit entbindet aber nicht von der Zahlung der baren Auslagen (§ 79 R.G.R.G.) und zwar ist es ohne Belang, ob diese Auslagen zu Gunsten der Staatskasse erhoben werden obernicht.

2. Hiemit sind die sogenannten Offizialsachen gemeint, von deren Aufgählung im Gesetse selbst bei der unübersehdaren Menge derselben natürlich Umgang genommen werden mußte. Ob eine Angelegenheit eine "Offizialsache" oder eine "Karteisache" ist, wird hauptsächlich von dem Gesichtsbunkte zu beurteilen sein, ob sich eine Behörde oder ein Beannter mit ihr ohne Antrag seitens einer privaten Kartei und ohne Beziehung zu einem bestimmten Objekte nur im Interesse des Staates oder Dienstes zu befassen hat.

Rach § 11 der K.B.D. v. 20. Septbr. 1879, G.B.Bl. S. 1198, steht die Enticheidung darüber, ob ein Eegenstand als Amts- oder Barteisache zu behandeln ist, vortbehaltlich des Erinnerungs- und Beschwerderrechts der einschlägigen Finanzbesorben in allen Fallen der in der Sauptiache kompetenten Behörde zu. Bergleiche hierher

Burthard, S. 82, Pfaff, 5. Aufl. S. 12.

3. Dieje Bestimmung entspricht dem Standpunkte, welchen die Reichsgesehung im § 98 des R.G.R.G. gegenüber den Bundes-staaten eingenommen hat. (Siehe Bochinger, Prozeggeb. Gej. S. 133.)

Doch erstreckt sich, wie oben bereits erwähnt, die Besteiung nicht zugleich auch auf die Auslagen (Art. 5 des Geb.G. u. 8,79 des A.G.C.). Wenn auf Antrag des Acrars in Ansehung einer Forderung das Volstreckungsversahren eingeleitet wird und gerichtlicher Pfändungsbeschlüß erlassen oder eine andere gerichtliche Kandlung der Fwangsvollstreckung vorgenommen wird, so sinder der Bestimmung in Art. 3 Jist. 2 im hindlicke auf § 788 Abs. 1 der N.C.B.C. nicht Anwendung, sondern es sind die Gebühren und Auslagen in den Gebührenregistern zu Soll zu stellen. Die Beitreibung der Gerichtstossen hat dann zugleich mit dem zur Jwangsvollstreckung stehenden Amspruch zu ersolgen. (Finanzministerialentschließung vom 14. Mai 1884, Burtsard. S. 85.)

- 4. Um etwaigen Zweifeln hinsichtlich ber Befreiung der Civillifte zu begegnen, war es nötig, diese Bestimmung in das Geses aufzunehmen. Die Gedührenfreiheit des Staatsoberhauptes ift ohnehm selbstverständlich.
 - 5. Cowohl burch Reichs- wie Lanbesgefege.
- Für die Gebuhrenbewertung bei den Gerichten find besonders erwähnenswert die Bestimmungen über:

- a) Armenpflege. Alle auf bicfelbe bezüglichen Angelegenheiten find gebührenfrei. (Giebe Bef. betreff, die offentliche Armen- und Krankenpflege v. 29. April 1869 in ber Fassung v. 30. Juli 1899 Art. 9, G.B.Bl. S. 491.) Bergl. auch Bochinger, Brozeggeb. Gef. G. 134, § 98 bes R G.R.G. Anmerkg. 4 Biff. 1.
- b) Alters-, Anvaliditäts- und Unfallversicherungs-Ungelegenheiten. Die Erjuchen um Rechtshulfe in benjelben find von den Gerichten gebührenfrei gu erledigen. \$ 101 R.G. v. 6. Juli 1884 (R.G. Bl. C. 107), \$ 121 R.G. v. 5. Mai 1886 (R.G.V. S. 172), § 49 Abj. 2 R.G. v. 11. Juli 1887 (R.G.V. S. 306), § 115 A.G. v. 13. Juli 1887 (R.G.Bl. & 371), § 141 R.G. v. 22. Juli 1889 (R.G.BI S. 138).

c) Auseinanberfegung. Die Beurfundung des Bertrages und die Bermittelung berfelben ift unter Umftanden gebührenfrei. Giche Raberes unter lit. g. Che-

verträge Abf. 2.

d) Rgl. Bant. Diejelbe genießt in ihren ftreitigen und nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten Tar-, Stempel- und Portofreiheit (§ 27 ber Allerh. B.D v. 13. Dezbr. 1878. (3.23.21. G. 501).

e) Brandverficherung fiebe Berficherungsmefen unten.

f) Disgiplingrverfahren für richterliche Beamte. Für bas Disziplinarverfahren fowie für bas in ber fünften und fechsten Abteilung bes Disziplinar Bef. behandelte Berfahren werben nur bare Muslagen in Unfat gebracht. (Gef. v. 26. März 1881 Art. 77 Abf. 1, G.B.Bi. G. 207.) Für bas Dienftftrafverfahren ber Rotare und bas Berfahren nach ben Art. 87, 89 bes Notariatsgesetes v. 9. Juni 1899 (Beilage 3. G.B.Bl. 1899 Mr. 28) werben gleichfalls nur bare Auslagen in Anjag gebracht. Eheberträge. Für einen Ehevertrag, burch ben au

bie Stelle bes nach bem Gefete, betr. llebergangevorichriften zum Bürgerlichen Gesetbuch, eintretenben Guterftands eine andere nach den Borichriften bes Burgerlichen Bejetbuches zuläffige Regelung bes Büterftands gefett ober ber nach biefem Gefet eintretenbe Guterftand in einzelnen Beziehungen geandert wird, fowie für die Gintragung bes Chevertrages in bas Buterrechteregifter werben Gebühren nicht erhoben, wenn ber Bertrag bor bem Ablaufe eines Jahres nach ber Menberung bes Büterftandes geschloffen wird.

Das Gleiche gilt für die Beurfundung eines Museinandersetungsvertrage, wenn fie por bem im Abf. 1 bezeichneten Zeitpuntt erfolgt, fowie für die Bermittlung einer Auseinandersehung, die Aufnahme von Bermogensverzeichniffen und die Feststellung bes Buftandes bes zu bem eingebrachten Bute eines Chegatten gehörenden ober bem eingebrachten Bute gleichstehenden Cachen, wenn sie vor dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkte beantragt wird. (Siehe Gefet vom 9. Zuni 1899, llebergangsvorschr. 3. Bürgeri. Gesehduch betressend, Art. 31.) Die Gebührenfreiheit umfahr nur die Befreiung von den zur Staatsfasse sließenden Gebühren nicht aber von den baren Aussagen. (Näheres siehe Henle u. Schneider, die bayer. Aussührungsgesete zum Bürgerl. Gesehd d. 439 st.)

h) Erbgüter, sandwirtschaftliche. Die gerichtlichen Berhandlungen und Beurkundungen jowie die Eintragung im Hypothekenbuche haben tar- und stempelfrei zu erfolgen. Gesel v. 22. Kebr. 1855 Art. 34 (Gesen. S. 72).

i) Flurbereinigung. Die auf Grund des Flurbereinigungsoperates erfolgenden Ein- und Umschreibungen in den öffentlichen Büchern jowie die Bestätigungen auf Herberteine, Grundschulde und Reutenschulddriesen sind von Staatsgebühren bestreit, Art. 43 des Geseges, die Flurbereinigung betreffend v. 29. Mai 1886 in der Fasjung v. 30. Juli 1899 (G.B.Bl. S. 522).

k) Genosseuschaften. Für die Verhandlung und Entscheidung erster Auflanz über die im § 158 des Gesetse betr. die Erwerbs- und Virtschassegenossenschaften dom 1. Mai 1889, neutertiert vom 28. Mai 1898, bezeichneten Anträge sowie für die Eintragungen und Vormerkungen werden Gebühren nicht erhoben. Die Erhebung dom Auslagen nach §§ 79, 80 und 80 de 81.68. K. findet statt, § 159 des alleg. Gesetse (R.G.K. 1898 S. 845).

1) Gewerbegerichte. Erjuchen um Rechtshisse. (Siehe § 60 d. Gej. vom 29. Juli 1890. N.G.Bl. S. 155.)

m) Grundburth. Das Versahren zur Vorbereitung der Anlegung des Grundbuchs einschließlich der im Art. 10 Abs. 1 bezeichneten Benrkundung ist gebührenirei. Gesets betress. die Vorbereitung der Anlegung des Grundbuchs in den Landesteilen rechts d. Rh. vom 18. Juni 1898, Art. 12 (G.B.A. S. 369), dann Geset über das Liegenschaftsrecht in der Psalz vom 1. Juli 1898, Art. 32 (G.B.A. S. S. 376).

n) Grunddienstbarkeiten. Die Eintragung und die Entgegennahme der Erklärungen, die jum Jwoeke der Eintragung vor dem Eintragung vor dem Eintragung vor dem Eintragung vor dem I. Bezeich vom 9. Juni 1899, betreff. die llebergangsvorschriften zum Värgert. Gesehduch, Art. 10 Abs. 4 (Beil. 3. G.B.B. S. 83). Diese Bestimmung bezieht sich aber nur auf die Eintragung ioliger Grunddiensteiten, die durch Verordnung dem Eintragungswang unterworsen werden. Siehe Räheres henle und Schneider, die dagt. Ausschlichungsgeseht zum Bürgerlichen Gesehduch S. 405 s.

o) Grundentlaftung. Für Schulbbekenntnisse mit Hppothetbestellung und Ginträge in das hypothetenbuch werden Gebühren gur Staatstasse nicht erhoben. Ges. betr. die Fortjegung ber Grundentlaftung vom 2. Februar 1898, Art. 22 n. 23 (G.B.Bl. S. 26).

p) Buterrechteregifter. Gebührenfreie Eintragung bes Chevertrages in basielbe, fiche oben lit, g Che-

perträge.

- q) beeresergangung. Alle ani die beeresergangung bezüglichen amtlichen Berrichtungen und Berhandlungen, mit Ansnahme ber burch ftrafbare handlungen bedingten unterliegen meder einer Stempelgebühr noch einer Tare. Reichs-Militärgejes vom 2. Mai 1874 § 35 (R.G.Bl. 3. 55). Bergleiche hierher auch die Entschließung bes Baur. Staatsminifteriums bes Junern und bes Kriegeminifteriums bom 26. April 1883 (F.M.Bl. G. 179).
- r) Sulfetaijen, eingeschriebene. Die gu erteilenden Bengniffe find gebührenfrei, § 17 des Bei. v. 7. Juli 1876, . bann Art. 18 bes Bej. v. 1. 3mi 1884 (M.G.Bl. G. 60). s) Invaliditäte-Berjicherungsangelegenheiten

fiebe lit. b.

t) Rompetengtonflitt. Das durch ben Untrag auf Borentscheidung sowie das durch die Erhebung des Romvetenztonflittes veranlagte Berfahren ift toftenfrei. Bei. betr. Die Enticheidung der Nomvetengtonflitte gwiichen ben Berichten und ben Bermaltungsbehörden oder dem Berwaltungsgerichtshoje vom 18. August 1879, Art. 29 3iff. 5 Abi. 4 (G.B.Bl. 3, 1000).

u) Landestultur-Rentenanftalt. Die Berhandlungen und Beicheide in Landestultur-Rentensachen find gebührenfrei. Für Gintragung und Loichung der Supotheten und Realrenten werden Gebühren gur Staatstaffe nicht er-Beiet betr. Die Landestultur-Rentenanftalt v.

21. April 1884, Art. 23 (G.B.Bl. S. 122).

v) Militarbienft. Die gur Befreinng von demfelben erholten hypothetamtlichen Beftätigungen find gebührenfrei, fiebe oben lit. q Beeresergangung.

w) Bierbeveriicherung fiebe Berficherungemejen lit, ce. x) Rechtsanwälte. Sinfichtlich der Webnihrenfreiheit ber Berhandlungen und Erlaffe der Anwaltstammern und beren Borftande, bann des ehrengerichtlichen Berfahrens fiehe \$\$ 60 und 94, Abi. 1 der Rechtsanwaltsorda, vom

1. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 189, 194).

y) Sparnrinnden. Die Mraftloverklärung einer abhanden gekommenen ober vernichteten Sparurtunde einer öffentlichen Spartaffe und bas vorangebende Berfahren find gebührenfrei. Die baren Anslagen hat ber Antrag-fteller zu tragen. Giehe banr. Ansichrungsgeset zum Bürgerlichen Gejebbuch v. 9. Juni 1899, Art. 111, 120 (Beil. 3. G.B.Bl. 3. 29, 30).

z) Standesregifter. Die Guhrung ber Standesregifter und die darauf bezüglichen Berhandlungen erfolgen toftenund ftempelfrei. (Reichsgej, über die Beurtundung bes Personenstandes und der Cheichließung v. 6. Febr. 1875. § 16 Abi. 1 (R.G.Bl. S. 26).

aa) Unfallverficherung sangelegenheiten fiehe lit. b. bb) Bermogensverzeichniffe. Gebührenfreie Aufnahme

berfelben fiche lit. g oben, Chevertrage Abf. 2.

cc) Berficherungswesen. Alle in basselbe einschlagenben Gegenstände und Geschäfte, gerichtliche sowohl als außergerichtliche, find von der Entrichtung von Staatsgebühren befreit in Angelegenheiten ber

1) Brandversicherung, Gej. v. 3. April 1875, Art. 92 Abj. 1 (G.B.Bl. S. 269);

2) Hagelversicherung, Gef. v. 13. Februar 1884, Art. 22 Abi. 1 (G.B.BI. S. 67);

3) Pferdeversicherung, Ges. v. 15. April 1900, Art. 19 Abs. 1 (G.B.Bl. S. 383);

4) Viehversicherung, Gef. v. 15. Mai 1896, Art. 19 Abf. 1 (G.3.3). E. 213).

- 6. Sinterlegungs mejen. Für die Aufnahme von Sinterlegungsertlärungen, von Gesuchen um Unnahme gur vorläufigen Bermahrung sowie von Untragen auf Berausgabe burch ben Gerichtsschreiber, ferner für die Beschluffe bes Amtsgerichts, burch welche die Annahme gur vorläufigen Bermahrung, die Berausgabe aus ber vorläufigen Verwahrung ober die hinterlegung angeordnet wird, sowie, wenn der A. Bant die Besorgung des hinterlegungswesens übertragen ist, für die Herausgabe-Weisung des Amtsgerichts werden Gebühren nicht erhoben. (§ 7 ber Allerh. B.D. v. 25. Dezbr. 1899, G.B.BI. S. 1237.)
- 7. Bon Staatsvertragen ift bie revidierte Rheinichifffahrtsatte vom 17. Ottbr. 1868 zu ermahnen. (Giebe Regierungs-BI. 1869 S. 1130 ff.)
- 8. hieher gablen nicht nur bie eigentlichen Disziplinarfachen, fondern auch alle sonstigen Gegenstände der Dienstaufsicht g. B. die Bereidigung von Beamten und Bebienfteten, Urlaube-, Berebelichunge- und Benfionegejuche, Erlaubnis gur lebernahme bon Bormundichaften fowie die Beigniffe über die Borbereitungspragis für Staatsbienftabspiranten. (Giebe § 3 b. Bollgugsinftr. 3. R.G.R.Gef. u. g. Gebührenweien b. 25. Degbr. 1899 Juft. D. Bl. 1900 G. 348.)

9. Das Berfahren wegen Berhangung von Orbnungs- und Ungehorsamestrafen über nicht richterliche Beamte oder Bebienftete ift gebührenfrei. Giebe Art. 3 Biff. 1 und ben VI. Abschnitt bes

Ausführungs-Gej. z. K.St.P.D. (G.B.Bl. 1879 S. 781 ff.)
Erwähnenswert ist hier auch die Verfällung von Parteien, Beugen ober Sachverftanbigen in Ordnungeftrafen nach §§ 178, 179, 180 bes M.G.B.G., bann §§ 50, 69 und 77 ber R Et. P.O. Bergleiche Wochinger, Prozefigeb. Gel. S. 82, § 59 bes R.G.R.G., bann S. 69 § 47 Biff. 5 u. 8 bes R.G.R.G. Ausnahmen bestehen hinsichtlich ber Jeftjepung von Ordnungestrafen in Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit. Giebe die Gebührenbestimmungen in Art. 142 n. 143.

10. Für die Beschwerbeinstanz find die Gebühren nach § 45 des R.G.R.G. zu erheben. Siehe Wochinger, Prozefigeb.Ges. S. 64.

Art. 4.

Personen 1)2), deren Zahlungsunfähigkeit 3) amtsbekannt 4) oder durch obrigkeitliche Zeugnisse 5) bescheinigt ist, haben in Gegenständen der Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege auf einstweilige Befreiung 6) von

Gebühren Anspruch 7).

In den Angelegenheiten, in welchen der Notar seine Amtsgeschäfte. vorläusig unentgeltlich vorzumehmen hat, werden auch Staatsgebühren vorläusig nicht erhoben. Die über die Verpflichtung des Notars, sein Amt vorsläusig unentgeltlich auszuüben, ergehende Entscheidung wirkt auch in Ansehung der Staatsgebühren. Das Recht, auf die Entscheidung des Landgerichts anzutragen, sowie die Beschwerde gegen die Entscheidung des Landgerichtssteht auch der Regierungsfinanzkammer zu.

Die Motive bemerken hiezu: Die bisherigen Bestimmungen bes Art. 4, welche die Bewilliquing des Armenrechts an strengere Borausschungen knüpften als die Keichs-Civilprozespordnung, konnten nur insoweit aufrecht erhalten werden, als es sich um die Bewilligung des Armenrechts in Gegenständen der Verwaltung und

ber Berwaltungerechtspflege handelt.

Für die Bewilligung des Armenrechts in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit haben fünftig die Vorschriften des § 14 des Geleges über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit Maß zu geben, welche nicht nur für diesenigen Angelegenheiten, die durch Neichsgeseh den Gerichten übertragen sind (1 des Gesches über die Angel. der freiwilligen Gerichtsbarteit), gelten, sondern nach Art. 115 des Entwurfs eines Ausführungsgesehes zum Bürgerlichen Gesehduch (nun Art. 129) auch für die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit, sir welche die landesgesehlichen Vorschriften maßgebend sind, und nach Art. 8 des Ausführungsgesehes zu der Grundbuchordnung und zu dem Gesehe über die Iwangsvervaltung auch für die Erundbuchschen. Es bedarf deshalb insoweit einer besondern Bestimmung im Gebührengesehnicht mehr.

Bon den Angelegenheiten der freiwisligen Gerichtsbarteit, welche unter den disherigen Art. 4 fallen, bleiben nur mehr die auch Jeliben ber Notare gehörenden übrig. Wie in der Begründung au Art. 54 des Entwurfes eines Notariatsgesehes (nun Art. 53) dargelegt ist, sinden die Vorichtisten des § 14 des Gesetzes die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit auf Grund des § 194 diese Gesehes auf die Vermittelung der Auseinander

iegung auch bann Unwendung, wenn die Auseinanderjegung bem Notare übertragen ift. Rur für die übrigen von dem Notare mahrgunehmenden Beichäfte der freiwilligen Berichtsbarteit hat die Beftimmung bes Urt. 4 oben Blat zu greifen, lieber die einftweilige Befreiung von Staatsgebühren für Notariatsatte enticheibet porbehaltlich bes Erinnerungerechts der Regierungefinangtammer ber Rotar. Das Berfahren, in welchem die Befreiung von ben bem Notare gutommenden Gebühren festgestellt wird, Dient auch jur Feftstellung der Gebührenfreiheit gegenüber dem Staate, jo daß die Enticheidung, die über die Befreiung von den dem Notare gutommenden Gebühren ergeht, für die Befreiung von den Staatsgebühren gleichfalle wirtiam ift.

Siehe ferner auch § 4 ber Bollgugeinftr. v. 25. Degbr. 1899. Juft.M.Bl. 1900 S. 348. Im Falle bes Art. 4 Abj. 2 hat ber Notar ber Urkunde beizusehen "vorläufig gebührenfrei".

Db eine Sache ale Armeniache zu behandeln ift, fteht porbehaltlich bes Erinnerungs- und Beschwerberechts der einschlägigen Finangbehörde ber in ber Sauptfache tompetenten Behörde gu (§ 11 der A.B.D. v. 20. Septbr. 1879, G.B.Bl. S. 1198). gleiche hieber auch Artitel 60 bes Notariatsgesetes (G. B.Bl. 1899) G. 178) die Beichwerde betreffend.

1. Es tommen nur physiiche Berionen in Betracht.

Sinfichtlich ber Bewilligung des Armenrechtes an einen Rachlagpfleger fiebe Beichl. bes Dberft. Q.W. v. 2. April n. 4. Juni 1902, Sla. d. Entichda. n. F. Bd. III S. 297 n. 479.

Das Armenrecht tann auch Gingeborenen ber bentichen Schutgebiete bewilligt werden (Minift Bet. v. 29. Marg 1902,

3.M.B1. G. 532).

Rommt die Erteilung des Armenrechtes an einen Ausländer in Frage, jo ift, foweit es fich um Angehörige ber Staaten Belgien. Danemart, Frantreich, Italien, Luremburg, Niederlande, Defter-reich-Ungarn, Portugal, Rumanien, Kufland, Schiveben-Norwegen, Schweis und Spanien handelt, Artitel 14-16 bes Abtommens gur Regelung von Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. Novbr. 1896, niedergelegt am 27. April 1899 (R.G.Bl. S. 285) mangebend. Diefelben lauten :

Mrt. 14.

Die Angehörigen eines jeben ber Bertrageftaaten werben in allen anderen Bertragsftaaten unter benielben gefetlichen Bedingungen und Voraussenungen jum Armenrechte gugelaffen, wie bie Angehörigen bes Staates, in beffen Gebiete Die Bewilligung bes Armenrechts nachgejucht wird.

Mrt. 15.

Das Armutszeugnis ober bie Ertlarung bes Unvermogens gur Beftreitung ber Prozeftoften muß in allen Fallen bon ben Behörden bes gewöhnlichen Aufenthaltsorts bes Auslanders, ober in Ermangelung eines jolchen, von den Behorden feines bergeitigen Aufenthaltsorts ausgestellt ober entgegengenommen fein.

halt ber Antragsteller sich nicht in bem Lande auf, wo das Armenrecht nachgesucht wird, so ist das Zeugnis ober die Erklärung des Unverwögens kostenfrei von einem diplomatischen ober konfularischen Bertreter des Landes zu beglaubigen, in dessen Gebiete die Urkunde vorgelegt werden soll.

21rt. 16.

Die zur Erteilung des Armutszeugnisses ober zur Entgegennahme ber Ertfärung über das Unvernögen zuständige Behörde tann bei den Behörden der anderen Vertragsftaaten über die Vermögensverhältnisse des Antragstellers Erkundiaungen einziehen.

Der Behörde, die über den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zu enticheiden hat, bleidt in den Grenzen ihrer Amtsbesugnisse das Recht gewahrt, die ihr vorgelegten Zeugnisse, Ertlärungen und Auskünfte auf ihre Richtigfeit hin zu

prüfen.

- 2. Die den baher. Armenpflegen gewährte Gebührenfreiheit bringt nicht das Recht auf Bewilligung des Armenrechts mit fich. Beichl. des Oberft. L.G. v. 23. Jan. 1902, Sig. d. Entschdg. n. I. Bd. III S. 43.
- 3. hierunter ift die Unfähigkeit zu verstehen, ohne Beeinträchtigung des für sich und seine Familie notwendigen Unterhalts Gebühren und Auslagen bestreiten zu können. Die Bewilligung tritt nur auf Antrag ein.
- 4. Die Amtsnotorietät joll sich nur auf dienftliche Bahrnehmungen stügen.
- 5. Als obrigkeitliche Zeugnisse kommen in Betracht die vom Armempstegschafterate des Wohnveres des Gesuchstellers aus Grund der Ministerialbekanntmachung vom 5. Inti 1879 (G.B.B. & 693) ausgestellten Zeugnisse jowie das Zeugnis des Vormundschaftsgerichts (Formular XVI, § 24 der Bekanntmach. v. 19. Jan. 1900 das Vormundschaftsweien betress, Just.M.Bl. & 195).
- 6. Es tritt keine Gebührenfreiheit sondern nur eine einstweilige, jeder Zeit entziehdare Befreiung von der Berichtigung der rückständigen und künftig erwachsenden Gebühren und Kuslagen eine Kückgade bereits bezahlter Kosten oder erlegter Borichtiffe findet nicht statt. Siehe Wochinger, Prozefiged. S. 108 si.
- 7. Sind wegen lleberichuldung des Nachlasses ober wegen Geringsügigkeit des Mündelvermögens keine Gebühren anzuseten, io liegt deswegen noch keine von Zahlung der Auslagen beitriende Armensache vor, vielmehr gelangen in jolchen Fällen die Auslagen zur Erbebung.
- 8. Eine Befreiung von den verhältnismäßigen Gebühren der Art. 249—278 bei Berträgen tritt nicht ein. In dem Gejetgebungsausschuffe wollten die verhältnismäßigen Gebühren von Berträgen ausdrücklich ausgenommen werden; der beantragte Zusap wurde aber schließlich abgelehnt, weil bei solchen Berträgen, welche einer Gebühr unterliegen, nicht angenommen werden tönne, daß beide

Kontrabenten arm seien. (Bergleiche Pfaff, 5. Aust. S. 22, B. d. R. b. Abg. 1879, Beil. Bb. VII Abtlg. II S. 34 u. 53, Burthard, S. 96.)

Art. 5.

Die Gebühren, welche von den Beteiligten außer den für die Staatskasse au verrechnenden Gebühren wegen der Bemühung einzelner Personen dei der Ersedigung der Geschäfte zu entrichten sind, insbesondere Vorladeund Justellgebühren¹), Gebühren der Zeugen und Sachsverständigen²), Tagegelder und Reisetosten der Komsmissare³), Gebühren der Pfarrer⁴), Amtkärzte⁵), Konsulla⁶), Rechtkanwälte⁷), Votare⁸), Hypothekenbewahrer⁹) und Gerichtkanwälte⁷), Gebühren der Gerichtkvollzieher¹¹) und sonstiger Vollstrechungsorgane¹²) werden, soweit dieselben nicht bereits reichägeseichs geregelt sind, durch Königliche Verordnung bestimmt.

1. Seit 1. Januar 1900 haben die Gerichtsbiener für Borlabungen und Zustellungen von den Parteien teine Gebühren mehr zu beanspruchen. Bezüglich der Einhebegebühr bei Emplang von Kostenbeträgen jedoch ist eine Aenderung nicht eingetreten. Siehe hierüber Minist. Bet. v. 1. Juli 1884, Just. A. E. 121, u. Minist.-Entschiefig. v. 8. Februar 1900 Nr. 5908.

lleber die Borlabe- und Zustellgebühren anderer Bediensteten siehe § 45 der Boltzugsvoricht. v. 24. August 1852 zum Taggeset v. 28. Mai 1852 (Geret V.D.Sig. Bd. XXVII Beilage D), dann die K.B.D. v. 10. Dezbr. 1875 (G.BBL S. 773). Pfast, 5. Aust. S. 29.

- 2. Reichsgefet vom 30. Juni 1878 bzw. 20. Mai 1898 (R. B. Bl. S. 689 ff.). (Näheres siehe Wochinger, Prozesgebührengelete S. 162 ff.). hinsichtlich der Gebühren der Zeugen und Sachberständigen in den vor die Gerichte gehörigen nicht nach den Reichse Prozesgesehen zu behandelnden Nechtsachen, dann in Gegenfänden der Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege siehe die K.B.D. v. 22. Septbr. 1879 (G.B.Bl. S. 1283).
- 3. Vergleiche hiezu die K.B.D. v. 11. Februar 1875 u. v. 13. Juli 1892 (G.B.Bl. 1875 S. 105 u. bzw. 1892 S. 485).
- 4. Hinsichtlich der Gebührenansprüche der Pfarrer ist eine Königliche Berordnung bisher nicht erlassen worden. Maßgebend sind daher noch die Vorschriften der Ordinariate und Konsistorien.
- 5. Siehe die K.B.D. v. 17. Novbr. 1902 (G.B.Bl. S. 715), dann die Anlage zu der K.B.D. v. 17. Ottober 1901 (G.B.Bl. S. 633).
- Weiter über die Gebühren der Apotheter § 11 der K.B.D. v. 20. Dezbr. 1875, der Adder die K.B.D. v. 31. März 1899 (G.H.B.M. S. 120), der Hebammen hinsichtlich ihrer Dienstleistungen in den Gefängnissen, die K.B.D. v. 4. Juni 1899 (G.H.B. S. 415).

6. Einschlägig find hier bie Reichsgesete v. 1. Juli 1872 (R.G.Bl. S. 245) u. 10. Juli 1879 (R.G.Bl. S. 197).

7. Die Gebühren ber Rechtsanwälte find geregelt:

a) Reichsgesetlich burch Geset v. 7. Juli 1879 bzw. 20. Mai 1898 (HGBl. G. 692). (Bergleiche Wochinger, Prozeßgebührengesete S. 188 ff.), bann vom 22. Dezbr. 1901 (MGBl. S. 497). (Raberes fiehe Abtig. D biefes Buches),

b) Landesgejeglich durch bie R.B.D. v. 26. Marg 1902, (G.B.Bl. S. 133 ff. 3.M.Bl. S. 427 ff.) u. v. 4. April 1902, (3.M Bl. S. 499 ff.) [G.B.Bl. S. 155] (Raberes fiebe Abtlg. D. biefes Buches).

8. Maggebend ift die R.B.D. v. 28. Dezbr. 1899 (G.B Bl. S. 1183, J.M.Bl. S. 761) u. v. 28. Juli 1900 (G.B.Bl. S. 741, 3.M.Bl. G. 1043) (fiehe Anhang Rr. 1 u. 2 biefes Buches).

9. Bisher waren anzuwenben bie R.B.D. v. 19. Juli 1876 (G.B.Bl. S. 503), v. 16. Mai 1880 (G.B.Bl. S. 327) u. v. 23. Dezbr. 1888 (G.B.Bl. G. 709).

10. Das Gefet hat bier bie ben Gerichteichreibern fruber quaemenbeten Schreibgebühren im Muge.

11. Sinfichtlich ber Gebühren ber Berichtsvollzieher ift gu beachten:

a) bas Reichsgeset v. 24. Juni 1878 bzw. 20. Mai 1898 (RBBl. S. 683). Siehe Wochinger, Prozeggebührengejete S. 175 ff.,

b) bie R.B.D. v. 16. Dezbr. 1899 (J.M.Bl. S. 533). Siche Abtlg. C. biejes Buches.

12. Die Gebühren ber Bollitredungeorgane ber Rentamter und hauptzollämter find geregelt burch bie Minift. Befanntmchg. v. 24. Dezbr. 1875 (F. M. Bl. S. 389, 390) u. § 99 ber Minift. Befanntmchg. v. 27. Dezbr. 1899 (F.M.Bl. G. 393).

Art. 6.

Für die Berechnung der Fristen gelten die Borichriften bes Bürgerlichen Gefegbuchs. Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag ober allgemeinen Feiertag, so endiat die Frist mit dem Ablaufe des nächstfolgenden Werktaas 1).

Die Borichrift bes Art. 6 ift bem § 200 ber Reichs-Civilprozegordnung vom 30. Januar 1877 nachgebildet. Durch § 222 ber Reichs-Civilprozefordnung in ber Fassung vom 17. Mai 1898 ift lettere Beftimmung mit den Borichriften bes Burgerlichen Befetbuchs über die Berechnung der Friften in Gintlang gebracht worben (vergl. auch § 17 bes Gefetes über bie Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit). (Motive 1899.)

1. Die einschlägigen Beftimmungen bes Burgerlichen Gefetbuchs find in ben §§ 187 bis 189, 192, 193 besfelben enthalten.

Unter allgemeine Feiertage find nur die ftaatlich anertannten zu berfteben.

II. Abteilung.

Bürgerliche Rechteftreitigfeiten.

I. Abschnitt.

Bwangsverfteigerung und Zwangsverwaltung. *)

2(rt. 7.

In dem Versalzen der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung von Gegenständen des undewegslichen Vermögens im Wege der Zwangsvollstreckung sins den die Vorschriften des Reichs-Gerichtskostengeset; und die besonderen Vorschriften der Art. 8 bis 20 Anwendung.

An Stelle des disher landesgesehlich geregelten Bersahrens ist nunmehr das Neichsgeseh über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 in der Fassung dom 20. Mai 1898 getreten. Siedurch war eine den Versahrensvorschriften diese Reichsgesehse entsprechende Abänderung und Ergänzung der disherigen Vorschriften des Gebührengesehs (Art. 8 dis 24) geboten.

1. Es sind dies insbesondere die allgemeinen Bestimmungen iber Erinnerungen gegen den Anjah von Gebühren und Auslagen, Nachsorderung von Gerichtskoften, Gebührenniederschlagung, dann die generellen Vorschriften über Auslagen, Kostenvorschuß und Kostenzahlung, die Bestimmungen über Besteiung von Jahlung von Gebühren, über Nechtshisse die Kosteneinziehung, serner die Vorschriften über Aufgebotsversahren, für die Gebührenbewertung in der Beschwerdeinstanz, dei Jurücknahme von Anträgen, über Gebührenfreiheit einzelner Verhandlungen und Entschungen sowischließlich über die Erhebung der sogenannten Wutwillensgebühr. Diese Vorschriften sollen auch sernerhin eine notwendige Ergänzung der sandesgeseilisten Gebührenbesteinmungen über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung bilden. (Siehe Wochinger, Prozeßgebührengese, R.G.R.G. E. 1 ff., dann Wotive 1899.)

Art. 8 (8, 9).

Für die Entscheidung, einschließlich des voransgegangenen Verfahrens, über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung 1) werden zwei Zehnteile der Sähe des § 8 des Reichsschrichtskostengesehre.

^{*)} Diese Gebührenbestimmungen treten jedoch erst mit dem Zeitpuntte in strast, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist. Bis dahlu baben noch die jeltsprigen Bestimmungen Amvendung zu finden. Eite Anhang Nr. 4.) Bergsteiche hieher Art. 297 d. Geb.Gel. 38 1. 15 d. Einfalhez Gel. aber die Ivonasserieitzerung und die Jouangsverwaltung, dami and Art. 41, 113 d. Gel. bett. die liedergangsvorlichtien 3. Biagaet. Geleglinch, weiter § 1 3. 1 der Bollzugs-Anfanttion v. 28. Tezhor. 1893 J. 9.N.Bl. 1900 ©. 344.

Diese Gebühr wird auf die nach den Art. 9, 11 für das angeordnete Versahren zu erhebende Gebühr ansgerechnet 4,5,6).

Diese Gebühr war früher reichsgesetlich geregelt (§ 35 3. 2 bes N.G.K.), da die Entscheidung über den Autrag nach § 7555 der R.C.P.D. älterer Fassung zu ergehen hatte. Durch die Verweisung dieser Vorschrift aber in das besondere Geseh über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ist die Vestimmung des § 35 3. 2 des N.G.K.G. in Veggsall gebommen, weil das N.G.K.G. sich in bürgerlichen Nechtsstreitigkeiten um auf die Neichs-Civil-

prozefordnung beichränkt

AND THE PARTY NAMED IN

Daß die Vorschrift des Art. 8 nicht nur auf die Zwangsvollstreckung in Grundstück, jondern auch auf die Zwangsvollstreckung in Berecktigungen Anwendung findet, erscheint mit Rücksicht auf den Zusammenhang dieser Bestimmung mit der Vorschrift
des Art. 7 als selbswerständlich. Die Gedühr des Art. 8 ist für
die Entscheidung über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung zu erseben. Da aber
auch der Antrag auf Zusafinung des Beitritts als ein Antrag auf
Anordnung der Zwangsversteigerung oder der Zwangssversteigerung in Sinne des Geseck
zu erachten ist, kann ein Zweisel darüber nicht bestehen, daß die
Gebühr des Art. 8 sür die Entscheidung über jeden einzelnen derartigen Antrag zur Ersebung zu gesangen hat. (Siehe Motive.)

1. Die Gebühr des Art. 8 ist im Falle der Wiederversteigerung von neuem zu erheben, da nach § 133 des Ges. über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung sich dieselbe als neue Zwangsvolssteutung darstellt. Wird hingegen eine Zwangsverwestung als Zwangsverwaltung fortgeset (§ 77 Abs. 2 des alleg. Ges.), so kommt die Gebühr des Art. 8 nicht mehr zum Anjak.

2. Als Vertsgegenstandssumme kommt in der Regel der Betrag der zu vollftreckenden Hauptsorderung in Betracht. Kosten, auch wenn sie die Ausklagung der Hauptsache entstanden sind bleiben als Nebensorderung ohne Berücksichtigung, während hingegen einzuziehende Zinsen der Hauptsache zuzurechnen sind. Bergleiche § 13 Abs. 2 des R.G.K.G. (Bochinger, Prozesigeb.Ges. & 28).

Ift der Wert des Zwangsversteigerungsgegenstandes jedoch geringer als der Betrag der zu vollstreckenden Forderung, so ist für die Gebührenberechnung der niedrigere Betrag des Iwangsversteigerungsobjektes maßgebend. Siehe auch Art. 9 Abs. 4.

3. hinsichtlich der Sate des § 8 des R.G.R.G. fiehe Wochinger,

Brozefigeb. Gei. G. 8 und Tabelle a im Anhang.

4. Die Anrechnung bewirtt, daß, wenn im Falle das Verfahren vor Erteilung des Justilages aufgehoben wird (Art. 9 3iff. 1), nur noch ein Zehnteil der Säte des § 8 des R.G.A.G. als Ergänzung zur Erhebung zu gelaugen hat.

Gie tann fogar gur Folge haben, daß im vorgebachten

Falle für die Aufhebung des Zwangsversteigerungsversahrens eine Erganzungsgebühr überhaupt nicht mehr zum Unfape gelangen tann, wenn nämlich die Summe mehrerer Gebühren nach Art. 8 ben Betrag ber Gebühr bes Urt. 9 Abf. 1 3. 1, für Erledigung des Berfahrens vor Erteilung des Juschlages, übersteigt. 3, B. Zu Gunsten der Forderung des A zu 121 K ift die Zwangsversteigerung in das Anwesen des Schuldners X angeordnet worden. Auf Antrag des B, welcher an X gleichfalls eine Forberung von 118 M und bes C, welcher eine folche von 60 M 50 & an eben denselben hat, wird diesen weiteren Gläubigern der Beitritt zu bem Berfahren gestattet. Nach Zustellung des Bersteigerungstermins-beschlusses nehmen die drei Gläubiger wegen Bezahlung ihre Berfteigerungsanträge zurud, und wird bas Berfahren vor Erteilung bes Buichlages in einem Beichluffe aufgehoben. Erhoben murden, da das schuldnerische Anweien einen Wert von 5000 M hat. nach Art. 8 von A 1 M 50 3, von B 1 M und von C 1 M, so-hin zusammen 3 M 50 3. Da nun die drei Gläubiger wegen ináwischen eingetretener Befriedigung ihre Zwangsversteigerungsan-träge zurücknahmen, und baraushin das Versahren durch einen Beschluß ausgehoben wurde, kommt für die Berechnung der Gebühr nach Art. 9 Abs. 1 3. 1 der Gesamtbetrag der Forberungen der drei Gläubiger mit 299 & 50 3 in Betracht. Die hieraus geschuldete Gebühr berechnet sich bemnach auf 3 M 30 8. aber die anzurechnenden Gebühren des Art. 8 3 M 50 &, somit mehr als jene betragen, fo tann ein weiterer erganzender Gebührenbetrag (Art. 9 Abj. 1 3. 1) nicht mehr zur Erhebung gelangen.

5. Wegen der Gebührenerhebung bei Zurücknahme des Antrages vor der Verbeicheidung deszelben mit ein Zehnteil der Sähe des § 8 des R.G.K.G. (d. i. ½, von ²/1,0), siehe § 46 des R.G.K.G. (Wochinger, Prozesigedührengelete S. 66). Die Gebühr des § 46 vird im Falle einer teilweisen Zurücknahme nur insweit erhoben, als die im Art. 8 bestimmte Gebühr sich erhöht haben würde, wenn die Entschein auf den zurückgenommenen Teil erstreckt wäre.

6. Schuldner der Gebühr des Art. 8 ist der Antragsteller. Siehe auch Art. 16 u. 19. Die Gebühr des Art. 8 wird fällig mit dem Erlasse der Entscheidung.

Art. 9 (10).

In dem Verfahren der Zwangsversteigerung wer-

den erhoben 1):

1. für das Verfahren bis zur Einleitung des Verteilungsverfahrens?) fünf Zehnteile und, wenn das Verfahren vor der Erteilung des Zuschlags erledigt wird, drei Zehnteile der Säpe des § 8 des Reichs-Gerichtskoftengesetes;

2. für das Berteilungsverfahren 3) fünf Zehnteile jener Säte. Findet nach § 144 des Gefetes über die

Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ein Verteilungsversahren nicht statt oder wird nach § 143 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung das Verteilungsversahren nach der Bestimmung des Verteilungstersahren nach der Verstimmung des Verteilungsterseingestellt, so werden der Zehnteile der Säte des § 8 des Reichs-Gerichtstoftengesetze erhoden 4).

Die im Abs. 1 bestimmten Gebühren werden im Falle der Erteilung des Zuschlags nach dem Weistsgebote⁵), in allen übrigen Fällen nach dem Werte des Gegenstandes der Zwangsversteigerung berechnet.

Mehrere Meistgebote oder Werte von Gegenständen

der Zwangsversteigerung sind zusammenzurechnen.

Ist ber Betrag ber Forberungen, die aus dem Meistgebote zu befriedigen sind?), geringer als dieses oder ist der Betrag der Forderungen, wegen deren die Zwangsversteigerung angeordnet ist, geringer als der Bert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung, so wird die Gebühr aus der Summe der Forderungen besrechnet. bis 13).

Die nunmehrige Fassung bes Art. 10 gibt zu nachstehenden

Bemertungen Anlaß:

311 Jiffer 1: Wird das Berjahren bis zur Einleitung der Berteilung hinsichtlich einzelner Gegenstände der Iwangsversteigerung vor der Erteilung des Juschlags durch Aufbebung oder Einstellung erledigt, so kommt im Hindlick auf Art. 7 nur die Geschied

buhr bes § 46 bes R.G.R.G. gur Erhebung.

But Ziffer 2: Wird dem Gerichte, ehe die Bestimmung des Berteilungstermins ersolgt ist, der Nachweis erdracht, daß eine außergerichtliche Einigung der Veteiligten nach 3 143 des Zw.Gef. ersolgt ist, so bedarf es keiner Einstellung des Versahrens; von Erhebung der Gebühr der Jiff. 2 ist daher in diesem Falle keine Rede Ersolgt dagegen die Vorlage des Uedereinkommens und damit die Einstellung des Versahrens erst nach der Terminsbestimmung, so rechtsertigt sich die in Jiff. 2 vorgeschlagene Erhebung eines Teilbetrages der sür das Verteilungsversahren bestimmten Gebühr. Für das Uedereilungsversahren bestimmten Gebühr nicht erhoben. Jit das Verteilungsversahren bestimmten Gebühr nicht erhoben. Jit das Verteilungsversahren kestimmten Gebühr nicht erhoben. Jit das Verteilungsversahren unr in Ansehung einzelner Meistgebote durchgeschlyte, in Ansehung anderer aber nach §s 143, 144 des erwähnten Geses ersedigt worden, so ist die Gebühr der Jisser aus den ersteren Meistgeboten mit sinn, aus den legteren mit der Jehnelien zu derechnen. Eelhst versahren der Gebühren d

bem Gesamterlose zu berechnende Gebühr bon fünf Rehnteilen

nicht überfteigen.

Bu Abf. 2 bis 4: Geniaß § 107 bes Zw. Gef. gehört zur Masse auch ber Erlös aus den Gegenifänden, welche im Falle des § 65 besonders versteigert oder anderweit verwertet sind Dieser Erlös wird daher bei der Berechnung der Gebühren sin das Verteilungsversahren mit zu berücksichtigen sein. (Siehe Motive.)

1. Nach den Borichristen des Art. 9 ist ein ordnungsgemäß vollständig durchgesührtes Zwangsversteigerungsversatzen mit der vollen Gebühr der Sähe des § 8 des R.G.A.G. zu bewerten und sind für die Gebührenersbedung zwei Hauptabschnitte des Bersahrens maßgebend. Der erste betrisst das Bersahren dis zur Einseitung des Verteilungsversahrens, der zweite das Verteilungsversahren an sich. Für jeden dieser Versahrensabschnitte werden sind Zehnteile der vollen Gebühr derenkabschnitte werden sind alle übrigen nicht aufgesührten Beschlässen des Vollenschungsgerichts wirdeglichen. (Siehe auch Vrt. 20.) Findet einer seiner Abschlässen auf drei Zehnteile ein. Die Eutschlässen der Verläugung, id tritt für denjelben eine Gebührenermäßigung auf drei Zehnteile ein. Die Eutscheidung über den Antzag auf Anordnung der Zwangsversteigerung nach Art. 8 stellt sich mit Rücksicht auf die Gebührenanrechnung als eine Art Verläuschläbung dar der

Wird das Berfahren insolge Zurücknahme des Antrags auf Zwangsversteigerung aufgehoben, bevor die Atten an den Versteigerungsbeamten abgegeben sind, so kommt, abgesehen von der Gebühr des Art. 8, für das Versahren selbst nur die Zurücknahmegebühr nach § 46 des N.G. d. zur Erhebung. Vergleiche oben

Motive Biffer 1, dann Anmerkung 6 gu Art. 8.

hinfichtlich der Cape des § 8 des R.G.R.G. fiehe Tabelle a

im Anhang.

2. Die Einleitung des Berteilungsversahrens beginnt mit der Bestimmung des Berteilungstermines (§ 105 des Zw.Gej.). Bird das Berjahren vor diesem Alt infolge außergerichtlicher Regelung der Berteilung zwischen den Beteiligten aufgehoben (§§ 143, 144 des Zw.Ges.), so werden mir fünf Zehnteile erhoben.

Rommt es überhaupt nicht jum Buichlage, jo find nur drei Behnteile in beiben Fällen natürlich unter Anrechnung der Gebühr

des Art. 8 zu berechnen.

- 3. Für das Berteilungsversahren sind weitere fünf Zehnteile zu erheben. Wird jedoch nach Bestimmung des Verteilungstermines aber vor Beginn desjelben infolge außergerichtlicher Verteilung das Versahren (§§ 143, 144 des Zw.-Gej.) ansgehoben, so werden nur drei Zehnteile sür das Verteilungsversahren berechnet. Der Verteilungstermin beginnt mit der Feststellung der Verteilungssjumme.
- 4. Mit Röckscht auf die Bestimmung in Art. 8 Abj. 2 sommen im Falle des Art. 9 Abj. 1 z. 1 sür das Berjahren ergänzend drei oder bezw. ein Zehnteil, im Falle des Art. 9 Abj. 1 z. 2 im zusammenhalte mit der Gebühr des Art. 9 Abj. 1 z. 1 acht oder bezw. sechs Zehnteile zur Erhebung.

5. Das Meistgebot umsaßt außer dem dar zu zahlenden Teile des Kauspreises (Bargebote) (Zw.Ges. § 49 Abs. 1) auch die in Anrechnung auf den Kauspreis zu übernehmenden bei der Feststellung des geringsten Gebotes berücklichtigten Rechte (Zw.Ges. § 52 Abs. 1). Der Wert von nicht in Geld bestehenden Leistungen ist richterlich sestzusehen. Bergleiche hiezu auch § 91 Abs. 2 des Zw.Ges.

Nicht jum Deiftgebote gehören bie Rechte, welche trot Richtberücksichtigung bei Feststellung bes geringften Gebots

beftehen bleiben.

of the same

6. Beim Verteilungsversahren ist zum Betrage des Meistgebotes außer den etwaigen Inien aus dem Vargebote (§ 49
Abs. 2 des Jw.Ges.) auch noch der Erlöß aus einer angeordneten
besonderen Versteigerung einer Forderung oder einer beweglichen
Sache (§ 65 des Jw.Ges.) hinzuzuzählen (§ 107 des Jw.Ges.). Wenn die Motive von "Majie" reden, so ist hierunter nicht der zur Verteilung
gelangende Vetrag des Bargebots, sondern der des Gesamterlöses
(§§ 49, 65 u. 107 des Jw.Ges.) zu verstehen.

7. Zu ben aus bem Weiftgebote zu befriedigenden Forderungen gehören nicht nur die Forderungen, zu deren Gunften die Beschlagnahme angeordnet wurde, sondern auch alle diesenigen

Forderungen, welche aus dem Meiftgebote Deding finden.

3ft der Bejamtbetrag diefer gum Buge getommenen Forderungen fleiner als bas Meiftgebot, jo bag ein an ben Schuldner hinauszugahlender leberichuß verbleibt, jo werden die Gebühren nur aus bem Besamtbetrag ber befriedigten Forberungen berechnet. 3. B. die Beschlagnahme murbe für die Forderung bes A gu 2000 M und des B zu 500 M angeordnet, und es betrug das Meiftgebot 5000 M. Aus diefer Summe follen aber nicht nur die 2500 M betragenden Forderungen des A und B, fondern auch noch 250 M Roften des Zwangeversteigerungeversahrens, bann rudftandige Stenern fowie 4000 M. Supotheten Dectung finden. In diefem Falle find die Gebuhren bes Urt. 9 nicht aus ben Forberungen bes A nud B zusammen mit 2500 M, auch nicht aus bem Gejamtbetrag ber zu bedenden Forderungen von 2500 M + 250 N + 4000 N = 6750 M, jondern aus bem geringeren Meiftgebote zu 5000 M zu berechnen. Burbe aber ber Berfteigerungserlöß 7000 M betragen, jo maren die Gebühren bes Art. 9 aus 6750 M als bem geringeren Betrage ber befriedigten Forberungen zu erheben.

8. Känne es aber in vorbesagtem Kalle nicht zum Anschlage und hätte das beichlagnahmte schuldnerische Anwesen einen Wert von 7000 M, so ist die Gebühr für das vor Erteilung des Juchschlags erledigte Verfahren (Art. 9 Abs. 1 Zah 2) aus dem geringeren Gesantbetrage der Forderungen des A und B zu 2500 M zu berechnen.

9. Kommen beim Borhandensein mehrerer Meistgebote für das eine die Gebühr des Art. 9 Abj. 1 3. 1 Sat 1 und für das andere die Gebühren des Art. 9 Abj. 1 3. 2 zur Berechnung, so

barf nicht mehr erhoben werben, als wenn bie höhere Gebühr bes Art. 9 Abj. 1 3. 2 aus bem Gesamtbetrage ber Meiftgebote gum Ansate zu kommen hatte. Siehe oben Wotive Ziffer 2 am Ende.

- 10. Berben mehrere Bersteigerungsversahren verbunden (§ 18 des gw.Gei.), so werden auf die nach der Verbindung aus der Gesamtgegenstandssumme noch zu berechnenden Gebühren nur die bereits erhobenen Gebühren bes Art. 8 angerechnet.
- 11. Sinsichtlich der Erlage eines Gebühren- und Auslagenvorschusses siebe Art. 16, dann begäglich der Erhebung von Abchlagszahlungen nach dem Fortgange des Berfahrens siehe Art. 17, endlich über Kostenbedung und Kostenhaftung siehe Art. 19.

12. Im hinblid auf § 94 bes R.G.K.G. werben im Falle ber Einstellung bes Zwangsversteigerungsversahrens die Gebühren mit bem Ablause eines Jahres seit bem Anordnungsbeschlusse (Art 8) fällig.

13. Gebührenfrei ist die gerichtliche Berwaltung des Grundstücks nach § 94 des Zw. Ges. und die Anordnung der Bewachung und Berwahrung eines Schisses (§ 165 des Zw. Ges.).

Art. 10 (11).

Das Bersteigerungsprotofoll ist im Falle des Zusichlags von dem Bersteigerungsbeamten mit den nämslichen Gebühren zu bewerten, wie ein Kausvertrag.

Auf diese Gebühren finden die Bestimmungen in den §§ 4 bis 7 des Reichs-Gerichtskostengesetze keine Anwendung. An ihre Stelle treten die auf die Gebühren für Rotariatsurkunden bezüglichen Borschriften des gegenwärtigen Gesetze, welche auch für die Wertsermittelung (Art. 41), die Juständigkeit und das Versfahren in Beschwerdesachen Maß zu geben haben.

Wird der Zuschlag rechtsträftig aufgehoben, so ist die vom Ersteher entrichtete Gebühr zuruckzuerstatten.

Art. 11 (12).

In dem Verfahren der Zwangsverwaltung 1) wer=

den erhoben 2):

1. ber volle Betrag, wenn aber das Berfahren3) vor dem zur Aufstellung des Teilungsplans bestimmten Termin erledigt wird, fünf Zehnteile der Sähe des § 8 des Reichs-Gerichtskostengesehes;

2. wenn das Berfahren länger als ein Jahr dauert, für jedes weitere Verwaltungsjahr fünf Zehnteile

jener Sage.

Die Berechnung biefer Gebühren erfolgt:

zu 1) aus dem Werte der Forderung, für welche die Beschlagnahme erwirkt worden ist 4),

3u 2) aus dem Betrage, der in jedem Berwaltungs= jahre zur Berteilung an die Gläubiger gelangt 5) 6) 7).

1. Die Zwangsberwaltung besteht in ber Beschlagnahme ber Ausungen und Sinkunste (3. B. Miet- und Kachtzinfe) und ihrer Berwertung zur Befriedigung ber Gläubiger. Bergleiche Sense, Zwangsberksiegerungsgeseh II. Aust. S. XVIII u. 165, dann §§ 146 sf. bes Zw. Gei.

Nicht unter die Gebührenbestimmung des Art. 11 fallt die gerichtliche Berwaltung des Grundsstückes für Rechnung des Erstehers (§ 94 des In.-Gel.), ebensowenig die Anordnung der Bewachung und Berwachung des beschlagnahmten Schiffes (§ 165

bes Bw. Gef.).

- 2. An ben Gebühren nach Art. 11 kommt die Gebühr des Art. 8 für den Anordnungsbeschluß in Anrechnung. Vergleiche Art. 8 Abs. 2.
- 3. Das Versahren beginnt mit dem Erlasse des Beschlagnahmebeschlusses. Das Verteilungsversahren wird mit dem Termine zur Aufstellung des Teilungsplanes eingeleitet (§§ 156 des Jw.Ges.). Ueber die Sahe des § 8 des RG.K.G. siehe Tabelle a im

Anhang.

4. Wird der Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung gurückgenommen, bevor die Berwaltung begonnen hat (§ 150 des Jw.Gef.), jo kommt die Gebühr nach § 46 des R.G.K.G. zum Ansas. Bergleiche hieher auch Wotive Ziffer 1 zu Art. 9.

5. Die Gebühr wird fällig mit der Beendigung des Berfahrens oder, wenn es länger dauert als ein Jahr, mit dem Ablaufe des jeweiligen Berwaltungsjahres.

Als der erfte Tag jeden Berwaltungsjahres gilt ber Tag, an dem die Zwangsverwaltung angeordnet worden ift (Motive).

Jedes angefangene Jahr hat als voll zu gelten.

6. Bei Berechnung des Wertes der Forderung werden einzuziehende Zinsen hinzugerechnet. Bergleiche § 13 Abs. 2 des R.G. (Wochinger, Prozesigeb.Ges. S. 28).

7. Die Gebühr ift aus bem Reinbetrage, b. i. nach Abzug aller Koften, bann ber Ausgaben auf die Berwaltung, zu berechnen.

Art. 12 (14).

Für die Entscheidung über den Antrag auf Beftimmung eines neuen Versteigerungstermins (§ 85 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung) werden zwei Zehnteile der Säte des § 8 des Reichs-Gerichtskoftengesetzes besonders erhoben.

Die Berechnung der Gebühr erfolgt, sofern dem Antrage stattgegeben wird, aus dem bei der früheren Bersteigerung erzielten Meistgebote, im Falle der Absweisung aber nach dem Werte der dem Antragsteller zustehenden Forderung und eventuell nach Maßgabe der Bestimmung im § 10 des Reichs-Gerichtskoftengesess.

Die Borichrift des Art. 12 sieht den Fall vor, daß von einem Beteiligten, dessen Recht durch den Juschlag beeinträchtigt werden würde, vor dem Schlusse der Berhandlung über den Juschlag (§ 74 des Jw.Ges.) die Bestimmung eines neuen Versteigerungstermins beantragt wird (§ 85 l. c.). Die Entscheiderung über diesen Antrag mit einer besonderen Gebühr zu belegen, erscheint umsomehr gerrechtsertigt, als der Natur der Sache nach die sür den regelmäßigen Gang des Versahrens bestimmte Bauschgebühr hierauf nicht berechnet ist. (Motive.)

Art. 13 (16).

Für den Termin zur weiteren Ausstührung des Teilungsplans (§§ 139, 141, 157 Abj. 2 des Gesetzs über die Zwangsverteigerung und die Zwangsverwaltung) werden nach dem Werte der einem Verechtigten zugeteilten Beträge, über welche im Termine verhandelt werden soll, drei Zehnteile der Säte des § 8 des Reichssercichtskoftengesets erhoben.

Nach dem Zwangsversteigerungs-Gesche soll sowohl im Falle der nachträglichen Ermittelung des unbekannt Berechtigten (§ 139 l. c.) wie nach Erlaß des Aussichlußurteiles (§§ 141, 157 Abs. 2 l. c.) ein Termin zur weiteren Ausstührung des Teilungsplanes bestimmt werden. Für lettere Terminsbestührungen sind die gleichen Gebühren zu erheben, wie sie bisher im Art. 16 des Gebührengeses sür jeden besonderen Verteilungsternin sestgest waren. (Abotive.)

Art. 14 (17).

Im Falle der Erledigung des Verfahrens durch einen von dem Versteigerungsbeamten beurkundeten Versgleich (Arrangement) kommen die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesehrs über die Gebühren für Urkunden und Aussertigungen der Notare zur Anwendung.

Gleiches gilt von den im Verfahren vor dem Versteigerungsbeamten beurkundeten Vereinbarungen und Erklärungen, soweit deren Inhalt über den Gegenstand

ober Zweck des Berfahrens hinausgeht.

Art. 15 (19).

Die Kosten einer Veröffentlichung, welche der Versteigerungsbeamte nach § 40 des Gesetzs über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung versanlaßt hat, sowie die Gebühren des Ausrusers, dessen sich der Versteigerungsbeamte im Versteigerungstermine bes dient hat, gehören zu den Auslagen im Sinne des § 79 des Reichs-Gerichtstostengesetz.

Art. 16 (20).

Derjenige Gläubiger, auf bessen Antrag die Ansordnung der Zwangsversteigerung ober der Zwangssverwaltung ersolgt ist 1)2), hat außer dem Gebührensvorschuß 3) (Reichs-Gerichtskostengesetz § 81) auch für die mit dem Versahren bis zur Einleitung der Verteilung verbundenen Auslagen auf Ersordern einen zu deren Dechung hinreichenden Vorschuß zu erlegen 4)5).

Mehrere Antragsteller haften für die Berichtigung

diejes Vorichusses als Gesamtichuldner 6)7)8)9).

1. Für den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung bedarf es der Einsorderung eines Gebührenvorschnisse nicht, weit in dieiem Falle (Art. 8) nur eine Gebühr für die "Entscheidung, einschließlich des vorangegangenen Versahrens" vorgesehen ist. (Vergleiche § 29 Abs 3 der Vollzugsinstr. v. 28. Dezdr. 1899, Just. N.V. 1900 ©. 360.)

2. Für das mit dem Erlasse des Einleitungsbeschlusses (§ 15 des Jw. Gel.) beginnende Zwangsversteigerungs- oder Jwangsverwattungsversahren hat der Antragsteller indes einen Gebülyen-

vorschuß zu entrichten.

Nach Sat 2 des § 81 des N.G. (Wochinger, Prozesiged Geisell 100) beträgte der Borichus joviel wie die höchste Gebühr, welche sir einen Att der Josianz zum Ansah zu kommen hat. Das Zwangswersteigerungsversahren zersällt hinsichtlich der Gebührenerhebung in zwei Whichnitte, nämlich in das Berielungsversahren in die n das Berielungsversahren in die, Da sür ersteren Abschilden der bom Antragsteller zu zahlende Gebührenvorschuß in i auch der vom Antragsteller zu zahlende Gebührenvorschuß in i dieser Höche einzusyrdern. Anders liegt die Sache im Zwangswerwaltungsversahren. Dasselbe wird, was die Gebührenerhebung anlangt, als eine Justanz angesehen und berechnet sich, da sür dasselbe der volle Betrag der Säte des § 8 des N.G. als Gebühr einster der his der ebühr zu erheben ist, der Gebührenvorschuß in gleich hoßen Vetrage.

3. Für die Erhebung des Gebührenvorschusses sind die Boraussepungen mit dem Erlasse bes Ginleitungsbeschlusses eingetreten

spiehe auch § 29 Abs. 1 der allg. Bollzugsinstruktion). Die Einsporderung des Gebührenvorschusses ist zwingender Natur und bedarf es daher hiezu keiner richterlichen Anordnung.

4. Der Gläubiger hat aber auch für die mit dem Versahren bis zur Einseitung der Verteisung verbundenen Auslagen, welche mitunter sehr beträchtlich sein können (§§ 25, 170 des Jw.Ges.) auf Ersordern einen Auslagenvorschuß (§ 84 des M.G.G., siehe Wochinger, Prozeßgeb.Ges. S. 114) zu erlegen. Das Gericht kann von der Erlage des Auslagenvorschusses die Anordnung der mit Auslagen verbundenen Naßregeln abhängig machen und gegebenen Falles dei Nichterlage des Vorschusses getrossen. Waßregeln wieder ausheben.

Wenn auch für die Einforderung des Auslagenvorschusses und die Bestimmung seiner Höhe zunächst die Anordnung des Gerichtes maßgebend ist (siehe § 28 der allg. Vollzugsinstr.), so hat doch der Gerichtsschreiber behufs Erwirkung dieser Anordnung gegebenen Falles rechtzeitig das Ersorderliche auzuregen. (Vergleiche 3iff. 4 der Betanntmachung v. 31. Juli 1880, Just M.Bl. S. 287.)

5. Für das Berteilungsversahren selbst kommt die Erlage eines Gebühren- oder Auslagenvorschusses nicht näher in Frage, da die hierfür anfallenden Gebühren und Auslagen vorweg aus der Berteilungsmaße zu berken sind.

6. Nicht nur derjenige, welcher die Anordnung der Zwangsvollstreckung veranlaßt hat, ist vorschußpsschlichtig, sondern auch alle
weiteren Autragsteller, welche nach bereits ersolgter Anordnung
der Zwangsvollstreckung einen Antrag auf Anordnung der Iwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung gestellt haben, und
können für die Berichtigung des Vorschusse als Gesamtschuler in Anspruch genommen werden. (Siehe Motive.)

Schulben mehrere eine Leistung in der Weise, daß jeder die ganze Leistung zu bewirfen verpflichtet, der Gläubiger — hier die Staatskasse – aber die Leistung nur einmal zu sordern berechtigt ift (Gesamtschuldner), so kann der Gläubiger die Leistung nach Beslieden von jedem der Schuldner ganz oder zu einem Teil sordern. Bis zur Bewirkung der ganzen Leistung — hier der Kostenzah-lung — bleiben sämtliche Schuldner verpflichtet. (§ 421 B.G.B.)

Der gebührenverrechnende Beamte hat baher bie Bahl, von welchem ber Antragsieller er ben gangen Borichuß einfordern will, und wird hiebei fich nur vom Interesse bes Staatsarars leiten lassen.

7. Die höhe des einzusorbernden Vorschusses richtet sich nach bem Berte des Beschlagnahmegegenstandes.

8. Bezüglich der Julassung des Antragftellers zum Armenrechte und der Wirkungen desselben haben die Bestimmungen der Reichs-Eivilprozehordnung (§ 114 ff.) Unwendung zu sinden. Vergleiche auch die Ansführungen sider Armenrecht bei Wochinger, Prozehgeb. Ges. (S. 106 ff.

9. Siehe auch hinfichtlich ber unbedingten Kosten-Haftung bes Antragstellers Urt. 19.

Art. 17 (21).

Im Verteilungsverfahren können auf die aus der Masse vorweg zu bedenden Gebühren und Austagen nach dem Fortgange des Versahrens Abschlagszahlungen erhoben werden $1^{(2)}$ 3).

1. Nach § 109 Abj. 1 des Zw.Ges. sind aus dem Bersteigerungserlöse die Kosten des Bersahrens vorwog zu entnehmen mit Ausnahme der durch die Anordnung des Bersahrens oder den Beititt eines Gläubigers sowie der durch den Zuschlag oder durch nachträgliche Berteilungsverhandlungen entstehenden Kosten.

2. Bergleiche auch 3. 3 der Bekanntmachg. v. 31. Juli 1880, Just. M.Bl. S. 287, und § 30 3. 3 der Bollzugsinftr. v. 25. Dez. 1899.

3. Können die Kosten wegen Unzulänglichkeit der Masse derselben nicht vollständig gebedt werden, so haftet für dieselben der Antragsteller. Siehe Art. 19.

Art. 18 (22).

In den Fällen des Art. 12 hat der Antragsteller

einen Gebührenvorschuß nicht zu entrichten.

Die Erhebung der entstandenen Gebühren kann jedoch sosort nach der Entscheidung von der hierin bezeichneten Partei ohne Anrechnung eines derselben andersweitig obliegenden Borichusses ersolgen 1)2).

- 1. Wird nach Erteilung der Ermächtigung zur Beantragung des Aufgebotsversahrens der Berechtigte ermittelt, so kann das Gericht zur weiteren Außsührung des Teilungshans einen Termin bestimmen; das Gleiche hat nach Erkasiung des Ausschlußurteils zu gelchehen. In diesem Kalle sind, joserne die Kosten nicht nach der Bestimmung des Berteilungstermind eingehoben werden wollen, die auf die weitere Ausschlung des Teilungsplans erwachzienen Kosten (§ 135 des Zw. Gel.) von der Teilungsmasse vorweg abzuziehen und besteht deshalb für die Entrichtung eines Auslagenvorschusses teine Beranlassung.
- 2. Abs. 2 trifft hinsichtlich der Fälligkeit der Gebühren nach Art. 12, welche nicht zu den Kosten des allgemeinen Versahrens gehören (§ 109 Abs. 1 des Zw.Ges.), die nötige Bestimmung.

Art. 19 (23).

Soweit die aus der Masse zu beckenden Gebühren und Auslagen aus dem Barbestande derselben nicht entrichtet werden können, haftet für dieselben derzenige Gläubiger, auf dessen Antrag die Anordnung der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung erfolgt ist 1). Das Gleiche gilt, wenn das Versahren ohne Verteilung erledigt wird 2).

Die Haftung mehrerer Antragsteller bemißt sich nach bem Verhältnisse ihrer Forderungen.

1. Nicht aus bem Bersteigerungserlöse sind zu beden die Krosten der Anordnung des Bersahrens oder des Beitrittes eines Gläubigers, dann die des Zuschlags und die durch nachträgliche Berteilungsverhandsungen entstehenden Kosten (§ 109 des In.Ges.).

Die Rosten für die Anordnung des Bersahrens oder für den Beitritt eines Gläubigers gesoren zu den Kosten der die Befriedigung aus dem Konten der Bersiedigung aus dem Erundstüdt dezweckenden Achtsverfolgung und haftet hiesur das Grundstüdt (§ 1118 des A.G. B.). Der Autragsteller hat sich wegen dieser Kosten an die Grundstüdsmasse zu halten und gehen diese Kosten an der Stelle, wo das betressend Aecht ansaheben ift, voraus (§§ 10 Abs. 2, 12 B. 1 des Zw.Ges.). Die Kosten des Zuschlags hat der Ersteler zu tragen.

2. Wird das Berfahren nach dem Zuschlage ohne Verteilung erledigt (§§ 143–145 des Zw.Gef.), so haftet außerdem auch der Ersteher für die Kosten und Anslagen. Siehe auch Art. 281.

2(rt. 20.

Für die von dem Vollstreckungsgericht auf Erund des § 130 des Gesches über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung veranlaste Thätigkeit des Erundbuchamts werden Gebühren nicht erhoben. Auf die Eintragung des Erstehers als Eigentümer findet diese Vorschrift keine Anwendung 1)2).

1. Dennach ist die Löschung des Bersteigerungsvermerts, sowie der durch den Zuichsag erloschenen Rechte und die Eintragung der Sicherungshypotheten für die Forderung gegen den Ersteher gebührens aber nicht auslagenfrei.

2. Die Gebührenfreiheit erstreckt sich aber nicht auf die Thätigkeit des Grundbuchamtes nach § 19 des Zw. Ges. Siehe Art. 116.

Mrt. 21.

In dem Verfahren der Zwangsversteigerung eines im Schissegister eingetragenen Schisses, dann eines aussländischen Schisses, das, wenn es ein deutsches Schisswäre, in das Schissegister eingetragen werden müßte, sinden die Vorschriften der Artikel 7 bis 10, 12 bis 20 entsprechende Anwendung 1).

Die Motive besagen hiezu: Nach § 864 der R.C.P.O. unter-liegen der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen auch

die im Schifferegifter eingetragenen Schiffe.

Das Neichsgeset über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung bestimmt im § 162, daß auf die Zwangsvollstreckung in registrierte Schiffe, welche übrigens nach dieser Gesetze

vorschrift nur im Wege der Zwangsversteigerung ersolgen kann, die Vorschriften des I. Albschnittes dieses Gesetzes entsprechende Anwendung zu finden haben. Gemäß z 171 des allegierten Gesetzes sind auch ausländische Schiffe, die nach deutschem Rechte in das Schiffsregister einzutragen wären, in ähnlicher Weise wie die registrierten deutschem Schiffe der Zwangsversteigerung gemäß z 162 zi. unterworsen. Diesen Vorschriften wird im Art. 21 dadurch Rechnung getragen, daß für das Versahren der Zwangsversteigerung von Schiffen die gebührengesetlichen Vorschriften in dem Versahren der Zwangsversteigerung eines Ernudstückes für anwendbar erklätt werden.

1. Die Gebührenvorschriften über die Zwangsversteigerung, joweit sie Schiffe betreffen, traten gleichzeitig mit dem Aurgerlichen Gesetbuch vom 1. Januar 1900 an in Kraft. Bergleiche Art. 297 und § 1 Ziffer 1 der Bollzugsinftr. vom 25. Tezbr. 1899 (Just. W.Bl. 1900 S. 344).

Art. 22 (24).

Die Vorschriften der Art. 7 bis 20 finden entsprechende Anwendung in dem Versahren:

1. der vom Konfursverwalter beantragten Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung (§§ 172 bis 174 des Gejețes über die Zwangsversteigerung und

die Zwangsverwaltung);

2. der Zwangsversteigerung des Grundstücks auf Antrag des Erben (§§ 175 bis 179 des Gesehes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung);

3. der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft (SS 180 bis 184 bes Gesets über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung);

4. der nach den Art. 161, 163, 164 des Berggesets vom 20. März 1869 stattsindenden gerichtlichen Bersteigerung eines Bergwertes oder einer Anlage, auf welche die Borschrift des Art. 221 des erwähnten Gesets Anwendung findet;

5. ber im Art. 232 Abj. 2 bes Berggesetses in ber Fassung des Art. 157 des Aussührungsgesets zum Bürgerlichen Gesethuche vorgeschriebenen Zwangs-

versteigerung eines unbeweglichen Anges.

Der britte Abschnitt bes Gesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung betrist die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung auf Betreiben des Konkursverwalters (§§ 172 bis 174), die Zwangsversteigerung auf Betreiben des Benefizialerben (§§ 175 bis 179) und die Zwangsversteigerung zum Zwecke der Ausspeling einer Gemeinschaft (§§ 180 bis 184), also Fälle, in

welchen reichsgesehlich die Versteigerung ober die Verwaltung eines Vermögensgegenstandes im Wege des rechtlichen Zwanges zugelassen wird, ohne daß eine Zwangsvollstreckung in Frage steht. In diesen Källen kommen grundsählich die Vorschriften der beiden ersten Abschnitte des Geleges über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung zur Amvendung und zwar auch dann, wenn es sich nicht um ein Grundstück, sondern um ein Erdbaurecht oder um eine sonstige Verechtigung, die ein Blatt im Grundbuche erhalten kann, oder um ein im Schiffsreasster eingetragenes Schiff handelt.

Entsprechend diesen reichsgesetzlichen Vorichriften sind baher in dem Art. 22 die Gebührenbestimmungen über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung eines Grundstücks, eines diesem gleichstehenden Rechts oder eines registrierten Schiffes im Wege der Iwangsvollstreckung auf die obenerwähnten Kalle für anwendbar erklärt worden. Daß in dem Falle, wenn dei der Iwangsversteigerung zum Zwecke der Aushedung einer Gemeinschaft der Justlag einem Witeigentümer erteilt wird, bei Berechnung der für das Bersteigerungsprototoll zu erhebenden Gebühr der jedige Teil des Weistgebots außer Betracht bleibt, welcher auf den dem Ersteher bereits zustehenden Unteil an dem versteigerten Gegenstande fällt, solgt aus der Bestimmung des Art. 10, wonach das Bersteigerungsprototoll im Falle des Richslags mit den näme

lichen Gebühren zu bewerten ift, wie ein Raufvertrag.

Nach Art. 44 bes Ausführungsgesetes gur Grundbuchordnung und zu bem Weses über die Zwangsverfteigerung und die Zwangsverwaltung finden die Borichriften über die Zwangsverfteigerung eines Grundstückes u. j. w. auch auf die nach den Art. 161, 163, 164 bes Berggesetes vom 20. März 1869 - nunmehr Art. 194, 196 bes Berggesets in ber Kassung vom 20. Juli 1900 (B.B.Bl. S. 820) - ftattfindende gerichtliche Berfteigerung eines Bergwertes ober einer Anlage, auf welche bie Borichrift bes Art. 221 bes Berggesehes - nunmehr Art. 258 des neutertierten Berggesets -Anwendung findet, endlich auf die im Art. 232 Abs. 2 des Berggesebes (Art. 157 3. XXI des Ausschel, d. B.G.B.) – nunmehr Art. 267 Abi. 2 bes neu tertierten Berggesetes - porgeichriebenen Bwangeverfteigerung eines unbeweglichen Ruges unter ben bort erwähnten Mobifitationen Anwendung. Aus ben gleichen Grunden, wie in den oben aufgeführten reichsgeschlich geregelten Fallen find auch hier die Borichriften bes Art. 22 für maggebend erklart worben. (Siebe Motive.) Bergleiche auch Meitel, 2. Aufl. S. 347.

II. Abschnitt.

Sonftige Gegenftande.

Art. 23.

In bürgerlichen Rechtsftreitigkeiten findet, auch soweit das Versahren landesgesehlich¹) geregelt ist, hinssichtlich der Gebühren und Auslagen der Gerichte das

Reichs-Gerichtskoftengeset Anwendung, sofern nicht in dem gegenwärtigen Gesetz oder in Staatsverträgen 2) ein Ansberes bestimmt ist.

Nach den Motiven soll die Bestimmung des Art. 23 klarstellen, daß in allen Fällen, in denen nach den Landesgesehen für das Versahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Vorschriften der Reichs-Civilprozesordnung Maß zu geben haben, das Reichs-Gerichtskostengeise von selbst Anwendung findet, daß aber die Anwendbarkeit des tepteren Gesehes auch auf sene Källe sich erstreckt, in denen das Versahren landesgesehlich in einer gegenüber den Vorschriften der Reichs-Civilprozesordnung vereinsachten oder von diesen Vorschriften abweichenden Weise geregelt ist.

Siehe auch Anmerkg. 1 gu Art. 7 auf Seite 14.

1. Landesgesehlich geregelt ift das Versahren: Bei Streitigfeiten über Entichädigung bei Jwangsenkeignung siehe Anskührrungsgeset 3. N.C. N.D. u. N.D. v. 23. Kebr. 1879, (S.V. M.S. To,
serner Ausf.Ges. v. 9. Juni 1899, (S.V. M.S. To,
serner Ausf.Ges. v. 9. Juni 1899, (S.V. M.S. S. Z.), dann bei Anträgen auf Erteilung des Unschäftlichkeitszeugnisses (Ges. d. 15. Juni
1898, (S.V. M. S. 301 s.); die Bestimmung im Art. 23 bezieht sich
auch auf das Versahren bei Real- und gemischten Klagen nach
Artel X z. 1 des Königlichen Hannlienstatuts vom 5. Angust 1819
nicht aber auch auf das Versahren in den übrigen persönlichen gerichtlichen Angelegenseiten der Prinzen und Prinzessinnen des K.
Hause auch Zitel X z. 2. a. D. In letzterem Versahren kommen
Gebühren nicht in Anwendung. Siehe auch Motive zu Art. 1 der Geb. D.
ber R.M. in den Angelegenseiten der Kechtspssez, lit. D. dieses Buches.

2. Hinsichtlich ber in dem gebührenfreien Versahren an den Rheinschiffahrtögerichten erwachsenden Auslagen mit Ausnahme der Schreifgebühren, deren Erhebung sier überhaupt ausgeschloffen ist, hat die Bestimmung des Art. 23 gleichfalls Anwendung zu sinden. (Siehe Art. 39 der revidierten Kheinschiffahrtsatte v. 17. Ottober 1868, Rgg. Vl. 1869 S. 1177, dann Motive 1879 S. 82—83.)

Art. 24 (25).

In dem Bersahren bei Streitigkeiten über Entsichädigung bei Zwangsenteignung kommt die Beweißsgebühr des \ 18 des ReichsseGerichtskostengesetz auch für die Anordnung einer neuen Schähung (Art. 21 des Gesets zur Ausführung der ReichsseCivilprozehordnung und Konkursordnung in der Textierung vom 26. Juni 1899) zur Erhebung.

Für die Entscheidung, einschließlich des vorangegangenen Versahrens, über Anträge auf Anordnung einer Sicherheitsleistung (Art. 22 des Gesetes zur Aussührung der Reichs-Civilprozegordnung und Konkursordnung in der Textierung vom 26. Juni 1899) werden zwei Zehnteile der Sätze des § 8 des Reichs-Gerichtskoftengesetzes erhoben 2).

In dem Verteilungsversahren (Art. 24 des Gesehes zur Ausführung der Reichs-Civilprozehordnung und Konstursordnung in der Textierung vom 26. Juni 1899) sinden die Bestimmungen der Art. 9, 13, 14, 17, 19, 20 mit der Maßgabe Anwendung, daß der Berechnung der im Art. 9 Jis. 2 bestimmten Gebühr der Betrag der zu verteilenden Entschäugungssumme zu Grunde gelegt wird.

Gleiches gilt für die Gebühren und Auslagen in dem Verteilungsversahren nach Art. 53, 54 des Einstührungsgeses zum. Bürgerlichen Gesetbuche, nach Art. 134, 135, 151 des Verggesetzes vom 20. März 1869, nach Art. 13 Uhi. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 1868, die Ablösdarkeit der auf Grund und Boden haftenden oder mit einer Gewerbsrealität verbundenen Ehchaftsverhältnisse betressen, oder nach Art. 27 des Gesetzezur Ausführung der Reichs-Civilprozesvordung und Konstursordnung in der Tertierung vom 26. Juni 1899 3) 4) 5).

Jedes Berfahren über die im Abi. 2 bezeichneten Antrage gilt für die Gebührenerhebung als besonderer

Rechtöstreit 6).

- 1. Durch diese Bestimmung soll, unbeschadet der eventuellen Anwendung der Borschrift in § 28 des R. R.A.G. (siehe Wochinger, Prezestigeb.Gei. S. 46) sediglich die Justifigkeit der Ersedung der Beweissgebühr in dem bezeichneten Falle (Art. 21 des Auss.-Gei. z. R.C.P.D. n. K.D. v. 26. VI. 1899) außer Zweise gestellt werden. (Siehe Motive 1879 S. 84.) Siehe auch Meisel, 2. Auss. S. 476 ff.
 - 2. Siehe Wochinger, Prozefigeb Bef. (Tabelle I. G. 137.)
- 3. hiezu bemerken die Motive (1899): die Erweiterung des Abis 4 dieses Artikels beruht darauf, daß die Eröffining eines Verteilungsversahrens nach den für die Verteilung des Erföjes im Kalle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften künftig noch in anderen Fällen der Enteignung sowie nach gewissen bergrechtlichen Vorschriften beantragt werden kann.

Begen ber reichsgejeglichen Falle ber Enteignung fiehe Art.

53, 54 bes Ginf Bejenes jum Burgerlichen Bejegbuch.

4. Bergleiche hieher Art. 167, 168, 184 bes Berggesches vom 20. März 1869 in ber Fassung vom 20. Juli 1900, G.B.B. S. 745 ff.

5. Siehe auch Art. 21 Abs. 3 bes Gefetes betreffend bas Unschählichkeitszeugnis (G.B.Bl. 1898 S. 307), wonach für bas Berteilungsversahren nach Art. 12 bes Gesetes in Ansehung ber Ge-

buhren und Auslagen dieselben Borichriften wie für das Berteilungs-

verfahren im Falle ber 3mangsenteignung gelten.

6. Bergleiche hieher \$ 39 bes R.G.K.G. Die Gebühr kommt jebesmal zur Erhebung, fo oft ein Antrog auf Anordnung einer Sicherheitsleistung, wenn auch in einem und bemjelben Bersahren, gestellt wird. (Bochinger, Prozehgeb.Ges. S. 60.)

Art. 25.

Im Falle einer gütlichen Einigung der Beteiligten über die Abtretung vor der Distriktsverwaltungsbehörde (Art. 26 des Gesetzes zur Ausführung der Reichs-Civil-prozesordnung und Konkursordnung in der Textierung vom 26. Juni 1899) kommt aus dem Werte des Gegenstandes ohne Abzug der Schulden die Gebühr des Art. 146 jür die Staatskasse zur Erhebung.

Auf die Enticheidung von Streitfragen über die Pflicht zur Entrichtung der im Abs. 1 bestimmten Gebühr oder über deren Größe findet die Vorschrift des Art. 247

entsprechende Anwendung?).

Gemäß der Ergangung, welche Art. 55 des Ausf. Bei. 3. R.C.B.D. n. R.D. (nun Urt. 26, fiehe G.B.Bl. 1899 G. 409) burch Art. 166 bes Ausf Bej. 3. Burgerlichen Beiegbuche gefinden hat, tann im Falle einer gutlichen Ginigung ber Beteiligten über Die Abtretung die Auflaffung vor der Diftrifteverwaltungebehörde erflart werden. Nach obiger Bestimmung bes Urt. 25 wird für bie vor ber Diftritteverwaltungsbehorde erfolgte gutliche Ginigung der Beteiligten und zwar ohne Rudficht barauf, ob vor diejer Behorde zugleich auch die Auflaffung ertlart wird ober nicht, die gleiche Bebuhr erhoben, welche für ben vor bem Rotar errichteten obligatoriichen Beräußerungsvertrag nach Art. 146 zum Anjabe zu gelangen hat. Erfolgt in dem obenermabnten Falle die Auflaffungs. erklärung erft vor dem Grundbuchamte oder vor dem Notar, fo ift hiefür, wie schon aus dem Wortlaute der Art. 118 u. Art. 146 gu entnehmen ift, eine verhaltnismäßige Gebuhr nicht mehr gu entrichten. Die weiter getroffene Beftimmung, daß bie Gebuhr des Art. 146 "für die Staatstaffe" zur Erhebung gelangt, stellt klar, daß auch dann, wenn die gütliche Einigung oder die Auflaffungsertlärung bor einem unmittelbaren Stadtmagiftrate erfolgt, nicht biefer, jondern der Staat jum Beguge ber Webuhr berechtigt ift und daß daher Art. 226 in einem jolchen Falle nicht zur Auwendung gelangen tann. (Siehe Motive 1899.)

1. Die Bestimmung des Art. 25 tritt für jeden Grundbuchbezirk mit dem Zeitpunkt in Kraft, in welchem das Grundbuch als angelegt anzujehen ist (Art. 298 des Geb.G.). Bis dahin sinden die bisherigen Bestimmungen der Abt. VII, Absch. II, Titel I des bisherigen Gebührengesetes (siehe Anhang) auch sernerhin Anwendung. (§ 1 Ziff. 2 der Bollzugsinstruktion zum Gerichtskostenund Gebührengesete v. 25. Dezdr. 1899, Just. 2008. 1900 S. 344.)

2. Es entscheiben über berartige Streitfragen in erster Inftanz bie Regierungssinanzkammern in öffentlicher Situng durch breigliedrige Senate. Gegen die Entscheidungen bieser Senate ist das Rechtsmittel der Beschwerbe an den Verwaltungsgerichtshofzulässig. Ueber das Versahren siehe Urt. 247 Abs. 4.

III. Abteilung. Straffaden.

I. Abschnitt.

Art. 26 (34).

Bebühren werden nicht erhoben:

1. in dem Berfahren vor dem Staatsgerichtshofe;

2. in dem ftandrechtlichen Berfahren:

3. für die Verhandlungen der bürgerlichen Gerichte, welche auf Ersuchen der zur Ausübung der Militärsstrafgerichtsbarkeit berusenen Stellen gepflogen werden 1).

In den vorbezeichneten Fällen werden für die von Amtswegen zu erteilenden Ausfertigungen und Abschriften

auch feine Schreibgebühren erhoben2).

Im Uebrigen finden hinsichtlich der Auslagen der Gerichte die Vorschriften des Reichs-Gerichtskoftengesetzes entsprechende Anwendung.

Bleiches gilt für das Verfahren vor den Rheinschiff-

fahrtøgerichten 3).

1. Die Kosten bes militärgerichtlichen Berjahrens und ber burch die Militärbehörden bewirtten Strapvollftreckung sallen der Militäriustizverwaltung zur Last. Die Kosten der durch die bürgerlichen Behörden bewirtten Straspollstreckung hat der Berurteiste zu tragen. (Bergleiche § 469 Abs. 1 u. 3 der Militärstrasserichtsords. v. 1. Dezbr. 1808, R.G. 181. S. 1287.) Sinsächtlich der Behandlung der Anstagen in Kechtshilsseschen zwischen Zivil- und Militärgerichten siehe norddeutsches Bundesgeier vom 21. Juni 1869, in Bahern eingeführt durch Reichsgeses vom 22. April 1871 (R.G.Bl. S. 87), dann Ministerialbekanntunachung vom 10. Oktober 1878 (G.B.Bl. S. 441). Ueder Gebühren der Zeugen und Sachverständigen in militärischen Strassachen siehe § 81 u. 2 der R.B.D. d. 26. Roddr.

Alexander of the second

1879 (G.B.Bl. S. 1529) bann §§ 205 u. 208 ber allg. Militarstrafgerichtsordnung. Ueber Erstattung von Strasvollstreckungskoften auf Ersuchen bapr. Militärbehörden siehe Minist. Bekanntmachung vom 9. Juni 1882 (Just. M.Bl. S. 134) und vom 23. April 1883 (Juft.M.Bl. S. 195).

2. Dieje Beftimmung ftellt fich als eine Erweiterung bes § 80a Biff. 1 bes R.G.R.G. (Bochinger, Brozeggeb. Gef. G. 103) bar.

3. Bergleiche bieber bie Unmertung 2 gu Art. 23 auf G. 29.

II. Abschnitt.

Forftrügeladen.

Art. 27 (35).

In dem Berfahren in Forstrügesachen findet bas Reichs-Gerichtstoftengesetz unter folgenden Borichriften Anwendung 1)2).

- 1. Es find dies die §§ 4-7, 59-69, 75-78, dann 79-80 b, ferner 91, 92, 96, 97 Abf. 2 und 99 bes R.G.R.G. (Siehe auch Bochinger, Brozefigeb. Bei. Tabelle V für Straffachen auf S. 160.) Bemertenswert ift, bag entgegen ber bisherigen Borichrift nunmehr auch in Forftrugesachen bei Buftellungen von Umtewegen bare Auslagen nicht erhoben werben.
- 2. Die Roften bes Strafpollzuges fallen ber t. Staatstaffe und nicht bem wegen Forstfrebels Berurteilten gur Laft. (Siehe § 68 bes revib. Forstgesehes b. 4. Juli 1896, G.B.Bl. S. 341, und Urteil bes Ober 2. G. Dunchen vom 28. Juli 1885, Glg. b. Entich. 3b. III S. 492.)

Art. 28 (36).

Wenn jemand wegen mehrerer Forstpolizeinbertretungen oder Forstfrevel bestraft wird 1), so bestimmt fich die Gebühr burch den Betrag der Gesamtstrafe, wenn auch die Aburteilung in verschiedenen Sigungen erfolgt ift 1).

1. Bufolge Urt. 58 bes revib. Forftgefetes treffen jemanben, ber mehrere noch nicht abgeurteilte Forstpolizeinbertretungen ober Forstfrevel begangen hat, die Strafen, welche auf die einzelnen Uebertretungen oder Frevel gesett find, sie mögen nun einzeln in verschiedenen Sigungen oder zugleich in berselben Sigung zur Aburteilung tommen. In biefen Fallen ift nicht für jebe einzeln erkannte Strafe die treffende Gebühr zu erheben, fonbern fie kommt nur aus bem Besamtbetrage ber einzelnen Strafen gum Unfat. Borausfepung ift jedoch, bag es fich um gleichartige Entscheibungen,

wie g. B. um mehrere'Urteile ober um mehrere Strafbefehle, benn auch hinfichtlich ber letteren tommt obige Borichrift zur Unwendung. handelt, sowie bag die Sollstellung ber Roften innerhalb bes porgeschriebenen Beitraumes in bem nämlichen Ginzugeregifter erfolgt. (Siehe hiezu § 55 bes revid. Bollgugsvorschriften g. Forftgefete v. 10. Ottober 1879, Juft. D. Bl. C. 1654.) Rommt hingegen mit einem Urteile ein für eine andere Strafthat erlaffener Strafbefehl gegen bie nämliche Berfon in Betracht, fo ift für jebe biefer Enticheibungen die treffende Gebühr, nämlich für das Urteil nach § 62 bes R.G.R.G. und für ben Strafbefehl nach §§ 63 Abf. 1, 62 a. a. D. zu erheben, ba verschiebenartig hohe Gebühren zu berechnen sind. Wird z. B. jemand durch drei Strasbesehle zu 5, 10 und 15 M ober durch zwei Urteile zu 20 und 40 M verurteilt, so berechnet sich im ersteren Ralle die Gebühr aus 30 M Gejamtftrafe mit 2 M, im letteren aus 60 M mit 20 M Ift jedoch eine Person einmal wegen Forstfrevels bestraft und sind die Kosten bereits zu Soll gestellt, fo erfolgt, wenn fie in bem nämlichen Jahre wiederum megen eines Forftfrevels verurteilt wird, teine Unrechnung ber fur bie erfte Strafthat berechneten Bebuhr auf jene fur bie zweite. Es ift in biejem Falle eine Bufammenrechnung ber einzelnen Strafen gum 3mede ber Gebührenberechnung ausgeschloffen.

Bergleiche hieher auch die Borichriften über die Zusammenheftung mehrerer gegen ein und dieselbe Berson erlassener Strafbesehle zum Zwecke ber gleichzeitigen Zustellung (Ziss. 1 der Minist.-

Bet. v. 28. Dezbr. 1880, Juft. M.Bl. 81 G. 2).

Art. 29 (37).

Werden mehrere Personen samtverbindlich in eine Geldstrase verurteilt 1), so haften dieselben in gleicher Weise auch für die Entrichtung der Gebühr 2).

1. Dieser Fall ist gegeben, wenn mehrere zur nämlichen Familie gehörige Versonten wegen eines gemeinschaftlich begangenen Forstsreels verurteilt werden. (Art. 56 Abs. 3 b. revid. Forstgesehes.)

2. Es wird hier entgegen der Bestimmung des § 61 des R.G.N.G. (siehe Wochinger, Prozefigeb.Ges. S. 84) ausnahmsweise die Gebühr nur einmal angesept.

Sonft ift jeboch zu beachten, bag, wenn zwei Angeklagte als Gesamtichulbner zu einer Gelbstrafe verurteilt werben, von einem

je ben die treffende Bebuhr zu erheben ift.

So hat auch das t. Oberlandesgericht München entschieden, daß die Gebühr, wenn der Thäter eines Forstrevels und der Teilnehmer durch dasselbe Urteil zu Strase verurteilt werden, von jedem der Berurteilten zu erheben ist. (Urteil v. 6. Novbr. 1888, Sla. d. Entschod. Bd. V S. 199.)

Jebem Berurteilten sallen bie Gerichtsgebühren und die Kosten seiner Untersuchungshaft und sonstige Auslagen allein zur Last. Mitangeklagte haften für die sonstigen Auslagen, sofern

nicht eine Entbindung von der Tragung eines Teils derselben vorliegt, als Gesamtschuldner. Werden dieselben nicht als Gesamtschuldner in Bezug auf dieselbe That verurteilt, so tritt für dieselben hinsichtlich der Auslagen haftung nach Ropsteilen ein.

Einem Mitangeklagten blürfen bie besonberen Koften, bie in verbindenen Straffachen burch die Berhandlung von solchen Strafthaten entstanden sind, bei denen nicht er selbst, sondern lediglich andere Angeklagte beteiligt sind, nicht zur Laft gelegt werden.

Art. 30 (38).

Der im § 62 Ziff. 1 bes Reichs-Gerichtskoftenges sestimmte Gebührensatz findet auch Anwendung, wenn die Geldstrase weniger als 1 Mark beträgt; jedoch darf die Gebühr, vorbehaltlich der Einhaltung des Minsbestbetrages des Art. 2 Abs. 1, den Betrag der Geldsftrase nicht übersteigen 1).

Ift auf Grund des revidierten Forststrafgesetzes für die Pfalz auf Niederreißen eines Gebäudes erkannt2), so ist für die Berechnung der Gebühren der im § 62 Biff. 2 des Reichs-Gerichtskostengesetzes bestimmte Sat

maßgebend 3).

- 1. Der Ab, is des § 59 des A.G.K.G. (Wochinger, Prozefiged Gef. S.1), wonach die Gebühr den Betrag der Gelbstrafe nicht übersteigen darf, erfährt durch obige Bestimmung eine Enschrätzug. Ist z. B. auf eine Gelbstrafe von 3 zerkannt (Art. 88 Abs. 5 des revid. Fortsgesche, so beträgt die Gebühr in Hindist auf Art. 30 20 z und nicht 3 d. Beträgt jedoch in einem Urteile die Strafe z. B. 1 N 71 z, so ist die Gebühr auch nur in diesem Betrage anzuschen und nicht etwa gemäß Art. 2 Abs. 2 auf 1 N 80 z abzurunden. (Siehe Finanzminisserialbekanntmachung d. 31. Juli 1880, Just W.B. S. 285.)
- 2. Siehe Art. 37 bes revid. Forstiftrafgesetes für die Pfalz vom 2. Ottober 1879 (G.B.Bl. S. 1433).
 - 3. Diefer Gat beträgt 10 M.

Art. 31 (39).

In dem ordentlichen Verfahren vor dem Amtsgerichte 1) können die Sätze des § 62 des Reichs-Gerichtskostengesetzes von dem Gerichte bis auf fünf Zehnteile ermäßigt werden 2).

1. Die Gebühr in dem Berfahren bei amtsgerichtlichen Strafbesehlen beträgt im hinblick auf Art. 27 gemäß § 63 Abs. 1 bes R.G.R.G. (Wochinger, Prozesigeb.Ges. & 86) nur zwei Zehnteile

ber Gate bes § 62.

2. Diefe Bestimmung ermächtigt bas Bericht, gleichwie im § 64 Abf. 1 bes R.G.R.B., bie Gebühren mit Rudficht barauf, baß 3. B. eine Beweisaufnahme nicht ftattgefunden hat, auf %10, %10 u. f. w. bis auf 5/10 herab zu ermäßigen.

Bergleiche hieher bezüglich ber Gebührenermäßigung in der Berufungeinftang § 65 Abs. 2 bes R.G.R.G. (Wochinger, Brogeß-

geb. Bei. G. 87).

III. Abschnitt.

Strafverfagren im Bermaltungsmege.

Art. 32 (40).

In dem Berfahren bei Strasbeschein der Ber-waltungsbehörden wegen Zuwiderhandlungen gegen bie Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, sowie in dem Berfahren bei Strafbeichluffen der Steuerausschüffe werden zwei Behnteile ber Sage bes § 62 des Reichs-Gerichtstoftengesetes erhoben, wenn die Strafe im Bermaltungswege rechtsträftig feftgefest ift 1).

Bei Ruwiderhandlungen gegen den Lokalmalzauf= ichlag und sonstige örtliche Gefälle der Gemeinden fließt Die obige Gebühr in die Raffe der Gemeinde, deren Ber-

maltung den Strafbeicheid erlaffen hat.

1. Sinfichtlich ber Gate bes \$ 62 bes R.G.R.G. fiebe Bochinger. Brogeggeb. Gef. S. 85. Borausjepung gur Erhebung ber Gebühr nach Art. 32 ift, bag ber Strafbeicheid bie Rechtstraft beichritten hat.

Art. 33 (41).

Die im Art. 32 Abf. 1 bestimmten Gebühren find auch in dem Verfahren bei Beschwerden an die höhere Berwaltungsbehörde zu erheben, wenn die Beschwerde als unbegründet abgewiesen wird.

Für die Entscheidung, durch welche eine Beschwerde als unzulässig verworfen wird, kommt ein Behnteil ber Sabe Des \$ 62 Des Reichs-Gerichtskoftengesetes zur

Erhebung.

Art. 34 (42).

Wird eine Beschwerde vor der Entscheidung über dieselbe gurudgenommen, jo werden drei Behnteile ber Gebühr erhoben, welche nach Art. 33 Abj. 2 für eine aurudweisende Enticheidung gu entrichten fein murbe 1).

1. Das find 3/100 ber Gate bes \$ 62 bes R.G.R.G.

Art. 35 (43).

Betrifft eine Straffache mehrere Beschuldigte, so ist die Gebühr von jedem derselben besonders nach Maß-gabe der gegen ihn ausgesprochenen Strafe zu erheben 1).

Diese Bestimmung findet in dem Versahren bei Beschwerden an die höhere Verwaltungsbehörde entsprechende Anwendung.

1. Diese Bestimmung befindet sich im Ginklange mit der Borschrift des § 61 bes R.G. K.G. (Siehe Bochinger, Prozeggeb. Gef. S. 84.)

Art. 36 (44).

Die Gebühren und Auslagen werden fällig, sobald die Strafe rechtskräftig festgeset ist 1).

1. Siehe hieher Art. 90 bes Ausf. z. R.Str.B.D. (G.B.Bl. 1879, S. 826), ferner § 96 bes R.G.K.G. (Wochinger, Prozefigeb.Gej. S. 131).

Art. 37 (45).

In Ansehung der Gebühren für Aussertigungen und Abschriften sind die Borschriften der Art. 222, 228, 230 maßgebend.

Art. 38 (46).

Zuständigkeit und Versahren bei Streitfragen über bie Pflicht zur Entrichtung von Gebühren und Auslagen oder über deren Größe bemißt sich nach den Vorschriften im Art. 234. Die Bestimmung im Art. 235 sindet gleichmäßige Anwendung.

IV. Abteilung.

Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit.

I. Abschnitt.

Allgemeine Beffimmungen.

Art. 39 (47).

Die Borschriften der §§ 6, 9, 9a, 10, 10a, des § 11 Abi. 2, der §§ 12, 13, des § 38 Nr. 3, der §§ 45 dis 47, 79, 80, 80a, 80b, 81, 84, des § 85 Abi. 5, der §§ 86 dis 93, des § 94 Nr. 2, 3, des § 97 und des § 98 Abi. 4 des Neichs-Gerichtstoftengesetzs sinden

in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsdarkeit, welche von den Gerichten wahrgenommen werden, die Vorschriften der §§ 45, 46, des § 47 Abf. 1 Ar. 1, 2, 4, Abf. 2, 3, des § 80 und des § 94 Ar. 2, 3 des ReichsgeGerichtskoftengesetes finden auch in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsdarkeit, welche von den Votaren, die Vorschriften der §§ 45, 46 in den Angelegenheiten, welche von den Gerichtsvollziehern wahrgenommen wers

den, entsprechende Anwendung.

Die neue Fassung bes Urt. 39 (47) unterscheidet sich in Unfehung ber Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit, welche bon ben Berichten mahrgenommen werben, bon ber bisherigen Fassung nach mehrfacher Richtung. Zunächst find mit Rucksicht auf die Nenderungen, welche das R.G.R.G. durch bas Gefet bom 17. Mai 1898 erfahren hat, auch die §§ 9a und 10a für anwendbar ertlart und ift die Berweisung auf den § 38 Rr. 3 (bieber Nr. 2) richtig gestellt. Ferner ist mit Rücksicht auf die Bestimmung im Art. 40 die Berweisung auf die §§ 14, 16 u. 17 geftrichen worden. Endlich ift auch der § 80 b für anwendbar ertlart, nach welchem bei Juftellungen von Amtswegen Barauslagen nicht erhoben werden. Da die Zustellungen in den Angelegenheiten der freiwilligen Berichtsbarteit und zwar nicht nur in benjenigen, welche burch Reichsgeset ben Berichten übertragen find. fonbern auch in benjenigen, für welche die Landesgesete maßgebend find sowie in Grundbuchsachen (§ 16 bes G.F.G., Art. 129 bes A.G. 3. B.G.B., Art. 8 bes A.G. 3. G.B.D. 11. 3. 3w.G.) im Unschluß an die für die ftreitige Gerichtsbarteit geltenden Borschriften geregelt sind, so ist es ein Gebot ber Folgerichtigteit, auch die Borschrift bes § 80b auf die Zustellungen in den Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit auszudehnen. Die Borschrift bes § 80b gilt, wie fich aus ber allgemeinen Berweifung auf fie ergibt, nicht nur fur biejenigen Buftellungen, mit benen ber Lauf einer Frist beginnt, welche aljo nach § 16 Abj. 2 Sat 1 bes Befetes über die Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit nach den Borichriften ber Civilprozegordnung erfolgen, sondern auch für diejenigen, mit denen der Lauf einer Frift nicht beginnt, bezüglich beren also die Landesinftizverwaltung zu bestimmen hat, in welcher Form sie erfolgen sollen. (Bergleiche hieher Ziss. IV u. V ber Bekanntm. v. 16. Dezbr. 1899, die Ausschrung von Zuftellungen von Amtswegen betreffend, Juft. M.Bl. G. 492.)

Bezüglich der von den Notaren oder Gerichtsvollziehern wahrgenommenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit entspricht die Unwendbarteit der §§ 45, 46 schon dem geltenden Rechte. Die für anwendbar ertlärten Borschriften der §§ 47, 80b und des § 94 Kr. 2, 3 haben nur für die Verrichtungen der Notare Bedeutung und sind mit Rücksicht auf deren Zuständigkeit zur Vermittlung von Ausseinandersehungen aufgenommen worden.

(Motive 1899.)

1. Kostenschulbner ift in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit in der Regel der Antrag feeller. Als solcher gilt derjenige, welcher durch seinen Antrag eine in seinem Interesse dorzumehmende Thätigkeit des Gerichts veranlakt. If jemand in einem von ihm nicht hervorgerusenen Versahren zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet, so erscheint dieser nicht als Antragsteller.

Mehrere Antragfteller haften als Bejamtichulbner.

Wird der eigentliche Antragsteller vertreten, so haftet der Bertreter, Bevollmächtigte, Profurift, Vormund u. s. w. persönlich und ist als Kostenschuldner anzusehen. Eine Ausnahme machen nur Rechtsanwälte, welche für die Kosten der von ihnen vertretenen Partei nicht haftdar sind.

Zweifelhaft ist es, ob die perfonliche haftung des Bormundes, Pflegers, Beistands oder des Testamentsvollstreders eine

allgemeine ober nur beichräntte ift.

San Lane

Beachtenswert ist, daß für die Thätigkeit des Gerichts nach Art. 91 in dem einen Falle die Eltern, in einem anderen die von ihnen vertretenen Kinder zahlungspflichtig sind, serner, daß in Nachlaßsachen die Gebühren für die Eröffnung einer Verfügung von Todeswegen, für die Sicherung des Nachlaßes, sür eine Nachlaßpflegschaft und für die Inventarerrichtung aus dem Nachlaß entnommen werden konnen und daß hiesit die Erben nach dem Vorschriften über Nachlaßverbindlichteiten hasten. Wie desgleichen auch sür die Gebühren des Andeinandersehungsversahrens die Anteilsberechtigten als Gesamtichuldner hasten (Art. 115).

Die Jahlungspflicht bes Untragstellers ift jedoch dann nicht gegeben, soferne das Gericht, auf seinen Antrag hin, eine Thätigfeit entwickelt, welche dasselbe von Anntswegen vorzumehmen hat. Endlich ist noch zu erwähnen, die gerichtliche Berurteilung eines Beteiligten zur Tragung von Kosten des Versahrens dei Berhängung einer Ordnungsstrasse. In diesem Kalle ist der Berurteilte

allein Roftenichuldner.

- 2. Für die Berjährung der Gebühren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, desgleichen für die Nachsorderung von Gerichtstosten wegen irrigen Anfahes haben die Bestimmungen des Art. 124 des Anss. Gesch. 3. B.G.B. Anwendung zu finden. Siehe Anmerkg. 3 u. 4 bei Art. 1.
- 3. Im Bejchwerbeverjahren kommen Gebühren nur nach der Borickrift des § 45 des R.G.A.G. zum Anjah und hat die Festsjehung der Bertgegenstandsjumme nach §§ 9—10 des R.G.A.G. zu erfolgen.

Art. 40 (145 Abj. 1).

Die Beteiligten sind verpflichtet, den Wert des Gegenstandes, wenn der Gegenstand nicht in einer bestimmten Geldjumme besteht oder aus früheren Ansträgen erhellt, und auf Ersordern auch den Wert eines

Teiles des Gegenstandes dem Gericht oder dem Notar anzugeben 1).

Die Angabe tann jeder Zeit berichtigt werden 2).

- Der bisherige Art. 48 regelte bas Berfahren bei Beichwerben gegen die Enticheibung über die Festjetung bes Bertes ober über Erinnerungen gegen ben Unfat bon Gebühren und Auslagen burch Berweisung auf die Borschriften der Art. 56 bis 67 des Auss. Gej. 3. R.C.B.D. Lettere Borschriften sind durch die §§ 19 bis 30 bes Beietes über bie Angelegenheiten ber freim. Berichtsbarteit erjest. Die einsache Bermeisung auf biese Borickriften ist inbessen ausgeschlossen, da nach ihnen über die Beschwerbe das Landgericht und über die weitere Beichwerbe bas Oberlandesgericht entifdelbet, mabrent fur bie Entiffeibung in Gebuhren-fachen gu berudfichtigen ift, bag Gebuhren auch bei ben Oberlanbesgerichten als Gerichten erfter Inftang anfallen und bag im Intereffe ber Rechtseinheit an ber auch im geltenben Rechte begrundeten Ruftandigteit bes Oberften Landesgerichte gur Enticheis dung über die weitere Beichwerde festgehalten werden muß. Dazu tommt, daß die Borichriften bes bisherigen Art. 145 eine Ermeiterung bedurft hatten, indem nunmehr Afte, welche der verhaltnismäßigen Webühr unterworfen find, auch bei Bericht vortommen, 3. B. die Auflaffung, wenn der Beraugerungsvertrag vor einem nichtbagerijchen Notar ober Gericht abgeschloffen worben ift. Es waren beshalb selbständige und neue Borfchriften, wie sie die Art. 40 u. if. enthalten, zu erlassen. Die Fassung des Art. 40 gibt inhaltlich den § 14 des R.G.K.G. wieder und ersetzt für die notariellen Urfunden ben Abi. 1 Sas 2 des Art. 145. (Motive 1899.)
- 1. Bergleiche hieher auch § 19 ber Bollzugsvorschriften vom 25. Dezbr. 1899 (Just. W. Bt. S. 356) hinsichtlich der Gebührenberechnung von notariellen Urkunden, welche teine bestimmte Gelbsumme enthalten, beren Gegenstand aber gleichwohl eine Beranichlagung in Gelb zuläßt.
- 2. Bergleiche hieher Beichl. bes Oberft. L.G. v. 21. Juli 1902, Sig. d. Entichdg. neue Folge Bb. III S. 659.

Art. 41.

In den Fällen, in welchen die verhältnismäßige Gebühr für ein Nechtsgeschäft zu erheben ist, gelten, wenn der Zahlungspflichtige die Wertsangabe verweigert oder wenn die von dem Zahlungspflichtigen gemachte Angabe oder im Falle einer freiwilligen Versteigerung der Zuschlagspreis als dem wahren Werte nicht entsprechend erachtet wird, die nachstehenden Vorschriften 1).

1. Die Borschriften bes Art. 41 n. ss. haben bei Erhebung einer verhältnismäßigen Gebühr nicht nur für das ganze Gebiet ber freiwilligen Gerichtsbardeit, sondern auch im Zwangsversteigerungsversahren gemäß Art. 10 (siehe S. 20) Geltung.

57900

Art. 42 (145 Abs. 2 bis 7).

Das Mentamt hat den Beteiligten einen Wertsanschlag, welcher bei landwirtschaftlichen Grundstücken (Aeckern, Wiesen, Weindergen, Hopsengärten, Weiden 20. 20.), sofern nicht besondere Verhältnisse eine Erhöhung oder Verminderung rechtsertigen, bis zum zwanzigsachen Betrage der Grundsteuer-Verhältniszahl zu berechnen ist, mit dem Bemerken bekannt zu geben, daß, wenn Erinnerungen hiegegen binnen zwei Wochen nicht erhoben werden, dieser Vertsanschlag der Gebührenberechnung zu Grunde gelegt würde.

Berden Erinnerungen rechtzeitig erhoben und findet über den vom Rentamte gemachten Wertsanschlag eine Bereinbarung nicht statt, so ersolgt die Wertsermittelung bei dem Amtsgerichte durch zwei beeidigte Schätzmänner, von denen der eine vom Kentamte, der andere von den Beteiligten und, wenn diese binnen zwei Wochen nach gerichtlicher Aufsorderung einen geeigneten Schätzmann nicht benennen, vom Gerichte bezeichnet wird. Der Durchsschnitt der beiden Schätzungen bildet die der Gebührensberechnung zu Grunde zu legende Wertssumme.

Die Koften der Schätzung sind von den Beteiligten zu tragen, wenn die Wertsangabe verweigert wurde oder wenn das Ergebnis der Schätzung den von den Beteiligs ten angegebenen Wert um 20 Prozent übersteigt 1) 2).

Das Umtsgericht hat über Ablehnungsgründe, welche gegen die Schähmänner geltend gemacht werden, sowie über das Ergebnis der Schähung und die Berbindlichsteit zur Kostentragung zu entscheiden. Gine Ansechtung

ber Entscheidung findet nicht ftatt3).

Ift der Wert von den Beteiligten in der Absicht, die Gebühr zu hinterziehen, zu gering angegeben worden, so trifft jeden eine Geldstrafe dis zum doppelten Betrage der hinterzogenen Gebühr. Wird jedoch die Wertseangabe noch vor Vornahme der Schätzung von den Pflichetigen selbst berichtigt, so tritt nur Ordnungsstrafe dis zu 30 Mark ein 4) 5).

Das Berfahren ift gebührenfrei.

Der obige Artikel weicht im hinblick auf die Bestimmungen bes bisherigen Artikel 145 nach drei Richtungen und zwar zu

Bunften ber Beteiligten ab. Bunachft ift zu ermahnen, bag früher bie Schätzung bes bom Rentamte vernommenen und bon biefem vorgeschlagenen Schäpers allein maggebend mar, wenn nicht bie Beteiligten innerhalb 14 Tagen nach gerichtlicher Aufforderung teinen ober teinen geeigneten Schaper bezeichnen. Runmehr bat bas Umtegericht gleichfalls einen Schaper zu ernennen, fo baß ftets zwei Schäpungen vorliegen. Rach Art. 145 Abs. 4 fielen fruher Die Kosten der Schäpung den Beteiligten zur Laft, wenn das Ergebnis ber Schätung ben bon ben Beteiligten angegebenen Wert um 10 Prozent überfteigt, bies tritt nunmehr erft bann ein, wenn bas Ergebnis ben angegebenen Bert um 20 Brozent überfteigt. Endlich maren bie Beteiligten früher mit einer Gelbstrafe im boppelten Betrage ber hinterzogenen Gebühr belegt, wenn ber Bert bon ihnen wissentlich zu gering angegeben worden ift. Nunmehr tritt bie Strafe nur bann ein, wenn ber Wert in ber Abficht bie Bebuhr zu hinterziehen, zu gering angegeben worben ift, andererseits ift eine Milberung barin gegeben, bag bie Strafe nicht ftets in bem boppelten Betrage ber hinterzogenen Gebuhr ausgesprochen werben muß, fondern bag biefer Betrag nur bas Bochftmaß ber Strafe ift. (Siehe Motive 1899.)

Die Bestimmungen des Art. 42 haben in ihrer Beziehung auf Kauf- und ähnliche Verträge lediglich den Zweck, eine Hinterziehung von Gebühren zu versindern, welche dadurch begangen wird, daß statt des von den Karteien einem Objekte bei seiner Beräußerung wirklich beigelegten Vertes in der Vertragsurkunde eine anderer, niedrigerer siguriert. Ob im einzelnen Falle eine Hinterziehung als gegeben anzunehmen ist, hängt von den Umständen sedes Falls ab. Eine solche kann möglicher Beise aus der bebeutenden Disserenz zwischen dem angegebenen Wert und dem durch Vergleichung des Vertragsobsektes mit anderen Objekten ermittelten wahrscheinlichem Werte gefolgert werden. Sie muß aber keinesweg siberall da angenommen werden, wo nach der Meinung dritter Personen der angegebene Wert als zu niedrig zu erachten ist, da die Verisbsstum von zu vielen Womenten abkänat.

welche fich ber allgemeinen Beurteilung entziehen.

Das Lettere, daß die Festsetzung eines verhältnismäßig niederigen Preises für sich allein noch keine Bermutung des Vorliegens einer Gebührenhinterziehung begründe, gilt ganz besonliegens einer webührenhinterziehung begründe, gilt ganz besonließ dei Gutsübergaben und Subhastationen. Es entspricht einer weit verdreiteten llebung, daß bei dem Ulebergang eines Anweiens von der älteren auf die jüngere Generation der Wert desselben auf einen geringeren Betrag angeschlagen wird, als bei einem Verkaufe an fremde Personen erzielt werden könnte. Diese von durchaus richtigen wirtschaftlichen Erwägungen ausgesende Uebung darf nun nicht im sistalischen Interesse dahin korrigiert werden, daß au Stelle des zwischen Interesse dahin korrigiert werden, daß au Stelle des zwischen Ventender wertes ohne weiteres ein höherer geset wird. Es sind vielnnehr dei Uebergadsverträgen die von den Parteien dettariertern Werte in solange unbeanfandet zu lassen, als sich nicht aus anderen Umständen die Vernutung rechtsertigt,

daß jene Werte, sei es hinsichtlich ihrer höhe, sei es hinsichtlich ihrer Berteilung auf die einzelnen Bestandteile des Kausobjektes, mit dem wahren Bertragswillen der Parteien nicht übereinstimmen.

In gleicher Beise ist bei Subhastationen, insbesondere wein das Strichobjett von einem Hypothekgläubiger ersteigert wird, von ieber nachträglichen Bertsermittlung insolange abzusehen, als nicht auch hier die Annahme sich rechtsertigt, daß das Meistgebot in der That nicht das Resultat einer freien Konkurrenz, sondern in seiner Hot nicht das Resultat einer freien Konkurrenz, sondern in seiner Hot unter freien Konkurrenz, sondern in seiner Hot und kankurrenz, sondern in seiner Hot und kankurrenz, sondern in seiner Konkurrenz, sondern in seiner kankurrenz in

- 1. Das Wertsermittelungsveriahren, das bloß für die Gebührenerhebung von Einfluß ift, findet bei allen Verträgen schaft, welche der verhältnismäßigen Gebühr unterliegen und ist, ha den Finanzbehörden das Necht zusieht, jede Urtunde hinsichtlich des Wertes der Gegenstandsumme auzugreisen, es gleichgiltig, ob der Wert in der Urtunde angegeben oder verweigert wurde. Nuch bei Iwangsversteigerungen von Liegenschaften tann das Wertsermittelungsversahren in Frage kommen. Nur die öffentlichen Nobiliarversteigerungen, welche auch gesondverter Gebührenbewertung nach Urt. 262 unterliegen, sind ansgenommen. (Siehe die Velchlüsse des Oberst. G. von 1. Februar 1884, Sig. d. Eutschog. ä. F. Bd. X. S. 322 u. v. 5. Februar 1890, Bd. XII S. 564, dann die näheren Ausstührungen dei Burthardt, S. 308 st. u. bei Pjas, 5. Aussige S. Sussigen.
- 2. Wenn auf Erund des gepflogenen Wertermittelungsversahrens vom Nentaute eine Gebührennachfolung erfolgt ist, so ist eine weitere Gebührennachfolung ausgeschlossen, auch wenn sich päter ergibt, daß der vom Nentaute berechnete Wertsanschlag zu niedrig gegriffen war (Beschl. d. Oberst. E. v. 12. Febr. 1894, Slg. d. Entschog. ä. F. Bd. XV S. 59).
- 3. Das Berjahren bei dem Amtsgerichte ersolgt auf Antrag des Kentantes. Zuständig ist das Amtsgericht, in welchem das Immobile gelegen ist oder, sosern Jumobilien nicht in Betracht kommen, zu dessen Bezirt das Rotariat gehört, bei welchem die Urtunde verlautdart wurde. Das Bersahren selbst wird nach Analogie der Schäßungen in Hopvothetensahen durchgesührt, wonach es vor Allem auf densenigen Wert anzutommen haben wird, welchen das Grundstück längere Zeit erhalten kann, ohne besondere Minderung ersahren zu müssen (§ 9 der Instru v. Jahre 1823, Reg.VI. S. 804; Finanzminissterialentichließung v. 18. Juni 1853, Geret XXVIII Abt. I S. 29). Die Entscheidungen des Amtsgerichts unterliegen keinem Rechtsmittel.
- 4. Die Straffolgen treten ein, wenn eine nachweisbare wissentlich unrichtige Wertsangabe gemacht wurde, so z. B. wenn bei Kausverträgen Barzahlungen verschwiegen werben, mit der Abssicht die Gebühr zu hinterziehen.
- 5. Die Strafen fließen in die Staatstaffe. Das Berfahren felbft ift gebührenfrei; die Roften der Schätzung aber find im Falle

des Abs. 3 den Beteiligten zu überbürden. Die Berfällung in eine Ordnungsstrafe bis zu 30 N setzt eine Abstächt der Beteiligten, die Gebühr zu hinterzielben, doraus. Ein höberes Ergebnis der Schähung gegenüber der im guten Glauben abgegebenen Wertsangabe der Beteiligten genügt allein noch nicht, um eine Ordnungsstrafe zu verfängen.

Mrt. 43.

In den übrigen 1) Fällen ersolgt die Festsetzung des Wertes gebührenfrei durch Beschluß des Gerichts 2), bei welchem die Gebühr in Ansat kommt, wenn die Festsetzung von dem Zahlungspflichtigen oder der Staatskasses der wird; kommt der Natur des Gegenstandes ersorderlich wird; kommt die Gebühr nicht bei einem Gericht in Ansat, so ersolgt die Festsetzung durch das Amtsaericht.

Das Gericht kann eine Beweisaufnahme, insbesonbere die Einnahme eines Augenscheins ober die Begutachtung durch Sachverständige, auf Antrag ober von Amtswegen anordnen. In dem Beschlusse, durch welchen der Wert sestgestellt wird, ist über die Kosten der Beweisaufnahme zu entscheiden. Die Kosten können ganz oder teilweise der Partei zur Last gelegt werden, welche durch Unterlassung der ihr obliegenden Wertsangabe oder durch unrichtige Wertsangabe oder unbegründete Be-

1. Hierunter sind die Fälle zu verstehen, in welchen keine mit der verhältnismäßigen Gebühr belegten Rechtägeschäfte vorliegen sondern hauptjächlich Atte des Gerichts oder Notariats, deren Gegenstand nicht in einem bestimmten Geldbetrage besteht. Soweit in den Fällen der Erbjolge oder der Aushedung einer fortgesetten Gütergemeinschaft der Ertragswert eines Landguts sestzulezen ist, gitt als jolcher, vordechaltlich der Berücksichtung besonderer Umstände, der fünsundzwanzigiache Betrag des jährlichen Keinertrags (Att. 103 des Ausf. & B. G. B.).

ichwerde die Beweisaufnahme veranlagt hat 6) 7).

- 2. Die Abfassung eines formlichen Beschlusses ift geboten. Bergleiche hieber § 329 Abs. 2 ber R.C.B.D.
- 3. Zuständig ift auch der gebührenverrechnende Gerichtsschreiber.
- 4. Kommt bie Gebühr für einen Notariatsalt in Betracht, jo ift bas Umtsgericht guftanbig, in bessen Bezirk bas betreffenbe Notariat seinen Sig hat.
- 5. Liegt ein Antrag auf Vornahme von Beweismitteln, die mit Auslagen verknüpft find, vor, jo hat der Antragsteller einen Auslagenvorschuß (§ 84 bes R.G.R.Gef.) zu erlegen.

- 6. Borausjegung ift ein ichulbhaftes Berhalten ber Bartei.
- 7. Bergleiche auch §§ 16, 17 bes R.G.R.G. (Wochinger, Prozeggeb.Gef. S. 33 ff.), bann §§ 25 u. 79 ber Bollzugeinftr. v. 25. Dezbr. 1899, Just. R.Bl. 1900 S. 359 u. 387.

Mrt. 44.

lleber Erinnerungen des Jahlungspflichtigen oder der Staatskasse gegen den Ansatz von Gebühren und Auslagen entscheidet bei Gebühren, welche bei einem Gericht in Ansatz gebracht werden, dieses 1), bei Gebühren, welche bei einem Gerichtsvollzieher in Ansatz gebracht werden, das Amtsgericht.

Die Entscheidung erfolgt gebührenfrei2).

1. Die Entscheidung hat bassenige Gericht zu treffen, welches zur Zeit mit ber Angelegenheit befaßt ift.

2. Der Anjat von Portoauslagen ist nicht ausgeschlossen, wohl aber die Erhebung von Schreibgebühren. Vergleiche hieher §3 4 u. 80a Nr. 1 des N.G. K.G. (Wochinger, Prozesgeb.Gei. S. 4 u. 103). hinsichtlich der Erinnerungen gegen den Gebührenansat bei Notariaten siehe Art. 47.

Art. 45 (49).

Die nach den Art. 43, 44 ergangenen Entscheidungen über Wertssestsehungen oder über Erinnerungen gegen den Kostenansatz können von dem Gerichte, welches die Entscheidung getroffen hat, oder von dem Gerichte der höheren Instanz 1) jeder Zeit, auch nach der Beendigung des Versahrens 2), von Amtswegen geändert werden.

1. Die in höherer Justanz — also von einem übergeordneten Gerichte — gertossene Vertesselziehung ist auch sür die unteren Justanzen bindend. Das Gericht höherer Instanz kann, auch wenn es nicht mit der Sache selbst besät ist, sondern nur z. B. über die Gebühren eines Rechtsanwalts zu entscheiden hat, von Amtswegen die in der unteren Instanz ersolgte Festsehung des Gegenstandswertes ändern. Das Beichwerdegericht ist im Gebührenwesen an die Anträge der Parteien nicht gebunden, hat vielmehr die betressend Gebühr nach der maßgebenden Sache und Rechtslage sestzustellen. (Beschl. des Oberst. L.G. v. 6. Dezbr. 1884, Slg. d. Entschlog. ä. F. Bd. X. S. 597 u. v. 21. Just 1902, n. F. Bd. III S. 659.)

Jede durch Gerichtsbeschluß erfolgte Festschung, selbst wenn sie auch auf persönliche Beschwerde eines Anwaltes allein stattgefunden hat, ist zugleich für die Gerichtskossen und für alle in Betracht tommenden Beziehungen von maßgebender Bedeutung. (Bergleiche hierüber Anm. 11 zu !\ 16 des R.G.K.G., Wochinger

Brozegaeb. Gefete G. 34.)

2. Die Bertssestleung kann bis zum Ablaufe der dreijährigen Beriährungsfrift geändert werden. (Siehe Art. 124 des Auss. Ges. 3. Bürgerl. Gesetbuch, § 202 ff., 208 ff. des Bürgerl. Gesetbuch, § 78 Mb. 2 der Bollz-Instr. v. 25. Dezbr. 1899, Just. M.Bl. 1900 S. 387.)

Mrt. 46.

Gegen die in den Art. 43, 44, 45 bezeichneten Entscheidungen ist die Beschwerde 1) zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht. Der § 199 Abs. 2 des Gesetes über die Ansgelegenheiten der freiwilligen Gerichtsdarkeit findet entsprechende Anwendung 2).

1. Bulaffig ift bie fogenannte unbefriftete Beichwerbe. Die Ginlegung tann jum Prototoll bes Gerichtsichreibere ober ichrift-

lich ohne Mitwirtung eines Anwalts erfolgen.

Die Entscheidung der nach Art. 46 eingelegten Beschwerde gegen amtsgerichtliche Beschlüsse steht auch in Handelssachen nur der Civilkammer des Landgerichtes zu. Beschl. des Oberst. L.G. v. 23. Okthr. 1900, Sig. d. Entschda, neue Kolge Bd. I S. 502.

Die Gebührenberechnung erfolgt nach § 45 bes R.G.R.G. (Wochinger, Prozesigeb. Gel. S. 64 ff.) und beträgt ber Gebührenlaß 1/3.0 ber Sige bes § 8 bes R.G.R.G. fiehe Tabelle a im Anhang. Das Gericht kann jedoch unter Umständen gemäß § 6 des R.G.K.G. für abweisenbe Bescheide Gebührenfreiheit gewähren. Beschl. d. Oberst. Z.G. vom 29. Oktober 1901, Bl. f. bahr. Finanzwesen 1902 Ar. 1 und 2 S. 29.

e2. Das für die Entscheidung über das Rechtsmittel der weiteren Beschwerbe zuständige Gericht ist das Oberste Landessgericht in München. Siehe auch Art. 49.

Art. 47 (153).

Gegen den Ansatz oder die Nachsprederung von Gebühren, welche bei einem Notariat!) ansallen, steht dem Zahlungspflichtigen das Nechtsmittel der Beschwerde an das Landgericht zu, in dessen Bezirk das Notariat seinen Sit hat.

Die Beschwerde ist erst zulässig, wenn der Zahlungspssichtige sich an die zuständige Regierungssinanzkammer um Abhilse gewendet und entweder eine abschlägige oder innerhalb sechs Wochen keine Entschleßung erhalten hat. Die Regierungssinanzkammer hat über solche Gesuche den Beteiligten die Empfangsbescheinigung unverzüglich und unentgeltlich auszusertigen?

Die Vorschriften des zweiten Absabes sinden keine Anwendung, wenn die Nachsorderung von der Regierungsfinanzkammer veranlaßt ist 8) 4).

1. Der Artifel 47 sieht im Einklange mit den Bestimmungen des früheren Art. 153. Gine Aenderung ist nur im Abs. 3 gegeben. als in diesem Falle ein Gesuch an die anstäudige Regierungssinanzkammer nicht vorherzugehen hat. Die Vorschrift in Abs. 2 ist zwingender Natur und hat deren Nichtbeachtung die Nichtigkeit des Beschlusses des Landgerichts aur Folge. Wird gegen den Beschlußeiners Landgerichts in einer Gedührenlache weitere Beschwerde eingelegt, so ist das Laudgericht weder zu einer abändernden Entschluß des Oberst. 2.G. vom 22. Novdr. 1892, Slg. d. Entschloß, ä. F. Bd. XIV S. 337.) Bergl. hieher auch § 79 Abs. 4 der Volfz. Institut. v. 25. Dezdr. 1899, Just. M. 1900 S. 388. Ferner die Ausschlussen des Burthard, S. 326/7 zu Art. 151 (153) und dei Pigfiftsungen des Burthard, S. 326/7 zu Art. 151 (153) und dei Pigfiftsungen S. 60.

Der Streit über die Rechtmäßigkeit des Anjages oder der Rachsprodurung von Gebühren, joweit für dessen für ehrlicheidung die Gerichte zuständig sind, ist ein besonderes durch die Artikel 46—52 geordnetes kontradiktorisches Beschwerdeversahren, in dem sich der Fiskus und die von ihm als gebührenpsichtig in Anspruch genommene Person als Parteien gegenüber stehen. Beschl. des Oberst. 2. G. v. 22. April 1901, Sig. d. Entschop, neue Folge Bd. 11 S. 238

u. v. 7. Juli 1902 Bb. III G. 619.

2. Dem Zahlungspflichtigen steht eine Beschwerde an die Gerichte nur gegen den Ansat oder die Nachsorderung von Gebühren zu; gegen eine Entschließung der Regierungsssinanzkanmer, die dem Rentamte die für die Gebührenansehung in Vetracht kommenden Gesichtspuntte entwickelt und das Rentamt zu weiteren Festikellungen und Ermittelungen anweist, ist eine Beschwerde an die Gerichte nicht zulässig. Beichl. d. Derrit. L.G. v. 17. Juni 1901, Sig. d. Entschog, neue Folge Bd. II S. 417.

3. Dem Beschwerbegerichte steht gegenüber bereits vollzogenen unberechtigten Nachsvorrungen lebiglich die Herstellung des früheren Zustandes, nicht aber die Bewilligung von Schadensausgleichzungen durch Jusprechung von Jinsen zu. (Siebe Beicht, des Oberst. L.G., v. 18. Jan. 1892, Sig. d. Entschyd, ä. F. Bd. XIV S. 12.)

Das Landgericht ist nicht besugt, seinen Beschluß über die Festsetung der Gebühren und Auslagen des Abtars im Falle der Einlegung der Beschwerde abzuändern. (Siehe Beschl. des Oberst. L.G. v. 3. Juli 1900, Sig. d. Entichdy. neue Folge Bd. I S. 360.)

4. Die Rachsorberung nuß durch Revisionsentickeid veranlät sein. Den Gegenstand einer Gebührennachholung bestimmt aussichtiestich der Inhalt der Regierungsentichtießung, die die Rachholung anordnet, nicht die bei der örtlichen Gebührenrevision erhobene Erinnerung, durch welche die Unordnung der Nachholung veransast wird. Die Beschwerde der gebührenpssichtigen Partei hat sich nur gegen die Regierungsentschließung zu richten, nicht gegen die Revisionserinnerung, deren Zweck uur darin besteht, eine Entscheidung der Regierungssinanzkammer über eine von der Revision beanstandete Gebührenbewertung hervorzurusen. (Siehe Beschliß des Oberst. L.G. v. 26. Februar 1900, Sig. d. Entschognene Folge Bd. I S. 111.)

Art. 48.

Die Beschwerde¹) kann bei dem Gerichte, dessen Beschwerde² gerichte durch Einreichung einer Beschwerdesgerichte durch Einreichung einer Beschwerdeschrift²) oder durch Erklärung zum Protokolle des Gerichtsschreibers³ eingelegt werden.

Die Beschwerde kann auf neue Thatsachen und Be-

weise geftütt werben 4).

. Hat der Zahlungspflichtige Beschwerde eingelegt, so ist die Beschwerde der Negierungsfinanzkammer zur Aeußerung mitzuteilen.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung 6). Die Entscheidung ist mit Gründen zu versehen 7)8)9).

1. Die Beschwerbe ift an teine Frift gebunden.

2. Die Abfaffung und Borlegung ber Beschwerbeschrift burch

einen Rechtsanwalt ift nicht geboten.

- 3. Zuständig ist sowohl der Gerichtsschreiber desjenigen Gerichts, bei welchem die Gebührenbewertung vorgenommen oder von dem aus die etwaige Nachsorderung erhoben wurde als auch der Gerichtsschreiber des Beschwerdegerichts. Die von demselben aufgenommene Erklärung muß einen Antrag enthalten. (Siehe § 79 Ubs. 2 der Vollzugs-Instr. vom 25. Dez. 1899, Just. M.Bl. 1900 S. 387.)
- 4. Auch der Gegner des Beschwerbeführers kann zum Zwecke der Aufrechterhaltung der angesochtenen Entscheidung neue Thatsachen und Beweise vorbringen.
- 5. Die Einvernahme der betreffenden Regierungssinanztammer hat vor der Entscheidung über eine wider eine Gebührenbewertung gerichtet Beschwerte bei Vermeidung der Aushebung des ergangenen Beschlusses als "verfrüht" zu ersolgen. (Siehe Beschluß des Oberst. L.G. v. 12. April 1881, Sig. d. Entschda. F. Bd. IX. S. 119, serner Beschluß v. 18. April 1900, Sig. d. Entschda. neue Folge Bd. I S. 223.)
- 6. Diese Bestimmung bezweckt, strivole Beschwerben abzusichneiben und das Aerar vor Berlustgefahr zu schützen (Verhandig. d. K. d. 1879 Abt. II S. 72).
- 7. Die Entscheibung wird in Beschlußsorm erlassen und barf ber Gründe nicht ermangeln. Sie kann ohne vorgängige münbliche Berhandlung ersolgen. (Siehe Art. 50 Abs. 1.)
- 8. Im Beschwerbebersahren in Gebührensachen sind für ben Ausspruch im Kostenpunkte die Bestimmungen der Reichs-Civil-

prozefordnung maggebend. Beichl. bes Oberft. 2.G. v. 17. Febr.

1902, Gig. b. Entichog. neue Folge Bb. III G. 147.

9. Das Landgericht, das über eine Beschwerbe gegen eine Gebührennachsplung entschiebet, ist nicht berechtigt, die an das Rentamt ergangene Entschließung der Regierungssinangkammer auszuheben oder allgemein außer Birksankeit zu setzen

Das über die Beschwerbe gegen eine Gebührennachholung entscheibenbe Gericht kann zur Borbereitung seiner Entscheibung Erhebungen anordnen. Beschl. des Oberst. 2.G. v. 30. Juni 1902,

Sig. b. Entichog. neue Folge Bb. III G. 589.

Art. 49.

Gegen die Entscheidung des Beschwerdegerichts ist das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde zulässig 1), wenn die Entscheidung auf einer Verletung des Gesetze beruht 2). Die Vorschriften der §\ 550, 551, 559, 561, 563, 574 der Reichs-Civilprozevordnung sinden entsprechende Anwendung.

Ueber die weitere Beichwerde entscheidet das Oberfte

Landesgericht 3)

The State of the same of

Die weitere Beschwerde kann bei dem Gerichte erster Instanz oder bei dem Beschwerdegerichte oder bei dem Dbersten Landesgerichte nach Maßgabe der Borschrift des Art. 48 Abs. 1 eingelegt werden. Ersolgt die Einlegung durch Einreichung einer Beschwerdeschrift, so muß diese von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Der Zuziehung eines Rechtsanwalts bedarf es nicht, wenn die weitere Beschwerde von einer Behörde eingelegt wird.

Auf die weitere Beschwerde finden die Vorschriften des § 22 des Gesches über die Angelegenheiten der freiswilligen Gerichtsbarkeit b) und der Absäte 3, 4, 5 des Art. 48 dieses Gesehes entsprechende Anwendung.

lleber die weitere Beschwerde ist der Staatsanwalt

mit gutachtlicher Meußerung zu hören.

1. Die weitere Beschwerde ist eine sosortige, d. h. sie ist binnen einer Frist von zwei Wochen einzulegen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunste, in welchem die Versägung dem Veschwerdersübrer bekannt gemacht worden ist. (Siehe § 22 Abs. 1 des Gestüber die Angel. der freiw. Gerichtsbarteit.) Die zweiwöchige Frist endigt in diesem Falle mit dem Ablause dessenigen Tages der letten Woche, welcher durch seine Benennung dem Tage entspricht, in den die Vekanntmachung fällt.

2. Das Gefet ift verlett, wenn eine Rechtsnorm nicht ober nicht richtig angewendet worden ift (§ 550 ber R.E.P.D.).

- 3. Das Oberste Lanbesgericht entscheibet auch dann, wenn das Amtsgericht in erster Instanz und das Landgericht als Beschwerbegericht entschieden hat.
- 4. Die Beschwerde muß entweder durch einen bei dem Gerichte, bei welchem sie eingereicht wird, zugelassenn Rechtsanwalt vober durch Erklärung zum Krotokoll des Gerichtsschreibers erster Instanz oder des Beschwerdegerichts oder endlich des Sbersten Landesgerichts eingelegt werden. Wird die weitere Beschwerd durch eine Rehörder, wie z. S. die Regierungssinanztammer, eingelegt, so ist die Juziehung eines Rechtsanwalts nicht geboten. (Siehe auch Beschlüß des Sberst. S. d. R. Bd. X S. 335, dann d. 4. Jan. 1896, Bd. XVI S. 5.)
 Die Vorschriften des Art. 49 sinden auch Anwendung bei

Die Vorichriften bes Art. 49 finden auch Anwendung bei Erinnerungen und Beichwerben bes Jahlungspflichtigen oder der Staatstaffe gegen den Anfat der im Neichsgefese vom 11. Januar 1876 über das Urheberrecht an Mustern und Modellen bezeichneten Gebühren sir die Eintragung in das Musterichuhregister. Beichl. des Oberfix. G. v. 21. Jan. 1901, Scg. d. Entichyg, neue Folge Bd. II S. 38.

5. Siehe oben Anmertg. Biff. 1. hinfichtlich ber Biebereinsetung in den vorigen Stand fiehe § 22 Abs. 2 des alleg. Gesets.

6. Siehe Anmertg. Biff. 5, 6 u. 7 gu Urt. 48.

Mrt. 50.

Die Entscheidungen erfolgen bei den Landgerichten durch eine Civilkammer, bei den Oberlandesgerichten und dem Obersten Landesgerichte durch einen Civilsenat. Die Entscheidung kann ohne vorgängige mündliche Verhandslung erfolgen.

Gegen Entscheidungen des Oberften Landesgerichts

findet fein Rechtsmittel ftatt 1).

Die Vorschriften der Reichs-Civilprozehordnung über die Ausschliehung und Ablehnung der Gerichtspersonen finden entsprechende Unwendung²).

1. Nicht nur kein Rechtsmittel findet hiegegen statt, sondern auch eine Remonstration ist hiegegen unstatthaft. (Siehe Beschluß bes Oberst. B. v. 13. Jan. 1885, Slg. d. Entschhog. ä. F. Bb. XI S. 9.)

2. Bergleiche hieher §§ 41 bis 49 ber R.C.B.D.

Art. 51 (52).

Ist eine Entscheidung oder sonstige Antshandlung, für welche eine Gebühr nicht zu erheben wäre, nach steier richterlicher Ueberzeugung mutwillig veranlaßt worden, so hat das Gericht von Amtswegen die besondere Erhebung von drei Zehnteilen der Gebühr des § 8 des Reichs-Gerichtskoftengesetz zu beschließen.

Gegen den Beschluß findet Beschwerde nach Maßgabe der Art. 46 bis 50 statt.

Das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde ist

unzuläjjig.

Die Gebühr fann sosort nach dem Beschlusse von der in diesem bezeichneten Partei ohne Anrechnung eines derselben etwa obliegenden Vorschusses eingehoben werden 1).

1. Die Bestimmungen des Art. 51 betreffen die jogenannte-Mutwillensgebühr, wie sie auch der § 47 Uhl. 2, § 94 3iff. 3 des M.G.K.G. vorichreibt. (Bergleiche hieher Wochinger, Prozefigeb. Gel. S. 70, 129 und Tabelle a im Anhang.)

Art. 52 (53).

In dem Versahren auf weitere Beschwerde erhöht sich die im § 45 des Reichs-Gerichtskostengesetze bestimmte Gebühr um die hälfte 1).

1. Nachdem die Gebühr bes \ 45 bes M.G.K.G. 1/10 beträgt, erhöht fich die Gebühr auf 1/20.

Art. 53 (54).

Die Auslagen der Gerichte werden bei der Entstehung fällig 1).

1. Die Bestimmung bes Art. 53 bilbet eine Ausnahme von der Borschrift des § 93 des R.G.K.G., wonach die Gebühren und Austagen fällig werden, sobald das Bersahren oder die Instanz durch unbedingte Entscheidung über die Kosten, durch Bergleich oder Zurücknahme oder anderweite Erledigung beendigt ist. (Siehe Bochinger, Prozesgeb.Ges. S. 127.)

Bezüglich der Fälligkeit der Gebühren ist die Bestimmung des § 93 des N.G.C. maßgebend mit Ausnahme der in Bormundischaften zur Ersebung gelangenden Gebühren. (Siehe Art. 83

und 84, bann 87.)

II. Abschnitt.

Berhandlnugen der Gerichte.

1. Zeugniffe, Beglaubigungen und Ausfertigungen.

Art. 54 (51).

Für gerichtliche Zeugnisse (Atteste, Bescheinigungen), für gerichtliche Beglaubigungen von Privatabschriften oder der Unterschriften in öffentlichen oder Privaturskunden (Legalisationen) sowie für einsache gerichtliche Aussertigungen, beglaubigte Abschriften oder Auszüge,

welche nicht von Amtswegen zu erteilen sind, kommen, soweit nicht besondere Vorschriften bestehen, folgende Gebühren zur Erhebung 1) 2) 3) 4).

Die Gebühr beträgt bei den Amts- und Land- gerichten:

1. 2 Mart für gerichtliche Zeugniffe,

2. 1 Mark für die übrigen im Abs. 1 bezeichneten

Amtshandlungen.

Diese Gebührensätze erhöhen sich bei den Oberslandesgerichten um die Hälfte, bei dem Obersten Landessgerichte auf den doppelten Betrag.

Für die von Amtswegen zu erteilenden einfachen Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften oder Aus-

züge werden nur Schreibgebühren erhoben 5).

- 1. Die Motive 1879 besagen, daß unter den von Amts-wegen zu erteilenden Ausfertigungen z. z. im Sinne des gegenwärtigen Artitels alle diejenigen zu verstehen sind, deren Erteilung in der Geschäftsordnung begründet und nicht etwa bloß durch besonderes Verlangen einer Partei veransast ist. Aur in diesem letzteren Falle soll die Aussertigung einer besonde ren Gedöhr unterworsen sein; außerdem ist in der Vausschlage bis hr für das Versahren zugleich die Gebühr sür die hiemit verdundenen Aussertigungen z. in dez grifsen. Aur Zeugnisse und Beglaudigungen zo. in dez grifsen. Aur Zeugnisse und Beglaudigungen sollen, soweit keine speziellen Besteiungsgründe vorliegen, stets der tressendem Gebühr surt 110 bezöglich der erstenaligen Aussertigung einiger Zeugnisse der vossen. Bei Unterschriftsbeglaubigungen gilt nach der dem Geses au Grunde liegenden Tendenz nicht die Jahl der Unterschriften, sondern die Jahl der Beglandigungsätte. (Siehe auch Burthard, S. 181.)
- 2. Nach den Motiven 1899 sind nicht nur wie bisher die Hypothekenbuchsauszuge und sonstige auf Grund des Hypothekenbuchs zu erteilende Bescheinigungen ausgenommen, sondern nunmehr auch die Abschriften, Auszüge und Bescheinigungen, welche sich bei den in den Art. 55 bis 77 behandelten Registern ergeben.
- 3. Hinsichtlich der gerichtlichen Beglaubigung ist besonders die von den Amtsgerichten vorzumehmende Beglaubigung von Ansgügen aus den Airchenbüchern über Tausen, Trauungen oder Todesfälle, welche unter dem Airchenfiegel erteilt werden, zu erwähnen (siehe Art. 3 des Staatsvertrages zwischen Teutschland und Desterreich-Ungarn vom 25. Februar 1880 und 13. Juni 1881, R.G.Bl. 1881 S. 6 u. 253; § 188 der Gesch.D. d. Notare, Just.M.Bl. 1899 S. 657); dann gehört auch hieher die Beglaubigung autlicher Unterschriften zum Iwese der Legalisation im diplomatischen Wege, in velchen Falle nur der Landgerichtsprässenzaltändigische Ist. (Bergl. Art. 31 des Ausschles, R.G.B.G., R.B.B.G., G.B.Bl. 1879 S. 282.)

lleber die Sohe der Legalisationsgebühren bei den Desterreich-Ungarischen Konsulaten siehe Minist. vo. 20. IX. 02, Rust. M.Bl. S. 956.

4. Im Falle der Beschwerde wegen Berweigerung der Aussitellung eines Zeugnisses tommt für das Beschwerdeversahren nicht die Erhebung der Gebühr nach Art. 54 in Frage, sondern es ist das Interesse maßgebend, das Gesuchsteller an der Erlangung des Zeuguisses hat. (Siehe Beschluß des Oberst. L.G. v. 23. April 1885, Slg. d. Entschdog. ä. F. Bd. XI S. 121.)

5. Dies trifft auch ju fur die in Nachlagfachen bon Amts-

wegen zuzustellenden Ladungen und Benachrichtigungen.

In Bormundschafts-, Pflegschafts- oder Beistandssachen ist der Ansat dom Schreibgebühren für die von Umtswegen zu erteilenden Aussertigungen und Abschristen nach Art. 93 unzulässig. Besondere Bestimmungen sind nach Art. 123 getrossen für Abschristen aus dem Grundbuche oder von Urkunden oder von den noch nicht erledigten Sintragungsanträgen, welche dom Grundbuchamte zu erteilen sind, serner nach Art. 58, 66, 70 u. 74 in Registerangelegenheiten.

2. Regifterfüßrung.

Art. 55 (56).

Für die Eintragungen in das Handelsregister 1), einsischlich der dieselben begleitenden gerichtlichen Handslungen, werden, soweit nicht reichsgesetzlich 2) ein Anderes bestimmt ist, folgende Gebühren erhoben:

1. bei Eintragungen in Betreff eines Einzelkaufmanns 3)4):
a) 5 Mart für die erste Eintragung der Kirma,

a) 3 Mart für die erste Eintragung der Firma,
b) 2 Mart für jede spätere auf die Rechtsverhältnisse
der Firma bezügliche Eintragung oder Löschung;

- 2. bei Eintragungen in Betreff der offenen Handels= gesellschaften und der Kommanditgesellschaften 5): a) 10 Mark für die erste Eintragung der Firma,
 - b) 5 Mark für jede spätere auf die Rechtsverhältnisse der Firma bezügliche Eintragung oder Löschung:

3. bei Eintragungen in Betreff ber Gesellschaften mit beschränkter Haftung 6):

a) 20 Mark für die erste Eintragung der Firma,

b) 10 Mark für die spätere Eintragung einer Aenderung in bem Gesellschaftsvertrage,

c) 5 Mark für jede sonstige auf die Rechtsverhältnisse ber Firma bezügliche Eintragung ober Löschung;

- 4. bei Eintragungen in Betreff der Rommanditgefellschaften auf Aftien und der Aftiengesellschaften?):
 - a) 30 Mart für die erste Eintragung der Firma,

b) 20 Mark für die spätere Eintragung einer Menderung in bem Gesellschaftsvertrage,

e) 10 Mark für jede sonstige auf die Rechtsverhältnisse der Firma bezügliche Eintragung oder Löschung.

1. Die Eintragung in bas Sandelsregifter erfolgt auf Antrag ober in ben gejeglich bestimmten Fallen von Amtswegen (§§ 17, 71 bis 87 ber Borichr. über die Führg. des Sandelsreaifters v. 24. Dezbr. 1899, Juft. W.Bl. G. 815 ff.).

Einzelne von Amtewegen vorgenommene Gintragungen find gebührenfrei. 3. B. die Gintragung der Ronturgeröffnung u. f. w.

fiehe Art. 61 3. 2 mit 4.

Die Bebühr für die Gintragung umfaßt die gejamte Thatigteit bes Gerichts, insbesondere auch die für die Befanntmachung. wofür nur die entstandenen Auslagen angujegen find. Für Be-

richtigungen werben teine Gebühren erhoben.

Rostenvflichtig ist der Antragsteller, welcher die gerichtliche Thatigfeit in Anspruch nimmt. Mehrere Anmelbende haften nach Ropfteilen. Die Roften ber Lofchung einer Firma hat ber bisherige Inhaber berfelben ober beffen Rechtsnachfolger zu tragen. (§ 31 Abj. 2, 14 bes S.G.B., § 141 bes G.F.G.)

Bird der Antrag bon einem Bertreter - Rechtsanwälte ausgenommen — gestellt, so haftet ber Bertreter perionlich für bie Kosten, soferne er nicht kraft Gesetze zur Besorgung gewisser Angelegenheiten beftellt ift, wie g. B. als Bormund, Pfleger, Beiftand ober gefetlicher Bertreter.

lleber die haftung des Chemanns vergleiche \$\$ 1375, 1439. 1443 9(b), 2, 1459, 1519 9(b), 2, 1525 9(b), 2, 1549, 1550 9(b), 2 bes 9.6.9.

Bezüglich ber Führung der Gebührenregifter, der Borichufund Auslagenregifter für Banbelsfachen fiebe §§ 35, 41 ber Bollaugeinftr. v. 25. Dezbr. 1899 (Juft. M. Bl. 1900 G. 362, 366).

2. Reichsgeseglich geregelt ift die Bebührenbewertung:

a) Für Eintragungen in bas Benoffenschafteregifter § 159 bes R.Gef. v. 1. Mai 1889 betreff, die Erwerbs- u. Wirtschaftsgenoffenichaften (R. B.1. 1898 G. 810).

b) Für Eintragungen in das Mufterregifter, § 12 des R. Gef. v. 11. Jan. 1876, betreff. bas Urheberrecht an Muftern und Modellen (R.G.Bl. S. 11). (Siehe auch Minift.Bekanntuchg. v. 23. März 1900, Juft.M.Bl. S. 613.)

c) Für Eintragungen in bas Borjenregifter, § 57 bes Borfen-

gejetes v. 22. Juni 1896 (R.G.BI. G. 157).

Annielbungen jum Zeichenregister auf Grund des Marken-ichungesetzes v. 30. Novbr. 1874 (R.G.Bl. 144) werden seit 1. Okt. 1894 nicht mehr vorgenommen. Un feine Stelle trat bas Reichegeset zum Schute von Warenbezeichnungen v. 12. Mai 1894, siehe §§ 2 Abs. 3 u. 24, 26 a. a. D. (R.G.Bl. S. 22 ff.).

Siehe auch Bfaff 5. Aufl. 3. 67.

- 3. Juristische Personen (§§ 33 bis 36 bes H.G.B.) gelten als Einzelkaufleute.
- 4. hieher gehören 3. B. die Eintragungen bezüglich der Fortführung des Geschäftes durch die Erben ohne Begründdung einer handelsgeiellichaft (§ 27 des h.C.B.), des Aussichlusses der Hoftung des Uedernehmers für die Geschäftsichulden (§ 25 Abj. 2 a. a. D.), der Protura (§ 53 a. a. D.), der Ausderung einer juriftischen Kerson (§ 34 a. a. D.).
- 5. Geht eine Firma von einem Einzelkaufmann auf eine Gesellschaft über, jo kommt zunächst die Gebühr Ziffer 1 b, dann für die Eintragung in das Gesellschaftsregister die der Ziffer 2a zur Erhebung. Dies gilt auch bei dem Eintritt eines Gesellschafters unter Beibehaltung der Firma.

Die Eintragung der Fortsetung der Gesellschaft nach § 144 Abs. 2 des S.G.B. ift der Gebuhr der Ziffer 2b unterworfen.

6. Diese Bestimmungen betressen die Geschäfte nach §§ 7, 54, danu 39, 65 u. 67 des R.Ges. v. 20. April 1892 u. 20. Mai 1898 betressend die Gesellischaften mit beschränkter Hatung (R.G.U.).

Hinsichtlich ber Eintragungen und Bormerkungen in das Genossenschafter ift zu beachten, daß nach § 159 des R.Gesbetressend die Erwerds- und Virtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 u. 20. Mai 1898 (N.G.B.). S. 845) nur die Auslagen nach §\$ 79, 80 u. 80b des R.G. dur Erhebung gelangen.

7. Im Falle der Uniwandlung einer Kommanditgesellschaft auf Attien in eine Attiengesellschaft (§ 333 des H.H.) ist die Gebühr nach Zisser 4 lit. danzusepen. Die Eintragung einer stattgesundenen Erhöhung (§ 284 Abs. 1 a. a. D.) oder der Herabsehung (§ 291 a. a. D.) des Kapitals unterliegt der Gebühr nach Zisser 4 lit. c.

Art. 36 (57).

Muß eine Eintragung sowohl in das Handelsregister der Hauptniederlassung als auch in das Handelsregister einer Zweigniederlassung geschehen, so ist für die Eintragung in ein jedes Register der vorgeschriebene Gebührensatz besonders zu erheben 1)2).

1. Unter "Zweigniederlassung" versteht man eine nach außen erkennbare Geschäftsstelle, einen zweiten geschäftlichen Wohnsit, von dem aus selbständig Geschäfte abgeschlossen werden.

Bergleiche auch R.Ger.E. Bb. XXX &. 379, R 5 &. 223.

2. Die Bestimmung des Art. 56 umjaßt den Fall, daß insiple des Bestehens von Zweigniederlassungen ein und dieselbe Eintragung in den Handelsregistern mehrerer Registergerichte erssolgt. Dat eine Kirma im Bezirke desselben Gerichts, außer seiner

hauptniederlaffung auch eine Zweigniederlaffung, jo wird fur Gintragungen, welche fich auf beibe begieben, Die Gebühr nur einmal erhoben.

Art. 57 (58).

Benn auf Grund einer und berfelben Anmelbung nach den Vorschriften des Handelsgesethuchs mehrere Eintragungen, welche auf dieselbe Firma oder dieselbe Brotura oder dieselbe Gesellichaft sich beziehen, in das Handelsregister besielben Gerichts erfolgen, jo kommt nur eine Gebühr und bei Berichiedenheit ber Gate ber höchfte Betrag zur Erhebung 1).

Findet jedoch neben der Löschung des Gesamteintrage über eine Firma eine neue Gintragung derselben Firma in einer anderen Hauptabteilung des nämlichen Sandelsregifters oder in dem Sandelsregifter eines anderen Bezirkes ftatt, jo find sowohl für die Löschung, als auch für die neue Eintragung die im Art. 55 bestimmten (Bebühren je beionders zu erheben 2).

1. Der Art, 57 ftatuiert eine Ausnahme binfichtlich ber Borschriften bes Urt. 56, wonach für verschiedene Eintragungen je die Gebühr besonders zu berechnen ist. Es ist demnach nur eine Gebuhr zu erheben, wenn mehrere Beranderungen bei ber Firma eines Einzelkaufmanns ober bei einer Gefellichaft gleichzeitig eingetragen werben.

2. Durch die Bestimmung des Abi. 2 tommt das im Art. 56 ausgeiprochene Prinzip' wieder zur Geltung. Z. B. im Falle des Uebergangs einer Firma von einer Handelsgejellschaft auf einen Einzelkaufmann ober umgefehrt.

Art. 58 (59).

Berden von den zur Begründung einer Unmeldung vorgelegten Urfunden wegen Zurückforderung derselben beglaubigte Abschriften zurückbehalten, jo kommen hiefür lediglich die gesehlichen Schreibgebühren 1) zur Erhebung.

Für eine aus dem Sandelsregister erteilte Beicheinigung sowie für beglaubigte Abschriften ober Musguge ift außer den Schreibgebühren eine Gebühr von 1 Mark zu erheben. Für einfache Abschriften kommen nur die Schreibgebühren in Anfat 2).

Für Bescheinigungen, daß bezüglich des Gegenstandes einer Eintragung weitere Gintragungen nicht porhanden find oder daß eine bestimmte Eintragung 5-

nicht erfolgt ist, wird eine Gebühr von 50 Psennig erhoben 3).

- 1. Das find die nach § 80 des R.G.R.G. anzusependen Schreibgebühren. Eine besondere Gebühr für die Beglaubigung tommt nicht zur Erhebung.
- 2. Der Absat 2 ist als eine Ergänzung ber Bestimmung des Art. 54 Abs. 1 3. 2 anzusehen. Werden mehrere Bescheinigungen aus verschiedenen Registern oder Abteilungen des Handlstreistigung zusammen erteilt, so wird für eine jede derselben die Gebühr besonders erhoben, es sei denn, daß es sich um dieselbe Firma, Gesellschaft oder Profura handelt.
- 3. Der Abfat 3 ift in das Geset neu eingesügt, um der Borschrift des § 9 Abs. 3 des Handelsgesethuchs Rechnung zu tragen. Für die im § 9 Abs. 3 bezeichneten negativen Bescheinsgungen erscheint eine Herabseung der im Abs. 2 bestimmten Gebühr angezeigt. (Bergleiche Motive 1899.)

Art. 59 (60).

Für die Zurückweisung einer unvollständigen, unzulässigen oder unbegründeten Anmeldung ist die Hälfte der Gebühr zu erheben, welche für die Eintragung in Ansah zu bringen wäre.

Bird eine Anmeldung zurückgenommen, bevor ein gebührenpflichtiger Akt stattgesunden hat, so kommen

zwei Behnteile jener Gebühr zur Erhebung 1).

1. Es sind dies die Gebühren des Art. 55. Handelt es sich \S . B. 11m die Zurückweisung der Anmeldung auf Eintragung der Arma eines Einzelkaufmannes, so berechnet sich die Gebühr nach Art. 59 u. bezw. 55 Jisser la auf 2 Ac 50 F. Burde aber die Anmeldung vor der Entscheidung über den Antrag zurückgenommen, is sind 2 /1.0 von 5 K = 1 K anzuseken. Bohl zu beachten ist, daß hier 2 /1.0 und nicht die Gebühr nach 846 des N.G.K.G. mit 1 /1.0 zur Erhebung gelangt. Unter "gebührenpflichtiger" Att sind die Berichren abschließenden Beschlässe, welche die Eintragung verfügen oder abweisen, zu verstehen. Zwischenversügungen sind als iolche Atte nicht aufzusschen.

Art. 60 (63).

Von Geselschaftsverträgen (Statuten), welche die Gründung von Aktiengesellschaften oder von Kommanditsgesellschaften auf Aktien zum Gegenstande haben, sowie von Verträgen oder Beschlüssen, welche die Erhöhung des Grunds oder Aktienkapitals solcher Gesellschaften bestreffen, werden, sosenne sie nicht von einem bayerischen Rotar beurkundet sind, bei ihrer Eintragung in das

Sandelsregifter des Gerichts, in beffen Bezirk die Gefellichaft ihren Git hat, neben der Gebühr des Art. 55 Biff. 4 die im Art. 150 bestimmten Gebühren besonders erhoben.

Gleiches gilt in dem Kalle, wenn eine angerhalb Bayerns gegründete Aftiengesellschaft oder Kommandit= gesellschaft auf Aftien ihren Git nach Bagern verlegt oder daselbst eine Zweigniederlassung errichtet, bei welcher der Hauptgeschäftsbetrieb stattfindet 1).

Bei Gintragung einer Kommanditgesellschaft in das Bandelsregifter ift neben der Gebühr des Art. 55 Biff. 2 eine Gebühr zu drei vom Taufend aus dem Gefamtbetrage ber Bermögenseinlagen der Kommanditiften zu entrichten, falls von diefen Bermogenseinlagen nicht ichon bei einer notariellen Beurkundung die verhältnis= mäßige Gebühr erhoben murde 2).

Bei Eintragung einer Gesellschaft mit beschränkter Saftung in das Sandelsregifter ift neben der Gebühr bes Urt. 55 Biff. 3 eine Gebühr zu drei vom Taufend aus dem Betrage des Stammfapitals zu entrichten, falls von demielben nicht ichon bei der notariellen Beurfundung des Gesellschaftsvertrage die verhältnismäßige Gebühr erhoben murde 3).

1. Die Bestimmungen bes Abi. 1 und 2 bezwerten, einer Schädigung bes Merare burch Umgangnahme von einer notariellen Beurfundung ober burch Berlegung bes Gibes nach Bagern ober der Errichtung einer Zweigniederlassung seitens einer außerhalb Baperns gegründeten Aftiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Attien unter Umgehung der verhaltnismäßigen Bebuhr des Art. 150 borgubengen.

2. Die perhaltnismanige Gebühr bes Abi. 3 fommt auch bei Eintragung einer Zweigniederlaffung einer Rommanditgesellschaft in das Sandelsregifter gur Erhebung. Diefelbe ift nur dann nicht anzusegen, wenn bereits nach den Bestimmungen über die Bewertung ber von den Rotaren errichteten Urfunde die Gebühr bes Art. 150 erhoben worden ift.

Das Bejet unterscheidet in teiner Beije, ob die Gintragung in das Sandelsregifter die Saupt niederlaffung ober nur eine 3 weig niederlaffung jum Gegenftande hat, weiter auch nicht bahin, ob der Betrieb bei der letteren im Berhaltniffe gum Betrieb der Hauptniederlassung größer oder geringer ist. (Siehe Beschluß des Oberst. L.G. v. 23. März 1898, Sig. d. Entschdg. ä. F. Bd. XVII S. 68.)

Die verhältnismäßige Gebühr des Abs. 3 ift nur einmal zu erheben und kommt bei der Eintragung einer Zweigniederlassunge oder bei der Berlegung des Sibes an einen anderen Ort, sosenschon eine Eintragung in das Handelsregister in Bayern, bei welcher die verhältnismäßige Gebühr des Abs. 3 zur Erhebung gesangt war, vorhergegangen ist, nicht neuerdings zum Ansabe. (Siehe Beichluß des Oberst. L.G. v. 9. April 1900, Sig. d. Entschdog. Reue Folge Bb. 1 S. 198.)

3. hier kommen biejenigen Gejellschaften mit beschränkter haftung in Vetracht, welche entweder den Gesellschaftsvertrag außerhalb Bayerns abgeschlosen haben oder von ihrem außerhald Vaperns gelegenen Sie ans eine Niederlassung in Vayern errichten. Aur in diesen Fällen, in welchen sür den Gesellschaftsvertrag in Vapern noch keine notarielle Gebühr nach Art. 145 mit deri bzw. zwei und einhald vom Tausend der Gegenstandssimme zur Erhebung gelangt ist, ist die verhältnismäßige Gebühr des Abs. 4 zu entrichten. Dieselbe ist stets aus dem ganzen Vertrage des Stammkapitals zu berechnen, wenn auch dasselbe unt teilweise einbezahlt wird.

(Bergleiche Stenograph, Bericht über die Simmg der K. d. Abgeord. v. 25. April 1892 S. 444; § 2 des Gefetes betreffend die Gefellschaften mit beschräntter Haftung vom 20. April 1892 bezw. 20. Mai 1898, R.G. Bl. S. 846, dann Pfaif, 5. Kufl. S. 72.)

Wird die Gejellschaft mit beschränkter Haftung in das Handelsregister der Zweig miederlassung eingetragen, so ist gleichwohl die Gebühr des Art. 60 Abs. 4 zu erheden. Hiedei begründet es keinen Unterschied, ob dei dieser Iweigniederlassung der Hauptgeschäftsbetried stattsindet oder nicht. (Siehe Beschluß d. Oberst. L.G. vom 10. Novbr. 1896, Sig. d. Entschdog. ä. F. Bd. XVI S. 239.)

Art. 61 (64).

Gebühren werden nicht erhoben:

1. für die Gestattung ber Ginsicht des Sandelsregis fters und der jum Sandelsregister eingereichten Schriftstude 1);

2. für die Eintragung der Konkurseröffnung, der Auf= hebung des Eröffnungsbeichlusses jowie der Gin=

ftellung und Aufhebung des Ronturfes 2);

3. für eine nach ben §§ 142 bis 144 bes Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtssbarkeit von Amtswegen ersolgende Löschung; wird der Biderspruch eines Beteiligten zurückgewiesen, so hat der Beteiligte für die Zurückweisung die für die Löschung bestimmte Gebühr zu entrichten;

4. für das Löschungsverfahren nach § 141 des Be=

setzehksbarkeit, falls die Löschung in Folge ershobenen Widerspruchs unterbleibt 8).

1. Die Bestimmung in Ziff. 1 steht mit der Vorschrift bes § 9 Abs. 1 des Handelsgesethuches vom 10. Mai 1897 (R.G.Bl.

G. 219) im Eintlang.

- 2. Wie die Konturseröffnung, ist nach § 32 des Handelsgeselbuches auch die Aussehung des Eröffnungsbeschalusses sowie Einstellung und Aushedung des Konturies von Amtsewegen in das Handelsregister einzutragen; die Gebührenfreiheit dieser Eintragungen ist um so mehr anzuerkennen als nach § 115 der R.K.D. in Verdindung mit den §§ 113, 114, 116, 163, 190, 198, 205 a. a. D. auch die entsprechenden Eintragungen in das Erundbuch gebührenfreisind. Die Erhebung von Auslagen ist nicht ausgeschlossen.
- 3. Soweit die Löschung nach § 141 von Amtswegen nur deshalb ersolgt, weil der zur Anmeldung Berpflichtete dieser Berpflichtung nicht genügt, liegt tein Grund dur, die Löschung gebührenfrei vorzunehmen, hier ist die Gebührenfreiheit des Löschungsverschrens nur für den Fall vorgeschen, daß Widerspruch erhoben wird und, weil dieser sich als begründet erweit, die Löschung unterbleibt. Dagegen ist in den übrigen Fällen für die im öfsentlichen Interesse erfolgende Löschung eine Gebühr nicht zu erheben, es sei denn, daß seitens eines Beteiligten ein undegründeter Wideripruch erhoben wird. Erfolgt die von Amtswegen eintretende Khätigleit des Gerichts im öfsentlichen Interesse, io sind auch teine Auslagen zu erheben, da eine zablungspflichtige Person nicht vorhanden ist. (Vergleiche hießer die Wotive 1899.)

Art. 62.

Bird der Widerspruch eines Beteiligten gegen eine nach § 147 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ersolgende Löschung einer Eintragung in das Genossenschaftsregister zurückgewiesen, so hat der Beteiligte eine Gebühr von 2 Mark zu enterichten 1).

1. Eintragungen und Vormerkungen in das Genossenschaftsregister oder in die Liste der Genossen sin das Genossenschaft die Vestimmungen der Art. 55 die 61 über die Eintragungen in das Handelsregister sür das Genossenschaftsregister nicht anwendbar sind. Anr die Vorschrift der Ziss des Art. 61 eignet sich zur entsprechenden Anwendung. Für die Register über die registreiten Gesellschaften git der ziste V. G. nicht Kalv dieseklezister verbleibt es dei der in den Art. 69, 72 des Gesetze v. 29. April 1869 (Gesetzell. S. 1188) bestimmten Gebührensreiseit. (S. Motive 1899.)

Für die Eintragung in das Schiffsregister 1), eins schließlich der dieselbe begleitenden gerichtlichen Handslungen, werden erhoben:

1. für die erstmalige Eintragung 10 Mart2);

2. für die Eintragung von Beranderungen 3 Mart 8).

1. Die Art. 63 bis 68 ergeben bie Erhebung ber Gebuhren für bie Führung bes Schiffsregifters in einheitlicher Beife für bas gange Königreich.

Bon einer Gebührenabftufung nach bem Berte bes Schiffes

murbe abgesehen.

Das Schiffsregister bient auch bazu, Berpfändungen bes Schiffes offentundig zu machen und zwar tann die Verpfändung eines eingetragenen Schisses nur durch Eintragung in das Register erfolgen (§§ 1259 bis 1272 des B.G.B., §§ 100 bis 134 des G.J.G.). (Siehe Motive 1899.)

Eine Ermäßigung der Gebühren des Art. 63 tritt ein in den

Fallen ber Art. 64 und 65.

- 2. Die Gebühr in Ziff. 1 wird für die Eintragung bes Schiffes nicht für die Eintragung des Eigentümers desselben erhoben. Für eine Neueintragung im Falle der Berlegung des heimatsorts in einen anderen Registerbezirk siehe die Bestimmung des Irt. 64.
- 3. Die Gebühr nach Biff. 2 kommt zum Anjat für Beränberungen des Namens des Schiffes, feines heimatsortes, sofern berselbe im gleichen Registerbezirte liegt, der Gattung, der Tragfähigkeit, der Eigentumsverhaltnisse u. j. w.

Mrt. 64.

Im Falle der Verlegung des Heimatsorts aus dem Registerbezirke (§ 126 Abs. 4 des Binnenschiffiahrtsgesetzte) wird für die Eintragung durch die neue Registerbehörde eine Gebühr von 3 Mark erhoben 1).

1. Die Gebührenbestimmung enthält eine Ermäßigung ber Eintragsgebühr nach Art. 63 Ziff. 1. Siehe auch Anmerkg. 2 zu Art. 63. Weitere Ermäßigung siehe Art, 65.

Mrt. 65.

Bei Schiffen, deren Tragfähigkeit 100,000 Kilogramm nicht übersteigt, kommen die in den Art. 63, 64 bestimmten Gebühren nur zur Hälfte zur Erhebung 1).

1. Durch bie Beftimmung bes Art. 65 wird bem Werte bes Schiffes insoweit Rechnung getragen, als bei fleineren Schiffen

nach bem Muster bes eljaß-lothringichen Gesehes vom 11. Novbr. 1896 nur bie halfte ber regelmäßigen Gebühr zur Erhebung tommt (Motive 1899).

Es ermäßigen fich beninach die Gebühren bes Art. 63 auf 5 und baw. 1,50 M und bes Art. 64 auf 1,50 M.

Mrt. 66.

Für die Erteilung des Schiffbriefs werden die für die Erteilung eines Hypothekenbriefs bestimmten Gebühren und für den Vermerk von Veranderungen auf dem Schiffsbriefe die für den Vermerk von Veränderungen auf dem Hypothekenbriefe bestimmten Gebühren erhoben 1).

Die Borichriften des Art. 58 finden entiprechende

Anwendung 2).

- 1. Das Schiffsregister hat ahnliche Bebeutung wie bas Grundbuch fur bie Liegenichaften. Aus biejem Grunde tommen auch fur Erteilung bes Schiffsbriefes bie Gebuhren bes Urt. 122 gur Erhebung.
- 2. Für beglaubigte Abichriften ber bei ber Unmeldung vorgelegten Urkunden werden lediglich Schreibgebühren erhoben. Für Beicheinigungen, beglaubigte Abichriften oder Auszuge aus dem Schifferegifter wird 1 & neben den Schreibgebühren erhoben. Siehe Raheres Art. 58 auf S. 36.

Art. 67.

Auf die Bestellung und Eintragung eines Pfandrechts 1) an einem im Schiffsregister eingetragenen Schiffs
oder eines diese Psandrecht belastenden Rechts, auf die
Eintragung von Widersprüchen, Vermerken und Löschungen
sinden die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesets
über die Gebühren in Grundbuchsachen gleichmäßig Auwendung 2).

1. Giehe Anmereg. 1 gu Mrt. 63.

2. Es find dies die Beftimmungen der Art. 116, 117, 120, 124 bis 127. Siehe auch Art. 68.

Art. 68.

Gebühren werden nicht erhoben:

1. für die Löschung eines Schiffes im Schiffsregister 1);

 für die auf Ersuchen des Bormundschaftsgerichts im Falle des § 54 Abs. 2 des Gesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erfolgte Eintragung eines Pfandrechts an einem im Schiffsregister eingetragenen Schiffe;

3. für die Gestattung der Einsicht in das Schiffsregister.

1. Die Gebührenbefreiung in Ziff. 1 wurde mit Rücksicht auf die gleiche Bestimmung der preußischen und elsaß-lothringschen Besetzebung gewährt, die in Ziff. 2 enthaltene entipricht dem disherigen Art. 91 Abs. 2, jene der Ziff. 3 entspricht dem Art. 61 Ziff. 1. (Wotive 1899.)

Art. 69.

Für die Sintragung in das Vereinsregister, einsichlichlich der dieselbe begleitenden gerichtlichen Handslungen, werden erhoben:

1. für die erste Eintragung des Bereins 5 bis 20 Mart;

2. für alle sonstigen Eintragungen oder Löschungen

3 Mark.

Versolgt der Verein nach seinen Sahnngen wohlsthätige oder gemeinnüßige Zwecke, so können vorstehende Gebühren von dem Gerichte bis auf die Hälfte ersmäßigt werden 1/2/8).

- 1. Die Thatigfeit des Gerichts bei ber Auhrung des durch bas Bürgerliche Gefetbuch geschaffenen Bereinsregifters ift ber bei Führung des Sandelsregifters entiprechend; es find beshalb auch im § 159 des Bej. über die Angel. der freiw. Berichtsbarteit auf bas Bereinsregifter eine Reihe der für das Sandelsregifter geltenden Borichriften für anwendbar ertlart. Mit Rudficht hierauf wurden die Gebühren in Auschluß an die Borichriften der Art. 55 bis 61 geregelt. Das Bejet untericheibet beshalb auch bier zwischen ber erften Eintragung des Bereins und allen fonftigen Gintragungen und Loschungen. Die erfteren Gintragungen werben mit einer ftarferen Gebühr belegt, ba es sehr leiftungsfähige Bereine mit großem Bermögen gibt. Die im Abi 2 vorgesehene Ermäßigung bis auf die Balfte der Gebühren rechtfertigt fich durch die Rucficht auf die besonderen Zwecke diefer Bereine und auf die meift beschränkten Mittel berselben. Die Eintragung von Zweignieberlaffungen ift bei Bereinen nicht vorgesehen, weshalb der Art. 56 hier teine Anwendung finden tann. Dagegen erichienen die Borichriften der Urt. 57 bis 59 gur Uebertragung auf das Bereinsregister geeignet. Die Borschriften bes Urt. 59 mit ber im Urt. 71 enthaltenen Menderung, welche darauf beruht, daß ber Urt. 69 für die Gebührenbemeffung einen gewiffen Spielraum lagt. (Motive 1899.) Giebe auch Anmerka. zu Art. 280.
- 2. Die Anordnungen wegen Berufung einer Mitglieberversammlung (§ 37 des Bürgerl. Gesethuches und § 160 des Ges. über die Angel. ber freiw. Gerichtsbarkeit, sowie die Bestellung von

Borftandsmitgliedern ober Liquidatoren (§§ 29, 48 bes B.G.B.) ge-

horen nicht zu ben Geschäften ber Registerführung.

3. Die Eintragung gerichtlich bestellter Mitglieder ober Liquidatoren (§§ 67 Abs. 2, 76 Abs. 3 a. a. d.) ist gebührenfrei. Des-gleichen die Einreichung des Berzeichnisses von Bereinsmitgliedern, sowie das Verlangen des Amtsgerichtswegen dieser Einreichung (B.G.B. § 72). Auch für die Bekanntmachungen sowie für Berichtigungen sind nicht besondere Gebühren anzusehen. Der Gebührensah sür Löschungen sindet nur Anwendung, wenn teine Liquidation stattsfüchungen sindet nur Anwendung, wenn teine Liquidation stattsfüchste oder wenn der Berein entsprechend den sür Handelsgesellichaften geltenden Bestimmungen nach Beendigung der Liquidation gelöscht wird, außerdem, wenn der Berein aus dem Bezirte des Registergerichts verlegt wird. Die Eintragung der Ausschläftung auf Anmelden des Vorstandes (§ 74 Abs. 2 des V.G.B.) ist nach 3. 2 zu bewerten.

2frt. 70.

Die Vorschriften der Art. 57, 58 finden auf das Bereinsregister entsprechende Anwendung.

1. Es gelten bemnach 3. B. für Bescheinigungen und Absichiriften bie Bestimmungen bes Art. 58.

orien or community or or act.

Art. 71.

Für die Zurückweijung von Anmeldungen wird eine Gebühr von 5 Mark erhoben. Wird eine Anmeldung zurückgenommen, ehe ein gebührenpslichtiger Akt 1) stattgefunden hat, jo wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Für die Entziehung der Nechtsfähigkeit im Falle des § 73 des Bürgerlichen Gesethuches wird eine Gebühr

von 2 bis 10 Mark erhoben 2)3).

1. Das heißt, bevor die Desinitiventscheidung über die Anmeldung ergangen ist. Zwischenversügungen, welche gebührenfrei sind, kommen nicht in Betracht.

- 2. Von den gerichtlichen Anordnungen, welche das Bürgerliche Gesehduch in Bezug auf eingetragene Vereine vorsieht, ist nur die im § 73 geregelte Entziehung der Rechtsfähigkeit von dem Registergerichte zu tressen. (Motive 1899.) Hierunter sällt nicht die Entziehung der Rechtsfähigkeit auf Anzeige der zuständigen Behörde gemäß § 74 Vhi. 3, da hier die Eintragung von Antewegen im öffentlichen Interesse gebührenziet ersolgt. Siehe Art. 72 3. 2. Vergleiche hießer serner auch den Art. 280.
- 3. Die Gebühr des Art. 71 bezieht sich nur auf die Zurückweisung von Anmeldungen eines Bereins. hinsichtlich der Gebührenerhebung für die übrigen Entscheidungen in Bereinssachen siehe Art. 141.

Art. 72.

Gebühren werden nicht erhoben 1):

1. für die Geftattung der Ginsicht des Bereinsregisters

und der von dem Bereine bei dem Amtsgerichte

eingereichten Schriftstücke;

2. für die von Amtswegen erfolgenden Eintragungen?) in den Fällen des § 67 Abf. 2, des § 74 Abf. 3, des § 75 und des § 76 Abf. 3 des Bürgerlichen Gesehbuches;

- 3. für eine nach den §§ 142, 143, 159 des Gesetes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amtswegen ersolgende Löschung; wird der Widerspruch eines Beteiligten zurückgewiesen, so hat er für die Zurückweisung die für die Löschung bestimmte Gebühr zu entrichten 3).
- 1. Die Bestimmungen bes Art. 72 find benen bes Art. 61 nachgebilbet.
- 2. Für die von Amtswegen erfolgte Gintragung gerichtlich bestellter Vorstandsmitglieder, des Entzugs der Nechtssäsigseit auf Anzeige der zuständigen Behörde, der Erössung des Konturses oder dusseinng des Erdstanungsbeschlusses sowie der gerichtlich bestellten Liquidatoren werden nicht nur keine Gebühren sondern auch keine Auslagen erhoben, da in diesen Fällen ein Kostenschuldner nicht vorhanden ist.
- 3. Die Beftimmungen in §§ 142, 143 u. 159 bes G.H.G. betressen bie von Amtswegen vorzunehmenden Löschungen ber wegen Mangels einer wesentlichen Voraussehung unzulässigen Einträge, gegen welche die vom Gerichte benachrichtigten Beteiligten Widerspruch erheben tönnen (§§ 141 Abs. 3, 4 a. a. D.).

Art. 73.

Für die Eintragung in das Güterrechtsregister, einschließlich der dieselbe begleitenden gerichtlichen Handslungen, wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben 1).

Auch beim Güterrechtsregister greift ebenso wie beim Vereinsregister die Analogie des Handelsregisters Play (Bgl. § 161 des G.H.). Da von der Einrichtung des Güterrechtsregisters viel Gebrauch gemocht wird (vgl. § 1435 des B.G.H.), so sind die Gebühren für das Güterrechtsregister möglichst nieder gehalten. (Wotive 1899.)

1. Erfolgt die Eintragung in mehreren Registern, im Register bes Wohnsiges des Mannes und im Register der Handlenieder-lassung (Eins. Ges. 3. S. G.B. Art. 4) so ist jede Eintragung gebührenpflichtig.

Im Falle der Verlegung des Bohnstes in einen anderen Registerbezirk (§ 1559 des B.G.B.) kommt für die Wiederholung der Eintragung die Gebült des Art. 73 wiederum zum Anjat.

Bochinger, Bayerns Gebührengejete.

Für die Eintragung eines Ehevertrages werden Gebühren nicht erhoben, wenn der Vertrag vor dem Ablauf eines Jahres nach der Aenderung des Güterstandes geschlossen wird. (Art. 31 der llebergangsvorschr. & B.G.K.) Siehe auch Ann. 5 lit. g. zu Art. 3.

Mrt. 74.

Die Vorschriften des Art. 58 finden auf das Güterrechtsregister entsprechende Anwendung 1).

1. Für die beglaubigte Abschrift der früheren Eintragung zur Wiederholung einer Eintragung (§ 1561 Abs. 3 Kr. 2 des B.G.B.) sowie für Zeugnisse (§ 34 des G.B.D., R.G.Bl. 1897 S. 444), wird 1 A erhoben. Für umbeglandigte Abschriften (§ 1563 a. a. D.) werden nur Schreibgebühren angeset.

2(rt. 75.

Für die Zurückweisung von Anmeldungen wird eine Gebühr von 50 Pfennig erhoben.

Diese Gebührenbestimmung ift bem Art. 59 Abs. 1 nachgebilbet. Benn bie Anmelbung zurückgenommen wird, bevor ein gebührenpslichtiger Akt stattgesunden hat, kommt eine Gebühr nicht zur Erhebung.

Art. 76.

Gebühren werden nicht erhoben:

1. für die Ginficht des Güterrechtsregifters 1);

- 2. für eine nach den §§ 142, 143, 161 des Gesetes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amtswegen ersolgende Löschung; wird der Widerspruch eines Beteiligten zurückgewiesen, so wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben²).
 - 1. Siehe die Bestimmung im Art. 61 3. 1.
 - 2. Bergleiche bieber Anm. 3 gu Art. 72.

Mrt. 77.

Der Gebührentarif zu dem Reichsgesetze vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung nebst den Vorschriften des § 16 dieses Gesetzes sinden auf die vor dem 1. Januar 1876 errichteten pfälzischen Standesregister Anwendung 1).

1. Nachbem die vor dem 1. Januar 1876 errichteten piälz. Standesregister in sast allen Beziehungen den durch das Geset vom 6. Februar 1875 geschäffenen Standesregistern gleichgestellt sind (Art. 147 der Uebergangsvorschr. z. B.G.B., G.B.B. 1899 S. 123), war nun auch bezüglich der jür ihre Führung zu erhebenden Ge-

bühren obiger Gebührentarif auf dieselben auszudehnen. (Motive 1899.)

hinsichtlich bes Gebührentariss siehe R.G.Bl. 1875 C. 40. Derjelbe bezieht sich nicht auf die Einsicht ber bei den Gerichten aufbewahrten Rebenregister und auf Erteilung von Auszügen aus benjelben.

Die Eintragungen im Nebenregister und die gerichtlichen Anordnungen über Berichtigung der Standesregister sind gebührenfrei.

3. Familienfideiftommiffe.

Art. 78 (65).

Für die Entscheidung, einschließlich des vorangesgangenen Versahrens, über Anträge auf gerichtliche Bestätigung eines Fideikommisses oder auf Genehmigung der Auflösung eines solchen werden fünf Zehnteile der Säbe des S 8 des Reichs-Gerichtskostengesetzes erhoben 1).

1. Die Bauschgebühr des Art. 78 umsaßt auch zugleich die Gebühren für öffentliche Vorladungen nach § 26 der VII. Verschlungen sie VII. Verschlungen sie VII. Verschlungen des Geses zur Aussührg. der R.C.P.D. vom 23. Kebruar 1879 bzw.26. Juni 1899 (G.P. A.C.). Such 1895, Phaif, S. Aufl. S. 79). Dinsichtlich der Sätze des § 8 des R.G.K.G. siehe Tadelle a im Anhang. Außerdem kommt noch die Urkundengebühr des Art. 149 Abs. 3 mit 50 M und die procentable Gebühr des Art. 80 zur Erhebung.

Art. 79 (66).

Die Bestimmung des Art. 78 sindet auch in dem Falle Anwendung, wenn das Versahren die Einverleibung von Vermögen in ein bereits bestehendes Fideikommiß auf Grund einer die Mehrung desselben bezielenden neuen Disposition zum Gegenstand hat.

Art. 80 (67).

In den Fällen der Art. 78, 79 kommt außer den dort bestimmten Sägen, sofern die Errichtung oder Bermehrung des Fideikommisses gerichtlich bestätigt wird, noch eine besondere Gebühr zu zwei vom Hundert des gestifteten Bermögens ohne Abzug etwaiger Schulden zur Erhebung.

Ist die Bestätigung eines Fideikommisses nur bedingt erfolgt (§§ 10, 28, 29 der VII. Beilage zur Bersassungsurkunde), so wird die obige Gebühr erst nach Erfüllung der Bedingung aus dem in diesem Zeitpunkte vorhandenen Vermögen berechnet und erhoben 2).

Insoweit jedoch Fideikommisse aus Bestandteilen bisheriger adeliger Familiengüter mit gebundener Erbsfolge (Lehen, Majorate, Stammgüter u. dergl.) errichtet werden, kommt die im Abs. 1 bestimmte Gebühr nicht zur Erhebung.

- 1. Die Gebühr bes Art. 80 erscheint mit Rücksicht auf die geringe Gebühr des Art. 78 und die Gebühr des Art. 149 Ab, 3 nicht unbillig (B.d.R.d.Abgeordn. 1879, Beil. Bd. VII Abt. II S. 41). Beachtenswert ist, daß etwaige Schulden nicht abgezogen werden und daß die Erschung der procentablen Gebühr des Art. 80 eine unbedingte gerichtliche Bestätigung der Errichtung oder Bermehrung des Fideitommisses voraussest. Für eine unbedingte, auch ohne Borbehalt der Rechte der Nacherben auf den Pssichtiel gerichtlich bestätigte Kannilienssieht munikurfunde ist die Gebühr nach Ab. 1 zu erseben. (Beschl. d. Deberst. U. 19. Dezber. 1888, Sig. d. Entschlöße, ä. F. Bd. XII S. 214.) Am Kalle Kapitalsvermehrung durch bestümmte Juschüsse der ieweiligen Fideitommißinhaber angeordnet ist, kommt die Gebühr des Abs. 1 sir diese Juschüsse erst nach Einzahsung derselben zur Ersebung. (Beschl. d. Dberst. G. v. 26. Mai 1891, Sig. d. Entschbog. ä. K. Bd. XIII S. 419.)
- 2. Hur die bedingt erfolgte Bestätigung wird die Gebühr des Art. 80 noch nicht erhoben, sondern erst nach Erfällung der ausschiebenden Bedingung, da erst mit diesem Zeitpunkte die gerichtliche Bestätigung in Wirtsamkeit tritt.
- 3. Die Ausnahme des Abs. 3 findet darin ihren Grund, daß die Familienssdelbommisse in den oben bezeichneten Fallen aus Gütern zusammengesetzt werden, welche bereits in einem gebundenen, dem Familienssdelbommissen ähnlichen Berdande standen und großenteils erst durch die Gesetzgebung des Jahres 1848 unter Aufrechtersaltung der früßeren Erbsolge allodissistert wurden. Zedenfalls war bei diesen Gütern auch disher schon das Verstügungsrecht des Eigentümers ein beschränktes. Das Familienssdelbommiss wird hier nur formell erst nen errichtet. Bei den Familienssdelbommissen aus solchen Giebe Burthard, S. 197, dann V.d.K.d. Abgeordn. 1879, Beil. Bd. VII Abst. II S. 146, serner Ffas, 5. Aust., S. 80.)

Art. 81 (68).

Für jede sonstige Entscheidung, welche eine Genehmigung oder Bestätigung enthält oder überhaupt eine vorgängige Prüfung seitens des Fideikommißgerichts erfordert, einschließlich des vorangegangenen Berfahrens, werden drei Zehnteile der Säte des § 8 des ReichsGerichtstoftengesetses bis zum Meistbetrage von 50 Mark erhoben.

Die Einschreibungen in die Fideikommißmatrikel ersfolgen gebührenfrei (1) 2) 3) 4) 5).

1. Für die in den §§ 22, 29, 40 n. 97 des Edikts vom 26. Mai 1818 (III. Berfassungsbeilage) vorgesehenen Handlungen des Fibeikommisgerichts sind die zu erhebenden Gebühren in den Artikeln 78 dis 80 geregelt. Run kann aber das Gericht in die Lage kommen, auch andere Entschedungen wie solche z. B. in den §§ 51, 61 n. 71 des Edikts aufgesiührt sind, zu tressen, sir diese Handlungen ist die Gebühr nach Art. 81 zu erheben. (Bergl. Burthard, S. 198.)

2. Die Wertsgegeustandssumme sür eine sonstige Enticheidung wird auf Grund der §§ 3 bis 9 der N.C.P.C. ermittelt. Das freie Ermessen des Gerichts nach § 3 a. a. C. bezieht sich ger nicht auch auf die Gebühren und räumt den Gerichten nicht die Besugnis ein, je nach der ersorberlichen Nähe und Zeit eine höhere oder geringere Gebühr als entsprechend auzuiegen. (Beschlich des Oberst.L.G. v. 6. März 1895, Bl. f. F.W. S. 212, Psaff, 5. Unst. S. 81.)

3. Die Gebühr des Art. 81 ist lediglich für die Entscheidungen der Fideikommißgerichte erster Instanz zu erheben. Die Gebühren in der Beschwerdeinstanz sind nach § 45 des R.G.K.G. (Bochinger, Prozeszeb. Gei., S. 64) zu berechnen, wobei ein Marinalbetrag wie im Art. 81 nicht setzgeiget ist. (Beschluß des Oberst. E. v. v. 15. Oktober 1891, Sig. der Entscheidung. ä. F. Bd. XIII S. 530.)

4. Im Falle ber Bereinigung eines aus Zehentrenten und ipäter aus den Zinsen des Ablösungskapitals allmäßtlich gebildeten, bisher gesondert verwalteten Fonds mit dem allgemeinen Fibei-kommißionds liegt keine Einverleibung in das Familienstdeitommiß vor, jo daß nur die Gebühr des Att. 81 zur Erhebung zu gelangen hat. (Beichluß des Oberst. 2.G. vom 21. Februar 1893, Sig. der Entscheidg, ä. F. Bb. XIV ©. 454.)

5. Die Einsichtnahme ber Fibeitommismatritel und ber sonftigen hierauf bezüglichen Urtunden ift gebührenfrei. Siehe hieber Art. 134 bes Ausf. 3. B.G.B. § 11 Abj. 1 Sat 2 der G.B.D. u. Art. 11 bes Ausf. Gej. 3. G.B.D.

Art. 82 (69).

Wenn das zu einem Fideikommisse bestimmte Vermögen gemäß § 10 Abs. 2 der VII. Beilage zur Verfassungsurkunde unter gerichtlicher Aufsicht verwaltet werden muß, so kommen hiesur bei dem zuständigen Gerichte die in den Art. 83, 84 bestimmten Gebühren zur Erhebung. Hinsichtlich der Fälligkeit der Gebühren sindet die Bestimmung im Art. 87 entsprechende Answendung. Nach Art. 83 werben zwei Zehnteile ber Sate bes § 8 bes N.G.C.G. bei Beenbigung ber Verwaltung aus bem Stande bes reinen Vermögens erhoben. Außerbem kommen für jedes Jahr von den Einkünften weitere zwei Zehnteile der Säte des § 8 bes N.G.C. und zwar bei der Nechnungslegung oder, jalls eine jolche nicht gestellt wird, am Schluse der Verwaltung zum Anjat. (Atr. 87.) Siehe hieher auch § 30 Abi. 2 Z. 4 der Vollzugsinstr. v. 25. Dezbr. 1899, Just. W.B. 1900 S. 361.

4. Bormundichaften.

Allaemeines.

Durch die Bestimmungen in den Årt. 83 dis 93 werden die Gebühren in Vormundsschäftssachen geregelt und wurden die Vorichristen der disserigen Art. 74 dis 82 des Gebührengesches in llebereinstimmung mit den bezüglichen Vorschristen des dürgerlichen Rechtes gebracht. Hieber wurde grundsählich davon ausgegangen, daß an den disherigen Gebührensähen Alenderungen überhaupt nicht, Ergänzungen aber nur insweit eintreten sollten, als dies durch die insolge der Einsührung des Bürgerlichen Gesethuchs geänderte Thätischeit des Vormundichaftsacrichts geboten erichien.

In Einzelnen ist zu bemerken, daß die Ueberichrift bes Titels sich ber bes zweiten Abichnittes des Gejeges über die Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit anzuschliegen hatte und daß die Vorschriften über die Gebühren in Vormundichaftsfachen jest in der Beije zu ordnen waren, daß in Unlehnung an die Borichriften des Burgerlichen Gesethuchs über die Bormundschaft zunächst die Gebühren zu bestimmen waren, welche bei Bormundichaften im Ginne bes Burgerlichen Gefegbuche gur Erhebung tommen. Sodann folgen die Bebührenbestimmungen, welche für Pflegichaften und Beiftandichaften fowie für die fonftige Thatigfeit des Bormundichaftegerichte für eine unter elterlicher Gewalt ober Bornundichaft ftehende Perjon gur Anwendung zu kommen Im Art. 91 folgen die Borichriften über die Bebühren, welche für die Fürsorgethätigkeit des Bormundschaftsgerichts zur Erhebung gelangen, wenn die Fürsorge nicht eine unter elterlicher Bewalt oder Bormundichaft ftehende Berjon betrifft oder wenn fie zwar eine folche Berfon betrifft, die Gebuhr aber nicht von diefer, fondern von dem Bater oder der Mutter erhoben wird. Den Schluß bilden wie im bisherigen Gefete gewiffe Gebührenbefreiungen. (Motive 1899.)

In den Augelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, für welche die bisherigen Gesehe unahgebend bleiben, werden auch nach dem Jukrafttreten des Bürgerlichen Gesehuches Gebühren nach Maßgade des bisherigen Gebührengesesse erhoben (Art. 302) z. B. in den Grundbuch- bzw. hypothetenjachen. Für diesenigen Augelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit dagegen, welche sofort von dem neuen Rechte ersaßt werden, gelten die Vorschriften des nunmehrigen Gebührengesehes auch daun, wenn sie bei dem Intrastreten des Bürgerlichen Gesehuches bereits anhängig waren,

3. B. Bormundichafts- und Bflegichaftsjachen (§ 1 3. 5 der Bollzugeinftruttion v. 25. Dezbr. 1899, Juft. M.Bl. 1900 G. 345).

Erlauternd beftimmt biegu ferner die gemeinich. Befanntmachung der R. Staatsministerien der Justig und der Finangen vom 13. Februar 1900, Just. M.Bl. S. 539 folgendes:

AL PROPERTY.

- 1. Mit dem 1. Januar 1900 tritt in gahlreichen Fällen an Die Stelle einer bestehenden Bormundichaft Die elterliche Gewalt bes überlebenden Elternteils. In diejen Fallen find die Bebühren nach Art. 75, 77 des bisherigen Besetzes anzuseten und die bis gur Beendigung der Bormundichaft gestundeten Rentegebuhren gu erheben. Bergogert fich in diefen Fallen die Sinausgabe hinterlegter Gelber u. f. w., fo wird für die bom 1. Januar 1900 an dauernde Hinterlegung oder vormundschaftliche Berwaltung weder eine Sinterlegungs- noch eine Rentegebuhr angesett. In der Pfalz darf nicht die Gebühr des Art. 83 des jetigen, sondern nur die im Urt. 108 des bisherigen Gebührengejeges bestimmte Gebühr gur Erhebung fommen.
- 2. Wird bei der Ueberleitung einer Bormundichaft in die elterliche Gewalt der Mutter eine Pflegschaft oder Beistandschaft nach Art. 90 bestellt, jo haben die bisherige Bormundichaft und die neue Pflegichaft ober Beistandichaft als eine Vormundschaft zu gelten. Es darf deshalb nicht für die bisherige Bormundichaft die Gebühr des Art. 75 des bisherigen und für die neue Pflegichaft ober Beistandschaft die Gebühr des Art. 90 der neuen Fassung erhoben werden, sondern bei der Beendigung der neuen Pflegschaft oder Beiftandichaft wird lediglich die Gebühr des Art. 90 erhoben.
- 3. Die Bemerkungen ber Biffer 1 gelten entsprechend, wenn der Bater die Berwaltung des Kindsvermögens erhält und eine nach dem bisherigen Rechte z. B. über das peculium adventitium irregulare eingeleitete Pflegichaft wegfällt.
- 4. Wird in ber Pfalz eine Vormundschaft, Pflegichaft ober Beistandschaft nach dem 1. Januar 1900 beendigt, so wird, wenn die Sache vor diefem Beitpuntt anhängig geworden ift, auf die nach den Art. 83, 84, 90 der neuen Faffung geschuldete Gebühr dasjenige, was vor dem 1. Januar 1900 in der Bormundschaft bezahlt worden ift, in der Beije angerechnet, daß berechnet wird, was der Mündel u. j. w. zu bezahlen hat, wenn die Art. 83, 84, 90 von Beginn der Bormundichaft, Pflegichaft oder Beiftandschaft an gelten, und davon abgezogen wird, was bis zum 1. Januar 1900 auf Grund der bisherigen Fassung bes Gebührengesege geichulbet worden ift. Benn 3. B. eine Bormundschaft am 1. Jan. 1895 anhängig und am 1. Januar 1905 beendigt wird und das Bermögen des Mündels 2000 M beträgt, jo hat, sofern bis zum 1. Januar 1900 für Familienratsbeschlüffe n. j. w. 10 M zu bezahlen waren, der Mündel bei Beendigung der Bormundichaft noch $8,80 \mathcal{M} + 5 \mathcal{M} - 10 \mathcal{M} = 3,80 \mathcal{M}$ zu bezahlen. Oder wenn eine am 1. Januar 1896 anhängig gewordene Bormundichaft am 1. Januar 1900 in die elterliche Gewalt der Mutter übergeht, der Mutter aber ein Beiftand bestellt wird, ohne daß

diejem die Bermögensverwaltung übertragen ist, so wird, sosern die Beistandschaft am 1. Januar 1903 endigt, das Bermögen des Rindes 5000 M beträgt und bis jum 1. Januar 1900 an Gebuhren 30 M bezahlt worden find, bei Beendigung ber Beiftandschaft eine Gebühr nicht mehr erhoben. Deun nach Art. 83, 84, 90 sind, wenn biese Artifel vom 1. Januar 1896 au angewendet worden wären, zu bezahlen 13,60 M (Art. 83, 90) + 6 M (nach Art. 84 auf 4 Jahre, von da au fommt Art. 84 nach Art. 90 nicht in Betracht) = 19,60 M; es find aber ichon 30 M bezahlt. Selbstverständlich wird nicht etwa von biefen 30 M ein Betrag surudverautet.

. Art. 83 (75).

Bei Vormundichaften 1) werden von dem Vermögen 2) bes Mündels, wenn diejes über 1000 Mark beträgt, zwei Behnteile der Gabe des \$ 8 des Reichs-Gerichtstoitengeietes3) erhoben.

Für die Berechnung der Gebühr ift der Stand des reinen 4)5) Bermögens bei Beendigung 6) der Bormund=

ichaft magaebend 7)8).

1. Gine Bormundichaft wird nach § 1773 des B.G.B. angeordnet über :

a) einen Minderjahrigen:

1. wenn er nicht unter elterlicher Bewalt fieht, indem die Eltern tot ober für tot ertlart find (§ 1679), ober wenn mahrend ber Ehe ber Bater ober nach Auflojung ber Che jowohl der Bater ale auch die Mutter die elterliche Bewalt verwirfen (§ 1680), oder wenn die Mutter, fofern ihr die elterliche Gewalt gufteht, fich wieder verheiratet (§§ 1684, 1686, 1697), ober wenn bem Inhaber ber elterlichen Gewalt im Falle des § 1666 Abi. 2 des B.G.B. auch die Rubnichung entzogen worden ift, endlich wenn er ein uneheliches Rind ift (§ 1707);

2. wenn er gwar unter elterlicher Bewalt fteht, die Eltern aber weder in den die Berjon, noch in den bas Bermogen treffenden Angelegenheiten gur Bertretung bes Minderjährigen berechtigt find. Dies ift der Fall, wenn Die Bewalt bes Batere ruht und die Mutter tot, ober die Che aufgelöft, die Gewalt aber der Mutter nicht übertragen ist (§\$ 1666, 1685), oder wenn die Gewalt ber Mutter ruht (§ 1686), ober endlich wenn im Falle bes § 1666 Abj. 2 bes B.G.B. Die Nutniegung nicht entgogen ift:

3. wenn fein Familienftand nicht zu ermitteln ift;

b) einen Bolliährigen:

wenn er wegen Beiftestrantheit, Beiftesichwache, Berichwendung oder Trunkincht entmündigt ift (§§ 6, 1896).

2. Hierunter ist alles bewegliche wie unbewegliche, rentierende als nicht rentierende Bermögen, soweit es unter Obsorge und leberwachung des Bormundschaftsgerichts steht, zu verstehen (Burkhard, S. 205). Besindet sich jedoch ein Teil des Bermögens im Auslande und wird dort vornundschaftlich verwaltet, so kommt dieser Teil nicht in Betracht.

3. Giche Tabelle a im Anhang.

4. Bei der Berechnung des Vermögens kommen die Schulden, als z. B. Hoppotheken, Grundichulben, Reallasten in Abzug. Dingliche Lasten mindern den Wert, während ein Nießbranch am Mündelvermögen ohne Berücksichtigung zu bleiben hat.

Der Bert von Bohnungsrechten, Alimenten, Penfionen,

Geldrenten ift nach § 9 des R.G.R.G. festzuftellen.

- 5. Besteht 3. B. das Bermögen eines Mündels in einem Anweien von 12000 M, auf welchem 9000 M. Schulden lasten, so wird die Gebühr nach Art. 83 nur aus dem Reinvermögen von 3000 M erhoben.
- 6. Der Stand des Mündelvermögens bei der Beendigung der Vormundschaft ift für die Gebührenbewertung maßgebend, jo zwar, daß, wenn ein ursprüngliches Mündelvermögen von 2000 M sich im Laufe der Vormundschaft auf z V. 900 M gemindert hat, keine Gebühr, hingegen, wenn durch Zinsendmassierung ein ursprüngliches Vermögen von 900 M sich auf 1200 M erhöht, die Gebühr des Art. 83 zu erheben ist.
- 7. Die in Vormundichaften zur Erhebung kommenden Bauschgebühren haben lediglich auf das Berfahren in erster Instanz Bezug, nicht aber auch auf ein Beschwerdeverschren, für welches die Gebühren nach § 45 des R.G. zur Erhebung kommen (Beichsuß des Oberst. L.G. v. 24. Novbr. 1883, Sig. der Entschda. T. Bo. X S. 240). Selbstwerständlich kommen in der Beschwerdeinstanz die Gebühren des § 45 des R.G.K. auch dann zum Ansak, wenn das Mändelvermögen weniger als 1000 M beträgt.
- S. Ueber Fälligteit der Gebühr des Art. 83 siehe Art. 87, siber Gebührenerhebung beim Vorhandenjein mehrerer Mündel siehe Art. 86. hinsichtlich der Nichterhebung von hinterlegungsgebühren bei Vermögen unter 1000 M siehe hinterlega. Geb Ordz

Art. 84 (76).

Außerdem 1) tommen für jedes Jahr 2) von den Einkünften 3) zwei Zehnteile der Säte des § 8 des Reichs=

Gerichtstoftengesetes 4) zur Erhebung.

Dabei werden statt besonderer Berechnung die jährlichen Einkünste zu drei vom Hundert des Versmögens 5) unter Abzug der Schulden angenommen. Uebersteigen dieselben nicht den Betrag von 30 Mark, so bleibt die Gebühr außer Ansaß (?).

1. Außer der Gebühr des Art. 83 kommt unter der Boraussiehung, daß dem Bormundschaftsgericht über die Berwaltung des Bermögens Rechnung gelegt oder Uedersicht über den Bestand desseleben zur Borlage gebracht werden muß, noch die jogenannte "Rentegebühr" zur Erhebung. Ob thatsächlich eine Rechnung gestellt wird, oder nicht, oder ob dieselbe für mehrere Jahre zugleich vorgelegt wird, ist auf die Gebührenbewertung ohne Einsluß. Das Bürgerliche Gesehuch bestimmt in seinen §§ 1854, 1855, 1903, 1904 und 1917, wer von der Rechnungslegung besteit ist.

Chne Belang ist, ob die Nunnießung des Mündelvermögens einem Dritten austeht (Finanzministerialentichl. vom 20. April 1885, Pfass 5. Aust. S. 2016. Die hinausgabe von Zinsicheinen aus den bei Gericht hinterlegten Wertpapieren allein begründet noch nicht die Erhebung der Gebühr nach Art. 84, diese Geschäfte sind vielmehr durch die hinterlegungsgebühren als abgegotten anzusehen.

2. Hierunter ist das "Nalenderjahr" gemeint. Ein unvollendetes Kalenderjahr wird nicht für voll angesehen, wohl aber ein angesangener Monat. Maßgebend ist die Tauer der Vormundschaft, Beistandschaft oder Pstegschaft, io "war, daß die Gebühren, se nachdem die Vormundschaft am Ansange oder Ende eines Kalenderschres angeordnet oder beendigt wird, dementsprechend im höheren oder minderen Betrage zum Ansage tommen.

3. Aus dem Mündelvermögen an sich werden die Einkunfte nur dann berechnet, wenn aus dem ganzen Betrage desselben Kenten ansallen. Aus nicht rentierlichen Bestandteilen desselben, insbesondere aus Mobilien, dann auch aus Pensionen u. s. w. werden keine Einklinste berechnet (vergleiche Finanzministerialentschließung v. 13. Mai 1889, Psaif 5. Aust. S. 84).

Die Einkunfte find für jedes Jahr gesondert zu berechnen und können daher, je nachdem einige Bestandteile bes Mündelvermögens in dem einen Jahre Renten abwerfen oder

nicht, verschieden im Betrage fein.

1. Siehe Tabelle a im Unhang.

5. Die Einfünfte werden siets zu der vom hundert berechnet, und ist nur der rechnungsmäßig jesigestellte Einfünstebetrag maßgebend, mag auch die wirkliche Rente hößere oder niedrigere Procente ausweisen. Doch werden auch hier die Schulden vom rentier-

lichen Bermögen zuerft in Abzug gebracht.

mail in the

Besist 3. B. ein Mündel ein Haus im Werte von 10000 M und eine obe Baldbläche im Werte von 500 M und ruhen auf ersteren 3000 M Handlichtlen, auf letterer 200 M Hypothetsichulden, so berechnen sich bei dem Umstande, daß die ausgerodete Baldfläche eine Nente nicht abwirft, die Einstänste auf 10000 N – 3000 = 7000 \times 3°°, = 210 M. Das nicht rentierliche Vermögensobsett swiede von der Verlächsten zu beidert wird den Verlächsten zu beider zu den Verlächsten zu beiden Verlächsten zu beiden von der Verlächsten zu beiden Verlächsten zu beiden von der Verlächsten zu beiden Verlächsten zu beiden von der Verlächsten zu beiden von der Verlächsten zu der Verlächsten von der Verlächsten von

Birft aber das Vermögen, 3. B. das oben erwähnte Haus wegen eingetretenen Brandschadens in einem Jahre keine Rente ab, so kann auch keine Gebühr des Art. 84 zur Erhebung gelangen.

Nicht in Abgug burfen bingegen die Betrage gebracht werben, welche gur Bestreitung des Unterhalts oder der Erziehung u. i. w. aus den Einkunften berwendet werden.

6. Die Bestimmung best gebührenfreien Rentebetrages von 30 M hängt mit der Borischrift des Art. 83 zusaumen, indem bei einem gebührenfreien Bermögen von 1000 M sich die jährlichen Einkunfte auf 30 M berechnen und die Vormundschaften mit einem Vermögen bis zu 1000 M von jeder Gebühr befreit sein jollen.

Dies trifft auch zu, wern z. B. bei einem Vermögen von 1200 M ber rentierliche Teil besselben nur 900 M beträgt, jo daß sich die jährliche Teil besselben nur 900 M beträgt, jo daß sich die jährliche Eintluste auf nur 27 M berechnen, hier kommt keine Kentegebühr zum Anfat. Dingegen konunt aber bei dem aus einem rentierlichen Vermögen von 4000 M, infolge der im Monat Februar eingetretenen Beendigung der Vornundichaft zu berechnenden zweimonatlichen Einkünstebetrag von 20 M die Gebühr des Art. 84 mit 20 Z zum Anfat, da die jährlichen Einkünste sich auf 120 M berechnen würden.

7. Bei bem Borhandenjein mehrerer Mündel kommt die Gebühr des Art. 84 für jeden derjelben zur Erhebung, siehe Art. 86 dann auch Anmerkg. 6 zu Art. 91.

Hinschild ber Fälligkeit und Berjährung der Gebühren bes Art. 84 siehe Art. 87 und Anmerkungen. Ueber Stundung siehe Art. 85 und Anmerkung.

Art. 85 (78).

Soweit bei Minderjährigen 1) die im Art. 84 bestimmten Gebühren nach dem Ermessen des Vormundsichaftsgerichts 2) nicht aus den nach Bestreitung des Unterhalts und der Erziehung etwa verbleibenden Rentensüberschüssen gedeckt werden können, bleiben die Gebühren bis zur Erreichung der Vollsährigkeit oder früheren Besendigung der Vormundschaft gestundet 3).

- 1. Die nach Art. 85 zuläsige Stundung der Gebühren bes Art. 84 kann nach dem Wortlaute des Gesetzes nur bei Minderjährigen nicht auch bei volljährigen Mündeln Plas greisen.
- 2. Die Gewährung der Stundung beichließt auf Antrag das Vormundichaftsgericht. Dasjelbe kann dem Antrage stattgeben oder nicht. Es kann auch seinen Stundungsbeschluß jederzeit widerrusen und die Ersebung der gestundeten Gebühren anordnen (siehe Burthard, S. 208). Durch den Stundungsbeschluß wird zwar die Fälligkeit der gestundeten Gebühren nicht beeinflußt, wohl aber die Verlährung der sälligen Gebühren gebemmt (§ 202 des V.G.V.). Im Falle der Stundung ist der Vormund nicht verpflichtet, vorzeitiger Jahlungsansorderung zu entsprechen.
- 3. Sinfichtlich ber Stundung ber Sinterlegungsgebühren fiebe Sinterlegg. Geb. Orbg.

Art. 86 (79).

Erstreckt sich eine Vormundschaft auf mehrere Mündel¹), so sind die in den Art. 83, 84 bestimmten Gebühren für jeden besonders zu berechnen²).

- 1. Die Bestimmung des Art. 86 entspricht dem Pringipe, daß mehrere Rechtsgeschäfte gesondert bewertet werden müssen. Wenn mehrere Wündel vorhanden sind, tritt auch das Gericht mehrmals in Thätigkeit insbesondere bei der Beendigung der Vormundschaft siebe Burtkard, S. 208).
- 2. Voranssehung ift, daß das jeden Mündel treffende Reinvermögen über 1000 M beträgt. Würden 3. B. zwei Mündel ein Unwesen im Werte von 6000 M, auf dem 4000 M Hypothetsichulden lasten, zum gemeinschaftlichen Eigentume als Vormundsichaftsvermögen besiten, io würde weder eine Gebühr nach Art. 83 noch nach Art. 84 zu erheben sein, da der jedem Mündel als Vermögen zustehende Hältenteil nur ein Reinvermögen von 1000 M darstellt.

Art. 87 (77 Abj. 2).

Die im Art. 83 bestimmte Gebühr wird bei Beendigung der Vormundschaft 1) 2), die im Art. 84 bestimmte Gebühr wird bei der Rechnungslegung und im Falle der §§ 1854, 1855, 1903, 1904 des Bürgerlichen Gesetbuches an dem von dem Vormundschaftsgerichte zur Vorlage der Uebersicht über den Bestand des Mündelvermögens angeordneten Termine 3) fällig 4)5).

1. Die Bestimmungen des Art. 87 beruhen auf den Vorschriften des Bürgerlichen Gesethucks. Nach diesen (§§ 1840st.) hat der Vormund dem Vormundschaftsgericht über seine Vermögensberwaltung regelmäßig Rechuung zu legen. Hat der Vater oder die Mutter den Vormund ernannt, so können diese den Vormund

von der Berpflichtung entbinden, mahrend der Dauer seines Amtes Rechnung zu legen (§§ 1854, 1855 bes B.G.B.). Die gleichen Befreiungen fteben bem Bater ober ber Mutter bes großjährigen Mündels zu, wenn fie gum Bormunde über benfelben beftellt werden (§§ 1903, 1904 des B.G.B.). In diefen Fallen haben jedoch der vom Bater oder von der Mutter ernannte Bormund, wie ber Bater ober bie Mutter, wenn fie gum Bormunde beftellt werden, nach Ablauf von je zwei Jahren, falls nicht vom Bormundichaftsgericht ein langerer Termin angeordnet wird, eine Uebersicht über ben Bestand bes ihrer Bermaltung unterliegenden Bermögens bem Vorntundschaftsgericht einzureichen. (Motive 1899.)

2. Die Bormunbichaft endigt in der Regel mit dem Begfall der im § 1773 des B.G.B. für die Amwendung besfelben bestimmten Borandsehungen. Besondere Endtermine find im § 1883 bei Legitimation bes Munbels infolge nachfolgender Che und im § 1884 bei Berichollenheit des Mündels vorgesehen. Tritt die Beendigung ber Bormunbichaft wegen Bolljährigkeit ein, fo ift ber Beitpuntt ber gerichtlichen Entlaffungeverhandlung und nicht ber ber eingetretenen Bolliahrigfeit für die Falligfeit der Bebuhr bes Urt. 83 maggebend,

3. Die Erhebung der Gebühr nach Art. 84 richtet fich nach bem Zeitpunkt ber vom Bormundichafterichter bestimmten Rechnungslegung. Die jahrliche Rechnungelegung bilbet die Regel, fie tann jedoch auch auf einen längeren Zeitabschnitt, jedoch nicht mehr als auf einen breifahrigen Beitabschnitt, bestimmt werben. Mit ber Rechnungelegung werden jodann die Rentegebühren des Urt. 84 für ein, zwei ober brei Jahre fällig.

In den Fällen, in welchem dem Bormundichaftsgerichte nur eine Ueberficht über den Beftand bes Mündelvermögens vorzulegen ift, wird die Gebühr des Art. 84 in der Regel von zwei zu zwei Sahren hochstene aber in fünfjährigen Zwischenraumen gu er-

heben fein.

4. Ift bei bem Bormundichaftsgericht Bermögen hinterlegt, jo barf basfelbe nicht eher hinausgegeben werden, bis die fämtlichen Roften von ber gahlungspflichtigen Bartei gur Gingahlung gelangt (Minift. Bet. v. 25. Jan. 1897, Juft. D. Bl. G. 13.)

5. Die Berjährung ber jeweils fällig geworbenen Gebühren bes Art. 84 beginnt am Schluffe bes Ralenberjahres, in welchem ber Fälligfeitstermin gelegen ift. Sinfichtlich ber Stundung ber Gebühren bes Art. 84 und beren Folgen fiehe Art. 85 und Anmertg. 2.

Siehe auch die allgemeinen Beftimmungen über Berjahrung

der Gebühren auf S. 2.

Mrt. 88.

Die Vorschriften der Art. 83 bis 87 finden auf die vorläufige Vormundichaft 1) Anwendung. Endigt vorläufige Vormundichaft, weil auf Grund ber erfolaten Entmündigung ein Vormund bestellt wird, so gelten die vorläufige und die endgiltige Vormundschaft als eine Vormundichaft2)3).

- 1. Nach § 1906 bes B.G.B. fann ein Bolljähriger, beffen Entmundigung beantragt ift, unter vorläufige Bormundichaft geftellt werden. Für diese greifen die Borichriften ber Art. 83 bis 87 Blat.
- 2. Es tommt bemnach für beide Bormundschaften die Gebühr des Art. 83 nur einmal und zwar bei ber Beendigung ber endgiltigen Bormundschaft zur Erhebung. Auch die Gebühr des Art. 84 ist in dem Jahre, in welchem die vorläufige Vormundschaft endigt und die endgiltige beginnt, nur einmal zu erheben, weil bei beiden Bormundichaften die Berwaltung als eine fortlaufende anauseben ift.
- 3. Die Gebühr bes Art. 83 und unter Umftanden bes Art. 84 ift aber bann mehrfach und gesondert zu erheben, wenn ein Minderjähriger zuerft einer Altersvormundschaft und bann nach erreichter Bolliahrigfeit einer Bormundichaft wegen Beiftesichwäche unterftellt wird.

Art. 89 (74).

Bei den zur Besorgung einer einzelnen Angelegenheit bestellten Bflegichaften oder Beistandschaften ift nach dem Werte des Gegenstandes, sofern dieser über 1000 Mark beträgt, ein Zehnteil der Gate des § 8 des Reichs-Gerichtskostengesetes bis zum Betrage von 20 Mark zu erheben (1 1 bis 9).

Im Falle einer sonstigen Fürsorge für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Rind, insbesondere im Falle der Genehmigung zu einem Rechtsgeschäft ober im Falle einer Verfügung nach ben §§ 112, 1631, 1635 bis 1637, 1645, 1665, 1677, 2282, 2290, 2347, 2351 bes Bürgerlichen Gesethuchs wird eine Gebühr von 1 bis 20 Mark erhoben (II 10 bis 15).

Die in den Abs. 1, 2 bestimmten Gebühren werden nur erhoben, soweit nicht rücksichtlich der Berson, in deren Interesse ein Pfleger ober Beistand bestellt ober eine ionstige Kürspraethätigkeit ausgeübt wird, eine Vormundschaft, eine Pflegschaft ober Beistandschaft eingeleitet ober einzuleiten ift, auf welche die folgenden Beftimmungen Anwendung finden (III 16 bis 18).

Der Art. 89 entspricht bem bisherigen Art. 74. 3m Art. 74 waren Borichriften für die jogenannten Spezialturatelen getroffen. Den Spezialturatelen bes bisherigen Rechtes entsprechen die gur Bahrnehmung einzelner Beichäfte eingeleiteten Bilegichaften. Das Bürgerliche Gesetbuch tenut außer den Pflegichaften die Beftellung eines Beiftands ber Mutter für einzelne Angelegenheiten fowie im weitern Umfange eine Fürforge des Bormundichaftsgerichts für unter elterlicher Bewalt ftehende Rinder, welche ohne Beftellung eines Bilegers ober Beiftandes ausgeübt wird. Alle dieje Beichafte haben mit ber Beftellung eines Pflegers jur eine einzelne Ungelegenheit gemeinsam, daß es sich nicht um eine fortlaufende Thatigfeit des Bormundichaftsgerichts, fondern um eine Kurforge im einzelnen Falle handelt. (Motive 1899.)

I. Bu Abias 1.

- 1. Rur die gur Beforgung einer einzelnen Angelegenheit bestellten Bilegichaften ober Beiftandichaften (§ 1688 Abi. 1 bes B.G.B.) unterliegen der Gebührenvorschrift des Art. 89 Abf. 1, alle anderen auf langere Dauer gur fortgegetten Bahrnehmung ber Beichäfte eingeleiteten Pflegichaften (§§ 1909 Abi. 1 Cat 2, 1910 Mbf. 1, 1911 bis 1914 bes B. G.B.) ober Beiftanbichaften find nach Art. 90 zu bewerten.
- 2. Boraussehung ift serner, daß die Pslegschaft vom Bormundschaftsgericht bestellt wird. Die vom Prozeggerichte (§§ 57, 58, 494, 668, 679 bis 686 der R.C.B.D.) oder vom Bollftreckungsgerichte (§§ 779, 787 ber R.C.B.D.) zu erfolgende Bestellung eines Bertreters einer Bartei gehort nicht hieher (§ 47 R. 9 des R. G.R.G.).
- 3. Db eine Bflegichaft ober Beiftandichaft in beichrantterem Umiange bes Art. 89 ober eine folche im Ginne bes Art, 90 gu bestellen ift, liegt im Ermeffen bes Gerichts. Ein Recht gur Beichwerbeführung wegen jachlicher Behandlung ber Bflegichaften fteht der Finanzverwaltung nicht gu. (Giebe Beschluß des Oberft. L.G. v. 27. April 1886, Slg. b. Entschog. a. F. Bb. XI. S. 412.)
- 4. Für die Bebührenberechnung ift der Bert des Wegenftandes, wofür die Pflegichaft ober Beiftandichaft bestellt wird. maßgebend und zwar unter Umftanden nur infoweit, als bas Intereffe des Pfleglings mahrzunehmen ift. (Naberes fiehe Buft. Minift. Entschliegung v. 24. Jan. 1903 Nr. 2733.)
- 5. Sojern der Begenftand der Bestellung in einem bermogenerechtlichen Unipruch besteht, wird die Bebuhrenberechnung teine Schwierigfeiten bereiten und ift nur zu beachten, daß etwaige auf dem Bermögensobjett haftende Schulden in Abzug zu bringen find. (Bergleiche hieher auch Beichl. des Oberft. Q. G. v. 20. Dai 1889, Elg. ber Entichog. a. F. Bb. XII G. 324.)

Liegt ein nicht vermögensrechtlicher Anjpruch vor, jo hat nach Maggabe bes Art. 39 und der §§ 9ff. des R.G.R.B. gerichtliche Testjebung einzutreten.

6. Die Bebühr wird nur einmal erhoben, ohne Ructsicht auf die Beteiligung inehrerer Pfleglinge oder auf die Zahl der Pfleger oder Beiftande. Art. 86 ift demnach hier nicht anwendbar. (Bergleiche hieher auch den Beschl. des Dberft. 2. B. v. 3. Ottober 1888, Sig. ber Entichog. a. &. Bb. XII G. 160.)

7. Bird eine Bflegichaft zugleich über mehrere einzelne Ungelegenheiten eingeleitet, jo tritt eine Bujammenrechnung ber Gegenstandswerte, jofern jeder berfelben 1000 M überfteigt, ein.

Beifpiele.

a. Ein Bater, beffen Grundbefit mit bem Muttergute feiner 2 Rinder von zusammen 2600 M hypothetarisch belaftet ift, beabfichtigt, aus feinem Unwefen Grunoftude im Berte von 1200 M zu verkaufen und für den Teilbetrag von 2000 M ber Mutterguter feiner Rinder Sypothet auf bisher noch nicht verpfandete von ihm ipater allein eigentumlich erworbene Grundftude zu bestellen. ift fowohl wegen ber Pfandfreigabe ber zu vertaufenden Grundftude als auch megen ber Berpfanbung ber anderen Grundftude für bas Mutteraut feiner Rinder Bflegichaft einzuleiten.

Für die Gebührenbewertung tommt einerseits ber Bert ber verkauften Grundstücke zu 1200 M. wie auch weiter andererseits die Pfandunterstellung der anderen Grundstüde zu Gunften ber 2000 M Mutterguterteilbetrag in Frage. In Diesem Falle hat eine Busammenrechnung ber Werte ber einzelnen Angelegenheiten einzutreten. Diefer Befamtwert gu 3200 M tann aber bier für die Gebührenberechnung um beswillen nicht maggebend fein, weil bas beteiligte Gesamtvermogen ber beiben Rinder nur 2600 M beträgt, und bie Bebuhr nur insoweit zu berechnen ift, als bas burch die Bflegichaft wahrgenommene Interesse ber Bfleglinge reicht. Es tommt beshalb die Gebühr aus 2600 M mit 5 M zum Anfat.

Burbe bas Bermogen ber Kinder zusammen 4000 M betragen, jo hatte die Gebührenberechnung nur aus 3200 M zu

erfolgen.

Im Falle das Bermogen der Kinder nur je 1000 M = 2000 M betragen wurde, ware bennoch eine Gebühr und zwar aus 2000 M

zu berechnen.

b. Burbe aber ber Bater nur einige Parzellen im Berte bon 100 M vertaufen, jo tommt eine Gebühr nicht gum Anfat, da der Wert des Gegenstandes unter 1000 M beträgt und das Pflegichaftsvermögen, wenn es sich auch auf 2600 M beläuft, auch

nur in Sohe biefes Betrages beteiligt ift.

- c. Ift eine Pflegichaft aus Unlag bes Rangrudtrittes einer für einen Minderjährigen eingetragenen Hypothek für diesen angeordnet worden, fo ift die Gebühr in entsprechender Unwendung bes § 6 ber R.C.B.D. (R.Ger.Entscheibg. Bb. IV S. 366) nach bem Betrage der fleineren Sypothetforberung und, wenn ber Bert bes Grundftuds, ber nach Abgug der ber rudtretenden Sypothet borgehenden Belaftungen verbleibt, noch unter diefem Werte ift, nach bem Werte bes Grundftude gu berechnen. (Giebe Juft. Minift. Entichl. v. 24. Jan. 1903 Nr. 2733.)
- 9. Die Gebührenerhebung umfaßt bemnach die Gegenftandewerte über 1000 bis 32000 M. Sinfichtlich ber Cape bes § 8 bes R.G.R.G. fiehe Anhang Tabelle I. 3m Falle ber Burudweifung eines Untrags auf Beftellung einer Pflegichaft fiehe Unm. 17. Wegen Gebührenschuldner vergleiche Unm. 18.

Bu Abias II.

10. Gine fonftige Fürforge bes Bormunbichaftsgerichts für ein unter elterlicher Gewalt ftebenbes Rind ift borgeseben in ben Beftimmungen bes Burgerlichen Gefetbuchs:

88 112, 1645, Ermächtigung jum felbständigen Betriebe eines

Erwerbegeschäftes;

§ 1630, Entziehung der Bertretungemacht;

§ 1631, Unterftutung bes Batere in feinem Erziehungerecht burch Anwendung geeigneter Buchtmittel;

§§ 1635 bis 37, Anordnungen bes Bormundichaftsgerichte im

Falle ber Chescheibung;

§ 1642, Erteilung ber Erlaubnis, bas Bermogen bes Rinbes nicht mundelsicher anzulegen;

88 1643, 1644, 2282, Erteilung ber Genehmigung zu gewiffen

Rechtsgeschäften bes Rindes:

§ 1665, Anordnung der wegen Berhinderung bes Baters, die elterliche Gewalt auszuüben, erforderlichen Maßregeln;

§ 1677, Feststellung bes Rubens ber elterlichen Gewalt ober ber Beendigung berfelben;

§ 2290, Benehmigung gur Aufhebung eines Erbvertrages;

§ 2347, Genehmigung gur Erbverzichtsertlarung;

§ 2351, Genehmigung zu einem Bertrage, burch ben ein Erbvergicht aufgehoben wirb.

11. Für die im Gesetegte nicht aufgeführten Thatigkeiten des

Bormundichaftsgerichts nach

§ 1640 Abi. 1, Entgegennahme und Brufung bes beim Tobe ber Mutter vom Bater einzureichenden Bergeichniffes bes feiner Berwaltung unterftehenben Kindesvermögens. Siehe auch Befchl. des Dberft.L.G. v. 6. Novbr. 1901, Gla. ber Entichbg, neue Folge Bb. II. S. 692. Die gleiche Rechts-anschauung herrscht auch in Preußen, siehe Mügel, Preußiiche Koftengejete, Anmertg. 7b gu § 94. Anbere Anficht vertritt Bietich, Preußisches Roftengejet, Anmertg. 5b au § 94. Obiger Rechtsanschauung des Oberften Landesgerichts hat fich jedoch das R. Minifterium der Finangen bisher nicht angeschlossen, indem es in diesen Fallen die Thatigfeit bes Gerichts als teine nur paffive, fondern vielmehr als eine wirklich fürforgende erachtet. biefem Grunde find die Gerichtsschreiber angewiesen worden, den Anfat von Gebühren nach Art. 89 Abi. 2 zu erwirten. Sinfichtlich § 1640 Abf. 2 ift Art. 91 gu beachten,

§ 1662, Entgegennahme bes Bergichtes bes Baters auf bie

Nugniegung,

§ 1679 Abf. 2, Entgegennahme ber Ertlarung bes für tot ertlärten, aber noch lebenben Baters, bag er bie elterliche Bewalt wieder ausüben wolle,

wird eine Bebühr nicht erhoben.

12. Ru Abf. 2 gibt die gemeinschaftliche Bekanntmachung ber

K. Staatsministerien der Justi3 und der Finanzen vom 13. Februar 1900 (Just.M.Bl. S. 542) in Bist. 5 folgende Erläuterung:

"Der Art. 89 Abj. 2 ber neuen Fassung des Gebührengesetes enthalt fur ben Anjag ber Gebühr einen gewiffen Spielraum. Rach bem Art. 280 ber neuen Fassung hat das Bormundichaftsgericht bei ber Beftimmung ber Gebuhr ben Umfang und bie Schwierigfeit ber Cache und Die Leiftungsfähigfeit bes Bflichtigen berücksichtigen. Die Bormundschaftsgerichte werden hiemit barauf aufmerkfam gemacht, daß auch in Betracht zu ziehen ift, welche Bebühr für das Rind, wenn es unter Bormundichaft, Pflegschaft ober Beiftandichaft ftunde, nach den Urt. 83, 90 gu entrichten ware und ob bas Rind ichon fur eine Thatigfeit bes Bormundschaftsgerichts eine Gebühr entrichtet hat. Der Betrag ber Gingelgebühren foll regelmäßig ben Betrag nicht überfteigen, welcher gu entrichten mare, wenn für bas Rind eine Bormundichaft, Bflegichaft ober Beiftanbichaft bestände. Denn jonft tommt die Rechtsanwendung möglicherweise zu bem Ergebniffe, daß ein Rind, welches z. B. unter Beiftanbichaft, also unter fortlaufender Anfficht des Bormundichaftsgerichts fteht, und bei welchem mithin durch die Webuhr des Art. 83, 90 famtliche Thatigfeiten des Bormundschaftsgerichts gebectt werden, geringere Bebühren gu bezahlen bat, ale ein Rind, welches nicht unter Beiftanbichaft fteht und beshalb für jede einzelne Thatigfeit bes Bormunbichaftsgerichts feine Gebühr zu entrichten hat. Wenn g. B. ber Bater zu einem Rechtsgeschäfte für bas Rind nach § 1643 des B.G.B. die Genehmigung des Bormundichaftsgerichts erhalt und nunmehr die Genehmigung des Bormundichaftsgerichts zur Anlegung von Geld bes Kindes in nicht mundelsicheren Papieren erbittet (§ 1642 Abj. 2 des B.G.B.), jo fonnte an fich für biefe Genehmigung eine Gebühr von 1 bis 20 M (Art. 89 Abf. 2) erhoben werden. Beträgt nun das Bermögen des Rindes 1500 M, jo wurde es offenbar bem Ginne des Webuhrenacienes nicht entiprechen, wenn der Bormundichafterichter die Gebühr für die Benehmigung auf 10 M festjette. Denn mare bas Rind bevormundet, jo wurde für die Bormundschaft nach Art. 83 nur eine Gebühr von 7 M 60 & geschuldet. Der Bormundschaftsrichter wird aljo bei Festjenung ber Gebühren in Betracht ziehen, bag biese, wenn möglich, ben Betrag von 7 & 60 & nicht übersteigen, und er wird, wenn bei früheren Gebührenfestsetungen ichon diefer Betrag erreicht ober überschritten ift, den Mindestbetrag von 1 M ausegen.

13. Der Artitel 280 ichreibt vor, daß die Behörde den Gebührenansat innerhalb bes gewährten Spielraums unter Berfictsichtigung des Umfangs und der Schwierigkeit der Sache, der Bedeutung derselben für das bürgerliche Leben und der Leiftungsjähigteit des Pflichtigen zu bestimmen hat.

14. Beträgt das in Betracht kommende reine Bermögen des Kindes unter 1000 M, so ist dies, wie wohl es aus Billigkeitsgründen im hindlich ans den jonft gebührenfreien Vormundschaftsvermögensbetrag zu 1000 M zu wünschen wäre, auf die Gebührenvorschrift des Art. 89 Abs. 2 ohne Einsluß. In diesen Föllen wird

September 1

aber voraussichtlich die zu erhebende Gebühr auf nicht mehr als 1 M sestgeset werden.

15. Das Borhanbenfein mehrerer Berjonen ift fur bie Gebuhrenfeftjegung belanglos. Siehe ferner auch Ann. 17 u. 18.

Bu Abjas III.

- 16. Die Gebühren des Art. 89 kommen dann nicht zur Erhebung, wenn bezüglich der Berson, in deren Interesse ein Psseger oder Beistand bestellt oder eine jonstige Kürlorgethätigkeit ausgeübt wird, eine Bormundschaft, Pssegschaft oder Beistandschaft eingeleitet oder einzuleiten ift (§ 1909 Abs. 3 des B.G.B.), welche nach Art. 90 zu bewerten ist, da dieselbe auch die sonst der Gebührenbewertung nach Art. 89 unterworfene Angelegenheit, Bestellung des Psiegers u. s. w., umfaßt.
- 17. Die Gebühren bes Art. 89 werben fällig mit der Beendigung der Klegschaft ober Beistanbschaft oder der Fürsorgethätigteit des Vormundschaftsgerichts. Bird die Bestellung einer Klegschaft, Beistandschaft oder die Ausübung einer Fürsorgethätigfeit abgelehnt, oder der Antrag vor der Entscheidung zurüchgenommen, jo wird keine Gebühr, wohl aber etwaige Auslagen erhoben.
- 18. Schulbner ber Gebühren ift berjenige, in bessen Interesse bie Pflegschaft ober Beistanbichaft bestellt wird ober eine Fürsorgethätigkeit eintritt bzw. ber Antragsteller.

Art. 90 (82).

Bei anderen als den im Art. 89 bezeichneten Pflegschaften oder Beistandschaften 12) sind von dem Werte des Vermögens, auf welches sich die Pflegschaft oder Veistandschaft bezieht, sosen dieses über 1000 Mark beträgt, die in den Art. 83, 84 bestimmten Gebühren zu erheben, die Gebühr des Art. 84 bei einer Beistandschaft jedoch nur soweit, als dem Beistande die Vermögensverwalstung übertragen ist.

Die Vorschriften der Art. 85 bis 87 finden entsprechende Anwendung.

1. Die Motive erläutern hiezu: Der Art. 90 gibt den Inhalt der Art. 75 bis 79 in der Einschränkung auf dieseinigen Pflegsichaften wieder, bei welchen es sich um eine fortlaufende Thätigkeit des Vormundichaftsgerichts handelt, und erftreckt die Vorschriften zugleich auf die Beistandschaften, welche nicht zur Bahrnehmung einer einzelnen Angelegenheit bestellt sind. Die Beistandschaften sind dem Pflegschaften nur in einer Beziehung nicht gleich gestellt. Der Beistand hat nach den § 1688 bis 1691, 1694 des B.G.B. im weientlichen die Setellung eines Gegenvormundes, nur wenn das Vormundschaftsgericht auf Antrag der Mutter dem Beistande die Vermögensberwaltung ganz oder teitweise sibertragen hat, hat der Beistand, sowei dies geschehen ist,

nach § 1693 a. a. D. die Stellung eines Pssegers. Jur Rechnungsslegung ist der Beistand also nur im Halle des § 1693 a. a. D. verbunden. Diesem Rechtszustande entipricht es, wenn die nach der Höhe der höhe der sche er jährlichen Einklünkte sich richtende Gebühr des Art. 84 bei Beistandschaften nur erhoben wird, soweit der Fall des § 1693 a. a. D. gegeben ist. Wie die Kassung klar erkennen läßt, sind der Gebühr des Art. 84 die Einkünste nur dessenigen Vermögens zu grunde zu legen, auf welches sich versiehnicht die keistandschaft bezieht.

2. Unter biesen anderen Pssegichasten sind zu verstehen, die Pssegichasten insolge Zuwendung eines Berwögens, dessen Berwalthaber oder dem Vormunde nicht zustehen soll (§ 1909 des B.G.B.), die Pssegichasten für gebrechliche Personen (§ 1910 a. a. D.), für ukwesende (§ 1911 a. a. D.), für die Leibesstrucht (§ 1912 a. a. D.), sün unbekannte Beteiligte (§ 1913 a. a. D.) und aus Ansag einer öffentlichen Sammlung (§ 1914 a. a. D.). Hinsigkitich der Rachlaspflegschaften siehe Art. 102. Vergleiche hieher auch die Anmerks. zu Art. 83, serner die Erläuterungen zu den Art. 84 bis 87.

Mrt. 91.

Für die Ersekung der elterlichen Einwilligung zur Eingehung der Che oder der Einwilligung der Mutter gur Chelichkeitserklärung, für Entscheidungen betreffend den Unterhalt eines Kindes nach § 1612 des Bürger= lichen Gesethuchs, für die Uebertragung der elterlichen Gewalt an die Mutter (§ 1685 Abi. 2 des Bürgerlichen Gesethuchs), für die Ersetung der Zustimmung anteilsberechtigter Abkömmlinge zu Rechtsgeschäften des über= lebenden Chegatten im Falle der fortgesetten Gutergemeinschaft, für Entscheidungen, welche die persönlichen Rechtsbeziehungen der Chegatten zu einander oder das eheliche Güterrecht betreffen 1), und für sonstige Verfügungen des Bormundschaftsgerichts2), die sich nicht auf Mündel, Pflegebesohlene oder unter elterlicher Gewalt stehende Rinder beziehen, wird eine Gebühr von 1 bis 20 Mark erhoben 3).

Die gleiche Gebühr wird für die Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts im Falle der Verheiratung des Vaters oder der Mutter⁴) sowie für die nach § 1639 Abs. 1, § 1640 Abs. 2, nach den §§ 1653, 1666 bis 1668, 1670 oder nach § 1760 Abs. 2 des Vürgerlichen Gesebuchs zu tressend Unordnungen von dem Vater oder von der Mutter erhoden 5, sosen und be Gebühr nach

Art. 83 ober nach Art. 89 erhoben wird 6)7)8).

Der Gesegestert enthält im Abs. 2 Schlußsatz ein offensichtliches Redaktionsversehen, indem es stat Art. 89 heißen nuß Art. 90. Der Gesetzgeber kann nur die Psiegschaften des Art. 90, welche hinsichtlich der Gebührenpslicht den ordentlichen Vormundschaften gleich stehen, im Auge gehabt haben.

- 1. Der infolge der Erweiterung der Aufgabe des Bormundschaftsgerichts neu eingefügte Art. 91 behandelt biejenige Thatigkeit des Bormundschaftsgerichts, welche sich nicht auf Mündel, Bflegebefohlene ober unter elterliche Gewalt ftebenbe Rinder bezieht, insbejondere die Enticheidungen über Rechteverhaltniffe der Chegatten (vergl. §§ 1357, 1358, 1379, 1402, 1447, 1451, 1519, 1549 des B.G.B.), ferner folche Berrichtungen, welche nur bei bolljährigen Rinbern ober in gleicher Beise bei volljährigen, wie minderjährigen Rinbern portommen (vergl. 3. B. §§ 1308, 1612, 1727 des B.G.B.), endlich folche die Rechtsbeziehungen zwischen Eltern und Rindern betreffenben Geschäfte, in benen die Eltern als zahlungspflichtig erscheinen (vergl. bie §§ 1314, 1493, 1669, 1740, 1761; bie §§ 1447, 1487; ben § 1685 Abj. 2; ben § 1639 Abj. 1, ben § 1640 Abj. 2, ben § 1653; die §§ 1666, 1667, 1668, 1670, 1760 Abs. 2 des B.G.B.). Bon einer nach ber Große bes Bermogens fich richtenben Gebuhr murbe abgesehen, weil die Große des Bermogens des Kindes haufig nicht bekannt fein wird. (Motive 1899.)
- 2. Zu den sonstigen Bersügungen des Vormundschaftsgerichts, die sich nicht auf Mündel, Pssiegebeioblene oder unter elterliche Gewalt stehende Kinder beziehen, gehören die Unovdnungen über Anlegung des zum eingebrachten Gute gehörenden Geldes, welches der Nann nach dem Vorschriften der §§ 1807 u. 1808 des B.B. Anazulegen hat (§ 1377 Abi. 2 a. a. D.), das Gleiche gilt bezüglich des Borerben (§ 2119 a. a. D.), serner die vom Vormundschaftsgericht getrossenen vorsäusigen Wahregeln hinsichtlich Ausländern, über welche eine Vormundschaft der Pssieglichaft noch nicht angeorden ist (Art. 23 Abi. 2 des E.G. 3, B.G.B.).
- 3. Bezüglich der Grundfate bei Festsetung der Gebühr siehe Unm. 12 u. 13 zu Art. 89.
- 4. Für das Wiederverechelichungszeugnis jelbst ist die Gebühr des Art. 54 J. 1 neben der Gebühr des Art. 91, welche nur für die Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts bestimmt ist, zu erheben.
- 5. Hat das Vormundschaftsgericht augeordnet, daß der Vater ein Verzeichnis des Vermögens einzureichen und über seine Verwaltung Rechnung zu legen hat, is kommet die Gebühr des Art. 84 bei der Rechnungslegung zum Anjah. Dieselbe ist gleichsalls neben der Gebühr des Art. 91 vom Vater zu erheben (§ 1667 Abs. 2 u. 3 a. a. D.) Auch sür die Hierurgegebühren ist in diesem Falle der Vater oder die Matter (§ 1686 a. a. D.) zahlungspflichtig.
- 6. hinsichtlich ber Person des Jahlungspflichtigen lassen sich die unter den Borschriften des Art. 91 sallenden Angelegenheiten in zwei Gruppen zerlegen:

I. Bahlungepflichtig ale Antragfteller ift bas Rind im Falle:

a) der Eriebung der elterlichen Einwilligung gur Gingehung ber Che (§ 1308 a. a. D.) - bie Gebuhr bes Art. 91 umfaßt hier auch bas Festienungsversahren hinsichtlich ber Muslagen der zugezogenen Bermandten (§§ 1308 Abi. 2, 1847 a. a. D.) -;

b) ber Erfetung ber Ginwilligung ber Mutter gur Chelichfeitserklärung. (§ 1727 a. a. D.) und

c) der Entscheidung betreffend Gemahrung des Unterhaltes (§ 1612 Abj. 2 a. a. D.).

II. Bahlungepflichtig ift entweder ber Bater ober die Mutter

ober ein fonftiger Antragfteller:

a) bei der lebertragung der elterlichen Gewalt auf die Mutter (§ 1685 Abi. 2 a. a. D.):

c) bei ber Ersebung ber Ruftimmung anteilsberechtigter Abfommlinge zu Rechtsgeschäften des überlebenden Chegatten im Falle ber fortgejesten Gutergemeinichaft (§ 1487 a. a. D.);

d) für die Entscheidungen, welche die perfonlichen Rechtsbeziehungen der Chegatten zu einander ober das eheliche

Güterrecht betreffen, als

Aufhebung ber Beichränkung ber Schlüffelgewalt (§ 1357 a. a. D.), Ermächtigung bes Chemannes zur Rundigung ober gur Buftimmung ber von ber Frau einem Dritten gegenüber übernommenen Berpflichtung perfonlicher Dienstleiftung (§ 1358 a. a. D.),

Erschung ber Buftimmung ber Fran zu Rechtsgeschäften des Mannes oder umgefehrt, welche das cheliche Guterrecht betreffen (\$\ 1379, 1402, 1447, 1451, 1519 u. 1549

a. a. D.).

Dier ift zu beachten, daß, im Falle ber Chegatte unter Bormundichaft fteht, die Gebühr bes Art. 91 nicht gum Anjage tommt. Steht er unter elterlicher Gewalt. fo ift

bie Gebühr nach Art. 89 zu erheben.

e) Für die Thatigkeit des Bormundschaftsgerichts, foferne Dieselbe unter elterlicher Gewalt ftehende Rinder betrifft, im Falle ber Wiederverheiratung des Baters ober ber Mutter (§ 1314, 1493, 1669, 1740 u. 1761 a. a. D.); für die Anordnung der erforderlichen Magregeln gur Durchführung der über die Bermögensverwaltung von Buwendnigen getroffenen Beftimmungen (§ 1639 Abf. 1 a. a. D.); für die Anordnung der Aufnahme des Bermogensperzeichniffes durch ben Notar ober Gerichtsschreiber (§ 1640 Abi 2 a. a. D.). - Siehe auch Art. 89 Anmerka. 10:

für die Genehmigung zum Berbrauch von Gelb bes Rinbes burch den Bater oder die Mutter (§ 1653 a. a. D.) für die Anordnung von Magregeln gur Abwendung ber Gefährbung bes geiftigen ober leiblichen Bohls bes Rindes (§ 1666 a. a. D.), oder ber Gefährbung Charles of the Party of the Par

des Bermögens besjelben (§§ 1667, 1668, 1670, 1760 Abj. 2 a. a. D.);

Für die Aenderung der Anordnungen des Bormundichaftsgerichts insbesondere begäglich der Erhöhung, Minderung oder Aufhebung der geleisteten Sicherheit wird eine Gebühr nicht erhoben (§ 1671 a. a. D.).

Kommen für die unter estersicher Gewalt stehenden Kinder die Gebühren nach Art. 83 oder nach Art. 90 zur Erhebung, so umfassen dieselben auch die unter lit. e auf-

geführte Thatigteit des Bormundichaftsgerichts.

7. Jif für die Personen, hinsichtlich deren eine unter Abs. 2 sallende Thätigkeit des Vormundsschäftsgerichts vorgenommen wird, eine nach Art. 83 oder Art. 90 zu bewertende Vormundschaft, Pstegschaft oder Beistandschaft eingeleitet, so kommt eine weitere Gebühr auf Grund des Abs. 2 nicht mehr zum Ansag, da die Gebühren nach Art. 83 und 90 alle Thätigkeiten des Vormundschaftsgerichts für die Wündel oder Pstegebesohleuen umsassen. Dagegen übt eine nur zur Besorgung einzelner Angelegenheiten bestellte Pstegschaft oder Beistandschaft, welche der Gebührenbewertung nach Art. 89 Abs. 1 unterliegt, auf die Gebührenerhebung nach Art. 91 keinen Einstuh aus.

8. Die Gebühr bes Art. 91 kommt auch zum Ansat, wenn' bas Mündelvermögen weniger als 1000 M beträgt.

Art. 92 (80).

Gebühren werden nicht erhoben :

1. für die Bestallung des Vormundes, Gegenvormundes,

Beiftandes oder Pflegers;

2. für die Aufnahme der im § 1718 und im § 1720 Abj. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehenen öffentlichen Urkunde über die Ancrkennung der Vaterschaft, wenn die Urkunde vom Gericht oder vom Standesbeamten aufgenommen wird:

3. für die gerichtliche Beurkundung von Vereinbarungen zwischen dem Vater eines unehelichen Kindes und diesem über den Unterhalt für die Jukunft oder über eine an Stelle des Unterhalts zu gewährende Abfindung swischen dem Vater eines unehelichen Kindes und der Mutter über die der Mutter aus der Beiwohnung und der Entbindung entfandenen Ansprüche, sofern diese Vereinbarung mit der Vereinbarung über den Unterhalt des Kindes in ders selben Urkunde verbunden wird:

4. für die Aufnahme eines Bermögensverzeichnisses durch den Gerichtsschreiber.

In Zisser 1 ist außer Zweisel gestellt, daß für die Bestallung, welche gemäß §§ 1694, 1791, 1792, 1881, 1915 des A.G.B. der Bormund und der Gegenvormund, der Beistand und der Pssegrevom Bormundschaftsgericht erhalten, die Gebühren des Art. 54, welche außerdem für die Ausstellung derartiger Zeugnisse zu entrichten wären, nicht zur Erhebung gelangen jollen.
In den Jissern 2 u. 3 ist die Borschrift des bisherigen Art. 80

In den Ziffern 2 u. 3 ist die Vorichrist des bisherigen Art. 80 wiederholt. Wegen der Fassung der Ziffer 2 ist auf § 167 Abs. 2 des Ges. über die Angel. d. freiw. Gerichtsbarkeit und wegen der Fassung der Zisser 3 ist auf die neue Fassung des Art. 15 Abs. 2 des Auss. Ges. 4. A.G. 2. G. Art. 167 Lisser 1 des Auss. Ges. 4. A.G. 2.

au permeifen.

Die Ziffer 4 gewährt aus Billigkeitsgründen den Vermögensverzeichnissen, welche in Vormundschafts oder Pflegschaftsfachen gemäß Art. 167 Ziffer XVI Abs. 1 des Aussches, 2.8.6.8. von den Gerichtsschreidern ausgenommen werden, die gleiche Begünstigung, die bisher schon den Inwentaren in Nachlaßsachen gemäß Art. 125 Abs. 3 des früheren Gebührengeiehes (nun Art. 162) eingeräumt war. (Motive 1899.)

Art. 93 (81).

Ebenjo fommen für die von Amtswegen zu ersteilenden Ausfertigungen und Abichriften in Bormundsichafts, Pflegichafts oder Beistandsjachen Schreibgebühren nicht in Aniak.

Die Ausnahmebestimmung bes Art. 93 umfaßt nur die von Amtswegen zu sertigenden Aussertigungen, Abschriften, Ladungen und sonstige Schreiben. Für Abschriften, welche im Barteiaustrage gesertigt werden, sind dagegen Schreibgebühren und unter Umständen auch die Beglaubigungsgebühren des Art. 54 3. 2 zu ersheben. (Bergs. Anmerkung 1 zu Art. 54.)

5. Radfaß- und Geilungsfachen.

2(rt. 94.

I. Für die bis 1. Oftober 1902 eingetretenen Erbfälle.

Für die Bermittlung der Auseinandersetung 1) in Ansehung eines Nachlasses, einschließlich des vorangehens den Berfahrens 2), werden sechs Zehnteile, im Falle der Beteiligung eines minderjährigen Erben 3) drei Zehnteile der Säte des § 8 des Reichss-Gerichtskostengesetes ershoben 4). Die Gebühr kann von dem Gericht um zwei

Zehnteile erhöht werden, wenn die Thätigkeit des Gerichts eine besonders weitläufige oder schwierige war 1).

Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus dem Werte

des Nachlasses nach Abzug der Schulden6).

II. **Außerdem** für die ab 1. Oktober 1902 einsgetretenen Erbfälle. (Nachlaßgeset v. 9. Aug. 1902, G.B.Bl. S. 467.)

Wird der Antrag auf Vermittelung zurückgenommen oder endigt das Verfahren, weil ein Beteiligter im Termin der Vermittelung widerspricht, so wird ein Drittel, wenn aber das Gericht bereits den Verteilungsplan aufgestellt hatte, die Hälfte der im Abs. 1 bestimmten Gebühr erhoben. Das Gleiche gilt, wenn das Verschren für beruhend erklärt wird, weil im Termine kein Beteiligter erschienen und das Versahren seitdem mehr als sechs Wonate lang nicht mehr betrieben worden ist?).

Endigt das gerichtliche Versahren mit der Verweisung der Auseinandersetzung an einen Notar, so wird eine Gebühr sür das gerichtliche Vermittelungsversahren nicht erhoben, wenn die Auseinandersetung innerhalb eines Jahres seit der Verweisung vor dem Notar ersosgt. Anderenfalls wird sür das gerichtliche Vermittelungsversahren 1/10 der Sähe des § 8 des Reichse Gerichtskoftengesetzes aus dem Werte des reinen Nachslasse erhoben; diese Gebühr wird jedoch, wenn später die Auseinandersetzung vor dem Notar erfolgt, auf die Gebühr aus Art. 165 angerechnet. Das Gericht kann die im Sah 1 bezeichnete Frist auf Antrag oder von Antswegen verlängern 8) bis 12).

Nach dem Bürgerlichen Gesethuche hat entgegen der disher geltenden amtlichen Nachlaßbehandlung das Nachlaßgericht von Amtswegen nur dei Sicherung des Nachlaßes (§§ 1960 ff. des V.G.) und der Erdfrung einer Berfügung von Todeswegen (§§ 2259 ff., 2300 des B.G.B.) thätig zu werden. Doch wurde der Landesgeschgebung die Möglichkeit gegeben, vorzuschreiben, daß das Nachlaßgericht auch im weiteren Umfange von Antswegen in Thätigteit zu treten hat. Durch das Gesey, das Nachlaßwesen betreffend, vom 9. August 1902 hat nun die Staatsregierung von dem der Landesgesetzgedung in § 192 des G.F.G. eingeräumten Borbehalt Gebrauch gemacht und ist aus Juvechunßigteitsgründen in demselben über die Grenzen, welche das Bürgerliche Gesetzbuch der vom Amtswegen einzutretenden Thätigkeit des Nachlaßgerichts

zieht, hinausgegangen. Es hat nunmehr bas Nachlaggericht in ben ab 1. Ottober 1902 eintretenden Erbfallen ben Erben bon Umtewegen zu ermitteln und beim Borhaudenfein mehrerer Erben. joferne die Auseinandersetung in Ansehung des Nachlasses zwischen ihnen innerhalb der Frift von zwei Monaten feit dem Gintritt bes Erbfalls ober ber Eröffnung ber Berfügung bon Tobesmegen nicht bewirkt ift, die Auseinandersetzung bon Amtswegen gu bermitteln, foferne nicht ein zur Bewirtung ber Auseinandersetung berechtigter Testamentevollstrecker vorhanden ift oder vor Einleitung der amtlichen Bermittelung der Antrag auf Bermittelung geftellt wird ober famtliche Erben ertlaren, daß fie fich nicht auseinanderschen wollen. Gehört ein Grundstück zum Rachlasse, so soll das Rachlaßgericht nach Feststellung der Teilungsmasse die Bermittelung ber Auseinanderjegung einem Notare überweisen. Die Ueberweifung hat aber unter allen Umftanden auch dann gu erfolgen, wenn famtliche Beteiligte die Bermittelung burch einen Notar beautragen.

Was nun die Gebührenerhebung für die vorerwähnte Thätigsteit des Nachsaßgerichts anlangt, so wurde die von Amtswegen vorzumehmende Ermittelung der Erben aus Villigkeitsgründen gebührentrei belassen, während für die Vermittelung der Kuseinandersjehung (§§ 86 bis 89 des G.F.G.) in Ansehung eines Nachsasses unter Anlehnung an den diederigen Art. 83 Abj. 1 des alten Gebührengeießes die zu erhebenden Gebühren im Art. 94 bestimmt sind. So wurden für dieselbe, wie im früheren Art. 83 Abj. 1, als Gebühr grundsählich sechs Zehnteile, im Falle der Beteiligung eines minderjährigen Erben aber drei Zehnteile der Sähe des § 8 des R.G.K.G. setageiegt.

1. Die Erhebung ber Gebühr des Art. 94 Abf. 1 jest voraus:

a) einen Antrag ober die amtliche Einleitung der Bermittelung (siehe auch Art. 3, 4 des Nachlaßgesetes dann Ziff. 3a u. b der Bollzugsvorschriften zu demselben),

b) den Auseinandersetungsplau (§ 93 Abs. 1 des G.F.G., § 86 der Bekanntungg. v. 31. Dezbr. 1899, Just.M.Bl. 1900 S. 26, 27 serner § 25 der oben erwähnten Voll-

zugsborichriften),

e) den Bestätigungsbeschluß des Nachlaßgerichts hinsichtlich der Auseinandersehung (§ 93 Abs. 1 des G.F.G., § 87 der vorerwährten Bekanntmachung dann § 26 der vorallegierten Vollzugsvorschriften).

2. Die Bauschgebühr bes Art. 94 Abs. 1 umsaßt auch das vorangehende Versahren, so die ohnehin gebührensreie Erbenermittlung, die Vereinbarung über vorbereitende Maßregeln, z. B. über die Abschaumg und die Art der Teilung einzelner Nachlaßgegenftände, n. s. w. (§ 91 des G.F.G., § 82 der vorerwähnten Bekanntmachung v. 31. Dezbr. 1899).

Auf die Gebühr des Art. 94 Abs. 1 wird bei Sicherung des Rachlasses die für diese Thätigteit des Rachlassgerichts nach Art. 101 zu erhebende Gebühr angerechuet. Während jedoch gesondert neben ihr die Gebühr des Art. 111 für Eröffnung einer Berfügung von Tobeswegen zur Erhebung gelangt.

3. Eine Ermäßigung der sechszehntel Gebühr tritt ein und zwar auf die Hälfte, wenn ein minderjähriger Erbe am Versahren beteiligt ist. Diese Vergünstigung greift jedoch nicht Plat, wenn ein minderjähriger Vermächtnisnehmer oder ein volljähriger ader als entmündigt unter Vormundichaft stehender Erbe in Verracht kommt.

Dhne Einfluß auf ben Anfat ber ermäßigten Gebühr burfte fein, wenn ber minberjährige Erbe biefe Eigenichaft während bes

Berfahrens infolge eingetretener Großjährigkeit verliert.

4. Bezüglich der Gabe fiehe § 8 des R.G.R.G. (Bochinger, Prozeggeb.Gef. S. 8) und Anhang Tabelle a.

- 5. Die Gebühr muß in gewissen Fallen, 3. B. wenn bas Bericht den Auseinandersetungeplan felbft fertigt und diefer erhebliche Schwierigkeiten bereitet, erhoht werden tonnen. Die Auseinandersetung ist nicht selten eine schwierige und zeitraubende Arbeit. Es tann auch, ba die Beteiligten in ungeteilter Erbengemeinschaft (§§ 2032, 2038, 2040 bes B.G.B.) bleiben fonnen und gur Teilung ber Gemeinschaft (§ 2042 ff. bes B.G.B.) nur schreiten, wenn besondere Umftande eine Liquidation des Nachlaffes als wünschenswert ericheinen laffen, die Bermittelung ber Auseinanderjegung nach Umlauf von Jahren nach dem Tode des Erblaffers beantragt werden. Die Auseinandersetung hat darum hänfig nicht nur die rein erbrechtlichen Berhältniffe der Beteiligten, wie bei ber Berichtigung der Nachlagverbindlichkeiten (§§ 2046, 2058 ff. des B.G.B.), Ausschlagung ber Nachlagverbindlichkeiten auf die Beteiligten (§ 2046 Abi. 2 a. a. D.), Ausgleichung ber Borempfange unter ben Miterben (§§ 2038 Abf. 2, 2042 Abj. 2, 743 ff. a. a. D), gu umfaffen. Mit Rudficht bierauf erscheine es angezeigt, foferne die Thatigfeit bes Gerichts eine besonders weitläufige oder schwierige mar, dem Gerichte die Möglichkeit zu geben, die Bebühr um zwei Behntel 311 erhöhen. (Siehe Motive 1899, Art. 4 Abj. 2 des Nachlaggesetes.)
- 6. An ber Vorjchrift des bisherigen Rechts, daß die Gebühr aus dem Werte des Nachsasses nach Abzug der Schulden zu derechnen sei, wurde auch jest seiftgehalten. Als Schulden kommen im Vetracht: Sypothet- und Kurrentschulden, Miet- und Pachtzisses, Krantheits- und Beerdigungskosten, wozu auch die Ausgaden für ortsüblichen Veichentrunt, für Grabstein und hie Ausgaden für ortsüblichen, dann auch rücktändige Seteuern und Abgaden, nicht aber Vermächtnisse. Siehe auch Anmerkung 4 zu Art. 83. Ausgleichungsbeträge (Konserendposten § 2050 des V.G.) bilden Bestandteile des Nachsasses, sosiene dieser den Mitserben zukommet, und sind diesem zugurechnen.
- 7. Für die ab 1. Oktober 1902 eingetretenen Erbfälle ist durch den insolge des Nachlaggesehes neu angefügten Abs. 3 die Gebührenerhebung weiter für den Fall geregelt, als das Vermittelungsversahren vor vollständiger Durchführung endigt oder für beruhend erklärt wird.

Die Gebühren ermäßigen fich in diesem Falle auf ein und

bezw. brei Zehntel und bei Beteiligung eines minberjahrigen Erben auf ein und bezw. brei Zwanzigstel ber Gate bes § 8 bes R.G.R.G.

Die Gebühren bes Abs. 3 werden fällig mit der Einstellung des Bersahrens oder bei ruhendem Bersahren nach Ablauf der sechs Monate. Bird das eingestellte Bersahren wieder aufgenommen, so ist die nach Abs. 3 erhobene Gebühr auf die Gebühr des Abs. 1 anzurechnen.

8. Nuch Abj. 4, welcher gleichfalls neu ist, hat nur für die ab 1. Oktober 1902 ein getretenen Erbfälle Geltung. Er stellt seit, daß das Bersahren vor dem Nachlaßgericht und dem Notare hinsichtlich der Gebührenerhebung als ein Bersahren zu gelten und daß die Gebühren hiefür der Notar zu erheben hat.

Er bestimmt serner, daß nach Ablauf eines Jahres, d. i. nach Umssulfuß von zwöss Monaten, seit der Verweisung der Auseinanderseigung an den Wotar, das Nachlaßgericht für seine Vermittelungsthätigkeit ein Jehntel bezw. ein Iwanzigstel der Sähe des L der Kuk. d. zu erseben hat, wenn die dahin die Auseinanderseigung vor dem Notare nicht erfolgt bezw. in Angriss genommen ist.

Erklären die sämtlichen Erben vor der Einleitung der amtlichen Bermittelung, daß sie sich nicht außeinanderiegen wollen, so kommt für diese Erklärung eine Gebühr nicht zum Anjak. Siehe § 16 Biff. 3 der Bollaugsvorschriften zum Anchlaßgeseh.

9. Die Erhebung der Gebühr durch das Nachlaßgericht kann jedoch abgewendet werden, wenn die Berlängerung der einjährigen Frist auf Antrag herbeigeführt wird.

10. Für die Gebühren haften die Anteilsberechtigten als Gesantichuldner. Siehe Art. 115 u. 281.

Hinsichtlich ber Borschußpflicht von Richtbagern vergleiche Art. 283 Abi. 1.

- 11. Für die Bermittelung der Auseinandersetzung in Ansichung eines Nachlasses, der der dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesehbuches augefallen ist, wird in den Laudesteilen rechts des Rheins die Gebühr des Art. 83 des Geb.Ges. in der Fassung vom 26. Mai 1892 erhoben und nicht die Gebühr des Art. 94. (Siehe Art. 307 Abs. 1.)
- 12. Es ist unzulässig, mehrere Berlassenschaften, die aus Gründen der Geschäftsvereinsachung verdunden, d. h. in gemeinsamer Verhandlung und Beschlußfassung erledigt werden, dei der Gebülzrenbewertung als eine einzige Verlassenschaft zu behandeln; vielmehr ist jede einzelne Nachlaßsache auch in iolchen Fällen für sich zu deuten. (Beschl. d. Deutt. L.G. d. 28. Februar 1900, Vl. f. bayer. F.W. Bd. 8 S. 209, Piass, Geb.Ges. 5. Aust. S. 293.) Siehe jedoch auch Art. 96 Abs. 2 Schlußsak.

Mrt. 95.

Auf die Bermittelung der Auseinandersetung in Ansehung des Gesamtguts einer ehelichen Gütergemeinichaft oder einer fortgesetzen Gütergemeinschaft finden die Vorschriften über die Gebühren für die Vermittelung der Auseinandersetzung in Ansehung eines Nachlasses gleichmäßig Anwendung. Wird die Auseinandersetzung mit der Teilung des Nachlasses eines Ehegatten verbunden, so wird der Vert des Gesantguts nur zu dem Vruchsteil in Ansatz gebracht, welcher den Anteil des überlebenden Ehegatten bildet 1) 2).

Die Motive (1899) erläutern biegu:

Gemäß Art. 99 bes G.F.G. finden nach ber Beendigung einer ehelichen Butergemeinschaft ober einer fortgesetten Butergemeinschaft die auf die Auseinandersetung in Ansehung des Nachlaffes in ben §§ 86 bis 98 biefes Gefetes gegebenen Borichriften Unwendung, bementsprechend bestimmt Urt. 95 im Cas 1, daß für Diefes Berfahren por bem Nachlaggerichte Die gleichen Gebühren erhoben werben jollen, welche für die Bermittelung ber Museinandersetung eines Rachlaffes unter Miterben nach Art. 94 gu entrichten find. Durch bie Borichrift im Cat 2 wirb aus Billigteitsgründen bafür Gorge getragen, bag, wenn bie Auseinandersetzung ber Bütergemeinschaft mit der Teilung bes Nachlasses eines Chegatten, welcher in Bütergemeinschaft gelebt hat, verbunden wird, neben dem Berte des Nachlaffes der Bert der Gutergemeinschaft nur zu dem Bruchteile in Anjag gebracht wird, welcher den Anteil des überlebenden Chegatten bildet. Regelmäßig wird bies ber halbe Wert fein (§ 1476 Abf. 1, § 1498, § 1546 Abf. 2, § 1549 bes B.G.B.). Die Faffung bes Urt. 95 berudfichtigt aber auch, bag in einigen Rechtsgebieten (Mainzer und Sobenlober Landrecht) die Anteile der Chegatten am Gesamtgute verschieden bestimmt find und diese Berschiedenheit fur die bestehenden Ghen aufrecht bleibt, sowie daß es ben Chegatten auch tunftig unbenommen ift, die Anteile vertragemäßig verschieden zu bemeffen. Die Borichrift des Cabes 2 hat gur Folge, daß fur bas gefamte Berfahren die Gebühren nur aus dem einmaligen Berte ber gutergemeinschaftlichen Maffe und dem Berte bes etwaigen Sonderbermogens (eingebrachtes Gut, Borbehaltsgut) des verstorbenen Chegatten berechnet werden.

Siehe auch Biff. 3c ber Bollzugevorschriften zum Nachlaßgeset.

1. Nach Art. 305 findet der Art. 95 auf die im Art. 24 Abi. 2 des Gefetes, Uebergangsvorschriften jum Bürgerlichen Gesetbuche betreffend, bezeichnete Bermittelung des Ausgleiches des Chegewinnes Anwendung.

2. Die Bebühr ift aus dem Berte bes Befamtgutes ab-

güglich aller Gesamtguteverbindlichkeiten zu berechnen.

Ist jedoch mit der Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft jugleich die Teilung des Nachlasse eines Ebegatten verbunden, so ist der Berechnung der Bert des Nachlasses und dazu der Anteil des überlebenden Ebegatten an dem Gesantgute zu unterstellen, jo daß für das gejamte Versahren die Gebühren nur aus dem einmaligen Werte der gütergemeinschaftlichen Masse, wogu noch der Bert allenfalligen Sondervermögens hinzuzurechnen ist, zu erheben sind.

3. Für die Gebühren haften die Anteilsberechtigten als Gejamtichuldner fiebe Art. 115.

21rt. 96.

I. Für die bis 1. Oftober 1902 eingetretenen Erbfälle.

Für die Erteilung eines Erbscheins 1), einschließlich des vorangehenden Versahrens 2), werden dis zum Meistebetrage von 100 Marks) zwei Zehnteile und, soweit der Chegatte oder ein Abkömmling 4) des Erblassers Erbes ist, ein Zehnteil der Sähe des § 8 des Reichse Gerichtsetoftengesehre erhoben.

Die Berechnung der Gebühr ersolgt aus dem Werte des Nachlasses nach Abzug der Schulden. Die Gebühr für den einem Vorerben erteilten Erbschein wird aus dem Betrage berechnet, aus welchem ein Vorerbe nach den Vorschriften des Erbschaftssteuergesetes die Erbs

ichaftssteuer zu entrichten hat 7).

Ift der Erbe nur zu einem Teile der Erbschaft berufen und der Erbschein nur über die Größe diese Erbteiles zu erteilen oder ist die Erteilung des Erbscheins nur für bestimmte Wegenstände verlangt, so ersolgt die Gebührenerhebung nur aus dem Werte diese Teiles oder dieser Gegenständes. Sind mehrere Erben vorhanden, so werden die Gebühren nach dem Anteile der Erben, für welche der Erbschein erteilt wird, berechnets. Wird über mehrere Erbsch diese mehrere Erbsch diese mehrere Erbsch diese mehrere Erbsch ein Erbschein erteilt, so wers den die Beträge der Nachlässe zusammengerechnet 10) 126 is 16). II. Kür die ab 1. Oktober 1902 eingetreten en

Erbfälle. (Nachlaßgeset v. 9. August 1902.)

Für die Erteilung eines Erbscheins 1) einschließlich des vorangehenden Versahrens 2) werden 2/10 und, wenn der Ehegatte oder ein Abkömmling des Erbsassers Erbe ist 5b), 1/10 der Säße des § 8 des Reichs-Gerichtskostengesesse erhoben.

Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus dem Werte des Nachlasses nach Abzug der Schulden 6). Die Gebühr für den einem Vorerben erteilten Erbschein wird aus dem Betrage berechnet, aus welchem ein Vorerbe nach den Vorschriften des Erbschaftssteuergeses die Erbschaftssteuer zu entrichten hat 7).

Ist der Erbe nur zu einem Teile der Erbschaft berusen und der Erbschein nur über die Größe dieses Erbteils zu erteilen oder ist die Erteilung des Erbscheins nur für bestimmte Gegenstände beantragt, so ersolgt die Erhebung der Gebühr nur aus dem Werte dieses Teiles oder dieser Gegenstände⁸). Wird über mehrere Erbsälle ein Erbschein erteilt, so werden die Beträge der Nachslässe zusammengerechnet 10).

Die auf den Ehegatten oder einen Abkömmling des Erblassers tressende Gebühr für den Erbschein wird, wenn nach seiner Erteilung die Auseinandersehung in Anschung des Nachlasses ersolgt, auf die nach Art. 146 Ziss. 1 b oder Art. 147 geschuldete Gebühr zur Hälfte angerechnet 11 bis 18).

Die Art, 96 bis 98 regeln die für den Erbschein zu erhebenden Gebühren.

Awed und Bedeutung bes Erbicheins (§ 2353 ff. des B.G.B.) fowie die bon bem Gerichte bei ber Erteilung bes Erbicheine gu entwickelnde Thatigkeit ließen es gerechtfertigt erscheinen, fur bie Erteilung bes Erbicheins besondere Gebührenvorschriften gu treffen. Der Art. 96 schreibt bie Erhebung einer magigen aus bem Betrage bes Nachlaffes nach Abzug ber Schulden zu berechnenden Baufchgebühr bor, welche das gange Berfahren, alfo auch die Abnahme eibesstattlicher Versicherungen (§§ 2356, 2357 a. a. D.), die Beranftaltungen bon Ermittlungen, Die Erlaffung der öffentlichen Aufforberung (§ 2358 a. a. D.) umfaßt. Für die Brufung der Erblegitimation und die Ausftellung eines Beugniffes über den Erwerb der Erbschaft ober eines Bermächtniffes betrug die bisherige Gebühr nach Art. 33 Abi. 2 Biff. 2 ber bisherigen Faffung ein Zehnteil ber Gabe bes § 8 bes R.G.R.G. bis jum Deiftbetrage von 100 M und tonnte bie Gebühr bei weitläufiger ober besonders schwieriger Thätigkeit bes Gerichts bis auf ben breifachen Betrag erhoht werben. Es erschien aber angezeigt, mit Ructsicht auf die gegenüber bem bor Einführung bes Burgerlichen Gefegbuches geltenden Rechte mefentlich erhöhte Thatigteit bes Gerichts und auf ben öffentlichen Glauben bes Erbicheins (§§ 2366, 2367 bes B.G.B.) bie Erhebung von einem Zehntel ber Säge bes § 8 bes R.G.R.G. nur bann vorzuschreiben, wenn die nächsten Angehörigen, d. h. die von der Entrichtung der Erbichaftofteuer befreiten Perfonen, alfo ber überlebende Cheteil und die Abkommlinge als Erben in Betracht tommen. Gine Anrechnung ber Webühr fur bie Erteilung bes Erbicheins auf bie für die Bermittelung der Auseinandersetung geschuldete Gebühr war nicht angezeigt, weil bas Berfahren fur die Erteilung bes Erbicheins regelmäßig fofort nach bem Tobe bes Erblaffers, bie Bermittelung ber Anseinanbersetung bagegen auch viel fpater oft erft nach Jahren ftattfinden tann. Abgesehen hievon find die Thatigfeit bes Gerichts bei Bermittelung ber Auseinanderjepung und die bei ber Erteilung bes Erbicheines völlig unabhangig von einander und wäre die Anrechnung insbesondere dann ungerechtfertigt, wenn bon mehreren Erben nur einzelne fich einen Erbichein erteilen laffen.

Die Borichriften bes Art. 96 Abf. 3 beruhen auf ben Beftimmungen ber §§ 2353, 2357, 2369 bes B.G.B. und regeln bie die Frage, aus welchem Bertsgenenftand im einzelnen Falle bie

Gebührenerhebung zu erfolgen hat.

Wegen ber Borfchrift, welche bezüglich bes einem Borerben erteilten Erbicheine getroffen ift, wird auf die neue Fassung verwiesen, welche ber Urt. 22 des Erbichaftesteuergesetes nunmehr im Urt. 23 erhalten hat. (Siehe Motive 3. Geb. Gel. 1899 u. 3. Nachlaggeses 1902.)

1. Der Art. 96 regelt die Gebührenerhebung hinsichtlich ber verichiedenen Arten von Erbicheinen als: bes auf ben Erbteil eines Miterben beschränkten Erbicheins § 2353, \$ 2354,

bes auf Grund gesetlicher Erbfolge fowie

bes auf Grund einer Berfügung von Todesmegen erteilten § 2355, § 2357, Erbicheins bes gemeinschaftlichen Erbicheines bes einem Borerben (wie Nacherben) § 2363,

bes über Gegenstände, die fich im Inlande befinden, er-

teilten Spezialerbicheines

§ 2369. Die Gebühr bes Urt. 96 tommt nur gur Erhebung, wenn ein Erbichein erteilt wird. Wird der Antrag auf Erteilung abgewiejen, jo tommen nur Schreibgebühren und fonftige Auslagen gum Anjag, da hiefur fowohl in Abtlg. IV Abschnitt I als auch in Abschnitt II Biff. 5 eine Webuhr nicht vorgesehen ift. Fur Die Burudnahme bes Antrages tommt bie Bestimmung bes § 46 bes R.G.R.G. in Betracht.

Andere Beftätigungen ober Beugniffe, burch die eine Erbfolge nachgewiesen wird, gehoren nicht hieher. Golche unterliegen ber

Gebuhr des Art. 54 Biff. 1. Ueber die Borichriften hinfichtlich der Erteilung eines Erbscheins fiebe §§ 38ff. ber Bekanntmachg. v. 31. Dezbr. 1899, bas Nachlagiweien betreffend (Auft. D. Bl. 1900 G. 17).

2. Die Baufchgebühr bes Art. 96 umfaßt auch bas porangebende Berfahren, 3. B. die Abnahme ber Berficherung an Gibesftatt, die Vernehmung von Reugen oder Sachverständigen, die Erlaffung einer öffentlichen Aufforderung, die Entgegennahme- ober Ausschlagungserklärung einer Erbschaft u. a. Siehe auch Art. 104

See all the last

Für die erste Aussertigung des Erbscheins wird neben der Gebühr des Art. 96 die Zeugnisgebühr des Art. 54 nicht besonders erhoben, siehe Art. 110 Abs. 2. Es kommen für dieselbe nur noch Schreibgebühren zur Erhebung.

- 3. Beträgt beninach der reine Nachlaß, im Falle der Ehegatte oder ein Abkömmling Erbe ift, mehr als 192000 M, oder, wenn dies nicht der Fall ift, mehr als 92000 M, io wird doch keine höhere Gebühr als 100 M berechnet. Dieser Höchstetrag wird auch erhoben, wenn der Erbe sich weigert, den reinen Mücklaß zissermäßig anzugeben. Ferner kann dieser Betrag auch mehrmals zum Ansah kommen, wenn die Anteile der einzelnen Erben je mehr als die oben erwähnten Nachlaßimmmen betragen und ein gemeinschaftlicher Erbschein sür mehrere Erben erteilt wird. 3. B. sechs Kinder erben von ihrem Bater je 100000 M und es wird ihnen ein gemeinschaftlicher Erbscheir sür ausgestellt. In diesem Falle kommt jechsmal die Höchsgebühr mit je 100 M zur Einhebung.
- 4. Abkömmlinge sind die geiehlichen Erben der ersten Ordnung (Sohn, Tochter, Enkeltinder). Ein an Kindesstatt angenommenes Kind erlangt die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes nur dem Annehmenden gegenüber (§ 1757 B.G.B.), es ist daher kein Abkömmling der Verwandten des Annehmenden (§ 1762 a. a. D.). Desgleichen gitt ein für chelich erklärtes Kind nur als Abkömmling ieines Baters (§§ 1723, 1737 a. a. D.). Das uncheliche Kind git mit den Erben seiner Mutter (§ 1705 a. a. D.) als verwandt. dis hindelich der Gebührenbewertung ist jedoch weiter zu beachten, daß das Verhältnis zwischen einem unchelichen Kinde und dessen Abs das Verhältnis zwischen einem unchelichen Kinde und dessen Abs das Verhältnis zwischen einem unchelichen Kinde und dessen Abs das Verhältnis zwischen einem unchelichen Kinde und dessen Abs das Verhältnis zwischen einem unchelichen Kinde und dessen Abs das Verhältnis zwischen einem unchelichen Kinde und dessen Abs das Verhältnis zwischen dem Kater und dessen Abs das Verhältnis zwischen der Verhältnischen Verhältnis zwischen der Verhältnische Verhältnis zwischen der Verhältnischen der Verhältnischen Verhäl

Bereintindschaftete Kinder stehen in Anschung der Gebührenpslicht den ehelichen Kindern gleich. Auf ein die Gebühr minderndes Berhältnis, welches zusolge eines richterlichen Erkenntnisses oder eines Vertrags schon vor dem Anfalle der Gebühr zu bestehen aufgehört hat, darf nicht zurückgegangen werden. Z. B. wenn einem Kinde die Chelichkeit abgesprochen wurde. Die Aussehung der ehelichen Gemeinschaft nach § 1575 des B.G.B. steht der Scheidung gleich. (Siehe auch Art. 279.)

5.a. Giltig für bie bis 1. Oftober 1902 eingetretenen Erbfälle.

Die Ermäßigung auf 1/10 tritt nur zu Gunsten eines Ehegatten ober eines Abkömultings des Erblassers ein. Sind an dem Berfahren noch andere Bersonen als Erben beteiligt, so kommt sürderen Anteile an den Nachlaß die 2/10 Gebühr zur Erhebung. Z. B. die leibliche Tochter und eine Schwester des Erblassers erben aus dem Nachlasse zu 20000 M zie die Hälte mit 10 000 M. Es hat nun die Tochter als Abkömulting 1/10 aus 10 000 M mit 9 M und die Schwester 2/10 mit 18 M zu bezahlen. (Bergleiche auch Berhandt. der Kammer der Abgeordneten, 306. Sigung v. 10. Ma 1902, S. 73.)

b. Giltig für bie ab 1. Ottober 1902 eingetretenen Erbfälle.

Nach den neuen im Nachlaßgeset enthaltenen Gebührenvorschriften tritt nunmehr die Gebührenermäßigung schon dann ein, wenn nur ein Ehegatte oder Abkunnling überhaupt als Erbe am Versahren beteiligt ist. So würde in obiger Nachlaßsahe nur die Gebühr mit 1/1.0 zu berechnen und, nachdem serner bei einem gemeinschaftlichen Erbschein nicht wehr wie früher die Gebühr nach dem jeweiligen Anteile der Erben gesondert zu erheben ist, sondern nur ans dem Gesamtbetrage des Keinrücklasses, mit 14 Manzusehen sein.

6. Hinfichtlich der Schulden, welche abgezogen werden dürfen, vergleiche die Anmerkg. 4 zu Art. 83 u. Anmerkg. 6 zu Art. 94.

7. Nach Art. 23 bes Erbschaftssteuergesches (G.B.Bl. 1898 S. 896) wird bei der Nacherbsalge der Vorerbe als Nießbraucher und der Nacherbe als Erwerber der Substauz des an ihn heranszugebenden Vermögens behandelt. Ist sedoch die Einiegung des Nacherben auf dassenige beschänkt, was bei dem Eintritte des Falles der Nacherbsloge übrig sein wird, so haben sowohl der Vorerbe von dem vollen Vetrage des ihm angesallenen, als der Nacherbe von dem vollen Vetrage des ihm angesallenen, als der Nacherbe von dem vollen Vetrage des ihm angesallenen, als der Nacherbe von dem vollen Vetrage des an ihn heransgegedenen Vernögens se nach ihrem Verwandtschaftsverhältnisse zum Erblasser bie Erbschaftssteuer zu entrichten. Erscheint der Vorerbe als Nießbraucher, so ist die Erbscheinsgebühr aus dem Vetrage zu entrichten, welcher sich nach den Vorschriftssteuergeses unter Verücksschaftsgung der um den Vert der Unter Betruge einzutretenden Kürzung berechnet. Siehe auch Art. 22 des Erbschaftschaft.

8. Für die Gebührenberechnung ist nicht die Erklärung des Erben, zu welchem Zwecke er den Erbichein benötigt, maßgebend, sondern der Inhalt des Erbicheins, je nachdem er sich über den ganzen Nachlaß erstreckt oder nur auf einen besonderen Teil des

felben beichränkt.

Bei einem auf den Anteil eines Miterben beschränkt erteilten Erbschein (§ 2353 B.G.A), ist nur der Vert diese Anteils der Gebührenberechnung zu unterstellen. 3. B. es hat jemand auf Grund letzwilliger Bersügung seines Oukels nur das Immobiliarvermögen desselben in einem Berte von 30000 A geerbt, während das Gesantruklfahrenwögen 100000 M vertägt. Er benatragt, ihm hinsichtlich jeines Erbteils einen Erbschein auszuskellen. Nachden auf dem Immobiliarvermögen 10000 M dippothetzigluken lasten, hat der Erbs für den auf den Erbanfall des Immobiliarvermögens deschränkt erteilten Erbschein nur eine Gebühr und zwar 30000 — 10000 — 20000 M mit 28 M zu entrichten.

Burde aber der Erbichein nur über ein Bantbepot von 5000 M erteilt, so ift die Gebuhr nur aus diesem Betrage zu berechnen.

Das Gleiche ist ber Fall, wenn der Erbschein nur bezüglich des in Deutschland gelegenen Nachslafteiles erteilt wird, während der Erblaffer auch noch anderes im Auslande befindliches Ber-

mogen hinterlaffen hat. Auch hier ift die Gebühr nur aus dem im Inlande befindlichen reinen Bermogensteil zu berechnen. Giebe auch § 42 ber Bet. v. 31. Degbr. 1899 (Juft.Mt.Bl. 1900 G. 18).

Beantragt gemäß § 792 ber R.C.B.D. ein Gläubiger gum Brede ber Brangsvollstredung gegen ben Erben bes Schuldnere an Stelle jenes die Erteilung eines Erbicheins, fo ift die Bebuhr aus dem Betrage der Forderung des Gläubigers zu berechnen. In diesem Falle ist das Interesse des Gläubigers an der Erteilung bes Erbicheins maggebend und tommen allenfallfige Nachlagichulben nicht in Betracht.

9. a. Wird ber Erbichein für mehrere Erben gemeinschaftlich erteilt (8\$ 2357 B.G.B.) jo verbietet bei ben vor dem 1. Ottober 1902 eingetretenen Erbfällen bie im Abs. 1 bes Art. 96 erwähnte Berichiebenheit bes Gebührensates, je nachbem ber Ehegatte und Abkommlinge des Erblaffers oder andere Erben in Frage tommen, die Erhebung nur einer Gebühr aus dem gangen Betrage bes reinen Nachlaffes. Für diefen Fall ift baber im Abf 3 die besondere Bestimmung getroffen, daß die Gebühren nach bem Anteile der Erben, für welche der Erbichein erteilt wird, gesondert gu berechnen find. Bergleiche hieher Unmertg. 5a oben, bann Beichl. bes Oberft. 2.6. vom 7. Juli 1902, Elg. b. Entichbg. n. F. 96. III S. 619.

Gelbftverftandlich barf biebei nach bem im Urt. 96 Abf. 1 aufgestellten Grundfate die auf den einzelnen Erben entfallende Gebühr den Meistbetrag von 100 M nicht übersteigen.

Minift. Bek. v. 5. Juni 1901, Just. W.Bl. S. 455.) Bon mehreren Erben kann auch nur einer berselben bie Ausstellung eines gemeinschaftlichen Erbscheines verlangen. In diefem Falle ift jedoch gleichfalls die Gebuhr fo oftmals zu erheben, als erbberechtigte Berjonen - alfo nicht Erbftamme - in bem-

felben aufgeführt find.

3. B. A. hat durch lettwillige Verfügung feinem leiblichen Cohn fein Saus famt Geschäft im reinen Berte bon 20000 M und feinen vier Stieffindern fein übriges Bermogen beftebend in hypothettapitalien und Bertpapieren im Gesamtbetrage von 10 000 M bermacht. Der Sohn beantragt für fich und feine vier Salbgeschwifter auf Grund bes allfeits anerkannten Teftaments die Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbicheins. Die Gebühren würden fich in diesem Falle berechnen, wie folgt: $20\,000$ M Anteil bes leiblichen Sohnes, $^{1}/_{10}$ baraus =14 M - 3 $10\,000$ M $4 \times 2\,500$ M Anteil eines jeben Stief-

M 4×2500 M unter the people 2500 M = 40 M = 3 findes somit $4 \times ^2$ /1. Gebühr aus je 2500 M = 40 M = 3

S. 54 M 20 8

Für diesen Kostenbetrag ist der Sohn als Antragstellerzahlungspflichtig.

b. Bei ben feit 1. Oftober 1902 eingetretenen Erbfallen tommt dieje Borichrift bes Urt. 96 Ubf. 3 Sat 2 nicht zur Anwendung, da dieselbe durch die Bestimmungen des Nachlaßgefetes in Begfall getommen ift.

10. Bird über mehrere Erbfälle ein Erbichein erteilt, so ist zu unterscheiden, ob für jeden Erbfall der gleichartige Gebührenath zur Anwendung zu kommen hat. Im ersteren Falle sind die Nachlässe zusammenzurechnen, im letteren Falle verbietet dies die im Abs. 1 erwähnte Verschiedenheit des Gebührensages. Zedoch darf bei Verschiedenheit der Gebührensages erhoben werden, als der höchste Sag nämlich die 2/1.0 Gebühr aus der Summe der Nachlässe betragen würde.

Beifpiele burften bies erlautern:

I. Die Eltern A. und B. verstarben kurz nacheinander und ihre Abkömmlinge beantragen für sich die Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbscheins. Der Neinrücklaß des zuerst verstorbenen Baters bezissert sich auf 5000 M, der der zulest verlebten Wutter auf 6250 M. In diesem Falle kommt für jeden Erbsall, da Abkömmlinge beteiligt sind, je der gleichartige Gebührensamt ihre in Betracht und ist demunch bei Zusammenrechnung der Nachlässe

aus 11 250 M nur eine Bebühr mit 10 M gu erheben.

II. Stirbt jedoch der Bater mit Hinterlassung von zwei Kindern, bald darauf auch eines dieser Kinder und beantragt das andere Kind über beide Erhfälle die Erteilung ei nes Erhfcheines, so kommen verschieden hohe Gebührensäße und zwar 1/10 sür den ersten und 2/10 sür den zweiten Erhfall in Betracht. In diesem Falle kann man die Nachlässe nicht zusammenrechnen. Beträgt der Nachlass des Vackstässe des Vackstässe der Kochlässe der Kochl

11. Der Abi. 4 murbe erft burch bas Nachlaggefes angereiht. Er bezwedt eine weitere Gebührenerleichterung für den hinterbliebenen Chegatten ober für die Abtommlinge in den Fallen, in welchen zum Rucklaß Immobilien gehören und erft nach der Erteilung bes Erbicheins die Auseinanderjetung in Unfehung bes Nachlaffes erfolgt. hier ift fobann an ber Befigveranberungsgebuhr nach Art. 146 Biff. 16 ober Art. 147 bie auf ben Ehegatten ober einen Abkömmling treffende Gebühr für ben Erbichein und gmar nur zur Balfte anzurechnen. Sind g. B. ein Abkominling und ein Geschwifter bes Erblaffers als gemeinschaftliche Erben zu gleichen Unteilen an ben Rücklaß eingefest, fo murbe, wenn bas Reinrucklagbermögen 50 000 M einschließlich 20 000 M Wert eines Hauses beträgt, die anzurechnende Gebühr aus 10000 16 Balfteanteil bes Abtommling an bem Werte bes Saufes mit 9 Mau berechnen und im Salftebetrag von 4 & 50 & anzurechnen fein, wie wohl ber ben Abtommling treffende Gebuhrenanteil fur ben Erbichein 14 M 50 & und die Salfte hievon 7 M 30 & betragt. Gine Unrechnung Diefes gangen Betrages von 7 M 30 & burfte bie Gefetesbestimmung nicht im Muge haben, ba es fonft vortommen tönnte, daß der anzurechnende Betrag höher wäre als die Mutationsgebühr, auf welche er anzurechnen ist. 3. B. wenn der Reinrücklaßauteil des überlebenden Shegatten 100000 & beträgt und zu deuielben nur der halbe Wert eines Grundstücks von 1000 & gehört. Die Mutationsgebühr würde 10 &, der anzurechnende Betrag 27 & betragen.

- 12. Gemäß Art. 304 finden die Borichriften des Art. 96, 97 auch auf das nach Art. 67 der Geillebergangsvorschr. 3. B.G.B. betreffend, zu erteilende Zeugnis über den Uebergang des Gesamtgutes auf den überlebenden Ehegatten (§ 1507 B.G.B.) Anwendung. Siehe auch Art. 98.
- 13. Die Gebühr wird mit dem Erlaß des Erbscheins zur Jahlung salling fallig. Zahlungspflichtig ist der Antragsteller. Bei Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbscheines derzeinige von den Mitserben, welcher die Erteilung beantragte. Siehe auch Erläuterung zu Art. 115. Sind mehrere Antragsteller vorhanden, jo haften diese dem Staate gegenüber als Gesaulichnloner. Bergleiche hieher Art. 189. Ueber die Jahlungspsschicht dzw. Haben von Bertretern siehe Ann. zu Art. 39. Eine Bestimmung, daß die Aushändigung des Erbscheins von der vorgängigen Bezahlung der Kosten namentlich wenn unehrere Erden vorhanden sind abhängig gemacht werden tann, besteht Nichtbapern ausgenommen (Art. 283) nicht, dürste sich aber, um das Aerar vor Schaden zu bewahren empschen. Siehe hingegen die Borschriften sür Atte der Justizverwaltung Art. 230.
- 14. Bird auf Beraulassiung des Erundbuchanlegungs-Beamten ein Erbschein sinsichtlich eines Erundstüdes nur zu dem Zwecke beantragt und erteilt, um wegen Eintragung dieses Trundstüdes in das Grundbuch im Berfahren zur Borbereitung der Anlegung des selben Berwendung zu finden, so werden für denselben im Hindlich auf Art. 12 des Ges. betress. die Vorbereitung der Anlegung des Grundbuchs in den Landesteilen rechts des Meins, dann Art. 32 des Geses vom 1. Juli 1898 über das Liegenschaftsrecht in der Pfalz weder eine Gebühr nach Art. 96 noch Schreibgebühren erhoben.
- 15. Wird ein auf die Berechtigung zum Bezuge einer Invaliben- oder Altersreute beschräufter Erhichein erteilt, so wird sir denselben gleichfalls keine Gebühr erhoben. Siehe Minist. Bek. v. 14. Aug. 1900 (Aust. W. V. S. 1132). Das Gleiche gilt auch sür die Urtunden, insbesondere die pfarranntlichen und standesautlichen Zeugnisse, welche die Ernublage sür die Erteilung dieses Erhicheines bilden. Bezüglich der Veicheinigung behufs Erhebung von Sterbemonats- und Sterbenachmonatsraten siehe Minist. v. 11. Sept. 1900, Just. W. S. 1154.
- 16. Die Ginsicht eines Erbicheins ift gebührenfrei. Giebe auch 78 bes G.F.G.

Mrt. 97.

Für die Einziehung oder Araftloserklärung eines Erbscheins 1) wird, sofern nicht ein neuer Erbschein erteilt wird, eine Gebühr von 1 bis 10 Mark erhoben. Wird später ein neuer Erbschein erteilt²), so wird diese Gebühr auf die Gebühr für die Erteilung des Erbscheins ansgerechnet. Für die Veranstaltung von Ermittelungen über die Richtigkeit eines Erbscheins wird eine Gebühr nicht erhoben 3¹⁴) 6¹⁰.

Für das Bersahren bei Einziehung ober Araftloserklärung eines Erhschies bestimmt der Art. 97 eine mäßige Gebühr. Aus Billigkeitsgründen soll die Gebühr nicht zur Erhebung kommen, wenn gleichzeitig ein neuer Erhschein erteilt wird, und sie soll, wenn später ein neuer Erhschein erteilt wird, auf die für diesen geschuldete Gebühr angerechnet werden. Für die Bercanstaltung von Ermittelungen über die Richtigkeit eines Erhscheines (§ 2361 Abs. 3 des B. G. 3), werden Gebühren nicht erhoben. (Motive 1893.)

1. Das Nachlaggericht hat einen Erbschein, wenn es sich erzibt, daß diese unrichtig erteit ift, einzuziehen oder, falls derzielbe nicht sofrer erlangt werden tanu, für fraftlos zu erklären (§ 2361 des B.G.B.). Wird nun nicht sosort nach diesem Bersahren ein neuer Erbschein erteitt, so ist eine Gebühr im Spielraum von 1 bis 10 M unter Berückstigung der im Art. 280 gegebenen Anhaltspunkte vom Gericht seitzusiehen.

Gelangt der Erbichein vor Erlassung der die Einziehung des besielben anordnenden Berfügung zu Gerichtshanden (§ 2362 bes B.G.B.), jo komunt die Gebühr des Art. 97 nicht zum Anjan, da dieselbe nur für die Einziehung oder Krafkloserkfärung zu erheben ist.

Wird im Anschliß an die Einziehung oder Kraftloserklärung sofort ein neuer Erbschein für den richtigen Erben erteilt, so wird eine Gebühr nach Art. 97 nicht erhoben.

2. Da die Gebühr des Art. 97 mit der Beendigung des Berfahrens fällig ift, so entspricht es der Billigkeit, daß diese Gebühr zur Anrechnung kommt, wenn dann später ein neuer Erbschein erteilt wird.

3. Gebührenfrei ist die Thätigkeit des Nachlafgerichts bei der Veranstaltung von Ermitklungen über die Richtigkeit des Erbscheins und es umsatt die Bauschgebühr des Urt. 97 auch die Thätigkeit bei der Benachrichtigung des im Erbschein als Erben Bezeichneten von der Anordnung der Einziehung jowie für die

Aufforderung ber fofortigen Berausgabe.

Nicht durch die Gebühr des Art. 97 gilt hingegen die Thätigteit des Nachlaßgerichts für ausgeglichen hinfichtlich der Anwendung von Zwangsnafpegeln. Da für diese Zwangsmaßregeln (Art. 130 Abs. 1 des Anss. Gei. 3. B.G.B.) die Vorschriften der §§ 883 Abs. 2, 3, 900 Abs. 1, 901, 902, 904 die 910, 912, 913 der N.C.B.D. entiprechende Anwendung zu sinden haben und der Art. 97 hierüber nicht wie der Art. 113 im Abs. 2 sür die analogen Kälse eine besondere Bestimmung enthält, so kommen hier auch die Gebühren des § 35 Ar. 2 des A.G.B.G. und für die Abnahme des Offendarungseides der § 43 a. a. D. entsprechend zur Erhebung. Für die Gebührenerhebung macht es keinen Unterschied, vor welchem Gerichte die

ALC: U

Eidesleiftung ersolgt, ob vor dem Prozefigerichte oder vor dem Nachlaßgerichte. Siehe auch Ann. zu Art. 133, dann Ann. 3 zu Art. 140. Schuldner dieser Gebühren ift der zur Herausgabe des Erdschens Verpflichtete nur dann, wenn ein schuldhastes Verhalten von ihm die Anwendung der Zwangsmaßregeln veranlaßt hat.

4. Zahlungspflichtig für die Gebühr des Art. 97 ift der Antragfteller somit der wirkliche Erbe. Siehe auch Motive zu Art. 115.

5. Erachtet das Nachlaßgericht die Kraftloserklärung des Erbscheines nachträglich für ungerechtjertigt, so kaun es die Gebühren des Art. 97 gemäß § 6 des R.G.A.G. niederichschaft. Für den neu auszusiellenden Erbschein kommt in diesem Falle nur die Gebühr des Art. 54 — siehe Art. 110 — in Frage.

6. Die Einziehung von Zeugnissen, welche mit dem Eintritte der Nacherbsolge, der Beendigung der sortgesetten Gütergemeinschaft, des Amts des Testamentsvollstreckers von selbst traftlos werden, erfolgt gebührenfrei.

Art. 98.

I. Giltig für die bis 1. Oftober 1902 eingetretenen Erbfälle.

Die Art. 96, 97 sinden auf die im Art. 16 des Aussührungsgesehes zu der Grundbuchordnung und zu dem Geseh über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung bezeichneten Zeugnissse in sowie auf das Zeugnis über die Fortsehung der Gütergemeinschaft?) oder über die Ernennung eines Testamentsvollstreckers entsprechende Anwendung. Für das Zeugnis über die Ernennung eines Testamentsvollstreckers wird sedoch, wenn ein Erdischein erteilt worden ist, eine Gebühr nicht erhoben; wird der Erbschein nach der Erteilung des Zeugnisses erteilt, so ist er gebührenfrei?) 4) 5) 6).

II. Außerdem für die ab 1. Oftober 1902 ein= getretenen Erbfälle. (Nachlaßgeset v. 9. Aug. 1902.)

Bei der Berechnung der Gebühr für das Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft tritt an die Stelle des Nachlasses der halbe Bert des Gesamtguts der sortgesetzen Gütergemeinschaft nach Abzug der Schulden; sosen dem überlebenden Shegatten von der gütersgemeinschaftlichen Masse ein anderer Bruchteil als die Hälfte zusällt, wird das Gesamtgut zu diesem Bruchteil in Ansat gebracht²).

Die Motive (1899) bemerfen biegu:

Im Art. 18 werden die Vorichristen der Art. 96, 97 auf die im Art. 16 des Aussichtrungsgesteges zu der Erundbuchordnung und zu dem Geset Aussichtrungsgesteges zu der Erundbuchordnung und zu dem Geseichneten Zeugnisse siegerung und das Zeugnis über die Fortsetzung der Gäterzemeinschaft (§ 1507 des B.G.B.) und auf das Zeugnis über die Ernennung eines Testamentsvollstreckers (§ 2368 des B.G.B.) erstreckt. Die Erstreckung rechtsertigt sich durch die Erwägung, daß diese Zeugnisse rechtlich und wirtsschaftlich mit dem Erhöcheinen auf einer Stufe stehen. Aus Villigkeitsgründen wird sier das Zeugnis über die Ernennung des Testamentsvollstreckers eine Gebühr nicht erhoben, sofern über das Erbrecht des Erben, sier besteht des Erben, sier Erhobung kommt; wird der Erbichein erst nach der Erteilung des Zeugnisses erteilt, jo ist er gebührenfrei.

1. Der Art. 16 des A.G. 3. G.B.D. und zu bem Gej. über bie

Zwangsverstg. und die Zwangsverwaltg. lautet:

Zum Nachweise der Nachfolge ist dei dem Familiengut einer standescherrlichen Familie, salls die Nachfolge von Todeswegen eintritt, ein Zeugnis des Nachsagerichts oder der zuständigen standesherrlichen Kanzlei, dei einem Familiensideitommiß ein Zeugnis des Fideitommißgerichts, dei einem Lehen ein Zeugnis des Lehenhofs, dei einem allodisiziertem Lehen, salls die Nachsolge von Todeswegen eintritt, ein Zeugnis des Nachsalgerichts ersorberlich.

Auf die gerichtlichen Zeugnisse finden die für einen Erbschein geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

2. Nach § 1507 bes B.G.B. hat bas Nachlaggericht bem überlebenben Chegatten auf Antrag ein Zeugnis über bie Fort-

fetung der Gutergemeinschaft zu erteilen.

Die Gebühr ift aus dem halben Wette des Gesamtgutes der bortgeseten Gütergemeinichaft abzüglich der auf demielben lastenden Gesamtgutsverbindlichkeiten, das sind die Verdindlichkeiten des überlebenden Ehegatten, nicht auch die der anteilsberechtigten Absömmlinge, und solche Verdindlichkeiten des Verstwebenen, die Gesamtgutsverdindlichkeiten der ehelichen Gütergemeinschaft waren (§ 1488 des V.G.), zu erheben. Gehört das Gesamtgut den Seegatten nicht nach Hälten wie z. B. nach den Rechten von Hohenlohe und Mainz, so bestimmt sich die Gebühr nach dem Unteile, welcher dem verstorbenen Sepgatten gehörte. Um alle Zweisel zu heben, wurde durch das Aachlafgeset dem bisherigen Art. 98 der Schlußeig als authentische Interpretation neu hinzugesigt. (Siehe auch Verhandl der Kannuer der Abgeordneten, 306. Sigs. v. 10. Mai 1902.) Die Minist Vestannschungen vom 13. Mai 1901. Just. M.B.

3. 388, dann 5. Juni 1901, Juft. M. Bl. S. 456, bemerten erläuternb:

Die Gebühr für das Zeuguis über die Fortsetung der Gütergemeinichaft beträgt ein Zehnteil der Sage des § 8 bes R.G.K.G. (und zwar bis zum 1. Oktober 1902 im Mindestbetrage von 100 A.) aus dem halben Werte des reinen Gesantguts der fortgesetten

Bntergemeinschaft. Unrichtig ware es, die Gebuhr nach ben Anteilen bes überlebenden Chegatten und der gemeinschaftlichen Abtommlinge gesondert zu berechnen. Dies folgt schon baraus, bag ber Erbichein eine Bescheinigung über bas Erbrecht ift, fich bei einem Miterben alfo nur auf einen Teil bes Nachlaffes bezieht, mahrend bas Beugnis über die Fortsetzung ber Bntergemeinschaft ben Gintritt ber fortgesetten Gutergemeinschaft bezeugt, fich bemnach auf bas Befamtgut als folches bezieht; abgesehen hievon haben Die Abkommlinge gar feinen feften Anteil am Gefamtgute (vergl. § 1490 bes B.G.B.). Im Falle nach Erteilung bes Bengnisses über die Fortsetning der Gutergemeinschaft eine Menderung in der Berson ber anteilsberechtigten Abkommlinge eintritt, gelangen für Die Richtigftellung bes Beugniffes Gebühren nicht zur Erhebung.

Bas der überlebende Chegatte aus dem Nachlaffe des verftorbenen Chegatten ober nach bem Eintritte ber fortgesetten Gutergemeinschaft erworben hat (§ 1485 Abj. 1 bes B.G.B), ift hingugurechnen. Richt gum Gesamtgut gehört bas Bermogen, bas ein Abkömmling jur Beit bes Gintritts ber fortgefesten Gntergemeinschaft bereits hat ober bas er später erwirbt (§ 1485 Abs. 3 bes

B. (B. B.)

Aft ein nicht gemeinichaftlicher Abkömmling (Stiefkinder ober Stiefentel bes überlebenden Chegatten) porhanden (§ 1483 916f. 2 des B.G.B.), so ift der bemfelben zufallende Teil als nicht zum Befantgut gehörig, von bemfelben abzurechnen. 3. B. bas Befamtgut beträgt 10000 M, ein Borbehaltsgut ift nicht borhanden. Mls Erben tommen ber überlebende Chegatte, zwei gemeinschaftliche und ein nicht gemeinschaftlicher Abkömmling in Frage; die Salfte des Gesamtguts ift also an fich gleich bem Nachlag und beträgt 5000 M; hievon hat der nicht gemeinschaftliche Abkömmling 1250 M zu erhalten. Mus biefem Betrage hatte er gegebenenfalls die Gebühren für den Erbichein zu entrichten. Die Gebühren für das Zeugnis über Fortsetung ber Gütergemeinschaft find in diesem Falle aus 5000 M - 1250 M = 3750 M zu berechnen. (Bergl. Berhandla. b. Rammer b. Abgeordneten, 306. Sing. v. 10. Mai 1902)

3. Bergleiche hieher auch die Borichrift des Art. 304 über bas nach Urt. 67 ber lebergangsvoricht. 3. B.G.B. gu erteilenbe Reugnis über ben Uebergang bes Gesamtauts auf ben überlebenben

Chegatten.

4. Für ben Fall, daß ein Erbichein nicht erteilt wurde, ift bie Gebuhr für das Zeugnis über die Ernennung als Teftamentsvollftrecker (§ 2368 des B.G.B.) aus dem reinen Nachlaßvermögen zu erheben. Ist das Amt des Testamentsvollstreckers nach dem Zeugnis nur auf einen Teil bes Rachlasses beichränkt, so kommt die Gebühr nur aus biefem Teil gur Erhebung.

Ift ber Testamentsvollstrecker zur Ausübung ber Rechte und ber Erfüllung ber Pflichten bes Racherben bis gum Gintritt einer angeordneten Nacherbfolge ernannt (§ 2222 bes B.G.B.), fo ift die Gebühr ans bem Berte bes Gegenstands ber Racherbfolge gu erheben. Im Falle bes § 2223 a. a. D. ans ben bem Bermachtnisnehmer

auferlegten Beschwerungen (§§ 2186 ff. bes B.G.B).

Sind mehrere Testamentsvollstreder vorhanden, jo wird jür das erste Zeugnis die Gebühr des Art. 98, für die anderen Zeugnisse aber nur die Gebühr des Art. 54 B. 2 erhoben.

- 5. Dies trifft zu, wenn die Gebühren für das Zeugnis des Testamentsvollstreckers und für den Erbschein aus der gleich hohen Wertsgegenstandssumme zu erheben sind. Erstreckt sich aber der nachträglich erteilte Erbschein über den gesamten Nachlaß, während das Zeugnis des Testamentsvollstreckers sich nur auf einen besonders angesührten Nachlaßteil beschränkt, so ist sin den Erbschein der Mehrbetrag der für den Erbschein sich berechnenden Gebühr über die Gebühr für das Zeugnis des Testamentsvollstreckers zu erheben.
- 6. Die Einsicht der Berfügung, welche die Ernennung ober Entlassung eines Testannentsvollstreckers betrifft, jowie die Einsicht der Zeugnisse nach 18107 u. 2368 des G.K.G. ift gebührenirei. Für Abschriften kommen Schreibgebühren, für Beglaubigungen außerdem noch die Gebühr des Art. 54 3. 2 zur Erhebung.

Urt. 99.

I. Giltig für die bis 1. Oftober 1902 ein= getretenen Erbfälle.

Für die nach den Gesehen über das Reichsschuldbuch 1) oder über das Staatsschuldbuch eines Bundessstaats beizubringende Bescheinigung, daß der Rechtsnachfolger über die eingetragene Forderung zu versügen berechtigt ist, sowie sür die in den §§ 37, 38 der Grundbuchordnung 2) bezeichneten Bescheinigungen wird ein Zehnsteil der Sähe des § des Reichscherichtskostengeses dis zum Höchstetage von 10 Warkerthoben 3). Sind in den Fällen der §§ 37, 38 der Grundbuchordnung die den Bescheinigungen zu Grunde liegenden Urkunden von dem Gerichte selbst ausgenommen, so werden für die Bescheinigungen Gebühren nicht erhoben.

II. Gistig für die ab 1. Oftober 1902 ein= getretenen Erbfässe (Nachlaßgeset v. 9. Aug. 1902).

Für die nach den Gesetzen über das Reichsschuldsbuch) oder das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats beizubringende Bescheinigung, daß der Rechtsnachsolger über die eingetragene Forderung zu versügen berechtigt ist, sowie für das im Art. 51 des Ausschrungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bezeichnete Zeugnis wird

eine Gebühr von 1/10 ber Cape bes § 8 des Reichs= Gerichtskoftengesetes bis zum Meistbetrage von 10 Mark erhoben3). Die Gebühr wird nach dem Betrage der Forderung berechnet.

Die Gebühr wird, wenn ein Verfahren zum 3mecke der Vermittelung der Auseinandersetzung stattfindet, auf die für dieses zu entrichtende Gebühr angerechnet 5).

Die in den §§ 37, 38 der Grundbuchordnung2) be= zeichneten Bescheinigungen sind gebührenfrei 6).

Die im Art. 99 bezeichneten Beicheinigungen find bem Erbschein verwandt, jedoch ist für dieselben entsprechend ihrer geringeren Bedeutung auch nur eine geringe Gebuhr gu erheben. (Motive 1899.)

Durch bas Nachlaggefet erhielt ber Art. 99 eine neue Faffung. Dasfelbe bestimmt bezüglich der in den §§ 37, 38 der B.B.D. bezeichneten Bescheinigungen eine Erleichterung, indem bieje Beugniffe nunmehr ftets gebührenfrei zu behandeln find.

Sowohl für das Reichsichuldbuch als auch das Staatsichuldbuch eines Bundesstaates, bann für die Gintragungen als neuer Gläubiger in bas Grundbuch genügt für den Nachweis der Erbfolge an Stelle eines Erbicheines eine Bescheinigung ober ein Reugnis bes Nachlaggerichtes.

1. § 11 bes Gesetes betreffend bas Reichsichuldbuch vom 31. Mai 1891 (N.G.Bl. S. 323), bann § 188 bes Gef. über bie Angeleg. ber freiw. Gerichtsbarkeit (N.G.Bl. 1898 S. 807) bestimmen:

Rechtsnachfolger von Todeswegen haben fich, jofern ihre Berechtigung auf der gesetlichen Erbfolge beruht, durch eine Bescheinigung als Erben, fofern diefelbe auf legtwilliger Berfügung beruht, durch eine Bescheinigung barüber auszuweisen, daß fie, über die eingetragene Forberung gu ber-

fügen, befugt finb.

Bur Ausstellung biefer Bescheinigungen ift bas Rachlaßgericht und, falls der Erblaffer gur Beit des Erbfalle im Inlande weder Bohnfit noch Aufenthalt hatte, auch berjenige Ronful des Reiches zuftandig, in deffen Umtebegirte der Erblaffer zur Beit bes Erbfalls feinen Bohnfit oder feinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, fofern dem Ronful von dem Reichskanzler die Ermächtigung zur Ausstellung folcher Bescheinigungen erteilt ift.

Siehe auch Art. 51 Abj. 3 des Ausf. Bej. 3. B.G.B.

2. § 37 ber G.B.D. (R.G.Bl. 1898 C. 760) lautet;

Soll bei einer zu einem Rachlaffe gehörenden Sypothet, Grundichuld oder Rentenichuld einer von mehreren Erben als neuer Gläubiger eingetragen werden, fo gennigt jum

Nachweise ber Erbfolge und ber Eintragsbewilligung ber

Erben ein Beugnis bes Nachlaggerichts.

Das Zeugnis barf nur ausgestellt werben, wenn bie Boraussehungen für die Erteilung eines Erhscheines vorliegen und die Ertlärungen der Erben von dem Nachlaßgerichte zu Brotokoll gegeben ober durch öffentliche ober öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen sind.

S 38.
Die Borschriften des § 37 finden entsprechende Anwendung, wenn bei einer dypothet, Grundichald oder Kentenschald, die zu dem Gesamtgut einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer sortgesetten Gütergemeinschaft gehört, ein Beteiligter, auf den das Recht bei der Auseinandersetzung übertragen ist, als neuer Gläubiger eingetragen werden joß.

3. Die Gebühr berechnet sich nach bem Betrage der Forderung eventuell dem Werte des Grundstüds oder Rechts, auf welche sich die Bescheinigungen beziehen. Sviern berselbe über 12000 M beträgt, kommt nur die im Art. 99 bestimmte höchste Gebühr von 10 M zur Erhebung. Siehe auch Anhang Tabelle a.

Für die Einsicht der in den §§ 37, 38 der G.B.D. vorgejehenen gerichtlichen Zeugnisse wird eine Gebühr nicht erhoben (§ 78 des G.F.G.). Für Abschriften kommen Schreibgebühren, für etwaige Beglaubigungen jedoch die Gebühr des Art. 54 3. 2 zum Anfab.

4. Dies ist besonders der Fall, wenn das Nachlaßgericht die Auseinandersegung vermittet und eine Bereinbarung unter den Erben über die Uebernahme eines Nachlaßteiles, z. B. eines Grundftides oder einer Hypothek seines Miterben beurkundet oder die vollskändige Auseinandersegung bestätigt hat.

Für biefe gebührenfreien Bescheinigungen werden nur Schreib-

gebühren erhoben.

- 5. Kommt die Gebühr für die Bermittelung der Auseinanderjetzun gum Ansat, so tritt eine Bergünstigung dahin ein, daß in den ab 1. Oktober 1902 ein getretenen Erbfällen auf die Auseinandersetzungsgebühr die nach Art. 99 für das im Art. 51 des Aussischel. 3. G.B.D. bezeichnete Zeugnis zu erhebende Gebühr anzurechnen ift.
- 6. Diese Bescheinigungen sind ab 1. Oktober 1902 gebührenfrei, auch wenn sie von einem Notare ausgestellt werden.

Art. 100.

Werden in dem Versahren 1) zur Feststellung des Erbrechts des Fistus Erbrechte angemeldet und wird ein anderer Erbe als der Fistus ermittelt, so werden zwei Zehnteile der Sähe des § 8 des NeichseGerichtse kostengesetes 2) erhoben. Wird ein Erbschein erteilt, so wird für die Erteilung des Erbscheins eine Gebühr nicht erhoben.

Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus dem Werte des Nachlasses nach Abzug der Schulden 3) 4).

Die Motive erläutern biegu:

Nach den §§ 1964, 1965 des B.G.B. hat eine gerichtliche Festiteslung des Erdrechts des ziskus stattussinden. Die Thätigseit des Nachlaßgerichtes ist der Get der Erteilung des Erdrechts
ähnlich, auch begründet die Feststellung des Erdrechts ebenjo wie
ein Erdschein die Kermutung, daß das Erdrecht bestehe (§§ 1964
Abh. 2, 2365 des B.G.B.). Der Art. 100 sept deshald im Abh.
Eah 1 die Gedühr nach dem Vorbisde des Art. 36 sest um Bertebes Nachlasses auch dem Vortsiede des Art. 36 sest um Bertebes Nachlasses nach Abzug der Schulden ersolgt. Selbstwerständlich ist die Gedühr nur anzusehen, wenn insolge der Aussochendich ist dem Fistus als Erde
ermittelt, jo sällt die Gedühr nur Anzusehen, wenn insolgedessen die Erde
ermittelt, jo sällt die Gedühr weg (Art. 3 ziss. 2). Läht sich derseinige, welcher als Erde ermittelt wird, einen Erbschein zur
erstitellung des Erdrechte des Fistus das Bersahren zur
Feststellung des Erdrechts des Fistus das Bersahren zur
Feststellung des Erdscheins wesentlich vereinsacht worden ist, für die
Erteilung des Erdscheins wesentlich vereinsacht worden ist, für die
Erteilung des Erdscheins eine besondere Gebühr nicht mehr erhoben wird.

1. Ist der Erbe unbekannt, d. h. wenn unbekannt ist, wer als Erbe berufen ist, so hat das Nachlaßgericht von Amtswegen die ersorderlichen Ermittelungen anzustellen und die geeignet ers

icheinenden Beweise aufzunehmen.

Die Bauschgebühr des Art. 100 wird für das Bersahren erhoben und sest dennach eine Entscheidung nicht boraus. Für die Einsicht der der Feitstellung, daß ein anderer Erbe als der Fiskus nicht borbanden ist, vorausgegangenen Ermittelungen (§ 78 des B.K.B.) ist eine Gebühr nicht seitgeset und ist dieselbe demnach gebührenfrei. Für Abighriften kommen Schreibgebühren eventuell auch die Gebühr des Art. 54 Jis. 2 zum Anjak.

2. Siehe Unhang Tabelle a.

3. Jahlungspflichtig ift, im Falle ein anderer Erbe als der Fiskus ermittelt wird, dieser Erbe, da das Berfahren in seinem Juteresse stattgefunden hat.

4. Bergleiche hieher Anmerkung 6 zu Art. 94 auf G. 91.

Art. 101 (83 Abj. 2 3. 1).

I. Giltig für die bis 1. Oftober 1902 ein= getretenen Erbfälle.

Findet die Sicherstellung 1) eines Nachlasses durch Siegelung oder in anderer Weise statt, so wird für das ganze Versahren, einschließlich der Anordnungen wegen Ausbewahrung des Nachlasses, der Verzeichnung des Nachlasses, der Ermittelung des Erben und der Ausantwortung des Nachlasses an den Erben ein Zehnteil der Sätze des § 8 des Reichs-Gerichtskostengesess dis zum Meistbetrage von 100 Mark erhoben?). Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus dem Werte des Nachlasses nach Abzug der Schulden?).

Die Gebühr wird, wenn ein Verfahren zum Zwecke der Vermittelung der Auseinandersehung stattfindet, auf die für dieses zu entrichtende Gebühr angerechnet 4)8)9). II. Gistig für die ab 1. Oktober 1902 einsgetretenen Erbfälle5) (Nachlaßgeset v. 9. Aug. 1902).

Findet die Sicherstellung 1) eines Nachlasses durch Siegelung oder in anderer Weise statt, so wird für das ganze Versahren einschließlich der Anordnungen wegen Ausbewahrung des Nachlasses, der Verzeichnung des Nachlasses, der Ermittelung des Erben und der Ausantswortung des Nachlasses an den Erben ein Zehnteil der Säge des § 8 des Neichse Gerichtskostengesetzes dis zum Meistbetrage von 100 Mark erhoben²). Die Verechnung der Gebühr ersolgt aus dem Werte des Nachlasses nach Abzug der Schulden. Wenn nur einzelne Teile des Nachlasses Gegenstand der Sicherung sind, wird der Verechnung der Gebühr der Webühr der Wert dieser Teile zu Grunde gelegt, sosen er geringer ist als der Wert des ganzen Nachlasses nach Abzug der Schulden 6).

Die Gebühr des Abs. 1 wird auf die Gebühr des Art. 94 angerechnet 7)8)9).

1. Nach § 1960 bes B.G.B. hat das Nachlaßgericht bis zur Annahme der Erbichait sür die Sicherung des Nachlaßes zu sorgen, soweit ein Bedürfnis besteht. Unter Sicherung ist jede gerichtliche Thätigseit zu verstehen, welche den Ansschluß jeder Verfügung einer Perjon über den Nachlaß bezielt. Die Gebühr des Art. 101 kommt auch sür die no diegeln zur Erhebung, mag dieselbe auf Anordnung des Nachlaßgerichts ersolgt sein oder nicht. (Art. 105 des Ausschluß weien, § 16 Abs. 4 der Betauntunchg. über das Nachlaßweien v. 31. Dezdr. 1899, Just. W. B. 1900 S. 7.) Vergleiche auch das 44. Protofol d. J.G.N. d. N. d. W. d. w. d. S. Wien. Wan 1899, Kammerverhandlungen Beil. Bd. XX S. 768. Die Gebühren sür die Sicherung des Nachlaßes können aus dem Nachlaße entnommen werden. Für die Zahlung haften die Erden nach den Vorschriften über Nachlaßervinblichsteiten. Vergl. Art. 115.

War zur Sicherstellung des Nachlasses keine Veranlassung gegeben, so können die Gebühren nach Art. 39, § 6 des R.G.A.G. niedergeschlagen werden. Die wichtigsten Sicherungsmittel sind die Anlegung von Siegeln, Aufnahme des Nachlasverzeichnisses und die hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten.

Die Bauschgebühr bes Urt. 101 umfaßt außer ben Sicherungsmaßregeln auch noch bie obenerwähnten weiteren Anordnungen und wird z. B. für die Entsiegelung und die Verzeichnung

bes Nachlaffes eine befondere Gebühr nicht erhoben.

Für die Anordnung einer Nachlaßpslegschaft oder Nachlaßverwaltung kommen Gebühren nach Art. 102 u. 103 zum Ansab.

Die Gebühr bes Art. 101 bürfte auch für ein vom Notar aufgenommenes Nachlaßverzeichnisse, welches mangels eines ausgewiesenen Vermögens sich nicht als Inventar nach Art. 152 darftellt (§ 12 der Bekanntmachz v. 31. Dezdr. 1899, J.W.Bl. 1900 S. 6), zu erheben sein.

hinfichtlich ber gebührenfreien Aufnahme bes Nachlag-

verzeichniffes burch ben Berichtsschreiber fiebe Urt. 106.

- 2. Siehe Anhang Tabelle a. Beträgt der Reinrücklaß über 192 000 M, jo kommt nur die höchste Gebühr von 100 M zur Erhebung.
- 3. Die Gebühr berechnet sich nicht aus dem Wert der sichergeftellten Nachlatteile, sondern aus dem des ganzen Nachlassei, an welchem allerdings die Schulden in Edzug zu bringen sind. Vergleiche hieher auch Anmerkung 6 zu Art. 94 auf S. 91.
- 4. Die Anrechnung der Gebühr des Art. 101 entspricht mit Rücksicht auf die hohen Gebühren für die gerichtliche Erbauseinandersehung (Art. 94) nur der Billigkeit.

Siehe ferner auch Schluffat von Art. 102.

- 5. Durch bas Nach laßgeset wurde im ersten Absat bes Art. 101 ein britter Sat angesügt und eine redaktionelle Aenderung bes Absates 2 vorgenommen.
- 6. Die durch das Nachlaßgeset exfolgte Neusassung des Sabes 2 Abs. 1 gewährt gegenüber der bisherigen Gebührendorschrift eine Erleichterung, insoserne die Gebühr nur auß dem geringeren Betrage zu berechnen ist. Umsaßt 3. B. das ausgenommene Nachlaßverzeichnis die Mobilien eines Bauernanwesens im Werte von 2000 M und bezissert das reine Nücklaßverwögen nach Abzug der Schulden nur 1500 M, so ist die Gebühr des Art. 101 aus dieser Summe zu berechnen; weist singegen der Keinrücklaß einen Betrag von 6000 M, so ist der Wert der Nachlaßmobilien zu 2000 M der Gebührenberechnung zu unterstellen. Jit endlich aber kein reines Ricklaßverwögen insolge lleberschuldung vorhanden, jo kann eine Gebühr nach Art. 101 überhaupt nicht erhoben werden,

7. Die Anrechnung der Gebühr findet statt, wenn auch nur die ermäßigte Gebühr des Art. 94 Abs. 3 oder 4 zum Ansabe zu kommen hat.

Eine Rückvergütung ober Abminderung der nach Art. 101 schuldigen Gebühr tritt selbst dann nicht ein, wenn die in Frage tommende Gebühr des Art. 94 Abs. 3 weniger als die ein Zehntelssebühr des Art. 101 betragen sollte, da zeitlich zunächst die Gebühr des Art. 101 sällig ist.

Ueber Anrechnung der Gebühr des Art. 101 auf die Gebühr für die eingeleitete Nachlaßpflegschaft siehe Art. 102.

8. Die Gebühr des Art. 101 kann nur zum Anjat kommen, soweit est sich um Sicherung des Nachlasses oder Nachlasbestandteile handelt. Berden im Falle des Ablebens eines Staatsbeamten, Gemeindebeamten, eines heerekangehörigen oder eines Geistlichen Gelder, Bertpapiere oder Kostdarteiten sicher gestellt, welche der Verwaltung des Verlebten kraft seines Amtes unterstanden, so sichen bei der Gebührenderchnung diese Beträge natürlich aus, da hier in der Sicherstellung derselben eine nach Art. 2 gebührenfreie Offizialthätigkeit zu erblicken ist.

9. Die Kosten der gerichtlichen Sicherung des Nachlasses (§ 1960 B.G.B., Art. 140 des C.G. & B.G.B.) gehören im Nachlassonfurs au den Masseichulden (§ 224 Kr. 4 der R.K.D.).

Art. 102.

Wird eine Nachlaßpflegschaft 1) ober eine Abwesenheitspflegschaft 2) nach § 88 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angeordnet, so sinden die Vorschriften über die Gebühren in Vormundschaftssachen mit der Maßgabe entsprechende Unwendung, daß an Stelle des Vermögens des Mündels der Wert des Nachlasses oder des Unteils des Ubwesenden zur Zeit der Anordnung tritt³). Auf die Gebühr sür die Nachlaßpflegschaft wird die im Art. 101 bestimmte Gebühr angerechnet, wenn die Nachlaßpflegschaft zur Sicherung des Nachlasses eingeleitet wird 4) 5) 6) 7).

Bu Art. 102 und 103.

Der Gebante, auf welchem die Borichriften bes Art. 102, 103 beruhen, liegt schon bem bisherigen Art. 85 zu Grunde. Die Nachlagpflegichatt, insbesondere die jum Zwede der Befriedigung der Gläubiger angeordnete Nachlagverwaltung (§§ 1975, 1981 ff. bes B.(G.B.) und die nach § 88 bes G.F.G. zu beftellende Abwefenheitspflegschaft, foll grundfäglich den Borschriften über die Bebuhren in Bormundichaftsfachen unterworfen fein, da die Rachlagpflegichaft nur eine Abart der gewöhnlichen Pflegichaft und wie biefe nach § 1915 bes B.G.B. ben für die Bormundichaft geltenben Borichriften unterftellt ift. Es tommen also die in den Art. 89 und 90 bestimmten Gebuhren jur Erhebung. Bei Nachlagbermaltungen ift es inbessen nicht angezeigt, bie Schulben vom Werte bes Nachlaffes abziehen zu laffen, benn die Nachlagverwaltung hat gerade die Aufgabe, die Befriedigung ber Gläubiger herbeiguführen. Much ift es billig, daß, wenn die Liquidation eines zahlungsfähigen Nachlaffes - und nur wenn ber Nachlaß zahlungsfähig ift, kann die Nachlagverwaltung angeordnet werden (vergl. §§ 1982, 1988 Abs. 2 des B.G.B.) — statt vom Erben selbst bethätigt zu werden, bem Berichte überlaffen wird, hiefur eine hohere Bebuhr erhoben

wird. Der Art. 103 ichreibt beshalb die Erhebung berielben Bebuhr, welche für die Bermittelung ber Auseinanderfepung gu erheben ift, nämlich feche Behnteile ber Cabe bes § 8 bes R.G.R.G. vor. Da die Nachlagverwaltung den Zweck hat, die Daffe gu verfilbern und zu verteilen, jo tann nicht ihr Beftand am Ende ber Bermaltung, sonbern nur ber beim Beginn ber Bermaltung vorhandene der Berechnung der Gebühr zu Grunde gelegt werden. Bas von der Nachlagverwaltung gilt, trifft auf die Gelamtgutsverwaltung (§ 1489 Abj. 2 bes B.G.B.) entsprechend zu. (Motive 1899.)

1. Nach § 1960 Abj. 2 fann bas Nachlaggericht unter anberen Kürsvigen zur Sicherung des Nachlasses sür benjenigen, welcher Erbe wird, einen Psleger (Nachlaspfleger) bestellen. Dasfelbe hat gemäß § 1961 einen folchen zu beftellen, wenn bie Beftellung jum 3wede ber gerichtlichen Geltenbmachung eines Unipruches, ber fich gegen den Nachlag richtet, von dem Berechtigten beantragt wirb. Siehe auch § 243 ber R.C.B.D.

2. Nach § 88 bes G.F.G. fann einem abwesenden Beteiligten, wenn die Borausjegungen der Abwejenheitspflegichaft vorliegen u. eine Bflegichaft über ihn nicht bereits anbangig ift, für bas Auseinanderjegungsverfahren von dem Rachlaggericht ein Bfleger beftellt werben.

Cowohl für die Nachlag- als auch für die Abwesenheitspflegichaft tritt in diefem Falle an die Stelle bes Bormunbichaftsgerichts bas Nachlaggericht. Siehe § 25 ber Ausf. Borichr. 3. Nachlag Gef.

3. Es tommen aljo die Borichriften der Art. 89, 90 in Frage. Die Gebühr bes Art. 89 wird erhoben, wenn die Pflegichaft nur jur Beforgung einer einzelnen Angelegenheit beftellt wirb. Dies ift ber Fall, wenn bie Beftellung bes Pflegers nur für beftimmte von ihm mahrzunehmenden Geschäfte, 3. B. zum Abschlusse eines Rechtsgeschäftes, erfolgt. Die Gebuhr bes Art. 89 ift bemnach anzuseben in bem obenaufgeführten Falle bes § 1961 ber Nachlagpflegichaft und bes § 1911 Abi. 2 der Abwesenheitspflegschaft, wenn ber Aufenthalt bes Abwesenben befannt, berselbe aber an ber Rudtehr und ber Beforgung einer einzelnen feiner Bermogensangelegenheiten verhindert ift. Sieher gahlt auch die Beftellung eines Pflegers für einen Abwesenden in einem Auseinanderjegungsverfahren, ba es fich hier um Beforgung einer einzelnen Angelegenheit handelt (§ 88 bes G.F.G.).

Die Gebühr bes Art. 89 kommt aber nicht zur Erhebung, soweit rudfichtlich ber Berson, in beren Interesse ein Pfleger bestellt wird, eine Bormundschaft ober Pflegschaft eingeleitet ober einzuleiten ift.

Die Gebuhr bes Art. 90 ift zu erheben, wenn eine Bflegschaft für einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten eingeleitet wird, es fich um eine fogenannte fortlaufende Pflegichaft handelt. Im Falle bes § 1960 bes B.G B. tommt regelmäßig die Gebühr bes Urt. 90 gum Unfat.

4. Die Bebührenberechnung hat bemnach aus bem reinen Nachlagbermögen ober bem Anteile bes Abwesenden nach Abzug ber auf bemfelben laftenden Schulben zu erfolgen. Bergleiche hieber Anmerka. 3 zu Art. 89 u. Art. 90 mit 83 Abi. 2.

Im Falle bes § 1961 bes B.G.B. bilbet bie Bertsgegenftanbojumme ber Betrag bes geltenb gemachten Unspruches.

- 5. Die Gebühren und Auslagen werden fällig mit der Beendigung der Nachlaßpslegschaft oder Abwesenheitspslegichaft; es könten jedoch ausnahmsweise ichon im Lause des Bersahrens Kosten nach Art. 90, 84, 101 erhoben werden. Siehe § 30 der Bolly. Inftr. v. 25. Dezdr. 1899, Just. M.Bl. 1900 S. 360.
- 6. Die Gebühren können aus dem Nachlasse entnommen werden. Für die Zahlung hasten die Erben nach den Vorschriften werden Nachlasberbindlichkeiten. Siehe Art. 115, dann auch § 224 Rr. 2 der N.K.D.
- 7. Schuldner der Gebühren ift berjenige, in beffen Intereffe bie Pflegichaft bestellt murbe.

Art. 103.

I. Giltig für die bis 1. Oftober 1902 einge = tretenen Erbfälle.

Bird eine Nachlaßverwaltung 1) oder eine Gesamtsgutsverwaltung 2) angeordnet, so sinden die Vorschriften des Art. 1023) mit der Maßgabe Anwendung, daß sehnteile der Säte des § 8 des NeichsseGerichtskostensgesetzt erhoben werden und ein Abzug der Schulden nicht stattsindet 5)6)8 bis 10).

II. Giltig für die ab 1. Oftober 1902 eingestretenen Erbfälle. (Rachlaßgeset v. 9. Aug. 1902.)

Wird eine Nachlaßverwaltung 1) oder eine Gesamts gutsverwaltung 2) angeordnet, so sinden die Vorschriften des Art. 1023) mit der Waßgabe Anwendung, daß sechnteile der Säte des § 8 des Reichs-Gerichtskostengeses erhoben werden 4) 7 bis 10).

Siehe Erläuterung zu Art. 102.

1. Eine weiter ausgebehnte Nachlaßpflegschaft bilbet die Nachlaßverwaltung (§ 1975), welche zum Zwecke der Befriedigung der Nachlaßgläubiger angeordnet wird.

- 2. Bird eine Gesamtgutsverwaltung angeordnet (§ 1489 Abs. 2 des B.G.R.), so ist die Thätigkeit des Gerichtes analog der bei der Nachlasverwaltung, weshalb für dieselbe die nämlichen Gebührenvorschriften naturgemäß Anwendung zu sinden haben.
- 3. Es sind dies die Vorichristen hinsichtlich der Anrechnung der Gebühr des Art. 101 und, salls der Verwalter dei längerer Dauer der Verwaltung Rechnung zu stellen hat (§§ 1915, 1840 des B.G.B.), die Gebührenbestimmung des Art. 84.

4. Giche Unbang Tabelle a.

5. Die Bestimmung, daß hier ein Abzug der Schulben nicht stattsindet, ist mit Rücklicht auf die Ausgade des Verwalters gerechtiertigt. Derselbe hat nicht nur den Nachlaß oder das Gesantsut zu verwalten, sondern er hat insbesondere die Verbindlichteiten desselben zu berichtigen. Die Höhe, Verichtigung und Sicherstellung der Verbindlichteiten ist auf die Art und den Umsang der Thätigteit des Verwalters derart von entscheidendem Einflusse, daß es angemeisen ist, die Gebühren aus dem Nachlasse oder Wesamtsgute ohne Abzug der Schulden zu berechnen. Siehe 44. Protokold d. Sigung d. 3.6.91. d. 8. d. Abg, v. 15. Mai 1899 S. 767.

6. Maßgebend für die Gebührenberechnung ist das Nachlaßvermögen, wie solches das vom Berwalter an das Gericht einzureichende Berzeichnis ausweist.

Bei ber Gesantgutsberwaltung ift ber Betrag bes Gesamtgutes bei ber Beenbigung ber Berwaltung maßgebenb.

7. Die in der Neusassiung des Art. 103 enthaltene Bergünftigung des Abzugs der Schulden wurde durch das Nachlaß-gesehrerigeführt.

Da die Nachlagpflegschaft nur eine Art Pflegschaft sei, findet

auf fie § 1892 bes B.G.B. Anwendung.

Die Aufgabe des Nachlagverwalters ift, die Nachlagmaffe nach Attiven und Baffiven festguftellen, biefelbe, soweit fie bie Mittel gur Befriedigung ber Nachlagglaubiger gibt, gu versilbern und famtliche Glaubiger gu befriedigen. Den Bermaltungereft hat der Nachlagverwalter den Erben beziehungsweise den Miterben abzuliefern. Der Nachlagberwalter hat alfo bem Nachlaggerichte Schlugrechnung zu ftellen und bas Nachlaggericht bat die Schlufrechnung zu prufen und beren Annahme zwischen ben Erben einerseits und bem Bermalter andererseits zu vermitteln. Da bie Ueberschüsse ber Nachlagberwaltung in fast allen Fallen in Gelb bestünden, so bietet bie Berteilung der Ueberschüsse unter die Beteiligten regelmäßig feine Schwierigfeit. Selbft die Rouftatierung in ber Schlugrechnungsabnahme, bag von dem leberrefte bem einen Erben foviel und bem andern Erben jener Unteil gebührt und eine etwa baran anschließende Quittierung ber Erben fiber ben Empfang ber fie treffenden Anteile wird burch bie Gebühr bes Art. 103 abgegolten und barf nicht etwa für die Verteilung des Ueberschusses unter den Miterben die Gebühr des Art. 94, gleich als wenn eine Auseinandersetung vorliegen murbe, in Anfat gebracht werden. Sollte, was wohl nur felten fein burfte, nach burchgeführter Berwaltung bennoch eine Auseinandersetung notwendig werden und stattfinden, jo tommt für die Auseinanderfetung, jedoch unbeschadet ber Erhebung ber Gebühr für die Rachlagverwaltung, die Gebühr bes Art. 94 gefondert zum Anfag. (Bergleiche B. d. R.Abg, 306. Sitzung v. 10. Mai 1902.)

8. hinsichtlich der Erhebung von Gebühren und Auslagen im Laufe des Versahrens siehe Anmerkung 5 zu Art. 102.

- 9. Die Kosten der Nachlaßverwaltung oder der Gesamtguteverwaltung gehören zu den Nachlaß- oder Gesamtguteverbindlichteiten. Siehe auch Anmerkg. 6 Abs. 2 zu Art. 102.
- 10. Die Gebühren können aus bem Nachlasse bzw. aus bem Gesantgute entnommen werden. Für die Jahlung haften die Erben oder Beteiligten nach den Borichriften über Nachlaßund jonstige Verdindlichkeiten. Siehe auch Art. 115.

Mrt. 104.

I. Giltig für die bis 1. Oftober 1902 ein= getretenen Erbfälle.

Für die Entgegennahme von Erklärungen, Anmelsdungen und Anzeigen seitens des Nachlaßgerichts, einschließlich der Beurkundung durch das Nachlaßgericht und der Mitteilung an die im Gesete bestimmten Personen 1, wird eine Gebühr von 1 bis 10 Mart²) erhoben. Findet die Entgegennahme in einem Versahren der in den Art. 94 bis 96 bezeichneten Art statt, so wird eine besondere Gebühr nicht erhoben³). Im Falle der Anmeldung von Nachlaßsorderungen auf Aufforderung eines Miterben wird die Gebühr nur einmal von dem Miterben erhoben⁴)⁵).

Ist die Erklärung, Anmeldung oder Anzeige durch einen Notar beurkundet oder beglaubigt, so wird die hiefür entrichtete Gebühr auf die nach Abs. 1 geschuls dete angerechnet.

II. Giltig für die ab 1. Oftober 1902 ein= getretenen Erbfälle. (Nachlaggeich v. 9. Aug. 1902.)

Für die Entgegennahme von Ertlärungen, Anmelsdungen und Anzeigen, welche nach gesetzlicher Vorschrift dem Nachlaßgerichte gegenüber abgegeben werden müssen, seitens des Nachlaßgerichts einschließlich der Beurkundung durch das Nachlaßgericht und der Mitteilung an die im Gesetz bestimmten Personen in wird eine Gebühr von 1 bis 10 Mart 2) erhoben. Findet die Entgegensnahme in einem in diesem Unterabschnitte bezeichneten Versahren statt, so wird eine Gebühr nicht erhoben 6). Im Falle der Anmeldung von Nachlaßsorderungen auf

Freiw. Gerichtsbart. II. Abichu. Berh. b. Ger. Art. 103, 104. 117

Aufforderung eines Miterben wird die Gebühr nur einmal von bem Miterben erhoben 4).

Bit die Erklärung, Anmeldung ober Anzeige durch einen Notar beurfundet oder beglaubigt, so wird die hiefür entrichtete Gebühr auf die nach Abs. 1 geschuldete angerechnet 7).

I. Die Motive (1899) geben hiezu folgende Erläuterung: In einer Reihe von Fällen beschränkt fich bie Thätigkeit bes Nachlaggerichts auf die Entgegennahme von Erflärungen, Anmelbungen und Anzeigen und auf deren Mitteilung an die im Gefete beftimmten Berjonen. Es gehören hieher insbejondere:

B.G.B. § 1342, Unsechtung ber Ehe nach bem Tobe eines Ehegatten, § 1597, Ansechtung ber Ehelichkeit eines Rindes nach bem

Tobe bes Rinbes,

§ 1945, die Ausschlagung der Erbichaft,

§ 1484, die wie die Ausichlagung einer Erbichaft behandelte

Ablehnung der fortgesetten Gutergemeinichaft,

§§ 1955, 1484 Abi. 2, die Unfechtung ber Unnahme ober ber Ausichlagung ber Erbichaft ober ber Annahme ober ber Ablehnung ber fortgejesten Butergemeinichaft,

§ 1491, ber Bergicht eines anteilsberechtigten Abtommlings

auf ben Unteil am Gesamtgute,

§ 1492, die Aufhebung ber fortgefesten Gutergemeinschaft burch ben überlebenden Chegatten,

§ 2061, die Unmelbung von Nachlafforderungen auf Grund der öffentlichen Aufforderung ber Nachlaggläubiger durch ben Miterben,

§ 2081, die Unfechtung einer lettwilligen Berfügung, burch die ein Erbe eingesett, ein gesetlicher Erbe von ber Erbfolge ausgeschloffen, ein Teftamentsvollftreder ernannt, ober eine Berfügung folcher Art aufgehoben wird,

§ 2146, die Unzeige bes Eintritts ber Nacherbfolge burch ben

Borerben,

S\$ 2198 Mbj. 1, 2199, die Bestimmung bes Testamentevollftredere burch einen Dritten und bie Ernennung eines Mitvollftreders,

§ 2202 Abi. 1, 2, die Annahme sowie die Ablehnung bes

Umtes bes Teftamentevollftreders.

§ 2226, bie Rundigung bes Amtes bes Teftamentsvollftreders.

§ 2281, die Unfechtung bes Erbvertrages, § 2384, die Angeige des Erbichaftsverkaufs.

In bem Urt. 104 ift nun fur bie Entgegennahme biefer Erflarungen, Anmelbungen und Anzeigen, einschließlich ber Beurtundung durch bas Nachlaggericht und ber Mitteilung an die im Befege beftimmten Berjonen, Die Erhebung einer mäßigen Bebuhr vorgeschrieben, welche, ba es fich jum Teil um nicht vermögensrechtliche Angelegenheiten handelt, nicht nach dem Werte bes Gegenstandes abgestuft werden kann. Aus Billigkeitsgründen ist die Entgegennahme, wenn sie in einem Versahren zum Zwecke der Bermittelung der Auseinandersehung in Ansehung eines Nachlasses woder des Gesantguts einer ehelichen oder sortgesehten Gütergemeinichaft oder zum Zwecke der Erteilung eines Erbscheins stattsindet, gebührensrei. Für den Fall des § 2061 des B.G.B. ist die Gebühr sit die Anmeldung von Nachlaßforderungen auf Ausschen lied Miterben nur einmal zu erheben und es trifft nicht die Gläubiger, sondern den Miterben die Jahlungspslicht.

II. Dem bisherigen Art. 104 wurde burch bas Nachlafigeick im Eingange eine neue Faffung gegeben. Durch dieselbe wird gum Ausbruck gebracht, daß bie Gebühr bes Art. 104 nur in ben Fällen erhoben wird, in benen nach gesetlicher Borichrift eine Ertlärung bem Nachlaggerichte abgegeben werden muß, nicht aber in folchen Fällen, in benen die Ertlärung bem Nachlaggericht gegenüber abgegeben werben tann. Die Ertlarungen letterer Art find gebuhrenfrei; es ift alfo 3. B: bie Ertlarung über bie Unnahme ber Erbichaft gebührenfrei, mahrend die Ausschlagserklarung biejer Gebühr unterliegt. Durch die neue Beftimmung ift infofern eine Erleichterung eingetreten, ale die Gebührenfreiheit nicht barauf beschränkt ift, baß bie Entgegennahme in einem ber in ben Art. 94 bis 96 bezeichneten Berfahren stattfindet, sondern schon bann, wenn fie aus Unlag irgend eines andern mit einer Gebuhr belegten Berfahrens ftattfindet. Es ift g. B. bie Entgegennahme ichon bann gebührenfrei, wenn fie bei ber Teftamentseröffnung erfolgt, ba für legere bie Bebuhr bes Art. 111, also eine in biesem Unterabschnitt bestimmte Gebühr, geschuldet wird. Demnach ift bie Anwendung bes Art. 104 eine begrengte. Demfelben unterliegen jedoch einige Ertlarungen, welche zwar gegenüber dem Nachlaggerichte erfolgen muffen aber unabhängig von bem Rachlagverfahren find, g. B. die Anfechtung der Che nach bem Tobe eines Chegatten (§ 1342), die Unfechtung ber Chelichteit eines Rinbes (§ 1597).

Im Gesetzebungsausschusse wurde besonders konstatiert, daß dadurch, daß eine Ossisialvermittelung der Erben eintritt, der Art. 104 ein weiteres Anwendungsgebiet als disher nicht erhalte, daß vielmehr der Umsang des Geltungsgebietes dieses Artikels, joweit nicht die hervorgehodenen Erleichterungen eintreten, bleibe wie bisher. (Siehe & d. K. Abg., 306. Sihung v. 10. Mai 1902.)

1. Dem Nachlaßgerichte liegt in ben vorerwährten Fällen die Entgegennahme von Erklärungen, Anmeldungen und Anzeigen ob und umfaßt die Gebühr des Art. 104 die Beurkundung oder Beglaubigung der Erklärung durch das Nachlaßgericht und die vorgeschriebene Mitteilung an andere Personen (§§ 1342, 1491, 1492, 1597, 1953 Abs. 3, 1957 Abs. 2, 2081 Abs. 2, des B.G.B.). Für die Gestatung der Einsicht der Erklärung (§§ 2146 Abs. 2, 2228 und 2384 Abs. 2 B.B.) wird eine besondere Gebühr nicht erhoben.

Bergleiche hieher auch Anmerkg. 8 Abs. 3 zu Art. 94.

2. Für bie Sohe ber Gebühr ift ein Spielraum von 1 bis 10 & feftgefest und hat bas Gericht innerhalb besielben ben Gebühren-

ansat unter Berücksichtigung des Umsangs und der Schwierigkeit der Sache, der Bedeutung derselben sitr das bürgerliche Leben und der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen zu bestimmen. Vergleiche hieher Art. 280 und Anmerkg. 12 u. 13 zu Art. 89 auf S. 81.

Die Gebühr ist für jebe gesonderte Erklärung besonders zu erheben. Dies gilt auch bei gleichzeitig abgegebenen Erklärungen

mehrerer Berjonen.

NAME OF BRIDE

Gine Ausnahme ift nur im Abf. 1 Cap 3 ftatniert.

3. Im Erbauseinanbersetungsversahren (Art. 94), bei der Bermittelung der Auseinandersetung einer ehelichen oder sortgesetzten Gütergemeinschaft (Art. 95) sowie im Wersahren bei der Erteilung eines Erbscheins (Art. 96), tommt die Gebühr des Art. 104 nicht zum Ansah.

4. hier gelten alle Anmeldungen zusammen als nur ein burch ben Miterben veranlagtes Geschäft und wird beschalb bie Gebühr nur einmal und zwar von bem Miterben nicht von ben Gläubigern erhoben.

5. Bahlungspflichtig ift in ben übrigen Fällen ber Antrag-

fteller, also berjenige, welcher eine Erflärung abgibt.

6. Kommt für das Berfahren eine in Abteilg. IV Abschnitt II 3iff. 5 vorgesehene Gebühr zum Anjah, z. B. nach Art. 94, 102 oder 111 u. a., so ist die Entgegennahme keiner Gebühr unterworsen.

7. Auch in biefen Fallen wird für die Entgegennahme eine

bejondere Bebühr nicht erhoben.

Art. 105.

Für die Bestimmung 1) oder Verlängerung 2) der Inventarfrist und für die Entgegennahme des Inventars, einschließlich der Anordnung wegen Aufnahme des Inventars, einschließlich der Anordnung wegen Aufnahme des Inventars) durch einen Notars, wird, sofern der Wert des Rachlasses ohne Abzug der Schulden den Betrag von 2000 Mark übersteigt, eine Gebühr von 1 dis 10 Mark erhoben 5). Finden diese Handlungen in Verbinsdung mit einem in diesem Unterabschnitte des zeichneten Versahren statt, so wird eine Gebühr nicht erhoben 6). Die Gebühr für die sämtlichen im Sap 1 bezeichneten Angelegenheiten darf den Vetrag von 10 Mark nicht übersteigen 7)8).

Bu Art. 105 bis 109.

Für eine Reihe von Verfügungen des Nachlafigerichts, welche unabhängig von einander und von einer sonstigen Thätigkeit des Nachlafigerichtes ergehen, werden besondere übrigens nöglichst niedrige Gebühren erhoben.

1. Gemäß § 1994 hat das Nachlaßgericht den Erben auf

Antrag eines Nachlaßgläubigers eine Frist zur Errichtung des Inventars zu bestimmen. Jahlungspflichtig ist in diesem Falle der Rachlaßgläubiger. Hieher gehört auch der Fall des § 1996.

2. Nach § 1995 Abs. 3 kann bas Nachlafigericht auf Antrag bes Erben die Frist nach seinem Ermessen verlängern. Schuldner der hiefür zu erhebenden Gebühr ist der Erbe.

3. Auf Antrag bes Erben hat bas Nachlaßgericht bie Aufnahme bes Inventars einem zuffändigen Beamten (Gerichtsichreiber) ober einem Notare zu übertragen. Dasielbe ist von dem Notare oder dem Beamten bei dem Nachlaßgericht einzureichen (§ 2003).

Die Erklärung bes Erben, baß ein bei bem Nachlaßgericht bereits vorliegendes Inventar als von ihm eingereicht gelten soll, (§ 2004) ist als Entgegennahme zu bewerten. Zahlungspflichtig

ift in biefen Rallen ber Erbe.

- 4. Mit Rücksicht auf die Bestimmung, daß das Nachlaßvermögen nicht das Gesamtgut ohne Abzug der Schulden den Betrag von 2000 M übersteigen muß, um die Gebühr nach Art. 105 erheben zu können, kommen hier in der Regel nur die vom Notare ausgenommenen Nachlaßinventare in Betracht. Siehe auch Borbemerka. zu Art. 106.
- 5. Ueber die Anhaltspunkte hinsichtlich der Sobe der festgusegenden Gebühr siehe Urt. 280 und Unmerkg. 12 u. 13 zu Art. 89.
- 6. Der burch das Nachlaßgeich eingefügte Sat bedeutet gegen die früheren Porschriften eine schon im Art. 104 neu ausgenommene Gebührenerleichterung.
- 7. Mit Ausnahme ber Anordnung wegen Aufnahme eines Inventars und der Entgegennahme desielben, welche Thätigteiten des Vachlagerichtes hinsichtlich der Gebührenbewertung als ein Geschäft zu erachten sind, wird die Gebühr sitt jede der im Art. 105 oben aufgeführten Thätigteiten des Nachlaßgerichts besonders erhoben, jedoch dürfen die einzeln angeiesten Gebühren wie 3. B. sür die Bestimmung der Inventarfrist = 4 M. jür die Verlängerung dersielben 4 M und Anordnung der Aufnahme wie Entgegennahme des Inventars 4 M = 12 M, den Betrag von 10 M nicht übersteigen.

Für die Gestattung der Einsicht der Berfügung, welche die Bestimmung einer Inventarfrist betrifft (§ 2010 B.G.B. § 78 bes

(3. F. (8.), tomint eine Gebuhr nicht gur Erhebung.

8. Die Gebühr für die Juventarerrichtung kann aus dem Nachlaß eintnommen werben. Für die Jahlung haften die Erben nach den Vorschriften über Nachlaßverbindlichkein. Siehe Art. 115. Bergleiche hieber auch die Vorbemerkung zu Art. 106.

Im Nachlaftonture ift § 224 Rr. 2 ber R.R.D. zu beachten.

Mrt. 106.

Für die Aufnahme des Nachlaßinventars oder eines Nachlaßverzeichnisses duch den Gerichtssichreiber?) kommen Gebühren 3) nicht zur Erhebung.

Die Borfchrift bes Art. 106 erftrectt die bisher ichon gemäß

Art. 125 Abf. 3 bes Gebührengesetes ben notariellen Inventaren in Nachlagiachen unter ben bort ermähnten Borausiehungen gugeftanbene Gebührenfreiheit auch auf die nach Art. 63 bes Ausf. Gef. 3. R.G.B.G. Art. 167 Biff. XVI bes Ausf. Gef. g. B.G.B. von ben Berichtsschreibern in Nachlagfachen aufgunehmenben Inventare. Läßt man Inventare, wenn ber Wert bes Nachlasses ohne Abzug ber Schulben 2000 M nicht übersteigt — nur biese konnen von bem Berichtsichreiber errichtet werben - gebührenfrei, fo ift es folgerichtig, überhaupt bie mit ber beschränkten Erbenhaftung (§§ 1993 ff. bes B.G.B.) zusammenhangende Thatigfeit bes Gerichts, b. h. bie im Art. 105 bezeichneten Anordnungen unter ber ermahnten Borausjegung gebührenfrei zu belaffen.

1. Der Zusat erfolgte burch bas Nachlaggeset und bringt jum Musbrud, bag auch bann Gebührenfreiheit einzutreten hat, wenn auf Grund bes Urt. 5 bes Nachlaggesetes ein Nachlagber-

zeichnis aufgenommen wirb.

Sell-2.

- 2. Nach § 19 ber Bekanntmachg. über bas Nachlaßweien v. 31. Dezbr. 1899, Just. M.Bl. 1900 S. 9, dann § 22 Abs. II der Auss. Borschr. 3. Nachlaß Ges. ist zur Aufnahme des Nachlaßverzeichniffes, fofern ber Wert bes nachlaffes ohne Abzug ber Schulden ben Betrag bon 2000 M nicht ober nicht er heblich überfteigt, auch der Gerichtsschreiber zuftandig (Art. 63 bes Ausf. Gef. g. R. G.B.G.). Die Ungabe, ob ber Rachlag 2000 M überfteigt, hat von dem Intereffenten au erfolgen und ift es bei dem Umftande, ben nachlaß möglichft gering anzuschlagen, baber leicht ertlärlich, bag ber Nachlagwert im Berzeichniffe felbst fich oft höher ausweift. Wird nun ein Gerichtsschreiber, weil ber Nachlagwert als 2000 M nicht übersteigend bezeichnet wurde, mit der Aufnahme bes Nachlagverzeichniffes beauftragt und stellt sich heraus, daß ber Nettonachlaß 3. B. 5000 & beträgt, so entsteht die Frage, ob auch in biefem Falle Gebühren nicht zur Erhebung gelangen. Um nun eine absichtliche hinterziehung ber Notariatsgebuhren und eine Schädigung bes Merars zu ver-meiben, burfte es angezeigt sein, in solchen Ausnahmefallen bie Gebühren nach Art. 101 baw. 105 mit Art. 162 zu erheben.
- 3. Auslagen tommen zur Erhebung. Siehe auch Anmerka. 8 Abj. 2 zu Art. 105.

Art. 107.

Für die Verhandlung in dem zur Abnahme des Offenbarungseides (§ 2006 des Bürgerlichen Gesetbuchs) 1) bestimmten Termine wird die Gebühr des § 43 des Reich3-Gerichtskoftengesetes erhoben 2)3).

1. Der Erbe hat auf Berlangen eines Nachlaggläubigers por bem Rachlaggerichte ben Offenbarungseib babin gu leiften,

"baß er nach beftem Wiffen die Rachlaggegenstände fo vollftanbig angegeben habe, als er bazu imftanbe sei". (§ 2006 Abs. 1 bes B.G.B., § 79 bes G.F.G.)

2. Die Bebuhr beträgt zwei Behnteile ber Gate bes § 8 bes R.G.R.G., fiehe Anhang Tabelle a.

Gebührenichulbner ift berjenige, welcher ben Antrag auf Terminsbestimmung jum Zwede ber Eibesleiftung stellt.

3m Falle der wiederholten Leiftung bes Gibes (\$ 2006 Abf. 4)

wird bie Gebühr bon neuem erhoben.

3. Bertsgegenstandsjumme ift ber Nachlaß ohne Abzug ber Schulben. Die Einsichtnahme ber Attenstücke ift gebührenfrei.

Art. 108.

Für die Verfügungen, durch die nach den §§ 2151, 2153 bis 2155, 2192, 2193 ¹) und dem § 2198 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesethuchs dem Veschwerten oder einem Dritten eine Frist zur Erklärung bestimmt wird, einsichließlich des sich anschließenden Versahrens, wird eine Gebühr von 1 bis 10 Mark erhoben 2)3).

1. Die hier angezogenen Berfügungen betreffen :

88 2151, 2153 bis 2155, 2192, 2193, Bestimmung einer Frist behiss Erklärung des Beschwerten, wer von mehreren Bedachten das Bermächtnis erhalten oder an wen die Auslage geleistet werden soll.

§ 2198 Abs. 2, Bestimmung der Frist, innerhalb welcher ein Dritter die Person des Testamentsvollstreders bestimmen soll.

2. Bahlungepflichtig ift ber Untragfteller.

3. Hinsichtlich der Festietung der Gebühr siehe die Borschrift des Art. 280 und Anmerkg. 12 u. 13 zu Art. 89.

Art. 109.

Für die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesehduchs über den Testamentsvollstrecker vom Nachslaßgerichte zu trefsenden Anordnungen wird ein Zehnteil der Säge des § 8 des Neichs-Gerichtskostengesetes erhoben. Der Berechnung der Gebühr wird im Falle des § 2224 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesehduchs der Wert des Gegenstandes, bezüglich dessen Meinungsverschiedensheit besteht, im Uedrigen der Wert des Vermögens, auf welches sich die Testamentsvollstreckung bezieht, zu Grunde gelegt.

Wenn der Art. 109 von den Anordnungen des Gerichts spricht, welche über den Testamentsvollstrecker ergehen, so versteht sich von selbst, daß damit nicht die Entgegennahme der unter den Art. 104 sallenden Erklärungen nach §§ 2198 Abs. 1, 2199 Abs. 3, 2202 Abs. 1, 2, 2226 Say 2 sondern:

§ 2198 Abj. 2, Anberaumung einer Frist zur Bestimmung ber Person des Testamentsvollstreckers durch einen Dritten; § 2200, Ernennung des Testamentsvollstreckers durch das Gericht: Freiw. Gerichtsbark. II. Abichn. Berh. b. Ger. Art. 107-110. 123

§ 2202 Abi. 3, Bestimmung einer Frist zur Erklärung über bie Annahme bes Amtes eines Testamentsvollstreckers; § 2216 Abi. 2, Außerkraftsehung der Anordnungen des Erb-

laffers hinfichtlich ber Bermaltung bes Nachlaffes;

§ 2224 Abj. 1, Entscheidung des Nachlaggerichtes bei Weinungsverschiedenheiten mehrerer Testamentsvollstreder;

§ 2227, Entlaffung bes Teftamentevollftredere,

gemeint find (Motive 1899).

1. Siehe Unhang Tabelle a.

2. Entitehen bezüglich der Maßregeln zur Erhaltung eines der gemeinichaftlichen Berwaltung mehrerer Testamentsvollstrecker unterliegenden Nachlaßgegenstandes Meinungsverschiedenheiten, so hat hierüber das Nachlaßgericht zu entscheiden. In diesem Falle ist die Gebühr des Art. 109 aus dem Wert dieses Gegenstandes zu erheben.

3m übrigen ift ber Wert bes Nachlagvermögens ohne Abzug

ber Schulden ber Gebührenberechnung gu Grunde gu legen.

3. Schuldner ber Webühren ift ber Untragfteller.

Im Falle der Ernennung des Testamentsvollstreckers durch das Gericht (g. 2200) sind die Gebühren aus dem Nachlasse zu decken. Das Gleiche trifft zu für die Anordnungen nach §§ 2216 Abs. 2224 Abs. 1.

Die Gebühr wird für jede Anordnung besonders erhoben.

Art. 110.

Für die Erteilung einer Aussertigung des Erbscheins, der im Art. 98 bezeichneten Zeugnisse sowie der gerichtelichen Verfügungen, die sich auf die Ernennung oder die Entlassung des Testamentsvollstreckers beziehen, wird die Gebühr des Art. 54 besonders erhoben.

Die erstmalige Erteilung der Ausfertigung ist ge-

bührenfrei.

Die Bebeutung der in den §§ 84 u. 85 des G.F.G. erwähnten Beugnisse und gerichtlichen Bersügungen rechtsertigt es, sür derartige Aussertigungen besondere Gebührenvorschriften zu tressen.

Es schreibt beshalb ber Art. 110 bie Erhebung einer mäßigen Gebühr vor, welche in jedem Falle besonders, sohin neben den etwa zu entrichtenden Bauschgebühren zum Ansabe zu kommen hat.

Abi. 2 enticheibet die Streitfrage des bisherigen Rechtes, ob die erstmalige Aussextigung des Erbickaftszeugnisses durch die Bauschgebühr des Art. 83 (jest Art. 96) gedeckt ist, in dem den Gebührenpflichtigen günstigeren Sinne (Motive 1899).

1. Die Zeugnisse, welche unter Gebührenvorschrift bes Art. 110 fallen, find:

a) bie Erbscheine Art. 96;

b) die Zeugnisse des Nachlaßgerichtes bezüglich der Nachsolge bei einem Familiengut einer standesherrlichen Familie oder bei einem Lehen, dann das Zeugnis des Fideikommikgerichts bei einem Familiensbeikommik; die Zeugnisse über die Fortsehung der Gütergemeinschaft (§ 1507 des B.G.B.); dann die Versügungen des Nachlaßgerichts über Ernennung des Testamentsvollstreckers, Art. 98;

c) besgleichen die Berfügungen des Nachlaßgerichts auf Entslassung des Testamentsvollstreckers, Art. 109.

2. Die Gebühr bes Art. 54 zu 2 und bzw. 3 & (bei ben Oberlanbesgerichten) kommt bei ber zweiten und solgenden Ausfertigung jedesmal zur Erhebung. Für die erste Ausfertigung werben nur Schreibgebühren angesett.

3. Bahlungspflichtig ift ber Antragfteller.

Art. 111 (84).

Testamente 1) und Erbverträge 2) unterliegen ohne Rücksicht auf den Ort ihrer Errichtung 3) bei ihrer Eröffnung 4) einer besonderen Gebühr von eins vom Tausend der Gegenstandssumme, über welche in denselben versügt ist 5). Bei Berechnung der Aktivmasse werden die Schulden in Ndzug gebracht 6). Der Windestbetrag der Gebühr ist 1 Mart 7).

Bei Testamenten und Erbverträgen, für welche bei ihrer Errichtung eine Gebühr von 10 Mark erhoben worden ist, kommt die Gebühr nach Abs. 1 nur insweit zur Erhebung, als dieselbe den Betrag von 7 Mark

übersteiat 8).

Bei Erbverträgen, welche bei ihrer Errichtung mit ber verhältnismäßigen Gebühr belegt worden sind, wird lettere Gebühr, soweit sie den Betrag von 3 Mark übersteigt, auf die Gebühr des Abs. 1 angerechnet 8 c bis 12).

Die Motive (1899) außern biegu:

Gemäß § 2260 bes VG.B. hat das Nachlaßgericht, sobald es von dem Tode des Erblassers Kenntnis erhält, zur Erössung eines in seiner Verwahrung besindlichen Testaments einen Termin zu bestimmen. In diesem Termin ist das Testament zu öffnen, den Beteiligten zu verkünden und ihnen auf Verlangen vorzulegen. Die Verkündung darf im Falle der Vorlegung unterbleiben. Diese Vorschätisten sinden gemäß § 2300 des V.B. auch auf die Erbverträge gleichmäßig Anwendung. Entsprechend diesen Vestimmungen des Vürgerlichen Geiebuches hat der bisherige Art. 84 Uhl. 1 Sab 1 im Art. 111 eine Erweiterung dahin ersahren, daß auch für die Verkündung von Erbverträgen, die ohnehin nach der

neuen Fassung des Art. 126 (nun 163) in Bezug auf die Gebührenbewertung den Testamenten vollkommen gleichgestellt sind, die im Art. 111 normierte Gebühr zum Anjahe zu gelangen hat und sernere diese Gebühr auch dann erhoben werden joll, wenn an Stelle der Berkündung der Testamente oder Erbverträge deren Vorlegung an die Beteiligten stattsindet.

Daß Art. 111 auch auf die Verkündung oder Verlegung gemeinschaftlicher Testamente sowie auf den Fall Anwendung sindet, wenn die bei Erössnung des Testaments oder Erbvertrags nicht zugegen gewesenen Veteiligten von dem sie betressenden Inhalte in Kenntnis gesett werden (§ 2262 mit § 2300 des B.G.B.), versteht

fich bon felbft.

Mit Rücksicht auf die Erweiterung des Art. 111 Abs. 1 war auch die Vorichrist im Abs. 2 auf die Erbverträge zu erstrecken, sür welche dis zur Novelle vom 29. Mai 1886 aus Grund des früheren Art. 115 des Gedührengesetes vom 18. August 1879 die Gedühr von 10 M entrichtet wurde und war endlich in dem neu angesügten Abs. 3 eine Ausgleichung für jene Erdverträge zu ichassen, welche dei ihrer Errichtung der verhältnismäßigen Gedühr des früheren Art. 116 Abs. 2 unterworfen waren.

- 1. Hierunter fallen alle einseitigen Versügungen des Erblassers von Todeswegen (§ 1937 des B.B.B.), die ordentlichen sowoss in eingerordentlichen Testamente, das vom Erblasser eigenhändig geschriebene (§ 2231 R. 2), das vor dem Bürgermeister des Ausenthaltsorts und 2 Zeugen errichtete iogen. Nottestament (§ 2249), das dei Absperung des Ausenthaltsorts wegen Krantheit entweder vor dem Bürgermeister wie vor oder vor 3 Zeugen errichtete Testament (§ 2250), das während einer Seereise am Bord eines beutschen Fahrzeuges durch mündliche Erklärung vor 3 Zeugen (§ 2251) sowie das von Personen der kaiserlichen Marine und sonstigen Williarpersonen nach Art. 44 des Einschen 3. B.G.B. und endlich das vor einem deutschen Konsul im Ausland errichtete Testament.
- 2. Erbverträge sind zweiseitige Verfügungen von Todeswegen. In diesen gehören auch die vertragsmäßigen Anordnungen von Vermächtnissen und Auslagen (§ 1911 des V.G.B.).

Erbrerträge können auch mit einem anderen Vertrage 3. B. mit einem Chevertrage in einer und derselben Urkunde verbunden sein. Siehe auch Anmerkg. 7 lit. c unten.

- 3. Durch das Nachlaßgeset wurden diese Worte neu hinzugefügt und ist durch dieselben außer Zweisel gestellt, daß auf die Erhebung der Gebühr der Ort der Errichtung einer Verfägung von Todeswegen ohne Einsluß ist, somit die Gebühr des Art. 111 auch dann zum Anjage zu kommen hat, wenn die lettwillige Verfägung außerhalb Bayern errichtet worden ist.
- 4a. Die Worte "bei ihrer Eröffnung" bezeichnen nur ben Zeitpunkt ber Fälligkeit ber für Testamente und Erbverträge nach Art. 111 zu entrichtenben Gebühr. Dieselbe soll kein Lequivalent sir bie gerichtliche Thätigkeit bilben, sie ist vielmehr eine Gebühr bas Testament selbst, welche im Interesse ber Erleichterung

der Testamentserrichtung statt im Augenblicke der Errichtung erst im Augenblicke der Eröffinung d. h. in senem Zeitpunkte zur Entrichtung kommt, in welchem der Inhalt des Testaments den Beteisigten zum Zwecke der Ermöglichung der Aussührung bekannt gegeben wird. (Bergl. Motive 1886 S. 357, Zisser III, 2 der Bek. der St.W. der Justiz und der Finanzen vom 12. Juni 1886, Just. W.Bl. S. 180, serner Besch. Se Sberste. v. 3. Septbr. 1894, Sig. d. Entichde A. F. Bd. XV S. 320, Pfass. 5. Aufl. S. 104.)

- b. Bei Anwendung der Vorschriften der Art. 111 und 166 macht es teinen Unterschied, ob das Testament in Bayern oder außerhalb Bayerns errichtet, ob dasielbe von einem Rotare beurtundet oder eigenhändig geschrieben und unterschrieben ist. Ebensowenig ist im Geieße unterschieden zwischen Erberträgen, die von einem bayrischen Rotare und zwischen solchen, die von einem außerbayrischen Rotare oder Gerichte beurkundet worden sind. Die Gebühr des Art. 111 hat daßer, vorbehaltlich der Bestimmungen der Art. 112 und 191 Zist. 3, in allen Källen der Erössinung von Testamenten und Erboeurgan aus Erstedung zu tommen (§§ 21, 26 der Vollz-Instr. d. 25. Dezder. 1899, Just. M. 81. 1900 ©. 357 sp. 26.
- e. Die Gebühr des Art. 111 ist eine Bauschgebühr und umnaft auch die Thätigkeit des Gerichts vor und nach der Eröffnung.
 So die Wahnahmen des Nachlahgerichts zur Ablieferung des in
 antlichem Berwahr besindlichen Testamentes (§ 2259 Abs. 2) ausgenommen jedoch die Verschgungen im Halle des § 2259 Abs. 2) dies B.G.B. und § 83 Abs. 2 des G.G., welche der Gebührenpflicht
 nach Art. 113 unterliegen, serner die Uedersendung des Testamentes an das zuständige Nachlaßgericht (§ 2261) sowie die Benachrichtigung an die bei der Eröffnung des Testaments oder Erbvertrages nicht zugegen geweienen Beteiligten (§ 2262). Diese
 gerichtlichen Alte unterliegen auch dann keiner Gebühr, wenn das
 Testament oder der Erbwertrag von einem sie verwahrenden nichtbayrichen Gerichte eröffnet wurden (§§ 2261, 2300). In dem
 lesteren Falle fann sir die außerhalb Bayerns erfolgte Eröffnung
 die Gebühr des Art. 111 nicht erhoben werden.
- d. Bei gemeinichaftlichen Testamenten kommt die Gebühr des Art. 111 bei sedesmaliger Erdssinung derzelben besonders zur Erhebung. Die Berechnung hat aus dem Betrage zu ersolgen, welcher im Zeitpunkt der Erdssinung den Reinrücklaß des jeweiligen Erblassers bildet oder über welchen der Erblasser in dem Testamente versügt hat.
- e. Für ein gemäß Art. 108 bes Ausf. Ges. 3. B.G.B. nach Ablauf ber 54 jährigen Verwahrungsfrist eröffnetes Testament kommt bie Gebühr bes Art. 111 gleichfalls zur Erhebung. Vergleiche hieher Art. 166.
- f. Die Gebühr des Art. 111 kann nicht erhoben werden für widerrusene Testamente und lestwillige Berfügungen sowie für die Berfündung sormell rechtsungistiger lestwilliger Berfügungen.
- g. Für die gleichzeitige Eröffnung mehrerer Testamente ober Testamentsnachtrage wird die Gebuhr nur einmal angesest. Die aus

ber Gesamtsumme ber einzelnen Gegenstandswerte zu berechnende Gebühr kann jedoch nie hoher jein, als die Gebühr, welche sich nach dem Betrage des gesamten reinen Rücklafvermögens berechnen wurde.

5. Die Einschränkung "über welche in benselben versügt ist" schließt die Annahme aus, als ob auch in den Fällen, in welchen z. B. eine lestwillige Versügung, ohne eine Erdseiuseung zu enthalten, den Intestaterben die Auszahlung einzelner Vermächtnisse zur Pflicht macht, oder lediglich Anordnungen sinssichtlich der Art des Vegrädnisses und dergleichen trifft, die Gedühr aus dem ganzen Nachlaßvermögen zu berechnen wäre. In solchen Fällen würde die Gedühr nur aus dem Vetrage der Vermächtnisse zu erheben dzw. mit 1 M in Ansah zu bringen sein (Vurkhard S. 217, Pfass, 3 Auss. E. 104).

Sofern es notwendig erscheinen follte, hat den Gegenstandswert eines Vermächtnisses oder einer Auflage gemäß Art. 43 das

Nachlaggericht feftzusegen. Giebe auch Unmertg. Biff. 12.

6. Als Schulben, welche vom Rücklaßvermögen in Abzug gebracht werden dirfen, kommen nach der Intention des Gebührengesess bei Erhebung der Gebühr des Art. 111 Vermächtnisse und Aussagen nicht in Betracht. Vergleiche hieher Anmerks. 6 zu Art. 94.

- 7. Ist der Nachlaß überschulbet, so wird keine Gebühr erhoben, auch nicht die Mindestgebühr von 1 *M*, jedoch kommt diese zum Ansak, wenn auch der Reinrücklaß oder die Gegenstandssumme unter 1000 *M* beträgt.
- Sa. Gemäß Art. 125 bes Gebührengesets in der Fassung vom 18. August 1879 wurde bis zum 1. Juli 1886 für die Errichtung von Testamenten und sonstigen lestwilligen Versäungen eine Gebühr von 10 $\mathcal M$ erhoben.
- b. Der Abjat 2 hat nur die Bedeutung einer llebergangsbestimmung und bezweckt sir diejenigen Testamente u. s. w., sür welche nach vorerwähnter Gebührenvorschrift bei ihrer Errichtung die höhere Gebühr von 10 M bezahlt wurde, eine entsprechende Ausgleichung zu schaffen. Dieselbe joll in der Beise ersolgen, das bei solchen Testamenten die Gebühr nach Abs. 1 nur insoweit zur Erhebung dommt, als sie den Betrag von 7 M, unt welchen die Gebühr nach Art. 126 des Geb.G. v. 29. Nai 1886 ermäßigt wurde, übersteigt. (Motive 1886.)
- c. Die Anrechnung der Gebühren nach Art. 111 Abs. 2 u. 3 greift bei Erbverträgen, welche mit Eheverträgen in einer und derselben Urkunde verbunden sind, dann nicht Plat, wenn die Urkunde nicht Bestimmungen über Gegenstandssummen enthält, welche nicht schon auf Grund des Ehevertrages der verhältnismäßigen Gebühr unterworfen waren.
- 9. Die Gebührenerhebung für die Eröffnung von Testamenten und Erbverträgen stellt sich tabellarisch dar, wie folgt:
 - I. Testamente. a) Errichtet in der Zeit bis zum 1. Oktober 1879. eins vom Tausend (Art. 111 Abs. 1).

b) Errichtet in ber Zeit vom 1. Oktober 1879 bis 1. Juli 1886 (Art. 125 bes Gebührengesets vom 18. Auguft 1879).

eins vom Taufend abzüglich 7 Mark (Art. 111 Abs. 2).

c) Errichtet in der Zeit vom 1. Juli 1886 an. eins vom Tausend (Art. 111 Abs. 1).

II. Erbverträge.

a) Errichtet in ber Zeit bis zum 1. Oftober 1879. eins vom Taujend (Art. 111 Abj. 1).

b) Errichtet in ber Beit vom 1. Ottober 1879 bis 1. Juli 1886.

(Art. 115 bes Gebührengesetes vom 18. August 1879).
1. Ohne Gegenstands-

funme: eins vom Taujend abzüglich 7 Mark (Art. 111 Abs. 2).

2. Mit Gegenstands-

(Art. 115 Abs. 2, 112 3. 1 u. 2, 113 3. 2 bes Geb.G. v. 18. Aug. 1879).

aa) aus Immobisien und gleichgeachteten Rechten; eins vom Taujend abzüglich ber

erhobenen Gebühr von 1 vom hundert, soweit sie 3 M übersteit (Art. 111 Abs. 3).

bb) in sonftigen Gallen:

eins vom Tausend abzüglich der erhobenen Gebühr von 3 vom Tausend, soweit diese 3 M übersteigt (Art. 111 Abs. 3).

c) Errichtet in ber Zeit vom 1. Juli 1886 bis 1. Januar 1900.

1. Ohne Gegenstandesumme: eine bom Taufend (Art. 111 Abj. 1).

2. Mit Gegenstandsjumme:

wie unter lit. b 3. 2 (Art. 116 Abj. 2, 113 3. 1, 2, 114 3. 1, 2 des Geb.G. vom 29. Mai 1886 bzw. 6. Juli 1892).

d) Errichtet ab 1. Januar 1900. eins vom Taujend (Art. 111 Abj. 1).

10. Für die Gestattung der Einsicht von Testamenten u. s. w.

(§ 2264) wird eine Gebühr nicht erhoben, siehe Art. 114.

Beglaubigte Abschriften ober Auszüge, dann Aussertigungen unterliegen neben ben Schreibgebühren auch der Gebühr bes Art. 54. Im Falle sie von Amtswegen erteilt werden jedoch nur ber Schreibgebühr. Vergl. hieher § 34 ber Auss. Boricht. 3. Nachlaß Ges.

11. Die Gebühr für die Eröffnung einer Berfügung von Tobeswegen gefort zu den Nachlagerbindlichteiten, sie tann baber

aus dem Nachlasse entnommen werden, siehe Art. 115. Die Kosten der Erössung einer Berfigung des Erblassers von Todeswegen zählen nach § 224 Kr. 4 der R.K.D. zu den Masseschulden. AND DESCRIPTION OF THE PERSON OF THE PERSON

12. Das Nachlaggericht hat für die Festsetung bes Nachlagwertes Corge gu tragen, foferne feitens ber Beteiligten über ben Wert bes Nachlaffes teine ober offenbar unrichtige Angaben gemacht werden. Dies gilt insbesondere auch für die von den No-taren vorgenommenen Eröffnungen von Testamenten oder Erbverträgen. Im Falle der Bertsjeftjebung durch das Nachlaßgericht obliegt die Erhebung der Gebühr nicht dem Notare, sondern dem Berichtsichreiber. Im übrigen erfolgt die Erhebung der bei einem Notare anfallenden Gebühren und Auslagen durch biefen felbst. Siehe Bet. b. St.M. b. Justig u. d. Finanzen v. 16. Dezbr. 1900, Juft. M.Bl. S. 1256 u. v. 11. Marz 1903, Juft. M.Bl. S. 249.

Art. 112 (87).

Die von Militärpersonen bei der Mobilmachung 1) errichteten oder in amtliche Verwahrung gebrachten Testamente und Erbvertrage sind von der Gebühr des Art. 111 befreit.

Der Art. 112 entspricht bem bisherigen Art. 87. Die neue Fassung ift burch ben Sprachgebrauch bes Bürgerlichen Gesetbuches veranlagt und enthält feine Nenderung bes geltenden Rechtes (Motive 1899).

1. Nur die anläglich einer Mobilmachung von Militarperjonen errichteten Teftamente oder Erbvertrage find von ber Bebubr bes Art. 111 befreit. Die betreffende Militarperfon muß bem mobil gemachten Truppenteil angehören.

Mrt. 113.

Für die Verfügungen, durch die der Besitzer eines Testaments im Falle des § 2259 Abs. 1 des Burger= lichen Gesethuchs zur Ablieferung des Testaments angehalten wird, wird eine Gebühr von 1 bis 10 Mark erhoben 1)2)3).

Die gleiche Gebühr wird für die Abhaltung des Termins zur Leiftung bes im § 83 Abf. 2 bes Gefetes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

bestimmten Offenbarungseids erhoben 4)5).

3m Urt. 113 find die Gebühren festgeset, welche fur bas im § 83 bes G.F.G. geregelte Zwangsverfahren zur Ablieferung von Teftamenten erhoben werben follen.

Daß im Abf. 2 fur die Leiftung bes im § 83 Abf. 2 beftimmten Offenbarungseibs nicht bie im § 43 bes R.G.A.G. be-ftimmte Gebuhr festgesett ift (vergl. für bie sonftigen Fälle Art. 133), hangt bamit zusammen, bag es im Intereffe ber Ginfachheit wünschenswert erschien, bier bon einer nach bem Werte bes burch bie Berfügung bon Tobesmegen betroffenen Bermogens bemeffenen Gebühr Abstand zu nehmen.

1. Wer ein Testament, das nicht in amtliche Verwahrung gebracht ist, im Vesitse hat, ist verpslichtet, es unverzüglich, nachdem er von dem Tode des Erblassers kenntnis erhalten hat, an das Nachsasgericht abzuliefern (§ 2259 Abs. 1).

Das Nachlaßgericht tann ben Besitzer bes Testaments burch Orbnungsstrafen zur Ablicferung bes Testaments anhalten (§ 83

Abi. 1 des G.F.G).

Nur für die Berhängung der Ordnungsstrase kommt die Gebühr des Art. 113 zur Erhebung. Leistet der Bester des Testaments der gerichtlichen Aussorderung zur Ablieferung sosort Folge, ohne daß es zu einer Zwangsmaßregel kommt, fällt die Gebühr nach Art. 113 nicht an. Die Gebühr wird jedoch so oft erhoben, als Ordnungsstrasen versügt werden.

2. Sinfichtlich ber Festjebung ber gu erhebenden Gebühr

siehe Art. 280 u. Anmerkg. 12 u. 13 zu Art. 89.

3. Die Bestimmung des Art. 113 trifft auch für Erbberträge zu.

4. Besteht Grund zur Annahme, daß jemand ein Testament im Besitschat, zu bessen Ablieserung er nach § 2259 Ab. 1 des B.C.B. verpstichtet ift, so tann er von dem Nachlaßgerichte zur Leisung des Ossenbarungseides angehalten werden. Die Borschriften des § 883 Abs. 2, 3, des § 900 Abs. 1 und der §§ 901, 902, 904 dis 910, 912, 913 der R.C.P.D. sinden entsprechende Anwendungen.

Leistet der zum Offenbarungseid Geladene den Eid dahin, daß er nicht im Besitze des Testaments ist, so ist er für die Gebühr des Art. 113 nicht zahlungspflichtig. In diesem Falle sind

die Erben Gebührenschuldner.

5. Die Gebühr bes Art. 113 kann aus dem Nachlaß entnommen werden und haften für die Zahlung derselben die Erben nach den Borschriften über Nachlaßverbindlichkeiten eventuell die Versonen, welche zur Verfügung von Zwangsmaßregeln Anlaß gegeben haben.

Im Falle der Erzwingung der Eidesleiftung ist derjenige, welcher das Testament im Besit haben soll, Schuldver der Gebühr des Art. 113. doch hatten neben demielben auch die Erben für

die Gebühr.

Art. 114.

Für die Gestattung der Einsicht der bei dem Nachlaßgerichte niedergelegten Anzeigen, Erklärungen, Inventare und Testamente sowie der im § 78 des Gesetes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erwähnten Ermittelungen, Verfügungen, Protokolle und Zeugnisse werden Gebühren nicht erhoben 1).

Um die Zwecke, welche das bürgerliche Recht mit der Geftattung der Einsicht der bei dem Nachlaßgerichte niedergelegten Anzeigen, Erklärungen, Inventare, Testamente sowie der im § 78 bes G.J.G. bezeichneten Schriftstude verbindet, nicht zu vereiteln, muß die Gestattung ber Ginsicht gebuhrenfrei fein. (Motive.)

1. Der § 78 bes G.F.G. hanbelt von der Einsichtnahme gewisser Aftenstide in Nachlaß- und anderen Angelegenheiten, so nach

B. B. B. § 1342 Mbj. 2	pehe	urt.		Anmertg. 1.
§ 1507	,,	"	98,	,, 6.
§§ 1597, 1599	,,	"	104,	,, 1.
§ 1953 NG. 3	,,	"	,,	,, 1.
§ 1957	,,	"	"	" 1.
§ 1953 9(b). 3 § 1957 § 1964	"	"	100,	" 1.
§§ 1994, 1995 Mbj. 3, 1996,	1.0	"		
2003, 2005 9161. 2	,,	"	105.	,, 79165.2.
§ 2006	,,	"	107,	" 3.
	,,	"	105,	" 7 Abs. 2.
§ 2081	",	",	104,	" 1.
§ 2010 § 2081 § 2146	"	",		" 1.
§§ 2200, 2227, 2228		"	109.	" 1.
§ 2264	"		111.	" 10
§§ 2353 ff.	"	"	96,	" 16
§ 2361	"	"	97,	" 2
§ 2361 § 2368	"	"	98,	" B
§ 2384	"	"	104,	" 1
G.B.D. §§ 37, 38	"	"	99,	3
0.0.0.gg 01, 00	"	11	00,	,, 5,

Art. 115 (86).

Die Gebühren für die Eröffnung einer Verfügung von Todeswegen 1), für die Sicherung des Nachlasses 2), für eine Nachlaßpflegschaft 3) und für die Inventarerrichtung 4) können aus dem Nachlaß entnommen werden 5). Für die Zahlung dieser Gebühren haften die Erben nach den Vorschriften über Nachlaßverbindlichkeiten 6).

Für die in den Art. 94, 95 bestimmten Gebühren haften die Anteilsberechtigten als Gesamtschuldner?).

Nach bem früheren Art. 86 sind die anfallenden Gebühren und Austagen aus dem Nachlasse zu erheben; für die Berichtigung der Kroften hasten die Erben die auf die Höhe des aus der Erbe

schaft Empfangenen famtverbindlich.

Nach § 224 Nr. 4 ber N.K.D. hat die Kostensorberung die Eigenschaft einer Massechuld nur hinsichtlich der Kosten der Erössinung einer Versigung des Erblassers von Todesvegen, der gerichtlichen Sicherung des Nachlasses, einer Nachlaspssegichaft, des Ausgedots der Nachlasses und der Inventarerrichtung. Dieser Vorschrift schließt sich der Art. 113 an; das Ausgedot ist nicht erwähnt, weil sür dessen Kosten das R.G.K.G. maßgebend ist. Die Kosten der Teilung des Nachlasses sind in der R.K.D. nicht als unmittelbare Massechulden ander Erde, welcher sie bezahlt hat, nach § 224 Nr. 1 der R.K.D. für seine Auswendungen

aus bem Nachlaffe mit bem Borrechte ber Maffeschuld Erfat forbern. Diefer Rechtslage entsprechend erklärt ber Abs. 2 die Erben für die Roften ber Teilung perfonlich haftbar und überläßt es ihnen, ihrerfeits aus dem Nachlaffe Erfat zu fuchen. Daß für die Roften einer Teilung die Erben als Bejamtichuldner haften, fteht im Einklange mit ber Borfchrift bes § 2058 bes B.G.B. (vergl. auch Art. 132 bes Ausf. Gef. 3. B.G.B.). Die Roften eines Erbicheines find nicht als Masseschulden in der Kontursordnung ausgeführt und beshalb auch im Abi. 1 nicht erwähnt. Dies hat zur Folge, baß jeber Erbe als Antragsteller persönlich für die Kosten bes Erbicheines haftet.

Was von den Koften der Teilung eines Nachlaffes gilt, trifft auch für die Roften ber Auseinandersetzung in Ansehung eines Be-

famtgute zu. (Motive 1899.)

1. Bu ben Gebühren für bie Eröffnung bon Teftamenten und Erbbertragen gablen auch die Roften für die beglaubigten Abschriften ober Muszüge, burch welche bas Nachlaggericht bie Beteiligten, die bei ber Eröffnung bes Teftaments nicht jugegen gewesen find, von bem fie betreffenden Inhalt bes Testaments in Renntnis jest. (§ 2262 B.G.B.) Siehe auch Anm. 10 zu Art. 111.

Für die Roften ber von einem Notar an Stelle bes Rachlaggerichts vorgenommenen Eröffnung eines Teftamentes ober Erbvertrags haften die Erben nach den Vorschriften über die Nachlagverbindlichkeiten. Beschluß bes Oberstl.G. v. 29. Oktober 1901, Sig. d. Entschhog. n. F. Bd. II S. 666.

2. Hieher gehören die Kosten für alle nach § 1960 des B.G.B. vom Nachlaggerichte zur Sicherung bes Nachlaffes erlaffenen Unordnungen. Siehe Art. 101.

- 3. Nicht nur die Roften der Nachlagpflegschaft, sondern auch die der Nachlagberwaltung. Siehe Art. 102 u. 103.
- 4. Das Geiet ermahnt nur bie Roften für bie Inventarerrichtung (Art. 105). Hinsichtlich ber Bestimmung der Inventar-frist (§ 1994 des B.G.B.) haften für die Zahlung der Gebühren nicht die Erben, sondern ist der antragstellende Gläubiger Alleinichuldner.
- 5. Dies wird geschehen können, wenn das nachlaggericht zum Nachlaffe gehörige Gelber im Befite hat.
- 6. Es finden hier die allgemeinen Borichriften über die Beschräntung ber Haftung ber Erben auf ben Nachlaß Anwenbung (§ 1967, § 1975, § 1990 u. § 1992 N.G.B.). Nach § 2058 haften Erben für die gemeinichaftlichen Verbindlichkeiten als Gefamtsichuldner. Ift der Nachlaß noch nicht geteilt, so kann er die Berichtigung von Nachlaßverbindlichkeiten, soferne er nicht unberichtigung von schränkt haftet, aus seinem Bermögen, bas er außer seinem Anteil an bem Nachlaffe hat, verweigern (§ 2059). Rach ber Teilung haftet er nur für den seinem Erbteil entsprechenden Roftenanteil (§ 2060).
- 7. Für die Roften ber Bermittelung ber Auseinandersetung eines Nachlaffes ober eines Gesamtguts haften außer den Antrag-

ftellern die sämtlichen Anteilsberechtigten, soserne das Gericht dem Antrage auf Auseinandersetung stattgegeben und das Bersahren einaeleitet hat.

Jeber Anteilsberechtigte kann gur Zahlung famtlicher Roften herangezogen werben und hat die Staatskaffe die Bahl, von

welchem berjelben fie die Roften einzichen will.

6. Grundbuchfachen.*)

Art. 116 (88).

Jede Eintragung¹) in das Grundbuch, einschließlich der sie begleitenden Handlungen²) des Grundbuchamts, unterliegt, soweit in den solgenden Artikeln nicht ein Anderes bestimmt ist, einer Gebühr, welche bei Wertszegegenständen bis zu 200 Mark einschließlich ein Zehnteil der Säte des § 8 des ReichszGerichtskostengesehes, bei Wertsgegenständen über 200 Mark 1 Mark beträgt ^{3 618} 6).

Die Motive bejagen hiezu:

Das Liegenschafterecht bes Burgerlichen Gefetbuches beruht auf bem Grundbuchsuftem, jest also zu feiner vollen Durchführung das Borhandenjein des Grundbuchs voraus, welches das Eigentum und alle Belaftungen bes Eigentums an buchungspflichtigen Grundftücken erschen läßt und in welches alle durch Rechtsgeschäft unter Lebenden fich vollziehenden Rechtsänderungen an Grundftuden und diesen gleichstehenden Rechten eingetragen werden muffen. Sieraus ergab sich die Notwendigkeit von jelbst, die auf das Psandbuch-system aufgebauten Bestimmungen der bisherigen Art. 88 bis 96 bes Beb. . einer durchgreifenden Abanderung zu unterziehen und nicht nur für die Entgegennahme ber Auflaginngserklärung burch bas Grundbuchamt, jondern auch für die por bem Grundbuchamte erfolgten Beftellungen von Sypotheten, Grundichulden oder Rentenichulden und für die vor dem Grundbuchamte erfolgten lebertragungen ober Belaftungen einer Sypothet, Grundichuld ober Rentenschuld neue Gebührenvorschriften zu treffen. Diese Bor-schriften schließen sich enge an die Bestimmungen an, welche im Falle ber Beurkundung folcher Rechtsgeschäfte durch ben Notar jur Unwendung gu gelangen haben, und weichen nur infofern von letteren Beftimmungen ab, als eine bejondere Gebührenvorschrift, wie sie Art. 160 für die Bewertung aller übrigen, durch den Notar benrtundeten Rechtsgeschäfte enthält, für die Bornahme der gleichen Beichäfte por bem Grundbuchamt nicht getroffen ift. Dieje Unter-

Bis au biefem Zeitpuntte haben für bie Gebuhren in Supothet- und Grundbuchfachen noch bie feitherigen Bestimmungen Anwendung gu finden

(Giebe Unhang Biffer 3.)

^{*)} Rach Art 309 treten bie Bestimmungen über bie Gebühren in Grundbuchjachen hinsichtlich der Gebührensätz, soweit dieselben dem Gebührenssächtigen gänstiger sind, gleichzeitig mit dem Bürgertichen Gesegdich, im übrigen sie soben Grundbuchbegirt mit dem Zeitvunkt in Krast, in welchen das Grundbuch die angelegt anzuleben ist.

lassung dürfte damit ihre Begründung finden, daß schon bisher die unter den Art. 160 fallenden Geschäfte auch bei dem Hypothekenamte vorgenommen werden konnten, ohne daß hiefür eine weitere, als die Gebühr des Art. 88 für die Eintragung in das Hypothekenbuch zum Ansah zu gelangen hatte.

1. Im Ginklange mit den Gesehen anderer Bundesstaaten insbesondere Breußen bestimmt ber Art. 116, daß alle Eintragungen in das Grundbuch, soweit sie nicht von Amts-wegen zu erfolgen haben, als:

§ 7 ber G.B.D., Gintragung eines Erbbaurechts;

§ 8 Abi. 2, Berichtigung bes Bermerks hinsichtlich ber Uenberung ober Ausgebung von Rechten, die bem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks zustehen:

§ 18 Abs. 2, Gintragung und Löschung einer Bormertung ober eines Biderspruches bei beantragten Gintragungen,

welche dasielbe Recht betreffen;

§ 23 Abj. 1, Eintragung des Biberipruches hinsichtlich der Löschung eines Rechtes, das auf die Lebenszeit des Berechtigten beschränkt ist;

§ 46, Eintragung bes Rangbermertes bei gleichzeitiger Stellung ber Untrage ober Bewirkung ber Eintragungen an

bemfelben Tage;

§ 49, Erkennbarmachung und Löschung der Mitbelaftung; § 52, Eintragung des Rechtes des Nacherben und der Befreiung des Vorerben von der Verfügungsbeschränkung;

§ 53, Miteintragung bes Teftamentevollftreders;

§ 54, Eintragung bes Biberipruches, wenn erstere unter Berletung gesetlicher Borichriften vorgenommen wurde, und Löschung von Eintragungen unzulässignen Inhalts:

§ 76, Löschung der Bormerkung ober des Sideribruchs, welche auf Beranlassung des Beschwerbegerichts eingetragen wurden:

§ 89, Eintragung ber Bezeichnung ber Grundstücke nach ben Sachreaistern

ber Gebühr bes bisherigen Art. 88 unterliegen.

Es hat daher diese Gebühr nicht nur für die Eintragung von Vermerken, Vormerkungen, Widersprüchen, Löschungen, von Neuderungen der Verzinslichkeit, des Jinsjahes, der Jahlungszeit und des Zahlungsveres u. s. w. sondern auch dann zur Erhebung zu gelangen, wenn eine Eintragung auf Grund notarieller Urkunden, z. B. bei Grundbienstdarkeiten (§ 1018 V.G.), Rießtrauch (§ 1030 V.G.), Reallasten (§ 1105 V.G.). — Leidgeding, Leidzucht, Altenteil —) erfolgt oder wenn in den Fällen der Art. 118 und 119 bereits eine verhältnismäßige Gebühr in Anjah zu kommen hatte. (Siehe auch Motive 1899.)

Für die Gebührenerhebung ift ohne Einfluß, ob die Eintragung auf Grund einer gerichtlichen Entscheibung ober auf Erjuchen einer Behörbe ober eines Beamten ersolgt. Siehe auch

Anmerkg. 6.

Mur für bie Eintragung wird bie Gebühr bes Art. 116 erhoben; im Falle ber Burudnahme bes Untrages auf Gintragung wird die Gebühr gur Balfte erhoben (Art. 125).

Im Falle ber Zurudweisung eines Antrages auf Eintragung ift eine Gebühr von 1 & zu entrichten (Art. 124).

Sinfichtlich nur einmaliger Gebührenerhebung für mehrere Einträge fiehe Art. 117.

2. Befondere Gebühren gelangen baber nicht gum Anfate für : bie Benachrichtigung von ber erfolgten Eintragung (Art. 127 Biff. 1, vergleiche hieher auch F.M.E. v. 18. April 1885, Bfaff, 5. Aufl. S. 109),

die Brufung der Legitimation der Erklärenden und der

bon ihnen borgelegten Nachweife,

die Beschluffassung über ben Antrag auf Gintragung,

bie Entgegennahme ber nach § 876 bes B.G.B. erforberlichen Buftimmungsertlarung eines Dritten g. B. bes Pfandgläubigere gur Aufhebung ber Sypothet fowie ber Bergichtsertlärung bes Eigentumers nach § 928 bes B.G.B.,

die Eintragung des Borbehalts, ein anderes Recht mit dem Range vor bem eingetragenen Recht eintragen zu laffen

(§ 881 bes B.G.B.).

bie gleichzeitige Gintragung ber Musschließung ber Erteilung eines Sypothetenbriefes (§ 1116 Abf. 2 des B.G.B.),

bie Eintragung ber Unterwerfung ber fofortigen 3mangevollftredung (§ 800 Abf. 1 ber R.C.P.D.), fofern die Eintragung gleichzeitig mit ber Eintragung ber Sypothet erfolgt,

bie gleichzeitige Gintragung, bag gur Lojchung bes auf Lebenszeit bes Berechtigten beschränften Rechtes ber Rachweis bes Todes bes Berechtigten genügen foll (§ 23 Mbi. 2 ber (B.B.D.) ober im Falle ber Erreichung eines bestimmten Lebensalters bes Berechtigten (§ 24 ber G.B.D.).

Much wird die Eintragungsgebühr nur einmal gur Erhebung zu gelangen haben, wenn das Grundstück auf dem Grundbuchblatte bes Beraugere geloicht und auf bem Blatte bes Erwerbers eingetragen wird, ferner fur ben bei ber Unlegung eines Blattes fur ein Erbbaurecht bem Blatte bes Grundftucks nach § 7 ber U.B.D. beizusependen Vermerts n. f. w. (Siehe Motive 1899, bann auch Mügel, Breug. G.R.G. § 59 G. 195.)

3. hinfichtlich ber Gebührenfage fiebe Unhang Tabelle a.

4. Roftenschuldner ift der Untragfteller.

Eine Ausnahme von biejem Grundfage ift für den Fall von Löschung serklärungen gegeben, als ber Hypothekgläubiger die Löschung seiner Darlehensforderung oder der Berechtigte die Loschung seiner Leibgeding- ober sonftigen Rechte beantragt. Nach Finanzministerialbekanntmachung vom 23. Februar 1883 (Just. M. Bl. 1883 S. 35) ist in diesen Fällen der Hypothekschuldner als Roftenichuldner zu behandeln. Dasfelbe trifft zu bei Pfandfreigabsertlärungen.

- 5. Da nach § 119 der R.C.P.D. das Armenrecht die erste Anstanz einichließlich der Zwangsvolsstrectung umsaßt, so ist zu besachten, daß die Gedühr im Falle der Eintragung einer Sicherungshydothet für die Forderung auf Grund Arrestbeschlusses (§ 932 der R.C.P.C.) vorerst nicht zur Erhebung gelangt und im Falle der Zwangsvolsstrectung (§ 887 der N.C.P.C.) von dem zum Armenrechte zugelassenen Antragsteller nicht erhoben werden kann. Dieselbe fällt im septeren Falle, wie dies auch bei Anträgen des Reichs- oder Landes-Kistus Anwendung zu sinden hat (siehe Art. 3), im hindlick auf § 788 der N.C.P.C. dem Schuldner zu Last und ist zugleich mit dem zur Zwangsvolsstrectung stehenden Anspruch beizutreiben.
 - 6. Gebühren werden nicht erhoben für die Eintragungen: auf Beranlassung der össentlichen Armenpslege (Art. 9 Abs. 1 des Ges. v. 29. April 1869/30. Juli 1899),

ber Brandversicherungesumme (Art. 92 Abf. 1 bes Gef. v.

3. April 1875),

ber Errichtung landwirtschaftlicher Erbgüter (Art. 34 bes Gej. v. 22. Februar 1855),

von bestehenden Grundbienstbarteiten (Art. 10 Mbs. 4 bes

Gef. v. 9. Juni 1899 Uebergangsvorichr. z. B.G.B.), auf Grund Art. 43 des Flurbereinigungsgesetzes vom 29. Mai

1886 30. Juli 1899,

nach Art. 23 des Gef. betr. die Landeskultur-Rentenanstalt

v. 21. April 1884,

bann im Zwangsversteigerungsversahren für die Löschung des Bersteigerungsvermerks sowie der durch den Zuschlag erloschenen Rechte und für die Eintragung der Sicherungshypotheten für die Forderung gegen den Ersteher (vergleiche Art. 20, sowie § 130 des Zw. Ges.).

Gebührenfrei ift ferner die Eintragung und Löschung der Nachlagverwaltung. Vergl. auch § 81 der Nuef. Vorschr. 3. Nachlag Ges.

hingegen wird für die Eintragung bes Erstehers als Eigentümers die Gebühr des Art. 116 erhoben.

Bergleiche ferner hieher Art. 3 Biff. 1 u. 2.

Art. 117 (90).

Hat die nämliche Eintragung gleichzeitig auf versichischen Grundbuchblättern desjelben Eigentümers 1) zu erfolgen, so wird die Gebühr nur einmal erhoben.

If die nämliche Eintragung gleichzeitig auf den Grundbuchblättern verschiedener Eigentümer zu bewirken, jo kommt für jeden Eigentümer die Gebühr besonders zur Erhebung 2).

Bon verschiedenen Eintragungen unterliegt eine jede ber Gebühr für sich, sofern dieselben nicht auf Grund einer Berhandlung gleichzeitig auf dem nämlichen Grundbuchblatt oder auf mehreren Grundbuchblättern eines

A STATE OF THE PARTY OF THE PAR

und desjelben Eigentümers zu erfolgen haben. In letterem Falle kommt nur eine Gebühr und bei Bersichiedenheit der Säte der höchste Betrag zur Erhebung.

Bei der Eintragung von Spyotheten für mehrere Versteigerungserlöse, die auf Grund derselben Verhandlung einem Gläubiger gegen die Ersteher der einzelnen gleichzeitig versteigerten Grundstücke zustehen, dürsen die Gebühren des Art. 116 zusammengerechnet den Vetrag von 10 Mark nicht übersteigen 1).

Unter der "nämlichen" Verhandlung im Sinne bes Abi. 1 ift eine Verhandlung zu verstehen, die den nämlichen Gegenstand und das nämliche Rechtsverhältnis betrifft. Wenn z. B. der Gläubiger seine Hypotheksorbactung auf mehrere ihm verpfändete Grundstücke verteilt (§ 1132 Abi. 2 des B.G.B.). Wertsgegenstandspiumme ist hier der Betrag der Hypotheksproberung.

Die Gebühr wird nur einmal erhoben, wenn auch die Eintragung auf Grundstücke desjelben Eigentümers in verschiedenen Grundbuchbezirten zu ersolgen hat. (Wotive 1899.)

- 1. Als berfelbe Eigentumer im Sinne bes Gebührengesches find anzuschen Miteigentumer, insbesondere Ehegatten, die in Gütergemeinschaft leben, der überlebende Ehegatte und seine Kinder, welche in fortgesehter Gütergemeinschaft oder Berwaltungsgemeinschaft leben u. a.
- 2. Der Abjat 2 schreibt die Erhebung der Gebühr jo ostmals vor als verschiedene b. h. nicht in einem Miteigentumsverhältnis zu einander stehende Eigentümer vorhanden sind.
- 3. Im Sinne bes Abs. 3 gilt auch als "Verhandlung" nicht nur die Verhandlung vor dem Grundbuchante, sondern auch vor anderen Behörden 3. B. dem Aotare. Wenn daher vor einem Notare die Austassigung in Ansehung von drei verschiedenen Grundstücken in einer Verhandlung erklärt wird, die in drei verschiedenen Grundbuchbezirken liegen, so ist sir die Gintragung durch die drei zuständigen Grundbuchämter die Gedühr des Art. 116 nur einmal zu erheben. (Wotive 1899).

Eine Berichiedenheit der Sähe kann eintreten, wenn 3. B. für die eine Eintragung in Abtig. I eines Grundbuchblattes ein Bertsgegenstandsbetrag von 150 M, sür eine weitere Eintragung in Abtig. III desselben Grundbuchblattes ein solcher von 100 M in Frage kommt. Für erstere wäre eine Gebühr von 80 J, sür letztere eine solche von 50 J zu berechnen. Da in diesem Falle jedoch nur eine Gebühr und zwar der höchste Betrag derselben zur Erhebung kommt, so gelangt hier nur die Gebühr von 80 J zum Ansap.

4. Die in einzelnen Landesteilen üblichen Bersteigerungen auf Friften fallen nicht unter die Erleichterungen, die der Art. 117 für andere Fälle im Abs. 2 und 3 gibt. Der neue Abs. 4 bes

Art. 117 soll verhindern, jene Uebung, die vielsach vorkommt, durch eine unverhältnismäßig hohe Gesamtgebühr unmöglich zu machen (vergl. XXI Prot. des Just.Gesetzeb. Aussich. der K. d. Reichstäte S. 421, Psaff, 45. Aufl. S. 111).

Art. 118.

Bei der Entgegennahme der Auflassung durch das Grundbuchamt wird, wenn nicht eine Urkunde vorliegt, welche mit der im Art. 146 bestimmten Gebühr jchon zu bewerten war, die Gebühr des Art. 146 und neben dieser diesenige Gebühr erhoben, welche für die Aufnahme der Urkunde über die Aussassung durch den Notar an diesen zu entrichten wäre.

Das Gleiche gilt für die Bestellung ober Uebertragung

eines Erbbaurechts 1 bis 5).

Die Motive 1899 erläutern biegu.

rechtsgeschäftliche Erwerb bes Gigentums Grundftuden vollgieht fich nach bem Burgerlichen Gefegbuche durch Auflassung (§ 925) und Eintragung in das Grundbuch (§ 873). Die Auslassung muß bei gleichzeitiger Anwesenheit beiber Teile bor bem Grundbuchamte ertlart werden (§ 925) Durch Art. 143 bes Ginführungsgejetes gum Burgerlichen Gejetbuch ift es jeboch ber Landesgesetgebung porbehalten, ju geftatten, daß zur Entgegennahme ber Auflassungertlärung auch die Notare zuständig sein sollen. Entsprechend dieser Ermächtigung ist im Art. 81 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesehbuche vorgesehen, daß in Unsehung ber in Bayern liegenden Grundftucke bie Ginigung ber Barteien bei ber Uebertragung bes Gigentums und der Beftellung eines Erbbaurechtes außer bor bem Grundbuchamte auch vor einem baurischen Notar erklärt werden tann. Die Buftandigkeit bes Grundbuchamts konnte von ber Landesaefengebung nicht ausgeschloffen werben. Die Landesgesetzgebung ift aber nach Art. 141 bes Ginführungsgesetes jum Burgerlichen Gesethuche befugt, ju bestimmen, bag fur bie Beurtundung bes Bertrages, burch ben ber eine Teil fich verpflichtet, bas Gigentum an einem Grunbftude ju übertragen (§ 313 Cat 1 B.G.B.) nur bie Notare zuftandig find. Nach § 98 ber Grundbuchordnung tann ferner die Lanbesgeletzgebung bestimmen, daß das Grundbuchamt die Erklärung der Auslassung nur entgegennehmen soll, wenn die nach § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ersorderliche Urkunde vorgelegt wird. Bon letteren beiben Borbehalten ift in Bayern in ben Borichriften bes Urt. 15 Abi. 2 bes Musführungsgesepes gum Berichtsberfassungegefet nach Art. 167 Biff. I bes Ausführungegefetes jum Burgerlichen Gefegbuch und bes Art. 12 bes Musführungsgefetes zur Grundbuchordnung und zu bem Gefet über bie 3mangsversteigerung und die Zwangsverwaltung Gebrauch gemacht und es ift hienach ber bisherige Rechtszuftand in Unsehung ber Ruftänbigteit ber Notare für die Beurkundung der das Eigentum an Grundstüden betreffenden Rechtsgeschäfte wenigstens im Ergebnisse gewahrt.

Bird hienach ein bon einem banrischen Notare errichteter Beräußerungsvertrag dem Grundbuchamte vorgelegt, so kommt nach Art. 118 Abs. 1 für die Entgegennahme der Auflassungs-erklärung oder, da künftig die Beurkundung dieses Bertrags mit ber Beurkundung ber Auflaffungserklärung wohl regelmäßig ver-bunden werben wird, für die Eintragung bes Eigentums in das Grundbuch außer ber Gebühr bes Art. 116 eine weitere Gebühr nicht mehr zur Erhebung, weil die Immobiliargebuhr bes Urt. 146 bereits bei ber Errichtung ber notariellen Urtunde gum Unfage gelangt ift. Desgleichen wird außer ber Eintragungegebuhr bes Urt. 116 eine verhaltnismäßige Gebühr nicht mehr geschulbet im Falle einer gutlichen Ginigung ber Beteiligten über die Abtretung vor ber Diftrittsvermaltungsbehörde (v. Art. 25 auf S. 31), ba auch in biejem Falle bie Gebuhr bes Art. 146 schon bei ber Beurtundung ber Einigung ober ber Auflaffung por ber Diftrittsverwaltungsbehörde erhoben worden ift. Dagegen ift bie Ge-buhr bes Urt. 146 in allen Fällen gu erheben, in benen bie Auflassungserklärung nicht auf Grund, eines Bertrages abgegeben wirb, fo 3. B. in ben Fällen, in benen ber berzeitige Eigentümer auf Grund bes Gejebes gur Eigentumenbertragung berpflichtet ift ober wenn es fich um ben Bollaug eines Bermachtniffes handelt, bas ein Grundftud jum Gegenstande hat.

Die Gebühr bes Urt. 146 foll aber auch bann gur Erhebung gelangen, wenn die Auflaffung auf Grund einer Urtunde erfolgt, die nicht von einem banrifchen Notare ober im Falle bes Art. 25 von einer banrifchen Behorde errichtet ift, ba es fich nicht rechtfertigen laffen wurde, folche Auflaffungsertlarungen gebührenrechtlich gunftiger gu behandeln, als Auflaffungsertlarungen, die auf Grund einer por einem banrischen Notar errichteten Urtunde entgegengenommen werben. Die getrennte Abgabe der Auflassungerklarung burch die Beteiligten und die Beurfundung por andern als ben mit ben Berhältniffen bertrauten Behörben, namentlich vor nichtbanrischen Berichten ober Notaren ift im Intereffe bes Immobiliarvertehrs fowie bes baur. Notariateinstitute nicht erwünscht. Es erscheint auch als ein Gebot ber Gerechtigfeit, Die Auflaffung bor bem Grundbuchamte auf Grund eines außerhalb Bayerns errichteten Bertrags mit den nämlichen Roften zu verbinden, welche bie Errichtung einer Rotariatsurtunde in Bayern nach fich gieht. Der Art. 118 Abf. 2 beftimmt baber, bag bei ber Entgegennahme ber Auflaffung auf Grund einer Urtunde nach § 313 B.G.B., die nicht bon einem bagr. Notar errichtet ift, neben ber Bebuhr bes Art. 146 auch die Gebühr erhoben werden foll, welche im Falle der Errichtung ber Urtunde burch einen banrischen Motar an biefen (als Notariategebühr) zu entrichten mare und ertlart im Abs. 2 bie Vorschriften des Abs. 1 auf die Bestellung und die Uebertragung des Erbbaurechts sir anweindar, da gemäß § 1017 des B.G.B. sir das Erbbaurecht die sich auf Grundsstüde beziehenden Vorschriften gelten und die sir den Erwerd des Sigentums und die Ansprücke aus dem Eigentume geltenden Vorschriften auch auf das Erbbau-

recht entiprechende Unwendung finden.

Daß den Gemeinden, denen die Erhebung einer örtlichen Besitveränderungsabgabe nach Waßgade des Gesetzes dom 15. Juni 1898 gestattet ist, der Bezug dieser Abgade auch in dem Falle zustommt, in welchen die Aussalferungserklärung vor dem Grundbuchamte unter Vorlage einer außerhalb Bayerns errichteten Urkunde ersolgt, kann mit Kischscht aus den Bortlaut des allegierten Gesetzes im Jusammenhalte mit Art. 315 des Gebührengesetzes einem begründeten Zweisel nicht wohl unterliegen.

1. Die Entgegennahme der Auflassung durch das Grundbuchamt ift nur bann einer Gebühr unterworfen, wenn nicht eine nach Art. 146 mit verhältnismäßiger Gebühr bewertete Notariatsurfunde porliegt. Ift biefes nicht ber Fall und liegt insbesondere eine von einem nichtbanrischen Notare aufgenommene Urtunde vor, jo tommt bie Erhebung von zweierlei Gebühren in Betracht: erftens bie verhältnismäßige Staats gebühr nach Art. 146 und neben dieser zweitens für die Thätigkeit des Grundbuchamts die Rotariatsgebühr nach Art. 12 u. 22 ber Notariatsgebührenordnung vom 28. Dezbr. 1899 (G.B.Bl. S. 1186 u. Juft.M.Bl. S. 764), welch leptere natürlich für die Staatstaffe zu vereinnahmen ift. Beiter tann bann noch brittens in Frage tommen die Erhebung einer ortlichen Besigberanderungsabgabe auf Grund bes Gefetes betreffend bie Einführung einer Befigveranderungsabgabe für Gemeinden vom 15, Juni 1898 (G.B.Bl. G. 292). Sinfichtlich ber Bollzugebeftimmungen zu diesem Gesete vergleiche die Finangminifterialbekanntmachung vom 25. Juni 1898 (Juft. M.Bl. G. 197) fowie § 27 ber Betanntmachung vom 25. Dezbr. 1899 Bollg. Inftr. g. Reichs-Gerichtstoftengefet (Auft. M.Bl. 1900 G. 359).

2. Kostenschuldner ift berjenige Bertragsteil, welcher bie Eintragung beautragt (§ 13 Abs. 2 der G.B.D.).

- 3. Bergleiche hieher Urt. 146, bann hinsichtlich ber vorherigen Erlage eines Gebührenvorschusses Urt. 283. Siehe auch Anmertg. 5 au Art. 116. In außerbaprischen Requisitionssachen siehe Art. 282.
- 4. Da nach § 1017 bes B.G.B. für die Bestellung eines Erbbaurechis die für den Erwerb bes Eigentums geltenden Vorschriften insbesondere §§ 873 u. 925 des B.G.B. entsprechende Amwendung zu finden haben, so hat auch hier das Vorgesagte Maß zu geben.

5. Die Wertsgegenstandsjumme ift gegebenen Falles unter Berudfichtigung ber Borichriften bes Urt. 41 ff. festzusepen.

Art. 119.

Bei der Eintragung

a. von Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden 1),

- b. der llebertragung oder Belaftung einer Hypothek, Grundichuld oder Rentenschuld 2),
- c. der Bestellung von Dienstbarkeiten'3), Vorkaufsrechten und Reallasten

wird, wenn nicht eine Urkunde vorliegt, welche nach Art. 154, 155, 159 zu bewerten war, außer der Gebühr des Art. 116 in den Fällen unter a) die Gebühr des Art. 154, in den Fällen unter b) die Gebühr des Art. 155, in den Fällen unter c) die Gebühr des Art. 159, und neben dieser diejenige Gebühr erhoben, welche für die Aufnahme der Urkunde durch den Notar an diesen zu entrichten wäre⁴).

Wenn die Eintragung zu erfolgen hat, ohne daß es hiezu der Bewilligung desjenigen bedarf, dessen Recht durch sie betrossen wird, kommt nur die Gebühr des Art. 116 zur Erhebung. Auf den Fall des Art. 154 Abs. 5 findet vorstehende Bestimmung keine Anwendung 5 bis 9).

Die Motive (1899) bejagen biegu:

Un bem bisherigen Rechtszuftanbe tritt mit bem Beitpuntte, zu welchem bas Grundbuch als angelegt anzusehen ift, eine grundjäkliche Nenderung ein. Hienach bedarf es ber notariellen Beurtundung des Sypotheten-Darlebensvertrags nur bann, wenn in bemielben die Unterwerfung bes Schuldners unter die fofortige 3mangevollftredung enthalten fein foll. 3m übrigen befteht für Die Bestellung, Uebertragung ober Belaftung einer Sypothet, Grundichuld ober Rentenschuld tein Beurtundungszwang. Rach § 873 bes Burgerlichen Gejegbuchs ift vielmehr jur Belaftung eines Grundftucks mit einem Rechte fowie gur llebertragung ober Belaftung eines folden Rechtes nur die Ginigung bes Berechtigten und bes anderen Teils über ben Eintritt ber Rechtsanderung und die Gintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch erforderlich. Die hypothet (Briefhypothet, Buchhypothet, Sicherungshypothet, Inhaberhupothet), die Grundichuld und die Rentenichuld entsteht fohin mit ber Eintragung in bas Grundbuch, welche gemäß § 13 ber Grundbuchordnung von demjenigen, beffen Recht von der Gintragung betroffen wird ober zu beffen Bunften bie Gintragung erfolgen foll, beantragt werben tann. Die Gintragungebewilligung tann por dem Grundbuchamte zu Prototoll gegeben oder burch öffentliche ober öffentlich beglaubigte Urtunde nachgewiesen werden (§ 29 ber G.B.D.). In gleicher Beise erfolgt auch die Bestellung von Dienstbarkeiten, Borkaufsrechten und Reallasten sowie die Uebertragung der Buchhypothet, dann der Grundichuld und Rentenichulb, über die tein Brief erteilt ift. Goll jedoch die Uebertragung einer Supothet, Grundichuld oder Rentenichuld, über die ein Brief erteilt

ist, oder die Belastung einer Hypothet, Grundschuld oder Rentenschuld in das Grundbuch eingetragen werden, so genügt es, wenn an Stelle der Eintragungsbewisligung die Abtretungserklärung bes bisherigen Mäubigers oder das össenklich beglaubigte Anerkenntnis, daß eine Forderung kraft Gesetze übertragen ist (§ 1155 Sap 2

des B.G.B.), vorgelegt wird (§ 26 ber G.B.D.).

Muj porftebenden Borichriften beruben die Gebührenbeftimmungen bes Urt. 119. hienach iollen die bort festgesetten. gegenüber bem bisherigen Bejete abgeminderten Bebühren bei ber Eintragung in bas Grundbuch bann gur Erhebung gelangen, wenn die Bewilligung gur Gintragung ber Sppothet, Grundichuld ober Rentenichuld, die Ertlarung wegen Beftellung einer Dienftbarteit, eines Bortauferechts ober einer Reallaft, wegen Nebertragung ber Spothet, Grundichuld oder Rentenichuld por bem Grundbuchamte zu Brotofoll gegeben oder wenn der Antrag auf Eintragung durch öffentliche ober öffentlich beglanbigte Urfunde nachgewiesen wird. die nicht von einem bagrifchen Notar errichtet ober beglaubigt ift. Ebenjo follen die Gebühren des Art. 119 gum Anfabe gelangen, wenn die Uebertragung einer Sypothet, Grundichuld ober Rentenichuld, über die ein Brief erteilt ift, oder die Belaftung der Supothet. Grundichuld oder Rentenichuld auf Grund einer nicht von einem banrifchen Rotar beurfundeten ober beglaubigten Abtretungserflärung in bas Grundbuch eingetragen werben foll. Stütt fich bagegen in ben obigen Fällen die Gintragung auf eine von einem bagrischen Rotar beurfundete ober von einem folchen beglaubigte Ginwilligungserflärung ober Abtretungserflärung, ober auf ein von ihm beglaubigtes Anerkenntnis (§ 1155 bes B.G.B.). jo gelangt außer der Gebühr des Art. 116 für die Eintragung eine verhaltnismäßige Gebühr bei bem Grundbuchamte nicht zum Unfate, da bereits die Errichtung ober Beglaubigung der Urfunde burch den Notar der Gebühr des Art. 155 oder 159 unterworfen wurde.

3m Art. 119 ift ferner, ebenso wie im Art. 118, die weitere Beftimmung getroffen, daß in ben Fällen, in welchen bei bem Grundbuchamte eine Gebühr nach Art. 154, 155 ober 159 gur Erhebung gelangt, auch noch die Gebuhr in Anfat zu tommen hat, welche für die Beurtundung der Eintragungsbewilligung ober der Abtretungsertlarung ober eines Anertenntniffes burch einen baprischen Notar an diesen zu entrichten ware. Diese Bestimmung erstredt fich, wie schon aus bem Wortlaute bes Art. 119 gu entnehmen ist, nicht nur auf jene Eintragungen in das Grundbuch, welche auf Grund einer nicht von einem bahrischen Notar errichteten ober beglaubigten Urfunde bewirft werben, fondern findet auch dann Unwendung, wenn die Gintragung infolge einer bor dem Grundbuchamte zu Protofoll gegebenen Eintragungsbewilligung ober Erflärung erfolgt, und beruht, joweit es fich um Eintragungen auf Grund einer von einem nicht banriichen Notar errichteten ober beglaubigten Urfunde handelt, auf den nämlichen Ermägungen. welche für Statuierung ber gleichen Borfchrift im Art. 118 maßgebend maren; fie burfte aber auch in bem Falle, daß die Gintragung auf Grund einer vor dem Grundbuchamte zu Protokoll gegebenen Erklärung erfolgt, ihre ausreichende Begründung damit sinden, daß der Staat, wenn er den Beteiligten zur Besorgung ihrer Geschäfte zwei Behörden — das Grundbuchamt und den Notar — zur Verfügung stellt, die Angehung der einen Behörde nicht billiger gestalten darf, als die der anderen, daß vielmehr die Thätigkeit des Grundbuchamts und des Notars gleichmäßig bewertet werden soll.

Unter die Ausnahmsbestimmung des Art. 119 Abs. 2 fallen die Sicherungshypotheten, die trast des Gesetzes entstehen (§ 1287 des B.G.B., § 848 Abs.). 2 Sat 2 der A.C.P.D., Art. 60, 123 des Gesetzes, Uebergangsvorschriften zum Bürgert. Gesetzbuch betressi, dann die Hypotheten, welche auf Ersuchen der Behörden eingetragen werden (§ 54 des G.F.G. Art. 89, 123 des Ausschef. 3. B.G.B.). Art. 89, 123 des Ausschef. 3. B.G.B.). Für solche Eintragungen nur die Gebühr des Art. 116 zur Erchebung zu bringen, dürste sich umsomehr rechtsertigen als auch nach Art. 91 Abs. 2 des früheren Gebührengespes sür Einschreibungen auf Grund des § 12 Jiser 1, 2, 5 des Hypothetengespess nur die einfache Einichreibungsgebühr erhoben worden ist.

1. Für die Eintragung von hypotheken, Grundschulben oder Rentenschulben, welche nicht auf Grund einer von einem bayrisichen Notare errichteten Urkunde zu erfolgen hat, kommen, falls nicht eine der im Abs. 2 erwähnten Ausnahmen vorliegt, drei Gebühren zur Erhebung:

erftens die Gebühr bes Art. 116,

zweitens die verhaltnismäßige Gebühr bes Art. 154,

drittens die für die Thätigfeit des Grundbuchamts zu erhebende Notariatsgebühr nach Art. 12, 24 der Notariatsgebührenordnung (Just.M.Bl. 1899 S. 764).

2. Das Gleiche ift ber Fall bei ber llebertragung ober Belaftung einer Sphothet, Grunbichuld ober Rentenschuld, nur baß hier an zweiter Stelle bie Gebuhr bes Art. 155 zu erheben ift.

3. Bu ben Dienftbarteiten gehören:

bie Grunddienstbarteiten (§§ 1018 ff. bes B.G.B.),

ber Niegbrauch (§§ 1030 ff. bes B.G.B.),

bie beschräntten personlichen Dieustbarteiten (§§ 1090 ff. bes B.G.B.).

Bei ber Eintragung ber Bestellung von Dienstbarkeiten ist zu beachten, daß nach Art. 310 für die innerhalb der ersten zehn Jahre nach Anlegung des Grundbuches beantragte Eintragung von Grundbienstbarkeiten, die zu der Zeit bestehen, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, in das Grundbuch sowie für die Eintragung jolcher Grundbienstbarkeiten in das Hypotheken buch gemäß Art. 44 der Uebergangsvorschr. 3. B.G.B. nur die Gebühr des Art. 116 zum Ansag zu kommen hat. Siehe Räheres Art. 310 u. Anmerkg.

4. Im übrigen sind auch hier im Falle des Nichtvorhandenseins einer baprischen Notariatsurkunde die drei Gebühren und zwar

an zweiter Stelle die verhältnismäßige Gebühr des Urt. 159 zu erheben.

5. Bas bie Bertsberechnung anlangt, jo ift zu bemerten, daß bei Rautionshypotheten (§ 1190 bes B.G.B.) ber einzutragende Söchstbetrag und bei Rentenschulben (§ 1199 bes B.G.B.) Die ein-

zutragende Ablöjungsjumme maggebend ift.

Bei Grunddienftbarteiten berechnet fich ber Wert nach § 7 ber R.C.B.D., bei Gintragungen, welche ben Binsfuß betreffen, bann bei Reallaften, foferne nicht ein Sochftbetrag bes Erfates in bas Grundbuch eingetragen ift (§ 882 bes B.G.B. Art. 41 bes Ausf. Gej. hiezu, § 92 bes 3m. Gej.), nach § 9 ber R.C.B.D. Siehe auch bie Bestimmungen in Art. 159 u. 187.

Bei sonstigen Rechten g. B. Bortauffrechten hat für bie

Bertsberechnung bas freie richterliche Ermessen einzutreten. Bezüglich ber Unrechnung bereits erhobener Gebühren bei Eintragungen von Sypotheten fiebe die Bestimmung im Art. 121. Im übrigen vergleiche hieher auch die Borichriften ber Art. 40 u. ff., bann §§ 20, 25, 79 ber Bolly Inftr. v. 25. Dezbr. 1899 (Just.M.Bl. 1900 S. 343).

6. Bu beachten ift, daß nach Art. 289 bem Grundbuchamt unterfagt ift, eine Gintragung in bas Grundbuch eber vorzunehmen. als der Nachweis über die Entrichtung ober hinterlegung der Gebuhren porgelegt ift. Giebe Art. 289.

Sinsichtlich ber vorgängigen Erlage eines Borichusses ber-

gleiche Art. 283.

Für die Erledigung eines Ersuchens einer nichtbagrischen Behorde ift die Vorschrift des Art. 282 maggebend.

- 7. Schuldner ber Bebühren ift berjenige, welcher bie Gintragung verlangt. Derselbe ist auch zur Borichufleistung verspflichtet (vergl. auch Art. 44 ber Uebergangsvorschriften z. B.G.B.). Rechtsanwälte haften nicht für Kostenzahlung, siehe Art. 281.
- 8. Ausnahmsmeije tommt nur bie Gebühr bes Art. 116 gur Erhebung im Falle ber Gintragung bon:

Sicherungshapotheten,

- a) bie traft Gejeges entfteben nach § 1287 Cap 2 bes B.G.B., bann § 848 Abj. 2 Sat 2 ber R.C.P.O., Art. 60 u. 123 ber llebergangsvorschriften 3. B.G.B.,
- b) bestellt nach Ermessen des Bormundschaftsgerichts an den Grundftuden bes Bormunds, Pflegers (Rachlafpflegers)

ober bes Beiftanbes (§ 54 bes G.F.G.), c) bestellt für bie Staatstaffe für ihre Ansprüche wegen fälliger öffentlicher Abgaben und Roften eines Berfahrens an den Grundstücken bes Schuldners (Art. 123 bes Musf. Bef. 3. B. G.B.), fiehe auch Art. 120,

d) bestellt für Gemeinden und andere Kommunalverbande, Stiftungen bes Offentlichen Rechts fowie fur bie unter ber Berwaltung einer öffentlichen Behörbe ftebenben, an Grundftuden ihres Bermalters (Art. 89 bes Ausf. Bef. 3. B.G.B.)

Sypotheten, bestellt nach Art. 6 bes Bej. über bas Liegenichaftsrecht in der Pfalz bom 1. Juli 1898 (Art. 120 ber lebergangevorichriften g. B.G.B.). Siehe auch Art. 308 und Anmerkung.

Im Falle der Gintragung auf Grund gerichtlicher Enticheidungen (Urteile, Bergleiche) ift zu bemerken, daß hier, da ja die Aufnahme einer Notariatsurfunde gegenstandslos ift, die Erhebung ber Notariatsgebühr nicht mehr in Frage tommt. Es durfte bier neben der Gebühr des Art. 116 nur noch die verhältnismäßige Gebühr der Art. 145, 146, 154, 155 u. 159 zum Anfah kommen.

Sieher ift auch zu ermahnen der Fall, daß eine beftebende Sypothet auf Grund ber Beftimmungen des Burgerlichen Gefetbuchs auf den Eigentumer übergeht und ber Eigentumer die Umschreibung der Suppothet auf sich erwirkt. Siefür kommt nur die Gebühr nach Art. 116 zum Ansab, denn der Erwerb der Supothet vollzieht fich von Gesetzeswegen. (Siehe XXI Prototoll bes Just. Geschigeb. Aussch, b. K. d. Reichsräte S. 425 und 53. Prototoll b. Just. Geschgeb. Aussch, b. K. d. Aby G. S. 890, Piasi, 5. Aufl. S. 153.)

9. Anders liegt jedoch bie Cache, wenn ber Eigentumer für fich eine Grundichuld bestellt, um fie spater zu verwerten. Für bie Erklarung bes Eigentumers, daß eine Grundichuld für ihn in das Grundbuch eingetragen werde, ist die verhältnismäßige Ge-bühr nach Art. 154 Abi. 1 zu erheben.

Mrt. 120.

Wird auf Antrag bes Gigentumers eine Sicherungshypothet eingetragen, welche die Sicherung von Forderungen bes Staates ober staatlicher Anstalten bezweckt, io wird nur die Gebühr des Art. 116 erhoben 1).

Der Art. 120 entspricht bem bisberigen Art. 151 3. 2. Die Musbehnung diejer Beftimmung auf die Gintragung bon Gicherungshupotheten, welche bie Sicherung von Forderungen ftaatlicher Unftalten (3. B. ber R. Bant und ihrer Filialen, der Berficherungsanftalt u. f. w.) bezweden, ift geeignet, Auftande ferne zu halten, bie fich bisher in ber Bragis ergeben haben (fiehe Beichluß bes Dberft L. B. v. 7. Dezbr. 1896, Sla. a. F. Bb. XI S. 529, Motive 1899).

1. Bergleiche hieher auch Art. 119 Anmerkg. 8 lit. c. bann Art. 120 ber lebergangsvorschr. 3. B.G.B. u. Art. 123 bes Must. Bei. z. B.G.B.

Art. 121.

Wird innerhalb eines Monats nach Eintragung ber Hypothek der Nachweis erbracht, daß das Darlehen, für welches die Hypothet bestellt worden ift, gang oder teilweise zur Rückzahlung einer auf den nämlichen Grundstücken oder einigen derselben ruhenden Sypothet verwendet worden ift, so wird die Gebühr aus dem dem zurückbezahlten Sypothekkapital entsprechenden Betrag auf die Gebühr für die neuerliche Spothetbeftellung angerechnet und der zuviel erhobene Betrag zuruderfett 1) 2) 3).

Nach ber Bestimmung bes Art. 121 gelangt beispielsweise, wenn das ursprüngliche Sypothetkapital von 30000 M durch Unnuitätenzahlungen auf ben Betrag bon 25 000 M herabgefunten ift, bei Beftellung einer neuen Sypothet auf wieder 30 000 M bei gegebener obenermahnter Borausjegung bie Gebuhr aus bem bem zurückbezahlten Hypothekkapital entiprechenden Betrage, sohin die Gebühr aus 25000 M mit 125 M auf die für die neuerliche Hypothekbestellung zu 30000 M zu erhebende Gebühr won 150 M zur Unrechnung. Es wird alfo thatfachlich nur ein Gebührenbetrag bon 25 M geschulbet. (Motive 1899.)

1. Angerechnet wird nur bie verhaltnismäßige Gebühr bes Art. 154 Abj. 1 für die Sypothetbestellung, die des Art. 116 nicht. Räheres siehe Beschl. des OberstL.G. v. 16. Dez. 1901, 6. Mai u. 3. Juni 1902, Sig. d. Entschdog. n. F. Bd. II S. 821, Bd. III S. 373 u. 476, bann Beitschrift fur bas Rotariat neue Folge 1901 G. 159.

Die Borichrift bes Art. 121 tritt ichon fur Rotariatsurtunden mit bem 1. Januar 1900, mahrend beren Unwendbarteit für bas Grundbuch erft mit bem Beitpuntte in Birtfamteit tritt, in welchem bas Grundbuch als angelegt anzusehen ift (Art. 309).

- 2. Ueber bie hinfichtlich bes gu liefernben Rachweifes er= gangenen Anordnungen fiebe § 20 ber Bolly Inftr. bom 25. Degbr. 1899 (Juft.M.Bl. 1900 S. 356).
- 3. 3m Falle bes Art. 119 lit. a wirb außer ber Gebühr bes Urt. 116 auch bie Notariatsgebühr nach Urt. 12, 24 ber Notariatsgebührenordnung unabbrüchig erhoben. Bergl. Art. 119.

Mrt. 122.

Für die Erteilung eines Hypothekenbriefs beträgt die Gebühr 2 bis 10 Mart 1).

Diese Gebühr tommt für die über eine Gesamt= hppothet von verschiedenen Grundbuchämtern erteilten

mehreren Briefe nur einmal zur Erhebung 2).

Die Sälfte der Gebühr des Abi. 1 wird erhoben für jeden bei Verteilung einer Gesamthppothet3) nach § 64 der Grundbuchordnung oder im Falle des § 67 ber Grundbuchordnung zu erteilenden neuen Brief4) fowie für den nach § 66 der Grundbuchordnung über die mehreren Sypotheken zu erteilenden Sypothekenbrief 5)6).

Für die Erteilung eines Teilhypothekenbriefs gelangt eine Gebühr von 2 bis 6 Mart zur Erhebung?). Für die dem Hppothekendriese gemäß §§ 61 bis 63, 65 der Grundbuchordnung beizusetenden Vermerke sowie für die durch die Aenderung des Inhalts des Grundbuchs veransakte Ergänzung des dem Vriese ansgesügten Auszugs aus dem Grundbuche (§ 57 Abs. 3 der Grundbuchordnung) beträgt die Gebühr 50 Pfennigs.

Die Bestimmungen der Abs. 1 bis 5 finden auf Grundschuldbriefe und Rentenschuldbriefe entsprechende

Anwendung 9).

1. Die regelmäßige Form der Hppothet ift die Briefhypothet und wird über dieselbe, im Gegensate zur Buchhypothet, bei der die Erteilung eines hypothetenbrieses ausgeschlossen ift, ein hypo-

thefenbrief erteilt (§ 1116 bes B.G.B.).

Für die Festschung der Gebühr ist ein Spielraum von 2 bis 10 Mart gegeben und hat dieselbe unter Berucksichtigung der im Art. 280 gegebenen Gesichtspunkte, insbesondere in Burdigung des Umsauges und der Schwierigkeit der Sache sowie der Leistungsfähigteit des Pssichtigen vom Richter zu erfolgen.

2. Die Gebühr für die von mehreren Erundbuchämtern erteilten Briefe einer Gejamthypothet (§ 1132 des B.G.) hat dasjenige Erundbuchamt zu erheben, in bessen Bezirt der Hauptgrundsbessie und das auch die Briefe miteinander zu verbinden hat (§ 59 der G.B.D.).

3. Bei der Verteisung einer Gesanthppothet entstehn an Stelle berselben Einzelhypotheten (§ 1132 bes B.G.B.) und kommt dann für jeden der hierüber zu erteilenden Briefe eine Gebühr den 1 bis 5 Mart zur Erhebung.

4. Birb unter Borlage bes bisherigen Briefes ober eines Aussichlufturteiles (§§ 1162, 1170, 1171 bes B.G.A.) auf Antrag bes Berechtigten ein neuer Brief erteilt, so tritt für benselben gleichfalls die vorerwähnte Gebührenermäßigung ein.

5. Stehen einem Gläubiger mehrere gleichrangige ober im Range unmittelbar aufeinander solgende hypotheken zu, so ist ihm auf Antrag mit Justimmung des Eigentümers ein die sämtlichen Hypotheken umsalsender Brief zu erteilen. Für diesen Brief ist der in Anmerkg. 3 erwähnte ermäßigte Gebührensah zu erbeben.

6. Dagegen kommt für die Erteilung eines neuen Hypothekenbrieses in den Fällen der §§ 63, 65 der G.B.D., wenn nach Erteilung eines Hypothekenbrieses mit der Hypothek noch ein anderes im Bezirke desselben Grundduchamts belegenes Grundsfück belastet und ein neuer Brief über die Gesamthypothek erteilt wird oder im Falle der Umwandlung einer Hypothek in eine Grundschuld (§ 1177 des B.G.B.) oder umgekehrt (§ 1198 des B.G.B.) dann einer Grundschuld (§ 1203 des B.G.B.) oder endlich, wenn an die Stelle einer Forderung, für welche Hypoder

thet besteht, eine andere Forderung gesett wird, die volle Gebühr nämlich 2 bis 10 Mart zur Erhebung. (Siehe auch Motive 1899.)

- 7. Ein besonderer Gebührensat wird für den Teilsppothetenbrief (§ 61 der G.B.D., §§ 1151, 1152 des B.G.B.) erhoben.
- 8. Für die Vermerkung der Herstellung des Teilhypothekenbrieses auf dem bisherigen Briefe (§ 61 der G.B.D.), der Eintragungen, die bei der Hypothek erfolgten, des Widerspruchs, daß die Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld nicht besteht oder einer Einrede unterliegt oder daß die Hypothek unrichtig eingetragen sei (§ 62 der G.B.D.), serner der Mitbelastung auf dem bisherigen Briefe (§ 63 der G.B.D.), endlich der Eintragung der Rechtsänderung auf dem bisherigen Briefe (§ 65 der G.B.D.) kommt eine Gebühr in dem mäßigen Betrage von 50 d zum Ansah.
- 9. Die Gebühren bes Art. 122 kommen nur für die Erteilung der Briefe zur Erhebung und ist gegebenen Falls die Gebühr bes Art. 119 für die Bestellung einer dypothet u. j. w. noch bejonders in Ansah zu bringen. Ferner versteht es sich von selbst, daß neben den Gebühren auch noch Auslagen, insbesondere Schreibgebühren anzusehen sind.

3m Falle ber Burudnahme eines Untrages auf Erteilung eines hoppothetenbriefes ift eine Gebuhr nach Urt. 125 Abj. 2 gu

erheben.

Art. 123 (92).

Abschriften aus dem Grundbuche, serner Abschriften von Urfunden, von denen gemäß § 11 der Grundbuchsordnung oder einer auf Grund des § 93 der Grundbuchsordnung erlassenen Anordnung des Staatsministeriums der Justiz Abschrift erteilt werden kann, sowie Abschriften von den noch nicht erledigten Eintragungsanträgen untersliegen einer Gebühr von 1 Mark 1)2).

Die Gebühr kann, sofern die Verhältnisse des Empfängers oder die Geringsügigkeit des Gegenstandes eine Ausnahme begründen, von dem Grundbuchamte nach freiem Ermessen auf die Hälfte ermäßigt werden 3).

Erfordert die Anfertigung der im Abs. 1 erwähnten Auszüge, Bescheinigungen oder Bestätigungen einen größeren Zeitauswand, so beträgt die Gebühr 3 bis 10 Mark 4)5).

1. Wird eine Abschrift auf Berlangen auch noch beglaubigt (§ 11 Abs. 2 der G.B.), so dürfte außer der Gebühr des Art. 123 und den Schreibgebühren noch die weitere Gebühr des Art. 54 3iff. 2 zu erheben sein.

Bu bemerten ist hier, daß alle auf die Heereserganzung bezüglichen amtlichen Berrichtungen und Berhandlungen teiner Gebühr unterliegen (siehe § 35 des Reichsmilitärgesebes b. 2. Mai

1874. R.G.Bl. S. 55).

- 2. Für die Aufschlüsse im dienstlichen Korrespondenzwege zwischen den Notariaten und Grundbuchämtern wird eine Gebühr nicht erhoben, soserne dieselben nicht die Stelle eines gebührenpflichtigen Grundbuchsauszugs annehmen.
- 3. Dies wird gewöhnlich zutreffen bei Bescheinigungen, welche zum Zwecke der Erlangung eines Stipendiums u. s. w. erteilt werben.
- 4. Ueber die Festsetung der zu erhebenden Gebühr siehe Anmerkg. 1 Abs. 2 zu Art. 122, dann Art. 280.
- 5. Die Gebühr wird sosver nach Anfertigung der Abschriften fällig. Bergl. auch § 97 des A.G.K.G. (Wochinger, Prozesigeb.Gef. S. 132), dann Art. 39. Der Antragsteller ist zahlungs und borichtigt Siebe auch noch Art. 283.

Im Falle ber Zurudnahme eines Antrages auf Erteilung eines Grundbuchsauszuges u. f. w. wird eine Gebuhr von 50 3

erhoben. Bergleiche Art. 125 Abi. 2.

Art. 124 (93).

Für die Zurückweisung eines ungerechtsertigten 1) Antrags auf Eintragung in das Grundbuch oder für die Bestimmung einer Frist zur Hebung des der Einstragung entgegenstehenden Hindernisses ist eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten.

Ist der Gegenstand von Weitläufigkeit oder Berwickelung, jo beträgt die Gebühr 3 bis 10 Mark²).

- 1. Liegt ein ungerechtfertigter Antrag nicht vor, sondern beruft derselbe auf nicht anzurechnender Untenntnis der Verhältnisse oder auf Unwissenheit, so ist das Gericht befugt, Gebührensteitheit zu gewähren. (Bergl. § 6 des R.G.K.G., Bochinger, Prozespeed. S. 5, dann Art. 39.)
- 2. lleber Festiegung der zu erhebenden Gebühr siehe Unmerkg. 1 Abj. 2 zu Urt. 122, dann Urt. 280.

Art. 125 (94).

Wird der Antrag auf eine Eintragung im Grunds buche zurückgenommen, ehe die Eintragung erfolgt ist, so ist die Hälfte der im Art. 116 bestimmten Gebühr

zu erheben 1).

Die gleiche Gebühr kommt zur Erhebung, wenn der Antrag auf Erteilung eines Hypothekenbriefs, eines Grundschuldbriefs oder eines Kentenschuldbriefs, auf Erteilung eines Grundbuchsauszugs?) oder auf eine sonsstige nicht in einer Eintragung bestehende Handlung des Grundbuchamts zurückgenommen wird.

- 1. Zu beachten ift, daß die geringste Gebühr 20 & beträgt und daß eventuell Abrundung der Gebühr stattzusinden hat (vergleiche Art. 2).
- 2. Da bei der Erteilung eines Hypothekenbriefes, eines Erundbuchsauszuges u. s. w. für die Gebührenbewertung nicht eine Wertsgegenstandsjumme wie bei Art. 116 maßgebend ist, sondern nur ein etwaiger größerer Zeitauswand bestimmend auf die Höhe der Zeitauskandme des Autrags regelmäßig eine Gebühr von 50 3 anzusehen sein. Ausnahmsweise aber tann dies Gebühr dis 300 3 heradgeseht und bei größerem Umsang und Schwierigkeit der Sache, insbesondere wenn der Hypothekenbrief oder Erundbuchsauszug nahezu sertiggestellt ist, auch über 50 3 erhöht werden.

Art. 126.

Die zu Protofoll des Grundbuchamts abgegebene Erklärung, durch die eine Vollmacht zur Stellung des Antrags auf Eintragung erteilt oder die Erteilung diese Vollmacht widerrufen wird, unterliegt einer Gebühr von 2 Mark.

Für die hiefür in Anspruch genommene Thätigkeit des Grundbuchamts (§§ 29 Sak 1, 32 der G.B.D.) wird eine mäßige Gebühr erhoben. Wohl aber ist zu beachten, daß die Vorschrift des Art. 126 sich nicht auf die Erklärungen bezieht, durch die ein Eintragungsantrag zurückgenommen wird. Es kann daher auch neben der Gebühr des Art. 126 gegebenen Falls auch noch die Gebühr des Art. 125 zum Ansak kommen. (Siehe auch Wotive 1899.)

Art. 127 (95).

Gebühren werden nicht erhoben 1):

1. für die Benachrichtigung des Antragstellers und des eingetragenen Eigentümers sowie aller aus dem Grundbuch ersichtlichen Personen, zu deren Gunsten die Eintragung ersolgt ift oder deren Recht durch sie betrossen wird, von der ersolgten Eintragung in das Grundbuch;

2. für die Gestattung der Einsicht 2) des Grundbuchs, dann der im Art. 123 erwähnten Urkunden und

Anträge.

1. Abgesehen von den Fällen, in welchen nach der Ratur der Eintragungen oder ber Person des Antragstellers mit Rücklicht auf die Bestimmungen des Art. 3 keine Gebühr zu erheben ist, bestimmt der Art. 127, daß die mit einer Eintragung verbundene

Benachrichtigung ber Beteiligten als begleitende Sandlungen einer Bebühr nicht unterworfen find.

2. Die Bestimmung in Ziss. 2 entspricht den analogen Borschriften in Art. 61 Ziss. 1, 72 Ziss. 1, 76 Ziss. 1 u. a. und beruht auf die hiewegen ergangenen reichzegeselsslichen Borschriften. Dieses gilt auch von den Urkunden, auf die im Grundbuche zur Ergänzung einer Eintragung Bezug genommen ist, sowie von den noch nicht erledigten Eintragungsanträgen (§§ 11, 93 der G.B.C.).

Bergleiche hieber auch noch die Anmerkg. 2 u. 6 zu Art. 116.

7. Sonftige Gegenftanbe.

21rt. 128.

Für die Bestätigung des Vertrags 1), durch welchen jemand an Kindesstatt angenommen oder das durch die Annahme an Kindesftatt begründete Rechtsverhältnis wieder aufgehoben wird, tommen zwei Behnteile ber Sabe des § 8 des Reichs-Gerichtstoftengesetes gur Erhebung 2)3).

Wird die Bestätigung versagt, so wird nur die Balfte Diefer Gebühr 1) erhoben. Das Gleiche gilt für die Zurudweisung der sofortigen Beschwerde gegen ben Beschluß, durch welchen die Bestätigung versagt wird 5).

- 1. Nach ben Beftimmungen im Art. 65 ff. bes G.F.G. ift gur Bestätigung bes Bertrages (§ 1750 B.G.B.) bas Amtsgericht Buftanbig. Die Gebuhr bes Urt. 128 ift eine Baufchgebuhr und umfaßt bemnach bas gange bei Gericht ftattfindende Berfahren. (45. Prototoll bes Juft. Gejeggeb. Musich. b. R. b. M. G. 774, Bfaff, 5. Aufl. S. 121.)
- 2. Siehe Wochinger, Prozefigeb. Gef. S. 8 und Tabelle a im Unhana.
- 3. Die Bertsgegenstandsjumme ift im Sinblick auf Art. 43 und Art. 39 nach § 10 bes R.G.R.G. vom Gerichte festzuseben. Der regelmäßige Betrag ift auf 2000 M feftzuftellen.

4. Alfo ein Behnteil ber Gase bes § 8 bes R.G.R.G. Bergleiche Tabelle a im Anhang.

5. Der gleiche Gebührenfat burfte nach Urt. 39, § 46 bes R.G.K.G. für die Jurücknahme des Antrages auf Bestätigung des Bertrages zu erheben sein.

Art. 129 (70).

Die Gebühr für die Feststellung des Datums einer Privaturtunde, einschließlich der über die Borlage auszustellenden Bescheinigung, beträgt 2 Mart 1)2).

1. Für die Beicheinigung tommt bemnach nicht die Gebühr bes Urt. 54 iondern nur die Schreibgebühr zur Erhebung.

2. Für eine gewöhnliche Abichrift ber Eintrage (Art. 33 bes Ausf. Gei. 3. N.C. P.C. und N.O. v. 26. Juni 1899, G. B. G. 411) werben nur Schreibgebühren, für eine beglaubigte Abichrift aber noch die Gebühr des Art. 54 erhoben.

Art. 130 (73).

Die Bornahme von Siegelungen und Entsiegelungen burch den Gerichtsichreiber unterliegt einer Gebühr von 2 Mark, sofern nicht eine Gebühr nach Art. 101 zum

Uniane zu fommen hat.

In den Fällen der §§ 122, 123 der Reichs-Konstursordnung werden für die Vornahme von Siegelungen und Entsiegelungen sowie für die Vornahme der Verrichtungen einer Urkundsperson durch den Gerichtssichreiber Gebühren nicht erhoben 1)2).

Die Bestimmung des Art. 130 Abs. 1, welche auf Art. 63 Abs. 1 des Auss. Ges. 3. N.G. K.G. nach Art. 167 J. XVI des Auss. Ges. 3. B.G.B. beruht, will sür die Vornahme von Siegelungen und Entsiegelungen durch den Gerichtsschreiber eine mäßige Gebühr erkeben, außer wenn in dem Versahren zur Sicherung des Nachlasse eine Bauschgebühr nach Art. 101 (siehe S. 109) zum Ansat zu kommen hat.

Abi. 2 entspricht ben bisherigen Bestimmungen bes Urt. 73.

(Motive 1899.)

1. Die Gebuhr ift sowohl für die Siegelung als auch für die Entsiegelung nur einmal zu erheben.

2. Bergleiche hieher auch Urt. 196.

Art. 131.

Für die Bestellung eines Vertreters des Eigenstümers des Grundstücks im Falle des § 1141 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesethuchs 1) wird eine Gebühr von 2 Mark erhoben 2).

- 1. Das Amtsgericht, in bessen Bezirk bas Grundstück liegt, hat auf Antrag bes Gläubigers, welcher bem Eigenttümer seine Hypothekforderung künden will, sofern dieser im Inland keinen Wohnis hat oder bessen Ausenthalt unbekannt ist (§ 132 Abi. 2 bes B.G.K.), einen Vertreter zu bestellen, dem gegenüber die Kündigung des Gläubigers ersolgen kann.
- 2. Die Gebühr kommt nur für die Bestellung des Bertreters jum Anjay. In allen übrigen Fällen wird keine Gebühr erhoben, wohl aber etwaige Auslagen.

Mrt. 132,

Eine Gebühr von 1 Mark wird erhoben:

1. für die Vernehmung der Sachverständigen gur Ermittelung des Wertes von Grundstücken nach Art. 87 oder Art. 103 des Ausführungsgesetes zum Bürgerlichen Gesetbuche 1):

2. für die Bewilligung der öffentlichen Zustellung einer Willenserklärung im Falle des § 132 Abs. 2

bes Bürgerlichen Gefenbuche 2):

3. für die Bewilligung der Veröffentlichung der Kraft= loserflärung einer Bollmachtsurfunde im Falle des § 176 Abi. 2 des Bürgerlichen Gefetbuche 3).

1. Nach Urt. 87 bes Musf. Gei. 3. B.G.B. fann ber Gigentumer eines Grundfludes ben Bert besielben mit Rudficht auf die Sicherheit von Spothelen, Grundichulden oder Rentenschulden burch Sachverständige amtlich feststellen lassen.

Desgleichen tann nach Urt. 103 bes Musf. Gej. g. B.G.B. in Fällen der Erbfolge ober ber Aufhebung einer fortgefesten Gutergemeinschaft ber Ertragswert eines Landguts burch Sachverftanbige feftgeftellt werben.

- 2. Befindet fich der Ertlarende über die Berjon desjenigen, welchem gegenüber die Ertlarung abzugeben ift, in einer nicht auf Kahrlässiakeit beruhenden Unkenntnis ober ist der Ausenthalt dieser Berfon unbefannt, jo tann bie Buftellung nach ben fur bie öffentliche Zustellung einer Ladung geltenden Borichriften ber Civil-prozesorbnung ersolgen. (§ 132 Abs. 2 bes B.G.B., §§ 186 bis 189 ber R.C.B.D.)
- 3. Rach § 176 Abi. 1 bes B.G.B. fann ber Bollmachtgeber bie Bollmachtsurfunde burch eine öffentliche Befanntmachung für traftlos ertlaren; die Kraftlosertlarung muß nach den für die öffentliche Buftellung einer Ladung geltenden Borichriften ber Civilprozegordnung veröffentlicht werben.

Urt. 133.

Für die Verhandlung in dem zur Abnahme des Difenbarungseids bestimmten Termin in den Fällen der §§ 259, 260, 2028, 2057 des Bürgerlichen Gefenbuchs wird die Gebühr des § 43 des Reichs-Gerichtstoftengeietes erhoben 1)2).

Die Motive (1899) erfautern biegu:

Der § 43 bes R.G.R.G. beftimmt bie Gebühr für die Berhandlung in dem zur Abnahme bes Offenbarungseide bestimmten Termine por dem Brozeggerichte (§ 889 der R.C.B.D.). In den

Fallen ber §§ 259, 260, 2028, 2057 bes B.G.B. ift ber Dffenbarungseid vor bem Prozeggerichte zu leiften, wenn eine gerichtliche Berurteilung gur Leiftung bes Gibes borliegt. Erbietet fich bagegen ber Schuldner gur Leiftung bes Gibes, fo bilbet die Abnahme bes Gibes einen Begenftand ber freiwilligen Berichtsbarteit; ba es für die Gebührenerhebung teinen Unterschied machen tann, por welchem Gerichte bie Gibesleiftung erfolgt, fo hat ber § 43 nach Art. 133 auch bann Anwendung zu finden, wenn die Gibesabnahme nicht bor bem Prozeggerichte erfolgt.

Unter ben Urt. 133 fallen felbstverftanblich auch bie Unwendungefalle ber §§ 259, 260 bes B.G.B. (vergl. 3. B. §§ 666, 681, 713, 1214, 1421, 1546, 1681, 1890, 1897, 1915, 1978, 1990 bie

1992, 2230, 2318 bes B.G.B.).

1. Siehe Wochinger, Brozengeb. Bei., S. 63 und Tabelle a im Un= hang.

2. Schuldner ber Webuhr ift in ber Regel ber Untragfteller, fo insbesondere, wenn der Berpflichtete fich gur Leiftung bes

Gibes erboten hat.

Bergleiche hieher auch Anmerkg. 3 zu Art. 97. Gine Ausnahme enthält die Beftimmung bes Urt. 113 Mbf. 2 beim 3mangsverfahren zur Ablieferung von Testamenten.

Art. 134.

Kür die Entscheidung über die Art des Pfandvertaufs im Falle des § 1246 Abj. 2 des Burgerlichen Gesethuchs werden zwei Behnteile der Gate bes § 8 bes Reichs-Gerichtstoftengeseties erhoben 1) 2) 3).

Die im § 1246 Abf. 2 bes B.G.B. vorgejebene Enticheibung über die Art des Pjandverkaufs (vergl. § 166 des G.F.G.) ift mit ben in ber Zwangsvollstredung erforderlich werbenden Anordnungen des Gerichts verwandt. Das R.G.R.G. erhebt für die Thätigkeit bes Gerichts in der Zwangsvollstreckung regelmäßig nach § 35 zwei Zehnteile der Säpe des § 8. Die gleiche Gebühr ist beshalb auch im Art. 134 festgesett. (Motive 1899.)

1. Siehe Wochinger, Prozeggeb. Bej., S. 53 und Tabelle a im

Anhang. Die Gebühr des Art. 134 ist eine Bauschgebühr und umfant daher auch das vorangegangene Berfahren.

2. 3m Falle ber Burudnahme bes Antrages tommt bie 1/10

Gebühr bes § 46 bes R.G.R.G. gum Anjas.

3. Als Bertsgegenftandejumme tommt ber Betrag ber Forberung in Betracht, wenn er ber geringere ift als ber Wert des Pfandgegenstandes.

Art. 135.

Für die Bestellung eines Verwahrers, einschließlich der Bestimmung seiner Vergütung, in den Fällen der §§ 432, 1217, 1281, 2039 des Bürgerlichen Gesethuchs werden drei Zehnteile der Sate des § 8 des Reichs= Gerichtstoftengesetes erhoben 1)2)8)4).

Die Beftimmungen in Art. 135 u. 136 find burch § 165 bes G.F.G. und ben § 87 bes Binnenschiffahrtsgesetes veranlagt. (Motive 1899.)

- 1. Durch die Bauschgebühr bes Art. 135 ift auch bas ber Beftellung vorhergebende Berfahren abgegolten.
 - 2. Giebe Tabelle a im Anhang.
- 3. Als Bertsgegenstand fommt hier bas Interesse an ber Bestellung bes Bermahrers in Betracht und ift beshalb erforberlichenfalls gerichtlich festzusegen.
 - 4. Rahlungspflichtig ift ber Antragfteller.

Art. 136.

Für die Bestellung eines Dispacheurs, einschließlich der Bestimmung seiner Vergütung, werden drei Rehnteile der Sate des § 8 des Reichs-Gerichtstoftengesethes erhoben 1) 2).

1. Bergleiche hieher bie Anmerkungen zu Urt. 135.

2. Unter Dispacheur ift ein gur Geeichabenberechnung er-

wählter Sachverständiger zu verstehen. Nach § 87 des Binnenschiffahrtsgesetes vom 20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 892) hat ber Schiffer die Seeschabenberechnung (Dispache) unverzüglich aufzustellen und ift berechtigt sowie auf Berlangen eines Beteiligten verpflichtet, Dieje einem Dispachenr gu übertragen.

Mrt. 137.

Wird bei dem Gericht eine Verhandlung über die von dem Dispacheur aufgemachte Dispache beantragt, jo werden für das gesamte Verfahren vier Zehnteile ber Sate bes § 8 bes Reichs-Gerichtstoftengejeges erhoben. Alls Wert des Gegenstandes ist anzusehen der Betrag bes Havareischadens; wenn jedoch der Wert des Geretteten an Schiff, Fracht und Ladung geringer ift, diefer geringere Betrag. Wird die Dispache bestätigt, jo haften Die am Berfahren Beteiligten für die Roften als Beiamtichuldner 1).

Für die Berhandlung über die von dem Dispacheur aufgemachte Dispache (§§ 153 ff. des G.F.G.) erscheint eine einmalige Gebuhr von vier Behnteilen ber Gage bes § 9 bes R.G.R.G. angemeffen. Bird bie Dispache bestätigt, jo findet gu Bunften ber Beteiligten bie 3wangsvollstreckung statt (§ 158 bes G.F.G.); mit Rudficht hierauf rechtfertigt es fich, die am Versahren Beteiligten, wenn die Dispache bestätigt wird, als Besamtschuldner für die

Webuhr haften zu laffen. Die Borichriften über ben Bert bes Gegenstandes bei bem Bestätigungsperfahren find bem preußischen Rechte entlehnt. (Motive 1899.)

1. Im Falle ber Richtbestätigung ber Dispache ift ber Untragfteller allein zahlungepflichtig.

Für die Jurudnahme bes Antrages burfte die Gebühr bes § 46 bes R.G.R.G. zum Anjabe zu kommen haben.

Siehe auch Tabelle a im Unbang.

Mrt. 138.

In den Fällen, in welchen nach den Borichriften des bürgerlichen Rechtes jemand den Zustand oder den Wert einer Sache durch Sachverständige feststellen laffen fann, werden für die Bernehmung der Sachverftandigen drei Zehnteile der Sage des § 8 des Reichs-Gerichtsfostengesetes erhoben 1)2).

Die Motive (1899) bemerken biegu:

Die Art. 138 u. 139 entsprechen dem bisherigen Art. 62. Bon ben durch ben Art. 62 getroffenen Angelegenheiten fallen nach bem neuen Sandelsgesethuche mehrere weg. Insbesonbere ift in ben ben Art. 348, 365 bes bisherigen Sandelsgesetbuches entiprechenden SS 379, 388 bes neuen Sandelsgesetbuchs eine Thatigteit bes Gerichts nicht mehr vorgesehen. Auf ber anderen Seite ift burch bas Burgerliche Gefetbuch und bie neuere Reichsgefetsgebung eine Reihe von Fällen hinzugetommen, in benen jemand ben Buftand ober ben Wert einer Sache durch Sachberstänbige feftstellen laffen tann. Un folchen Fallen find insbefondere gu nennen:

a) Rach bem Bürgerlichen Bejegbuche:

§ 1034, Feststellung bes Zuftanbes ber Nießbrauchsache; § 1067, Feststellung bes Wertes ber beim Nießbrauche ver-

brauchten Cachen;

§ 1372, Feststellung bes Buftande ber jum eingebrachten Gut gehörenben Cachen;

§ 1439, Feststellung bes Zustands ber von bem Gesamtgut ausgeschlossenen Gegenstände;

§ 1528, Feftstellung bes Beftanbes bes eigenen und bes bem anderen Chegatten gehörenden eingebrachten Butes; § 1550, Feftftellung bes Buftanbes bes vom Befamtgute aus-

geschloffenen eingebrachten Gutes; § 2122, Feftstellung bes Buftandes ber zur Erbichaft gehörenben

Sachen auf Antrag bes Borerben.

b) Rach bem Sanbelsgesetbuche:

§ 438, Feststellung bes Mangels an einem Frachtgut;

§ 464, Feststellung bes Mangels an einem Gifenbahnfrachtgut; \$\$ 608, 609, Feststellung bes Buftanbes ober ber Menge ber Geeichiffegnter.

c) Rach bem Binnenichiffahrtsgefen :

AND THE PERSON NAMED IN

§ 61, Feststellung bes Mangels an Schiffsfrachtguter. Diese Falle haben alle bas gemeinsam, bag das Gericht bie Sachverftandigen gu ernennen, gu beeidigen und gu vernehmen hat (vergl. § 164 bes G.F.G.). Der Art. 138 will für bieje Falle nach bem Borbilde bes preugischen Rechte und in teilweiser Unlehnung an die für die Sicherung bes Beweises geltende Borichrift bes § 36 bes R.G M.G. brei Behnteile ber Gage bes § 8 biefes Gefetes erheben.

Sierin liegt gegenüber bem geltenden Rechte eine mefentliche Minderung der Gebühr; mit Rudficht hierauf ift es nicht erforderlich vorzuschreiben, bag bie Gebuhr für bie Erstattung bes Butachtens ber Sachverftandigen im Falle ber Entftehung eines

Rechtsftreites auf die Beweisgebühr angerechnet wird.

1. Die Gebühr wird nur einmal erhoben, wenn zugleich ber Buftand und ber Bert einer Gache feftgeftellt wird. (Bergleiche auch Mügel, Preuß Koftengesete, 3. Aufl. § 101 S. 287. Pietsch, Breuß. Kostengesete, 2. Aufl. § 101 S. 167).

Die Berechnung ber Gebühr findet aus bem Besamtbetrage ber gerichtlich festgesetten Wertsgegenstandsjummen bes Buftandes

und bes ermittelten Bertes ber Cache ftatt.

2. Roftenschuldner ift ber Antraafteller.

Art. 139.

Soweit nicht reichsgesetlich 1) ober in diesem Befet ein Anderes bestimmt ift, werden für die Erledigung ber im Sandelsgesethuch2), in dem Genoffenschaftsgeset und in dem Beiete, betreffend die Gesellschaften mit beichränkter Saftung, den Gerichten zugewiesenen, von den deutschen Brozeffordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten3), welche eine Enticheidung des Gerichts4) er= fordern, sowie von Angelegenheiten ähnlicher Art drei Rehnteile der Sate des \$ 8 des Reichs-Gerichtstoftengejetes erhoben 5) 6) 7).

1. Reichsgesehlich ift geregelt die Gebührenerhebung in Angelegenheiten, welche die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung, dann die Führung des Genossenschaftsregisters betreffen.

2. Sieher find zu gablen die Führung bes Sandelsregifters, bie Entscheidungen über bie Art bes Pfandvertaufes und bas handelsrechtliche Ordnungeftrafverfahren.

3. Solche Angelegenheiten betreffen insbesondere:

Ernennung und Abberufung von Liquidatoren §§ 146, 147, 295, 302 Abj. 4, 320 Abj. 3 des H.B., § 83 des Ge-noffenichaftsgejetes (R.G.Bl. 1898 ©. 829), § 66 Abj. 2 bes Bef. über bie Besellich, mit beichrantter Saftg. (R.G. Bl. 1898 S. 863) §§ 48, 86 bes B.G.B.:

Ernennung von Revisoren §§ 192, 266 Abs. 2 bes &.G.B. § 61 bes Genossenichaftsgeletes:

Ermächtigung zur Berufung ber Generalversammlung § 254 Albs. 3 bes H.G.B., § 45 Albs. 3 bes Genossenschaftsgesehes; Ermächtigung an Attionare, Glaubiger ober Genosen zur Einsicht ber Bücher und Schriften aufgelöster Geselichaften § 302 bes H.G.B., § 93 bes Genossenschaftsgesehes, § 74 bes Ges. Aber die Gesellschaften mit beschränkter

Haftblung; Auflölung einer Genossenschaft wegen nicht mehr genügender Anzahl der Genossen § 80 des Genossenichaftsgesehes u. A. Bergleiche hieher auch § 104 des Preuß. Gerichtstostengesehes

und bie Unmerig. hiezu bei Mügel u. Bietich.

- 4. Liegt eine entscheibenbe Thatigkeit bes Gerichts nicht vor z. B. § 196 Abs. 2 des H.B., so ist die Gebührenbestimmung bes Art. 138 nicht anwendbar.
 - 5. Siehe Tabelle a im Anhang.
- 6. Die Wertsgegenstandsjumme ift in ber Regel vom Gerichte nach freiem Ermeffen festzusepen.
- 7. Koftenschulbner ift, sofern bie gerichtliche Entscheibung nichts anderes beftimmt, ber Untragsteller.

Art. 140.

Auf die gerichtliche Festsehung der einem Beteiligten zu erstattenden Kosten, auf Zeugnisse über die Rechtskraft sowie auf die nach Art. 130 des Ausführungsgesehes zum Bürgerlichen Gesethuch angeordneten Zwangsmaßregeln sinden in allen Fällen die Vorschriften des Reichs-Gerichtstoftengesehes entsprechende Anwendung 1)2)8).

- 1. Für die nach Art. 133 des Ausf. Ges. 2. B.G.B. ergehende Entscheidung, einschließlich des vorangegangenen Bersahrens, über Festsehung der einem Beteiligten zu erstattenden Kosten kommt nach § 38 Jiff. 1 ein Zehnteil der Säse des § 8 des R.G.K.G. zur Erhebung.
- 2. Hinsichtlich ber Erteilung ber Zeugnisse über bie Rechtstraft (§ 31 bes G.F.G.) ist § 47 Abs. 1 Ar. 16 u. Abs. 3 bes B.G.G. wieselbe ersolgt gebührensrei. Richt gebührenirei ist das Beichwerdeversahren (Abs. 3).
- 3. Bei der Anordnung von Zwangsmaßregeln nach Art. 130 des Auss. Ges. 3. B.G.B. fommt es auf die Art berielben an. Liegt ein Berfahren der Zwangsvollstredung zur Erwirkung von Handlungen ober Unterlasjungen (§§ 887 dis 891 der N.C.B.D.) dor, so sind nach § 27 Ar. 2 drei Zehnteile der Sähe des § 8 des R.G.R.G. zu erheben. Bei jonstigen gerichtlichen Handlungen der Zwangsvollstredung tommen zwei Zehnteile der erwähnten Sähe nach § 35 Ar. 2 unter Berückstigung des § 39 des R.G.R.G. zum Ansach

Freiw. Gerichtsbart. II. Abichn. Berh. b. Ger. Art. 139-142. 159

Für die Abnahme bes Offenbarungseibes beträgt nach § 43 bes R.G.A.G. die Gebühr zwei Zehnteile ber Sape bes § 8. Bergleiche hieher auch Anmerkg. 3 zu Art. 97.

Art. 141.

Für die in den § 29, § 37 Abj. 2, § 48 Abj. 1 und § 60 des Bürgerlichen Gejetbuchs bezeichneten Entscheidungen des Amtsgerichts in Vereinsjachen, einschließlich des dieselben begleitenden gerichtlichen Versahrens, wird eine Gebühr von 2 dis 10 Mark erhoben 1 2).

Der Art. 141 jest für die von ihm bezeichneten Entscheibungen des Amtsgerichts in Bereinssachen die gleichen Gebühren sest wie der Art. 71 Abs. 2 für die Entscheidung des Registergerichts. (Motive 1899).

1. Dieje Enticheibungen betreffen:

§ 29, Beftellung ber erforberlichen Mitglieber bes Borftanbes;

§ 37 Ubs. 2, Ermächtigung zur Berufung ber Mitglieberversammlung;

§ 48 Mbf. 1, Beftellung von Liquidatoren;

§ 60, Burudweifung ber Anmelbung.

Siehe auch Art. 71.

2. lleber bie Sohe ber sestzujependen Gebühr vergleiche Art. 280. Die Gebühr kommt nur für eine Entscheidung zur Ersebung.

Art. 142 (61).

In dem nach den §§ 132 bis 139 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eintretenden Versahren werden in jeder Instanz fünf Zehnteile der Sätze des § 8 des Reichs-Gerichtskostengesetzes erhoben 1) 2) 3):

1. für die Festsetzung der Ordnungestrafe 4);

2. für die Verhandlung in den nach § 134 anberaumten Terminen 5);

3. für die Anordnung einer Beweisaufnahme.

Die Gebühr für die Anordnung einer Beweisaufnahme wird nur zur Hälfte erhoben, wenn die Beweisaufnahme weder ganz noch teilweise stattgesunden hat 6).

Diese Gebühren werden in jedem Versahren nur einmal erhoben. Jede Wiederholung der Ordnungsstrafe ailt als ein besonderes Versahren?).

Bochinger, Bagerns Gebührengefete.

Mis Wert des Streitgegenstandes ift die Sohe der festgesetten Ordnungsftrase anzusehen.

Für die Androhung von Strafen werden Gebühren

nicht erhoben 8).

Der Art. 142 regelt die Gebühren für das Berfahren zur Verhängung von Ordnungsstrafen in Handelssachen und erjett insoweit den Art. 61 des dissperigen Gesetzes. Die im Art. 61 getrossenn Vorlägristen sind im Anissuka an das preußische Recht dahin geändert, daß nicht eine sixe Gebühr (5 dzw. 10 M) sondern eine nach der Höghe der Strafe sich richtende Gebühr zur Erhebung kommen soll. Die neue Regelung dürste der Billigkeit besser entsprechen. (Motive 1899).

- 1. Die Bestimmungen in §§ 132 bis 139 bes G.F.G. betreffen bas vorerwähnte Strasversahren in Handelssachen und sindet die Gebühr bes Art. 142 nur in diesen Källen Anwendung, nicht aber in dem Strasversahren bei den sonstigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Siehe auch Art. 143.
- 2. Ueber ben Begriff ber Instanz bergleiche Anmerkg. 3 gu § 12 bes R.G.K.G. in Wochinger, Prozeggeb.Ges. S. 27, bann auch S. 46.
 - 3. Giebe Tabelle a im Unhang.
- 4. Die Gebühr wird nur dann erhoben, wenn eine Ordnungsftrase verhängt wird. Kommt es nicht auf Festietzung der angebrohten Strase, so ist auch keine Gedühr jällig. Reben der Gedühr des Art. 142 kommen, da bei der Festietzung der Ordnungsstrase der Beteiligte zugleich in die Kosten des Versahrens zu verurteilen ist, auch die Auslagen zum Ansat. Sind bei einem Ordnungsstrasetraspen mehrere Versonen beteiligt, so ist sür sied verselben die Gebühr nach Waßgabe der über sie verhängten Strase besonders zu verechnen. Für die Auslagen haten dieselben als Gesamtschuldner. (Vergleiche auch Wügel, Preuß. Kostengesetz, 3. Auslage S. 290).

5. Wird rechtzeitig Einspruch erhoben (§ 134) und erscheint der Beteiligte trop Ladung in dem zur Erörterung der Sache angeseten Termin nicht, so hat das Gericht nach Lage der Sache zu entscheiden. In diesem Falle wird die Gebühr nach Jiffer 2 nicht zu erheben sein, da eine Verhandlung nicht stattgefunden hat.

Hur die Zurücknahme des Einspruchs kommt eine Gebühr nicht zur Erhebung, wohl aber werden die Auslagen berechnet.

- 6. hinsichtlich der Gebührenerhebung bei Anordnung einer Beweisausinahme sowie dei Unterlassung oder nur teilweiser Ersedigung derielben haben die gleichen Grundsche Anwendung zu sinden wie dei § 18 3. 2 u. § 22 des R.G.K.G.
- 7. Diese Bestimmungen entsprechen den §§ 28 u. 39 Abs. 1 bes R.G.R.G.

Für die Beschwerdeinstang ift die Gebühr besonders anzusepen.

8. In diesem Falle werben auch teine Auslagen berechnet.

Art. 143.

Die Vorschriften des Art. 142 finden auf andere Fälle der Festsetung von Ordnungsstrafen, insbesondere nach den §§ 151, 159 des Gesetzes über die Angelegensheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, entsprechende Answendung.

Die Motive (1899) erläutern hiezu:

Die Gebüllrenvorschriften über das handelsrechtliche Ordnungsstrasversahren eiguen sich zur entsprechenden Anwendung sür alle Fälle, in denen eine Berhängung von Ordnungsstrassen vorgesehen ist, da in allen Fällen nach § 33 des G.F.G. der Festiehung der Ordnungsstrasse eine Androhung vorherzugesen hat und die einzelne Strase den Betrag von 300 M nicht übersteigen darf. Der Art. 143 ertlärt deshald die Vorschriften des Art. 142 auf alle anderen Fälle der Festiehung von Ordnungsstrasen für anwendbar. Als jolche Fälle find zu nennen:

- a) nach bem Geset über bie Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarkeit:
 - § 140, Festsehung einer Ordnungöstrase wegen Gebrauches einer nicht zustehenden Firma (§ 37 Abs. 1 bes H.G.B.),
 - § 151, Festiegung einer Ordnungöstrafe wegen Nichtaushandigung von Schriftstuden an ben Dispacheur,
 - § 159, Berhängung einer Orbnungsstrase gegen Mitglieber bes Borstandes oder Liquidatoren eines eingetragenen Bereines;
- b) nach § 160 des Genossenichaftsgesetes:

Berhängung einer Ordnungsstrafe gegen Nitglieder bes Borstandes sowie gegen Liquidatoren;

c) nach § 79 bes Gesets betr. Die Gesellschaften mit beichrantter haftung:

Berhängung von Ordnungsstrafen gegen Geschäftsführer oder Liquidatoren;

d) nach § 127 bes Binnenschiffahrtegesetes:

Berhängung bon Ordnungsftrafen gegen Beteiligte;

e) nach bem Bürgerlichen Gesethuche:

§ 78, Berhängung von Orbnungsstrafen gegen Mitglieder bes Borstandes sowie gegen Liquidatoren eingetragener Bereine,

. § 1788, Berhangung einer Orbnungeftrafe gegen ben gum

Bormund Ausgewählten,

§ 1837, Berhängung von Orbnungestrafen gegen Bormund und Gegenvormund,

§ 1875, Berhangung einer Orbnungeftrafe gegen ein Familienratemitglieb:

f) nach Art. 20 bes Ausführungsgesetes zur Grundbuchordnung und zu bem Geset über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung:

Berhangung von Ordnungsftrafen gegen ben Befiger bes Supptheten-Grundichulb- ober Renten-

ichulbbriefs.

1. Nicht hieher gehoren und auch teiner Gebühr unterworfen find die Ordnungsstrafen in Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarteit 3. B. nach § 153 des 3w.Gej.

III. Abschnitt.

Berfandlungen ber Motare.

Art. 144 (112).

Für Urfunden und Aussertigungen der Notare merben Gebühren nach jolgenden Bestimmungen erhoben.

Mrt. 145 (113 3iff. 2).

Verträge, Schuldbekenntnisse und Schuldversprechen unterliegen, soweit in den folgenden Artikeln nicht ein Anderes bestimmt ist, der verhältnismäßigen Gebühr von drei vom Tausend der Gegenstandsjumme, sosern jedoch der Wertsgegenstand den Vetrag von 2000 Mark nicht übersteigt, von zwei und einhalb vom Tausend der Gegenstandsjumme.

Die Gebühren und Auslagen ber Notare für die im Auftrage bes Gerichts vorgenommenen Amtsgeschäfte gehören zu den baren Auslagen und sind ben Potaren auch bann aus der Staatstaffe auszubezahlen, wenn deren Beitreibung von den Zahlungspflichtigen nicht möglich ift. (Fin. M.E. v. 30. Märx 1888. Pfaff. 5. Aufl. S. 129.)

Urt. 146 (113 Biff. 1, 114).

Für Verträge, durch welche sich der eine Teil verspflichtet, das Eigentum an einem Grundstücke zu überstragen oder ein den Grundstücken gleichstehendes Recht zu bestellen oder zu übertragen, beträgt die verhältnissmäßige Gebühr:

1. eins vom Sundert der Gegenstandsjumme:

a. wenn der Vertrag zwischen Verwandten oder Stiesverwandten in gerader Linie oder zwischen Ehegatten oder zwischen Geschwistern abgeschlossen wird; b. bei Berträgen über die Teilung eines Nachlasses oder des Gesamtguts einer Gütergemeinschaft oder fortgesetten Gütergemeinschaft;

c. bei einem Wertsgegenstande bis zu 1000 Mart

einschließlich:

2. ein und einhalb vom Hundert der Gegenstandssumme bei einem Wertsgegenstande von über 1000 Mark bis 2000 Mark einschließlich;

3. zwei vom hundert der Gegenstandssumme in allen

übrigen Fällen.

Sind bei Berträgen zwischen Verwandten oder Stiesverwandten (Zisser 1 lit. a) neben den Verwandten oder Stiesverwandten der absteigenden Linie die Essegatten oder Berlobten beteiligt, so sindet auf deren Unteilserechte die Bestimmung der Ziss. I Unwendung. In den übrigen Fällen der Ziss. 1 lit. a ist bei Mitbeteiligung weiterer Personen die Gebühr nach den Anteilsrechten der einzelnen Personen gesondert zu berechnen.

Mrt. 147.

Die Gebühr des Art. 146 wird für die Beurkundung der Auflassungserklärung erhoben, wenn nicht eine Urskunde vorliegt, welche mit dieser Gebühr schon zu beswerten war.

Art. 148 (115).

Für Eheverträge wird an Stelle der nach Art. 145 oder 146 zu entrichtenden Gebühr eine fize Gebühr von

3 Mark erhoben.

Zuwendungen von beweglichem Vermögen, welche in Eheverträgen an eine der den Chevertrag abschließenden Personen von Seite ihrer Eltern oder Stieseltern gemacht werden, sind nicht als selbständige Rechtsgeschäfte zu betrachten.

Art. 149 (117).

Stiftungsgeschäfte unter Lebenden unterliegen ben Gebühren für Verträge.

Stiftung&geschäfte, die in einer Berfügung von

Todeswegen bestehen, unterliegen der im Art. 163 be=

ftimmten Gebühr.

Für Urkunden über Familienfideikommisse, gleichviel ob letztere unter Lebenden oder für den Todesfall errichtet werden wollen, beträgt die Gebühr 50 Mark.

Art. 150 (118).

Eine Gebühr zu ein und einhalb vom Hundert der Gegenstandssumme wird erhoben von Gesellschaftsversträgen (Statuten), welche die Gründung von Attiengesellschaften oder von Kommanditgesellschaften auf Attien zum Gegenstande haben, sowie von Verträgen oder Beschlüssen, welche die Erhöhung des Grunds oder Attien-Kapitalssolcher Gesellschaften betreffen.

Betrifft der Gesellschaftsvertrag die Gründung einer Aktiengesellschaft, welche nicht den Gewinn der Teilhaber bezweckt, so kommt anstatt der im Abs. 1 sestgeseten Gebühr von ein und einhalb vom Hundert der Gegenstandssumme eine Gebühr von drei vom Tausend der Gegenstandssumme eine Gebühr von drei vom Tausend der Gegenstandssumme eine Gebühr von drei vom

standssumme zur Erhebung.

Der Berechnung ber Gebühr ift ber Betrag bes Grund- ober Aftien-Kapitals, im Falle einer Erhöhung

besselben der Mehrbetrag zu Grund zu legen.

Wird das Grunds oder Aktienskapital oder der erhöhte Betrag desselben nicht sogleich voll einbezahlt, so ist die Gebühr aus der jedesmaligen Teilzahlung zu entrichten, deren Einsvolerung der Borstand der Aktiengesellschaft, bei Kommanditgesellschaften auf Aktien der Aufssichtstat, der zuständigen Regierungssinanzkammer vor dem anderaumten Einzahlungstermin anzuzeigen hat. Im Falle der Unterlassung rechtzeitiger Anzeige untersliegen die Mitglieder des Vorstandes der Aktiengesellschaft beziehungsweise des Aufsichtsrates der Kommanditgesellschaft auf Aktien einer Geldstrates der Kommanditgesellschaft auf Aktien einer Geldstrates der Kommanditgesellschaft auf Aktien einer Geldstrates der Kommanditgesellschaft su Gelesschaft gebeidstaft subsidiarisch haftbar.

Soweit in solchen Verträgen sich der eine Teil verspflichtet, das Eigentum an Grundstücken oder diesen' gleichstehenden Rechten oder das Eigentum an beweg-

lichen Sachen zu übertragen, kommen neben ben Gebühren bes Abs. 1 oder 2 die im Art. 145 oder 146 bestimmten Gebühren besonders zu Erhebung.

Art. 151 (119).

Wenn zwei oder mehrere Grundstückseigentümer durch Tausch von Grundstücken, die der landwirtschaftslichen oder forstwirtschaftlichen Benützung zugewendet sind, ihren ganzen Grundbesitz oder einen Teil desselben behufs günstigerer Bewirtschaftung in Zusammenhang bringen, so wird für die Beurkundung des Tauschverstrags, für die Auflassung und für die Ueberstragung von Hypotheten, Grundschulden oder Rentenschulden eine verhältnismäßige Gebühr nicht erhoben.

Für Tauschverträge zwischen zwei Grundstückseigentümern, bei welchen obige Boraussehungen nur auf einer Seite gegeben sind, kommt die Gebühr des Art. 146

Riffer 1 gur Erhebung.

Eine allenfallsige Geldaufgabe sowie überhaupt jeder Mehrwert des eingetauschten Erundstücks gegenüber dem vertauschten Grundstück unterliegt der Gebührenbewertung nach Art. 146.

Art. 152 (120).

Auf Bersteigerungen von Grundstüden finden die Bestimmungen des Art. 146 gleichmäßig Anwendung.

Wird bei einer öffentlichen Versteigerung von Grundstücken der Zuschlag auf die für die einzelnen Grundstücke gelegten Gebote erteilt, so ist die Gebühr nach den Einzelnspreisen zu berechnen.

Fur öffentliche Mobiliar-Versteigerungen werden die im Art. 257 bestimmten Gebuhren aus der Summe der

Buichlagspreise erhoben.

Art. 153 (121).

Bergleiche find den nämlichen Gebühren unterworfen

wie Berträge.

Dies ist namentlich auch bei den gerichtlichen Prozehbergleichen zu beachten. Es können bennach z. B. Gebühren nach Art. 145, 146 und daneben eventuell die örtliche Besitzeränderungsabgabe in Betracht kommen. Die Gerichte haben gegebenen Falls auch

bie Anzeige wegen ber Berichtigung bes Grundsteuerkatasters zu erstatten (Att. 9 3. 2 bes Gesets, Abanderung an den gesehlichen Bestimmungen über die Grundsteuer betreffend, v. 19. Mai 1881, G. 8.31. S. 664).

Art. 154 (122 Abj. 1).

Für Berträge, durch welche sich der eine Teil verspsichtet, eine Hypothet, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld zu bestellen, beträgt die verhältnismäßige Gebühr fünf vom Tausend der Gegenstandssumme und, wenn die Summe den Betrag von 2000 Mark nicht übersteigt, zwei und einhalb vom Tausend der Gegenstandssumme.

Die gleiche Gebühr wird erhoben für die Beurstundung oder die Beglaubigung der Bewilligung zur Eintragung einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld. Ist die Gebühr schon für den im Abs. 1 bezeichneten Bertrag zum Ansabe gelangt, so wird für die Beurkundung oder Beglaubigung der Eintragungssbewilligung eine Gebühr nicht mehr erhoben.

Ist für die Forderung schon eine mit der Gebühr nach Art. 145 bewertete Urfunde errichtet, so wird die

für dieje entrichtete Gebühr angerechnet.

Die Vorschrift des Art. 121 sindet gleichmäßige

Anwendung.

Die Gebühr des Abs. 1 wird auch erhoben für die Beurkundung der Erklärung des Eigentümers, daß eine Grundschuld für ihn in das Grundbuch eingetragen werde.

Art. 155 (122 Abj. 2).

Für die Beurkundung der Uebertragung oder Belastung einer Hypothek, Grundschuld oder Kentenschuld, der Uebertragung oder Belastung einer Forderung, für welche ein eingetragenes Recht als Psand haftet, beträgt die Gebühr drei vom Tausend der Gegenstandssumme, sofern jedoch der Wertsgegenstand den Betrag von 2000 Mark nicht übersteigt, zwei und einhalb vom Taus send der Gegenstandssumme.

Die gleiche Gebühr kommt zur Erhebung für die Beglaubigung der Erklärung des bisherigen Gläubigers, daß die Uebertragung oder Belastung der Hypothek,

Grundichuld oder Rentenschuld oder die Uebertragung oder Belaftung einer Forderung, für welche ein eingestragenes Recht als Pfand haftet, in das Grundbuch eingetragen werden soll, ferner für die Beglaubigung der Ertlärung des disherigen Gläubigers, daß eine Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, über die ein Brief erstellt ist, an den neuen Gläubiger abgetreten wird, endslich für die Beglaubigung des Anerkenntnisses, daß eine Forderung kraft Gesetzes übertragen ist.

Ist bei Belastung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld die Forderung, zu deren Gunsten die Belastung erfolgt, in ihrem Betrage niedriger als der Betrag der belasteten Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, so wird die Gebühr aus dem Betrage der For-

derung berechnet.

Cale Company

Siehe auch Anhang 4, altere noch giltige Gebührenbeftimmungen.

Art. 156.

Die Bestimmungen der Art. 154, 155 sinden bei Errichtung oder Beglaubigung von Urfunden über die Bestellung eines Psandrechts an einem im Schiffsregister eingetragenen Schiffe sowie eines dieses Psandrecht beslastenden Rechtes gleichmäßig Anwendung.

Urt. 157.

Für die Herstellung eines Teilhypothekenbriess, eines Teilgrundschuldbriess oder eines Teilrentenschuldbriess beträgt die Gebühr 1 Mark.

Art. 158.

Für die Vernehmung von Sachverständigen zur Ermittelung des Wertes von Grundstücken nach Art. 87 oder Art. 103 des Aussührungsgesetz zum Bürgerlichen Gesehbuche wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Art. 159.

Für Verträge, durch welche sich der eine Teil verspflichtet, eine Dienstbarkeit, ein Vorkaufsrecht oder eine Reallast zu bestellen, beträgt die Gebühr drei vom Taus

iend der Gegenstandssumme, sofern jedoch diese den Betrag von 2000 Mark nicht übersteigt, zwei und einhalb vom Tausend der Gegenstandsjumme.

Die Borichriften des Art. 154 Abi. 2 finden ent=

iprechende Anwendung.

Art. 160 (122 Abi. 3 u. 4).

Alle übrigen Rechtsgeschäfte über Grundstücke oder Rechte an Grundstücken unterliegen bei einem Wertsgegenstande bis 200 Mark einschließlich einer Gebühr von einem Zehnteile der Säße des § 8 des Reichs-Gerichtskostengesets, bei einem Wertsgegenstande von mehr als 200 Mark einer Gebühr von 1 Mark.

Bei Löschungsbewilligungen wird eine besondere

Gebühr für die Quittung nicht geschuldet.

Art. 161 (124).

Berträge über Rechtsverhältnisse an Grundstücken sowie über die den Grundstücken gleichstehenden Rechte, welche sich außerhalb Banerns besinden, unterliegen nur der Gebühr zu drei vom Tausend der Gegenstandsjumme.

Art. 162 (125).

Für Inventare und Vermögensverzeichnisse beträgt die Gebühr zwei vom Tausend des ausgewiesenen Vermögens unter Abzug der Schulden, mindestens aber 1 Mark.

Im Jalle der Beteiligung Minderjähriger wird die im Abi. 1 bestimmte verhältnismäßige Gebühr nur zur

Hälfte erhoben.

In Vormundichaftssachen sowie in Nachlaßsachen, in welchen eine Gebühr nach Art. 83, 89, 90, 94 ober 165 zur Erhebung kommt, wird für das Vermögensverzzeichnis oder das Inventar keine besondere Gebühr ershoben.

Die Sollstellung der Gebühren für Inventare und Bermögensverzeichnisse, welche von den Notaren im Auftrage der Gerichte vorgenommen werden, obliegt dem Gerichtsschreiber. Siehe 7 Abs. 4 der Bollz-Instr. vom 25. Dezbr. 1899, Just.M.Bl. 1900 S. 351.

Art. 163 (126).

Eine Gebühr von 3 Mark fommt zur Erhebung:

 für die Errichtung einer Verfügung von Tobeswegen, eines Erbverzichtsvertrags sowie eines Vertrags, durch welchen ein Erbverzicht ausgehoben wird;

2. für die Uebernahme von Testamenten, welche nicht vor dem Notar errichtet sind, zur amtlichen Verwahrung.

Für die Erteilung des Hinterlegungsscheins wird

eine besondere Gebühr nicht erhoben.

Wird ein Erbvertrag zwischen Chegatten oder Verslobten mit einem Chevertrag in derselben Urkunde versbunden, so wird hiefür eine besondere Gebühr nicht entrichtet.

Werden von Ehegatten an einem und demjelben Tage zwei gesonderte Testamente errichtet, in welchen sich dieselben gegenseitig Zuwendungen machen, so wird die Gebühr des Abs. 1 für beide Testamente zusammen nur einmal erhoben.

Mrt. 164.

Der einsache und unbedingte Widerruf des Testaments, die einsache und unbedingte Ausstebung des Erbvertrags sowie die Zurücknahme eines hinterlegten Testaments oder Erbvertrags unterliegt der Gebühr von 1 Mark.

Wird bei Zurücknahme eines hinterlegten Testasments ober Erbvertrags gleichzeitig ein neues Testament ober ein neuer Erbvertrag dem Notar in amtliche Berswahrung übergeben, so kommt an Stelle der Gebühr des Abs. 1 jene des Art. 163 Abs. 1 Ziff. 2 zur Erhebung.

Art. 165 (127 Abi. 1 u. 2).

Für die durch den Notar erfolgte Vermittelung der Auseinandersetung in Ansehung eines Nachlasses wird aus dem Werte des Nachlasses nach Abzug der Schulden eine Gebühr von einem Zehnteile der Säte des § 8 des Reichs-Gerichtstostengesetze erhoben.

Die Vorschrift des Abs. 1 findet auf die Auseinanderssehung einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer fortsgesehten Gütergemeinschaft gleichmäßig Anwendung.

Auf die Festsehung der einem Beteiligten zu erstattenden Koften finden die Borschriften des Reichs-

Gerichtskoftengesetes entsprechende Anwendung.

Für die von dem Notar erfolgte Erteis lung der im Art. 99 bezeichneten Zeugnisse und Bescheinigungen wird eine Gebühr nicht erhoben.

Der lette Absat ift neu und wurde erft burch bas Nachlaß-

gefet hinzugefügt.

Art. 166 (127 Abs. 3).

Auf die durch den Notar verfündeten oder den Beteiligten vorgelegten Testamente und Erbverträge findet der Art. 111 gleichmäßig Anwendung.

Mrt. 167.

Eine Gebühr von 2 Mark wird erhoben:

1. für die Anlegung und für die Abnahme von Siesgeln, sofern nicht die Gebühr des Art. 101 zum Anfalle gelangt;

2. für die Abnahme von Versicherungen an Cidesstatt, die abgegeben werden, um einer öffentlichen Behörde eine thatsächliche Behauptung oder eine Aus-

fage glaubhaft zu machen;

3. für die eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, für die Abnahme von Eiden und die Vewirkung von Zustellungen in den Fällen, in denen die eidliche Vernehmung, die Sidesabnahme oder die Zustellung nach dem Rechte eines außländischen Staates oder nach den Bestimmungen einer außländischen Behörde von einem Notar vorgenommen werden soll.

Art. 168 (128).

Eine Gebühr von 1 Mark wird erhoben:

1. für die Aufnahme der im § 1718 und im § 1720 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesethuchs vorgesehenen Urkunde über die Anerkennung der Vaterschaft; 2. für die Beurkundung von Vereinbarungen zwischen dem Vater eines unehelichen Kindes und diesem über den Unterhalt für die Zukunft oder über eine an Stelle des Unterhalts zu gewährende Abfindung sowie für die Beurkundung einer Vereinbarung zwischen dem Vater eines unehelichen Kindes und der Mutter über die der Mutter aus der Beiwohenung und der Entbindung entstandenen Ansprüche.

Art. 169 (129).

Wechselproteste unterliegen einer Gebühr zu eins vom Tausend der zu fordernden Wechselsumme.

Art. 170 (130 Ziff. 1 bis 3).

Einer sixen Gebühr sind ferner unterworfen mit 1. 20 Mark: die Generalversammlungsbeschlüsse von Aktiengesellschaften oder von Kommanditgesellschaften auf Aktien, sofern nicht die Bestimmungen des Art. 150 Anwendung sinden; die Urkunden über Vornahme von Verlosungen oder Ziehungen;

2. 10 Mark: die Beschlüsse der Versammlungen der Vereine und der Gesellschafter bei Gesellschaften mit beschränkter Haft und, sofern nicht die Vestimmungen des Art. 145 oder 146 Anwendung sinden; die Schiedsverträge ohne Gegenstandssumme;

3. 3 Mark: die Beurkundung des Antrags des Baters eines unehelichen Kindes auf Ehelichkeitserklärung; Berträge über Annahme oder Aufhebung der Annahme an Kindesstatt.

Art. 171 (130 Biff. 4).

Urkunden, für welche eine Gebühr nicht anderweit festgesetzt ift, unterliegen einer Gebühr von 1 Mark.

Art. 172 (131).

Hür die Feststellung des Datums einer Privaturkunde, einschließlich der über die Borlage auszustellenden Bescheinigung, wird eine Gebühr zu 1 Mark erhoben.

Art. 173 (132).

Für jede vollstreckbare Aussertigung einer Notariatsurkunde wird, vorbehaltlich der Bestimmung im Abs. 2, eine Gebühr zu eins vom Tausend der Gegenstandssumme im Mindestbetrage von 50 Psennig besonders erhoben.

Für die vollstreckbare Aussertigung von Urkunden über die Bestellung einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Kentenschuld (§§ 799, 800 der Reichse Civilsprozehordnung) sowie für andere Aussertigungen oder beglaubigte Abschriften beträgt die Gebühr 50 Pfennig.

Die gleiche Gebühr wird auch für sonstige Beglaubigungen, Zeugnisse und andere derartige Bescheinigungen erhoben, über welche keine förmliche Notariatsurkunde

errichtet wird.

Art. 174 (133).

Der Mindestbetrag einer verhältnismäßigen Gebühr kann unter den Betrag der für das gleiche Rechtsgeschäft bestimmten firen Gebühr nicht herabsinken.

Art. 175 (134).

Die verhältnismäßige Gebühr wird auch von Bertragsurfunden erhoben, welche nur die Erklärung eines

der Vertragsichließenden enthalten.

Wird die Erklärung des anderen Teils besonders beurkundet, so ist für diese Urkunde, sosern sich die Erskärung auf eine mit der verhältnismäßigen Gebühr schon bewertete Urkunde bezieht, nur eine Gebühr von 1 Mark zu erheben.

Wird innerhalb drei Monaten oder, wenn der Berstragsantrag für die Annahme eine Frist bestimmt hat, binnen zwei Wochen nach Ablauf dieser Frist die Bersweigerung der Annahme nachgewiesen, so wird nur die Gebühr für eine einsache Erklärung geschuldet und der hienach zu viel erhobene Betrag zurückersett.

Art. 176 (135).

Verträge, welche unter einer Bedingung abgeschlossen werden, sind, soweit das Gesetz nicht ein Anderes bestimmt, wie unbedingte zu behandeln.

Wird jedoch die Wirksamkeit des Vertrags ausdrücklich von der Zustimmung einer bestimmten dritten Person abhängig gemacht und innerhalb drei Monaten der Nachweis erbracht, daß die Zustimmung versagt wurde, so wird nur eine Gebühr von 1 Mark geschuldet und der hienach zu viel erhobene Betragkzurückerstattet.

Mrt. 177 (136).

Wird die Wirksamkeit eines Vertrags ausdrücklich von der nachträglichen Genehmigung einer Behörde oder der Vertreter von Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes abhängig gemacht, so wird die Urkunde erst bewertet, nachdem der Beschluß ersolgt ist.

Wird die Genehmigung versagt, so beträgt die

Gebühr 1 Mark.

Art. 178 (137).

Verhandlungen, welche bloß den Vollzug, die Versvollständigung oder Vollendung bereits bewerteter Nechtsgeschäfte zum Gegenstande haben, sind nur mit der Gebühr von 1 Mark zu belegen, wenn sie eine Aenderung in Bezug auf die beteiligten Personen, auf den Gegenstand des Nechtsgeschäfts oder die Gegenstandssumme nicht enthalten.

Außerdem unterliegen sie der Gebühr wie ein

jelbständiges Rechtsgeschäft gleichen Inhalts.

Art. 179 (138).

Wird in einem der verhältnismäßigen Gebühr untersliegenden Vertrag, in welchem der eine Teil sich verspslichtet, das Eigentum an einem Grundstücke zu überstragen, dem anderen Teile das Recht vorbehalten, zu erklären, daß er die Rechte aus dem Vertrage für einen Dritten erwerben wollte, und hat der andere Teil unsmittelbar nach der Unterschrift ausdrücklich erklärt, daß und für welchen Dritten er erwerden wollte, so werden, wenn binnen einer Woche die zustimmende Erklärung des Dritten in einer öffentlichen Urkunde dem Notar erbracht wird, außer den verhältnismäßigen Gedühren

für den Vertrag nur die außerdem noch treffenden figen Gebühren geschuldet. Diese Vorschriften finden auf die den Grundstücken gleichstehenden Rechte entsprechende Unwendung.

Bird das Eigentum an einem Grundstücke mehreren Personen gemeinschaftlich übertragen und erklären diese Bersonen bei der Auslassung, daß sie das Grundstück im Wege des Bertrags unter sich teilen wollen, so unterstiegen die zum Zwecke der Teilung geschlossenen Verträge nur der Gedühr von 1 Mark, wenn sie binnen einer Woche abgeschlossen werden.

Art. 180 (139).

Für die einsache und unbedingte Wiederaussbung eines Vertrags, welche innerhalb eines Wonats nach Abschluß des aufzulösenden Vertrags beurkundet wird, ist nur die Gebühr von 1 Wark zu entrichten.

Rach Ablauf obiger Frist ift die Vertragsauflösung

als neuer Vertrag zu bewerten.

Bei Verträgen nach Art. 146 beginnt der Lauf der Frist mit dem Abschlusse des Vertrags ohne Rücksicht darauf, ob die Auslassungserklärung in diesem Vertrag enthalten oder später abgegeben ist.

Art. 181 (140).

Bird ein Vertrag wegen Mangels der durch Geset voer Rechtsgeschäft bestimmten Form durch rechtskrästiges Urteil für nichtig erklärt und in Folge dessen eine neue Urkunde errichtet, so unterliegt die letztere nur der Gebühr von 1 Mark, wenn sie keine Uenderung in Bezug auf die kontrahierenden Personen, auf den Gegenstand des Vertrags oder dessen Bert enthält.

Eine Rückerstattung der Gebühr für den voraus-

gegangenem Bertrag findet nicht ftatt.

Art. 182 (141).

Jedes Rechtsgeschäft ist ohne Rücksicht auf die Zahl der bei demselben Beteiligten nur einmal zu bewerten.

"Art. 183 (142).

Enthält eine Urkunde mehrere Nechtsgeschäfte, welche von einander unabhängig sind oder nicht notwendig eines aus dem andern fließen, so wird für jedes dieser Rechts=

geschäfte eine besondere Gebühr geschuldet.

Auf Verbindlichkeiten, welche nur als Bedingungen des Hauptvertrags erscheinen oder zur Erfüllung der Leistung oder Gegenleistung desselben bedungen oder übernommen werden, insbesondere auch auf Bürgschaften und Pfandbestellungen, findet vorstehende Bestimmung keine Anwendung.

Art. 184 (143).

Kommt in einem Vertrage neben der Leistung auch eine Gegenleistung vor, jo wird bei Gleichheit der Gebührensähe die Gebühr nach dem größeren Werte der Leistung oder Gegenleistung berechnet.

Bei Verschiedenheit ber Gebührensäte ift die Gebühr aus jenem Werte zu berechnen, welcher ben höheren Be-

trag ergibt.

Art. 185 (144).

Für einen Vertrag, durch welchen sich der eine Teil verpstichtet, das Eigentum an Grundstücken oder ein den Grundstücken gleichstehendes Recht und das Eigentum an beweglichen Sachen zu übertragen, ist die Gebühr des Art. 146 von dem Gesamtwerte der beweglichen Sachen sowie der Grundstücke und diesen gleichstehenden Rechte zu entrichten, sosern nicht der Wert der beweglichen Sachen in der Urfunde besonders ausgewiesen wird.

Art. 186 (146).

Bei Pacht= oder Mietverträgen, welche auf bestimmte Zeit abgeschlossen werden, vildet der Betrag des einjährigen Zinses multipliziert mit der Zahl der Jahre und, wenn der fünsundzwanzigsache Betrag geringer ist, dieser Betrag die Gegenstandssumme.

Wird der Vertrag auf unbestimmte Zeit oder Lebenss dauer abgeschlossen, so ist der Berechnung der Gebühr

Bochinger, Bayerns Gebührengefege.

ber zwölf- und einhalbsache Betrag bes einjährigen Zinses zu Grunde zu legen.

Art. 187 (147 Abj. 1).

Der Wert einer Grunddienstbarkeit sowie der Wert des Rechts auf wiederkehrende Autungen oder Leistungen ist nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 7, 9 der Reichs-Civilprozesordnung zu berechnen.

Art. 188 (148).

Bei Berechnung der Gebühr nach der Gegenstandsjumme werden, vorbehaltlich der Bestimmung im Art. 162, die auf dem Gegenstande haftenden Schulden nicht in Abzug gebracht.

Art. 189 (149).

Die Verbindlichkeit zur Entrichtung der Gebühr obliegt demjenigen, der die Thätigkeit des Notars veranlaßt hat. Ist dieselbe von Mehreren veranlaßt worden, so haften diese dem Staate gegenüber als Gesamtschuldner.

Bereinbarungen über die Tragung der Gebühren sind nur für die Beteiliaten wirkiam.

Art. 190 (150).

Hat bei Berträgen der eine Teil der Kontrahenten auf persönliche Gebührenbefreiung Anspruch, so wird 1. für einseitige Verträge, durch welche nur für diesen

1. für einseitige Berträge, durch welche nur für diesen Teil Verpflichtungen begründet werden, keine Gebühr,

2. für zweiseitige Verträge die Sälfte ber Gebühr erhoben.

Art. 191 (151).

Gebühren werden nicht erhoben:

 für die Korrespondenzen der Notare, insbesondere die von ihnen erstatteten Berichte, für Mitteilungse schreiben mit oder ohne Antragstellung und Zustellungsaufträge sowie für Anzeigen und Bekanntemachungen; 2. für Notariatsurkunden über die Bestellung von Sicherungshypotheken, welche ausschließlich die Sicherung von Forderungen des Staates oder staatlicher Anstalten bezwecken, sowie über die Kautionen der Hypothekenbewahrer in der Pfalz;

3. für die von Militärpersonen bei der Mobilmachung errichteten oder in amtliche Verwahrung gebrachten Testamente und Erbverträge sowie für deren

Burücknahme, Verkundung ober Borlegung.

Art. 192 (155).

Entsteht ein Streit darüber, ob auf einen Tausch die Bestimmungen des Art. 151 Abs. 1, 2 anwendbar seien, so hat die Distriktsverwaltungsbehörde, in deren Bezirke das ausgetauschte Grundstück liegt, zu entscheiden. Das Versahren ist gebührensrei; die baren Auslagen sallen dem unterliegenden Teile zur Last.

Gegen die Enticheidung sindet Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nach Maßgabe der Bestimmungen im Abschnitt II des Gesetzes vom 8. August 1878, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshoses und das Versfahren in Verwaltungsrechtssachen betreffend, statt.

IV. Abschnitt.

Amtshandlungen der Gerichtsvollziefer.

Art. 193 (156).

Wechselproteste¹⁾ unterliegen der im Art. 169 bestimmten Gebühr, mindestens aber einer solchen von 1 Mark.

Für Urkunden über die Zustellung einer Willenserklärung außerhalb eines Rechtsstreits?) (§ 132 des Bürgerlichen Gesetbuchs) wird eine Gebühr von 1 Mark erhoden?) *).

Die im Abs. 2 bestimmte Gebühr wird auch erhoben, wenn die Zustellung durch die Post ersolgt (§ 194

der Reichs-Civilprozefordnung) 5).

Für jede Beglaubigung der Abschrift eines zuzuftellenden Schriftstückes durch den Gerichtsvollzieher kommt außerbem noch eine besondere Gebühr von 50 Pfennig zur Erhebung 6) 618 9).

1. Die Gebühr bes Art. 193 kommt nur dann zum Anjak, wenn ein Wechselberde ausgenommen wird. Kommt es hingegen nicht zur Aufnahme einer Wechselbrotestrurtunde, weit vorher freiwillige Jahlung ober Vorlage einer Luittung über erfolgte Zahlung ober gurüdnahme des Auftrags stattgesunden hat, so sind nur Gebühren nach den baprischen Gebührenvorschriften für Gerichtsvollzieher, §8, 8, 9 berielben siehe Wichelburge biese Auches), zu erseben.

Siehe auch Art. 169 auf S. 171, wonach Bechjelprotefte einer Gebuhr zu eins vom Taufend ber zu forbernben Bechiel-

jumme unterliegen.

- 2. Die Vorschrift bes Art. 156 Abs. 2 bes bisherigen Gebührengesets, welche von der Justellung von Erklärungen außerhalb des Prozesse handelte, stützte sich auf die Art. 17 bis 19 des Aussi. Sei. 2 n. K.D. Lettere Bestimmungen sind nunmehr durch Art. 166 Jisser XVI des Aussi. Sei. 2 nm B.G.B. beseitigt worden. Die erwährte Vorschrift hat aber nunmehr auf die nach Maßgabe des § 132 des B.G.B. durch den Gerichtsvollzieher zu bewirfende Zustellung einer Willenserklärung Anwendung zu sinden, was durch die veränderte Fassung des Absates 2 diese Artitels zum Ausdruck gebracht ist (Wotive 1899).
- 3. Hieher gehören 3. B. Kündigungen, Mahnungen, nicht aber Mahnbriefe —, die Erklärung einer Anfechtung ober Aufrechnung, die Biehmängelanzeige, ein Bertragsantrag oder die Annahme eines solchen, die Erklärung des Rüdtrittes von einem Bertrage, die Androhungen und Mitteilungen, welche beim Ksandverkauf und bei sonstigen kraft gesehlicher Ermächtigung stattsfindenden Berkäufen vortommen. Siehe Näheres § 41 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 28. April 1900 (Just. W.Bl. S. 621).
- 4. Die Zustellung einer Benachrichtigung nach § 845, Abs. 2 ber R.C.P.D. ift nicht als Zustellung außerhalb bes Prozesses zu erachten. (Minist.Bet. v. 21. März 1896, Just.M.Bl. S. 118.)
- 5. Außer den Gebühren nach Abs. 2 und eventuell Abs. 4 ift überdies noch die Justellungsgebühr nach § 2 der R.G.O. f. G.B. (siehe Wochinger, Prozesigeb.Gei. S. 175) und zwar bei persönlicher Justellung mit 80 3 zum Anjah zu bringen.
- 6. 31 der Gebühr des Abs. 2 konunt nach Abs. 4 im Falle der Beglandigung des augustellenden Schriftstüdes, 5. B. der Kündigung, durch den Gerichtsvollzieher eine besondere Gebühr von 50 3 aur Erhedung. Es ist eine Streitsrage, od der Rechtsanwalt die Abschrift einer auf sein Betreiben zuzustellenden Kündigung rechtsgiltig beglaubigen kann. Dasür iprechen sich Fischerden, Künderschen, Bürgerliches Gesehdch, Anmerkg. 2 zu § 132 aus, dagegen Kottmann, dandbuch sür den Gerichtsvollzieherdienst, 2. Kust. § 83 S. 157, serner Zeitschrift sür das Bayerische Gerichtssekraat 1902, Kr. 7, S. 62.

- 7. Die Entrichtung der Gebühr erfolgt nicht mehr durch Berwendung von Gebührenmarken, sondern durch Einstellung der betreffenden Gebühr in das Gerichtsvollzieher-Gebührenregister und zwar in Spalte 10. Siehe Minist. Bel. v. 19. Septbr. 1901, (Just. M.V. S. 589).
- S. Hinsichtlich ber Behanblung des Kostenwesens der Gerichtsvollzieher siehe 185 55 st. der Dienstvorschriften sür die Gerichtsvollzieher v. 28. Dezde. 1899 (Inst. N.B. S. 1151), § 16 der K.K.D. v. 23. Dezde. 1899, die Auss. des R.K.G. u. des Ges. über das Geb. Wesen (Just. W.B. 1900, S. 335, G. V. V. S. 1223). Ferner vergleiche auch § 20 der Gerichtsvollzieherordnung v. 16. Dezde. 1899 (Just. W. S. 517, G. V. V. S. 5. 1015).
- 9. Für das Berjahren bei Erinnerungen gegen den Ansat von Gebühren und Anskagen, welche von einem Gerichtsvolkzieher in Ansat gebracht werden, sind die Bestimmungen der Art. 44 bis 46, 48 bis 50, 52 dieses westen unfgebend.

Art. 194 (157).

Der Gerichtsvollzieher hat die Gebühren für die von ihm aufzunehmenden Akte vorbehaltlich des Rückgriffs gegen die zahlungspflichtige Partei vorzuschießen 1).

Er kann die Uebernahme eines Geschäfts von der Zahlung eines zur Deckung dieser Gebühren hinreichenden Borichuses abhängig machen 2).

Bahlungspflichtig ift der Antragsteller; mehrere Unstragsteller haften für die Kosten als Gesamtschuldner 3) bis 5).

- 1. Die Borschrift des Absahes 1 ist nunmehr gegenstandslos geworden, da seit 1. Oktober 1901 für Gerichtsvollzieherakte keine Gebührenmarken mehr zur Verwendung kommen.
- 2. Von der Berechtigung, Vorschüß zu erheben, hat der Gerichtsvollzieher, sosern dies nach Lage der Sache, insbesondere bei zu erwartenden größeren Auslagen, nötig ist, stets Gebrauch zu machen. Er wird hievon Umgang nehmen, wenn die Rostenzahlung seitens des Austraggebers zweisellos sicher ist oder nur Gebühren im geringeren Betrage voraussichtlich zum Ausah kommen werden. Siehe auch § 62 der Dienstvorschriften für die Gerichtsvollzieher. Bergleiche serner hieher § 18 der R.G.D. f. G.B. (Wochinger, Prozesegeb.Ge.) S. 184).
- 3. hier ift zu beachten, daß Rechtsanwälte für die Kostenzahlung ihrer Partei nicht haftbar sind, Art. 281. hinsichtlich der Hatteng anderer Parteivertreter vergleiche die Unmerkg. 1 zu Art. 39 auf S. 39.
- 4. Es tritt beim Vorhandensein mehrerer Antragsteller feine Koftenteilung nach Kopfteilen ein, sondern ein jeder der mehreren

Antragfteller alleinig tann für die Zahlung famtlicher Koften in Anfpruch genommen werden (§ 421 des B.G.B.).

5. Die Gebühren sind iosvet nach Aufnahme der Urkunde oder Beglaubigung der Abschrift, die Auslagen bei der Entstehung sällig. Siehe auch § 68 der Tienstvorschriften für die Gerichtsvollzieher.

Art. 195 (158).

Durch Königliche Berordnung wird bestimmt, wie ber Gebührenpflicht bei den Aften der Gerichtsvollzieher zu genügen ist 1).

Gerichtsvollzieher, welche biefen Borichriften zuwider= handeln, verfallen in eine Gelbstrafe im zehnsachen Be-

trage ber geichuldeten Gebühr2).

- 1. Seit 1. Ottober 1901 ift ber Gebührenmilicht nicht mehr, wie früßer, burch Verwendung von Gebührenmarten zu genügen, sonbern burch Einstellung der betressenden Staatsgebühr in Spate 10 bes Gerichtsvollzieher-Gebührenregisters (Minist. Bef. v. 19. Sept. 1901, Just. W. B. S. 589).
- 2. Die Strafvorichrift bes Absanes 2 ift mit der vorerwähnten Aenderung gegenstandelos geworden.

Art. 196 (159).

In den Fällen der §§ 122, 123 der Reichs-Konfursordnung werden für die Bornahme von Siegelungen und Entsiegelungen jowie für die Bornahme der Verrichtungen einer Urkundsperson durch den Gerichtsvollzieher Gebühren nicht erhoben 1).

1. Benn auch teine Staatsgebühren zur Erhebung gelangen, so sind doch Gebühren für diese Thätigkeit der Gerichtsvollzieher nach § 3 der Gebührenvorschrijten der Gerichtsvollzieher v. 16. Dez. 1889 (Just. N.V.). S. 333, G. N.V. S. 1028, — siehe auch Abteilung C diese Buches —) zum Ansay zu bringen.

Art. 197 (161).

Für die von den Gerichtsvollziehern vorgenommes nen Mobiliarversteigerungen sind die Bestimmungen der Art. 247, 257 bis 264 maßgebend 1) 2).

- 1. Mit Ausnahme ber Zwangsversteigerungen unterliegen alle anderen von den Gerichtsvollziehern vornehnbaren Mobiliarversteigerungen einer Gebühr von eins vom Hundert des erzielten Gesantertöses, Artikel 257. Siehe auch §§ 214 ff. der Gesichäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher (Zust.M.Bl. 1900 S. 744).
 - 2. Reben ber Gebühr bes Mrt. 257 tommt auch bie Be-

richtsvollziehergebühr nach \S 4 ber Borichriften über die Gebühren der Gerichtsvollzieher (siehe Abreilung C dieses Buches), dann \S 7 ber R.G.D. s. (Wochinger, Prozehgeb.Ges. S. 177) zur Erhebung.

V. Abteilung.

Juftig-, innere, Bolizei- und Finang-Berwaltung, Berwaltungsrechtspflege.

Art. 198 (164).

Auf dem Gebiete der Justig-,1) inneren, Polizeis und Finanz-Verwaltung sowie der Verwaltungsrechtsvisege unterliegen der Gebühr:

Brotokolle, Beschlüsse und Verfügungen, Bescheide, Zeugnisse, Beglaubigungen und die außerdem noch in dem Gesetze speziell bezeichneten Gegenstände und

Amtshandlungen 2).

1. Zur Justizverwaltung gehört auch das Aufsichtsrecht über die dienstliche Thätigkeit der Beamten und Bediensteten, welche Geschäfte sedoch im dinblick auf die Bestimmung des Art. 3 3. 1 als sogenannte Offizialsachen einer Gebühr nicht unterworfen sind. Weiter ist derzelben die Behandlung gewisser Mechtsangelegenheiten zugeweisen, welche, soweit sie einer Gebührenpsicht unterliegen oder für sie nicht besondere Vorschriften, wie für das dinterlegungsweien, bestehen, in den jolgenden Artikeln aufgesührt sind.

2. Sachleitende Verfügungen find gebührenfrei, fiche Art. 231

3iff. 2.

Art. 199 (165).

Bei den Distriktsverwaltungsbehörden und den ihnen nach Art. 201 gleichzuachtenden Behörden 1) kommen, soweit in den solgenden Artikeln nicht ein Anderes bestimmt ist, zur Erhebung:

1. für Protofolle 1 Mart für jede angefangene Stunde

der Geichäftsdauer 2),

2. für Beichlüsse und Verfügungen, Beicheibe, Zeugnisse (Atteste, Bescheinigungen) 2 bis 50 Mart 3) 4),

3. für die Beglaubigung einer Privatabschrift oder der Unterschrift in einer öffentlichen oder Privaturkunde (Legalisation) 1 Wark 5) 6).

- 1. Den Distriktsverwaltungsbehörben find gleichzuachten die Landgerichte und die Staatsanwaltichaften bei benjelben, die Unitsgerichte u. a. Siehe Unmerkg. 1 zu Urt. 201.
- 2. Um einen Maßstab für die Berechnung der Gebühr zu haben, muß die Geschäftsdauer auf dem Protokolle vermerkt werben, Art. 202.
- 3. hieher gehören auch die Verfügungen und Beicheibe über Gesuche um Gestattung der Einsicht gerichtlicher Alten, josern der Gesiuchsteller an dem sie betressenden Versahren nicht beteiligt war. (Finanz-Minist-Entschließung vom 12. März 1886.) Siehe auch § 299 Abs. 2 der R.C.P.C. Nur am Versahren direkt beteiligt geweiene Versonen oder deren Vertreter genießen gebührenfreie Atteneinsicht, nicht aber diejenigen, welche nur ein berechtigtes Interesse an derzelben haben.

4. Die Festjepung ber Gebühr hat unter bem Gesichtspunkte

ber Borichriften bes Art. 280 gu erfolgen.

Bird durch einen Bescheid die Gestattung der Einsicht mehrerer Alten gestattet, so kommt nur eine Gebühr zur Erhebung, welche in entsprechender göhe sestzusepen ist. Siehe auch Art. 204.

- 5. Diese Vorschrift ist analog jener des Art. 54 in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Sie kommt häufig bei Legalisation der Unterschrift eines Notars zur Anwendung.
- 6. Die Gebühren werben mit Erlaß ber Entscheidung gur Bahlung fällig.

Roftenichuldner ift ber Antragfteller.

Art. 200 (166).

Die Gebührensätze des Art. 199 erhöhen sich bei den Mittelstellen um die Hälfte, bei den Ministerien, dem Obersten Landesgericht und dem Verwaltungsgerichts-hof auf den doppelten Betrag 1)2).

- 1. Als Mittelstellen im Sinne obigen Artikels haben zu gelten: die Oberlandesgerichte und die Oberstaatsamwälte bei den letteren. Der Generalstaatsamwalt bei dem Obersten Landesgerichte ist entgegen dem srüheren Oberstaatsamwalt bei diesem Gerichte in der K.B.D. v. 28. Dezdr. 1899 nicht mitausgesührt. Siehe Art. 201 Anmerk. 1.
 - 2. Die Gebühren betragen bemnach für:

Protofolle per Stunde bei Mittelftellen 1 M 50 S, bei ben Minifterien 2 M,

Beichluffe bei Mittelftellen 3 M bis 75 M, bei ben Minifterien 4 M bis 100 M,

Beglaubigungen bei Mittelftellen 1 M 50 &, bei ben Ministerien 2 M.

Art. 201 (167).

Welche Behörden im Ginne bes Art. 199 ben

Diftriktsverwaltungsbehörden gleichzuachten seien, dann welche Behörden im Sinne des Art. 200 als Mittelstellen zu gelten haben, bestimmt die Staatsregierung 1).

1. Als Behörben, welche im Sinne bes Urt. 199 bes Gefeges über bas Gebührenwesen ben Diftrittsverwaltungsbehörben gleich-

zuachten find, find beftimmt :

bie Landgerichte und die Staatsanwaltschaften bei benselben, die Amtsgerichte, die Rreisarchive, Bezirksbergämter, die Oberpostämter, die Gienbahnbetriebsdirettionen und Eisenbahnbetriebsdirettionen, die Hauptzollämter, Rentämter, die Areisschubaufektionen, die Hauptzollämter, Rentämter, die Areisschubaufektionen,

taffen und die Lotalbautommiffion München.

Als Mittelstellen im Sinne des Art. 200 haben zu gelten: die Gesandrichaften, die Oberlandesgerichte, die Oberlandsamwälte bei den letzteren, die Kreisregierungen, die Konfistorien und das Obertonssistorium, das geheime Hausarchiv, das geheime Staatsarchiv und das allgemeine Reichsarchiv, die Generaldirektion der K. B. Staatseisenbahnen, die Generaldirektion der K. B. Staatseisenbahnen, die Generaldirektion der K. B. Posten und Telegraphen, die Centralstaatskasse, die General-Bergwerks- und Salinen-Vominisstaation, die Generaldirektion der Jölle und indirekten Steuern, die Staatsschuldentisgungskommission, das Oberbergamt, dann das Katasserburean. (§ 4 der K.B.D. v. 23. Dezbr. 1899, Just. W. H. 1900 S. 335.)

Art. 202 (168).

In jedem Protokoll ist am Schlusse die Zeitdauer

des Geichäfts genau anzugeben1).

Müssen zur Vornahme des Geschäfts Reisen über Land gemacht werden, so ist der zur Reise ersorderliche Zeitauswand bei der Berechnung der Gebühr nicht mit in Anschlag zu bringen.

Werden in einem Protofolle mehrere Personen als gleichzeitig anwesend aufgeführt, und findet mit allen Aufgeführten nur ein gleichzeitiger Akt der Verhandlung statt, wie bei Verpslichtungen oder Verkündungen, so ist auch die Protofollgebühr nur einmal zu erheben.

Wenn dagegen mit jedem Einzelnen der in einem Protokoll Aufgeführten eine gesonderte Verhandlung einstritt, wie bei Vernehmungen von Veteiligten, Zeugen u. s. w., so sind für jede Person die Gebühren nach Maßgabe der auf die Verhandlung verwendeten Zeit besonders zu erheben.

1. Es genügt, wenn bie Zeitbauer bes Geschäfts nach Stunben angegeben wirb (B.b.N.Abg. 1879, Beil. Bb. 7 Abt. 2 S. 74).

Art. 203 (169).

Die Gebühren für Protofolle haben ohne Rücksicht auf die Form der Erledigung auch bei allen jenen Vershandlungen zur Anwendung zu kommen, für welche keine besondere Gebühr bestimmt ist.

Art. 204 (170).

Die Gebühren für Beschlüsse, Verfügungen, Bescheibe und Zeugnisse werden ohne Unterschied, ob eine oder mehrere physische oder juristische Personen beteiligt sind, immer nur einsach erhoben.

1. Werben jedoch durch einen Beschluß mehrere Gesuche betroffen, so ift von jedem Gesuchsteller die Gebühr besonders zu erheben. (B.d.A.Mbg. 1879, Bb. 3 S. 721 ff., Pfaff, 5. Aufl. S. 196.)

Art. 205 (171).

Die Gebühr für schriftliche Erteilung eines Woh-

nungsaufichlusses beträgt 20 Pfennig 1).

Die gleichen Gebühren werden erhoben für Dienstsbotenbücher und für Arbeitsbücher mit Ausnahme solcher für Arbeiter unter 21 Jahren.

1. Lassen sich Notare ober Gerichtsvollzieher in ihrer Eigenschaft als Protestbeamte nach Art. 91 der Wechselorbnung von der Polizeibehörde ichriftlichen Wohnungsausschlaß erteilen, so hat in diesen Källen die Erhebung der Gebühr des Art. 205, weil darin eine Offizialhandlung nach Art. 3 3. 1 des Geb. Get. zu erblicken ist, nicht einzutreten. Minist. Bek. v. 29. Juni 1902. (Just. M.Bl. S. 615.)

Art. 206 (172).

Eine Gebühr von 50 Pfennig wird erhoben:

1. für die Ausdehnung der Giltigkeit von Legitimationsicheinen zum Gewerbebetrieb im Umherziehen auf einen andern Bezirk durch die zuständige Behörde dieses Bezirkes;

2. für Beugniffe ber Amtsarzte;

3. für Zeugnisse der Psarrämter, welche auf Grund der bis zum 1. Januar 1876 von denselben geführten Standesregister ausgestellt werden 1);

4. für Jagdtarten-Duplifate;

5. für Duplikate der Dienstbotenbücher und der Arbeitsbücher;

6. für Familienstandszeugnisse und Lebensatteste.

1. Hiezu können auch noch insbesonbers bei größeren mit viel Zeit und Schwierigkeiten verbundenen Familienzeugnissen die besonderen den Pfarrern periönlich zustehenden Gebühren liquidiert werden. Siehe auch Art. 5, S. 12. Gebührenfrei sind hiegegen kuzhfändige Ausschläßgerichts, iofern es sich bier nicht um förmliche Zeugnisse handelt. In den Fällen der Art. 3, 4, 231 kommt die Gebühr des Art. 206 nicht zur Erhebung.

Art. 207 (173).

Einer Gebühr von 1 Mark unterliegen:

1. Beimatsscheine und Staatsangehörigkeitsausweise;

2. einfache Leumundszeugnisse ober Führungsatteste, vorbehaltlich der Bestimmung im Art. 231 Ziff. 16.

Art. 208 (174).

Für Reisepässe und Bagtarten beträgt die Gebühr:

1. I Mark, wenn sie von einer Gesandtschaft oder von einer Kreisregierung oder einer derselben untergeordneten Pasbehörde;

2. 3 Mark, wenn fie von bem Staatsministerium bes Königlichen Hauses und bes Leußern ausgestellt

werden.

Unbemittelte Personen haben hiefür eine ermäßigte Gebühr von 20 Pfennig zu entrichten.

Die Instruktionsverhandlungen sind gebührenfrei.

Art. 209 (175).

Eine Gebühr von 2 Mart wird erhoben:

1. für die das Heimatrecht verleihenden Urkunden (Art. 13 des Gesetzes vom 16. April 1868 über Heimat, Berehelichung und Ausenthalt in der Tertierung vom 30. Juli 1899);

2. für Gewerbelegitimationstarten der Handelsreisenden;

3. für Gewerbelegitimationsscheine jeder Art.

Die für den gewerblichen Unterricht bestimmten besonderen Abgaben werden hiedurch nicht berührt.

Art. 210 (176).

Die Urfunden über Entlaffung aus dem Staats-

verbande in anderen als den im § 15 Uhi. 1 des Bundessgesets vom 1. Juni 1870 über die Erwerbung und den Berlust der Bundess und Staatsangehörigkeit bezeichneten Fällen unterliegen einer Gebühr von 3 Mark. Die Instruktionsverhandlungen sind gebührensrei.

Art. 211 (177).

Für Prüfungszeugnisse wird, vorbehaltlich der Bestimmung im Art. 231 Ziff. 19, eine Gebühr von 4 Mark erhoben.

Die Bestimmungen über die außerdem noch zu entrichtenden Prüfungskosten bleiben unberührt.

Art. 212 (178).

Tanzmusikbewilligungen unterliegen für jeden Tag einer Gebühr zu

5 Mart in Gemeinden von mehr als 2000 Seelen,

3 Mart in allen übrigen Gemeinden.

Die besondere Abgabe, welche außerdem noch zu Gunsten der Ortsarmenkasse zu entrichten ist, beträgt für jeden Tag

2 Mart in Gemeinden von mehr als 2000 Seelen,

1 Mark in allen übrigen Gemeinden.

Art. 213 (179).

Für die Diplome der Doktoren und Lizentiaten ist eine Gebühr von 5 Mark zu entrichten.

Art. 214 (180).

Die Approbationsscheine für Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker unterliegen einer Gebühr von 10 Mark.

Art. 215 (181).

Für Jagdkarten und Jagdwaffenscheine wird eine

Gebühr von 15 Mart erhoben.

Die Bestimmung im Art. 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 30. März 1850, die Ausübung der Jagd betreffend, tritt insoweit, als hiedurch die Bezugsrechte in Ansehung jener Gebühren geregelt werden, außer Krast.

Juft.-, inn., Bol.-u. Fin.-Berw., Berw.-Hechtspflege. Urt. 210-220. 187

Art. 216 (182).

Die Gebühr für Naturalisationsurkunden beträgt 20 Mark.

Art. 217 (183 Biff. 2).

Einer Gebühr von 50 Mark unterliegt die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb eines Auswanderungsagenten.

21rt. 218.

Eine Gebühr von 10 bis 200 Mark wird erhoben für die Berleihung der Konzession zum Betriebe des Apothekergewerbes.

Art. 219 (183 Biff. 1, 184).

Eine Gebühr von 50 bis 200 Mark wird erhoben:

1. für die Berleihung der Konzeision zum Betrieb eines Privat-Gisenbahn-, Dampsichiffahrts-, Straßenbahn- oder ähnlichen Berkehrs-Unternehmens;

2. für die Beschlüsse, durch welche die Genehmigung zur Ausgabe der auf eine bestimmte Geldsumme lautenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber erteilt wird:

3. für die Genehmigung zur Errichtung von Bersicherungsgesellschaften sowie zur Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auswärtiger derartiger Anstalten auf das Königreich.

Art. 220 (185).

Für die Entscheidung, einschließlich des vorangesgangenen Verfahrens 1), werden erhoben:

1. 20 bis 200 Mark

für die Bolljährigkeitserklärung;

für die Genehmigung der Aenderung eines Familiennamens, vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 2422);

für die Verleihung der Nechtsfähigkeit an Vereine, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist;

für die Bewilligung einer nach den §§ 1303, 1313

Bürgerlichen Gesethuchs zuläffigen des Be= freiung 3);

für die Chelichfeitserflärung;

für die Bewilligung der Befreiung von den Erfordernissen des § 1744 des Bürgerlichen Gesetbuchs4):

2. 50 bis 500 Mark

für die Bewilligung einer nach § 1312 des Bürgerlichen Gejegbuchs zuläffigen Befreiung 5).

Boritehende Gebühren werden im Falle der Abweisung des Gesuchs nur zur Salfte und, wenn basfelbe noch vor Erlaß der Entscheidung gurudgenommen wird, zu zwei Behnteilen erhoben 6).

1. Es tann bemnach in biefem Berfahren eine Bebuhr nach Art. 199 Rr. 1 u. 2 nicht gur Erhebung gelangen, sondern bie Bauschgebühr bes Urt. 220 umfaßt alle Prototolle, Beschlüsse und Berfügungen bes gangen Berfahrens.

2. Für die Bewilligung jur Aenderung adeliger Namen ift bie Gebührenbestimmung im Art. 242 maggebend.

- 3. Nach § 1303 bes B.G.B. barf eine Frau nicht bor ber Bollenbung bes 16. Lebensjahrs eine Ehe eingehen. Es kann jedoch dieselbe von dieser Borichrift befreit werben. Der § 1313 bes B.G.B. bestimmt, daß eine Frau erft gehn Monate nach ber Auflöjung ober Richtigkeitsertlärung ihrer früheren Ehe eine neue Che eingehen barf, es fei benn, daß fie inzwijchen geboren hat. Much von diefer Borichrift tann Befreiung bewilligt werden.
- 4. Bei ber Annahme an Kindesftatt muß ber Annehmende bas fünfzigfte Lebensjahr vollendet haben und mindeftens achtzehn Jahre älter sein als das Kind (§ 1744 des B.G.B.). Bon biesen Ersordernissen kann Besreiung bewilligt werden (§ 1745 des B.G.B.).
- 5. Bon ber Borichrift, bag eine Che nicht geschloffen werben darf zwischen einem wegen Chebruchs geschiedenen Chegatten und bemjenigen, mit welchem ber geschiedene Chegatte ben Chebruch begangen hat, wenn diefer Chebruch in bem Scheibungsurteil als Grund ber Scheibung feftgeftellt ift, tann Befreiung bewilligt merben (§ 1312 bes B.G.B.).

6. Bergleiche hieher Art. 280 bei Festjetung ber Gebühr.

Die Behorben, welche in den im Art. 220 aufgeführten Berfahren die Gesuche vorzulegen haben, find nach ber Minift. Entfchließung v. 24, Dezbr. 1899, (Juft.M. Bl. 1900 G. 106 bis 109) gehalten, ihr Gutachten auch barüber zu erstrecken, welche Gebühr nach ben Bermögensverhältnissen bes Gesuchstellers angemessen ift.

Art. 221.

Für die Erklärung, daß die geschiedene Frau den Familiennamen wieder annimmt oder daß der Chemann der geschiedenen Frau die Führung des Namens untersiagt (§ 1577 des Bürgerlichen Gesehbuchs), wird eine

Gebühr von 3 bis 50 Mark erhoben 1).

Das Gleiche gilt für die Erklärung des Mannes der Mutter eines unehelichen Kindes, daß er dem Kinde seinen Namen erteile (§ 1706 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

1. Für die Entgegennahme solcher Erklärungen rechtsertigt sich die Erhebung einer mäßigeren Gebühr als jener, welche im Art. 220 Biff. 1 vorgesehen ist. (Wotive 1899.)

Art. 222 (186).

Für die von Amtswegen zu erteilenden Ausfertigungen, Abschriften und Auszüge werden auch in

Parteisachen keine besonderen Gebühren erhoben.

Wird jedoch auf Verlangen einer Partei eine weistere Ausfertigung, eine beglaubigte Abschrift oder ein beglaubigter Auszug erteilt, so ist hiefür die Beglaubigungssgebühr (Art. 199 Ziff. 3) und außerdem noch eine Schreibgebühr von 10 Pfennig für jede angefangene Seite zu entrichten.

Einfache Abschriften unterliegen lediglich der im

Abj. 2 bestimmten Schreibgebühr.

Bei Duplikaten und weiteren Aussertigungen von rentamtlichen Steuerkatasterextrakten sowie bei Auszügen aus den rentamtlichen Grundbüchern ist für das erste Blatt eine Gebühr von 50 Pfennig und für jede folgende angesangene Seite die einsache Schreibgebühr von 10 Pfennig zu entrichten.

Die Gebührensähe für Abschriften oder Auszüge, deren Fertigung besondere paläographische²) oder Sprachstenntnisse ersordert. bestimmt die Staatsregierung.

Hinsichtlich der Schreibgebühren für Duplikate von Militärpapieren und des Bezugs dieser Gebühren beswendet es bei den bestehenden Vorschriften?).

1. Siehe Unmerig. 1 u. 5 gu Art. 54.

2. Das sind Kenntnisse der alten Schriften z. B. Incunabeln. Gemäß § 6 der KB.D. v. 23. Dezbr. 1899 (Just. N.Bl. 1900 S. 335) sind für solche Schriftstüde 50 3 bis 2 M für jede angefangene Bogenfeite bestimmt. Die Fessesung bes Betrags hat

nach Maggabe ber Borichrift bes Art. 280 und bes § 5 ber bor-

allegierten Berordnung zu erfolgen.

3. Außerbem ist noch zu beachten, daß im Falle der Beglaubigung solcher Abschriften oder Auszuge die Gebühr nach Art. 199 Jif. 3 beziehungsweise Art. 200 zur besonderen Erhebung kommt.

Art. 223 (187).

So oft in einem rentamtlichen Steuerkataster ober Grundbuch oder in einem bezirksbergamtlichen Buche Besitzbeite ganz oder teilweise an einer Stelle ab- und an einer anderen zugeschrieben werden müssen, ist eine Umschreibgebühr von 20 Pfennig für jedes Besitzobjekt (Plannummer) zu entrichten.

Die gleiche Gebühr wird für jede einfache Namensumschreibung in den rentamtlichen Steuerkatastern oder Grundbüchern oder bezirksbergamtlichen Büchern er-

hoben.

Berechnen sich die vorbezeichneten Gebühren aus ein und demselben Besitzveränderungsakt im Ganzen auf mehr als 5 Mark, so ist von dem Mehrbetrage nur die Hälfte zu entrichten.

Die Bahlung der Umschreibgebühren obliegt dem

neuen Erwerber.

Art. 224.

In Badeorten, klimatischen und anderen Kurorten können für Herstellung und Unterhaltung der zu Kurzwecken getroffenen Veranstaltungen Badetagen erhoben und es kann die Erhebung solcher als örtliche Abgaben auch den Gemeinden gestattet werden.

Die näheren Bestimmungen erfolgen burch bie

Staatsregierung.

Art. 225 (188).

Bei den einer Distriktspolizeibehörde untergeordeneten Gemeindebehörden 1) werden die in den Art. 199 und 209 Ziff. 3 bezeichneten Gebühren nur zur Hälfte erhoben.

Die nähere Bezeichnung der Angelegenheiten, in welchen bei den genannten Gemeindebehörden die im

Urt. 199 bezeichneten Gebühren zur Erhebung gelangen, bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

1. Für die von ben Bürgermeiftern beglaubigten Bollmachten ber Beteiligten in einem Grundbuchanlegungsverfahren werben Gebühren nicht erhoben. (Minist. Bet. v. 30. Septbr. 1898, Ruft.M.Bl. S. 606.)

Art. 226 (189).

Injoweit die von Gemeindebehörden ausgehenden Afte gebührenpflichtig find, fließen die Gebühren in die Gemeindekaffe.

Art. 227 (190).

In den Gebühren sind zugleich die Herstellungs= fosten für die betreffenden Formularpapiere mit inbeariffen.

Wo die Gemeindebehörden zum Bezuge von Gebühren berechtigt sind, fallen ihnen auch die erwähnten Berftellungstoften zur Laft.

Die Kosten für die Aussertigung von Diplomen

werden besonders erhoben.

and the second

Art. 228 (191).

Schuldner ber Gebühren ift berjenige, welcher die gebührenvflichtige Amtshandlung veranlaßt hat 1).

1. Giebe bierüber Unmertg, 1 gu Urt, 39 auf G. 39.

Art. 229 (192).

Bei Anträgen auf Vornahme einer Handlung, mit welcher bare Auslagen verbunden find, ift auf Erfordern ein zur Dedung derselben hinreichender Vorschuß von dem Untragfteller zu zahlen.

Die Ladung und Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen auf Antrag der Parteien kann von der vorgängigen Zahlung eines zur Deckung der Auslagen hinreichenden Vorschusses abhängig gemacht werden 1).

1. Dieje Borichrift entipricht ber gleichlautenben bes § 84 Abi. 1 u. 3 des R.G.A.G. Bergleiche hieher auch die Bestimmungen in §§ 36, 37, 48 der Vollz. Instr. v. 25. Dezdr. 1899 (Just. M.V.

Die Entscheidung barüber, ob ein Auslagenvorichuf eingu-heben ift, fteht ber mit ber Sache besaften Beborbe gu.

Bochinger, Banerns Gebührengefene.

Art. 230 (193).

Die Aushändigung von Zeugnissen und der in den Art. 199 Ziss. 3, Art. 205 bis 220, 222 bezeichneten Dokumente kann von vorgängiger Entrichtung der treffenben Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werben 1).

1. Gegebenen Falls hat ber rechnungeführende Beamte biesbezügliche Entscheidung durch bas mit ber Cache befaßte Gericht ober die Behörde anguregen.

Art. 231 (194).

Gebühren werben nicht erhoben:

1. für Berichte und Schreiben an andere Behörden;

2. für Verfügungen, welche ausschließlich die formelle Handhabung und Kontrolle des inneren Dienstes zum Gegenstand haben oder lediglich die Sach-leitung betreffen, einschließlich der Bestimmung oder Menderung von Friften und Terminen, fofern fein Berichulden einer Partei vorliegt;

3. in dem Verfahren wegen Ablehnung eines Beamten;

4. für die Verhandlung und Entscheidung über die Pflicht zur Abgabe eines Reugniffes ober Gut=

achtens:

5. für die Verhandlungen und Entscheidungen bes Verwaltungsgerichtshofs über die Vorfrage. ob ein Beamter fich einer Ueberichreitung feiner Amts= befugnisse oder der Unterlassung einer ihm obliegen= den Amtshandlung schuldig gemacht hat;

6. für das Verfahren in der Beschwerdeinstanz, sofern ber Beschwerde vollständig stattgegeben wird und Die Roften nicht einem Gegner gur Laft fallen.

Wird der Beschwerde nur jum Teil stattgegeben, fo kann die entscheidende Behorde teilweise oder auch vollständige Gebührenfreiheit gewähren;

7. in der Zwangsvollstreckung mit Ausnahme des Berfahrens in der Beschwerdeinstang;

8. bei Gesuchen um Gewährung von Stundungen, Bahlungsfriften ober Rachläffen;

9. für Verhandlungen und Beschlüsse in Innungsangelegenheiten:

10. für die Geftattung der Ginficht der bezirksbergamt-

lichen Bücher:

11. bei Gesuchen um Verleihung von Unterstützungen, Stipendien, Freiplätzen, Erziehungsbeiträgen und Präbenden, dann bei Gesuchen um Anweisung des Tischtitelgenusses;

12. in Begnadigungsfachen;

13. für Verhandlungen, welche im kaufmännischen ober sonstigen gewerblichen Verkehr öffentlicher Vehörden und Anstalten mit Privaten gepflogen werden;

14. für Zeugnisse über Armut oder Unterftugung&=

bedürftigkeit;

15. für Zeugnisse zu Zwecken ber Regulierung von Benfionen, Suftentationen, Unterhaltsbeiträgen

u. dergl.;

16. für Leumundszeugnisse in Niederlassungssachen, dann für die Legalisation von Leumundszeugnissen oder Führungsattesten, Familienstandszeugnissen und Lebensattesten;

17. für Zeugnisse zur Preisbewerbung bei landwirt-

schaftlichen Festen;

18. für Zeugnisse zur Aufnahme in die Bebammenschule;

19. für Schul-, Studien-, Abgangs-, Absolutorial-, Prüfungs- und sonstige berartige Zeugnisse ber

öffentlichen Unterrichtsanstalten.

Die Bestimmungen über die besonderen Gebühren, welche für die Aussertigung solcher Zeugnisse beshufs Verwendung zur Exigenz jener Anstalten oder behufs Deckung der Prüfungskosten zur Erhebung gelangen, bleiben unberührt;

20. für die Zeugnisse ber Bermittlungsämter;

21. für Bescheinigungen über Gewerbebetrieb&-Anzeigen;

22. bei Gesuchen um die Erteilung der polizeilichen Erlaubnis zur Abgabe von Ehrensalven bei Beerdigung von ehemaligen Feldzugssoldaten.

Art. 232 (195).

Die Verwaltungsbehörden sind unbeschadet des ärarialischen Erinnerungs- und Beschwerderechts befugt, Gebühren, welche durch eine unrichtige Behandlung der Sache ohne Schuld der Beteiligten entstanden sind, nieders zuschlagen und für abweisende Bescheide, wenn der Anstrag auf nicht anzurechnender Unkenntnis der Verhältnisse oder auf Unwissenheit beruht, Gebührenfreiheit zu gewähren!)."

1. Siehe auch § 6 bes R.G.K.G. (Wochinger, Prozefgeb.Gef. S. 5).

Art. 233 (196).

Ift ein Versahren, für welches nach den bestehenben Landesgesehen oder Verordnungen eine Gebühr nicht zu erheben wäre, nach freier Ueberzeugung der Behörde durch offenbar unbegründete Anträge, Einwendungen oder Beschwerden veranlaßt worden, so hat die Behörde von Amtswegen die Erhebung von Gebühren nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesehes zu beschließen.

1. Vergleiche hieher auch § 47 Abj. 2 bes N.G.K.G. (Wochinger, Prozeßgeb.Gei. S. 70), dann Art. 51 auf S. 50.

Art. 234 (197).

Streitfragen über die Pflicht zur Entrichtung von Gebühren und Auslagen oder über deren Größe werden, soweit dieselben bei den im Art. 225 bezeichneten Gemeindebehörden anfallen, von den vorgesetzten Distriktsverwaltungsbehörden in erster und auf erhobene Beschwerde von der Kreisregierung, Kammer des Innern, in zweiter und letzter Instanz entschieden.

Streitfragen in Bezug auf Gebühren und Auslagen, welche bei den im Art. 200 bezeichneten Mittelstellen oder den ihnen untergeordneten Behörden anfallen, werden von den genannten Mittelstellen in erster und auf erhobene Beschwerde von dem einschlägigen Ministerium in zweiter und letzter Instanz entschieden.

Wird in einer zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshoses gehörigen Angelegenheit in der Hauptsache Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen, so entscheidet dieser auch über etwaige Beschwerden wegen der Gebühren und Auslagen, wenn dieselben mit der Beschwerde in der Hauptsache verbunden werden. Hinsichtlich des Ansages der bei den Ministerien, dem Obersten Landesgericht und dem Verwaltungsgerichtshof anfallenden Gebühren und Auslagen findet nur Gegenvorstellung statt.

Das Verfahren in erster Instanz sowie die Be-

scheidung von Gegenvorstellungen ift gebührenfrei.

Die Gegenvorstellungen und Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.

Art. 235 (198).

Die Ansätze von Gebühren und Auslagen sowie die Entscheidungen über die Pflicht zur Entrichtung derselben oder über deren Größe können von der Behörde der Instanz oder den Oberbehörden auch von Amtswegen geändert werden 1).

1. Diese Bestimmung dient namentlich dazu, ohne Beiterungen Remedur bei unrichtiger Bewertung eintreten lassen zu können. Die von einer Behörde ersassene Entscheidung ist auch maßgebend sur den Kostenaniat in der unteren Instanz. Bergleiche auch R G.A.G. §§ 4 u. 16. (Wochinger, Prozesgeb.Ges. E. 4 u. 33.)

VI. Abteilung.

Anftellungen und befondere Berleihungen.

Art. 236 (200).

Für die Anstellung als Notar wird eine Gebühr von 50 Mark erhoben.

Die gleiche Gebühr ift für die Anstellung als

Sypothekenbemahrer in ber Pfalz zu entrichten.

Die Berleihungen eines landesherrlichen Tischtitels unterliegen einer Gebühr von 2 Mark.

Art. 237 (201).

Für die Berleihung von Würden oder Titeln, mit welchen kein Diensteinkommen verbunden ist, die sich jedoch den Stellen aktiver, in Besoldung stehender Hof-, Staats- oder Militärbediensteten angleichen, wird jene Gebühr erhoben, welche der aktive Bedienstete von gleichem oder ähnlichem Range nach seinem Diensteinkommen zu entrichten hätte.

Die Gebühr für die Ernennung zum Königlichen Kämmerer beträgt 60 Mark, zum Königlichen Kammer=

junter 20 Mart.

Die Bestimmung der Gebühren für die Berleihung sonstiger Bürden und Titel bleibt gleich der näheren Bestimmung der Fonds und Kassen, in welche dieselben zu sließen haben, Königlicher Berordnung überlassen.

Art. 238 (202).

Die bestehenden Bestimmungen über die Unterstützungssondsabgaben nebst Zuschlägen und Ausschreibsgebühren, ferner über die Anstellungs, Besörderungsund Verehelichungstaren im Bereiche der Militärverwaltung, dann über den Bezug und die Verwendung dieser Gebühren werden durch gegenwärtiges Geseh nicht berührt.

Die Revision jener Bestimmungen bleibt Königlicher

Verordnung vorbehalten.

Art. 239 (203).

Für Lehenbriefe werden folgende Gebühren erhoben:

1. bei ben Kronamtern 2000 Mark;

2. bei Nentensehen drei vom Tausend des zehnsachen Jahresbetrags;

3. bei den übrigen Leben 20 Mart.

Art. 240 (204).

Für Abelsbiplome find folgende Gebühren zu enterichten:

1. 1500 Wark bei der Verleihung des einfachen Abels mit dem Prädikate "von";

2. 2000 Mark bei der Erhebung in den Ritterstand; 3. 5000 Mark bei der Erhebung in den Freiherrnstand;

4. 10000 Mark bei der Erhebung in den Grafenstand;

5. 20000 Mark bei der Erhebung in den Fürstenstand. Bei Verleihung eines höheren Grades mit Ueberspringung tieserer sind auch die Gebühren der über-

sprungenen Grade zu entrichten.

Wird die Abelsverleihung mehreren Zweigen einer

Familie zugleich zu Teil, fo find die Gebühren für jeden

einzelnen Zweig besonders zu berechnen. Wird die Abelsverleihung zweien oder mehreren Geschwistern zugleich zu Teil, so erhöhen sich die Gebühren um die Sälfte.

Vorstehende Gebühren fließen zu acht Behnteilen

in ben allgemeinen Stivendienfonds.

Art. 241 (205).

Die Eintragung in die Abelsmatrikel unterliegt einer besonderen Gebühr zu:

1. 30 Mark bei dem einfachen Abel mit dem Brädikate

"bon";

2. 50 Mark bei dem Ritterstande;

3. 100 Mart bei dem Freiherrnftande;

4. 200 Mart bei bem Grafenstande; 5. 300 Mark bei dem Fürstenstande.

Diese Gebühr ift auch in den Källen des Art. 240 Abs. 3, 4 nur im einfachen Betrage zu entrichten."

Art. 242 (206).

Für Diplome über die Bewilligung zur Nenderung adeliger Namen oder Wappen wird eine Gebühr von

200 Mark erhoben.

Wird die Bewilligung zur Aenderung eines abeligen Namens und Wappens gleichzeitig erteilt, jo kommt die angegebene Gebühr nur im einfachen Betrag zur Erhebung.

Urt. 243 (207).

Für die Bewilligung zur Annahme fremdherrlicher Orden, Titel, Ehrenzeichen ober Würden fommt eine Gebühr von 60 Mart zur Erhebung.

Art. 244 (208).

Neben ben Gebühren ber Art. 239, 240, 242 tommen die Rosten für Ausfertigung der Lebenbriefe und Diplome zur beionderen Erhebung.

Art. 245 (209).

In den Fällen der Art. 237, 239 bis 243 werden die veranlaßten Aussertigungen erst erteilt und die Einstragungen erst vollzogen, wenn die geschuldeten Gebühren und sonstigen Kosten bezahlt oder hinterlegt sind.

Art. 246 (210).

Die in den vorstehenden Artikeln bestimmten Gebührensätze treten für die bezeichneten Akte an Stelle der tressenden Gebühren der V. Abteilung. Im übrigen sinden die Bestimmungen der genannten Abteilung mit Ausnahme des Art. 226 auch auf die vorerwähnten Gegenstände entsprechende Anwendung.

VII. Abteilung. Sonftige Gegenstände.

I. Abschnitt.

Allgemeine Beftimmungen.

Art. 247 (211).

Streitfragen über die Pflicht zur Entrichtung der in dieser Abteilung bestimmten Gebühren oder über deren Größe werden in erster Instanz von den Regierungssfinanzkammern in öffentlicher Sitzung durch Senate entsichieden, welche mit Einschluß des Vorsitzenden aus drei Mitgliedern bestehen.

Außerdem hat den Sitzungen ein Vertreter des Aerars als Staatsanwalt beizuwohnen. Derselbe ist vor jeder Beschlußfassung mit seiner Erinnerung und seinem Antrage zu hören.

Die gefagten Beschlusse können für vorläufig voll-

streckbar erklärt werden.

Gegen die Entscheidungen der Regierungsfinanzskammern steht sowohl dem Gebührenpflichtigen als auch dem Staatsanwalt das Nechtsmittel der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu.

Im übrigen bemißt sich sowohl bas Berfahren in

erster und zweiter Instanz, als auch die Beschwerdefrist nach den Bestimmungen des II. Abschnittes des Gesetes vom 8. August 1878, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshoses und das Versahren in Verwaltungsrechtsjachen betressend.

Art. 248 (212).

Auf Notariatsurkunden finden die Vorschriften im Art. 247 und im Abschnitt II Titel III, IV und V keine Anwendung, vorbehaltlich jedoch der Bestimmung im Art. 152 Abs. 3.

II. Abschnitt.

Befondere Beftimmungen.

1. Titel.

Bejigveränderungegebühr.

Art. 249 (213).

So oft ein Erwerb von Eigentum an einem Grundstück oder einem diesem gleichstehenden Rechte auf anderem als rechtsgeschäftlichem Wege stattsindet, sei es in Folge von Beschlüssen oder Entscheidungen der Beshörden, im Erbweg oder auf sonstige Weise, schulden die neuen Eigentümer die im Art. 250 bestimmte Gebühr, sosen nicht die Gebühren des Art. 118 oder des Art. 146 bereits zur Erhebung gesangt sind.

Das Gleiche gilt bei dem Erwerbe des Eigentums an einem Grundstücke, das im Grundbuche nicht einsgetragen ift und nach den Vorschriften der Grundbuchsordnung auch nach der llebertragung nicht eingetragen zu werden braucht, für die öffentliche Beurkundung oder Beglanbigung der Erklärung des Erwerbers und des

Veräußerers.

Art. 250 (214).

Die Gebühr wird aus dem Werte des Gegenstandes ohne Abzug der Schulden berechnet und beträgt:

1. eins vom hundert:

a. bei dem Erwerbe von Erbichaften, Bermächt=

nissen oder Schenkungen von Todeswegen sowie bei der Succession in Lehen, Familiensideikommisse, Majorate, Stamm- oder Erbaüter;

b. bei sonstigen Uebergängen auf die im Art. 146

Biff. 1 lit. a bezeichneten Bersonen;

c. bei einem Wertsgegenstande bis zu 1000 Mark

einschließlich;

 ein und einhalb vom hundert bei einem Wertsgegenstande von über 1000 Mark bis 2000 Mark einschließlich;

3. zwei vom Sundert in allen übrigen Fällen.

Geht das Eigentum an Grundstücken oder diesen gleichstehenden Rechten auf mehrere Personen, welche versichiedene Prozentsätze schulden, gemeinschaftlich über, so ist die Gebühr nach den Anteilsrechten der einzelnen

Berfonen gesondert zu berechnen.

Ehegatten, Verwandte oder Stiesverwandte in abssteigender Linie sind in den Fällen des Abs. 1 Ziff. 1 lit. a von Entrichtung der Gebühr befreit. Gleiches gilt für alle Eigentumsübergänge, welche sich bei einem verstragsmäßigen Güterstande kraft des Gesess unter Lebensben vollziehen.

Art. 251 (215).

Bei der Succession in Lehen, Familiensideikommisse, Majorate, Stamm- und Erbgüter, bei einer Nacherbsolge oder einem Nachvermächtnisse, dann überhaupt in den Fällen, in welchen Nutung oder Substanz auf dem Wege der Erbsolge gesondert erworben werden, finden auf die Wertsberechnung die Bestimmungen der Art. 13 bis 16, 21 bis 23 des Gesetss über die Erbschaftssteuer entsprechende Anwendung.

Art. 252 (216).

Wer auf irgend eine Weise das Eigentum an Grundstücken oder diesen gleichstehenden Rechten erwirbt, ohne hiefür die Gebühr des Art. 118 oder des Art. 146 entrichtet zu haben, ist verpslichtet, dem Rentamt, in dessen Bezirke das Grundstück liegt, innerhalb zwei Monaten, vom Tage des Erwerbes an gerechnet, die

Beränderung anzuzeigen und ben Wert unter genauer

Bezeichnung der einzelnen Objekte anzugeben.

Sind die Grundstücke in den Bezirken mehrerer Rentämter gelegen, so genügt die Anzeige und Wertsangabe bei jenem Rentamt, in dessen Bezirk das Hauptaut liegt.

Die wissentliche Versäumnis obiger Frist zieht Gelbftrafe im doppelten Betrage der schuldigen Gebühr nach sich.

Art. 253 (217).

Auf Grund der eingehenden Anzeigen und Wertsangaben sowie der etwa erforderlichen weiteren Erhebungen hat das Rentamt die Gebühr von Amtswegen zu regulieren, wobei die Bestimmungen im Art. 42 entsprechende Anwendung zu sinden haben.

II. Titel.

Gebührenäquivalent.

Art. 254 (218).

Juristische Personen, Handels: und Versicherungs: gesellschaften, Genossenschaften, Vereine sowie andere Gesellschaften und Anstalten haben von den in ihrem Eigentume befindlichen Grundstücken und diesen gleichstehenden Rechten alle zwanzig Jahre, vom Tage des letzten Ansalls einer verhältnismäßigen Gebühr an gesrechnet, ein Gebührenäquivalent von eins vom Hundert der Gegenstandssjumme ohne Abzug der Schulden zu entrichten.

Gleiches gilt für Gesamtgeschlechter, soweit auf deren Güter nicht die Bestimmung des Art. 251 Anwendung

findet.

Art. 255 (221).

Das Gebühren-Aequivalent wird nicht erhoben von Objekten, welche

1. den Kreis-, Distrikts-, politischen und Ortsgemeinben, dann den landwirtschaftlichen Genossenschaften gehören;

2. ständig und ausschließlich einem frommen, milden,

gemeinnütigen ober Unterrichts-Zweck ober bem

Bergbau dienen;

3. öffentlichen Verkehrszwecken dienen, wie Eisenbahnen, Kanäle und Straßen nebst den dazu gehörigen Gebäuden, Brücken und ähnlichen Gegenständen.

Art. 256 (222).

Die gesetzlichen Vertreter der gebührenpflichtigen Rechtssubjekte haben den Wert der Grundstücke und diesen gleichstehenden Rechte bei dem Nentamt, in dessen Bezirke die Grundstücke oder deren Hauptbestandteile liegen, mindestends drei Wonate vor Ablauf des zwanzigzährigen Zeitraums seit der letztmaligen Entrichtung des Gesbührenäquivalents schriftlich oder zu Protokoll anzugeben.

Die wissentliche Berjaumung Dieser Frift zieht Gelbftrafe im doppelten Betrage der ichuldigen Gebuhr nach sich.

Hinsichtlich ber Wertsermittelung finden die Bestimmungen im Art. 42 entsprechende Anwendung.

III. Titel.

Deffentliche Mobiliarversteigerungen.

Art. 257 (223).

Deffentliche Versteigerungen von beweglichen Sachen und von Ruhungen 1), für welche nicht die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, unterliegen einer Gebühr zu eins vom Hundert des erzielten Gesamterlöses 2)3).

Besteht ber Preis in jährlich wiederkehrenden Leisftungen, so finden auf die Bertsberechnung die Bestim-

mungen im Art. 186 entsprechende Anwendung 4).

1. Nach § 214 ber Geschäftsamweisung für Gerichtsvollzieher ist bieser besugt, öffentliche Versteigerungen vorzunehmen. Siehe auch §§ 232 Vh. 2, 246 der genannten Geschäftsanweisung, In übrigen vergleiche hieher auch die Bekanntmachung, die Gebühren für öffentliche Mobiliarversteigerungen betreffend, vom 25. Septbr. 1879, G. 8.V. S. S. 1270.

2. Reben der Gebühr des Art. 257 ift auch noch bei den durch Gerichtsvollzieher vorgenommenen Berfreigerungen eine Gebühr nach § 4 der Geb. Borschr. (Siehe Abreilung Cbiefes Buches) im Jusanmenhalte mit § 7 der R.G. f. G.B. anzusehen.

- 3. Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus dem Gejamterlöse ohne Mzug der auf die Bersteigerung erwachsenen Kosten. Siehe auch Art. 262 Abs. 1.
 - 4. Bergleiche Art. 186 auf G. 175.

Art. 258 (234).

Von der Gebühr find befreit:

1. Bersteigerungen für Rechnung ber Reichs- ober Staatskasse;

2. Berfteigerungen im Deß= und Marktverkehr;

3. Zwangsverfteigerungen 1);

4. Versteigerungen forstwirtschaftlicher Produkte;

5. Bersteigerungen landwirtschaftlicher Produkte mit Ausnahme derjenigen Weinversteigerungen, bei welchen der erzielte Gesamterlös den Betrag von 100 Mark übersteigt;

6. Bersteigerungen, welche im öffentlichen Auftrag 2) oder von Vormündern zur Verwertung von Mündel=

gut3) vorgenommen werben.

1. Nach § 113 der Geschäftkanweisung haben die Gerichtsvollzieher bei Zwangsbersteigerungen in der Bekanntmachung ersichtlich zu machen, daß es sich um eine Zwangsdersteigerung handelt. Aur die auf Grund der §§ 814 si. der N.C.P.D. vorgenomenen össenlichen Bersteigerungen sowie der nach diesen Vorschriften der N.C.P.D. vorgenomnene Pfandverkauf sind gebührentet. (Siehe §§ 219 Abs. 2, 232 Abs. 1 der Gesch. Anwig. s. G.B.

Die Gebührenbefreiung des Art. 258 erstreckt sich nur auf die von dem Gerichtsvollzieher als iolchen abgehaltenen Mobiliarzwangsversteigerungen. Die von anderen Verionen nach § 825 der R.C.B.D. oder von Gerichtsvollziehern in der Eigenschaft als Kontursverwalter auf Grund des § 117 der R.A.D. dorgenommenen Bersteigerungen unterliegen der Gebührenpslicht nach Art. 257. (Vergleiche Urteil des Oberlandesgerichts München v. 31. Jan. 1884, Entschape, des Verwaltungsgerichtshoses v. 29. Febr. 1884, SIg. Bd. V S. 157, u. v. 7. April 1885, SIg. Bd. VI S. 131, Psass, d. Musl. S. 236.) Siehe jedoch auch 3. 6.

2. hieher gehören die öffentlichen Bersteigerungen von Fundgegenständen seitens einer öffentlichen Behörde ober Berkehrsanstalt, §§ 978 if. des B.G.B.

3. Der Bormund hat in seinem Ausschreiben auf ben bie öffentliche Bersteigerung bes Münbelguts anordnenden Beschluß

bes Vormundschaftsgerichts Bezug zu nehmen.

Art. 259 (225).

Privatpersonen, welche eine Versteigerung vorzunehmen beabsichtigen, die nicht nach Art. 258 von der

Gebühr befreit ift, haben spätestens zwei Tage vor deren Beginn dem Kentamt, in dessen Bezirk dieselbe stattsinden soll, Ort, Tag und Stunde des Beginnes der Bersteigerung schriftlich oder zu Protokoll anzuzeigen.

Wird die Versteigerung im Auftrag eines Anderen vorgenommen, so ist gleichzeitig der Auftraggeber zu

benennen.

Unter welchen Voraussetzungen öffentliche Bedienstete¹) und Gemeindebeamte, welche öffentliche Versteisgerungen vornehmen, hievon dem Rentamte vorgängige Anzeige zu erstatten haben, wird von der Staatsregiesrung bestimmt.

1. Die Gerichtsvollzieher sind von der vorgängigen Anzeigeserstattung befreit (§ 232 Abj. 2 der Gesch.Anwig., § 3 der Bestanntmachg. v. 25. Septbr. 1879, G.B.Bl. S. 1270).

Art. 260 (226).

Ueber jede Versteigerung, welche nicht nach Art. 258 von der Gebühr befreit ist, ist eine schriftliche Urkunde aufzunehmen, in welcher die zum Auswurf gebrachten Gegenstände und die hiefür erzielten Preise einzeln vorzutragen sind.

Wird die Erteilung des Zuschlags versagt oder vorbehalten, so ist dies in der Urkunde zu vermerken.

Die Versteigerungsurkunde ist von demjenigen, der die Versteigerung geleitet hat, unmittelbar nach deren Beendigung zur Bestätigung der Richtigkeit des Inhalts, unter Vortrag der Summe der erzielten Preise mit Ziffern und Worten, zu unterzeichnen und binnen längstens einer Woche dem einschlägigen Rentamt in Vorslage zu bringen 1).

1. Sinfichtlich bes von ben Gerichtsvollziehern einzuschlagen-

ben Berfahrens fiehe §§ 226, 232 ber Gefch. Unwig.

Art. 261 (227).

Die Rentämter können zu jeder öffentlichen Mobisliarversteigerung einen Vertreter des Aerars abordnen, welcher ermächtigt ist, die vorschriftsmäßige Aufnahme der Versteigerungsurtunde zu kontrollieren.

Art. 262 (228).

Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus der Summe

der Zuschlagspreise.

Soweit der Zuschlag vorbehalten wurde, ist dessen Erteilung anzunehmen, wenn nicht binnen längstens zwei Wochen nach Beendigung der Versteigerung die Verslagung des Zuschlags nachgewiesen wird.

Art. 263 (229).

Die Pflicht zur Entrichtung der Gebühr obliegt bemjenigen, unter dessen Leitung die Versteigerung ausgeführt wurde.

Handelt, jo haften beide für die Entrichtung der Gebühr

als Gesamtschuldner.

Art. 264 (230).

Einer hinterziehung der Gebühr macht sich schuldig, wer

1. die im Art. 259 vorgeschriebene Anzeige nicht recht=

zeitig erstattet, oder

2. die vorschriftsmäßige Aufnahme oder rechtzeitige Vorlage der Versteigerungsurfunde (Art. 260) unterläßt, oder

3. bezüglich der Versagung des Zuschlags (Art. 262

Abs. 2) wissentlich falsche Angaben macht.

Die Hinterziehung wird mit einer Geschstrafe gesahndet, welche dem zehnsachen Betrage der hinterzogenen Gebühr gleichkommt, mindestens aber 30 Mark beträgt.

Läßt sich der Betrag der hinterzogenen Gebühr nicht ermitteln, so ist auf Geldstrafe von 30 bis 1000

Mark zu erkennen.

Im Falle des Art. 263 Abj. 2 haftet der Auftragsgeber für die von dem Beauftragten zu entrichtende

Gelbstrafe nebst Roften.

Ist jedoch anzunehmen, daß eine Gebührenhintersziehung nicht habe verübt werden können oder nicht beabsichtigt gewesen sei, so tritt nur Ordnungsstraße bis zu 30 Mark ein.

IV. Titel.

Versicherungsverträge.

Art. 265 (237).

Urkunden (Policen) von Versicherungsanstalten über Lebensversicherungen unterliegen, sofern sie sich auf in Bayern wohnhafte Personen beziehen, bei einer Versicherungsjumme bis zu 3000 Mark einer Gebühr von eins vom Tausend, bei höheren Veträgen von zwei vom Tausend der versicherten Summe.

Ist die Lebensversicherung auf bestimmte Zeit absgeschlossen, so beträgt die Gebühr für jedes Jahr oder den Bruchteil eines solchen ein Zehnteil der Gebühr für eine Versicherung auf Lebenszeit von derselben Höhe. Die Gebühr darf jedoch die im Abs. 1 bestimmte Ges

bühr nicht übersteigen.

Urkunden von Versicherungsanstalten über Leiberentenversicherungen unterliegen, sofern sie sich auf in Bayern wohnhafte Personen beziehen, bei einer Jahreserente bis zu 120 Mark einer Gebühr von eins vom Tausend, bei einer höheren Jahresrente von zwei vom Tausend der versicherten Summe. As Versicherungssumme ist der Kauspreis, in Ermangelung eines solchen der zehnsache Betrag der Kente anzunehmen.

Bird bei einer Bersicherung während der Dauer derselben eine Uenderung der Bestimmungen des urs sprünglichen Bertrages vorgenommen, so wird die für die frühere Urkunde nachweislich entrichtete Gebühr an

ber Bebühr für die neue Urfunde angerechnet.

Werben bei Versicherungen gleicher Art von demselben Versicherer mehrere Urkunden für dieselbe Person ausgestellt, so berechnet sich die Gebühr nach dem Gesamtbetrage der versicherten Summe.

Art. 266 (238).

Fenerversicherungsverträge unterliegen, sofern sie sich auf in Bayern befindliche Gegenstände oder bayrische Schisse beziehen, für jedes Jahr der Versicherungsdauer einer Gebühr zu 1/20 vom Tausend der versicherten Summe.

Hiebei kommen Bruchteile eines Jahres in der Weise in Betracht, daß für jedes angefangene halbe Jahr die Hälfte der Gebühr zu entrichten ist.

Prolongationen find in Bezug auf die Gebühren-

pflicht wie neue Verträge zu behandeln.

Der Mindestbetrag der Gebühr ift 10 Pfennig.

Art. 267 (239).

Von der Gebühr find befreit:

1. Bersicherungen von Bediensteten und Arbeitern gegen die bei dem Betriebe von Gewerben herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen;

2. die Bersicherungen gegen Brandschaben bei ben Brandversicherungsanstalten für Gebäude in den Landesteilen rechts des Rheins und in der Pfalz;

3. Rückversicherungen.

Art. 268 (240).

Die Entrichtung der Gebühr obliegt dem Ber=

sicherten.

Die Erhebung erfolgt für dessen Rechnung durch Bermittelung der Versicherungsanstalten, welche verspsichtet sind, vorbehaltlich des Rückgriffes gegen die Versicherten die Gebühren bezüglich aller von ihnen absgeschlossen Versicherungsverträge auf Grund periodischer Nachweisungen an die Staatskasse im Ganzen abzuführen.

Auswärtige Versicherungsanstalten sind gehalten, nach näherer Anordnung der Staatsregierung einen oder mehrere Generalbevollmächtigte aufzustellen, mit denen

die Abrechnung zu pflegen ift.

Die näheren Bollzugsbestimmungen hiernber er=

läßt die Staatsregierung.

Zu der rechtzeitigen Vorlage obiger Nachweisungen können die erwähnten Versicherungsanstalten beziehungsweise deren Generalbevollmächtigte nötigensalls durch Androhung und Verhängung von Zwangsstrasen bis zu 300 Mark angehalten werden.

Art. 269 (241).

Werden in einer nach Art. 268 vorgelegten Nach= weisung die für den betreffenden Zeitabschnitt zu ent= Bochinger, Bayerns Gebührengesetze. 14 richtenden Gebühren gar nicht oder in einem zu geringen Betrage nachgewiesen, so verfällt jede für die richtige Aufstellung der Nachweisung verantwortliche Berson in eine Geldstrase im fünsundzwanzigsachen Betrage der zu wenig nachgewiesenen Gebühren, mindestens aber von 100 Mark.

Ist jedoch anzunehmen, daß eine Gebührenhinterziehung nicht habe verübt werden können oder nicht beabsichtigt gewesen sei, so tritt nur Ordnungsstrafe bis

zu 30 Mark ein.

Die Berficherungsanftalt ist für die Entrichtung ber festgesetten Strafen subsidiarisch haftbar.

V. Titel.

Lombarddarlehen.

Art. 270 (243).

Urfunden über zinsbare Darlehen, welche gegen Berpfändung oder Hinterlegung von edlen Wetallen, Waren, Wechseln oder Wertpapieren gegeben werden (Lombarddarlehen), unterliegen einer Gebühr zu $^2/_{10}$ vom Tausend der dargesiehenen Summe.

Art. 271 (244).

Von der Gebührenpflicht find befreit:

1. Lombarddarlehen, welche vom Deutschen Reiche oder von dem Bayerischen Staate aufgenommen werden.

2. Beurkundungen über Verlängerung der Rückzahlungsfrist von Lombarddarlehen, für welche die Gebühr bereits entrichtet wurde;

3. Pfanddarleben öffentlicher Leibhäuser.

Art. 272 (245).

In Betreff der Gebührenpslicht macht es keinen Unterschied, ob das Lombarddarlehen in Briefform oder in irgend einer andern Form beurkundet wird und ob die Beurkundung mit Namensunterschrift erfolgt oder nicht. Souft. Gegenft. II. Abichn. Befond. Beftimmgn. Art. 269-276. 209

Von mehreren zur Beurkundung eines und desselben Geschäfts ausgestellten Schriftstücken (Pfandschein, Quittung und dergleichen) ist die Gebühr nur einmal zu entrichten.

Art. 273 (246).

Die Verpslichtung zur Zahlung der Gebühr liegt zunächst dem Aussteller der Urfunde ob und muß von ihm erfüllt werden, bevor er dieselbe aus den Händen gibt.

Ist die Gebührenentrichtung von dem Aussteller unterlassen worden, so ist sie von dem Empfänger der Urkunde sowie weiter von jeder dritten Person, welche vor erfolgter Gebührenentrichtung auf Grund eines Rechtsgeschäfts in den Besit derselben gelangt, binnen drei Tagen nach dem Tage des Empfangs, jedensalls aber vor der weiteren Aushändigung zu bewirken.

Art. 274 (247).

Die Berpflichtung zur Gebührenentrichtung wird erfüllt:

 durch Unwendung vorschriftsmäßig gestempelter Formulare.

2. durch vorschriftsmäßige und rechtzeitige Verwendung von Gebührenmarken,

3. durch bare Einzahlung in den im Art. 275 bezeichneten Fällen.

Art. 275 (248).

Durch Königliche Verordnung kann Banken, Bankshäusern, Kreditanstalten und anderen gewerblichen Untersnehmungen, welche Lombardgeschäfte machen, die Verspsichtung auferlegt werden, die Gebühren bezüglich aller von ihnen, ihren Kommanditen, Komptoiren, Agenten u. s. w. abgeschlossenen Lombarddarlehen auf Grund der von ihnen aufzustellenden periodischen Nachweisungen an die Staatskasse im Ganzen abzusühren.

Die näheren Vollzugsbeftimmungen hierüber erläßt

die Staatsregierung.

Art. 276 (249).

Die Nichterfüllung der im Art. 273 bezeichneten

Berpstlichtung wird mit einer Gelbstrase geahndet, welche dem fünfundzwanzigsachen Betrage der schuldigen Gebühr gleichkommt, mindestens aber 20 Mark für jedes ges bührenpstlichtige Schriftstuck beträgt.

Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrag Jeden, welcher der ihm obliegenden Berpflichtung zur

Entrichtung der Gebühr nicht rechtzeitig genügt.

Art. 277 (250).

Werden in einer nach Art. 275 vorgelegten Nachweisung die für den betreffenden Zeitabschnitt zu entrichtenden Gebühren gar nicht oder in einem zu geringen Verrage nachgewiesen, so verfällt jede für die richtige Aufstellung der Nachweisung verantwortliche Person in eine Geldstrase im fünsundzwanzigsachen Vetrage der zu wenig nachgewiesenen Gebühren, mindestens aber von 100 Mark.

Hit jedoch anzunehmen, daß eine Gebührenhinters ziehung nicht habe verübt werden können oder nicht besabsichtigt gewesen sei, so tritt nur Ordnungsstrase bis zu 30 Mark ein.

Die betreffende Bank, Kreditanstalt oder sonstige gewerbliche Unternehmung ist für die Entrichtung der festaesetten Strafen subsidiarisch haftbar.

Art. 278 (251).

Werden zur Beurkundung eines und desselben Lombardgeschäftes mehrere Schriftstücke (Pfandschein, Duitkung u. j. w.) ausgestellt, so ist auf den nicht bewerteten Schriftstücken (Art. 272 Abs. 2) von dem Darlehensgeber und dem Darlehensempfänger zu versmerken, daß und in welchem Betrage die Gebühr entsrichtet worden ist.

VIII. Abteilung.

Gemeinfame Beftimmungen.

Art. 279 (252).

Insoweit das Gesetz einem Verwandtschaftsverhältenis Einfluß auf die Gebührenpflicht einräumt 1), gilt als

Verwandtschaft auch die durch Annahme an Kindessstatt²) begründete Verwandtschaft sowie das Verhältnis zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Abkömmslingen einerseits und dem Vater und dessen Verwandten andererseits³), sosern die Vaterschaft erweislich anerskant ist 4)5).

Auf ein die Gebühr minderndes Verhältnis, welches zusolge eines richterlichen Erkenntnisses oder eines Verstrags schon vor dem Anfalle der Gebühr zu bestehen ausgehört hat, darf nicht zurückgegangen werden. Die Aushebung der ehelichen Gemeinschaft nach § 1575 des Bürgerlichen Gesehuchs steht der Scheidung gleich.

Die vor dem Inkrafttreten des Burgerlichen Gesetsbuchs vereinkindschafteten Kinder stehen in Ansehung der

Bebührenpflicht den ehelichen Rindern gleich.

1. Dies ist ber Fall im Art. 96, bann in ben Art. 146 Biffer 1a und 250 Ziffer 1b.

2. Durch die Annahme an Kindesstatt erlangt das Kind die Wirfungen eines ehelichen Kindes des Annehmenden. Die Wirfungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich auf die Abstömmlinge des Kindes, jedoch nicht auf die Verwandten des Annehmenden. Der Ehegatte des Annehmenden wird nicht mit dem Kinde, der Ehegatte des Kindes wird nicht mit dem Annehmenden der Ehegatte des Kindes wird nicht mit dem Annehmenden der Ehegatte des Kindes wird nicht mit dem Annehmenden verschwägert. Siehe §§ 1757, 1762, 1763 des A.G.B.

3. Ein uneheliches Kind und bessen Bater gelten rechtlich zwar als nicht verwandt, jedoch wird durch die Borschrift des Art. 279 der zwischen ihnen bestehenden natürlichen Verwandtschaft billig Rechnung getragen.

4. Das heift in einer bffentlichen Urfunde bes Bormunbichaftsgerichts, eines Notars ober bes guftandigen Standesbeamten.

5. Einer besonderen Erwähnung des Falles der Legitimation bedurfte es nicht, nachdem dieselbe stets ein natürliches Verwandtschaftsverhältnis als gegeben voraussett. (Siehe Motive zum Erbichaftsbereches 1879 S. 10, dann § 1719 des B.G.B.)

Ein sur eizelich erklätes uneheliches Kind erlaugt die rechtliche Steflung eines ehelichen Kindes. (§§ 1735, 1736 des B.G.B.) Die Birkungen der Ehelichkeitserklärung erstrecken sich nicht auf die Berwandten des Vaters und es tritt auch die Frau des Vaters nicht zu dem Kinde, der Ehegatte des Kindes nicht zu dem Vater die Schwägerschaftsberhältnis (§ 1737 des V.G.B.).

6. Die Bestimmung im Abs. 2 bezieht sich insbesondere auf die Fälle der Trennung einer Ehe. Der Fall der Auflösung der Schwägerschaft durch den Tod des anderen Ehegatten wird von

bem Gejetse nach bessen ausbrücklicher Fassung nicht getroffen. (Mot. z. Erbsch. SteuerGes. 1879 S. 10.)

Art. 280 (253).

Wo das Gesetz für den Ansatz der Gebühr einen Spielraum gewährt 1), hat die Behörde innerhalb desselben den Gebührensatz unter Berückstigung des Umstangs und der Schwierigkeit der Sache, der Bedeutung derselben für das bürgerliche Leben und der Leistungssfähigkeit des Pflichtigen zu bestimmen.

Die Staatsregierung ist ermächtigt, hierüber nähere

Vollzugsvorichriften zu erlaffen 2)3).

1. Dies ist der Fall bei den Gebührenbestimmungen der Art. 69, 89, 91, 97, 104, 105, 108, 113, 122, 123 Abj. 3, 141, 199 3. 2, 218, 219, 220 u. 221.

- 2. Wo das Gejet für den Anjat der Gebühr einen Spielraum gewährt, hat die Bekörde die Entickeidung über den von ihr nach Makgabe des Art. 280 zu bestimmenden Betrag in den gebührenpflichtigen Beichluß mit aufzunehmen oder den bezüglichen Beurkundungen, Zeugnissen, Auszügen, Abschriften u. i. w. am Kande beizuieten (§ 5 der K.B.O. v. 23. Dezbr. 1899 Just. M.Bl. 1900 S. 337).
- 3. Der Art. 280 ist nicht anwendbar für den Kostenansat im Beschwerdeversahren. Beschl. des Oberst. G. v. 27. Oktor. 1900, Sig. d. Entichden. n. F. Bd. I S. 506.

Art. 281 (254).

In allen Fällen, in welchen für die Partei ein Rechtsanwalt 1) handelt, ist für die Entrichtung der Gebühren, Auslagen und desfallsigen Borschüffe nicht der Anwalt, sondern die von ihm vertretene Partei verhaftet, wenn nicht der Anwalt ausdrücklich die Zahlung für die Partei übernommen hat.

- 1. Auf andere Bevollmächtigte erstreckt sich die Bestimmung des Art. 281 nicht. Hat der Rechtsanwalt eine Erklärung über die Kostengahlung nicht abgegeben, jo sind die Kosten stets unmittelbar von der Partei selbst einzusordern. Dies gilt auch für jene Fälle, in denen der Anwalt nicht als joscher, jondern als gewöhnlicher Parteivertreter handelt. Andere Bevollmächtigte haben in erster Linie für die Berichtigung der Gebühren und Auslagen sin die von ihnen veranlasten Amstalungen einzussehen (§ 76 der Bollz-Instr. vom 25. Dezbr. 1899, Just. Ausl. 1900 S. 386).
 - 2. Den Rechtsanwälten fteben gleich gefetliche Bertreter,

dieselben find für die Rosten nicht haftbar, welche von den durch

fie vertretenen Berjonen geschuldet werden.

Die Haftung der Bevollmächtigten erstreckt sich nur gegenüber der Staatskasse nicht aber 3. B. gegenüber dem Notare, selbst wenn er Staatsgebühren vorgeschossen hätte. Siehe Beschl. des Oberste. G. v. 25. Novbr. 1901, Slg. d. Entschhg. n. F. Bd. II S. 729.

3. Bergleiche hieher auch Anmerkg. 10 zu § 81 bes R.G.R.G., bann bezüglich ber Schreibgebühren vergleiche § 97 bes R.G.R.G. (Bochinger, Brozefigeb.Gef. S. 112 u. 132.)

Art. 282 (255).

Für die Erledigung des Ersuchens einer nichtsbanrischen Behörde in Angelegenheiten, auf welche das Reichs-Gerichtskoftengeset keine unmittelbare Anwendung findet 1), kommen, wenn eine Amtshandlung vorges nommen wird, für welche besondere Gebühren gesehlich bestimmt sind, diese Gebühren zur Erhebung. Die Staatseregierung ist jedoch ermächtigt, für solche Fälle ausenahmsweise auch andere Gebührensätze zu bestimmen.

Ist um die Vornahme sonstiger Amtshandlungen ersucht, jo können besondere Gebühren erhoben werden,

deren Bohe die Staatsregierung beftimmt 2).

In beiden Fällen find die mit der Erledigung des Ersuchens verbundenen baren Auslagen zu erstatten3).

Die Bornahme der Amtshandlung kann von der vorgängigen Erlage eines zur Deckung der Kosten hinreichenden Borichusses abhängig gemacht werden 4).

Die bestehenden Bereinbarungen mit anderen

Staaten werden hiedurch nicht berührt 5).

Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben, soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ob diese Boraussiehung gegeben ist, entscheidet die Staatsregierung.

Die Motive (1899) bemerken hiezu: Die Borichriften bes früheren Art. 255 waren einer Aenberung bedürftig, da der Bolfzug derzelben, namentlich was die Erstattung der daren Auskagen betrifft, mitunter zu Schwierigkeiten gesührt hat. Dazu kommt, daß die Gerichte sich nach § 2 des G.F.G., Art. 129 des Ausschles. 3. B.G.B. und Art. 8 des Ausschles, z. G.B.D. Rechtshilfe nach benielben Grundsähen wie in sireitigen Angelegenheiten zu leisten haben. Für letztere ergibt sich aus dem Reichs-Gerichtstostengeses, daß für die gerichtliche Thätigkeit aus Anlaß eines Ersuchens um

Rechtshisse besondere Gebühren nicht zu erheben sind. Eine ahnliche Bestimmung ist für die freiwillige Gerichtsbarkeit reichsgesetzlich nicht getroffen. Die nach § 2 des G.F.G. anzuwendende Borichrist des § 165 des R.G.B.G. beseitigt nur die Erstattung von Rechtshissetzlier seitens des ersuchenden Staates, schlieft aber die Erhebung von Gebühren von den Parteien nicht aus.

- 1. Zu den Angelegenheiten, auf welche das N.G.K.G. keine unmittelbare. Anwendung sinder, gehören insbesondere auch die Gegenstände der streitigen und Strafrechtspslege, auf welche sich die Bestimmungen der II. und III. Abteilung diese Gejeges (Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, Forstrügesachen und Straspersahren im Verwaltungswege) beziehen, wenn dort auch die Vorschriften des erwähnten Neichsgeseg ganz oder teilweisals entsprechend anwendbar erklärt wurden. (Motive 1879 ©. 97.)
 - 2. 3. B. in Bormundichafts-Nachlaß- und Sppothetenjachen.

3. Bergleiche hieher bas Reichsgeset über ben Beiftand bei Einziehung von Abgaben und Bollstreckung von Bermögenöftrafen

vom 9. Juni 1895. (R.G.Bl. S. 256.)

Im Falle der Gewährung von Beistand zwischen Behörden verschiedener Aundesstaaten sind die hiedurch entstehenben baren Auslagen der ersuchten Behörde von der ersuchenden zu erstatten. Beitere Kosten werden von der ersuchenden Behörde nicht erstattet. Ist eine zahlungspsischtige Person vorhanden, so sind die krosten, soweit die ersuchte Behörde diese sielbst nicht beitreiben kann, von der ersuchenden Behörde einzuziehen. Der eingezogene Betrag ist der ersuchten Behörde zu übersenden.

4. Die Anordnung der vorgängigen Erlage eines Borichusies wird sich jedesmal dann empfehlen, wenn Auslagen von beträchtlicher Sohe in Frage kommen.

Urt. 283 (256).

In Angelegenheiten, auf welche das Reichs-Gerichtskoftengeset keine unmittelbare Anwendung sindet 1), kann
gegenüber Personen, welche in Bayern nicht ihren ständigen Wohnsit haben, bei Anträgen auf Einleitung eines
amtlichen Versahrens oder Vornahme einzelner Amtshandlungen, dringende Fälle ausgenommen, jede amtliche
Thätigkeit in der Sache selbst von der vorgängigen Erlage eines zur Deckung der hiemit verbundenen Gebühren
und Auslagen hinreichenden Vorschusses? abhängig gemacht werden, auch wenn dieselben von einem bayrischen
Rechtsanwalte vertreten sind3).

Notare und Notariatsverweser, welche von dieser Besugnis feinen Gebrauch machen, haften dem Staate

persönlich für die erwachsenen Gebühren, vorbehaltlich ihres Regresses an die zahlungspflichtige Partei 4).

Auch ist die Staatsregierung ermächtigt, in den im Abs. 1 bezeichneten Angelegenheiten gegenüber Aussländern besondere, von gegenwärtigem Gesetze abweichende Gebührensätze zu bestimmen und für Atte, welche an sich gebührensrei wären, die Erhebung von Gebühren zu versordnen 5).

1. Giehe Unmertg. 3. 1 bes Art. 282.

2. Die Anordnung der Erlage eines Vorlchusses ist dem Ermesien der Behörde auheim gegeben. Die Antshandlung ist dann ohne vorgänige Erlage eines Vorschusses vorzumehmen, wenn Gesahr auf Verzug vorliegt oder durch die Verzögerung dem Antragfteller ein Vermögensnachteil erwachsen würde.

3. Da ber Rechtsanwalt nach Art. 281 überhaupt nicht für die Gebühren und Austagen seines Mandanten haftet, ist es ohne allen Einstuß, wenn eine in Bayern nicht wohnhafte Partei von

einem bagrischen Rechtsanwalte vertreten ift.

- 4. Beil nach dem Notariatsgeiche (Abschnitt VII) die Wahrnehmung der Votariatsgeichäfte bei unbefehtem Notariate einem rechtskundigen Beamten des Amtsgerichts als Stellvertreter übertragen werden kann, war zum Ausdrucke zu bringen, daß der Art. 283 auch auf solche Notariatsverweier Anwendung zu finden hat. (Motive 1899.) Siehe hieher auch § 24 der Vollz. Infter v. 25. Dezbr. 1899, Just. M.V. 1900 S. 358.
 - 5. Eine berartige Berordnung wurde bisher nicht erlaffen.

Art. 284 (257).

Für die Ausbewahrung der bei den Gerichten, den Rotaren oder gemäß Art. 76 Abs. 3 des Gesețes zur Aussührung des Reichs-Gerichtsversassungsgesetes in der Fassung des Art. 167 des Aussührungsgesetes zum Bürgerlichen Gesetbuche bei der Königlichen Bank oder anderen Kassen des Staates hinterlegten Gelder und Wertpapiere können besondere Gebühren (Depositalsgebühren) erhoben werden.

Die Gebührensätze werden durch Königliche Ber-

ordnung bestimmt 1).

1. Siehe Abteilung B. Diefes Buches, G. 232.

Art. 285 (258 Abj. 1).

Die Erhebung und Ablieferung der bei den Ge-

richten anfallenden Gebühren und Auslagen, Geldstrasen und sonstigen dem Staate zu verrechnenden Geldbeträge ersolgt unter der Aussicht der Finanzbehörden nach Maß-gabe der von der Staatsregierung hierüber zu erlassen den näheren Bestimmungen. Die Besorgung dieser Gesichäte kann den Gerichtsichreibern übertragen werden.

Bergleiche hieher die A.B.O. v. 23. Dezbr. 1899, die Ausjührung des Reichs-Gerichtstoftengesets und des Gesets über das Gebührenwesen betr., §§ 1, 2, 14, 15 u. 16, Juft.W.Bl. 1900,

S. 335.

Art. 286 (258 Abj. 3).

Die Vorschriften über Erhebung und Verrechnung der anfallenden Gebühren und Auslagen sowie über die Führung und Nevision der Gebührenregister, über das Versahren bei Aufnahme und Vescheidung der Revisionsprototolle, dann bei Streitfragen und Beschwerden, soweit es nicht gesehlich geregelt ist, und über die Aberechnung mit den Kentämtern werden von der Staatspregierung erlassen.

Bergleiche hieher die mehrerwähnte K.B.D. v. 23. Dezbr. 1899, Juft W.M. 1900 S. 335, dann die Bolfa. Juftr. hiezu vom 25. Dezbr. 1899, Zuft.M.Bl. 1900 S. 343, insbejondere § 25 ff., § 86 ff., § 79 ff., ferner die Bekanntmachung, das Koftenweien in gerichtlichen Strafsachen betreffend, v. 24. Septbr. 1879 Just. M.Bl.

1425.

Art. 287 (260).

Die Beitreibung rückständiger Gebühren und Auslagen des Staates erfolgt durch die Rentämter im Wege des administrativen Zwangsvollzugs.

Durch Königliche Verordnung kann das Vollstreckungsrecht auch anderen Verwaltungsbehörden eingeräumt

werden 1).

Die Mitwirkung der Rentämter bei der Beitreibung rückständiger Geldstrafen wird gleichfalls durch Königliche Berordnung geregelt²).

1. Gemäß § 12 ber mehrerwähnten K.B.D. v. 23. Dezbr. 1899 (Juft. M.B. 1900 S. 340) ift benjenigen Verwaltungsbehörben, welche ärarialijche Gebühren und Auslagen zu verrechnen und ihre Rückfände nicht an die Rentämter zur zwangsweisen Beitreibung zu überweisen haben, das Vollstrechungsrecht eingeräumt. Ver-

gleiche hicher auch Art. 4 bes Ansf. Gef. zur R.C.B.D. u. R.D. (Meitel, 2. Aufl. S. 466). So steht, abgesehen von ben rechnungsstührenden Gerichtsichreibern für Straffachen, allen Gerichtschreibern nach § 28 ber Gerichtsvollzieherordnung v. 16. Dezbr. 1899, in Ansehung der Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher das Bollfreckungsrecht zu.

2. Die näheren Borichriften über die Beitreibung der Staatsgefälle sind enthalten in der Bekanntmachung vom 27. Dezbr. 1899

(Fin. M. Bl. G. 355).

Bergleiche hieher auch bas Reichsgeset über ben Beiftand bei Einziehung von Abgaben und Bollftredung von Bermögensftrafen v. 9. Juni 1895 (R.G.Bl. S. 256).

Art. 288.

Die Notare sollen, falls ihnen die Mitwirkung bei der Erhebung der Gebühren übertragen ist, bis zur Entrichtung der dem Staate und den Gemeinden ansfallenden Gebühren die Aushändigung der Urschriften, Ausfertigungen und Abschriften, Ausfertigungen und Abschriften sie Beteiligten und bie Borlage der Urschriften, Ausfertigungen und Abschriften für die Beteiligten an die Gerichte und andere Behörden verweigern. Thun sie dies nicht, so haften sie persönlich für die Gebühr.

Die Bestimmung des Art. 55 Abs. 2 des Notariats=

gefetes findet entiprechende Unwendung.

Art. 289 (261).

Dem Grundbuchamt ist es untersagt, eine Eintragung in das Erundbuch eher vorzunehmen, als der Nachweis über die Entrichtung oder Hinterlegung der Gebühren vorgelegt ist. Sosern den Notaren die Mitwirtung bei der Erhebung der Gebühren übertragen ist, bedarf es dieses Nachweises nicht, wenn die Eintragung auf Grund einer von einem bayrischen Notar errichteten oder beglaubigten Urkunde beantragt wird.

Sandelt der Grundbuchbeamte diefer Bestimmung

zuwider, so haftet er personlich für die Gebühr.

Die Borschriften der Abs. 1, 2 finden auf die Umsichreibung in dem Grundsteuerkataster entsprechende Answendung.

Die Borschrift bes Art. 289 entspricht ber Borschrift bes bisherigen Art. 261 jedoch mit ber Modifikation, daß es vor ber Eintragung in bas Grundbuch ober in bas Grundsteuerkatafter eines borgangigen Nachweises über die Entrichtung ober Hinter-legung der Staatsgebühren dann nicht bedarf, wenn die Eintragung auf Grund einer bon einem bagrischen Notar errichteten ober beglaubigten Urfunde beantragt wird, und zwar beshalb nicht, weil in biefem Falle gemäß Urt. 288 ichon ber Notar perfonlich bem Staate haftet, wenn er Urfunden bor Entrichtung ber betreffenden

Staatsgebühren ausgehändigt hat. (Motive 1899.) hinsichtlich der Anzeigepflicht der Rentämter bei der nachträglichen Bezahlung überwiesener Staatsgebühren an bie Notariate und Grundbuchämter fiehe Minift. Bet. v. 5, Aug. 1880 (Juft.M.Bl.

S. 315), bann Pfaff, 5, Aufl. S. 258.

Mrt. 290 (262).

Durch Königliche Verordnung kann bestimmt werben, daß und welche in die Staatstaffe fliegende Bebuhren außer den im Gesetze besonders bezeichneten Fällen durch Berwendung von Gebührenmarken zu entrichten find.

Das Staatsministerium ber Finangen ist ermächtigt, Borschriften über die Anfertigung und den Berkauf sowie über die Zeit und Art der Berwendung dieser Marken zu erlassen und zugleich zu bestimmen, unter welchen Voraussehungen die nicht in vorgeschriebener Beise verwendeten Gebührenmarken als nicht verwendet angesehen werben1).

1. Siehe die R.B.D. v. 15. Septbr. 1879, die Bermenbung von Gebührenmarten betr. (G.B.Bl. G. 1171), bann die Befanntmachung gleichen Betreffs v. 17. Ceptbr. 1879 (G.B.Bl. C. 1173).

Art. 291 (263).

Deffentliche Beamte ober Bedienstete 1), welche die vorgeschriebene Verwendung der normalmäßigen Gebührenmarten zu gebührenpflichtigen Schriftstuden unterlaffen, verfallen, sofern die Unterlassung nicht in irriger Auffassung der bestehenden Borichriften ihren Grund hat, in eine Gelbstrafe, welche dem zehnfachen Betrage ber nicht verwendeten Gebührenmarten gleichkommt.

Erheben dieselben von einer Bartei die Gebühr, ohne die vorschriftsmäßigen Gebührenmarten zu verwenden, so unterliegen sie, sofern kein höher strafbares

-

Reat vorliegt, einer Geldstrafe im zwanzigsachen Betrage ber erhobenen Gebühr.

1. Art. 291 findet nur dann Anwendung, wenn der Beamte in Ausübung seines Antes Gebührenmarken zu verwenden hatte. Auf Fälle, in welchen er die Verwendung jolcher Marken als Privatherion unterlassen hat, bezieht sich der Art. 291 nicht. (Pjass, 5. Aust. S. 260.)

Art. 292 (264).

Wer Gebührenmarken um höheren Preis als ihren Nennwert verkauft oder eine höhere Vergütung dafür in Unsat bringt, verfällt in eine Geldstrafe von 20 bis 60 Mark je nach der Größe des unerlaubten Gewinnes.

Jede Berfehlung gegen die Borichriften über die Zeit oder Art der Berwendung von Gebührenmarken wird, sosern gesetslich nicht eine strengere Strase verwirkt ist, mit Ordnungsstrase bis zu 30 Mark geahndet.

Art. 293 (265).

Die Einziehung der Gebühren erfolgt unabhängig von der Bestrasung 1).

1. Wenn gegen den Strasbescheide einer Berwaltungsbehörde, welcher neben der Festseung der Gelbstrase auch eine Entscheidung über die Verbindlichteit zur Nachzahlung der Abgabe enthält, auf gerichtliche Entscheidung angetragen ist, iv hat sich das Gericht mit der Entscheidung über die Verbindlichteit zur Nachzahlung der Whgabe nicht zu verafzehlung der Utreil des Db.L.G. München v. 23. Juni 1880, Sig. der Entscheb, in Gegenst. des Straspechts u. Straspovogsses, Id.

Urt. 294 (266).

Die Zuständigkeit und das Versahren bei strafsbaren Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesets und der Vollzugsvorschriften zu demselben richtet sich nach den Vorschriften des Reichs-Gerichtsversassungsgeses und der Reichs-Strasprozespordnung.

Hinsichtlich bes Versahrens im Verwaltungswege sinden die Bestimmungen der Art. 86, 87 Abs. 1, Art. 88 Abs. 1, Art. 89 Abs. 1 bis 3, 5, Art. 90, 91, 92 Abs. 2 des Gesets zur Ausschrung der Reichsestrasprozessordnung entsprechende Anwendung mit der Maßgabe,

daß an Stelle der Zollbehörden hier die Rentämter und, soweit Pflichtwidrigkeiten öffentlicher Beamten und Bebiensteten, mit Ausnahme der Gerichtsvollzieher, in Frage stehen, die vorgesetzten Behörden zu treten haben 1)2)3).

- 1. Siege Bekanntmachung v. 21. Oktbr. 1879, das Versahren im Verwaltungswege bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über das Gebührenwesen u. j. w. betr. (G.B.Bl. S. 1463).
- 2. Unter den Pflichtwidrigkeiten öffentlicher Beamten und Bediensteten im Sinne des Abs. 2 sind nur Bersellungen gegen jene Bestimmungen des Gebührengesetes und den hiezu ergangenen Bollzugsvorschriften zu verstehen, welche den betreffenden Beamten und Bediensteten als solchen besondere Verpflichtungen auferlegen. (Fin. M.E. v. 6. Mai 1882, Pfass, 5. Ausl. S. 261.)
- 3. Jit gegen ben von einer Verwaltungsbehörde wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften über die Ethebung einer öffentlichen Abgabe oder eines öffentlichen Gefälles erlassenen Strasbescheid auf gerichtliche Entscheidend nicht angerichtliche Entscheidend auf gerichtliche Entscheidend zuchtzeitig angetragen, so sie zunächst zu Haundcht zur Hauptverhandlung vor dem nach Maßgade des Strasbescheides zuständigen Gerichte ohne vorherige Einreichung einer Anklageschrift und ohne vorherige Entscheidung über die Erössenung der die Erössenung einer Anklage auch noch aus einem anderen als dem dem Etrasbescheide zu grunde liegenden rechtsichen Gesichtspunkte bietet und die Juständigen und dies eine solche das schaftellt, welche die Juständigkeit jenes Gerichts überschreitet. Beschl. des Sch. Wünschen d. 26. Juni 1882, Sig. d. Entschle, in Gegenst des Strafrechts u. Strasprozesses, Bd. 11 S. 144.

Art. 295 (267 Abf. 4).

Die Strasversolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzs und der Vollzugsvorschriften zu demselben verzährt in drei Jahren; die Vollstreckung der rechtskräftig ausgesprochenen Strasen versjährt in fünf Jahren 1)2)3).

- 1. hanblungen ber Rentämter im hinterziehungsversahren find richterliche und unterbrechen die Berjährung der Strafverfolgung. (Urteil des Oberft. Gerichtshofes vom 24. Jan. 1879, Bl. f. N.N. Bb. 44 S. 346.)
- 2. Für die Umwandlung der Gelbstrasen in Freiheitsstrasen und für die Vollstreckung der Gelbstrasen in den Nachlaß sowie hinsichtlich der Qualisstation der Neate als Vergehen oder Lebertretungen kommen die allgemeinen Vorschriften des Neichsstrasgeiehbuches zur Anwendung. (Motive 1879 S. 98, Pfass, 5. Aufl. S. 261.)

3. hinsichtlich ber breijährigen Berjährungsfrist ber Gebühren und Auslagen, welche auf grund bieses Geietes zu erheben sind, vergleiche die Bestimmungen der Art. 124 u. 125 des Aussi. Geszum B.G. (Meitel, 2. Aussi. S. 300 u. 301).

IX. Abteilung. Schlugbeftimmungen.

Art. 296 (272).

Diefes Gefet tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen

Gesethuch in Kraft.

Alle älteren Gesehe und Verordnungen über Taxen-, Stempel- und Einregistrierungsgebühren bleiben, soweit sie nicht ausdrücklich aufrecht erhalten sind 1), ausgehoben.

1. Giebe Art. 297 bis 302 und Anhang 4, altere noch giltige

Gebührenbestimmungen.

Mrt. 297.

Die Gebührenvorschriften über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung treten, soweit sie die Schiffe betreffen, an dem im Art. 296 bezeichneten Termin, im übrigen für jeden Grundbuchbezirk mit dem Zeitpunkt in Kraft, in welchem das Grundbuch als ansgelegt anzusehen ist. Bis zu diesem Zeitpunkte haben bei Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen hinsichtlich der Gebühren noch die seitherigen Bestimmungen Anwendung zu sinden. Das Gleiche gilt sür das Versahren, welches gemäß \ 15 des Einsührungssgeießes zu dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung noch nach den Landesgesehen zu erledigen ist, sowie für die Zwangsversteigerung eines gemeinschaftlichen Grundstücks zum Zwecke der Ausbedung der Gemeinschaft nach den Art. 41, 113 des Gesetzes, lebergangsvorschriften zum Bürgersichen Gesetzbuche bestreffend.

1. Vergleiche hieher § 1 3. 1 ber Bollz.Inftr. v. 25. Dezbr. 1899 (Juft.M.Bl. 1900 S. 344).

Mrt. 298.

Die Bestimmung des Art. 25 tritt für jeden Grundsbuchbezirk mit dem Zeitpunkt in Krast, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist 1). Bis zu diesem Zeitpunkte sinden die seitherigen Vorschriften Anwendung 2).

1. Die Borichrift bes Art. 298 beruft auf bem Umstande, daß der Erwerb des Eigentums auch nach dem Intrastreten des B.G.B. nach den bisherigen Gesetzen ersolgt, bis das Grundbuch als angelegt anzusehen ist (Art. 189 des Eins.Ges. zum B.G.B.). (Motive 1899.)

Siehe ferner auch § 1 Biff. 2 der Bollg. Inftr. v. 25. Dezbr.

1899 (Juft.M.Bl. 1900 €. 344).

2. Bergleiche Anhang 4, altere noch giltige Gebührenbeftimmungen.

Art. 299.

In Anjehung der Hypotheken, welche jchon zu der Zeit bestehen, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, und der Hypothekenurkunden, welche in der Zeit vor der Anlegung des Grundbuchs errichtet werden, bleiben die bisherigen Vorschriften über die Gebühren für Erteilung einer neuen Vollstreckungsklausel und für vollstreckbare Aussertigungen von Hypothekenurkunden in Kraft 1)2).

1. Die Gebühren für Exteilung einer neuen Bollstreckungstlausel und für vollstreckbare Aussertigungen von hypothekenurkunden bemessen sich auch künftig, dis zur Anlage des Grundbuchs, nach den Borschriften der Art. 29, 132 Abs. 2 des bisherigen Gebührengeietes.

Bergleiche auch Art. 166 3. XVI Abj. 3 bes Ausf. Gej. zum B.G.B. (Meitel, 2. Aufl. S. 374).

2. Sie Unhang 4, altere noch giltige Gebührenbeftimmungen.

Art. 300.

Findet für den Nachlaß eines vor dem Inkraftstreten des Bürgerlichen Gesehduchs verstorbenen Erbelassers ein erdschaftliches Liquidationsversahren nach Art. 150 bis 157 des Ausführungsgesehes zur Neichse Civilprozeßordnung und Konkursordnung statt, so geslangen auch die bisherigen Gebührenvorschriften zur Answendung.

Ebenjo verbleibt es in Anjehung der Gebühren für das Verfahren über das Aufgebot liegender Gründe nach Teil I Titel 51 §§ 100 bis 109 ber preußischen Allgemeinen Gerichtsordnung bei den bisherigen Vorschriften, soweit nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesepbuchs noch ein solches Versahren stattfindet 1)2).

1. Bergleiche Art. 166 Ziff. XVI Abi. 7 des Auss. Gef zum B.G.B. (Meitel, 2. Aufl. S. 374) und § 1 Ziff. 4 ber Bollz Instr. v. 25. Dezbr. 1899 Zust. M.Bl. 1900 S. 345).

2. Siehe Anhang 4', ältere noch giltige Gebührenbe-ftimmungen.

2rt. 301.

Die Vorschriften der Art. 32, 33 des bisherigen Gebührengesets finden auf die bei dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetbuchs anhängigen Gütertrennungsversahren Anwendung; die Vorschrift des Art. 33 findet auch Anwendung, wenn der Antrag auf Vermögenssahsonderung nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesebuchs gestellt wird 1)2).

1. Die Bestimmung bes Art. 301 beruht auf der Vorschrist bes Art. 132 des Gesehes, llebergangsvorschristen 3. B.G.B., wonach bie Ehefrau für den Fall, daß zur Zeit des Inkrastretens des Bürgerlichen Gesehbuchs der Ehemann in Konturs geraten ist, noch in der bisherigen Weise die Ausbebung der Gütergemeinschaft beantragen kann. (Wotive 1899.) Bergleiche hieher auch § 1 3. 4 der Vollz-Anstr. der Vollz-Bergleiche hieher auch § 3. 4.

2. Siehe Anhang 4, ältere noch giltige Gebührenbeftimmungen.

Art. 302.

In den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, für welche die disherigen Gesetze maßgebend bleiben, werden auch nach dem Inkrasttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs Gebühren nur nach Maßgabe der disherigen Vorschriften erhoben 1).

1. Für diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit dagegen, welche jojort von dem neuen Rechte erfaßt werden, gelten die Vorschriften des nunmehrigen Gebührengeleges auch dann, wenn sie dei dem Inkrasttreten des Bürgerlichen Gesehdes bereits anhängig sind, 3. B. Vormundschafts und Pflegsichaftsächen. Siehe § 1 3. 5 der Bollz. Instr. v. 25. Dezdr. 1899, Just. W. V.

Art. 303.

Für die Beftimmung der Art und des Umfangs Boding er, Baperns Gebuhrengesebe.

ber Sicherheit, die der in den Besitz des Vermögens eines Abwesenden vorläusig Eingewiesene zu leisten hat, für die Entgegennahme der Sicherheitsseistung und für die Entgegennahme des von dem Eingewiesenen einzureichenden Inventars wird eine Gebühr nicht erhoben.

3m Juftig-Gesetgebungsausichuffe bemertte der Regierungs-

tommiffar ju Art. 303 folgendes:

Der Art. 274 e¹ (nun 303) hat eine pfälzische Angelegenheit zum Gegenstand. Er gewährt Gebührenfreiheit für die Bestimmung der Art und des Umfangs der Sicherheit, die der vorsäusig in den Besig des Vermögend eines Abwesenden Eingewiesene zu leisten hat, dann für die Entgegennahme der Sicherheitsleistung und die Entgegennahme des von dem Eingewiesenen einzureichenden Inventars seitens des Gerichts. Für dies Verrichtungen sollen Gedühren nicht erhoden werden, weil es sich um anhängige Versahren handelt, die schon nach Maßgade der bisherigen Vorschriften gebührenpssichtig sind. (46. Protokoll v. 17. Mai 1899, Beil. Wd. XX S. 804.)

Mrt. 304.

Auf das nach Art. 67 des Gesetzes, Uebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesetzbuche betressend, zu erteilende Zeugnis über den Uebergang des Gesamtguts auf den überlebenden Ehegatten sinden die Art. 96, 97 Anwendung.

Besteht nach den im Art. 67 des Gesets, Uebergangsborschriften 3. B.G. B. betresend, ausgesitäten ehemaligen Güterrechten allgemeine Gütergemeinischaft, so hat das Nachlaßgericht dem übersebenden Eßegatten auf Antrag ein Zeugnis über die Fortiegung der Gütergemeinischaft zu erteilen. Die Vorschriften über den Erbschein sinden entsprechende Anwendung. (§ 1507 des B.G.B.). Siehe auch Neitel, 2. Auss. S. 70 ff. Vergleiche Art. 98, S. 103.

Art. 305.

Auf die im Art. 24 Abs. 2 des Gesetzs, llebersgangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesethuche betreffend, bezeichnete Vermittelung der Ausgleichung des Shesgewinns sindet der Art. 95 Anwendung.

Auf die im Art. 83 Abj. 2 (Errungenschaftsgemeinschaft) bezeichnete Ausgleichung des Schegewinns finden die Vorschriften des Art. 36 (Auseinandersehung in Ansehung eines Nachlasses oder eines Gesellschaftsvernögens) entsprechende Anwendung (Art. 24 Abj. 2 des Geses, Nebergangsvorschriften z. B.G.B. betr., Weitel, 2. Auss. E. 27).

Mrt. 306.

Für die Genehmigung des Nachlaßgerichts zur Veräußerung von Nachlaßgegenständen durch den Erben nach Art. 145 Abs. 3, 4 des Gesebes, llebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesehduche betreffend, wird eine Gedühr nicht erhoben, wenn die Gedühr für die Ermächtigung zur Veräußerung erhoben worden ist 1). Das Gleiche gilt im Falle des Art. 133 Abs. 2 des Gesebes, llebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesehduche betreffend 2).

1. Im Juftigefetgebungs-Ausschuffe erklarte ber Regierungs-

vertreter zu Art. 306:

Auch dieser Artikel bezieht sich auf eine pfälzische Angelegenheit. Er hat die Beräußerung von Nachlaßgegenständen durch den Benesiziarerben zum Gegenstand und setzt eine doppelte Thätigkeit des Gerichts vorauß; das Gericht hat die Ermächtigung zur Beräußerung zu erteilen und später die ersolgte Beräußerung zu genehmigen. Für die Genehmigung der Beräußerung joll eine Gebühr nicht erhoben werden, weil das ganze Bersahren schon der Gebühr des Art. 101 des disherigen Gebührengesesse unterliegt. (46. Arotokoll v. 17. Mai 1899 Beil. Bd. XX S. 804.)

2. Art. 133 Abi. 2 lautet:

Sollen von der Frau Gegenstände, die zum Gemeingute gehören, veräußert werden, bevor die Frau sich über die Annahme oder Ausschlagung der Gütergemeinschaft erklärt hat, so sinden die Vorschriften des Art. 145 Abs. 3 entsprechende Anwendung. Siehe auch Meikel, 2. Auss. S. 140 u. 141.

Art. 307.

Wird in den Landesteilen rechts des Rheins nach Art. 36 des Gesetes, Uebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesetbuche betreffend, die Vermittelung der Auseinandersetung in Ansehung eines Nachlasses beantragt, so werden für die Vermittelung besondere Gebühren nicht

erhoben 1).

Für ein bei dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs bei einem Notar in der Pfalz anhängiges Teilungsversahren wird nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs die Gebühr des Art. 165 ershoben, es sei denn, daß die Beteiligten von der Durchsführung des Versahrens abstehen, devor eine Verhandslung vor dem Notar stattsindet. Auf die Gebühr des Art. 165 kommen die nach den disherigen Vorschriften entrichteten Gebühren in Anrechnung²).

1. In den Landesteilen rechts des Rheins ist für die Auseinandersetzung eines Nachlasses, der vor dem Ankrasttreten des B.G.B. angesallen ist, die Gebühr des Art. 94 selbst dann nicht zu erheben, wenn die Auseinandersetzung auf grund des Art. 36 des Gesets, lebergangsvorschristen z. B.G.B. detr., ersolgt. Da für einen Nachlaß dieser Art im allgemeinen die bisherigen Vorschriften maßgebend sind, so wird in diesen Fällen die Gebühr des Art. 83 des früheren Gebührengeietze erhoben.

2. Unders liegt die Sache in der Pfalz. Sier murben bisher besondere Gebühren für die Rachlagbehandlung nicht erhoben. Die Teilungen, die bei bem Intrafttreten bes B.G.B. bei einem Notare anhangig find, haben nach Art. 115 Abj. 2 bes Gejeges, Uebergangsvorschriften g. B.G.B. betr., bon bem Intrafttreten bes B.G.B. an als Berfahren nach Urt. 36 bes erftermahnten Gefetes zu gelten. Berben bie Teilungen im Berfahren nach Urt. 36 weitergeführt. jo ift hiefur die Gebuhr des Art. 165 zu entrichten. Auf diefe Bebuhr tommt in Anjag, mas die Beteiligten nach ben bisherigen Borichriften an Gebühren schon entrichten mußten, fo g. B. bie Bebuhr für die Enticheidung über das Teilungsgefuch. Wollen die Beteiligten bas Berfahren nach Art. 36 nicht durchführen, fo find fie bon jeder Gebühr frei, wenn fie abstehen, ehe eine Berhandlung bor bem Notar ftattfindet. (Bergleiche Ertlarung des Regierungsvertreters jum 46. Prototoll bes Juft. Gefengeb. Musich. v. 17. Diai 1899, Beil. Bb. XX G. 804.) Siehe auch Meitel, 2. Aufl. G. 37 u. 131.

Art. 308.

Für den Beschluß, durch welchen nach Art. 6 des Gesetzes über das Liegenschaftsrecht in der Pfalz vom 1. Juli 1898 das Vormundschaftsgericht, nach Art. 120 des Gesetzes, llebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesetzbuche betreffend, die zuständige Behörde eine Hyposthek bestellt, für das Ersuchen um Einschreibung und für die Einschreibung der Hypothek in das Hypothekenbuch werden Gebühren für den Staat nicht erhoben.

Der Art. 308 hat nur pfälzische Angelegenheiten im Auge und schließt sich an die Vorschrift des diskprigen Rechtes an, wonach für das Versahren in dypotheteniachen Staatsgebühren nicht erhoben wurden. Jeboch werden durch die Vorschrift des Art. 308 die Vestimmungen über die Gebühren der Hypothetendewahrer nicht berührt. (Erklärung des Regierungsvertreters im Just. Gefeggeb. Ausschüpf, 46. Prototoll v. 17. Mai 1899, Veil. Vd. 38d. XX S. 805.)

Die Motive bejagen ferner:

Die Vorschrift bes Art. 308 beruht auf Art. 6 bes Gesetses über das Licgenichaftsrecht in der Pfalz vom 1. Juli 1898 und auf Art. 120 des Gesetzes, llebergangsvorschriften z. B.G.B. betr., roonach zur Sicherung des Mündelvermögens oder zur Sicherung gewisser Forberungen des Staates, der Brandversicherungsanstalt, der Gemeinden und anderer Kommunasverbände, der Stiftungen des öffentlichen Rechts und der unter der Berwaltung einer öffentlichen Vehörde stehenden Stiftungen von dem Antrasttreten des B.G.B. an dis zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzuschen ist, Hypotheten des disherigen Rechts durch Beschluß des Bormundschaftsgerichts oder durch Beschluß der zuständigen Behörde bestellt werden können, und statuiert hiesür die gleiche Gebührenvorschrift, wie sie im Art. 119 Abs. 2 für die auf Erwichen der Behörden erfolgte Eintragung von Sicherungshypotheten getrossen worden ist.

Bergleiche auch Meitel, 2. Aufl. G. 133.

Art. 309.

Die Bestimmungen über die Gebühren in Grundsbuchsachen treten hinsichtlich der Gebührensäße, soweit dieselben dem Gebührenpslichtigen günstiger sind, an dem im Art. 296 bezeichneten Termin, im übrigen für jeden Grundbuchbezirk mit dem Zeitpunkt in Krast, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist.

Bis zu biesem Zeitpunkte haben für die Gebühren in Sppotheken- und Grundbuchsachen noch die seitherigen

Bestimmungen Anwendung zu finden.

Ebenso verbleibt es in Ansehung der Gebühren für das Hypothekenreinigungsversahren bei den bisherigen Bestimmungen, soweit nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetbuchs ein Hypothekenreinigungsversfahren in der Pfalz stattfindet.

Nach § 82 ber G.B.D. treten mit Ginführung bes Burgerlichen Gefegbuche nur biejenigen Borichriften ber Grundbuchordnung in Kraft, welche bie Unlegung bes Grundbuchs betreffen. übrigen Borichriften tonnen bagegen erft mit bem Beitpuntte wirtfam werben, in welchem bas Grundbuch für einen Begirt als angelegt anzuschen ift. Da die neuen Bestimmungen des Gebührengesetes über die Gebühren in Grundbuchsachen auf den Borichriften bes Liegenschafterechtes bes Bürgerlichen Gesethuche jowie ber Grundbuchordnung beruhen, fo haben dieselben erft bann in Kraft zu treten, wenn bas Grundbuch als angelegt anzusehen ift. Der Art. 309 fieht indes zugleich bor, bag, soweit gegenüber ben bisherigen Gebührenfagen, Gebührenermäßigungen eingetreten find, lettere schon vom 1. Januar 1900 an in Birtjamteit treten follen. Demnach hat bon diesem Zeitpunkte an im Falle der Gintragung von Sypotheten auf grund lettwilliger Verfügung ober gesetlichen Titels (Art. 91 Abs. 1 des bisherigen Gesethes) jeht schon nunmehr eine Gebühr bon fünf bom Taufend ber Gegenstandejumme, foferne jedoch ber Bertsgegenstand ben Betrag bon 2000 M nicht übersteigt, von zwei und einhalb bom Taufend der Gegenstandsjumme zur Erhebung zu gelangen.

(Siehe hieher auch § 1 3. 6 ber Bolly. Inftr. v. 25. Dezbr.

1899, Just.M.Bl. 1900 S. 346.) Begen bes Abs. 3 bes Art. 309 vergleiche ben Art. 166 Biffer XVI Abs. 7 bes Auss. Ges. & B.G.B. und Begründung hiezu Biffer 11 Abs. 16 Beil. B. S. 117 (Motive 1899), dann Meitel, 2. Aust. S. 374; ferner siehe auch noch § 1 Z. 4 Sab 3 der vorerwähnten Bollg.Inftr. v. 25. Dezbr. 1899.

Mrt. 310.

Kür die innerhalb der ersten zehn Jahre nach Anlegung des Grundbuchs beantragte Eintragung bon Grunddienstbarkeiten, die zu der Zeit bestehen, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, in das Grund= buch sowie für die Eintragung solcher Grunddienstbarfeiten in das Sypothetenbuch gemäß Art. 44 des Gefetes, Uebergangsvorschriften jum Burgerlichen Gefetbuche betreffend, tommen Gebühren nicht zur Erhebung.

Ist auf Grund des Art. 10 des Gesetzes, Uebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesethuche betreffend, die Eintragung von Grunddienstbarkeiten angeordnet worden, so findet die Vorschrift des Abs. 1 von dem Ablaufe der Frist zur Anmeldung der Grunddienstbar= feiten an feine Anwendung auf die Grunddienstbarkeiten,

deren Eintragung angeordnet worden ift.

Die Motive (1899) erläutern hiezu: Gemäß Art. 187 Abf. 1 Sat 1 bes Ginf. Gej. 3. B.G.B. bedürfen Grunddienstbarkeiten, die zu der Zeit bestehen, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, zur Erhaltung der Wirksamteit gegenüber bem öffentlichen Glauben bes Grundbuchs nicht ber Eintragung. Nach Abf. 2 biefes Artitels tann jedoch burch Landes-gefet bestimmt werden, bag bie bestehenden Grundbienstbarteiten ober einzelne Arten zur Erhaltung ihrer Birtfamteit gegenüber bem öffentlichen Glauben bes Grundbuchs bei ber Unlegung bes Grundbuche ober fpater in bas Grundbuch eingetragen werben muffen. Die Beftimmung tann auf einzelne Grundbuchbegirte beschränkt werben. Bon bieser Ermächtigung hat bas Geset, Uebergangsvorschriften 3. B. G.B. betr., Gebrauch gemacht, indem es im Art. 10 vorschreibt, daß Grundbienstbarkeiten, die zu der Zeit bestehen, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, eingetragen werben muffen und daß ber Beginn und die Dauer der Brift für die Unmelbung durch Königliche Verordnung bestimmt werben sowie endlich daß die Eintragung und die Entgegennahme ber Erflärungen, die jum 3mede ber Gintragung vor bem Grundbuchamt abgegeben werben, gebührenfrei find.

Die Gebührenfreiheit ift aber auch nach Art. 310 für die innerhalb der ersten zehn Jahre nach Anlegung des Grundbuchs beantragte Eintragung von Grundbienstbarteiten, welche nach Art. 187 Abs. 1 Sab 2 des Einsche z. B.G.B. von den Be-

teiligten beantragt werben, gewährt.

Dies entspricht auch der Borichrift, daß in der Pjalz auch die Grunddienftbarteiten, sosenne sie angemeldet werden, im Anlegungsversahren und daher gedührenfrei einzutragen sind (§ 10 der K.D. d. 28. Aug. 1898, G.B.A. S. 561, und Jiff. 264 der Grundduchanlegungsordnung in der Pjalz d. 14. Septbr. 1898, Juft. M.Bl. S. 396). Den Eintragungen in das Grundduch nach Art. 187 Abs. 1 Sap 2 des Einf.Gej. z. B.G.A. sind die Eintragungen in das Hypothefenduch nach Art. 44 des Gesehes, lebergangsvorschriften z. B.G.B. gleichgestellt.

Nach Art. 44 kann die Eintragung von Grunddienstbarkeiten in das hypothekenbuch von dem Brecchiigten und von dem Eigentümer des belasteten Grundstäds verlangt werden. Siehe Meitel,

2. Aufl. S. 49.

Gebührenfreiheit auch dann eintreten zu lassen, wenn im Falle des Art. 10 des Gejetes, lebergangsvorichriften z. V.B. B. betr. (Meikel, 2. Aust. S. 16), der Berechtigte die Anmeldungsfrist versäumt hat, erichien nicht veranlaßt und auch nicht gerechtjertigt, weshalb im Abs. 2 entsprechende Bestimmung getroffen wurde.

Urt. 311.

Auf notarielle Urkunden über den Erwerb und Berlust des Eigentums an einem Grundstück oder diesem gleichstehenden Rechte sowie über die Begründung, Uebertragung, Belastung und Aussehung eines anderen Rechts an einem Grundstück oder eines Rechts an einem jolchen Rechte sinden auch nach dem Inkrasttreten des Gesess und dis zu dem Zeitpunkte, zu welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, die seitherigen Bestimmungen Anwendung. Jedoch haben auch in diesem Falle an Stelle der disherigen Gebührensähe die Gebührensähe des gegenwärtigen Gesehes zu treten.

Bergleiche hieher § 1 Biff. 6 ber Bollz. Juftr. v. 25. Dezbr. 1899, Juft. M.Bl. 1900 S. 346.

Art. 312.

Werden durch Beichluß der Mitgliederversammlung eines Vereins, der die Rechtsfähigkeit erlangt hat, Grundftücke und Nechte an Grundstücken, die zu dem bisherigen Vereinsvermögen gehören, vor dem Zeitpunkt, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, auf den rechtsfähig gewordenen Verein übertragen (Art. 2 Mbs. 3 des Gesetzes, llebergangsvorschriften zum Bürgerlichen Gesehuche betreffend), so wird für die llebertragung eine Staatsaebühr nicht erhoben.

Der Artikel bezieht sich nur auf diesenigen Grundstüde und Rechte, welche der Berein in der Zeit erward, in der er die Rechtsfähigkeit noch nicht besaß, und welche Eigentum des Bereins geworden wären, wenn der Berein zur Zeit des Erwerds die Rechtsfähigkeit schon gehabt hätte. Es soll diese llebertragung nicht als eine neue Besivderänderung angesehen werden. (Bergl. 46. Protokoll des Just. Gesehen Musichusses v. 17. Mai 1899, Beil. Bd. XX ©. 805.) Vergleiche ferner Meikel. 2. Nust. ©. 4.

Urt. 313.

Die Vorschriften der Art. 249 bis 252 treten hinssichtlich der Gebührensäße an dem im Art. 296 bezeichsneten Termin, im übrigen für jeden Grundbuchbezirk mit dem Zeitpunkt in Kraft, zu welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist.

Bis zu diesem Zeitpunkte finden die seitherigen Be-

stimmungen Anwendung.

Bergleiche hieher § 1 3iff. 6 ber Bollz.Inftr. v. 25. Dezbr. 1899, Just. M. 1800 S. 346.

Art. 314 (275).

Für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetes anhängigen Erinnerungen und Beschwerden gegen die Entscheidung über die Festsetung des Wertes oder gegen den Ansat und die Nachforderung von Gebühren und Auslagen verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften. Dies gilt insbesondere auch von der Ansechtung der Entscheidung des Beschwerdegerichts durch weitere Beschwerde.

Bei Hinterziehungen kommen hinfichtlich des Verfahrens im Verwaltungswege die Bestimmungen des

gegenwärtigen Gefețes zur Anwendung.

Die im Art. 10 Ziff. 29, 30 des Gesets vom 8. August 1878, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshoses und das Versahren in Verwaltungsrechtssachen betreffend, enthaltenen Vorschriften über die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshoses zur Vescheidung

THE PERSON NAMED IN

von Beschwerden in Gegenständen der Taxpslicht auf Grund des Taxgesets vom 28. Mai 1852 und der hier einschlagenden Bestimmungen des Gesets vom 8. Now vember 1875, Abänderungen der Taxs und Stempelgesets detressen, dann der Stempelpflicht auf dem Gebiete der nichtstreitigen Rechtspssege sowie der inneren, dann der Polizeis und Finanzverwaltung treten nicht in Wirkssamkeit.).

1. Unter hinterziehung ist jebe llebertretung ber Vorschriften über bas Gebührenwesen zu verstehen, welche mit Gelbstrafe bebrobt ift.

2. Demgemäß ist in Fällen, in welchen etwa noch die Erhebung einer Tare auf grund des Gesches vom 28. Mai 1852 erfolgen sollte, zur Verbescheidung von Streitsragen in erster Instanz die tressende Regierungsfinanzkammer, in zweiter Instanz das Staatsministerium der Kinanzen zuständig (vergl. Art. 45 des Targesehes v. 28. Mai 1852). (Pfass, 5. Ausl. S. 275.)

Art. 315 (276).

Ist in Spezialgesetzen oder Verordnungen in Bezug auf Taxen und Stempelgebühren auf eines der im Art. 272 des Gesetzes vom 18. August 1879 in der Fassung vom Jahre 1892 aufgehobenen Gesetze oder auf eine durch gegenwärtiges Gesetz aufgehobene oder abgesänderte Bestimmung verwiesen, so kommen statt der bisherigen Vorschriften die entsprechenden Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetz und Anwendung.

B. Hinterlegungs-Gebührenordnung

Ronigliche Berordnung vom 25. Dezember 1899.*)

8 1.

Für die Hinterlegung 1)2) von Geld³), Wertpapieren⁴) und Kostbarkeiten⁵) bei den amtsgerichtlichen Hinterslegungsstellen⁶), den Rotaren oder der K. Bank werden Hinterlegungsgebühren nach Maßgabe der solgenden Vorschriften erhoben⁷).

1. Nach Art. 284 bes Geb.G. (j. S. 215) können für bie Ausbewahrung ber bei den vorerwähnten Stellen hinterlegten Gelder und Wertpapiere besondere Gebühren Depositalgebühren) erhoben werden und werben die Gebührensige durch K.B.D. bestimmt.

2. Den in der K.B.D. v. 25. Degbr. 1899 bestimmten hinterlegungsgebühren sind nur Gelber, Werthapiere und Kostbarkeiten unterworfen, welche gemäß der hinterlegungsordnung Gegenstand

ber gerichtlichen Sinterlegung find.

Auf die in amtlicher Verwahrung besindlichen Gebuhren für Beugen und Sachverständige, auf hinterlegte Vorschüsse an Haftelften, auf die bei den Gerichten aufallenden Gebühren und anderen teinen Gegenstand gerichtlicher hinterlegung bildenden autllichen Einnahmen und Ausgaben sindet daher die K.A.D. vom 25. Dezbr. 1899 ebensowenig Anwendung, wie auf die Behörden der innern und der Finanzverwaltung ginterlegten Wertgegenstände.

Hinfichtlich der von Gerichtsvollziehern zur Aufbewahrung übergebenen Geldbeträge, Wertpapiere und Koftbarkeiten siehe An-

merta. 8 zu § 3.

Die in Strassachen zur gerichtlichen Berwahrung tommenden Gelber, Wertpapiere und Kostbarkeiten unterliegen der Sinterlegungsgebühr nur insoweit, als dieselben nach den hierüber bestehenden Borschriften einen Gegenstand der gerichtlichen Sinterlegung bilden und die bezüglichen Kosten nicht der Staatstasse zur Last fallen (Art. 3 Jiffer 2 des Geb.G.). In den Ausgadeweisungen der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts (§ 27 N. 2, § 49 Abs. 1, Abs. 2, N. 2 der Sinterlegungs-Ordnung) ist jedesmal ausdrücklich zu bemerten, obes sich um eine gebührenpslichtige hinterlegung handelt oder nicht.

Demnach unterliegen die Ueberjührungsgegenstände der Sinterlegungsgebühr nicht, wohl aber die Kautionen gegen Haft (§§ 117, 118 der R. Str. P.D.) und in Privatantlagesachen (§ 419 der R. Str. P.D.),

10000

^{*)} G.B.Bl. S. 1235, Juft.M.Bl. E. 1074.

bann ber Erlös aus bem Bertaufe von Kostbarteiten, über welche innerhalb 10 Jahren vom Tage der hinterlegung an eine Berfügung nicht getroffen worden ist (§ 32 der hinterlegungs-Ordnung).

Siehe auch Biffer II ber Bekanntmachg. v. 12. Jan. 1900

(Juft.M.Bl. S. 301).

1000

- 3. Darunter fällt sämtliches als Jahlungsmittel bienenbes in- und ausländisches Bargeld, dann Reichstaffenicheine und Banknoten. Außer Umlauf gesettes Bargeld kann nur als Kostbarkeit in Betracht kommen.
- 4. Wertpapiere sind Urkunden, bei denen das in der Urkunde verbriefte Recht an den Besis der Urkunde gefnüpft ist und mit der Urkunde übertragen wird, Inhaberpapiere Orderpapiere Kettapapiere (Bergleiche Fischer u. Henle, 3. Auflage, Bürgerl. Gesehbuch § 1807 Annwertg. 8). So insbesondere Staats- und Gemeinde-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kommunandbligationen, Vantschiene, Wechsel und Spartasiadiger. Nicht aber jogenannte Handlichuldscheine, Depositenschien, unübertragdare Genossenschiederichen, Verschieder und Kentenversicherungspolizen und Spyothekendriese. (Vergleiche auch Justizministerialentschließung vom 23. April 1900 Kr. 15 782.)
- 5. Ob ein Gegenstand als "Noftbarkeit" zu behandeln ift, enticheibet im Zweifelsfalle der erste hinterlegungsbeaunte. Zunächst gählen hierunter Gold- und Silbersachen, dann andere Ebelmetalle jowie Gelfteine.

6. Ueber die gesetliche Bestimmung der Errichtung von hinterlegungsstellen siehe Art. 76 des Auss. Ges. 3. N.G.B.G. (Weifel, 2. Ausl. S. 380 u. 604).

7. Die Hinterlegungsgebühren sließen in die Staatstasse und finden auf dieselben die allgemeinen Vorichriften über die Exhebung und Berechnung der Staatsgebühren gleichmäßige Anwendung (3. I der voralleg. Befanntmachg. v. 12. Jan. 1900).

I. Sinterlegungen bei ben amtsgerichtlichen Sinterlegungsftellen und ber R. Banf.

§ 2.

Für die Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten, welche von dem Vater oder der Mutter, dem Bormunde, dem Psseger oder dem Beistand auf Grund der §\ 1667, 1814, 1818 des Bürgerlichen Gesetsbuchs bewirft werden\(^1\)), beträgt die Gebühr\(^4/_{10}\) vom Tausend\(^2\)) des hinterlegten Betrag\(^3\)) oder Werte\(^4/_{10}\)

Uebersteigt die Tauer der Berwahrung den Zeitsraum eines Jahres, so wird für jedes weitere ansgefangene Jahr von der ersten Erlage an gerechnet die

Hälfte der im Abs. 1 bestimmten Gebühr unter Zugrundelegung des jeweiligen Gesamtbetrags oder Wertes in An-

fat gebracht 6).

Ersolgt die Hinterlegung durch den Vater oder die Mutter, den Vormund, den Pfleger oder den Beistand für mehrere Kinder oder Mündel, so ist die Gebühr aus dem Vermögen jedes einzelnen Kindes oder Mündels besonders zu berechnen?).

Der Mindestbetrag der hinterlegungsgebühr ift

20 Pfennig8).

Beträgt das Vermögen eines Kindes oder Mündels nicht über 1000 Mark, so kommt eine Hinterlegungs= gebühr nicht zur Erhebung⁹) ¹⁰).

1. a. Voraussetzung zur Berechnung ber Gebühr bes Abs. 1 ist, daß die hinterlegung von den oben aufgesührten Personen ersolgt und daß sie das Vermögen eines Kindes oder Mündels betrifft. Der Hall des Abs. 1 ist aber nicht gegeben, wenn z. B. eine andere Person, sei es auch zu gunsten eines Kindes oder Wündels, zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindsichteit hinterlegt, oder der Kindsvater sur der Erfüllung seiner Unterhaltspflicht durch hinterlegung von Geld, Wertpapieren oder Kostsachen Sicherheit seistet.

b. Geht ber von diesen britten Personen hinterlegte Gegenftand später in das Bernidgen bes Kindes über, so wird eine allenfallsige nach Abs. 2 zu erhebende Gebühr in bem bort bestimmten ermäßigten Betrage berechnet.

- c. Die Gebühr bes § 2 Abs. 1 ist auch dann zum Ansatz zu bringen, wenn ein in einer Berlassenschaft hinterlegter Betrag später als Bormundschaftsbermögen auf ein anderes Hauptbuchblatt transseriert wird, da in diesem Falle eine Neuerlage im Sinne der Gebührenborschristen des Abs. 1 gegeben ist.
- 2. Zu berechnen find demnach 40 Pfennig von je tausend Mart.
- 3. Für die Umrechnung der in anderer als Reichswährung angegebenen Summen (Geld oder Wertpapiere) sind die für die Erzebung des Wechjelstempels vom Bundesrat sestgesetzen Mittelwerte bestimmend und, inspweit solche nicht bestimmt worden sind, der Kurswert.

Rach ber Bekanntmachung v. 23. Marz 1899 (Centralblatt für bas Deutsche Reich S. 104) sind maggebend:

1	österreich.=ungarische Krone	=	0,85 1
1	Gulben hollanbischer Bahrg.	==	1,70 "
1	standinavische Krone	=	1,125 "
1	alter Goldrubel	=	3,20 "
1	Rubel)	_	2,16 "
	alter Kreditrubel	_	2,10 "
	türkischer Biafter	=	0,18 "
1	Bejo (Gold)	=	4,00 "
1	Dollar	=	4,20 "
1	japanischer Pen	=	4,20 "
1	deutsch-oftafritanische ober indische Rupie	=	1,35 "

4. Bei Wertpapieren ist nicht ber Nennwert sondern der wirkliche Wert – Kurswert – maßgebend.

hinsichtlich ber Umrechnung ausländischer Wertpapiere fiebe

Anmerkg. 3 oben.

5. Die Berechnung der hinterlegungsgebühr für Kostbarteiten hat in der Regel aus dem von dem hinterleger angegebenen Berte oder, wenn ein solcher Bert nicht angegeben ist, aus dem von dem ersten hinterlegungsdeannten angenommenen Werte zu ersolgen. Bon der im § 21 der hinterlegungs-Ordnung eingeräumten Besugnis der Whichähung oder Besichtigung durch Sachverständige wird die hinterlegungsstelle daher zum Zweck der Gebührenberechnung nur dann Gebrauch machen, wenn entweder der Gebührenberechnung nur dann Gebrauch machen, wenn entweder der von dem hinterleger angegebene Wert in keinem Verhältnisse zum wirklichen Werte steht, oder wenn es sich um Kostbarkeiten von augenschnlichen Werte handelt. (3. VII der obenallegierten Vefanntunchg. v. 12. Jan. 1900.)

6. a) Dauert die Hinterlegung nach Wegfall des geschlichen Grundes derjelben aus Berschulden des Empfangsberechtigten noch länger an, so kommt gegebenen Halls für diese läugere Zeit die Hinterlegungsgebühr nach Abs. Zur Ersebung. Z. B. der Aufenthalt eines vollsährig gewordenen Mündels ist aus dessen Berschulden nicht zu ermitteln. Kann hingegen nach eingetretener Großiährigkeit der hinterlegte Gegenstand nicht sofort hinausgegeben werden, weil die Vormundschaftsentlassung erst später anderenmt wurde oder der Mündel sich in einem anderen Gerichtsbezirke aushält, so kommt dieser längere Berwahrungszeitraum bei der Berechnung der Gebühr des Abs. 2 nicht in Betracht.

b) Jedes angefangene Jahr wird für voll berechnet.

c) Nicht das Kalenderjahr ist maßgebend, sondern der Tag der ersten Erlage und hat die Zeitberechnung nach dem Tage derselben zu ersolgen. Siehe das Beispiel unter lit. g.

d) Berbleibt eine Masse länger als ein Jahr in Berwahrung, so wird außer der einmaligen Gebühr des § 2 Abs. 1 oder des § 3 Abs. 1 für jedes weitere angesangene Jahr die Hälfte der dort bestimmten Gebühr (sohin im Falle des § 2 mit ²/10, im Falle des § 3 mit ⁸/10 dom Tausend)

- in Anjag, gebracht. Siebei wird ber Bewertung ber Gesamtbetrag ober Bert ber Daffe nach bem Stanbe bei bem Beginne des neuen Bermaltungsjahres zu Grunde gelegt. (Riffer VI Abi. 1 ber poralla. Befanntmcha.)
- e) Berben an Stelle verlofter ober gefündigter Pfandbriefe neue gleichwertige Wertpapiere hinterlegt ober tritt infolge Tausches eine Nenberung in den Wertpapieren ein, fo wird bie Bebuhr bes Abf. 1 nur bann erhoben, wenn fich hiedurch der Wert der hinterlegten Wertpapiere vergrößert hat und zwar nur aus bem erhöhten Betrage. Das Gleiche trifft zu, wenn Sparkaffabucher behufs weiterer Einlage herausgegeben und nach Beischreibung der neuen Einlage wieder vereinnahmt werden.
- f) Bind- und Dividendenscheine, welche selbständig ohne die Mäntel der hiezu gehörigen Wertpapiere hinterlegt werden, find ber Webuhr bes Abf. 1 unterworfen.
- Beifpiel. Bei dem K. Amtsgerichte H., als Vormundschaftsgericht, hinterlegt ber Bormund bes Müllersohnes D. am 1. April 1901 zwei 4% Pfandbriefe ber bayr. Sypotheten- und Bechselbant à 1000 M, einen Brillantring im Werte von 500 M sowie 10 Stück alte Siegesthaler; am 15. Mai 1901 hinterlegt er eine 3% bagr. Staatsanlehensobligation zu 500 M; am 1. Juli 1901 aus der Nachlaßsache ber Großmutter feines Mündels 4 Binsicheine, fällig gewesen am 1. Juni 1901, aus verschiedenen Wertpapieren im Berte von 280 M, ferner ein Sparkaffabuch im Betrage von 1500 M; am 15. Juli 1901 werden bie Zinsicheine zu 280 M und bas Sparkassauch wieber herausgegeben und am gleichen Tage basielbe im Betrage von 1780 & wieder vereinnahmt; am 1. Januar 1902 wird bas Sparkaffabuch wieder verausgabt und am gleichen Tage mit einer Einlage bon 1875 M wieber vereinnahmt; am 1. Februar 1902 wird die 3% bagr. Staatsanlehensobligation zu 500 M berausgabt; am 4. April 1903 werden an dem am 25. Marg 1903 volljährig gewordenen Mündel sämtliche hinterlegte Gegenstände hinausgegeben.

An Gebühren murben zu berechnen fein: am 1. IV. 1901 aus 2100 M (Kurswert der Pfandbriefe) + 500 M (Wert bes Brillantrings) + 17 M (Wert ber alten Thaler) = 2617 M (§ 2 Mbj. 1, § 9) = 1 M 10 d 15. V. 1901 aus 495 M Rurswert (§ 2 , 1, § 9) = 20 B (§ 2 , 80 g 1. VII. 1901 aus 1780 M $1, \S 9) =$ 15. VII. 1901 herausgegeben 1780 M, vereinnahmt 1780 M.

I. 1902 herausgegeben 1780 M, vereinnahmt 1875, b. i. mehr 95 M (§ 2 Abj. 4) = 20 ð am 1. IV. 1902 Beginn best II. Berwaltungsjahres aus

4492 M (§ 2 Nbi. 2, § 9) = 90 3 von der Grund zur hinterlegung am 25. März 1903 infolge ber eingetretenen Volljährigkeit des Mündels weggefallen, jedoch an denjelben ohne dessen Berichulden aus dienstlichen Gründen die Hernalgabe seines Vermögens erst am 4. April 1903 ersolgt ist, vo dürste für das am 1. April 1903 begonnene dritte Verwaltungsjahr die Gedühr des § 2 Abi. 2 nicht zu erheben sein.

7. Bird für mehrere Mündel hinterlegt, so ist die Gebühr aus dem Bermogen jedes einzelnen berselben besonders zu berechnen. Dies jest voraus, daß bei der hinterlegung ausbrücklich erklärt wird, dieser Betrag ober jene Bertpapiere gehören bem Mindel A, die anderen dem Mindel B. If biese der Fall, so hat die Gebührenbewertung derart zu erfolgen, als wenn zwei

getrennte Maffen A und B hinterlegt maren.

Wird hingegen aber eine Masse als gemeinschaftlicher Vermögensbestandteil zu Gunsten mehrerer Mundel hinterlegt, ohne daß unterschieden ist, wie hoch sich der Anteil des einen ober anderen der Mündel hieran beläuft, so dürste die hinterlegungsgebühr nur einmal aus dem Werte des hinterlegten Gegenstandes zu Lasten sämtlicher Mündel zu erheben und zu berechnen sein.

8. Der Minbestbetrag ber Hälftegebühr bes Absates 2 berechnet sich im hinblick auf bie Vorschrift bes Art. 2 Abs. 1 bes Geb. Gleichfalls auf 20 Psennig.

9. Nicht das hinterlegte Bermögen des Kindes oder Mündels ist maßgebend, sondern der Betrag des Bermögens überhaupt. Hat 3. B. ein Kind ein Bermögen von 5000 M und ist hiebon der Betrag von nur 500 M hinterlegt, so wird die Gebühr dennoch aus diesem Betrag erhoben und berechnet.

Beträgt das hinterlegte Vermögen weniger als 1000 M, so hat sich in den Fällen, in welchen das Vermögen bei einer amtsgerichtlichen Hinterlegungsstelle hinterlegt ist, der Gerichtsschreiber durch Einsichtnahme der Vormundichaftsatten über die Höhe des

Befamtvermögens zu vergemiffern.

Hindels, Pfleglings oder Kindels bei einer Hindels bei einer Hinterlegungsstelle der K. Bank hinterlegt, jo ift dieser, wenn das hinterlegte Bermögen weniger als 1000 M, das gesamte Vermögen aber über 1000 M beträgt, von dem Vormundichaftsgerichte hievon Mitteilung zu machen; die Mitteilung soll regelmäßig in die Hinterlegungsweisung (§§ 16, 48 der Hinterlegungs-Ordnung) ausgenommen werden. (3. III der vorallegierten Bekanntuchg. d. 12. Jan. 1900.)

10. Ueber Abrundung ber hinterlegungsgebühr, Schuldner und Fälligkeit berselben siehe §§ 9, 10 und 11 Abs. 1.

§ 3

In den übrigen Fällen 1) der Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten 2) beträgt die

Sinterlegungsgebühr eins vom Taufend 3) des hinter=

legten Betrags ober Wertes 4).

Uebersteigt die Dauer der Verwahrung den Zeitzraum eines Jahres, so wird für jedes weitere angefangene Jahr von der ersten Erlage an gerechnet die Hälfte der im Abs. 1 bestimmten Gebühr unter Zugrundelegung des jeweiligen Gesamtbetrags oder Wertes in Ansat gebracht 5)6)7).

Der Mindestbetrag der Hinterlegungsgebühr if

1 Marf 8)9).

- 1. So insbesondere in Nachlaßsachen. Vergleiche hieher auch Unmerkg. 1 a. zu \S 2.
 - 2. Giebe Unmertg. 3 bis 5 gu § 1.
 - 3. Das ift eine Mart von je 1000 Mart.
 - 4. Giehe oben Anmerkg. 3 bis 5 gu § 2.
 - 5. Bergleiche hieher bie Anmerkg. 6 lit. b bis f zu § 2.
 - 6. Bur naheren Erlauterung biene folgenbes

Beifpiel.

Bei der Hinterlegungsstelle A wurde eine Masse, auf welche die Vorschriften des § 3 Anwendung zu sinden haben, vom 1. März 1900 dis 15. August 1901 verwahrt. Um 1. März 1900 wurden 13000 M hinterlegt; hiezu kamen am 3. September 1900 1400 M; am 10. Dezember 1900 418 M; am 2. Februar 1901 482 M. Am 15. Februar vurden 1800 M der Wasse entnommen, am 13. zuni 1901 weitere 1200 M hinterlegt und am 1. Juli 1901 14700 M herausgegeben. In diesem Falle würden solgende Hinterlegungsgebühren in Ansat zu kommen haben:

- am 1. März 1900 aus 13000 N (§ 3 Uh. 1) 13 N 3 ,, 3. Septbr. 1900 ,, 1400 ,, (§ 3 Uh. 1) 1 ,, 40 ,,
- " 10. Dezdr. 1900 " 418 " (§ 3 Mbj. 1, 3) 1 " "
 " 2. Februar 1900 " 482 " (§ 3 Mbj. 1, 3) 1 " "
 " 1. März 1901 " 13500 " (§ 3 Mbj. 2, § 9) 6 " 80 "
- " 1. März 1901 " 13500 " (§ 3 Ubi. 2, § 9) 6 " 80 " 13. Juni 1901 " 1200 " (§ 3 Ubi. 1) 1 " 20 " (Siehe Z. VI Ubi. 2 ber voralleg. Bekanntmaße v. 12. Jan. 1900.)
- (Siehe Z. VI Abs. 2 der voralleg. Bekanntmehg. v. 12. Jan. 1900.)
 7. Der Mindestbetrag der hinterlegungsgebühr des Abs. 2 ist 50 3.
- 8. Die Borschrift bes § 3 greift auch Plat für die Verwahrung von Gelbern, Wertpapieren, dann von Wechseln und Kosstarteiten, die aus Anlaß des Dienstes der Gerichtsvollzieher in Gewahrsam genommen werden. Siehe Minist.Vet. v. 18. Februar 1902 u. Just.M.Vet. vom gleichen Tage, die Dienstworschriften für die Gerichtsvollzieher betressend. (Just.M.V. S. § 384 fi.)
- 9. Ueber Abrundung ber hinterlegungsgebuhr, Schuldner und Fälligkeit berselben fiehe § 9, 10 u. 11 Abs. 2.

8 4.

Macht der Hinterleger für den Fall, daß die K. Bank Hinterlegungsstelle ist, von dem Nechte nach § 53 Abs. 2 der Hinterlegungs-Ordnung Gebrauch, so wird in den Fällen des § 2 außer der an die K. Bank zu entrichtenden tarismäßigen Gebühr für die Verwaltung der offenen Depots 1) eine Hinterlegungsgebühr überhaupt nicht und in den Fällen des § 3 nur sür das erste Verwaltungsjahr erhoben; als Gebühr wird der Unterschied zwischen der im § 3 bestimmten Gebühr und der Versgütung an die K. Bank erhoben.

1. Siehe Bekanntmachung vom 20. Mai 1901 (Juft.M.Bl. S. 407).

§ 5.

Wird von der A. Bank als Hinterlegungsftelle

 die Einziehung der Baluta für ausgelofte oder gefündigte Bertpapiere;

2. der Ankauf und Berkauf von Wertpapieren;

3. die Einziehung neuer Bins und Dividendenscheine;

4. die Erhebung der Baluta für fällige Bins und Dividendenscheine

vermittelt, so kann dieselbe neben der Hinterlegungsgebühr die übliche bankmäßige Provision und Vergütung der Spesen beanspruchen.

\$ 6.

Bei den Amtsgerichten, für welche ein anderes Amtsgericht Hinterlegungsstelle ist, werden für die vorsläufige Verwahrung die gleichen Gebühren erhoben wie für die Hinterlegung. Werden die übernommenen Sachen an die Hinterlegungsstelle abgegeben, so gilt die Zeit der vorläufigen Verwahrung als Hinterlegungszeit im Sinne der §§ 2, 3.

1. Wird in einer Vormunbschaftssache eine bisher hinterlegte Sache an ein anderes Vormundschaftsgericht überjandt, um dortselbst weiterhin verwahrt ober an den Vormund oder den inzwischen vollsährig gewordenen Wändel herausgegeben zu werden, so kommen hiesür bei dem neuen Vormundschaftsgericht oder dem zur Herausgabe requirierten Gerichte Gebühren nach § 2 Mbs. 1 nicht mehr zum Ansabe, da eine Neuerlage im Sinne der hinter

legungs-Gebührenordnung nicht gegeben ist. Vorausgeseth wird natürlich, daß das absendende Gericht die fälligen Gebühren nach § 2 Abs. 1 u. 2 bereits zu Soll gestellt hat. Siehe auch Anmertg. 1 zu § 11 Abs. 1.

\$ 7.

Für die Aufnahme von Hinterlegungserklärungen (§§ 17, 18 der Hinterlegungse-Ordnung), von Gesuchen um Annahme zur vorläufigen Verwahrung (§ 41 das.) sowie von Anträgen auf Herausgabe (§§ 23, 42, 51 das.) durch den Gerichtsschreiber, serner für die Beschlüsse des Anntsegerichts, durch welche die Annahme zur vorläufigen Verwahrung, die Herausgabe aus der vorläufigen Verwahrung oder die Hinterlegung angeordnet wird (§§ 42, 44 das.) sowie, wenn der K. Bank die Besorgung des Hinterlegungswesens übertragen ist, für die Herausgabes Weisung des Anttsgerichts (§ 49 das.) werden Gebühren nicht erhoben 1)2).

1. Das Gleiche ift ber Fall für die im Namen des Schulbners nach § 374 Abs. 2 des B.G.B. bewirkte Anzeige an den Gläubiger. (Siehe § 22 der hinterlegungs-Ordnung).

2. Die Erhebung von Schreibgebuhren für Auszüge, Abichriften bann bie Erhebung von Portiauslagen ift nicht ausgeschlossen.

II. Sinterlegung bei ben Rotaren.

§ 8.

Hir die aus Anlaß eines Amtsgeschäfts erfolgens den Hinterlegungen von Geld, Wertpapieren und Kostsbarkeiten (Art. 4 des Notariatsgesehes) beträgt die Ges bühr 2/10 vom Tausend des jeweils hinterlegten Betrags oder Wertes für jedes angefangene Jahr der Hinterslegung, mindestens aber 20 Pfennig.

Für die Hinterlegung von Beträgen ober Werten unter 20 Mark werden Gebühren nicht erhoben.

III. Allgemeine Beftimmungen.

§ 9.

Pfennigbeträge an Sinterlegungsgebühren, welche ohne Reft nicht durch zehn teilbar find, werden auf den

nächst höheren, durch zehn ohne Rest teilbaren Betrag ausgerundet!).

1. Es tritt Aufrundung und nicht Abrundung ein. 3. B. die Gebühr des \S 2 Abj. 1 aus 3317 $\mathscr M$ berechnet sich auf 1 $\mathscr M$ 32 $\mathscr J$ aufgerundet auf 1 $\mathscr M$ 40 $\mathscr J$.

§ 10.

Schuldner der Hinterlegungsgebühr ist der Hinterleger 1). Das Recht des Hinterlegers, von demjenigen, auf dessen Kosten nach dem Gesetze die Hinterlegung erfolgt, Ersat zu sordern, bleibt unberührt 2).

1. In Vormundichaften, Pflegschaften, Beistandschaften, dann in Nachlaßsachen können die hinterlegungsgebühren auch aus der hinterlegten Masse entnommen werden. Wie denn überhaupt in weiter Linie die herausgabe der Masse von der vorherigen Bezahlung der hinterlegungsgebühren abhängig gemacht werden tann. (§ 12 Abs. 1 unten). Vergleiche auch § 11 u. Unmerkungen biezu.

Erfolgt die Hinterlegung auf grund vorgenommener Amtshandlungen wie 3. B. infolge Rücklassaufzeichnung oder Siegelung, dann infolge Zwangsversteigerungen, seitens der zuständigen Beamten, so werden natürlich diese dadurch nicht Schuldner der Hinterlegungsgebühr im Sinne der Borschrift des § 10.

2. Siehe §§ 381, 1667 Abf. 3 bes B.G.B.

§ 11.

Die Hinterlegungsgebührwird in Vormundschafts-und Fideikommißsachen nach Ablauf eines jeden Hinterlegungsjahrs, spätestens aber bei Herausgabe der hinterlegten Gelder, Wertpapiere und Kostbarkeiten erhoben 1)2).

In den Fällen der §§ 3, 4 ift die Gebühr bei der hinterlegung für ein Jahr im voraus zu entrichten3).

1. Im Hinblick auf die Vorschrift des § 11 ist behufs Vermeidung wiederholter Sollstellung der hinterlegungsgebühr bei llebersendung der übernommenen Sachen an die Hinterlegungsftelle in den Fällen der §§ 3, 4 der Verordnung dem Begleitischreiben iedesmal die Aummer des Gehührenregisters oder des Kostenverzeichnisses, unter welcher die Gebühr zu Soll gestellt wurde, und die Zeitdauer, sür welche die Gebühr zu Soll gestellt wurde, und die Zeitdauer, bezüglich der in Vormundschaftssachen an die Hinterlegungsstelle abgegebenen Werte aber im Begleitschreiben jedesmal die Zeitdauer der vorsäusigen Verwahrung anzugeben (3. IV Abs. 2 der obenalleg. Bekanntungg v. 12. Jan. 1900).

2. Bum 3mede entiprechender Kontrolle barüber, bag ber

rechtzeitige Ansat ber in Bormunbschafts- und in Fibeikommissiachen zum Ansal gelangten dinterlegungsgebühren nicht übersehen wurde, sowie zur Fernegaltung etwaiger irrtümlicher Doppelerhebenng von Gebühren ist von dem rechnungsführenden Gerichtsschreiber im Hauptbuche der amtsgerichtlichen hinterlegungskelle bezw. im Berzeichnisse der dieser hinterlegten Kostbarkeiten die Nummer des Gebührenregisters, unter welcher die Golistellung der Hinterlegungsgebühr erfolgt ist, in der sin den Vortrag der Masse eröffneten Rubrit mit roter Tinte zu vermerken (Jisser V Abs. 1 der vorerwähnten Bekanntmachung).

3. Das heißt die Gebühren der §§ 2 u. 3 find mit der Erlage bes hinterlegungsgegenstantes sowie mit dem Beginne jedes weiteren Verwahrungssahres sosort zu entrichten, werden demnach nicht aeftundet.

§ 12.

Die Hinterlegungsstelle sowie der Notar kann die Herausgabe der hinterlegten Sachen von der vorherigen Entrichtung der Hinterlegungsgebühr abhängig machen¹).

Die A. Bank ist berechtigt, vor der Aushändigung von Zins, Renten= oder Gewinn-Anteilsscheinen die Bezahlung der im Zeitpunkte der Aushändigung fälligen hinterlegungsgebühren zu verlangen.).

Das Burückbehaltungsrecht der hinterlegungsstelle

bleibt unberührt2).

1. Dies wird notwendig fein, wenn ein begründeter Zweifel vorliegt, ob der Koftenichuldner feiner Zahlungspflicht nachkommen wird. So 3. B. wenn der Koftenichuldner fich im Auslande befindet.

2. Die Kosten der Abschätung und Besichtigung hat der hinterleger zu tragen. Vor ihrer Erstattung kann die Herausgabe nicht beansprucht werden. (§ 21 Abs. 2 der hinterlegungsorbnung. Siehe hieher §§ 23 u. 24 der hinterlegungsorbnung.

§ 13.

Für die Entscheidung von Streitfragen über die Pflicht zur Entrichtung der Hinterlegungsgebühr oder über deren Größe sinden sür den Fall, daß die Hinterlegungsgebühr dei einem Notare zum Anfalle gelangt ist, die Vorschristen der Art. 47 dis 50, im übrigen die Vorschristen des Art. 234 des Gesets über das Gebührenweien in der Fassung der Vekanntmachung vom 11. November 1899 Anwendung 1).

1. Art. 47 bis 50 fiehe G. 46 ff., Art. 234 fiehe G. 194.

§ 14.

Diese Berordnung tritt gleichzeitig mit der hinter-

legungs-Dronung in Rraft 1).

Mit dem gleichen Zeitpunkte werden die K. Versordnungen vom 17. Dezember 1882, die Erhebung von Depositalgebühren betreffend, und vom 13. Juni 1892, die Erhebung von Depositalgebühren in Vormundschaften betreffend, aufgehoben.

1. Nach § 56 Abs. 1 ber Hinterlegungs-Orbnung ist biese am 1. Januar 1900 in Kraft getreten.

\$ 15.

Die Vorschriften dieser Verordnung finden auch auf diesenigen Massen, welche am 1. Januar 1900 schon hinterlegt sind, Anwendung. Für diese Massen beginnt am 1. Januar 1900 ein neues Verwaltungsjahr im Sinne der §§ 2, 3.

War die Masse im Jahre 1899 weniger als einen Monat hinterlegt, so wird eine Hinterlegungsgebühr nicht erhoben. Andernfalls wird für das Jahr 1899 die Hinterlegungsgebühr nach dem Verhältnisse der Zeitdauer der Hinterlegung erhoben; dabei werden nur volle Mosnate gerechnet.

Die am 1. Januar 1900 bei den Notaren hintersliegenden Gelder, Wertpapiere und Kostbarkeiten, welche unter den Art. 4 des Notariatsgesetes sallen, gelten mit dem 1. Januar 1900 als im Sinne dieser Verordnung

hinterlegt 1).

1. Der § 15 enthält lleberleitungsvorichriften für biejenigen Massen, welche am 1. Januar 1900 schon bei einer hinterlegungsstelle oder bei einem Notare hinterlegt waren. Es wird für dieselben im Jahre 1900 nicht mehr die volle Gebühr des § 2 Nb. 1 oder des § 3 Nb. 1, sondern nur die ermäßigte Gebühr des § 2

Abi. 2 ober bes § 3 Abi. 2 erhoben.

War bennach eine Masse von 12000 M am 10. Septbr. 1899 hinterlegt worden, so beträgt die Hinterlegungsgebühr für das Jahr 1899 nicht 4 M 80 d, sondern nur "ha von Tausend, sohin nur 1 M 20 d und die Hinterlegungsgebühr für das Jahr 1900 im Falle des § 2 nicht "ho sondern nur "ho vom Tausend, sohin 2 M 40 d, im Falle des § 3 nicht 1 vom Tausend, sohin 2 M 40 d, im Falle des § 3 nicht 1 vom Tausend, sohen nur "ho vom Tausend, sohen Tausend, sohen (3. VIII der mehralleg. Bekanntmachung.)

§ 16.

Die auf grund des § 4 der K. Verordnung vom 17. Dezember 1882 am 31. Dezember 1899 gestundeten Gebühren bleiben bis zur Rückgabe der hinterlegten

Gelder und Wertpapiere gestundet 1)2).

Werden auf grund der Art. 203, 210 des Einsführungsgesetzs zum Bürgerlichen Gesetzbuche hinterlegte Gelder, Wertpapiere und Kostbarkeiten herausgegeben, so wird für die vom 1. Januar 1900 an dauernde hinterlegung eine hinterlegungsgebühr nicht erhoben 3) 4).

1. Die bis zum 31. Dezember 1899 zum Anfalle gelangten Hinterlegungsgebühren für jene Massen, welche am 1. Januar 1900 bei ber K. Bant schon hinterlegt waren, sind noch von dem Gerichtsschreiber zu Soll zu stellen und einzuheben (Z. IX ber oben-

alleg. Bekanntmchg.).

2. Bei Berechnung der Bormundichaftsgebühren ift barauf Rücklicht zu nehmen, daß diese hinterlegungsgebühren gleichzeitig mit ben Bormundichaftsgebühren zur Erhebung gelangen. (3. X

Abi. 2 ber voralleg. Befanntmehg.).

3. Die Bestimmung bes Absabes 2 burfte nunmehr gegen-

ftanbelos geworben fein.

Burben nämlich auf grund des Art. 203, 210 des Einsches, zum B.G.B. — wonach sich das Rechtsversättnis zwischen den Estern und einem vor dem Intrastreten des B.G.B. geborenen ehelichen Kinde von dem Intrastreten des B.G.B. nur nach dessen Borschriften bestimmt und dies insbesondere auch in Ansehn des vorher vom Kinde erwordenen Bernsgens gilt, serner auf eine zur Zeit des Intrastretens des B.G.B. bestehende Bornundschaft oder Pstegschaft von dieser Zeit an die Vorschieften des B.G.B. Unwendung sinden — hinterlegte Gelder, Wertpapiere und Kostarteiten herausgegeben, so war im hindlick auf Abs. 2 für die vom 1. Januar 1900 an dauernde hinterlegung eine hinterlegungsgebühr nicht zu erheben.

In solchen Fällen war in der Herausgabeweisung des Bormundschaftsgerichts an die hinterlegungsstelle der K. Bant jedesmal ausdrücklich beizusehen, daß die herausgabe auf grund der Art. 203, 210 des Einswes, zum B.G.B. zu erfolgen hat. Der Bermert konnte auch die Worte "Herausgegeben auf grund des Art. 203 E. G." geschehen (Z. XI der Bekanntmage, v. 12. Jan.

1900).

4. Ergeben sich bei der Abwickelung der Geschäfte der Hinterlegungöstellen der K. Bant Zweisel und Anstände, welche von diesen nicht selbst gelöst zu werden vermögen, so ist die Entschiedung der K. Bantdirektion berichtlich in Antrag zu bringen.

In bringenden fällen aber hat die hinterlegungsftelle ber R. Bant auf turzestem Bege sich mit bem Amtsgerichte, für beffen

Begirt fie bestellt ist, ober, sofern sich die hinterlegungsstelle am Sige einer Regierung befindet, mit dem Regierungsfiskalat in geeignetes Benehmen zu seben und dasselbe um sachgemäßen Aufichliß anzugeben (3. XII der oben alleg. Bekanntmetg.).

\$ 17.

Die ersorderlichen Ausführungsbestimmungen wers den von den Staatsministerien der Justiz und der Finanzen erlassen 1).

1. Dies ift in ber oben erwähnten Bekanntmachung vom 12. Jan. 1900 geschehen.

C. Gebührenvorschriften der Gerichtsvollzieher

Ronigliche Berordnung vom 16. Dezember 1899.*)

§ 1.

Die Vergütung für die Verrichtungen der Gerichtsvollzieher bestimmt sich, soweit sie nicht durch die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (N.G.V.). S. 683) geregelt ist, ausschließlich nach den nachstehenden Vorschriften 1)2).

1. Die Reichs-Vebührenordnung für Gerichtsvollzieher (siehe Wochinger, Prozeggeb. Gei. S. 175) regelt die Gebühren der Gerichtsvollzieher in den vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Rechtsjachen, auf welche die Ewilprozehordnung, die Strafprozehordnung oder die Kontursordnung Unwendung sindet. Der Landesgeietzebung ist dennach insbesondere die Regelung der Gebührensähe in der gesanten nichtstreitigen Rechtspsiege überlassen, dann aber auch in den streitigen Angelegenheiten, welche durch die ReichsProzesprodunungen nicht betrossen werden.

2. Nach § 20 ber G.B.D. v. 16. Dezbr. 1899, Juft.M.Bl. S. 517, G.B.Bl. S. 1015, werden die Gebühren und Austagen, die der Gerichtsvollzieher auf grund der Geseh und Berordnungen zu beanspruchen hat, für die Staatskasse erhoben.

§ 2.

Die Bestimmungen der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher sinden auch auf die nach den Vorschriften der Prozesordnungen auszusührenden Zwangsvollstreckungen und Zustellungen in denjenigen Angelegenheiten Anwendung, die vor besondere Gerichte 1) gehören oder durch die Prozesordnungen 2) nicht betrossen werden.

^{*)} K. Berordnung vom 16. Dezember 1899 (Juft.M.Bl. S. 533, G.B.Bl. S. 1028). hinfichtlich der im Cubhafkationsverfahren noch giltigen älteren Bor-fchriften fiehe Ummertg. zu § 16 unten auf S. 255.

1. Als folche Gerichte find hier zu erwähnen Konfular- und Schiebsgerichte, bann Rheinichiffahrts- und Gewerbegerichte.

2. hieher gehören die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Zwangsvollstreckung in Verwaltungssachen und Berwaltungsrechtssachen, dann das Zwangsverseigerungs und Iwangsverwaltungsversahren von Grundstäden u. a.

§ 3.

Für die Verrichtungen einer Urfundsperson bei der Aufzeichnung der zur Konkursmasse gehörigen Gegenstände (§ 123 der Konkursordnung) erhält der Gerichtsvollzieher die im § 4 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmte Gebühr 1). Die Gebühr wird nach dem Werte der ausgezeichneten Gegenstände berechnet.

Für die Vornahme einer Siegelung oder Entsiegelung nach dem § 122 der Konkursordnung erhält der Gerichtsvollzieher die Hälfte dieser Gebühr?) 3). Eine besondere Gebühr für die Siegelung oder Entsiegelung sindet nicht statt, wenn das Geschäft mit der Aufzeichnung der zur Konkursmasse gehörigen Gegenstände verbunden wird, bei welcher der Gerichtsvollzieher als Urkundsverson beigezogen ist.

1. Dieje Webühren betragen benmach :

bei	einem	Berte	bis	50	M	einschließlich	1	M
"	"	,,	"	100	**	"	2	"
**	**	"	**	300	"	"	3	"
**	"	"	**	1000	"	"	4	**
"	"	"	!!	5000	11	"	5	**
			uner	5000			*	

und erhöhen sich, wenn bas Geschäft einen Zeitauswand von mehr als zwei Stunden in Anspruch nimmt, für jede angesangene weitere Stunde um ein Vierteil. Vergleiche hieher § 4 der N.G.D. f. G.V. (Wochinger, Prozesigeb.Ges. S. 176.)

2. Rimmt ber Gerichtsvollzieher lediglich eine Siegelung ober eine Entfiegelung vor, so tritt eine Gebührenermäßigung der Sabe des § 4 ber R.G.D. f. G.B. auf den hälftebetrag berselben ein. Wertsgegenstandsjumme ist in biesem Falle der Wert der durch die Siegelung sicher gestellten beweglichen Sachen.

3. Bergleiche hieher auch bie Bestimmung bes Urt. 196 bes Geb.G., wonach für bie vorerwähnten Berrichtungen bes Gerichtsvollziehers eine Staatsgebühr nicht zur Erhebung gelangt.

Ueber das Berjahren bei Siegelungen, Entsiegelungen, und Auszeichnung der zur Konkursmasse gehörenden Gegenstände siehe §§ 247s. der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher (Just. M.Bl. 1900 S. 760).

\$ 4

Für die Vornahme einer öffentlichen Versteigerung oder die Bewirkung eines Verkaufs aus freier Hand) sowie für die Versteigerung beweglicher Sachen auf Ansordnung des Vollztreckungsgerichts? erhält der Gerichtssvollzieher die im § 7 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmte Gebühr⁸).

Die nämliche Gebühr erhalt er für Die Bornahme einer Berfteigerung in Berlaffenschaftsfachen) sowie für

die Vornahme einer freiwilligen Versteigerung 5) 6).

1. Der Gerichtsvollzieher ift nach § 383 Abi. 3 bes B.G.B. befugt, in benjenigen Fällen, in welchen nach ben Borschriften

a. bes Burgerlichen Gejegbuches, betreffenb:

§ 383 Abf. 1, die Berfteigerung ber jur hinterlegung nicht geeigneten beweglichen Sache im Falle bes Berjugs bes Glaubigers,

§ 489, die Bersteigerung des Tieres, wenn über den Anpruch auf Bandelung ein Rechtsstreit anhängig ist, § 966 die Bersteigerung einer gefunderen Soche wenn

§ 966, die Versteigerung einer gesundenen Sache, wenn der Verberb derselben zu beiorgen oder deren Aufbewahrung mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist,

§ 979, die Berfteigerung von Sachen, welche in ben Raumen einer öffentlichen Behörde ober Bertehrsanftalt gefunden worben find,

§ 1003, ben Bertauf einer beweglichen Sache, welchen ber Besiger berfelben veranlagt, um fich wegen feiner

Bermendung zu befriedigen,

8§ 1219, 1235, die Berfteigerung von verpfandeten Sachen jowie anderer Sachen, welche bem Berderben ausgesett find;

b. bes Sandelsgesethuches, betreffend:

§ 368, ben Bertauf von verpfandeten Cachen,

§ 371 Abi. 2, ben Bertauf eines gurudbehaltenen Gegenftanbes behufs Befriedigung bes Gläubigers,

§ 373, ben Gelbsthilfeverkauf im Falle bes Unnahmeverzuges bes Räufers.

§ 376, ben Selbsthilfevertauf im Falle bes Erfüllungsverzuges beim Firgeschäfte,

ss 379, 388, 391, 437, die Versteigerung von Sachen, welche bem Berberben ausgesett find;

c. anderer Bejete, betreffend:

§ 127 Abj. 1 ber R.K.D., ben Bertauf eines zur Kontursmaffe gehörigen Gegenftanbes;

§ 820 ber R.C.B.D., ben Bertauf von Golb und Gilberfachen;

§ 821 ber R.C.B.D., ben Bertauf von Bertpapieren,

§§ 4, 5. 249

jemand berechtigt ift, einen Gegenstand öffentlich versteigern zu lassen, die Bersteigerung vorzunehmen oder den freihändigen Berstauf zu bewirken.

Siehe auch §§ 214 ff. ber Beschäftsanweisung für Berichts-

vollzieher.

2. Hierunter fällt ber freihandige Bertauf von Gegenständen, behufs deren Berwertung in anderer Beije oder an einem anderen Orte auf Anordnung des Bollftredungsgerichts (§ 825 der R.C.P.D.).

3. Es tommen gur Erhebung:

aus bem Erlofe bis zu 100 M 5 bom hundert,

"	**	"	bon	100	M				3	"	"
"	"	"	**		"			**	2	"	- "
**	**	**	"	1000	"		5000	"	1	"	"
		**	**	über	ંગ	JUU -	16.		2	**	

jeboch nicht unter 2 Mart.

Hat sich der Gerichtsvollzieher zur Vornahme des Geschäftes bereits an Ort und Stelle begeben und sindet die Versteigerung oder der Versteige der Jurüdnahme des Auftrags nicht statt, so ist eine Gebühr von 2 M zu erheben. Vergleiche §§ 7, 10 Abs. der R.C. f. G.V. (Volliger, Prozespeb.Se.) S. 177, 179).

4. Jeber Miterbe kann jederzeit die Auseinandersezung verlangen, soweit sich nicht aus den §§ 2043 die 2045 des B.G.B. ein anderes ergibt. Ist eine Teilung in Natur ausgeschlossen, so erfolgt die Austhebung der Gemeinschaft durch Verkauf des gemeinschaftlichen Gegenstands nach den Vorschriften über den Psandwerkauf. (§§ 2042, 753 des B.G.B.)
Nuch kann der Erhschaftsbesiehen Verkauf einer zur Erb-

Auch kann ber Erbichaftsbesitzer ben Berkauf einer zur Erbichaft gehörigen Sache veranlassen, um sich wegen seiner Berwenbungen aus ber Sache zu befriedigen. (§§ 2022 bes B.G.B.)

5. Bergleiche hieher §§ 241 ff. ber Geschäftsanweisung für

Gerichtsvollzieher (Auft.M.Bl. 1900 G. 758).

6. Begen ber allenfallfigen Erhebung von Staatsgebühren neben ben Gerichtsvollziehergebühren siehe de Bestimmungen in ben Art. 257 u. 258 bes Gebührengeletes (S. 202 ff.).

\$ 5.

Für die Übergabe eines oder mehrerer Grundstücke an den Verwalter nach dem § 150 des Gesehes über die Zwangsvervaltung 1) ers hält der Gerichtsvollzieher nach der Zeitdauer, die das Geschäft ersordert, für jede angesangene Stunde eine Gesbühr von 0,50 Mark, jedoch nicht unter 2 Mark²).

1. Bei der Zwangsverwaltung können dem Verwalter die Grundfüde durch einen Gerichtsvollzieger übergeben werden (§ 150 des Zw. Gef.). Dasselbe ift der Fall im Zwangsversteigerungsversahren von Grundstüden nach § 25 des Zw. Gef.

2. Eine etwaige Reifezeit wird für alle nach der Zeitdauer bestimmten Gebühren des Gerichtsvollziesers nicht eingerechnet. Siehe Anmertung 2 zu § 4 der R.G.D. f. G.B. (Wochinger, Brozesaed-Ges. S. 177.)

§ 6.

Die Gebühr für die Ausführung von Zwangsmaßzregeln in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf grund des Artikel 130 des Ausführungsgeiches zum Bürgerlichen Gejehbuch, insbesondere für die Vorführung oder Inhaftnahme einer Person beträgt 3 Mark 1)2).

- 1. In den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit ist, soweit nicht ein anderes vorgeschrieben ist, die Anwendung unmittelbaren Jwanges dum Boldung einer Berfügung zulässig, durch welche die Herausgade einer Sache oder der Person eines Kindes, Mündels oder Pstegebesohlenen oder eine Maßregel angeordnet wird, deren Aussährung die Anwendung unmittelbaren Iwanges ersordert. (Art. 130 Abs. 1 des Aussches. 3. B.G.B., Meitel, 2. Auss. S. 3. G.B.
- 2. Für ben Fall, bagbas unternommene Gejchäft nicht ausgeführt werben tonnte, erhalt ber Gerichtsvollzieher teine Gebuhr.

: 7.

Die Gebühr für ein durch den Gerichtsvollzieher zu bewerkstelligendes Angebot nach den §§ 293, 294 des Bürgerlichen Gesetbuchs 1) beträgt 2,50 Wark.

Ift der Gegenstand eines thatsächlichen Angebots

Geld2), jo erhalt der Gerichtsvollzieher,

von dem Betrage bis zu 1000 Mark 1 vom Hundert, von dem Betrage über 1000 Mark bis zu 2000 Mark 1/2 vom Hundert,

von dem Betrage über 2000 Mark 1/8 vom Hundert,

jedoch nicht unter 2,50 Mark.

In dem Falle des § 756 der Civilprozehordnung 8) findet eine besondere Gebühr für das Angebot nur statt, wenn der Gerichtsvollzicher Zwangsvollstreckungshandslungen nicht vorzunehmen hat.

Die bei einem Angebote zu machenden Zustellungen gelten bezüglich der Gebühren und Auslagen als Bestands

teile des Angebots 4).

1. Der Schulbner tann im Zweifel bie geschulbete Leiftung fofort und auch bann, wenn eine Zeit fur bie Leiftung beftimmt

ist, vor dem Herankommen dieser Zeit bewirken, indem er dieselbe dem Gläubiger thatsächlich anbieten läßt. Die Witwirkung des Gerichtsvollziehers zum thatsächlichen Angedote der Leistung wird zu dem Zwede in Anspruch genommen, um für den Kall, daß der Gläubiger die Annahme verweigert, eine öffentliche Urkunde darüber zu erlangen, daß die Ersüllung thatsächlich angedoten und von dem Gläubiger zurückgewiesen worden ist. Vergleiche §§ 253 st. der Geschäftsanweisung sur Gerichtsvollzieher.

2. Darunter ift nicht nur Bar- sonbern auch Papiergelb zu

verfteben. Nicht aber gablen hieber Wertpapiere.

3. Der § 756 ber R.C.B.D. behandelt den Fall, daß die Bollftreckung von einer zug um zug zu bewirkenden Leiftung des Cläubigers an den Schuldner abhängt. Hat der Gerichtsvollzieher zugleich Zwangsvollftreckungshandlungen vorzunchmen, jo kommt nur die Gebühr nach § 4 oder § 6 der R.G.D. f. G.B. zur Erhebung.

4. Für die Zustellungen find bennach keine Gebühren nach § 2 der R.G.D. f. G.B. zu erheben, wohl aber etwaige Schreibgebühren.

§ 8.

Die Gebühr für die Aufnahme eines Bechselprotestes 1) beträgt bei einem Nennwerte des Bechsels

bis zu 100 Wark einschließlich 1 Mark, bis zu 300 Wark einschließlich 2 Wark, bis zu 1000 Wark einschließlich 3 Wark, bis zu 5000 Wark einschließlich 4 Wark, über 5000 Wark

Werden mehrere Wechsel in einer Urkunde protestiert, so berechnet sich die Gebühr nach dem Nennwerte

jedes einzelnen Bechfels 2).

Die Protestgebühr ift auch dann zu erheben, wenn nach dem Beginne des Protestaktes der Schuldner freis willig Zahlung leistet oder eine Quittung über die ersfolgte Zahlung der Wechselsumme vorlegt³).

Für die Aufnahme einer Interventionserklärung 1) ift die im Abs. 1 bezeichnete Gebühr besonders zu ersheben, wenn die Erklärung nicht bei Gelegenheit des

Protestaktes erfolgt.

Wird der Auftrag zur Protestaufnahme zurücks gezogen, bevor eine Protesturkunde errichtet ist, so ers hält der Gerichtsvollzieher 3 Zehnteile der Protestgebühr⁵). War der Weg zur Aufnahme des Protestes schon ans getreten, so erhält der Gerichtsvollzieher in den Fällen, in benen die Verrechnung einer Reiseentschädigung nach bem § 17 ber Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher zulässig ift, auch diese Reiseentschädigung 6) bis 9).

1. In dem Falle, daß eine wechselrechtliche Leistung von mehreren Bersonen verlangt werden muß, ist über die mehrsache Aussorderung nur eine Protesturkunde ersorderlich (Art. 89 der B.D.) und tommt daher auch die Gebühr des § 8 nur einmal aus dem Rennwerte des Wechiels zur Erhebung.

bem Nennwerte bes Bechjels zur Erhebung. Bei teilweiser Zahlung ist die Gebühr für den Bechselprotest nur aus dem Betrage bes Restes zu berechnen und zu erheben.

- 2. Es find also nicht die Rennwerte ber einzelnen Bechjel gusammengurechnen und aus bem Gesamtbetrage ber mehreren Bechjel nur eine Gebuhr zu berechnen, sondern so viel Bechjel so ofrmals die treffende Gebuhr des § 8.
- 3. Der Brotestatt beginnt mit ber Borlage bes Bechiels gur Zahlung, Unnahme, Sicherheitsleiftung u. f. w.

Erfolgt nach ber Borlage Bahlung, fo ift auch noch bie Ge-

buhr bes § 9 zu erheben.

3um Ansat der Gebühr des Abs. 1 ift nicht die Aufnahme einer Protosiurtunde erforderlich. Siehe Fin.W.Entschl. v. 1. Aug. 1902 Rr. 18401.

- 4. Nur wenn die Interventionserklärung (Art. 56, 62 ber B.D.) bei Gelegenheit des Protestaktes zugleich in der Wechselprotestrutunde oder in einem Anhange zu derselben aufgenommen wird, ist für die Aufnahme der Erklärung eine besondere Gebühr nicht zu erheben.
- 5. Die Gebühr bes Abi. 1 ift mit ber Borzeigung bes Bechsels zur Zahlung fällig, wird ber Auftrag vor Fertigstellung berselben zurückgezogen, so kommen Gebühren im Betrage von 30 3, 60 3, 90 3, 1 M 20 3 u. 1 M 50 3 zum Ansat.
- 6. Reben ben Gebühren bes § 8 hat ber Gerichtsvollzieher gegebenen Falls auch noch die nach § 17 ber R.G.D. f. G.B. (Wochinger, Prozehgeb.Gei. S. 183) zu berechnenden Reijekoften anzulprechen.

Die Reiseentschädigung ist nach dem thatsächlich zurückgelegten

Bege zu berechnen.

- 7. Hinsichtlich der Erhebung der Staatsgebühren für die Aufnahme eines Wechselprotestes vergleiche Art. 193 des Geb.G. (S. 177.)
- 8. Hinsichtlich ber Wertsberechnung der in anderer als Reichswährung angegebenen Summen vergleiche die Anmerkung 3 zu § 2 ber hinterlegg. G.D. auf S. 234.

9. Siehe auch Anmerkung 3 zu § 9 hinfichtlich ber Gebühr bei Borlage eines Bechiels zur Annahme.

\$ 9.

Die Gebühr für die Empfangnahme der Bechfel=

§§ 8-12. 253

fumme einschließlich beren Uebersenbung an ben Gläusbiger beträgt

bei einer Summe bis zu 200 Mark 0,50 Mark,

bei einer Summe von 200 Mark bis 1000 Mark

1/4 vom Hundert

und von dem weiteren Betrage 1 vom Taufend 1) 2) 3).

- 1. Nach § 11 3. 2 der G.B.D. ift der Gerichtsvollzieher zuftändig, mit dem Auftrage zur Erhebung des Wechselprotestes auch den Auftrag zur Empfangnahme der Jahlung für den Fall zu übernehmen, daß die Jahlung noch vor der Rückgabe des protestierten Wechsels ersolgt.
- 2. Bird der jur Zahltung vorgelegte Bechsel teilweise bezahlt, teilweise wegen Nichtgahlung protestiert, jo kommt die Gebuhr bes § 9 aus der empfangenen Summe zur Erhebung. Siehe auch Anmertung 3 zu § 8.
- 3. Benn ein Bechsel zur Annahme vorgelegt und acceptiert wird, ist die Gebühr nach § 8 zu erheben.

\$ 10.

Für einen Mahnbrief erhält der Gerichtsvollzieher 0.30 Mark 1) 2).

- 1. Sosern es die örtlichen Berhältnisse als im Interesse der Bevölkerung gelegen ericheinen lassen, können Gerichisvollzieher auf Antrag des Landgerichtspräsidenten durch das Staatsministerium der Justiz sür Schreiben von Mahnbriesen an die Schuldner für zuständig erklärt werden (§ 12 3. 1 der G.B.D.).
- 2. Neben ber Gebuhr zu 30 Pfennig tommen auch bie Bortoaustagen zur Erhebung; bagegen aber teine Schreibgebühren siehe § 14 unten.

§ 11.

Die Gebühr für die Erwirkung eines Zahlungssoder eines Vollstreckungsbefehles sowie für die Erwirftung der Terminsfestschung für den Fall, daß der Schuldner gegen einen Zahlungsbefchl Widerspruch erhoben hat, beträgt 0,50 Mark 1)2).

- 1. Auch zur Erwirfung biefer Sachen bedarf ber Gerichtsvollzieher der ausdrücklichen Ermächtigung durch das Staatsminifterium der Justig (§ 12 3. 2 der G.B.D.).
- 2. Außer der Gebühr des § 11 hat der Gerichtsvollzieher auch noch die Auslagen, als Porti und Schreibgebühren (§ 13 & 1 u. 2 der R.G.D. f. G.B., Wochinger, Prozefigeb.Gef. S. 181) anzulprechen.

§ 12.

Für die Verwahrung und die Beaufsichtigung der von dem Gerichtsvollzieher in Zwangsvollstreckungssachen

in eine Pfandkammer, die vom Staate eingerichtet ift, eingeschafften oder sonst zu Gerichtshanden gebrachten Gegenstände 1) sowie der ihm zu den im § 4 bezeichneten Zweden übergebenen Gegenstände werden Lagertoften erhoben. Dieje Roften betragen

für die ersten drei Wochen der Lagerung 1 vom

Sundert.

für die folgenden zehn Wochen 1/2 vom Hundert und

für die dann folgende Zeit 1/4 vom Hundert. Der Berechnung wird der bei der Versteigerung ober dem Berkaufe erzielte Erlos und in den Fällen, in denen es zu einer Berfteigerung ober einem Bertaufe nicht tommt, ber Schätzungswert ber Gegenstände zu Grunde gelegt 2)3)4).

Die Staatsministerien der Justiz und der Finanzen find ermächtigt, diese Lagertoften im Bedarfsfalle zu er-

höhen oder zu mindern.

1. Die Gebühr bes § 12 fann nur fur bie in einer ftaatlichen Pfandkammer vermahrten ober gerichtlich affervierten Gegenstände zur Erhebung gelangen.

2. Bei fursfähigen Bertpapieren ift beren Rursmert maß-

gebend.

3. In den Fallen, in benen von einem Berichtsvollzieher in eine vom Staat eingerichtete Bfanbtammer Begenftanbe eingeschafft werben, die bei berhaltnismäßig hohem Berte nur geringen Raum beanspruchen, fteht bem Umtegerichtevorstande bas Recht zu, die im Art. 12 beftimmte Gebühr bis zur Salfte herab-zusepen. Minist Bet. v. 18. Febr. 1902 (Just. M.Bl. C. 384).

Die Ermäßigung tann bemnach auf %,0, %,0 u. f. w. bis 5,10

festaciest werben.

4. Für die Bermahrung von Gelbern, Bertpapieren, Bechfeln und Roftbarfeiten tommt bie hinterlegungegebuhr gum Unfag. Siehe § 3 der hinterlegunge G.D. auf G. 238.

§ 13.

Auf die in den §§ 3 bis 11 bezeichneten Geschäfte finden die Bestimmungen der §§ 12 bis 21, 23 der Ge= bührenordnung für Gerichtsvollzieher entsprechende Unmendung1).

1. Dieje Beftimmungen ber Reichsgebührenordnung für Be-

richtsvollzieher betreffen:

\$ 12, Feftftellung berjenigen Thatigfeit bes Berichtevollgichers, welche in ben Gebühren nach den §§ 3 bis 11 als inbegriffen zu gelten hat, und bemnach teiner befonderen Gebühr mehr unterworfen ift,

§ 13, die Bergutung ber baren Anslagen, § 14, die Bergutung ber Schreibgebühren,

§ 15, die Festjepung ber an einen Beugen gu gahlenben

Entichabigung, § 16, bie Bewahrung ber an einen zugezogenen Sachberftanbigen ortsüblichen Bergütung,

§ 17, die Reisetosten des Gerichtsvougieger, § 18, die vorherige Erlage eines Borschusses vor Uebernahme eines Beschäftes,

bie Feststellung des Roftenichulbners,

die Fälligfeit ber Bebühren und Huslagen,

ben Erfat der Roften im Falle ber Bewilligung bes Armenrechts, und

§ 23, Roftenaufftellung und Beifügung berfelben auf allen

(Siehe auch Wochinger, Prozeggeb. Gef. S. 180-186.)

§ 14.

Für die Fertigung eines Mahnbriefes darf eine Schreibgebühr nicht verrechnet werden 1).

1. Giebe Unmerfung 2 gu § 10.

§ 15.

Auf Erinnerungen, welche der Zahlungspflichtige ober die Staatstaffe gegen den Anfat von Gebühren ober Auslagen bes Gerichtsvollziehers erheben, finden die Art. 44 bis 46, 48 bis 50, 52 des Gesekes über das Gebührenwesen 1) Anwendung.

Der Gerichtsvollzieher ift zur Ginlegung der Be-

schwerde nicht berechtigt.

1. Siehe Seite 45 ff., fowie Unmerfung 9 gu Art. 93 auf Seite 179.

§ 16.

Die R. Verordnung vom 6. September 1879, die Gebühren der Gerichtspollzieher betreffend, wird auf-

aehoben.

Die Vorschriften der §§ 5 bis 8, 10 dieser Verordnung bleiben jedoch für die nach den bisherigen Borschriften über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen zu erledigenden Geschäfte in Rraft1).

Dieje Gebührenbestimmungen, welche bie Thatigfeit bes Berichtsvollziehers auf grund der Gubhaftationsordnung betreffen, Bothinger, Bauerns Gebührengefette. 17

haben bis zu bem Zeitpuntte, in welchem bas Grundbuch als angelegt anzusehen ift, zur Unwendung zu kommen.

1. Diese Vorschriften lauten:

Auszug aus den Gebührenvorschriften der Gerichisvollzießer vom 6. September 1879.*)

\$ 5.

Die Gebühr für jede Anheftung eines Schriftstucks burch den Gerichtsvollzieher beträgt 40 Pfennig.

§ 6.

Bei den nach Artikel 38 der Subhaftationsordnung vorzunehmenden Ermittelungen erhält der Gerichtsvollzieher für die Befragung einer jeden Person, bei welcher er Erkundigungen einzuziehen beauftragt ist, eine Gebühr

von 40 Pfennig.

Die Hälfte dieser Gebühr erhält der Gerichtsvollszieher bei den in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsdersteit auf Anordnung des Gerichts vorzunehmenden Ermittelungen (§ 6 Abs. 1 Ziff. 3 der Gerichtsvollziehersordnung) für die Befragung einer jeden Person, bei welcher er Erkundigungen einzuziehen beauftragt ist.

Die Gebührenvorschrift des § 6 ist durch die Bestimmungen des § 186 Abs. II der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher, dann durch § 13 der Gerichtsvollziehervordnung, wonach der Gerichtsvollzieher diese Ermittelungen in der Eigenschaft als Gerichtsdiener vorzunehmen hat, und in Anbetracht dessen, daß ein Gerichtsdiener teine Gebühren beanspruchen kann, hinfällig geworden.

§ 7.

Für die in der Pfalz nach § 6 Abs. 3 der Gerichts= vollzieherordnung im Auftrage der Parteien vorzuneh= menden Ermittelungen erhält der Gerichtsvollzieher für jede angefangene Stunde eine Gebühr von 50 Pfennig, jedoch nicht unter 2 Mark.

§ 8.

Für die Aufzeichnung beweglicher Zugehörungen nach Artikel 37 der Subhaftationsordnung erhält der Gerichtsvollzieher die im § 4 der Reichs-Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher für die Pfändung bestimmte Gebühr.

^{*)} Juft.M.Bl. 1879 G. 626.

Die Gebühr wird nach dem Werte der aufgezeich= neten Gegenstände berechnet.

§ 9.

§ 10.

Für die Versteigerung von Faustpfändern oder ansberen beweglichen Pfändern (Artikel 24 des Aussührungssgesess zur Reichs-Civilprozehordnung und Konkursordnung, Artikel 48 des Einführungsgesess zum allgemeinen beutschen Handelsgesehuche in der Fassung des Artikel 76 Jisser 4 des ersteren Gesetes, sowie für die Versteigerung von beweglichen Zugehörungen und Früchsten nach Artikel 36 der Subhastationsordnung, erhält der Gerichtsvollzieher die in § 7 der Reichs-Gebührensordnung für Gerichtsvollzieher bestimmte Gebührensordnung für Gerichtsvollzieher bestimmte Gebührensordnung für

Die nämliche Gebühr erhält der Gerichtsvollzieher auch für die in den Landesteilen rechts des Meins auf Anordnung des Gerichts vorzunehmenden Versteigerungen in Vormundschafts- und Verlassenschaftsachen (§ 6 Abs. 2 der Gerichtsvollzieherordnung), sowie für die Vornahme einer freiwilligen Versteigerung deweglicher Sachen in

der Pfalz.

D. Die Gebührenordnungen der Rechtsanwälte in den Angelegenheiten der Rechtspflege, der Berwaltung und der Berwaltungsrechtspflege.

I. In den Angelegenheiten der Rechtspflege.*)

Einleitung. **)

Die Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte regelt die Bergütung für die Berufsthätigteit des Rechtsanwalts in den Berfahren vor dem ordentlichen Gerichten, auf welche die Civilperozegordnung, die Strafprozegordnung oder die Kontursordnung Anwendung findet, jowie für die beratende Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts, welche den Beginn oder die Kortjegung eines jolchen

Berfahrens betrifft.

Die Bestimmungen der Reichsgebührenordnung finden entiprechende Anwendung insbesondere auf die Berufsthätigteit des Rechtsanwalts in den Angelegenheiten, die im § 91 Abs. 1 dieses Gesetse bezeichnet sind, serner gemäß § 17 des Einsührungsgeiebes zur Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 auf die Berufsthätigteit der zum Auftreten vor den Militärgerichten zugelassenen Rechtsanwälte (§ 341 Ar. 5 der Militärstrafgerichtsordnung) und gemäß § 36 des Gesetse vom 1. Dezember 1898, betressend die Dienstverzehen der richterlichen Militärjustizdeamten und die Niestwissend der der die Verlebung derselben in eine andere Stelle oder in den Ruhestand, auf die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts in Disziplinarversahren gegen richterliche Militärjustizdeamte.

Nach § 20 bes Gejebes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgeset vom 30. Juni 1900 (N.G.B.C. 573), werden die Geöühren der Nechtsanwälte im Versachen vor einem Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und vor dem Neichsversicherungsamte durch Kaiserliche Verordnung mit Justimmung des Bundesrats, die Geöühren im Versahren vor den Landesversicherungsämtern von den Landesvegierungen seitgesett. Jum Kollzuge bieses Geses ist die Kaiserliche Verordnung, betreffend die Gebühren der Nechtsanwälte im Versahren vor den Schiedsgerichten und dem Neichsversicherungsamte, vom 22. Dezember 1901 (N.G.B.

S. 497) erlaffen.

^{*)} Königliche Allerhöchste Berordnung vom 26. Marg 1902 (G.B.Bf., 1902 G. 133 ff., Just.M.Bi. G. 427 ff.).

^{**)} Giehe bie Motive, Buft. M.Bl. 1902 G. 441 ff.

Die Reichsgebührenordnung findet teine Unwendung

a) auf bas Berighren por ben orbentlichen Gerichten (§ 13 des Gerichtsverfassungsgesepes), auf welches andere Bestimmungen als die der Civilprozekordnung, der Kontursordnung ober ber Strafprozefordnung Anwendung finden, gleichviel ob bas Berfahren burch Reichsgefet ober burch Landesgejes geregelt ift.

b) auf bas Berfahren por ben besonderen Gerichten, gleichviel ob fie reichsgesetlich bestellt ober zugelaffen find,

c) auf die Angelegenheiten der freiwilligen Berichtsbarteit und auf die Angelegenheiten ber Bermaltung und ber Bermaltungerechtepflege. Unter ben Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarfeit werden in den folgenden Ausführungen im Unichluß an ben Sprachgebrauch bes Gefetes über bas Gebührenwesen (IV. Abt. II. Abichnitt Ar. 6) die Supotheten- und Grundbuchfachen mitverftanden.

Soweit die Webühren ber Rechtsauwalte nicht reichsgeseslich geregelt find, tonnen fic gemäß Art. 5 bes Befetes über bas Bebuhrenwejen burch Ronigliche Berordnung beftimmt werden.

Bisher maren makaebend:

1. Die Abvotatengebührenordnung für Die Landesteile Diesfeits bes Rheins vom 15. Dezember 1852 (Reg. Bl. G. 1229),

2. die Allerhöchfte Berordnung bom 23. Dezember 1875, die Abvotatengebührenordnung für Die Landesteile Diesieits bes Rheins pom 15. Dezember 1852 betreffend (G.B.BI. S. 865),

3. die Allerhöchfte Berordnung vom 25. Geptember 1879, die Gebühren ber Rechtsanwälte betreffend (G.B.Bl. G. 1295).

Die Allerhöchste Berordnung vom 25. September 1879, die für bas Gebiet bes gangen Konigreiche erlaffen ift, betrifft nur bas Berfahren por ben ordentlichen Gerichten und einige Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit. Für die übrigen Angelegenheiten, insbesondere für bas gange Gebiet der Bermaltung und der Bermaltungerechtepflege, gatten im rechterheinischen Bauern noch Die Bestimmungen ber Allerhöchsten Berordnungen von 1852 und 1875. Für die Bfalg bestanden Borschriften, die fich auf Dieje Un-

gelegenheiten begieben, bisher nicht.

Bahrend bie Abvotatengebührenordnung von 1852 auf bem Syfteme ber Einzelgebühren mit weitem Spielraume beruht, beftimmt die Reichsgebührenordnung Bauschgebühren, in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten Bauichgebühren nach dem Berte bes Streitgegenftandes. Much die Allerhochfte Berordnung bom 25. Geptember 1879 hat das Suftem der Baufchgebühren nach dem Wegenftandewerte ihren Beftimmungen für bürgerliche Rechtsftreitigfeiten und für Beichwerben in Sachen ber nichtftreitigen Rechtspflege gu Brunde gelegt und fur Straffachen Baufchgebuhren mit feften Saben bestimmt (88 1 bis 11 ber Berordnung). Sievon abzugeben beftand fein Unlag. Bielmehr mar es angezeigt, auch bei einer neuen landesrechtlichen Regelung ber Gebühren der Rechtsanwälte, soweit es sich um Angelegenheiten ber Rechtspflege hanbelt, bas System ber Reichsgebührenorbnung beizubehalten.

Die Angelegenheiten ber Berwaltung und ber Berwaltungsrechtspflege blieben hier außer Betracht und fanden ihre gesonberte

Regelung.

Für Strassachen und für die diesen ähnlichen Disziplinarjachen wurden in Art. 1 Ar. 3, 4, Art. 2 der Verordnung Ausschaften wurden mit sesten Sesten bestimmt. Für die übrigen Angelegenheiten wurden Gebühren nach dem Werte des Gegensandes gewährt. Die Angelegenheiten der Rechtspssege sind in den weitaus meisten Fällen einer Schäung nach Geld fähig. In der Regelsteht auch in diesen Angelegenheiten der Wert der Thätigkeit des Rechtsanwalts mit dem Werte des Gegenstandes der Thätigkeit des Rechtsanwalts mit dem Werte des Gegenstandes der Thätigkeit die einem gewissen Verhättnisse. Es kommt überdies in Betracht, daß auch die Staatsgedühren in den hier in Betracht kommenden Angelegenheiten zu einem großen Teile, in der Beschwerdeinstanzimmer nach dem Gegenstandswert erhoben werden.

Soweit in sich abgeschlossene Versahren vorliegen, in benen sich die Thätigkeit, die der Rechtsanwalt zu entwickeln hat, im voraus übersehen läßt, wurde das System der Vauschgebühren beivehalten (Art. 1, 2, 3, 17 dis 24). In den übrigen Angelegenheiten verdiente das System der Einzelgebühren den Vorzugg.

Im wesentlichen auf berselben Grundlage wurden in den letten Jahren die Gebühren der Rechtsanwälte in einer Reihe anderer Bundesstaaten neu geordnet, insbesondere in Preußen durch das Geset vom 27. September 1899, enthaltend die landesrechtlichen Vorschriften über die Gebühren der Nechtsanwälte und der Gerichtsbollzieher, ferner in Sachsen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Wecklenburg-Strelis, Oldenburg, Sachsen-Weiningen, Sachsen-Mienburg, Sachsen-Eodurg, Anhalt.

Art. 1.

Die Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte findet entsprechende Anwendung 1) auf die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts 2):

1. in den vor die ordentlichen Gerichte³) gehörenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten⁴) mit Ausnahme der in den Artikeln 17 dis 23 aufgeführten Angelegenheiten, auch soweit das Versahren den Vorsichriten der Civilprozehordnung oder der Konkurssordnung nicht unterliegt,

2. in den vor besondere Gerichte gehörenden burger= lichen Rechtsftreitigkeiten, auf welche die Civil=

prozegordnung Anwendung findet 5),

3. in den vor die ordentlichen Gerichte gehörenden

Straffachen, auch soweit das Verfahren landesgeset=

lich geregelt ift 6).

4. in den vor besondere Gerichte gehörenden Recht3= fachen, auf welche die Strafprozekordnung Anwendung findet.

Das Berfahren in Forstrügesachen vor dem Amtsgerichte fteht dem Verfahren vor dem Schöffengerichte

gleich.

I. Für eine Reibe von bürgerlichen Rechtsftreitigkeiten, Die por die ordentlichen Berichte gehoren, hat die Landesgesegebung Borichriften über bas Berfahren getroffen. Sierher gehören

a) die Real- und vermischten Klagen nach Titel X § 1 bes Königlichen Familienstatuts vom 5. August 1819 (§ 5 bes Einf. Ges. 3. R.G.B.G., § 5 bes Einf. Ges. 3. R.E.B.D.),

b) bie Streitigfeiten über Entschäbigung wegen 3mangs-enteignung (§ 15 Rr. 2 bes Ginf. Gef. g. R.C.B.D., Art. 21 bes Ausf. Gef. 3. A.C.P.D. u. R.D. vom 26. Juni 1899, Art. 24 Abi. 1 bes Beb. B.),

c) die Antrage auf Anordnung einer Gicherheitsleiftung nach bem Art. 22 bes Ausf. Bej. g. R.C.B.D. u. R.D. n. F.

(Art. 24 Abj. 2 bes Geb.G.),

d) Die gur Beit bes Intrafttretens bes Bürgerlichen Gefetbuchs anhängigen Rlagen von Chefrauen auf Bermögensabsonderung nach Urt. 191ff. bes Musf. Gef. 3. R.C.B.D. u. K.O. a. F. (Art. 130 bes Uebergangsege, Art. 301 bes Geb.G. in ber Fassung vom 11. November 1899, Urt. 32 bes Geb.G. in ber Faffung vom Jahre 1892),

e) bie Untrage ber Chefrauen auf Bermogensabsonberung im Galle eines gur Beit bes Intrafttretens bes Burgerlichen Gefetbuche gegen ben Chemann eröffneten Ronturfes (Art. 194 bes Ausf. Bej. 3. R.C.B.D. u. R.D. a. F., Art. 132 bes llebergangs Gef., Art. 301 bes Geb. G. in ber Faffung bom 11. November 1899, Urt. 33 bes Beb.G. in ber Faffung bom Jahre 1892),

f) die Aufgebotsverfahren, für welche landesgesetliche Be-

ftimmungen gelten, insbejonbere

a. die gur Zeit des Infrafttretens des Bürgerlichen Ge-jegbuchs anhängig gewejenen Berfahren, die eine Tobeserklärung nach Art. 108 ff. bes Ausf. Ges. 3. R.C.P.D. u. R.D. a. F. zum Gegenstande haben (Art. 161 Abs. 1 bes Eins. Ges. 3. B.G.B.),

3. das Aufgebot liegender Grunde nach Teil I Titel 51 SS 100 bis 109 ber preußischen Allgemeinen Gerichtsordnung (Art. 158 st. des Auss. Ges. 3, N.C. P.O. u. R.O. a. F., Art. 166 Abs. 1 Ar. XVI und Abs. 6 des Auss. Ges. 3. B.G.B.; Art. 300 des Geb.G.),

y. die Aufgeboteversahren nach § 82 bes Sypotheten-

gesetes (Art. 166 Ar. XVI Abs. 2 Sat 2 des Auss. Ges. 3. B.G.B.).

8. die Aufgebotsversahren nach Art. 30, 31 des Ausf. Ges. z. R.C.P.D. u. K.D. vom 26. Juni 1899, nach Art. 54 Abs. 2 des Auss. Ges. z. B.G.B. und nach den Art. 7,

15 ff. bes Uebergangs Bef.

Die Zulässigteit bes Ausgebots abhanden gekommener ober vernichteter Ausicheine nach Maßgabe des Art. 125 Mbs. 5 des Verggesets in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1900 beruht zwar auf landesgeselicher Vorschrift, das Landesrecht hat aber ein von den Bestimmungen der Eivslprozesorbnung abweichendes Versahren nicht verordnet;

g) die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Bermögen wegen Gelbsorberungen dis zu dem Zeitpunkt, in welchem das Erundbuch als angelegt anzusehen ist (Subhastationsordnung vom 23. Februar 1879 und Novelle hiezu vom
29. Mai 1886, §§ 1, 15 des Eins Ges. Zw.Ges.), abgesehen von der Anardnung der Zwangsvollstreckung in ein Grundflich, die dis zu diesem Zeitpunkt auf grund des § 755 Abs. 2 der Civilprozesordnung vom 30. Zan.

1877 erfolgt;

h) bie Zwangsvollstreckung wegen Gelbsorberungen in Vergwerte und unbewegliche Auze, in Familiensbeitomntisse, in Leben und Stammgkiere, in Antiers des um Familienvermögen des hohen Abels gehören, auch nach dem Zeitpunkt, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist (§ 2 des Einschel 3. Zw.Gel.; Art. 67, 59 bis 61, 58 des Einschel 3. B.G.B.; Art. 34 sp., Art. 37 sp., Ausschel 3. G.B.D. u. Zw.Gel.). Soweit in diesen Versahren nach der Anlegung des Grundbuchs Keichsrecht gilt, beruht dies auf landesrechtlicher Bestimmung. Die Geltung des Reichsrechts kann jederzeit dadurch beseitigt werden, daß die Landesgesehgebung besondere Vorschriften erläst (Art. 3 des Einschel. 3. B.G.B., § 2 des Einschel. 3. Rv.Gel.):

i) die gerichtliche Versteigerung eines Bergwerks oder einer Antage, auf welche die Vorschrift des Art. 258 des Berggesetes Anwendung sindet (Art. 182 der Subhastationsordnung vom 23. Februar 1879; § 2 des Einschles, 3m. Ges.; Art. 44 sp. des In. Ges.; Art. 44 sp. des

Unsf. Gef. 3. G.B.D. u. 3m.Gef);

k) bie Verteilungsverjahren außerhalb der Fälle der Jwangsversteigerung und der Jwangsverwaltung, die nach den für die Verteilung des Erlöses im Falle der Jwangsversteigerung geltenden Vorschriften zu erledigen sind, bis zu dem Zeitpunkt, in dem das Erundbuch als angelegt anzuschen ist (Art. 53, 54 des Einf.Gef. z. B.G.B.; §§ 34 si. des Gesehes, betressend die Beschränkungen des Frundeigentums in der Umgebung von Festungen, vom 21. Dezember 1871 (R.G.Bl. S. 459), § 14 bes Gefețes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (R. G. V.) (S. 129), § 14 bes Gespese über die Naturalleistungen sür bewassinete Wacht im Frieden (R.G.Bl. 1898 S. 361), § 51 ber Reichsgewerbeurdnung, Art. 53 des Auss. Gef. 3. R.C. P. O. u. K.O. a. F., Art. 14 des Gespes, die Flurdereinigung betreffend, Art. 27 des Auss. Gef. 3. R.C. P. u. K.O. n. F.; Artifel 12 des Gespes vom 15. Juni 1898, das Unistädicksteitszeugnis betr.; Artifel 167, 168, 184 des Verggespes. Für einige andere bürgerliche Rechtsstructigsteiten ist das

Berfahren durch ein besonderes Reichsgeset neben der Zivilprazeßordnung, nämlich burch bas Gefet über die Zwangsverfteigerung und die Zwangeverwaltung vom 24. Marg 1897 geregelt. Dasselbe gilt seit bem 1. Januar 1900 für die Bersahren der Zwangs-versteigerung, joweit sie Schiffe betreffen (§ 1 des Ginführungsgefetes zu biefem Gefete) Bon bem Beitpunkt an, in bem bas Grundbuch als angelegt anzujeben ift, ift bas Gefet - abgejeben bon bem, was in Abi. 1 lit. h bemertt ift - auch für alle Berfahren ber 3mangeverfteigerung und ber 3mangeverwaltung in Grundftucken und in Berechtigungen, für welche bie fich auf Grundftude beziehenden Borichriften gelten, ebenfo für die im Abf. 1 lit. k genannten Berteilungeverfahren maggebend. Das Geien enthält ferner Bestimmungen über bas Aufgebotsverfahren guni 3wecke der Ausschliefung eines unbekannten Berechtigten von der Befriedigung aus bem Erlos eines verfteigerten Grundftude (§ 140). Der Antrag bes Beteiligten auf Erteilung ber Ermächtigung, bieses Aufgebotsverfahren zu beantragen (§ 138 bes Gesches), bilbet noch einen Bestandteil der Thätigkeit im Berteilungsverfahren; bas Aufgeboteverfahren bagegen ift jelbständig neben bem Berteilungsverfahren.

Für alle biese burch besonderes Reichsgeset ober durch Landesgeset geregelten Bersahren waren die Gebühren der Rechts-

anwälte landesrechtlich zu bestimmen.

Bezüglich der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Bermögen (Abs. 1 lit. g. h) ergibt sich dies ohne weiteres aus dem 8 31 Abs. 2 der R.G.D. Ein Zweisel kann serner nicht bestehen bezüglich der Verteilungsversahren, die nach den sür die Verteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften zu erledigen sind (Abs. 1 lit. k, § 31 Abs. 2 der R.G.D.), und für die Augelegenheiten, in welchen das ganze Versahren durch Landesgesetz geregelt ist (Abs. 1 lit. f. z. lit. i).

In den unter Abs. 1 lit. a bis e, lit. f α , γ , δ genannten Angelegenheiten und in den Angelogisversahren nach \S 140 des Geseks vom 24. März 1897 richtet sich zwar das Versahren im weientlichen nach den Bestimmungen der Jivihrvozesordnung; der Umstand, daß nur einzelne für den Gebührensah bedeutungslose Vorschriften über das Versahren durch Landesgeseh vor durch besonderes Reichzsgeseh gegeben sind, sührt aber nicht zur unmittelbaren Anwendung der Keichzgebührenordnung. Die bayrische Gesehgebung hat bisher, odwohl der \S 1 des R.G.A.G. und der

§ 1 der R.G.D. in dieser Richtung nicht von einander abweichen, für diese Angelegenheiten hinsichtlich der Gerichtskoften ausdrückliche Bestimmungen für ersorderlich erachtet (Burthard, Kommentar zum Gebührengesek, Einleitung S. 21); ebenso war es geboten, die Gebühren der Kechtsanwälte für sie ausdrücklich landesrechtlich zu regeln.

Was die Art der Regelung dieser Gebühren anlangt, so waren sär die unter Ahf. 1 lit. a dis f genannten Angelegenheiten gemäß § 1 der Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 bisher die Vorschristen der R.G.D. maßgebend. Da das Versahren in diesen Sachen nur wenig von den Vorschristen der Zivisprozeßvordnung abweicht, bestand auch kein Anlaß zu einer Aenderung

(Artifel 1 Rr. 1 ber Berordnung).

Der Artikel 1 Ar. 1 bedt nicht nur die Fälle, in benen das Bersahren landesgesehlich geregelt ist, sondern auch die Fälle, in benen das Bersahren durch besonderes Reichsgeset bestimmt ist.

Unter den Artikel I Nr. 1 fällt auch das Aufgebot liegender Gründe nach Teil I Titel 51 § 100 bis 109 der preußischen Allgemeinen Gerichtsordnung (Abs. 1 lit. f z). Es ist hienach der § 40 der R.G.D. entsprechend anzuwenden. Eine besondere Bestimmung sur dieses Aufgebot, wie sie im § 9 der Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 enthalten ist, erschien nicht

als erforderlich.

Die Bergütung der Berusthätigkeit des Rechtsanwalts in den Beriahren der Jwangsversteigerung und der Zwangsvervaltung (Ab. 1 lit. 2, h), in den Berjahren der gerichtlichen Berfeigerung (Ab. 1 lit. 1) und in den Berfeilungsverschren außerhalb der Fälle der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, die nach den sir die Berteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung gestenden Vorschriften zu erledigen sind (Ab. 1 lit. k), ist schon bisher in den §§ 2 dis 7 der Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 besonders geregelt. Wegen der Aenderung der Gesetzehung über das Bersahren wurden neue Vorschriften in den Artisteln 17 dis 23, 25, 27, 28 erlassen. Daß in diesen Angelegensheiten die Veichsgebührenvordnung nicht maßgebend sein soll, sit durch den Vorschalt im Artistel 1 Nr. 1 zum Ausdrucke gebracht.

II. Soweit bürgerliche Rechtsstreitigkeiten vor besondere Gerichte gehören, sind die Bestimmungen der R.G.D. anwendbar, wenn das Berjahren sich nach der Zivilvrozehordnung bestimmt

(Artifel 1 Rr. 2).

Bon ben reichsgesehlich bestellten besonderen Gerichten schieden die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung hier überhaupt aus, da sie ihrem Wesen nach Verwaltungsbehörden sind, und haben die Gebührenbestimmungen hiefür ihre gesonderte Regelung ersahren.

Bon den reichsgesetlich jugelaffenen besonderen Ge-

richten fallen unter den Artifel 1 Mr. 2:

a) die Rheinschiffahrtsgerichte (§ 14 R.G.B.G., Artikel 9 des Aussi.Ges. z. R.G.B.G., § 5 der Allerhöchsten Berordnung vom 18. Juni 1879, die Rheinschiffahrtsgerichte betreffend) (G B.Bl. S. 661):

b) die Gewerbegerichte (§ 26 des Gewerbegerichtsgesetes in ber Faffung ber Bekanntmachung vom 29. Geptember 1901. R.G.Bl. G. 353). Rechtsanwälte werben allerdings als Prozefbevollmächtigte ober Beiftande vor dem Gewerbegerichte nicht zugelaffen (§ 31 des Gefetes); fie tonnen aber Rat in folchen Sachen erteilen und Schriftiane anfertigen.

Nicht in Betracht tommen bagegen

a) die Aufträgalgerichte (Einf.Gef. z. R.G.B.G. § 7, § 6 der IV. Beilage gur Berfaffungeurtunde). Sendel nimmt in banrifchen Staatsrechte 2. Auflage Band I S. 334 Note 2 an, daß diese Berichte gang beseitigt find. Nach Biloty, Berfaffungeurtunde bes Königreichs Bauern S. 118 Dr. 3 befteben fie noch für Rivilfachen. lettere Anschauung richtig, so bestimmt sich, ba bas Berfahren por den Aufträgglgerichten nicht geregelt ift. Die Bergutung ber Berufsthätigkeit bes Rechtsanwalts nach Artitel 4 und ben folgenden diefer Berordnung.

b) die Innungsbehörden und die Innungsichtedsgerichte (§ 81a Nr. 4, § 81b Nr. 4, §§ 91 ff. der Reichsgewerbe-ordnung), weil die Zivilprozehordnung für das Berfahren nicht als maggebend erflart ift. Das Gleiche ift der Fall

c) in dem Berfahren bor bem Gemeindevorsteher nach bem § 76 bes Bejeges über bie Gewerbegerichte.

III. Lanbesgesetlich geregelt ift

a) bas Berfahren in Forstrugesachen (§ 3 Abs. 3 bes Ginf. Bej. 3. R.St. B.D., Forftgefet fur bas Ronigreich

Bahern und Forststrasgesetz sie Kfald; b) das Verfahren nach Artitel 24 des Geses vom 26. Februar 1850, die Bersammlungen und Bereine betreffend (GefegBl. S. 54 ff.), bezüglich Schliegung ber Bereine durch richterliches Urteil (Lowe-Sellwig, Kommentar zum Einf. Bef. z. R.St. B D. § 6 Note 9).

Die Abweichungen bon bem ordentlichen Berfahren find in ben beiben Fallen für ben Gebührenfat bedeutungelos; es maren beshalb die Bestimmungen ber R.G.D. für entsprechend anwendbar zu erklaren, wie es auch im § 1 ber Allerhochften Berordnung bom 25. September 1879 (G.B.Bl. S. 1295) geschehen ift (Artitel 1 Mr. 3).

Das Gejet über das Gebührenwesen enthält besondere Beftimmungen für die Forstrügesachen. Die Bestimmungen der Artitel 28, 30 des Geb. mußten hier außer Betracht bleiben, da die Gebühr des Rechtsanwalts in Strassachen von der Hohe ber erkannten Strafe unabhangig ift. Much die Beftimmung bes Artitel 31 bes Geb. G. eignete fich nicht zur Aufnahme, ba in die Gebührenordnung für Rechtsanwälte eine bem § 64 Abi. 2 bes R.G.A.G. entsprechende Borichrift nicht aufgenommen ift.

Die R.G.D. für Rechtsanwälte enthält teine besonderen Bestimmungen für die Gebühren des Rechtsanwalts in Strassachen, in denen die Hauptverhandlung vor den Amtsgerichten statfindet (z 211 Abs. 2 des N.S.A.D.). Jur Vermeidung jedes Zweisels empsahl es sich, zu bestimmen, daß die Forstrügesachen in erster Inftanz den schöffengerichtlichen Strassachen gleichsteben (Artitel 1 Abs. 2).

IV. Hür die Bergütung des Rechtsanwalts in Strassachen oder ähnlichen Rechtsfachen, die vor besondere Gerichte gehören, joll nur dann die R.G.D. maßgebend bein, wenn das Berfahren sich nach der Strasprozehordnung bestimmt. Dies ist der Fall im Versahren vor den Kheinschiffahrtsgerichten (§ 5 der Allerhöchsten Berordnung vom 18. Juni 1879, die Rheinschiffahrtsgerichte betreffend; Art. 26 Nbs. 4 des Geb.G.).

Das standrechtliche Versahren (§ 16 bes R G.B.G., Art. 2 Kr. 1, Art. 3 Kr. 12 bes Auss. Ges. 3. A.St. K.D., Strasseibuch von 1813 Art. 441 bis 456) tommt nicht in Betracht, da nach Art. 449 Kr. 3 des Strasseibuchs von 1813 im standrechtlichen Versahren eine Verteibigung durch einen rechtsverständigen Verteibiger nicht gestattet ist. (Wotive.)

- 1. Entiprechende Anwendung finden insbesondere Die allgemeinen Bestimmungen ber Reichsgebührenordnung, welche bie gemeinichaftliche Erledigung eines Auftrages (§ 2), die Saftung mehrerer Auftraggeber (§ 3), Die Thatigfeit als Beiftand (§ 4), bie Bebühren für Unterzeichnung eines Schriftjages (§ 5), Die gebuhrenfreie Unfertigung und lebersendung bon Roftenrechnungen und Bablungsaufforderungen (§ 6), die Gebühren für den Betrieb eigener Angelegenheiten (§ 7), und den Mindeftbetrag ber Gebühr (§ 8) betreffen, bann bie Beftimmungen über Berteberechnung (§ 10), Wertssettiebung und Beschwerde gegen dieselbe (§§ 11, 12), über Instanz und Umsang derselben (§§ 26, 29 Abs. 2), über die Gebühren für befondere Thatigfeiten (§ 30), über den Umfang der Inftang in ber Zwangsvollftredung und bei Bollziehung eines Arreftes ober einer einstweiligen Berfügung (§§ 31 Abj. 1, 32 bis 36), über die Gebühren in der Beichwerdeinftang (§ 41), über die Gebühren bei Bertretung mehrerer Streitgenoffen (§ 51), über Muslagen (§§ 76 bis 83), über Ginforderung von Gebühren und Auslagen (§§ 84 bis 86), über die Gebühren für Erhebung und Ab. lieferung von Gelbern und Wertpapieren (§ 87), über die Gebühren, falls bas Befet für bas übertragene Beichaft nichts beftimmt (\$\$ 89, 90), und endlich über Feftjegung ber Bergutung burch Bertrag (§§ 93, 94). (Siehe hierüber Näheres in Wochingers "Prozeßgebühren-Gefege" G. 188 ff.)
- 2. Die in dieser Berordnung bestimmten Gebühren hat nur der zur Rechtsanwaltschaft zugelassene rechtstundige Bertreter einer Partei oder der zu seinem Stellvertreter nach § 25 Ubs. 2 der R.A.D. bestellte Rechtstundige zu beauspruchen. Allen sonstigen rechtstundigen oder nichtrechtstundigen Parteivertretern stehen die Gebührensäße dieser Verordnung nicht zu. (Vergleiche Willen-

bücher § 1 Anmerkg. 2 R.Ger. Bb. XIV S. 393, XLI S. 425, hiegegen find anderer Meinung Walter-Joachim § 1 Anmerkg. 2, Meyer-Frmler § 1 Anmerkg. 3, fiche auch Merzbacher S. 3.)

3. Unter "orbentlichen" Gerichten sind hier die Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und das Oberste Landesgericht zu verstehen.

4. Giehe hieher Biffer I ber porftebenben Motive. Geite 261.

5. Bergleiche Biffer II ber Motive oben. Geite 264.

6. Es tommen bemnach die Bestimmungen der §§ 63 Ziss. 64, 66, 67 Ziss. 1, 68, 69, 70, 71 u. 72 u. 75 Ziss. 1 der M.G.D. i. M. zur Anwendung. An Gebühren erhält der Nechtsanwalt als Berteidiger in der Hauptverhandlung erster Instanz, in der Bernsungs- und in der Nevisionsinstanz je 12 M. Diese Gedühren hat er auch zu beanspruchen, wenn er den abwesenden Beschuldigten nur vertritt. Kommt es überhaupt zu keiner Verhandlung, 10 ist der Nechtsanwalt im Hinklich auf die Bestimmungen der §§ 89, 90 der N.G.D. entsprechend zu entschädigen und zwar gewöhnlich mit der halben Gedühr des § 63.

Für die Thätigleit bei einer vom Amtsgerichte außer der Forstrügesigung gepflogenen Erhebung von Beweismitteln, dann im Bersahren über vorsorgliche Beschlagnahme von Tieren, Fuhrwerten und Gespannen (Art. 131 sp. des neutextiert. Forstgesetze b. 4. Juli 1896, G.B.Bl. S. 325 sp.) steht dem Rechtsanwalte die

Gebühr bes § 67 Biff. 1 gu.

Hur die Einlegung des Einipruchs gegen einen Strasbeschat hat der Rechtsanwalt die Gebühr des § 69 der R.G.D. f. N.K. mit 2 M anzusprechen. Fertigt er hinsichtlich des Angeschuldigten und der civilverantwortlich erklärten Person nur ein en Einspruchs

Schriftjan, jo beträgt nach § 72 l. c. bie Bebuhr 3 M.

In Falle der Berteidigung des Angeschuldigten und der für bessen liebertretung civilverantwortlichen Person, sowie des Angeschuldigten und des Känfers von Waldbrodutten u. s. w. (Art. 97, 100 des neutextiert. Forstgesehes) ist § 72 zu beachten. Bergleiche hieher auch Wochinger, Prozehgedühren-Gesehe, §§ 63 ff. und Anmerkungen hiezu der R.G.O. f. N.A. S. 236 ff.

Art. 2.

Die Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte findet entsprechende Anwendung auf die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts im Dienststrasversahren vor Justizbehörden.

Das Dienststrasversahren, in dem eine Hauptvershandlung nicht stattsindet, steht dem Vorversahren 1), das Dienststrasversahren erster Instanz dem Versahren vor der Strastammer 2) gleich.

In der Beichwerde-(Rekurs-)Instanz im Dienststrafversahren, in dem eine Hauptverhandlung in erster Instanz nicht stattfindet, kommen insbesondere die § 63 Nr. 2, § 68 Nr. 2 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte zur entsprechenden Anwendung³).

Die Distiplinarsachen gehören nicht zu den Strassachen im Sinne des vierten Abschnitts der R.G.D., sind aber den Strassachen ähnlich; auf die Bergütung der Berufsthistleit des Rechtsanwalts in Distiplinarsachen sind deshalb die nach der R.G.D. für Strassachen geltenden Borichriften entsprechend anzuwenden.

Bon ben Dienstitrafperfahren tommen insbesondere in Be-

tracht:

- 1. bas Dienststrafversahren gegen Staatsbiener nach ber IX. Beilage gur Berfassurfunde,
- das Dienststrasversahren gegen richterliche Beamte (Art. 1, 4 bes Disziplinargesets für richterliche Beamte vom 26. März 1881),
- das Dienststrafversahren gegen Notare nach Art. 80 ff. bes Notariatsgefetes vom 9. Juni 1899 unb nach Art. 135 Uhs. 1 biese Gesetes in Verbindung mit den Art. 128 ff. des Notariatsgesetes vom 10. November 1861,
- 4. bas Dienststrafverfahren nach Art. 114 bes Ausf.-Gef. 3. R.St. P.D.,
- 5. das Dienststrasversahren gegen Standesbeamte in der Pfalz (§ 11 des Personenstandsgesetzes, §§ 14 bis 20 der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz vom 5. November 1899, die Aussicht über die Amtssührung der Standesbeamten in der Pfalz betressend, Just. R.B. S. 1305),
- 6. bas Dienststrasversahren gegen Gerichtsvollzieher (§ 35 ber Gerichtsvollzieherordnung vom 16. Dezember 1899),
- 7. das Dienststrasversahren gegen Abvolaten, die, ohne zur Rechtsanwaltschaft bei einem Gerichte auf grund der Rechtsanwaltsordnung von 1878 zugelassen zu sein, die anwaltschaftliche Praxis ausüben, gemäß der Allerhöchsten Verordnung vom 23. März 1813, die Disziplinarvorschriften für die Advolaten des Königreichs betressend.

Die Bestimmungen bes vierten Abschnitts der R.G.D. haben ihrem ganzen Umsange nach Bedeutung sur die Diensistrasversahren, in denen eine Hauptverhandlung stattsindet. Zu diesen gehören die Diensistrasversahren gegen Richter, die Diensistraspersahren gegen Notare nach Art. 83 des Notariatsgesetes dem 9. Juni 1899 und nach den Art. 129 ff. des Notariatsgesetes dem 10. Dezember 1861, die unter Nr. 4 erwähnten Diensistraspersunund die Diensistraspersahren gegen Standesdeamte in der Pfalz, wenn sie auf Berhängung von Gelbstrasen gerichtet sind.

Die Dienststrafversahren, in benen eine hauptverhandlung nicht ftattfindet, werden hinsichtlich ber Gebührenberechnung gleich

den Borverfahren behandelt.

Die sämtlichen hier in Betracht tommenden Dienstftrafverfahren erster Instanz siehen bem Bersahren vor der Straftammer gleich.

Für die Berufungs, und Revisionsinftanz in den Dienftftrafversahren, in benen eine hauptverhandlung stattfindet, gilt

ber § 66 ber R.G.D.

Die entsprechende Anwendung der Reichsgebührenordnung in der Beichwerde-(Keturs-)Instanz in Dienststraßen, in denen eine Hauptversandlung nicht stattssindet, verursacht Schwierigkeiten. Der § 66 ist nicht anwenddar, weil in der ersten Instanz eine Hauptverhandlung nicht stattgesunden hat. Daß für die Einstegdinden hat. Daß für die Einstegdinden hat. Daß für die Einstegdin von selbst. Fraglich aber könnte sein, welche Gebühr der Rechtsanwalt sür die Rechtstertigung dere Beichwerde erhält, da die Reichsgebührenordnung sür die Rechtsertigung eines Rechtsmittels in Strassanden eine allgemeine Bestimmung nicht triss, sondern im § 68 nur die Rechtsertigung der Berusung und der Rechtsanwalts in der Beschwerderistanz, daß die Thätigteit des Rechtsanwalts in der Beschwerderistanz dorzugsweise in der Rechtsertigung der Beschwalts in der Beschwerde eisten, daß die Thätigteit des Rechtsanwalts in der Beschwerde eisten, daß der Vorzughreiben, daß insbesondere die § 68 Kr. 2, § 63 Kr. 2 anzuwenden sind.

Besondere Bestimmungen find nicht vorgesehen

a, fur bas Berfahren auf Berhangung bon Strafen megen Ungebühr. Die Berfahren nach §§ 179, 180, 182, 183 bes R.G.B.G. gehören nicht zu ben Straffachen im Ginne bes vierten Abschnitts ber R.G.D., gablen aber ju ben Berfahren, auf welche die Civilprozefordnung und die Strafprozefordnung Anwendung findet; die Bergutung für die Berufsthätigteit bes Rechtsanwalts in Diefen Berfahren bestimmt sich beshalb nach ber R.G.D. (§ 1 berfelben). Der landesrechtlichen Regelung unterliegen insbesondere Die Fälle bes § 8 bes Gesetes über bie Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit. Für bas Gebiet ber Reichsgebührenordnung werben die Gebühren auf grund der Borichrift des § 89 der R.G.D. nach Maggabe des vierten Abichnitts ber R.G.D. zu bestimmen In ben Ungelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit fein. führt die Bestimmung des Art. 26 zu demselben Ergebnisse, da die Borschristen der Art. 4 ss. mit den nach dem Gegenstandswerte bestimmten Gebühren für ein Berfahren, bas bem Strafverfahren abnlich ift, nicht paffen :

b. für Ungehorsamsbersahren zur Erzwingung ber Verrichtung ber Obliegenheiten eines Ehrenamts. Auch in dieser Richtung hat die R.G.D., unter welche die Versahren nach §§ 56, 96 des Gerichtsversasserigssers fallen, Bestimmungen nicht getroffen. Für die landestechtliche Regelung tommen insbesondere die Versahren nach Art. 3 Ar. 1 des Ausst. B.D. in Vetracht; auch hier sind besondere Bestimmungen wohl nicht veranlaßt. Auf grund des Art. 26 sind in diesen Sachen die Bestimmungen des vierten Abschnitts der R.G.D. zu Erunde zu legen, die wohl auch in den unter die Reichsgebührenordung sallenden Angelegenheiten

auf grund bes § 89 ber R.G.D anzuwenden find;

c. für die Verfahren, welche Zwangsmaßregeln gegen Zeugen und Sachverständige betressen (§ 15 G.K.G.). In dürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gilt der § 23 Ar. 1 der R.G.D. in Verdindung mit dem § 47 Ar. 8 des R.G.A.G.; in Strassachen sind wohl die nach § 23 Ar. 1 der R.G.D. auf des lehnteile ermäßigten Sähe der § 63, 67 der R.G.D. gemäß § 89 der R.G.D. maßgebend. Letteres ist auch in den landesrechtlich zu regelnden Angelegenheiten der Fall, sür welche die Vestimmungen des vierten Abschnitts der R.G.D. gelten (Art. 1 Ar. 3, 4, Art. 2). In den übrigen Angelegenheiten sind die Vorschriften in Art. 4 ss. anzuwenden.

d. für die Ordnungsstrasen. Soweit es sich um Ordnungsstrasen handelt, die in Steuerjachen zu erkennen sind, wenn die Absichte vor Steuerjachen zu erkennen sind, wenn die Absichte Verschung sehlt oder sonst ein keisterer Kall vorliegt (z. B. Art. 42 Abs. 5 Sah 2, Art. 269 Abs. 2, Art. 292 Abs. 2 des Ged.G., Art. 68 Abs. 4 des Einkommenstenergesetes), liegen Etrassiachen im Sinne des vierten Abschmitzt der R.G.C. vor. Die übrigen Ordnungsstrasen, durch deren Verhängung die Erfüllung einer gesehlichen Pflicht oder die Unterwerfung unter eine obrigkeitliche Unordnung erzwungen werden soll (§§ 132 dies 139, 140, 151, 159 des G.F.G., §§ 78, 1788, 1837, 1875 des B.G.B.; Art. 70, 72, Art. 73 Abs. 3 des Auss.—G. z. R.G.B.G.; Art. 64 des Votariatsgesehse vom 9. Juni 1899) eignen sich zur Behandlung nach den Art. 4 ff. (Motive).

1. Die Gebühr berechnet fich bemnach nach § 67 Biffer 2 ber R.G.D. f. R.M. auf 10 M.

2. Nach §§ 63 Ziffer 2 u. 66 ber voralleg. R.G.D. erhält ber Rechtsanwalt in biesem Falle 20 N. Siehe auch § 67 Ziffer 2.

3. Die hier zum Ansate kommende Gebühr beträgt 20 *M* und, sofern der Rechtsanwalt sich nur ausschließlich mit der Ansertigung der Beschwerberechtsertigung besaßt hat, 10 *M*. Für die Einlegung der Beschwerde an sich allein erhält der Rechtsanwalt nach § 69 der R.G. nur 2 *M*.

Art. 3.

Der Rechtsanwalt erhält in dem Versahren vor dem Gerichtshose für Kompetenzkonslikte (Geset vom 18. August 1879, die Entscheidung der Kompetenzkonslikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden oder dem Verwaltungsgerichtshose betreffend)

a) für den Geschäftsbetrieb einschließlich der In-

formation 1), b) für die Erörterung der Sache in der öffentlichen

Situng²) je fünf Zehnteile der Säte des § 9 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte³).

Die Gebühr für die Erörterung der Sache in der öffentlichen Situng beträgt mindeftens gehn Mark4).

Ift der Auftrag zur Vertretung erledigt, bevor der Rechtsanwalt eine Denkichrift abgefaßt ober die Sache in der öffentlichen Sigung erörtert hat, fo erhalt er nur die Sälfte der im Abi. 1 lit. a bestimmten Gebühr5).

Im übrigen finden die für bürgerliche Rechtsftreitig= teiten geltenden Bestimmungen der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte entsprechende Anwendung 6).

Im Berfahren bor bem Gerichtshofe für Kompetengtonflitte (Bejet bom 18. Auguft 1879, die Entscheibung ber Rompetengtonflitte amifchen ben Gerichten und ben Bermaltungebehörben oder dem Verwaltungsgerichtshofe betreffend, G.B.Bl. G. 991) muffen die Dentschriften ber Parteien von einem Rechtsanwalt. unterzeichnet fein; die Barteien werben bor bem Berichtshofe für Komvetengtonflitte nur bann gehört, wenn fie burch Rechtsanwalte vertreten find (Art. 16 Abf. 2, Art. 18 Abf. 4 bes Befches).

Das Berfahren vor bem Gerichtshofe für Rompetengtonflitte hat viele Aehnlichkeit mit bem Berfahren in burgerlichen Rechtsstreitigkeiten; es war deshalb die Bergütung der Berufsthätigkeit bes Rechtsanwalts im Unichluß an die für bas Berfahren in burgerlichen Rechtsftreitigteiten geltenden Borichriften ber R. G.D. zu regeln.

Die Bestimmungen bes Art. 3 gelten für alle Falle bes Kompetenztonflitts, gleichviel ob bie Angelegenheit zur streitigen ober zur nichtstreitigen Rechtspflege gehört. Für die Fälle des Kom-petenzkonflikts zwischen den Strafgerichten und den Verwaltungsbehörden oder dem Bermaltungsgerichtshofe besonders zu bestimmen, war nicht veranlaßt. Solche Kompetenztonflitte werden im Sinblick auf das Erkenntnis des Gerichtshofs für Kompetenzkonflitte vom 12. Juli 1883 (G.B.Bl. 1883 Beilage IV S. 29) taum mehr vortommen. Bird bennoch ein folder Kompetenztonflitt erhoben, fo wird behauptet, daß eine Angelegenheit der Berwaltung ober ber Berwaltungsrechtspflege vorliege; bie Gebühr wird alsdann nach bem Werte bes Gegenstandes der Ungelegenheit der Verwaltung ober der Verwaltungerechtepflege zu bemeffen fein, die laut der Ertlärung der Bermaltungsbehörbe (Art. 10 bes Gefetes) porliegen foll.

In bem Berfahren bor bem Gerichtshofe für Rompetengtonflitte wird ausschließlich über die Bulaffigteit des Rechtswegs entschieden. Es war beshalb von der Bestimmung des § 20 der R.G.O. (§ 26 Rr. 1, 2 des R. G. R.G.) auszugehen. Der Abjat 1 schließt fich an § 13 Rr. 1, 2, ber Absat 3 an ben § 14 ber R.G.D. an.

Da die Erörterung der Sache in der öffentlichen Sigung bes Berichtshofs für Rompetenzkonflitte besonders schwierig ift, mar es angezeigt, für fie eine Mindestgebühr zu bestimmen (Abf. 2). (Motive.)

1. Durch bie Bebühr für ben Beichäftsbetrieb (Prozeggebühr) wird die gesammte Thatigfeit des Rechtsanwalts außerhalb ber 18

öffentlichen Situng beglichen, fo bie Information und die Anfertigung aller vortommenden Schriftsäte und insbesondere die Abfaffung ber Dentichrift.

2. Der Bezug ber Bebuhr nach lit. b fest boraus, bag in bie Erörterung ber Sache eingetreten murbe.

3. Die Bebühren berechnen fich bemnach auf bie Salft e ber nachstehenden Gate nach & 9 ber R.G.D .:

1.	bis 20 M einschließlich			lich				2			
2.	bon	mehr	als	20	bis	60	M	einschließlich	3	,,	
3.	**	. "	"	60	**	120	,,	"	4	,,	Im
4. 5.	,,	"	,,	120	**	200	25	"	7	,, }	Falle lit. b
õ.	**	n	**	200	**	300	**	"	10	"	10 .46
6.	**	**	**	300	"	450	**	"	14	"	10 .76
7.	**	"	"	450	**	650	"	"	19	,, ,	
8.	"	"	**	650	**	900	**	"	24	"	
9.	**	"	"	900	"	1200	**	"	28	"	
10.	"	"	"	1200	"	1600	**	"	32	"	
11.	**	"	"	1600	"	2100 2700	99	"	36	*	
12. 13.	"	**	"	2100 2700	"	3400	**	"	40	**	
	"	"	"	3400	"	4300	"	- "	44	**	
14. 15.	**	"	"	4300	"	5400	**	**	48 52	*	
16.	**	"		5400	"	6700	**	**	56	**	
17.	**	"		6700	"	8200	"	**	60	**	
	**	"		8200	"	10000	**	"		"	
18.	**	**	**	0200	"	10000	"	"	64	**	

Die ferneren Wertetlaffen fteigen um je 2000 M und bie Gebührenfage in ben Rlaffen bis 50 000 M einschlieflich um je 4 M. bis 100000 M einichließlich um je 3 M und barüber hinaus um je 2 M. (Siehe auch Bochinger, Brozefigeb. Gef., Gebührentabelle auf S. 264.)

4. Der Betrag ber Bergutung tann aber auch in analoger Anwendung bes § 93 ber R.G.O. f. R.A. abweichend von ben Be-ftimmungen bes Art. 3 und von ben Sapen bes § 9 ber R.G.O. burch Bertrag festgefest werben.

5. Die Gebühr von 1/20 ber voraufgeführten Gate hat ber Rechtsanwalt nur mit ber lebertragung ber Bertretung im Berfahren anzuiprechen.

Mit ber Abfassung der Denkschrift ift die volle Gebühr für ben Geschäftsbetrieb nach lit. a oben fällig. Birb ber Rechtsanwalt g. B. blog um Rat angegangen, jo fteht ihm bie Gebuhr nach § 47 Mbi. 1 der R.G.D. mit 1/10 3u.

6. Co insbesondere die allgemeinen Bestimmungen ber R.G.D.

vergleiche hiefer Anmertg. 1 zu Art. 1 auf G. 266.

Bu erwähnen ift, daß nach der hier einschlägigen Gebührenbestimmung bes § 8 ber R.G.D. ber niedrigfte Betrag einer Bebühr 1 M beträgt.

In den allermeiften Fällen wird jedoch eine Bertsgegen-

ftandssumme mit über 20 M in Frage fein.

Mrt. 4.

In allen anderen Angelegenheiten, für welche die Bergütung der Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts landeserechtlich zu regeln ist, sind ausschließlich die folgenden

Vorichriften maßgebend.

Diese Borschriften finden jedoch keine Anwendung auf die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts in den Ansgelegenheiten der Berwaltung und der Verwaltungserechtspslege, serner auf die Berufsthätigkeit, die ein Rechtsanwalt als Mitglied eines Gläubigerausschusserwalter, Zwangsverwalter, Nachlaßverwalter, Auftellungsvertreter oder Vertreter eines im Verteilungsversahren nicht ermittelten Verechtigten, als Vormund, Pfleger, Testamentsvollstrecker oder in einer ähnlichen Stellung ausübt 1)2).

Der Artitel leitet die Vorschriften ein, welche für alle nicht in den vorausgehenden Artiteln behandelten Angelegenheiten der Rechtspflege gelten, und bestimmt zugleich den Kreis dieser An-

gelegenheiten.

Ausgenommen sind die Angelegenheiten, für welche die Gebühren durch die Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmt sind (Abs. 1: "für welche die Vergütung landesgesehlich zu regeln ist").

Ausgenommen sind serner die Angelegenheiten der Berwaltung und der Berwaltungsrechtspflege, sür welche die Bestimmungen einer besonderen Alerhöchsten Berordnung, betressend die Gebühren der Rechtsanwälte in diesen Angelegenheiten, getten.

Ausgenommen sind endlich die Angelegenheiten, in denen sich die Vergütung der Thätigteit des Archisanwalts nach besonderen Vorschriften bestimmt. Diese Ausnahme betrifft nur Fälle einer Thätigteit, welche zu den eigentlichen Verufsgeschäften des Rechtsanwalts nicht gehört und deshalb häusig Versonen übertragen wird, die nicht Rechtsanwälte sind. Insbesondere kommt in Vetracht die Thätigkeit

1. als Mitglied eines Gläubigerausschusses (§ 91 Abs. 1, 2 ber R.K.D.).

2. als Kontursverwalter (§ 85 Abj. 1, 2 der N.R.D.),2)

3. als Zwangsverwalter (§§ 94, 153 bes Zw.Ges. und § 14 bes Eins.Ges. 3. Zw.Ges.),

4. als Rachlagverwalter (§ 1987 bes B.G.B.),

- 5. als Zustellungsvertreter (§ 7 Abi. 2 des Zw.Gei., § 1141 Abi. 2 des B.G.B.),
- 6. als Bertreter eines im Berteilungsversahren nicht ermittelten Berechtigten (§ 135 bes 3m. Gej.),

7. als Bormund ober Pfleger (§ 1836 des B.G.B.),

8. als Testamentsvollstreder (§ 2221 bes B.G.B.).

274 D. Bayrifche Gebührenordnungen ber Rechtsanwalte.

In diesen Fällen sind, soweit allgemeine Borschriften über die Bergütung der Thätigkeit erlassen, biese Borschriften maßgebend; soweit dies nicht der Fall ist, ist die Bergütung nach freiem Ermessen (Motive.)

1. Sofern eine allgemeine Borschrift über die Bergütung ber Thätigfeit nicht vorhanden ist, kann auch die Gebühr durch Bortrag nach 8 93 ber R.G.D. vereindart werden.

Setting many 9 33 bet 31.8.2. betembatt wetven

2. Eine allgemeine Borschrift über die Bergütung der Rechtsanwälte ist erlassen hinsichtlich ihrer Thätigkeit als Konkursverwalter.

Durch höchste Ministerialentschliegung vom 11. April 1901

Rr. 16965 murbe beftimmt:

§ 1. Die Vergütung des Kontursverwalters für seine Geschäftsführung richtet sich nach der Höhe der Altivmasse und bem Umfange der Thätigkeit des Verwalters.

§ 2. Beträgt die Attivmasse eines Konturies nicht mehr als 1000 M, so wird dem Kontursverwalter eine nach richterlichem Ermessen seltzusesende Bauschgebühr, welche inbessen 150 M nicht übersteigen soll, gewährt.

§ 3. Beirägt die Attivmasse eines Konturies mehr als 1000 M, so werden in gewöhnlichen Fällen, in welchen die Verwaltung weder besonders einsach noch besonders verwickelt oder anstrengend ist, bewilligt:

	Im Falle ber Erledigung nach										
von dem Betrage der Aktivmasse	S 1 H. S. Sunjietaaa	\$ 2 K. (piolitical)	Einstellung SES in späteren BES Stadien SE	Einstellung & S.	Cinstellung Scoon vor Ablaufder Scoon Anmeldung SP						
bis zu 1000 M	10%	8º/0	6°/,	5°/°	4°/0						
über 1000 M " " 5000 M	7%	6°/0	4%	3°/ ₀	2°/0						
" 5000 M " " 10000 M	5%	4%	3%	20/0	1 1/20/0						
,, 10000 M ,, ,, 20000 M	3%	21/20/0	2%	1 1/20/o	1°/0						
" 20000 M " " 50000 M	2%	11/20/0	10/0	1/2°/0	1/3 %						
" 50000 M	1%	1/20/0	1/80/0	1/40/0	1/50/0						

I. In den Angelegenheiten der Rechtspflege. Art. 4, 5. 275

Beiipiel :

Bei einer Aftipmafie von 6000 M beträgt bie Gebühr nach Spalte 1

§ 4. Für die Berechnung ber Bohe ber Attivmaffe ift § 52 Abi. 1 u. 3 bes R.G.R.G. maggebend.

Sofern die Berwaltung und Berwertung von Gegenftanden, welche gur abgesonderten Befriedigung bienen ober einem Ausjonderungsanspruche unterliegen, durch ben Konfursbermalter erfolgt, können biese Gegenstänbe be-hufs Berechnung ber Gebühren bes Konkursbermalters ihrem bollen Betrage nach in Unfat gebracht werben.

§ 5. Für besonders einfache Falle und für Falle, welche eine besondere Mühewaltung erheischen, bleibt eine entsprechende Minderung ober Erhöhung ber verhältnis-mäßigen Gebühr des § 3 bem Ermessen bes Gerichts

borbehalten.

Division of

§ 6. Bare Auslagen find in ber Gebühr nicht inbegriffen.

§ 7. Für den Fall eines Wechsels in der Berjon des Rontursbermalters bleibt die entsprechende Berteilung der tarifmäßigen Gebühren bem Ermeffen bes Berichts überlaffen.

Die Gebühr bes neu eintretenden wie die des ausgetretenen Berwalters kann in solchen Fällen um ein Bierteil erhöht werben.

§ 8. In Fällen der Bestellung mehrerer Kontursverwalter find die Gebühren für jeden derfelben nach Maßgabe der Beteiligung ber Attibmaffe bei ben einzelnen Geschäftszweigen gesonbert zu berechnen.

Der Vorbehalt bes § 5 findet auch hiebei Un-

wendung.

2(rt. 5.

Volle Gebühr im Sinne der folgenden Vorschriften ift die im § 9 der Reichsgebührenordnung für Rechts= anwälte bestimmte Gebühr mit der Maggabe, dag von 10000 bis 20000 Mark die Wertsklassen um je 2500 Mark und die Gebühren um je 4 Mark und von 20000 Mark an die Gebühren um je 5 Mark und die Wertsklaffen bis 100000 Mark um je 5000 Mark, bis 300000 Mark um je 10000 Mark, bis eine Million Mark um je 25000 Mark und darüber hinaus um je 50000 Mark fteigen.1)

Eine großere Bahl ber Bunbesftaaten hat in ber neueften Beit bei ber landesrechtlichen Regelung ber Gebühren ber Rechtsanwälte Gebührensage bestimmt, welche zum Teile niedriger sind als die Gebührensage des § 9 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte. Die im Artikel 5 getroffene Bestimmung steht im Einklange mit ben für Preußen, Württemberg, Dessen, Medlenburg, Schwerin, Medlenburg-Strelit, Olbenburg, Sachien-Coburg, Sachien-Altenburg, Anhalt erlaffenen Borichriften. (Dotibe.)

1. Siebe bie Gebührentabelle II im Anbang.

Art. 6.

Der Rechtsanwalt erhält für die Thätigkeit, die er zu seiner Information entwickelt, einschließlich der zu diesem Zwecke vorgenommenen Besprechungen und ber Einsicht von Aften zwei Behnteile 1) ber vollen Gebühr, jedoch mindestens zwei Mark.2) Ist die Thätigkeit des Rechtsanwalts besonders weitläufig oder schwierig, so tann die Gebühr bis auf fünf Behnteile 3) ber vollen Gebühr erhöht werden (Informationsgebühr).

Die Gebühr kann in einer Inftang 1) nur einmal

beansprucht merben. 5)

Vertritt der Rechtsanwalt den Auftraggeber in mehreren Inftangen, so erhalt er die Gebühr in der höheren Instang nur bann, wenn er in dieser zu seiner Information eine weitere Thatigkeit 6) entwickelt hat.

Die Gebühr beträgt nur ein Zehnteil ber vollen Gebühr, wenn bie Thatigkeit bes Rechtsanwalts bie

Zwangsvollstreckung betrifft. 7)

Die Gebühr kann nicht gefordert werden, wenn die Thätigkeit des Rechtsanwalts der Einleitung eines Prozesses vorausgeht und dem Rechtsanwalte die Prozeßgebühr oder eine Gebühr nach § 448) der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte zusteht, ferner wenn bie Thätigkeit bes Rechtsanwalts Mahnungen, Kundigungen ober Schreiben ähnlicher Art betrifft, die ber Einleitung einer Zwangsvollstreckung vorausgehen, und dem Rechtsanwalt eine Gebühr für den Antrag auf Ginleitung der Zwangsvollstreckung zusteht.

I. Zu ben Artiteln 6 bis 27. In ben Angelegenheiten ber Rechtspflege, die in den Art. 1 bis 3 nicht behandelt find, wird die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts in der Regel durch Einzelgebühren vergutet. Baufchgebuhren find nur in ben unter bie Art. 17 bis 24 fallenden Angelegenheiten bestimmt und auch in biefen nur für die Falle, in benen ber Rechtsanwalt die Rechte bes Auftraggebers in ber Eigenschaft eines für bas gange Ber-fahren Bevollmächtigten wahrzunehmen hat, nicht für bie Falle, in benen fich ber bem Rechtsanwalt erteilte Auftrag auf eine einzelne Thatigteit ober auf mehrere einzelne Thatigkeiten beschrankt (Art. 25).

Im Anjchluß an die Abvokatengebührenordnung von 1852 find Einzelgebühren bestimmt für die Information (Art. 6), für die Ratserteilung (Art. 7), für die Fertigung von Eingaben an Behörden (Art. 8), für Schreiben an Privatpersonen (Art. 9), für Bahrnehmung von Terminen (Art. 10), für die Mitwirtung beim Abschluß eines Bergleichs (Art. 11), für das Entwersen der Ur-tunde über ein Rechtsgeschäft (Art. 12) und für die Uebernahme ober Ablieferung bon Gelbern (Art. 27 Abj. 1, § 87 ber R.G.D.).

Für jede einzelne ber genannten Thatigteiten berfelben ober verschiedener Art barf eine besondere Gebühr angesett werben, soweit nicht in Art. 6, Abs. 2, 4, Art. 7 Abs. 2, Art. 8 Abs. 2, Art. 10 Abf. 2 ein Anderes beftimmt ift. Die Gebühren für eingelne Arten bon Geschäften follen ein hochftes Dag in berfelben Inftang nicht überfteigen (Art. 14).

Die Beftimmungen schließen sich, soweit nur immer möglich, an die entsprechenden Bestimmungen der Verordnung, betreffend bie Gebühren ber Rechtsanwälte in ben Angelegenheiten ber Berwaltung und ber Berwaltungerechtspflege, an.

II. Zu Artikel 6. Die Information ift schon begriffsmäßig eine Sache für sich. Sie bildet den Ausgangspunkt und die Grund-

lage ber ganzen weiteren Thatigfeit bes Rechtsanwalts.

Die Information umfaßt die gesamte Thatigfeit, die ber Rechtsanwalt entwidelt, um fich die für die Behandlung ber Gache erforderliche Kenntnis des Sachberhalts zu verschaffen. Durch die Informationsgebühr werden auch die sämtlichen Besprechungen, die der Rechtsanwalt mit dem Auftraggeber ober mit Dritten zum Zwecke der Information gepflogen hat, und die Ginsicht von Aften bergütet.

Die Informationsgebühr fteht bem Rechtsanwalt auch bann gu, wenn es zu einer inftanziellen Berhandlung ber Sache nicht tommt. In berfelben Inftang erhalt ber Rechtsanwalt bie Be-

bühr nur einmal.

Der Begriff "Inftang" bedarf feiner Erlauterung; er . wird als befannt vorausgesett. Durch Urt. 27 wurde ber § 26, § 29 Abf. 2, § 30, § 31 Abj. 1, § 32 bis 36 ber R.G.D., welche ben Umfang ber Instanz näher bestimmen, für entsprechend anwendbar erflärt.

hat der Rechtsanwalt den Auftraggeber schon in der unteren Inftang vertreten, jo erhalt er in ber hoheren Inftang eine Informationsgebuhr nur bann, wenn er in biefer Inftang eine weitere Thätigkeit zu seiner Information entwickelt hat. Mbj. 3, ber dies bestimmt, ift nur ber Deutlichkeit wegen beigejest. Er bringt für einen bejonderen Fall ben allgemein geltenben Grundsat zum Ausbrucke, daß die Insormationsgebuhr nur bann gewährt werben soll, wenn der Rechtsanwalt in der Instanz zu seiner Insormation eine besondere Thätigkeit entwickelt.

Die Gebühr des Art. 6 erhält der Rechtsanwalt gesondert neben den Gebühren aus Art. 7 bis 13, in derselben Instanz aber nur einmal, auch wenn er mehrere nach Art. 7 bis 13 gebühren-

pflichtige Geschäfte beforat bat.

Die Informationsgebühr beträgt in der Regel zwei Behnteile ber bollen Gebühr. Dies wird unter Umftanben nicht genugen, wenn ber Rechtsanwalt, um fich zu informieren, eine befonders ichwierige ober zeitraubende Thatigteit zu entwickeln hat, insbesonders wenn er zu biefem Zwecke umfangreiche Atten einzusehen ober gablreiche Besprechungen zu pflegen hat. In solchen Fallen barf Die Gebuhr bis gu fünf Behnteilen ber vollen Gebuhr erhöht werden. Db eine Erhöhung und welche Erhöhung einzutreten hat, wird nach ber gesamten in ber Inftang jum 3wede ber Information in Diefem Falle entwidelten Thatigteit gu bemessen und im Streitsalle vom Prozegrichter zu entscheiden sein. Hiebei wird davon auszugehen sein, daß Abs. 1 Sap 2 einen Ausnahmefall im Auge hat und nur bann anzuwenden ift, wenn zwei Behnteile ber vollen Gebühr, wie fie fich im bejonderen Falle berechnen, für die besondere Mühewaltung des Rechtsanwalts eine genügende Bergütung nicht bilben. Gleichwie nach ber Berordnung für die Ungelegenheiten ber Bermaltung und ber Bermaltungsrechtspflege beträgt auch hier die Gebuhr minbeftens 2 M.

Berrifft die Thätigkeit des Rechisanwalts die Zwangsvollstreckung, so ift im Hindlick auf die Bestimmung des § 23 Nr. 2 der N. E. eine Informationsgebühr von einem Zehnteile der vollen Gebühr neben der Gebühr für die Eingabe an die Behörde oder für ein anderes in Betracht kommendes Geschäft genügend. Hieher gehören die Fälle der Eintragung einer Sicherungshypothek nach §§ 866, 932 der Civilprozesordnung und der Vormerkung einer Hypothek nach Art. 40, 44 des Gesehes vom 29. Mai 1886, Kenderungen der Bestimmungen über die Jwangsvolftreckung in

bas unbewegliche Bermogen betreffenb.

Micht die gesamte Thätigkeit des Rechtsanwalts, die sich auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten bezieht, fällt unter den § 1 der R.G.D. Bezweckt die Thätigkeit des Rechtsanwalts nicht die Bordereitung oder die Einkeitung des Prozesses, ist sie vielniehr dazu bestimmt, das gerichtliche Versahren zu vermeiden, so sind die landesrechtlichen Gebührenbestimmungen maßgebend. Hied gescheren insbesondere die Eingaden an die zur Vertretung des Gesprens berusene Behörde und die Schreiben an den Gegner des Auftraggebers, welche der Einkeitung eines Nechtsstreits vorausgehen und den Rechtsstreit übersstüßig nuchen sollen. Ebensowenig fällt unter den § 1 der R.G.D. die Thätigkeit des Rechtsanwalts, die erst darauf gerichtet ist, die materiellrechtliche Grundlage sür ein gerichtliches Versahren zu schassen, 3. B. die Nachnungen, Kündigungen oder Schreiben ähnlicher Urt. In allen diesen Küllen steht dem Rechtsanwalt eine Gebühr aus Art. 6 nicht zu, wenn

es zu einem Rechtsftreite kommt und dem Rechtsanwalte die ganze Prozesgegeühr oder eine Gebühr aus § 44 der R.G.D. zuskeht. Erhält der Rechtsanwalt nur die hälfte der Prozesgebühr auf grund des § 14 der R.G.D., so ist die besondere Gebühr des Art. 6 nicht vorzuenthalten, da die Eingabe an die zur Bertretung des Gegners berufene Behörde oder das Schreiben an den Gegner ebenso wie die Einreichung der Klageschrift oder die Zustellung des Schriftigkes in dem Falle des § 14 der R.G.D. eine Erhöhung der Insprumationsgebühr rechtfertigt (Art. 6 Abs. 5 Halbsah 1). Nur die Insprumationsgebühr rällt in den Fällen des Abs. 5 Halbsah 1). Nur die Insprumationsgebühr fällt in den Fällen des Abs. 5 Halbsah 1. weg, nicht dagegen die Gebühr für die Eingabe an die Behörde nach Art. 8 oder die Gebühr für das Schreiben nach Art. 9.

Betrifft bie Thatigfeit bes Rechtsanwalts eine Dahnung, Ründigung ober ein ahnliches Schreiben, bas ber Ginleitung einer Brangsvollftredung vorausgeht, jo erhalt ber Rechtsanwalt eine besondere Informationsgebühr hiefür nicht, wenn er ben Untrag auf Ginleitung ber Zwangsvollftredung ftellt. Die Informations. gebühr tommt ihm gu, wenn er eines jener Schreiben gefertigt, hierauf die Bartei felbst ober für fie ein Bertreter ben Antrag auf Einleitung ber 3mangevollftrectung geftellt hat und ber Rechteanwalt erft fpater wieber, wenn auch in bemfelben 3mangevollftredungsberfahren, fur bie Bartei thatig wird; bie ber 3mangevollstredung vorausgebenbe Thatigteit und die auf die Rmanasbollftredung bezügliche Thatigteit muffen bemnach zusammenhangen, wenn die Informationegebuhr für jene Schreiben wegfallen foll (Art. 6 Abi. 5 Salbfag 2). Rur für bie eines jener Schreiben betreffende Informationsthätigkeit erhalt ber Rechtsanwalt eine Informationegebuhr nicht; fie tommt ihm aber zu fur die den Antrag auf Ginleitung ber Bmangevollftredung betreffende Informationethatigleit, wenn die Bergütung für den Antrag sich nach den Art. 4 ff. bemißt (Art. 6 Abs. 4, Art. 8). Für den Antrag auf Einleitung ber 3mangevollstredung tann bem Rechtsanwalt eine Gebühr, abgesehen von Art. 8, auf grund bes § 23 Rr. 2 ber R.G.D., bes § 2 ber Allerhöchsten Berordnung vom 25. Geptember 1879 (Art. 28 Abj. 4), bes Art. 17 Abj. 2 ober bes Art. 19 Abj. 2 auftehen.

Im Interesse einer geordneten Kasse- und Rechnungssührung des Rechtsanwalts würde es liegen, zu bestimmten, daß in den Källen des Abs. 5 zwar eine Insormationsgebühr gewährt werde, daß sie aber auf die Jwangsvollstreckungsgebühr anzurechnen sei. Sievon muß aber abgesehen werden, da über die dem Rechtsanwalte nach der Reichsgebührenordnung (§ 23 Nr. 2) zukommende Vergütung hier nicht versigt werden kann. (Motive.)

- 1. Giche Gebührentabelle im Unhang.
- 2. Siedurch ift eine Ausnahme von der allgemeinen Bestimmung des § 8 ber R.G.D., wonach ber Mindestbetrag einer Gebühr nur 1 & beträgt, geschaffen.
- 3. Die Erhöhung tann auf 3-, 4- ober 5-Zehnteile ber vollen Gebühr erfolgen.

4. Hinsichtlich bes Begriffes und bes Umfangs ber Instanz siehe Näheres auch bei Bochinger, Prozefigeb. Gel. §§ 28, 30, 31 bes R.G.K.G. Seite 46 ff. und §§ 25 ff. ber R.G.D. f. R.A. Seite 211 ff.

5. Die Informationsgebühr mirb für jeben Auftrag gesonbert

berechnet.

Es liegt aber nur ein Auftrag vor, wenn mehrere Beteiligte, die unter einander in Rechtsgemeinschaft stehen, den Rechtsanwalt gleichzeitig oder nacheinander zu ihrer Bertretung bestellen. In diesen Fällen kann die Insormationsgebühr mit Mücsicht darauf, daß eine berücksichtigungswerte Wehrarbeit für den mehrere Beteiligte vertretenen Anwalt nicht notwendig entsieht, nur einmal und zwar aus dem Gesantbetrage der Anteile oder aus der Wertsgegenssandssumme des Rechtsgeschäfts berechnet werden.

Was die Haftung der einzelnen Beteiligten dem Rechtsanwalte gegenüber anlangt, so erstreckt sich dieselbe auf die aus ihrem Anteilsbetrage sich berechnende zwei Zehnteils-Gedühr. Z. B. Drei Geschwister sind als Erben ihres Onkels zu ein Viertel des Nachlasse desielben eingesett. Beträgt nun der die Geschwister betressende Gesant-Anteil 6000 M, so berechnet sich die Inspormationsegbühr auf 11 M 20 Z und ist jedes der Geschwister dem Rechtsanwalte gegenüber sur 7 M 20 Z verhaftet. Vergleiche hieher § 3 der R.C.D. s. K.U., dann § 3 der R.C.B.D. (R.Ger.E. Bd. 33 S. 427, J. W. 1901 S. 717.)

6. Es muß eine zur Information gu gablende Thatigleit borliegen.

7. Die Ermäßigung der Informationsgebühr auf die Hälfte bezweckt, eine Gebührengleichheit mit der Borichrift des § 23 der R.G.D. hervbeizusühren. Da der Nechtsanwalt nach Art. 8 für die Eingabe an eine Behörde zwei Zehnteile der vollen Gebühr erhält, so berechnet sich in der Zwangsvollstreckungsinstanz seine Gebühr im Jusammenhalte mit der hiefür bestimmten halben Informationsgebühr auf den gleichhohen Betrag wie den der Gebühr nach § 23 der N.G.D.

8. Nach § 44 ber R.G.D. steht bem Rechtsanwalte, welcher lediglich ben Berkehr der Partei mit bem Prozestebenlmächtigten führt, eine Gebühr in ber höhe ber Prozestgebuhr zu.

lleber bie Borausiehung jum Bezuge biefer Gebuhr fiehe bie Anmerkungen ju § 44 ber R.G.D. (Bochinger, Prozefigeb. Gef.

S. 226).

Art. 7.

Der Rechtsanwalt erhält für die Erteilung eines

Rates ein Zehnteil der vollen Gebühr 1)2).

Hat der Rechtsanwalt im Anschluß an die Erteilung des Rates eines der in den Artikeln 8 bis 12 bezeichneten Geschäfte vorzunehmen, für das nach diesen Artikeln oder

nach Artikel 13 eine besondere Gebühr anzuseten ist, so tann die Gebühr für das Geichaft nur gefordert werden. iomeit fie die Gebühr für den Rat übersteigt3).

Eine besondere Gebühr neben der Gebühr für die Information erhalt ber Rechtsanwalt für bie Erteilung eines Rates. Der Begriff ber Ratserteilung ift berfelbe, wie im § 47 ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte. Nicht jede Neugerung über nebenfachliche Buntte ift als Ratserteilung anzusehen, sondern nur eine Aeußerung die für die Beurteilung und Auffassung einer Ange-legenheit und bemnächst für die Art und Beije ihrer Behandlung bon Einfluß und Bedeutung ift. Wird eine Angelegenheit in mehreren unmittelbar aufeinander folgenden Besprechungen behandelt, so liegt regelmäßig nur eine einmalige, wenn auch nach und nach bie ganze Angelegenheit umfaffende Raterteilung bor (Entscheibungen bes Ehrengerichtshofe für beutsche Rechtsanwalte Band 3 G. 9, Band 4 S. 63, Band 8 S. 247).

Befteht zwischen ber Erteilung bes Rates und einem anberen von dem Rechtsanwalte vorgenommenen Geschäft ein innerer Bufammenhang, fo erhalt ber Rechtsanwalt neben ber Behühr für Diefes Geschäft nicht noch eine Gebuhr für bie nur vorbereitenbe Ratserteilung, wenn ber Rat munblich erteilt wird; er erhalt die Gebühr für bas Geschäft nur insoweit, als fie bie Gebühr für ben Rat übersteigt (Abi. 2). Für einen schriftlich erteilten Rat gilt biefe

Beschränkung nicht (Art. 9 Abs. 3). (Dotive.)

1. Die Bebühr bes Urt. 7 ift eine Ginzelgebühr b. b. fie tann unabhängig von weiteren Gebühren nur für fich allein gur Erhebung tommen.

2. Berichieben von bem "Rat" ift bas ausgearbeitete Butachten mit juriftischer Begrundung, für welches ber Rechtsanwalt eine angemeffene Bergutung nach § 88 ber R.G.D. zu bean-

ipruchen hat.

Sind mehrere Rechtsangelegenheiten mit verschiedenen Dbjetten Begenstand ber Ratserteilung gewesen, jo ift bie Gebühr für jebe Angelegenheit gesondert zu berechnen. Unerheblich ift aber, ob mehrere Rechtsfragen erortert werben. Bergleiche hieher auch R.Ger.E., II. Str. S. v. 5. 10. 86 (3.28. 459. III. 5).

Der Rechtsanwalt erhalt gegebenen Falls für Information und Ratserteilung Busammen brei Zehnteile ber vollen Gebuhr, was ber Gebuhr nach § 47 b. R.G.D. entspricht.

Im Falle ber Erledigung bes Auftrages vor beenbeter Ratserteilung bemißt fich die Bebuhr nach Maggabe bes Art. 13 und beträgt minbeftens eine Mart. Giebe auch Art. 13.

3. Diefe Borichrift ift nur anwendbar, wenn bem Rechtsanwalte für bas Beichaft eine hohere als bie Ginzehntel-Bebuhr zusteht. Hat berfelbe für bas Geichaft 2-, 3-, 4- ober 5-Behnteile ber vollen Gebühr zu erhalten, so berechnet sich, soserne er die Gebühr des Art. 7 zum Ansabe bringt, die Gebühr für das Geschäft nur nach 1-, 2-, 3- oder 4-Zehnteilen. 3. B.: Der Rechtsanwalt hat in einer Handelsregisterangelegenheit nach Ansormationsentgegennahme und Ratserteilung an die Registerbehörde eine Erklärung eingereicht. Bei einer Wertsgegenstandssumme von $1000\,\text{M}$ hat nun der Nechtsanwalt $5\,\text{M}$ 60 δ Ansormationsgebühr, $2\,\text{M}$ 80 δ für Katserteilung und nur noch $2\,\text{M}$ 80 $\delta = \frac{1}{10}$ als Gebühr des Art. 8 anzubrechen.

21rt. 8.

Der Rechtsanwalt erhält zwei Zehnteile ber vollen Gebühr, jedoch mindestens zwei Mark, für Anträge, Erskärungen und Beschwerden 1) bei Behörden 2). Die Gebühr kann bis auf vier Zehnteile der vollen Gebühr ershöht 3) werden, wenn die Thätigkeit des Rechtsanwalts bes

fonders weitläufig oder schwierig ift.

Hat der Rechtsanwalt die einem Antrag oder einer Erklärung zu grunde liegende Urkunde entworfen und erhält er hiefür eine Gedühr nach Artikel 12, so steht ihm für den Antrag oder für die Erklärung die Gedühr aus Abs. 1 nur dann zu, wenn der Antrag oder die Erklärung eine das Sach und Rechtsverhältnis entwickelnde Darstellung enthält und deren Einreichung vom Auftraggeber verlangt wird 4).

Für bloße Benachrichtigungen, Beschseunigungsgesuche, kurze Anzeigen, Gesuche um Abschriften oder Aussertigungen und für ähnliche Schreiben erhält der

Rechtsanwalt nur Schreibgebühren 5).

Für bloße Benachrichtigungen, Beschleunigungsgesuche, kurze Anzeigen und Schreiben ähnlicher Art an Behörben erhält ber Rechtsanwalt nur Schreibgebühren (Abs. 3), für alle übrigen Anträge, Erklärungen und Beschwerben bei Behörben bagegen die

beionbere Bebühr bes Art. 8.

Mle Eingaben an Behörben gehören hieher, gleichviel ob bie Eingabe an eine Staatsbehörbe ober an eine Gemeinbebehörbe, ob an bie in der Sache enticheibende ober an eine ermeinbebehörbe, ob an bie in der Sache enticheibende ober an eine ermeinte ober sonst mit Ermittelungen besahte Behörde gerichtet ift. Es begründet auch keinen Unterschied, ob die Behörde als Trägerin staatlicher Junktionen ober als Bertreterin privatrechtlicher Interessen, 3. B. als Bertreterin des Fiskus angegangen wird.

Der Rechtsanwalt erhält die Gebühr für die Anfertigung des Antrags, der Erklärung oder der Beichwerde. Die Gebühr ist demnach mit der Ansertigung, nicht erst mit der Einreichung bei der Behörde, verdient. Es ist deshalb auch gleichgiktig, od der Rechtsanwalt das Schreiben selbst unterschreibt oder von dem

Auftraggeber unterschreiben läßt.

Gemäß § 5 der R.G.D., der nach Art. 27 Abs. 1 Anwendung

findet, erhält ber Rechtsanwalt die Gebühr aus Art. 8 auch bann. wenn er die Eingabe nicht felbst verfertigt, sondern nur unterzeichnet.

Die Bestimmung bes Abi. 2 entspricht wohl in ber Regel

bem Billen ber Beteiligten.

In ber Regel merben zwei Rehnteile ber bollen Gebühr für Antrage, Ertlarungen und Beschwerben an Behorben, die nicht unter ben Abj. 3 fallen, genugen. Ausnahmsweise barf aber mit Rudficht auf die Beschaffenheit bes einzelnen Falles die Gebühr bis zu vier Zehnteilen erhöht werben. Auch hier gilt das zu Art. 6 Abs. 1 Sat 2 Bemerkte. Wie in der Berordnung für die Angelegenheiten ber Bermaltung und ber Bermaltungerechtspflege ift eine ben Mindeftjat bes § 8 ber R.G.D., ben Betrag bon 1 M. überfteigende Mindeftgebühr festgejest. (Dotibe.)

1. Ohne Belang ift, wie bie bom Rechtsanwalte gefertigte Eingabe bezeichnet ift, g. B. ob als Antrag, Gefuch oder Mitteilung. Borausfegung ift nur, daß biefelbe nicht eine einfache Benachrichtigung 3. B. eine Bohnungs- ober Aufenthaltsmitteilung, nicht ein Erinnerungsschreiben ober ein Gesuch um Abschriften, Ausfertigungen ober um Roftenbefanntgabe ift.

2. Nur die Eingaben an Behörden (Staats., Rirchen- und Bemeindebehörden), dann an die Berwaltungen öffentlicher Stiftungen fallen unter den Art. 8, die Eingaben an Privatpersonen (Berficherungsgesellichaften, Bereine und Brivatbureaur) hingegen unterliegen

ber Gebührenvorichrift bes Urt. 9.

3. Die Erhöhung tritt ein auf brei ober vier Behnteile ber

vollen Gebühr.

Erledigt fich ber Auftrag bevor ber Antrag u. f. w. bei ber Behorbe eingereicht ift, fo berechnet fich die Bebuhr fur bas unvollständige Geichaft nach ber Borichrift bes Urt. 13 und beträgt mindeftens 2 M. Giehe Urt. 13.

4. Nach Art. 12 erhält ber Rechtsanwalt für ben Entwurf ber Urtunde über ein Rechtsgeschäft zwei bis fünf Behnteile aus-

nahmsweise mehr bis gur vollen Gebuhr. Ift neben ber Urtunde noch eine bas Sach- und Rechtsverhältnis entwickelnde Darftellung nötig und wird deren Ein-reichung vom Auftraggeber verlangt, so hat der Rechtsanwalt neben ber Bebühr bes Art. 12 auch noch die Gebühr bes Art. 8 Abi. 1 anzusprechen.

5. Die Schreibgebühr beträgt nach § 80 bes R.G.R.G. § 76 ber R.G.D. f. R.M. (vergleiche auch Wochinger, Prozeggeb. Gef. C. 101 u. 243) für die Seite, welche minbeftens zwanzig Zeilen von durchschnittlich zwölf Gilben enthalten muß, 10 d. Bu beachten ift, bag für Die Aufschriften auf Briefumichlagen ober Batethüllen Schreibgebühren nicht berechnet werben burfen.

Mrt. 9.

Der Rechtsanwalt erhält ein Zehnteil der vollen

Gebühr für Absassung eines Schreibens an eine andere Privatperson 1) als den Auftraggeber, wenn es rechtliche Aussührungen oder sachliche Auseinandersehungen enthält 2).

Für die der Einleitung eines Prozesses oder einer Zwangsvollstreckung vorausgehenden Mahnungen, Künsdigungen oder Schreiben ähnlicher Art kann diese Gebühr nicht gesordert werden, wenn dem Rechtsanwalte die Prozesgebühr, eine Gebühr nach § 44 der Reichsgebührensordnung für Rechtsanwälte oder eine Gebühr für den Antrag auf Einleitung der Zwangsvollstreckung zusteht 3).

Auf ein Schreiben an den Auftraggeber, das einen von diesem erbetenen Rat enthält, findet die Bestimmung des Art. 7 Abs. 1, auf ein Gutachten mit juristischer Begründung die Bestimmung des § 88 der Reichsgebührens

ordnung für Rechtsanwälte Anwendung 4).

Für andere Schreiben erhält ber Rechtsanwalt nur

Schreibgebühren b).

Für Schreiben an ben Auftraggeber steht bem Rechtsanwalt eine besondere Gebühr nur bann zu, wenn sie eine Ratserteilung ober ein Gutachten mit juristischer Begründung enthalten (Abs. 3).

Für Schreiben an eine andere Privatperson als den Auftraggeber steht dem Rechtsanwalt eine besondere Gebühr in der Höße von einem Zehnteile der vollen Gebühr nur dann zu, wenn sie rechtliche Aussührungen oder sachliche Aussinandersetzungen enthalten

Unter ben Åbs. 1 fallen auch die der Einleitung eines Prozesses oder einer Zwangsvollstreckung vorausgehenden Wahnungen, Kündigungen oder Schreiben ähnlicher Urt. Schon disher wurde vielsach in der Prazis angenommen, daß für sie eine besondere Gebühr neben der Prozesgebühr oder der Zwangsvollstreckungsgebühr nicht beansprucht werden kann. Die gegenwärtige Verordnung sieht auf demielden Standpunkte (Mbs. 2). Die Gebühren, die für den Antrag auf Einleitung der Zwangsvollstreckung in Verracht kommen können, sind in dem vorletzten Absahe der Begründung dum Art. 6 bezeichnet. (Motive.)

1. Zu ben Privatpersonen sind auch die juristischen Versonen (§§ 21 bis 89 bes B.G.B.), dann Handelsgesellschaften (§ 6 bes H.G.B.) au gählen.

2. Neben ber Gebühr bes Abj. 1 kann bei gegebener Borausjetung auch eine Gebühr nach Art. 6 anfallen.

3. Nach bem gegenwärtigen Rechtszustande sallen nicht unter § 1 ber R.G.D. Mahnbriefe, Künbigungsichreiben u. dgl. und war die Feststellung einer Gebühr sür biese Art der Thätigkeit der Rechtsanwälte der Landesgesetzgebung überlassen. (Siehe auch Bl. f. R.M. Ab. 63 S. 49, 412, J. W. 1901 S. 119.) Durch den Art. 9 ist nun zunächst eine Vebühr von ein Zehnteil hiefür sestgesetzt worden

mit der Einschränkung des Wegsalles jedoch, soferne die Voraussjehung des Abs. 2 gegeben ist, weil in diesen Fällen die obenerwähnte Thätigkeit der Nechtsanwälte als zum Prozesbetrieb gehörend zu betrachten ist und durch die Prozesgebühr beglichen wird. (Siehe auch Beschl. des Ob.L.G. Bamberg v. 20. April 1901, Sig. b. Entschhog. n. F. Bb. II. S. 899.)

Bas nun die Ersatmäßigkeit ber bem Rechtsanwalte für Mahn- ober Rundigungssichreiben guftebenben Gebuhr anlangt, jo

burfte biefe Frage im allgemeinen zu verneinen fein.

Unbestritten hat der Schuldner dem Gläubiger nach § 286 bes B.G.B. den durch seinen Verzug entstehenden Schaden zu ersehen. Der Ersah umfaßt aber nur den durch den Verzug herbeigesührten und durch zweckentsprechende Rechtsverfolgung entstandenen Schaden nicht aber den durch überssässige Mahnahmen des

Gläubigers erwachsenen weiteren Schaben.

Für die hier in Betracht kommenden Willenserklärungen des Glänbigers ichreibt das Virgerliche Gefesduch eine Schriftorm nicht vor und kann daher ein jeder des Schreibens Kundige seine Rechte mittelst einsacher Nahmung oder Zahlungsaufjorderung auch ohne Inanipruchnahme eines Nechtsauwaltes wahren. Will er dies, sei es aus Bequemlicheit oder sonstigen Gründen, nicht thun und bei der dentrac einsachsen Sach- und Nechtslage einen Umwalt bemühen, so thut er dies auf seine Kosten und kann die hiedurch erwachsenen Kosten keineskalls dem Schuldner ausbürden. (Vergleiche hieher Mugdan-Falkmann, Nechtsprechg, der Derlandesgerichte, Bd. 2 S. 428, Bd. 3 S. 168; Bl. s. N.K. Bd. 63 S. 302, 415, Juristen-Jtg. 1901 S. 240, § 287 der R.C.B.D.)

Siehe hingegen Abhandlung bei Merzbacher (S. 55), welcher

bie Frage ber Erfanmagigfeit ber Dahnichreiben bejaht.

Erfüllt auf außergerichtliche Mahnung hin der Schuldner seine Leistung teilweise und erhebt der Gläubiger wegen der restigen Leistung Klage, so können die auß außergerichtliche Mahnung erwachsenen für die Teilleistung außzuscheidenden Kosten nur neben dem hauptanspruche als Nebenforderung verlangt nicht aber als Prozehstosten liquidiert werden.

Siehe auch Art. 6 Abj. 5 u. Anmertg. hiezu.

4. lleber die Höhe der Vergütung nach § 88 der R.G.D. wird im Prozeswege nach eingeholtem Gutachten des Vorstandes der Anwaltskammer, welcher der betressende Nechtsanwalt als Mitglied angehört, entschieden.

Im Falle ber Burudnahme bes Auftrages beträgt die Minbeft-

gebühr 1 M. Siehe auch Art. 13.

5. Giebe Unmertg. 5 gu Urt. 8.

Art. 10.

Für die Wahrnehmung eines Termins 1) vor einer Behörde 2) erhält der Rechtsanwalt drei Zehnteile der

vollen Gebühr, jedoch mindestens drei Mark; werden in berselben Instanz mehrere Termine wahrgenommen, so beträgt die Gebühr fur den zweiten und fur jeden weisteren Termin zwei Zehnteile der vollen Gebühr, jedoch

mindeftens zwei Mark (Terminsgebühr).

Für die Wahrnehmung eines Termins, der nur zur Uebernahme oder zur Ablieferung von Geldern oder Wertpapieren8) bestimmt ist, erhält der Rechtsanwalt eine Terminsgebühr nur dann, wenn die lebernahme oder die Ablieferung in dem Termine nicht stattfindet. Die Gebühr beträgt in diesem Falle ein Behnteil der vollen Gebühr, jedoch nicht mehr als die Gebühr für die Uebernahme oder die Ablieferung betragen hätte 4).

Der Rechtsanwalt erhalt auf grund biefes Artitels eine Bebühr für die Wahrnehmung eines Termins vor einer Behörde. Unter den Artikel fällt beninach nicht jede Thatigkeit bes Rechtsanwalts außerhalb feiner Geschäftsräume an einem hiezu bestimmten Orte zu einer beftimmten Beit, fonbern nur bie Thatigfeit bor einer Behorbe, wenn auch in einem außerhalb ber Beschäftsräume ber Behörbe abgehaltenen Terminc. Rechtsanwalt seinem Auftraggeber Beiftand bei einer Besprechung mit einem Dritten an einem hiezu bestimmten Orte außerhalb feiner Weichäfteraume, fo ift bie Webuhr auf grund bes Urt. 26 gu

bestimmen.

Es ift gleichgiltig, ob der Rechtsanwalt als Bertreter ober als Beiftand ben Termin mahrnimmt (Urt. 27 Abj. 1, § 4 ber R.G.D.). Er erhalt die Terminsgebühr, wenn er in bem Termine zum Zwecke ber Wahrung ber Rechte bes Auftraggebers anwesend ift, und zwar in der Regel auch bann, wenn ber Termin fofort vertagt wird, ohne baß es zu einer Thatigteit bes Rechtsanwalts in der Sache felbst tommt. Db nicht der Anspruch auf eine Bebuhr im einzelnen Falle wegfällt, weil die hinderungsurfache in ber Berson bes Rechtsanwalts ihren Grund hat ober weil ber Rechtsanwalt die Bertagung noch rechtzeitig vor dem Termine schriftlich hatte beantragen können, ift nach ber Lage des Falles zu bestimmen.

Der Abs. 2 behandelt ben Fall, daß ein Termin le dig lich dur Uebernahme oder gur Ablieferung von Gelbern ober Bert-papieren beftimmt ift. Benn bie lebernahme ober bie Ablieferung in dem Termine ftattfindet, erhalt ber Rechtsanwalt nur die Bebuhr auf grund bes Art. 27 Abf. 1, § 87 ber R.G.D. Gine Terminsgebühr erhalt der Rechtsanwalt, wenn die lebernahme ober bie Ablieferung in dem Termine nicht stattfindet, gleichviel, ob fie

überhaupt unterbleibt ober später noch erfolgt.

Wie in der R. Berordnung für die Angelegenheiten ber Berwaltung und der Berwaltungspflege find für die Falle des Abi. 1

. . .

Mindeftgebühren, die ben Betrag von 1 M überfteigen, beftimmt. (Motive.)

- 1. Neben ber Informationsgebühr und eventuell ber Gebühr nach Art. 8 erhalt ber Rechtsanwalt für bas verfonliche Ericheinen in einem Termine die spaenannte Terminsgebühr. hat er lich burch einen anderen Rechtsanwalt vertreten laffen, fo fteht ihm die Bebuhr nur einmal gu. Die Bebuhr erhoht fich im Falle ber Bahrnehmung eines zweiten ober eines dritten Termins in berfelben Anftang auf funf- u. baw. fieben Rehnteile. In berfelben Inftang jeboch fteht bem Rechtsanwalte an Terminsgebühren nicht mehr als eine volle Gebuhr gu. (Siehe Art. 14 Abf. 2.)
- 2. Die Gebührenbestimmung bes Art. 10 tommt auch gur Unwendung für die Bahrnehmung eines außerhalb der Beichaitsraume ber Beforbe (3. B. bei ben fogenannten auswärtigen Berichtstagen) abgehaltenen Termines. Borausjegung ift aber, bak der Termin vor einer Behörde nicht vor einer Privatperson mahrgenommen wirb.

Falls ber Termin por einem britten an einem biegu beftimmten Orte außerhalb ber Beichaftsräume bes Rechtsanwalts wahrgenommen wird, so erhält der Rechtsanwalt nach Art. 26 und § 89 ber R.G D. eine unter entsprechenbe Unwendung ber Beftimmungen biefer Berordnung ober ber Reichsgebührenordnung au bemeffenbe Gebühr. Dieje Gebühr betragt minbeftens 3 baw. 2 M und höchftens brei bam. zwei Rebnteile ber vollen Gebuhr.

Im Falle ber Burudnahme bes Auftrages, bebor ber Termin begonnen hat, ber Rechtsanwalt aber gur Bahrnehmung besfelben fich ichon im Gerichtsgebaube ober auf bem Bege zu bemfelben befindet, ift die Borichrift bes Urt. 13 maggebend. Die bie-

nach zu bemeffende Mindeftgebühr beträgt 3 M.

3. Für die Erhebung und Ablieferung von Gelbern erhalt ber Rechtsanwalt eine Gebühr:

pon 1 M für jebes angefangene Sundert bes Betrages bis 1000 #:

von 50 & für jebes angefangene hundert bes weiteren Be-

trages bis 10000 M;

von 25 & für jedes angefangene hundert des Mehrbetrags. Für Erhebung und Ablieferung von Bertpapieren erhalt ber Rechtsanwalt nach Maggabe bes Bertes bie Galfte ber porftebenben Gebühren.

Die Gebühr für Erhebung und Ablieferung von Gelbern

kann von diesen bei der Ablieferung entnommen werden. Siebe Art. 27 Abs. 1, § 87 der RG.D. und Tabelle auf

S. 263 bei Bochinger, Prozeggeb. Bej.

- lleber Berechnung bes Wertes ausländischer Gelbsorten und Bertpapiere und über ben Begriff Bertpapiere fiehe hinterlegungsgebührenordnung G. 233.
- 4. Die Mindestgebühr in biesem Falle ift bei Gelbern 1 M, bei Bertpapieren 50 d. Bei ber lebernahme ober Ablieferung bon Roftbarkeiten erhalt ber Rechtsanwalt die Gebühren nach Abi. 1.

Berden Gelber und zugleich Bertpapiere von gusammen unter 100 M Bert übernommen ober abgeliefert, jo beträgt bie Minbeftgebühr 1 M.

Mrt. 11.

Für die Mitwirkung beim Abschluß eines Vergleichs 1) erhält der Rechtsanwalt die volle Gebühr 2).

Der Urt. 11 enthalt bie Bestimmung über bie Bergütung ber Thatigfeit bes Rechtsanwalts aus Unlag ber Mitwirfung bei bem Abichluß eines Bergleichs. Ihre Aufnahme erscheint besonders angezeigt im hindlich auf die oft vorkommende Berbeiftandung von Barteien bei Vergleichsverhandlungen vor den Vormundschafts- und Nachlaggerichten in Fallen, in benen ein Auftrag zur Rlagestellung bem Rechtsanwalt noch nicht ober nur für den Fall erteilt ift, daß ein Bergleich nicht zu ftande kommt. Bei ber Regelung ber Bergütung ift von ber Bestimmung bes § 13 Abs. 1 Rr. 3 der R.G.D. ausgegangen.

Borichriften für ben Abschluß von Bergleichen in einem Suhneverfahren (§ 37 R.G.D.) find ebensowenig veranlagt, wie

Borichriften für Gubneverfahren überhaupt.

Bird der Bergleich in einem Termine bor einer Behörde abgeschlossen, jo erhalt ber Rechtsanwalt neben ber Bergleichisgebühr noch die Gebühr für die Wahrnehmung des Termins. Die jämtlichen Terminsgebühren und die Bergleichsgebühren follen aber fünfzehn Zehnteile ber vollen Gebühr nicht überfteigen (Art. 14 Abj. 3). (Motive.)

Für ben Begriff "Bergleich" find bie Beftimmungen bes

B.G.B. § 779 maggebend.

1. Voraussehung zum Bezug ber Bergleichsgebühr ift, daß ber Rechtsanwalt zum Bergleichsabschlusse mitgewirkt hat. Seine Anwesenheit jeboch ift bei ber Protofollierung des Bergleiche nicht nötig.

Der Bergleich verbient um beswillen binfichtlich ber Gebuhrenzumeffung besondere Berücksichtigung, da denselben regelmäßig ausführliche Erorterungen, langere, eingehendere Berhandlungen vorausgeben, welche auch größeren Zeitaufwand bedingen.

Die Bergleichsgebühr tann nicht gefordert werben, wenn der Bergleich für die Barteien nicht bindend ift. Die Bertgegenftandsjumme bestimmt fich nach bem Anjpruch, welcher burch ben Bergleich erledigt wird, nicht nach der Bergleichssumme.

2. Die Gebührenbestimmung im Art. 11 bedt fich mit jener bes § 13 Nr. 3 ber R.G.D. und wird auch häufig neben berielben zur Anwendung tommen, wie nachstehendes Beispiel erseben läßt.

In einem Rechtsftreite über 3000 M wird ein Bergleich dahin abgeschloffen, daß Beklagter für Abfindung der Klagsansprüche an den Klager 2500 M bezahlt. Beiter vergleichen fich bie Streits. teile bahin, daß Klager aus einem anderen Rechtsgeschäfte, bezuglich beffen unter ben Barteien gleichfalls Differenzen befteben und

bas einem Wert von 4000 M entspricht, gur Abschneibung eines Brozeffes an ben Betlagten 2000 M bezahlt.

Un Gebühren hatte nun ber Rechtsanwalt in biefem Falle

anzusprechen:

- a) bie volle Gebühr aus 3000 M nach § 13 Nr. 3 ber R.G.D. (abgesehen von den Gebühren nach § 13 Nr. 1). Eventuell fünf Zehnteile im Falle der §§ 13 Nr. 2 u. 18. und daneben
- b) die volle Gebühr aus 4000 M nach Art. 11. (Abgesehen von weiteren Gebühren nach Art. 6—10.)

Erstere Gebühr unter lit. a kann im Kostensestsetungsversahren geltend gemacht werden, septere nicht, da die Kostensestseung sich nur auf jene Gebühren erstreckt, welche im Rechtsstreite erwachsen sind, während die Gebühr unter lit. d für einen Gegenstand zur Erhebung gelangt, der nicht zum beigelegten Rechtsstreit gehört und wegen dessen nur Gebühren, sowohl Staats- wie Rechtsanwaltsgebühren, auf grund landesgeschlicher Borschriften zum Ansat kommen können. (Bergleiche hieher auch Jur. Zeitschrift XVII. S. 416, R.Ger.E. v. 17. Jan. 1885, Bureaublatt 1885 S. 28.)

- 3. Ift der dem Rechtsanwalte erteilte Auftrag ausschließlich darauf gerichtet, einen Vergleich abzuschließen und sind seine Ve-mühungen ersolglos gewesen, so bemist sich seine Gebühr nach Art. 13.
- 4. hinsichtlich bes höchstbetrages ber Gebühr im Zusammenhalte mit ber Terminsgebühr vergleiche Art. 14 Abs. 3.

Art. 12.

Für das Entwersen 1) der Urkunde 2) über ein Rechtsgeschäft erhält der Rechtsanwalt zwei dis fünf Zehnteile der vollen Gebühr. Wenn die Thätigkeit des Rechtsanwalts besonders weitläufig oder schwierig ist, kann die Gebühr dis auf den Betrag der vollen Gebühr erhöht werden 3).

Es sind keine Bestimmungen darüber aufgenommen, ob der Rechtsanwalt die Gebühr mehrfach beanspruchen kann, wenn er zu demselden Geschier mehrere Entwürse der Urkunde sertigt. So er für jeden dieser Entwürse eine besondere Gebühr zu deanspruchen hat, ist nach Lage des einzelnen Falles zu enticheiden; nur eine einzige Gebühr wird insbesondere dann am Plate sein, wenn der Rechtsanwalt zur Auswahl oder zu seiner eigenen Insprumation mehrere Entwürse gesertigt hat oder wenn aus Berichulden des Rechtsanwalts mehrere Entwürse gefertigt werden mußten. In den Fällen, in denen nur eine einzige Gebühr sür mehrere Entwürse begehrt werden kann, wird unter Umständen die Thatsache, daß mehrere Entwürse gesertigt werden mußten, als eine besondere Schwierigkeit sür die Bemessung der Gebühr nurerhalb des Kachmens des Gebührensages des Art. 12 in Betracht zu ziehen sein.

Bei ber außerorbentlichen Mannigfaltigkeit ber Fälle und bei ber großen Schwierigkeit ber Herstellung bes Entwurfs von Urfunden für einzelne Arten von Geschäften war es angezeigt, nach bem Vorbilbe des § 15 ber sächsischen Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare einen weiteren Spielraum für die Festsehung der Gebühr im einzelnen Falle zu lassen. (Motive.)

- 1. Neben ber Gebühr des Art. 12 tann auch noch die Informationsgebühr (Art. 6) in Frage kommen.
- 2. Hinsichtlich bes Gebührenansates für die begonnene oder vorbereitete Ausführung bes Auftrages siehe die Bestimmung bes Art. 13.

Für die Berechnung der Wertsgegenstandssumme sind die Borichriften der §§ 9, 9a, 11 bis 13 des R.G.R.G. bestimmend.

Mrt. 13.

Hat der Rechtsanwalt eines der in den Artikeln 7 bis 12 genannten Geschäfte 1) vorbereitet oder begonnen, erledigt sich aber der Auftrag vor der vollständigen Aussührung, so erhält der Rechtsanwalt eine unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen dieser Artikel zu bemessende Gebühr²).

Die Bestimmung entspricht bem § 90 ber R.G.D. Auch ber Fall bes Art. 11 ist zu berücksichtigen, da ber bem Rechtsanwalt erteilte Auftrag ausschließlich barauf gerichtet sein kann, einen Bergleich abzuschließen, eine Gebühr also auch für den Fall vorgesehen sein muß, daß die Bemühungen des Rechtsanwalts ersolglos sind. (Motive.)

1. Es sind dies die Geichäfte, welche betreffen die Erteilung eines Nates, die Fertigung eines Antrages, einer Erklärung ober Beschwerde dei Behörden, die Absallung eines rechtliche Ausführungen enthaltenden Schreibens an eine dritte Person, die Bahrnehmung eines Termines, die Mitwirkung bei einem Bergleiche sowie das Entwerfen einer Urkunde über ein Nechtsgeschäft

2. Die zu bemeisende Gebühr darf natürlich die Gebühr, welche für den Fall der vollständigen Erledigung des Auftrages begründet gewesen ware, niemals übersteigen. Beim Ausmaße dieser Gebühr sind zu berücksichtigen die vom Anwalte bereits aufgewendete Zeit, die Lage des Falles sowie der Stand der Sache im Zeitpunkt der Erledigung des Auftrages.

Die Gebühr kann auch weniger als 1 M betragen (§§ 8, 90

ber R.G.D.).

Urt. 14.

Dem Rechtsanwalte steht in berselben Instanz an Gebühren für die in den Artikeln 6 bis 9 genannten Geschäfte aus diesen Artikeln oder aus dem Artikel 13 nicht

mehr als eine volle Gebühr zu, jedoch nicht weniger als die Summe der Mindeftgebühren für je eines der in

Betracht tommenden Geschäfte beträgt.

Un Terminsgebühren fteht bem Rechtsanwalt in berselben Instang nicht mehr als eine volle Gebühr zu: wenn er einen unter Artitel 10 Abs. 1 fallenden Termin wahrgenommen hat, erhält er mindeftens drei Mart 1).

Dem Rechtsanwalte stehen für die Mitwirkung beim Abichluß eines Vergleichs und an Terminsgebühren in der Inftang, in welcher der Bergleich abgeschlossen worden ift, nicht mehr als fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr zu, wenn der Vergleich vor der Behörde, bei ber die Sache anhängig ift, oder vor einer ersuchten Behörde abgeschlossen worden ift2).

Nach § 13 ber R.G.D. erhalt ber Rechtsanwalt in burgerlichen Rechtsftreitigfeiten je bie vollen Cape bes § 9 ber R.G.D. für den Geschäftsbetrieb einschließlich der Information (Prozeß-gebühr) und für die mündliche Berhandlung (Berhandlungsgebühr). Durch die Brozeßgebühr erhält der Rechtsanwalt die Bergütung für ben gangen Betrieb ber Sache, insbesondere für bie Information, für Ratserteilungen, für Eingaben an bas Gericht und

für Schriftfate.

An diese Bestimmungen schließt sich diejenige bes Art. 14 Abs. 1 an, wonach der Rechtsanwalt für Information, Ratserteilung, Eingaben und Schreiben in ber Inftang gusammen nur eine einzige volle Gebühr erhalt. Betragen die Minbeftgebühren mehr als die volle Gebühr, fo ift ber Gesamtbetrag ber Mindeftgebühren maßgebend; es tommt aber hiebei von jeder Art der Geschäfte, die der Rechtsanwalt in der Instanz ausgeführt hat, nur ein Geschäft in Betracht. Bat g. B. ber Rechtsanwalt in berfelben Inftanz mehrere nach Art. 8 Abi. 1 zu vergütende Antrage und mehrere nach Art. 9 Abs. 1 zu vergütende Schreiben gesertigt und sind die Gebühren aus einem Gegenstandswerte von 100 N zu berechnen, so hat der Rechtsanwalt aus Art. 6 mindestens 2 N, aus Art. 8 mindestens einmal 2 N und aus Art. 9 mindeftens einmal 1 M, zusammen also minbestens 5 M zu erhalten, während die volle Gebühr nur 4 M beträgt.

Ebenjo erhalt ber Rechtsanwalt an Terminsgebühren in berfelben Inftang nicht mehr als eine volle Gebühr. hat er einen nicht unter den Art. 10 Abs. 2 fallenden Termin wahrgenommen, so erhalt er den im Art. 10 Abs. 1 bestimmten Mindestbetrag von 3 M für die Termine in der Inftang, auch wenn die volle Gebühr

weniger als 3 M beträgt.

Die im Abs. 3 enthaltene Bestimmung entspricht ben § 13

Abs. 1 Nr. 1, § 18 der R.G.D. (Motive.)

1. Die Terminsgebühr nach Urt. 10 Abs. 1 beträgt bei einem Gegenstandswert bon 1 bis 300 M für ben erften Termin

- 3 M. Hat z. B. ber Rechtsanwalt in einer Nachlaßsache sieben Termine wahrzunehmen gehabt, jo kann er bei einer Bertgegenftandssumme von 2500 M nicht 12 M für den ersten und für die anderen $6\times 8=60$ M, sondern nur die volle Gebühr mit 40 M beanspruchen.
- 2. Nach § 18 ber N.G.D. steht bem Nechtsanwalte die Vergleichsgebühr nur zu fünf Zehnteilen zu, wenn ihm für benselben Streitgegenstand die volle Verhandlungsgebühr zusteht und der Bergleich vor dem Prozesgericht oder einem ersuchten oder beauftragten Richter abgeschlossen ist.

Er erhalt auch in biefem Falle nur funfzehn Behnteile ber

bollen Gebühr.

Art. 15.

Die Gebühren werden nach dem Werte des Gegenstandes erhoben.

Auf die Wertsberechnung finden die Borschriften ber §§ 9, 9a. 11 bis 13 des Gerichtskoftengesetes An-

wendung 1).

Ist der Gegenstand einer Schätung nach Geld nicht fähig, so ist ein Wert von 200 bis 50 000 Mark, wenn aber das Geschäft für den Auftraggeber ausnahmsweise von besonders hoher Bedeutung ist, ein Wert dis zu 100 000 Mark anzunehmen?). Ist mit einem nicht versmögensrechtlichen Unspruch ein aus ihm hergeleiteter versmögensrechtlicher verbunden, so ist nur ein einziger Anspruch und zwar der höhere maßgebend?).

Der Abf. 1 erfest ben § 9 Abf. 1 ber R.G.D., die Abf. 2, 3

ben § 10 ber R.G.D.

Da die Angelegenheiten, in benen der Gegenstand einer Schätung nach Geld nicht sähig ist, zum Teile von geringer Bedeutung sind, ist es nicht angemessen, den Wert des Streitgegenstandes sin solche Angelegenheiten, wie im § 10 des G.K.B., in der Regel auf 2000 M und nur ausnahmsweise niedriger zu bestimmen. Es hat vielmehr die Bestimmung des Gegenstandswertes für solche Angelegenheiten nach der Besonderheit des einzelnen Falles zu erssolgen. (Motive.)

1. Hür die Wertsberechnung sind zunächst die Vorschriften der R.C.L.D. §§ 3 bis 9 maßgebend, dann § 9a des A.G.A.G. hinssichtlich der Ansprüche auf Alimente, serner § 11 über Jusammenrechnung der Gegenstände, welche ein und dieselbe Angelegenheit betreffen, § 12 über Berechnung der Gebissen sir eine Thatigkeit, welche nur bezüglich eines Teils einer Rechtsangelegenheit veranlaßt wird, und § 13 hinsichtlich der Aichteinrechnung der Reben-

forberungen jum Sauptanspruch. Giebe hieruber auch Wochinger. Brozeggeb. Bej., G. 22 ff.

2. Dieje Bestimmung weicht von ber Borichrift bes § 10 bes R.G.R.G. ab, inbem ein Spielraum fur die Bertofestifegung von 200 bis 50000 M feftgefest und eine hobere Feftjegung ausnahmsweise bis zu 100 000 M zuläffig ift.

Unter nicht bermogenerechtlichen Unipruchen find bie Unipruche zu perfteben, welche ben Berionen- und Kamilienstand be-

treffen.

A SURVINION OF

3. Der lette Cat bes Art. 15 Abi. 3 bedt fich mit ber Bor-

ichrift bes Mbl. 2 bes § 10 bes R.G.R.G. Die Falle, bag mit einem nicht vermögensrechtlichen Anipruch ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher verbunden ift, sind mit Auskahme besjenigen hinficktlich der Feststellung als Bater eines unehelichen Kindes und der hierauf begründeten Berpflichtung ber Gemährung bes Unterhaltes an basselbe, jehr felten.

21rt. 16.

Eine Gebühr kann nicht beansprucht werden für die mit der Erledigung eines Geschäfts verbundenen Rebengeschäfte und für die zur Borbereitung eines Geschäfts erforderliche Thätigkeit, soweit nicht eine Gebühr hiefür besonders bestimmt ift. Insbesondere kann hienach eine Gebühr nicht beansprucht werden für das Entwerfen einer dem Rechtsanwalt oder von dem Rechtsanwalte zu erteilenden Vollmacht, für das Entgegennehmen von Zustellungen sowie für Bermerke zu den Hanbakten des Rechtsanwalts, wenn sie nur den Zweck haben, Lusschlüß über seine Thatigteit und über ben Stand ber Sache zu aeben 1).

Die Gebühr für bie Information (Art. 6) ift nicht eine Gebuhr für ben Geschäftsbetrieb. Für die mit ber Erledigung eines Beichafts verbundenen Nebengeschäfte mar beshalb Besonderes gu bestimmen. Ohne die Vorschrift bes Art. 16 fonnte aus Art. 26 abgeleitet werben, daß für die Rebengeschäfte eine besondere Ber-

gutung beansprucht werben fann.

Die Beftimmungen über bie ein Geschäft borbereitenbe Thatigfeit find in biefem Artifel und im Art. 13 enthalten. Art. 13 hat die Falle im Ange, in benen das vorbereitete Geschäft nicht zur Ausführung gelangt, Art. 16 jene Falle, in denen das Geschäft ausgeführt wird. Eine "besondere Gebühr" für die zur Borbe-reitung eines Geschäfts ersorderliche Thätigkeit ist im Art. 6 vorgesehen. (Motive.)

1. Die Thätigfeit für ben Geschaftsbetrieb wird einerseits burch die Gebühr des Art. 6. andererieits durch die Einzelgebühren für die Ratserteilung (Art. 7), für die Fertigung von Eingaben an Behörden (Art. 8), für Schreiben an Brivatpersonen (Art. 9), für die Wahrnehmung von Terminen (Art. 10), für die Witwirkung beim Abschluß eines Vergleiches (Art. 11), für das Entwersen einer Urtunde über ein Rechtsgeschäft (Art. 12), dann durch die Gebühr für das vorbereitete oder begonnene Geschäft entlohnt.

Bu den gebührenfreien Nebengeschäften gehören auch die Eingaben an Behörden um Gestattung der Einsicht von Aten, die Einholung von Familienstandszeugnissen u. dergl., joserne sie zur Erledigung des ausgetragenen Geschäfts nötig sind und der gegebene Auftrag sich nicht auf diese Geschäfte allein beichkäntt.

Mrt. 17.

Für die Vertretung 1) eines Beteiligten 2) im Versfahren der Zwangsversteigerung erhält der Rechtsanwalt drei Zehnteile der vollen Gebühr

1. für die Bertretung bis zur Einleitung des Ber-

teilungsverfahrens 3),

2. für die Vertretung im Verteilungsverfahren 1).

Für die Vertretung des Antragstellers dis zur Einsleitung des Verteilungsversahrens erhält der Rechtssamwalt statt der im Abs. 1 Ar. 1 bestimmten Gebühr vier Zehnteile der vollen Gebühr, wenn er einen Antrag auf Zwangsversteigerung gestellt oder einen Versteigerungstermin wahrgenommen hat; hat er einen solchen Untrag gestellt und einen Versteigerungstermin wahrsenommen, so erhält er sechs Zehnteile der vollen Gesbühr.

Für die Vertretung eines anderen Veteiligten bis zur Einleitung des Verteilungsversahrens erhält der Rechtsanwalt statt der im Abs. 1 Ar. 1 bestimmten Gebühr, wenn er einen Versteigerungstermin wahrge-

nommen hat, vier Behnteile ber vollen Gebühr.

Drei Zehnteile der vollen Gebühr erhält der Rechtse anwalt auch dann, wenn unter seiner Mitwirkung eine außergerichtliche Verteilung stattfindet; auf diese Gebühr wird die Gebühr für die Vertretung im Verteilungse versahren angerechnet 6) bis 10).

I. Zu Art. 17—21. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Bersahren der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung waren bisher in den §§ 2 bis 7 der Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 (G.B.B. S. 1295) geregest. Die Vorschriften

biefer Allerhöchsten Berordnung fonnten gemäß § 31 Abs. 2 ber R.G.D. auf die Berfahren nach neuem Rechte anwendbar erklärt ober durch neue Borschriften ersetzt werden. Da das Bersahren nach bem Reichsgesetzt vom 24. März 1897 über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung von dem bisherigen landesrechtlichen Versahren schon hinlichtlich der Zwangsversteigerung (vergl. 3. B. Art. 87 ber Gubhaftationsordnung, § 132 bes Gejetes vom 24. Marg 1897), noch mehr aber hinsichtlich ber Zwangsverwaltung abweicht, ging es nicht an, die Borichriften ber Berordnung vom 25. September 1879 auch auf die nach Reichsrecht zu erledigenden Berfahren als anwendbar zu ertlaren. Es maren beshalb für bieje Berfahren bie Gebühren neu zu regeln.

Dieje Regelung erfolgte, entsprechend ben Bestimmungen ber Maerhöchsten Berordnung bom 25. Ceptember 1879, nach bem Suftem ber Baufchgebühren, ba bie Berfahren ber 3mangeverfteigerung und der Zwangsverwaltung in sich abgeschlossen sind, und der Umfang der Thätigkeit des Rechtsanwalts in denselben sich im

porque überblicen lant.

Das Suftem ber Baufchgebühren verdiente auch beshalb ben Borgug, weil ber Rechtsanwalt in ben weitaus meiften Fallen mit ber Bertretung für bas ganze Zwangsverfteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren betraut wird, und Auftrage zu einzelnen Be-

ichäften felten find.

Einzelgebühren find nur bann am Blate, wenn ber Auftrag fich auf eine einzelne Thatigfeit, g. B. auf Bahrnehmung bes Berfteigerungstermins, ober auf mehrere einzelne Thatigfeiten beichrantt. Sier waren die Einzelgebühren ebenso wie in den Ungelegenheiten zu bestimmen, auf welche die R.G.D. nicht entsprechend

anwendbar ift (Art. 25, Art. 6 bis 16). Die Borichriften der Art. 17 bis 23 gelten für die Vertreter ber Befeisigten. Dem Bertreter eines Beteiligten fteht gemäß § 4 ber R.G.D., Art. 27 bieser Berordnung ber Beistand Beteiligte im Ginne ber Berordnung find nur biejenigen, bie im Berfahren ber Zwangsversteigerung ober ber Zwangs-verwaltung nach bem Gesetze vom 24 Marz 1897 als Beteiligte Der Bertreter einer Berfon, Die im Ginne Diefes Wefenes Beteiligter nicht ift, erhalt feine Bergutung nach Art. 6 bis 16, 27.

II. Ru Art. 17. 1. Die Allerhöchste Berordnung vom 25. Gevtember 1879, die Gebühren ber Rechtsanwälte betreffend, bewilligt für die Thatigteit im Zwangsverfteigerungsverfahren bis gur Ginleitung ber Berteilung brei Behnteile ber Gabe bes § 9 ber R.G.D. und für bas Berteilungsperfahren bie Gebühren bes § 39

der R.G.D.

Un die Stelle ber Sate bes § 9 ber R.G.D. find bie Bebuhrenfage des Art. 5 getreten. Auch im übrigen erichienen Aende-

rungen als angezeigt.

Nach der Allerhöchsten Verordnung vom 25. September 1879 erhielt ber Rechtsanwalt für bie Bertretung bis gur Ginleitung bes Berteilungsverfahrens brei Behnteile, gleichviel welche Thatigfeit er entwickelt hat. Der Rechtsanwalt, ber ben Antrag auf Anordnung ber Zwangsvollftredung ftellte und einen Berfteigerungstermin mahrnahm, erhielt nicht mehr als ber Rechtsanwalt, ber einen anberen Berechtigten als ben Antragfteller vertrat und lediglich ben Gang bes Berfahrens übermachte. Die mit ber Stellung bes Antrags verbundene Mehrarbeit und die oft schwierige und verantwortungsvolle Bahrnehmung des Berfteigerungstermins murben

nicht besonders vergütet.

Nach ben Bestimmungen im Abs. 1 Nr. 1 und in den Abs. 2, 3 erhalt ber Bertreter bes Antragftellers, bem bie Bertretung erft nach ber Anordnung ber Zwangsversteigerung übertragen wird und ber einen Berfteigerungstermin nicht mahrnimmt, ebenfo wie ber Bertreter eines anderen Beteiligten, der einen Berfteigerungstermin nicht wahrnimmt, für die Thätigkeit bis zur Ein-leitung bes Berteilungsversahrens drei Zehnteile der vollen Gebühr. Der Bertreter eines anberen Beteiligten als bes Antragftellers erhalt für die Bertretung bis gur Ginleitung bes Berteilungsverfahrens vier Behnteile ber vollen Gebühr ftatt ber brei Behnteile, wenn er einen Berfteigerungstermin mahrnimmt; ber Bertreter bes Untragstellers erhält statt der drei Zehnteile, wenn er einen Antrag auf Anordnung ber Beichlagnahme geftellt ober einen Berfteigerungstermin wahrgenommen hat, vier Zehntheile und wenn er einen solchen Antrag gestellt und einen Bersteigerungstermin wahrgenommen hat, feche Behnteile ber vollen Gebuhr fur bie Bertretung bis gur Ginleitung bes Berteilungsverfahrens

Stellt ber Rechtsanwalt für benfelben Auftraggeber begug. lich berfelben Grundftude mehrere Untrage auf Zwangsverfteigerung, jo erhalt er hiefur nicht mehrere Bebuhren; es erhoht fich nur gemäß Art. 18 Abf. 3 ber Betrag, aus bem bie Gebuhr gu

berechnen ift. (Siehe Art. 18 Abf. 3).

2. Die Allerhöchste Berordnung vom 25. September 1879 enthielt nur Beftimmungen für die Bertretung im gerichtlichen Berteilungsverfahren, nicht auch für die Mitwirtung bei einer außergerichtlichen Berteilung. Für biese Mitwirtung war bem Rechtsanwalte biefelbe Bergutung wie für bie Bertretung im gerichtlichen

Berteilungeverfahren zu gemahren.

Für die Bertretung im Verteilungsverfahren erhielt der Rechtsanwalt nach § 6 ber Verordnung vom 25. September 1879, § 39 ber A.G.D., fünf Zehnteile unb, falls ber Auftrag vor bem Berteilungstermin erledigt wird, brei Zehnteile der Sage bes § 9 ber R.G.D. Die gegenwärtige Berordnung erachtet eine einheitliche Bebühr für angemeffen und brei Behnteile ber vollen Gebühr für entsprechend (Abs. 1 Mr. 2).

Für die Bertretung im gerichtlichen Berteilungsverfahren bor dem Berteilungstermin und für die Mitwirfung bei ber außergerichtlichen Berteilung erhält ber Rechtsanwalt nur eine einzige

Gebühr (Abi. 4). (Motive.)

1. Der Bertretung fteht hinsichtlich bes Gebührenanspruches bie Beiftandichaft gleich. Giebe § 4 ber R.G.D. u. Art. 27.

2. Wer außer bem Gläubiger und bem Schuldner als Beteiligter gilt, ift aus § 9 bes 3m. Gef. zu entnehmen.

3. Hinsichtlich ber Sohe ber Gebühren nach Abs. 1 Rr. 1 ift

folgenbes zu beachten:

a) Bertretung bis zur Ginleitung bes Berteilungsverfahrens ohne Antraaftellung auf 3mangeverfteigerung und ohne Bahrnehmung eines Berfteigerungstermins

3 Rehnteile

b) Bertretung mit Antragstellung auf Awangspersteigerung

ober

Bertretung mit Bahrnehmung eines Berfteigerungstermins

4 Rebnteile

c) Bertretung mit Antragftellung und überbies mit Bahrnehmung eines Berfteigerungstermins

6 Refinteile. Much für bie Stellung eines weiteren Antrages auf 3mangsversteigerung (§ 27 bes 3m.Gef.) hat ber Rechtsanwalt vier Behnteile anzuiprechen.

Die erhöhte Gebühr Abs. 1 Rr. 1 u. Abs. 2 ober Abs. 3 mit 4 bam. 6 Rehnteilen fteht bem Rechtsanwalte nur für bie Bahrnehmung eines Berfteigerungstermines zu. Als folcher hat auch ber

vorbereitende Termin nach § 62 des Zw.Ges. zu gelten. Hat der Rechtsanwalt mehrere Versteigerungstermine wahrzunehmen (§§ 77, 85 bes 3m. Gef.), fo tritt baburch eine Erhöhung

ber Bebuhr bes Abi. 2 ober 3 nicht ein.

Die Gebühr bes Abi. 1 Dr. 1 umfaßt auch bie Thatigfeit bes Rechtsanwalts für Stellung von Untragen auf Anordnung von Sicherungsmaßregeln (§ 25 des 3w. Gef.), bann auf gesonderte Berfteigerung (§ 65 bes 3w. Bef.).

In ber Beichwerbeinftang (§§ 95 ff. bes 3m. Gef.) erhalt ber Rechtsanwalt für feine Thatigfeit nach § 41 ber R.G.D. u. Art. 27

Abi. 2 besonders drei Behnteile ber vollen Gebuhr.

- 4. Durch die Gebühr des Abs. 1 3. 2 wird außer der Information auch die Thatigleit bes Rechtsanwalts für Fertigung ber Berechnung ber Uniprüche feines Mandanten (§ 106 bes 3w. Gei.), für Stellung eines Untrages auf Musfepung ber Musführung bes Berteilungsplans (§ 116 bes 3w. Gef.) sowie für die Widerspruchserhebung gegen ben Berteilungsplan (§ 124 bes 3m. Gef.) entlohnt.
- 5. Erstreckt fich ber Auftrag auf einen Antrag auf Eintragung einer Sicherungshypothet und jugleich auf Zwangsversteigerung bezüglich besjelben Unipruchs auf grund besjelben Schuldtitels, fo erhalt ber Rechtsanwalt bei Ausführung beiber Auftrage nur eine Gebuhr und wird die Gebuhr bes Art. 8 auf die nach Art. 17 Abs. 2 bestimmte Gebühr angerechnet. (Giehe Art. 26 Abs. 3.) Eine Informationsgebuhr nach Art. 6 tommt in biefem Falle nicht in Betracht.
- 6. Für die Mitwirkung bei einer außergerichtlichen Berteilung (§§ 143 u. 144 bes 3w. Gef.) erhalt ber Rechtsanwalt die gleich hohe Gebühr, wie für die Bertretung in einem vollständig durchgeführten Berteilungsverfahren.

- 7. Für das Bersahren der Zwangsversteigerung eines ge-meinschaftlichen Grundstäds zum Zwecke der Ausbedung der Gemeinschaft erhalt ber Rechtsanwalt für ben Antrag auf Bieberversteigerung einschließlich ber weiteren Thatigteit bis zur Einleitung bes Berteilungsverfahrens neben ben im Art. 17 oben bestimmten Gebühren weitere vier Zehnteile ber vollen Gebühr (fiehe Art. 28 Abs. 4).
- 8. Sinfictlich ber Berechnung ber Wertgegenftanbejumme fiehe Art. 18.

Ueber die Boraussehungen zur Erhebung von Einzelngebühren nach Art. 6 bis 16 und über den julaffigen Gefamthochftbetrag berfelben fiehe Art. 25 u. Anmerkg. hiezu.

9. Beifpiele:

I. Bei Bertretung bes Antragstellers.

a) ber Rechtsanwalt vertritt ben Antragfteller, welcher wegen 200 M rudftanbiger Zinsen aus 5000 M Sypothettapital Unordnungsbeichluß auf Zwangsverfteigerung erwirft hatte, erft nach der Anordnung der Zwangsversteigerung und es erledigt fich bas Berfahren burch Aufhebung por Bahrnehmung eines Termins. Er erhält

/10 (Art. 17 Abs. 1 Mr. 1 — Begründung hiezu II. Ziff. 1 Abi. 4) aus 200 M b. i. bem Unspruche, megen beffen bie Zwangsversteigerung beantragt ift (Art. 18 Abj. 4

Sat 1), mit 2 M 10 S,

Borausjepung ift jedoch, daß ber Wert bes Berfteigerungsgegenstanbes in biesem Falle nicht geringer als 200 & ift, sonst mußte bieser geringere Betrag ber Gebuhrenberechnung unterftellt werden (Art. 18 Abi. 1 Cat 3).

b) Der Rechtsanwalt hat ben Antrag auf Anordnung ber Awangsversteigerung gestellt und es endigt bessen Thatigfeit bor bem Berfteigerungstermin und wurde von ihm auch ein Termin nach § 62 bes 3w. Gef. nicht mahrgenommen, fo hat er zu beanspruchen:

1/10 (Art. 17 Abs. 2 Borsat 1) aus 200 M (wie bei lit. a) mit 2 # 80 3.

Borausjetung hinfichtlich bes Berfteigerungsgegenftands. wertes wie bei lit. a.

c) Der Rechtsanwalt hat den Antrag auf Anordnung ber Zwangsverfteigerung geftellt und einen Berfteigerungs-

termin wahrgenommen, fo ftehen ihm zu

%10 (Art. 17 Abj. 2 Schlußfat 1) aus 200 M (Zwangsvollstreckungstitel) + 5000 M (Schulbtitel) = 5200 M (Anspruchswert – siehe Art. 18 Abj. 1 Sab 2 und Begründung hiezu lit. a -) mit 31 M 20 8,

Boraussetzung ift, daß das Meiftgebot mehr als 5200 M beträgt. Burbe es nur 4000 M betragen, fo murben fich feine Gebühren nur aus biefem Betrage berechnen.

d) Der Rechtsanwalt hat ben Antrag auf Anordnung ber Bwangeverfteigerung geftellt, Termine mahrgenommen und ben Antragfteller im Berteilungsberfahren, in welchem fein Manbant mit seinen Ansprüchen befriedigt mirb, bertreten, jo hat er zu erhalten */.0 (Art. 17 Abs. 1 Ar. 2 u. Abs. 2 Schlußsas 1) aus

5200 M (Anspruchswert) mit 46 M 80 8.

II. Bei Bertretung eines anberen Beteiligten (g. B. eines Sppothekgläubigers, welcher keinen Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung gestellt hat).

> a) Der Rechtsanwalt vertritt einen Spothekgläubiger megen 1600 M Rapital und 64 M Zinfenrudftand bis zur Ginleitung bes Berteilungsverfahrens, nimmt aber einen Berfteigerungstermin nicht mahr. Die Gebuhr berechnet fich mit

> > 8/10 (Art. 17 Abi. 1 Mr. 1) aus 200 M b. i. 3. B. bem Berte bes Anspruchs bes Gläubigers, wegen beffen bie Zwangsversteigerung beantragt ist (Art. 18 Abs. 4

.Cat 2 - fiebe oben Beifpiel I lit. a).

8) Der Rechtsanwalt vertritt, wie sub lit. a und bat einen Berfteigerungetermin biebei mahrgenommen, fo fteben

4/10 (Art. 17 Abi. 3) aus 1600 M (Wert bes Rechts.

Art. 18 Abj. 1 Sat 1) mit 12 & 80 3. gangen Berfahren von ber Buftellung ber Terminsbeftimmung bis nach ber Ausführung bes Teilungsplans, fo hat er zu erhalten :

7/10 (4/10 + 3/10) aus 1600 M (wie vor) mit 22 M 40 d.

10. Für das Aufgebotsverfahren nach §§ 138 ff. des 3w.Gef. fteht bem Rechtsanwalt eine besondere Gebuhr und gwar nach § 40 ber R.G.D. zu. Siehe auch Merzbacher, G. 100.

Mrt. 18.

Für die Berechnung der im Artikel 17 bestimmten Gebühren 1) ift im Kalle der Bertretung des Gläubigers oder eines anderen Berechtigten (§ 9 Mr. 1, 2 des Ge= setzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangs= verwaltung vom 24. März 1897) der Wert des Rechtes maßgebend, wobei die neben einem Hauptanspruche bestehenden Unsprüche wegen der Kosten und Nebenleistungen unberücksichtigt bleiben. Im Falle der Bertretung bes Gläubigers ift ber nach § 13 bes Gerichts= kostengesetes sich berechnende Wert des Anspruchs, wegen bessen die Zwangsversteigerung beantragt ift, maggebend, wenn er größer ift als der Wert des Rechtes ohne Rosten

und Nebenleistungen. Ift im Falle ber Erteilung des Ruschlags das Meiftgebot, in den Fällen, in denen das Berfahren vor der Erteilung des Zuschlags erledigt wird, ber Wert bes Gegenstandes der Zwangsversteigerung geringer als ber nach Sat 1 ober Sat 2 maggebende Betrag, so ist das Meistgebot oder der Wert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung maßgebend 2).

Bei der Vertretung eines anderen Beteiligten beftimmen sich die Gebühren im Falle der Erteilung des Ruschlags nach dem Meistgebot ober nach dem Anteile bes Vertretenen an dem Meistgebot, in den Fällen, in benen bas Verfahren vor ber Erteilung bes Zuschlags erledigt wird, nach dem Werte des Gegenstandes der Zwangsversteigerung ober nach dem Anteile des Ver-

tretenen an diesem Werte 3).

Der Wert mehrerer Rechte ober Ansprüche, ebenjo mehrere Meistgebote ober Werte von Gegenständen der Amangsversteigerung, auf die sich das Recht des Auftrag-

gebers erstreckt, sind zusammenzurechnen 1).

Beschränkt sich bie Thätigkeit des Rechtsanwalts auf die Bertretung in dem Berfahren bis jum Bersteigerungstermin und hat die Wahrnehmung eines anberen Termins nicht stattgefunden, so ist für die Berechnung der Gebühr des Bertreters des Gläubigers der Wert bes Anspruchs des Gläubigers, wegen beffen die Awangsversteigerung beantragt ist, maßgebend. Für die Berechnung ber Gebühr bes Vertreters eines anderen Beteiligten als des Antragstellers ist der Betrag maßgebend, der in demselben Kalle der Berechnung der Gebuhr bes Vertreters bes Antragstellers zu Grunde zu legen ware 5). Sind in dem Falle des Sapes 2 mehrere Antragfteller vorhanden, so ift unter ben ber Berechnung der Gebühren ihrer Vertreter in demfelben Falle zu Grunde zu legenden Betragen ber größte maggebend. Der nach Abs. 1 bis 3 zu Grunde zu legende Betrag ist maßgebend, wenn er geringer ift 6).

Nach § 4 Abs. 1 ber Allerhöchsten Verordnung vom 25. September 1879 bestimmte sich ber Wert bes Streitgegenstandes burch ben Betrag der Forberung und, wenn bas Meistgebot ober ber Wert bes Gegenstandes der Beschlagnahme geringer ift, burch biesen Betrag: war ber Auftrag von bem Schuldner erteilt, fo murben bie

Gebühren nach dem Meistgebote, wenn es aber nicht zur Versteigerung kam, nach dem Verte des Gegenstandes der Veichlagnahme berechnet. Diese Vorschriften bedursten der Ergänzung. Es hatte schon bisher an einer Bestimmung für den Fall der Vertretung des Konkursverwalters gesehlt; neue Bestimmungen waren sernerersorderlich für den Fall der Vertretung des Erden im Versahren der Jwangsversteigerung nach §§ 175 bis 179 des Jw.Ges. und sür den Fall der Vertretung eines Miteigentümers oder Miterben im Versahren der Jwangsversteigerung zum Zweck der Ausschen wirdener Gemeinschaft nach §§ 180 bis 184 des Zw.Ges.

a) Im Falle der Bertretung eines Berechtigten war nach der Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 der Vetrag der Forderung maßgebend. Die Fassung ließ Zweisel darüber zu, ob der Vertrecter des Antragstellers die Gebühren nur aus dem Teilbetrage der Forderung, wegen dessen Betrags der Forderung war, oder aus dem ganzen Betrags der Forderung erhält, deren Befriedigung der Antragsteller aus dem Grundstückenerlangen kann. Da der Vertrecter eines auderen Berechtigten als des Antragstellers den ganzen Betrag der Forderung, sür welche Befriedigung aus dem Grundsstückentagt werden zu, der Berechnung seiner Gebühr zu grunde legen dars, bestand kein Grund, der Berechnung seiner Gebühr zu grunde legen dars, bestand kein Grund, bervechnung seiner Gebühr zu grunde legen dars, bestand kein Grund, bestächts des Antragstellers anderes zu bestimmen.

Bei der Berechnung des Wertes des Kechtes haben die neben dem Hauptanipruche bestehenden Aniprüche wegen der Kosen und Kebenleistungen außer Betracht zu bleiben. Doch dars deswegen der Gegenstandswert nicht unter den sich aus § 13 des R.G.K.G. berechnenden Wert des Anipruchs einschließlich der Kosten und anderen Rebenleistungen, für welche ein Schuldtitel vorliegt, und die Zwangsvollstreckung beantragt ist, sunder Verlagen z. B. der Wert des Rechtes des Gläubigers ohne Kosen und Nebenleistungen 640 M, der Wert des Anipruchs des Gläubigers dagen 700 M, so ist die

Gebühr aus 700 M zu berechnen.

An Stelle des Wertes des Rechtes oder des Wertes des Unspruchs ift, wie nach der Alerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879, das Meistgebot und, wenn das Bersahren vor der Erteilung des Juschlags erledigt wird, der Wert des Gegenstandes der Beichsanachme maßgebend, wenn diese geringer sind (Abs. 1).

b) In Falle der Bertretung eines anderen Beteiligten als eines Berechtigten (des Schuldners, des Konkinsderwalters des Erben, des Wikieigentümers der Miterben) ist das Weifigebot und, wenn das Berjahren vor der Erteilung des Juschlags erledigt wird, der Bert des Gegenstandes der Judagsversteigerung maßgebend. Erstreckt sich das Necht des Vertretenen nur auf einen Teil des Grundstäds (Witeigentümer, Witerbe) jo kommt nur der Wert des Anteils in Betracht (Abs. 2, § 4 Abs. 1 Halbsat 2 der Milerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879, Art. 9 Abs. 2 des Geb. (G.).

c) Nicht angemessen erschien es, für die Berechnung des Wertes des Gegenstandes der Zwangsversteigerung die Erundsäße als maßgebend zu erklären, nach denen gemäß Art. 29 des Ausf. Ges.

3. G.B.D. und 3m.Gef. ber Bert ber Grundstude berechnet werben foll; ber Art. 9 bes Geb. G. enthalt eine folche Beftimmung nicht und ber für die Berechnung ber Staatsgebühr maggebende Bert Ned Grundstücks gilt auch für die Berechnung der Gebühr des Rechtsanwalts (Art. 27 Abs. 1, § 11 der R.G.D.).

d) Die Bestimmung schließt sich an § 5 ber R.C.P.D. und an Art. 9 Abs. 3 bes Geb.G. an. Hat der Rechtsanwalt mehrere Rechte besselben Auftraggebers in demselben Bersahren wahrzunehmen, io wird die Gebuhr aus bem Gesamtbetrage ber Rechte ohne Roften und Rebenleiftungen berechnet, nicht aus jedem Rechte' eine besondere Bebuhr angesett. Sind g. B. fur den Auftraggeber auf bem Gegenstande ber Zwangsverfteigerung zwei Sypotheten gu je 2000 M eingetragen, jo erhalt ber Rechtsanwalt bie Gebühr zu brei Behnteilen nicht zweimal aus je 2000 M, sondern nur einmal aus 4000 M. Das Gleiche gilt, wenn für benfelben Gläubiger mehrere Antrage auf Anordnung ber Zwangsversteigerung gestellt find. Sat 3. B. ber Rechtsanwalt für feinen Auftraggeber bezüglich besselben Grundstücks zunächst wegen eines Anspruchs bon 240 M bie Anordnung ber Zwangeversteigerung, bann wegen eines Anspruche von 400 M die Bulaffung bes Beitritts beantragt, fo berechnet fich feine Gebuhr gu vier Behnteilen gunachft aus bem Betrage von 240 M (4 M) und erhöht fich, wenn ber Antrag auf Bulaffung bes Beitritts gestellt wirb, nur bis zum Betrage von vier Behnteilen ber vollen Gebühr aus 640 M (7 M 60 d), bemnach nur um 3 & 60 &, nicht um ben Betrag bon bier Zehnteilen ber vollen Gebühr aus 400 N = 5 M 60 8. Erfolgt die Berfteigerung mehrerer Grundftude in bemfelben Berfahren (§ 18 bes 3m. Gef.). jo wird, wenn der Wert des Gegenstandes der Zwangsverfteigerung bei der Berechnung der Gebühr des Rechtsanwalts in Betracht tommt (Abf. 1 Cat 3, Abf. 2), ber Wert ber mehreren Grundftude. auf welche fich bas Recht bes Auftraggebers erftrectt, zusammengerechnet.

Boraussetung für die Anwendbarteit bes Abi. 3 ift aber immer, bag es fich um basselbe Berfahren handelt. Gind bie Berfahren getrennt, fo werben für jedes Berfahren die Gebühren ge-

fondert berechnet.

e) Fur die Berechnung der Gebühr des Glaubigers ift der Wert des gangen Rechtes ohne Nebenleiftungen ober ber Wert bes Gegenstandes der Zwangsversteigerung, auch wenn sie den nach § 13 des R.G.K.G. sich berechnenden Wert des Anspruchs des Blaubigers überfteigen, maggebend, falls fich bie Thatigteit bes Rechtsanwalts auf folche Teile bes Berfahrens erftrectt. welche bie Berwertung bes Gegenstandes ber Zwangsverfteigerung unmittelbar bezwecken und bamit die Diöglichkeit der Befriedigung des Gejamtanspruchs bes Glaubigers aus bem Erloje bes Gegenftanbes ichaffen. Endigt bagegen die Thatigfeit bes Rechtsanwalts bor bem Bersteigerungstermin und wurde ein Termin zur Erörterung über bas geringfte Gebot und die Berfteigerungsbedingungen (§ 62 bes Bw. Gej.) nicht mahrgenommen, so tritt ber Wert bes Anspruchs an bie Stelle bes Bertes bes Rechtes ober an bie Stelle bes Bertes

bes Gegenstandes der Zwangsbersteigerung, wenn dieser zwar geringer als der Wert des Nechtes, aber noch größer als der Wert des Nechtes, aber noch größer als der Wert des Anspruchs ist und deshalb nach Ab. 1 Sap 3 maßgebend wäre (Uh). 4 Sap 1, 4). Betragen z. B. in diesem Falle der Wert des Nechtes des Chaubigers 2000 .C., der sich aus z 13 des R.G.K.G. berechnende Wert des Anspruchs 1000 .C. und der Wert des Gegenstandes der Ivangsbersteigerung 1500 .C., so wäre die Gebühr nach Abs. 1 aus dem Werte des Gegenstandes (1500 .C.) zu derechnen; gemäß Uhj. 4 ist der Wert des Anspruchs (1000 .C.) zu derechnen; gemäß Uhj. 4 ist der Wert des Nechtes 2000 .C., der Vertendes Under dagegen der Wert des Nechtes 2000 .C., der Vertendes Unipruchs 1500 .C. und der Vertendes Verten

Für die Berechnung der Gebühr des Bertreters eines anderen Antragstellers als eines Gläubigers (Konkursverwalters, Erben, Witeigenkümers) sind besondere Bestimmungen nicht veranlaßt.

Dier bleiben die Beftimmungen in Abf. 2 maggebend.

Es besteht kein Anläh, die Gebühr des Bertreters eines anderen Beteiligten als des Antragstellers, wenn seine Thätigkeit vor der Bahrnehmung eines Termins endigt, aus einem höheren Betrage zu berechnen als die Gebühr des Bertreters des Antragstellers, da die Thätigkeit des Bertreters eines anderen Beteiligten keinessfalls schwieriger ift, als die Thätigkeit des Rechtsanwalts, der den Antragsteller vertritt. Beim Vorhandensein mehrerer Antragsteller berechnet sich die Gebühr des Bertreters eines anderen Beteiligten in jenem Falle nicht aus einem höheren Betrage als aus dem höchsten Vertage, der sir die Berechnung der Gebühren der Bertreter der Antragsteller in Betracht kommen kann. Auf diesen Erwägungen beruhen die Bestimmungen in Abs. 4 Sah 2 dis 4. (Wotive.)

1. Bei der Berechnung der im Art. 17 bestimmten Gebühren ift zu unterscheiden:

a) Bertretung bes Antragftellers.

b) Bertretung eines anderen Berechtigten (§ 9 Rr. 1, 2 bes 3m. Gei.).

3m.Gef.), c. Bertretung eines anderen Beteiligten (Schulbners, Miteigentümers).

2. Maßgebend für die Berechnung der Wertsgegenstandsjumme sind junächst nach Art. 27 Abs. 2 in Anwendung des § 10 der R.G.D. die Borschriften der §§ 9 bis 13 des R.G.A.G. insbesondere,

daß Früchte, Zinsen, Schäden und Kosten unberücksichtigt zu bleiben haben, wenn sie als Nebensorberungen in Be-

tracht tommen (§ 4 ber R.C.B.D.),

daß die Berte mehrerer Rechte ober die Gegenstandsjummen mehrerer Anträge auf Jwangsversteigerung oder die Berte mehrerer Grundstüde in einem und bemselben zwangsversteigerungsversahren zusammenzurechnen sind (§ 5 ber R.C.P.O., § 12 Abj. 2 des R.G.R.G.),

Bothinger, Banerns Gebührengefete.

Leistungen nach bem zwölseinhalbsachen ober bzw. fünfundzwanzigsachen Betrage bes einjährigen Bezuges berechnet (§ 9 ber R.C.P.C.), enblich, baß bei der Jwangsvollstrectung die einzuziehenden Zinsen einer Gelbsorberung zu dem Hauptanspruch hinzuzurech-

daß sich der Wert auf wiederkehrende Nukungen ober

nen find (§ 13 Uhf. 2 bes R.G.B.). Weiter steben vier verschiedene Wertsgegenstandssummen in

Frage:

a) Bert des "Rechts".

3. B. einer Sypothet zu 1000 M, einer Reallaft u. f. w.

b) Wert des "Anspruchs".

Derjelbe berechnet sich je nach bem Umfange ber Thätigkeit, welche ber Rechtsanwalt im Versahren entwickelt.

3. B. Hoppothek zu 1000 M nebst 4 % rückständigen Zinsen auf ein Jahr bei Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung wegen nur 40 M rückständiger Zinsen.

aa) Die Thatigteit endigt vor dem Versteigerungstermin und ohne Wahrnehmung eines Termins zur Erörterung über das geringste Gebot und die Versteigerungsbedingungen (§ 62 des Zw. Gef.).

In biefem Falle ift nur ber Betrag, megen beffen Untrag gestellt ift, bier 3 B. 40 M, maggebenb.

bb) Die Thätigkeit erstreckt sich auf solche Teile bes Berfahrens, welche die Berwertung des Zwangsversteigerungsgegenstandes unmittelbar bezwecken.

In bleiem Falle berechnet sich ber Wert bes Anipruchs aus bem Schulbtitel und bem Betrage, wegen bessen Untrag gestellt ift, hier z. B. aus 1000 M + 40 M = 1040 M.

c) Wert bes "Gegenstandes ber Zwangsverfteigerung".

Dieser Wert kommt in Betracht, wenn das Bersahren vor der Erteilung des Zuschlags ersedigt wird und derselbe geringer ist, als der Wert des Rechts oder der Wert des Anspruchs. 3. B. wenn er nur 900 N beträgt, statt wie oben lit. a und lit. d. aa.

d) Bert bes "Meiftgebots".

Im Falle der Erteilung des Jujchlags ift das Meistgebot maßgebend, wenn es gleichsalls geringer ist als der Wert des Nechts oder der Wert des Unspruchs, 3. B. wenn es nur 950 M beträgt, statt wie die Werte lit. a 1000 M oder lit. d, db 1040 M.

- 3. Im Falle der Vertretung eines anderen Beteiligten (s. o. Anmerkg. 1 lit. c.) find entweder der Wert des Gegenstandes der Jwangsversteigerung oder der Wert des Weistgebotes bzw. der Anteil des Vertretenen an einem dieser Werte je nach der Erledigung des Versahrens bestimmend.
- 4. Die Zusammenrechnung hat natürlich nur bann zu erfolgen, wenn es sich um Rechte ober Ansprüche ein und besselben

Auftraggebers ober um mehrere Weiftgebote ober Werte von Gegenftänden der Zwangsversteigerung im nämlichen Berfahren handelt.

10 mg

5. Endigt in dem Berfahren bis zur Einleitung der Berteilung die Thätigkeit des Rechtsanwalts ohne Wahrnehmung des Berfteigerungstermins oder des Termins nach § 62 des 3w.Gef., so ift

für die Bertretung des Gläubigers, wegen dessen die Jwangsversteigerung beantragt ist, sowohl als auch für die Bertretung eines anderen Beteiligten als des Antragskellers der Bert des Antpruchs (siehe Anmerkg. 2 lit. aa) maßgebend, soiern er niedriger als der Bert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung ist. Ist er höher, so tritt nach Uhs. 1 Saß 3 an seine Stelle der niedrigere Betrag des Gegenstandswertes.

6. Kommen 3. B. bei dem Borhandensein mehrerer Antragsteller Anspruchswerte von 500 M, 1200 M und 3600 M sowie ein Gegenstandswert von 3000 M in Betracht, so berechnet sich die Gebühr des Bertreters eines anderen Beteiligten nur aus 3000 M. als dem höchsten Betrage, der für die Gebühren der Bertreter der Antragsteller in Betracht kommen kann.

Urt. 19.

Für die Vertretung des Gläubigers, des Schuldners oder des Konkursverwalters im Verfahren der Zwangsverwaltung, einschließlich des Verteilungsversahrens, ershält der Nechtsanwalt jährlich zwei Zehnteile der vollen Gebühr aus dem Vetrage, der in jedem Verwaltungsziahre zur Verteilung an die Gläubiger gelangt (Wert der Einkünste des Jahres), jedoch mindestens jährlich zehn Mark 1,2). Die Vorschrift des Artikel 17 Abs. 4 ist entiprechend anzuwenden.

Der Rechtsanwalt erhält außerdem für den Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung oder auf Zuslassung des Beitritts, wenn er einen Gläubiger vertritt, einmal drei Zehnteile der vollen Gebühr aus dem sich nach § 13 des Gerichtskostengesetes berechnenden Werte des Anspruchs oder der Ansprüche, wegen deren die Zwangsverwaltung von ihm beantragt ist, wenn er den Konkursverwalter vertritt, einmal drei Zehnteile der vollen Gebühr aus dem Werte der Sinkünste des Verswaltungsjahrs, in dem der Antrag gestellt ist, in jedem der beiden Fälle jedoch mindestens zehn Mark.

Beschränkt sich die Thätigkeit des Rechtsanwalts auf die Vertretung in dem Verfahren wegen Anordnung der Awangsverwaltung ober wegen Zulassung des Beitritts, so erhält er, wenn er einen Antrag auf Zwangsverwal= tung gestellt hat, nur die ihm nach Abs. 2 zukommende Gebühr. Sat er einen folchen Antrag nicht gestellt, fo erhält er als Vertreter eines Gläubigers einmal zwei Rehnteile der vollen Gebühr aus dem Werte des Anipruchs oder der Ansprüche des Gläubigers, wegen deren die Amangsverwaltung beantragt ist, als Vertreter des Konkursverwalters einmal zwei Zehnteile der vollen Ge= bühr aus dem Werte der Gintunfte des Bermaltungs= jahrs, in dem der Antrag gestellt ift, auf den sich die Thätigkeit des Rechtsanwalts bezieht, und wenn sie sich auf mehrere in verschiedenen Jahren gestellte Untrage bezieht, aus dem größten Jahresbetrage der Ginfünfte; die Gebühr beträgt mindestens fünf Mark. Für den Bertreter des Schuldners gilt das im Sațe 2 für den Vertreter des Konkursverwalters bestimmte 8) bis 10).

Die Gebühren des Rechtsanwalts für die Bertretung eines Beteiligten im Versahren der Iwangsverwaltung waren im § 23 Rr. 2 der R.G.D. und in den §§ 2, 3, § 4 Vbl. 2, § 6 der Allezhöchsten Verordnung vom 25. September 1879 geregelt. Der Rechtsanwalt erhielt der Zehnteile der Säße des § 9 der R.G.D. für den Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung, ferner deschitelie für die Thätigkeit im Zwangsverwaltungsderfahren die Auf Anordnung der Zwangsverwaltungsderfahren die Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung angerechnet wurde, iddann für die Vertretung im Verteilungsversahren die Gebühr

nach § 39 ber R.G.D.

Nach der Subhaftationsordnung wickelte sich das Berfahren der Zwangsberwaltung in zwei Terminen ab, im Vollzugstermin (Urt. 134) und im Berteilungstermin (Urt. 154, 155). Der Vollzugstermin der dayrichen Nechtes war dem Neichsgeses über die Iwangsbermin des dayrichen Nechtes war dem Neichsgeses über die Iwangsberfeigerung und die Iwangsberwaltung vom 24. März 1897 fremd. Auch hinfichtlich des Verteilungsberfahrens weicht das Reichsgeses von der Subhaftationsordnung ab. Die Subhastationsordnung bestimmte, daß nach Umsluß einer jeden Nechnungsperiode ein neues Verteilungsverfahren eingeleitet wird und ein neuer Verteilungstermin stattsindet. Nach dem Neichsgeses wird dagegen der Teilungsversahrens ausgestellt (§ 156 Uh) 2); nur zur Leistung von Jahlungen auf das Kapital einer Spyothst oder Erundschlus oder auf die Vblöjungsstunde einer Rentenschuld hat das Gericht auf Intrag des Verwalters einen besonderen Termin

zu bestimmen (§ 158). An die Stelle besonderer Verteilungsverschren nach Umfluß einer jeden Rechnungsperiode tritt die jährliche Rechnungssegung (§ 154). Hienach war eine Aenberung der bisher gestenden Bestimmungen über die Gebühren der Rechts-

anwälte veranlagt.

Im hinblid auf die sortlausende Thätigkeit, die dem Rechtsanwalt als Vertreter des Gläubigers, des Schulbners oder des Konkursderwalters namentlich det der Prüfung der vom Verwalter jährlich zu legenden Rechnung obliegt, war es angemessen, im Anschluß an das preußische Geiet vom 27. September 1899 dem Vertreter des Gläubigers, des Schuldners und des Konkursderwalters jährlich zwei Zehnteile der vollen Gebühr nach dem Wertreder det vollen Gebühr nach dem Vertreter des Aetto erträgnisses des Jahres und daneben noch dem Vertreter des Aufragstellers für die Antragstellung eine besondere Gebühr zu gewähren.

Im einzelnen ift folgenbes zu bemerten:

1. Für die Berechnung der dem Bertreter des Gläubigers, des Schuldners und des Kontursverwalters jährlich zutommenden Gebühr zu zwei Zehnteilen ist, wie im Falle des Art. 11 Nr. 2 des Geb.G., der Betrag maßgebend, der in dem Verwaltungsjahre zur Verteilung an die Gläubiger gelangt. Um eine Mötürzung der Bestimmungen in Art. 19 dis 21 zu ermöglichen, wird dieser Betrag als "Wert der Einkünste des Jahres" bezeichnet.

Borsorge wurde für den Fall getrossen, daß in einem Berwaltungsjahre nichts oder nur sehr wenig an die Mäubiger verteilt wird. Mangels einer besonderen Bestimmung hätte sich der Rechtsanwalt in diesem Falle unter Umständen mit einer Gebühr von 1 M nach § 8 der R.G. (Art. 27) begnügen müssen. Wit Rücksicht hierauf wurde ein Mindestbetrag der Gebühr bestimmt;

ein Betrag bon 10 M erichien als angemeffen.

Die entsprechende Anwendung des Art. 17 Abs. 4 ergibt, daß der Rechtsanwalt für die Vertretung eines Veteiligten in einem außergerichtlichen Verteilungsderfahren ebensowiel erhält als für die Vertretung in einem gerichtlichen Verteilungsversahren, und daß er für die Vertretung in einem gerichtlichen Verteilungsversahren, und daß er für die Vertretung in einem gerichtlichen Verteilungsversahren und in einem außergerichtlichen Verteilungsversahren zusianmen nur einmal die Gebühr zu beanspruchen hat.

2. Der Vertreter bes Antragsiellers erhält neben ber Gebühr aus Abs. 1 als Vergütung für die Antragstellung noch eine besondere Gebühr zu drei Zehnteilen der vollen Gebühr. Wenn ein Gläubiger der Antragsteller ist, ift der nach § 13 des R.G.K.G. sch sich berechnende Wert des Anspruchs maßgebend, dagegen der Wert des Nettoerträgnisse eines Zahres, wenn der Konkursverwalter der Antragsteller ist, und zwar der Wert des Nettoerträgnissed des Verwaltungssahrs, in dem der Antrag gestellt ist.

Aus ber Fassung bes Abs. 2 ergibt sich, baß ber Bertreter bes Antragstellers die Gebühr nicht erhält, wenn ihm die Bertretung erst nach ber Anordnung der Zwangsberwaltung ober nach der

Bulaffung bes Beitritts übertragen wirb.

Bie im Falle bes Abi. 1 war eine Minbestgebuhr jedenfalls insoweit zu bestimmen, als bas Nettoertragnis fur die Gebuhrenberechnung maggebend ift, ba es unter Umftanden gur Ginleitung ber Zwangeverwaltung gar nicht tommt ober in bem betreffenben Jahre nichts an die Gläubiger verteilt wird. Auch hier erschien eine Minbeftgebühr von 10 M angemeffen. Dem Bertreter bes Gläubigers, beffen Gebühr aus bem Berte bes Unipruchs berechnet wird, tommt, ba feine Thatiafeit nicht weniger ichwierig ift als bie bes Bertretere bes Konturevermaltere, Diejelbe Mindeftgebuhr gu.

3. Beichrantt fich bie Thatiafeit bes Rechtsanwalts auf bie Bertretung in bem Berfahren wegen Anordnung ber Brangsverwaltung (§§ 146 bis 151, §§ 15 bis 27 bes 3m. Gef.), fo tommt ihm, wenn er den Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung gestellt hat, die im Abi. 2 bestimmte Gebuhr zu

In allen anderen Källen erhält er zwei Zehnteile ber vollen Gebühr. Für die Berechnung dieser Gebühr ift im Falle der Ber-tretung des Gläubigers der Anspruch des Gläubigers, im Falle ber Bertretung bes Konturspermalters ober bes Schuldners ber Betrag maggebend, ber in bem Jahre an die Gläubiger verteilt wird, in bem berjenige Antrag auf Amangsverwaltung, auf den fich die Thatigteit bes Rechtsanwalts bezieht, geftellt wird. Bezieht fich die Thatigteit bes Rechtsanwalts auf mehrere in verschiedenen Jahren geftellte Untrage, jo werben bie Gintunfte bes Jahres mit bem gunftigften Nettvertragniffe gu Grunde gelegt. Die Minbeftgebühr beträgt 5 M. In Betracht tommen ber Bertreter bes Schulbners, ber Bertreter bes Konfursberwalters, ber einen Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung oder auf Zulassung des Beitritts nicht gestellt hat, und der Bertreter eines Gläubigers, bem die Bertretung erft, nachbem der Glaubiger ben Antrag geftellt hat, übertragen wird ober ber einen Glaubiger lediglich in bem Berfahren megen Bulaffung bes Beitritts eines anderen Gläubigers pertritt.

Die Gebühr zu brei Zehnteilen erhalt ber Rechtsanwalt nur einmal, auch wenn er mehrere Untrage auf Zwangeverwaltung geftellt ober wenn er einen Antrag auf Anordnung ber 3mangeverwaltung gestellt hat und die Rechte feines Auftraggebers auch hinsichtlich bes von einem anderen gestellten weiteren Antrags auf Brangeverwaltung mahrgenommen hat. Ebenfo erhält ber Rechteanwalt die Gebühr zu zwei Behnteilen nur einmal, auch wenn er die Rechte seines Auftraggebers hinsichtlich mehrerer von anderen geftellter Anträge auf Zwangsverwaltung wahrgenommen hat, vorausgesest selbstverständlich, daß das durch die mehreren Anträge

veranlaßte Verfahren ein einheitliches ift. (Motive.)

1. Unter "Bert ber Gintunfte" ift ber nach Berichtigung aller Ausgaben ber Berwaltung und ber laufenden Betrage fowie ber öffentlichen Laften unter Die Gläubiger zur Berteilung tommende Nettobetrag zu verfteben.

2. Sier ift mit "Jahr" bas Bermaltungsjahr gemeint, nicht bas Ralenberjahr. Beginnt 3. B. bie Zwangeverwaltung am

- I. In den Angelegenheiten ber Rechtspflege. Art. 19. 309
- 1. April 1903, so enbigt bas erfte Berwaltungsjahr mit bem 31. März 1904.
- 3. Die Gebührensate im Zwangsverwaltungsverfahren lassen sich zusammenfassen, wie folgt:

I. Bertretung bes Antragftellers.

a) bes Gläubigers:

TOTAL TO

*/10 für ben Antrag auf Anordnung ber Zwangsverwaltung ober auf Zulasjung bes Beitritts

und zwar aus bem Werte bes Anspruchs 3. B. 1000 M.

Kapital + 40 M rückständige Zinsen;

b) des Kontursverwalters:

3/4. bei der Thätigkeit wie bei lit. a aus dem Werte der Einklinfte des Verwaltungsjahrs. Bei einer Wertgegenstandssumme nicht über 1600 M, jedoch 10 M,

hiezu tommen in beiben Fallen weitere

3/1. jährlich aus bem Betrag ber Nettveinkünfte für die Bertretung im Berfahren der Zwangsverwaltung einschließlich des Berteilungsverfahrens,

jeboch minbestens 10 M, wenn bie Einkunfte nicht über 4300 M betragen.

Im Falle ber nur auf das Berfahren wegen Anordnung der Zwangsverwaltung oder wegen Zulassung des Beitritts beschränkten Thätigkeit

1. bei Stellung bes Untrags auf Zwangsverwaltung

1/10 wie sub lit, a und b oben;

2. soferne der Rechtsanwalt einen Antrag nicht gestellt hat, aus dem Anipruchswert ober aus dem Betrage des Jahresnetboerträanisses

und zwar gleichfalls mindestens 5 M, soferne ber Anspruchswert ober die Jahreseinkunfte nicht über 900 M betragen.

II. Bertretung bes Schulbners ober Gläubigers ober bes Kontursvermalters (wenn nicht als Antragfteller).

Im Bersahren der Zwangsverwaltung einschließlich des Verteilungsversahrens

2/10 aus bem Jahresbetrag ber Rettoeinkunfte,

minbestens jedoch 10 M, wenn biefer Betrag nicht über 4300 M beträgt.

Im Falle sich die Thätigkeit auf die Bertretung in dem Bersahren wegen Anordnung der Zwangsverwaltung beschränkt 2/1,0 wie sud J. I Abs. 2 Nr. 1 u. 2 oben.

4. Die Mindestbeträge ermäßigen sich jedoch auf die hälfte, wenn der Rechtsanwalt benjelben Beteiligten gleichzeitig im borangegangenen Bersahren der Zwangsversteigerung vertritt (Art. 21 Ubs. 2).

- 5. Ift der Rechtsanwalt in einem gerichtlichen und in einem außergerichtlichen Berteilungsversahren zusammen thätig, so steht ihm die Gebühr nur einmal zu.
- 6. Hinfichtlich ber Berechnung bes Bertes bes Anspruchs vergleiche hierber Anmertg, ju Art. 18.
- 7. Für die Thätigkeit bei einem Antrage auf Eintragung einer Sicherungshppothet und für die bei Einkeitung des Zwangsverwaltungsverfahrens erhält der Nechtsanwalt nur eine Gebühr (Art. 27 Abf. 3).
- 8. hinsichtlich ber Gebühren bei Bertretung eines anberen Berechtigten fiebe Urt. 20.
- 9. Bei Zurudnahme bes Auftrags vor Beendigung bes Berwaltungsjahrs ift die Borschrift des Art. 21 mafgebend.
- 10. Unter welchen Boraussetungen ber Ansat von Einzelgebühren nach Art. 6 bis 16 zulässig ift und welchen Höchstetrag die Gesantsumme bieser Einzelngebühren nicht übersteigen darf, ist im Art. 25 bestimmt.

Art. 20.

Vertritt der Rechtsanwalt im Verfahren der Zwangsverwaltung einen anderen Berechtigten 1) als den Gläubiger. fo erhält er für die Vertretung in dem Verfahren wegen Anordnung der Zwangsverwaltung oder wegen Zulaffung des Beitritts einmal zwei Zehnteile, für die Vertretung in dem weiteren Verfahren einmal drei Behnteile der vollen Gebühr 2) aus dem Werte der wiederkehrenden Leiftungen; für die Berechnung dieses Wertes ift ber Wert der Leistungen eines Jahres maßgebend. Der Wert der Einkunfte des Verwaltungsjahrs, in dem der Rechtsanwalt zuerst eine Thätigkeit für den Berechtigten entwickelt hat, ist statt des Wertes der Leistungen eines Jahres makgebend, wenn er geringer ift als dieser Wert. Die Gebühr für die Vertretung in dem Verfahren wegen Anordnung der Zwangsverwaltung oder wegen Zulaffung bes Beitritts beträgt mindeftens fünf Mart 8), die Bebühr für die Vertretung in dem weiteren Verfahren minbestens gehn Mart 4). Die Borichrift des Artikel 17 Abi. 4 ift entiprechend anzuwenden5).

Auch für einen anderen Berechtigten als den Gläubiger kann Unlaß gegeben sein, einen Vertreter für das dem Verteilungsversahren vorangehende Versahren zu bestellen. Für andere Beteiligte als Verechtigte waren Bestimmungen nicht veranlaßt.

Für die Bertretung eines anberen Berechtigten als des Gläubigers in dem Bersahren bis zur Einleitung des Berteilungs-

versahrens sind 2/10 der vollen Gebühr wie im Falle des Art. 19 Abs. 3 Sah 2, 3 angemessen: für die Bertretung im Verteilungsversahren werden im Anschluß an den Art. 17 Abs. 1 Ar. 2 3/10

ber vollen Gebühr gemährt.

Der Berechnung der Gebühr ist der Wert der wiederkehrenden Leistungen zu Grunde zu legen und gist als solcher der Wert der Leistungen eines Jahres. Ist der Wert des Nettoerträgnisse eines Jahres geringer als der Wert der Leistungen eines Jahres, so ist das Nettoerträgnis maßgebend, und zwar das Nettoerträgnis des Jahres, in dem der Nechtsanwalt zuerst eine Thätigkeit entwicklit hat. Im Anschluß an die Vorschriften des Art. 19 wurde eine Mindestgebühr bestimmt. Wie im Falle des Art. 19 Abs. 1 ist auch die Bestimmung des Art. 17 Abs. 4 entsprechend anwendbar. (Motive.)

1. hier kommt bie Bertretung von folchen Bersonen in Betracht, welche Anspruch auf wiederkehrende Leistungen haben.

- 2. Die volle Gebühr ist im Art. 5 ausgeführt. Der Rechtsanwalt erhält für die Bertretung in dem Verfahren wegen Anordnung der Jwangsberwaltung hom voegen Julasiung des Beitrittes und für die Bertretung in dem weiteren Verfahren d. i. dem Verteilungsbersahren zwei gesonderte Gebühren von zusammen ha, mindestens aber 15 M. hat er aber denselben Beteiligten gleichzeitig im Versahren der Jwangsversteigerung bezüglich derselben Gegenstände vertreten, so ermäßigt sich die Mindestgebühr auf 2,50 M baw. 5 M (Art. 21 Abs. 2).
- 3. Der Minbeftbetrag von 5 M ist anzuseten, sofern ber Bert ber Leiftungen 900 N nicht übersteigt.
- 4. Die Minbestgebühr von 10 & kommt bei einem Werte ber Leiftungen bis 1600 & einschließlich jum Ansak.
- 5. Im Falle ber Mitwirtung bei einer außergerichtlichen Berteilung (Art. 17 Abi. 4) erhält ber Rechtsanwalt gleichfalls */1.0 ber vollen Gebühr, minbestens aber 10 N, gleichwie sür die Bertretung im gerichtlichen Berteilungsversahren. Diese Gebühr hat der Rechtsanwalt nur einmal anzusprechen. Siehe auch Motive Nr. 1 Abs. 3 zu Art. 19.

Art. 21.

Ist in den Fällen der Artikel 19, 20 die Gebühr aus dem Werte der Einkünste zu berechnen¹), so ist der volle Wert der Einkünste des Verwaltungsjahrs auch dann maßgebend, wenn der dem Rechtsanwalt erteilte Austrag vor der Beendigung des Verwaltungsjahrs aufsgehoben wird.

An die Stelle der in den Artifeln 19, 20 bestimmsten geringsten Betrage ber Gebühren tritt die Salfte

bieser Beträge, wenn der Rechtsanwalt denselben Beteiligten gleichzeitig im Versahren der Zwangsversteigerung bezüglich derselben Gegenstände vertritt.).

1. Fraglich könnte sein, wie es zu halten ist, wenn das Mettverträgnis eines Berwaltungsjahrs sir die Berechnung der Gebühr maßgebend ist, der dem Rechtsanwalt erteilte Auftrag aber der Beim Volause des Berwaltungszahrs ausgehoben wird. Der § 50 der R.G.D., der nach Art. 27 Abs. entsprechend anwenddar ist, bestimmt, daß, wenn der dem Rechtsanwalt erteilte Austrag dor Beendigung der Instanz ausgehoben wird, dem Rechtsanwalte die Gebühren in gleicher Beise zustehen, als wenn die Instanz zur Beit der Aussehen wird, der Ausschlaften der Austrags durch Zurücknahme der gestellten Unträge erledigt wäre. Hienach müßte also ermittelt werden, welcher Betrag an die Gläubiger zu verteisen wäre, wenn in dem Zeitpunste der Aussehung des Austrags die Zwangsverwaltung beendigt worden wäre. Um diese schwierige Ermittelung übersstüllig zu machen, wurde, auch wenn der Austrag dor der Beendigung eines Berwaltungsjahrs ausgehoben wird, der Betrag sür maßgebend erklärt, der im ganzen Berwaltungsjahre zur Berteilung an die Gläubiger gelangt.

Wird der Auftrag vor der Beendigung des Verwaltungsjahrs dadurch ersedigt, daß das Verfahren selbst endigt, so ist die Gebühr selbstverständlich nur aus dem Betrage zu berechnen, der bei der Veendigung des Versahrens zur Verteilung an die Gläubiger

verfügbar ift.

- 2. Wenn ber Nechtsanwalt benselben Beteiligten gleichzeitig im Bersahren ber Zwangsversteigerung und im Versahren ber Zwangsverwaltung vertritt, tritt an die Stelle der in den Urt. 19, 20 bestimmten Mindestgedühren die Halle der Mindesteträge. Die Zwangsverwaltung hat in diesem Falle nur eine untergeordnete Bedeutung; ihr Ergebnis kommt nur sehr wenigen zu gute. Wenn aber zunächst die Zwangsverwaltung unt höter erst die Zwangsversteigerung angeordnet ist, gesten für den der Anordnung der Zwangsversteigerung vorausgesenden Teil des Zwangsverwaltungsversahrens die Bestimmungen der Art. 19, 20 unverändert. (Wotive.)
- 1. Siehe Art. 19 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 Sat 2 im Falle ber Bertretung bes Konkursberwaltere, bann Art. 20 Sat 2.

Art. 22.

Die für das Versahren der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften sind auch bei der gerichtlichen Versteigerung eines Vergwerks oder einer Anlage, auf welche die Vorschrift des Artikel 258 des Verggesetzs Anwendung sindet, und bei der im Artikel 267 Abs. 2 des Vergsgesetzs vorgeschriebenen Zwangsversteigerung eines uns beweglichen Kures anzuwenden 1).

Durch die Fassung der Art. 17 die 21 ist zum Ausdruck gebracht, daß ihre Bestimmungen für alse Versahren der Jwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung gelten, für die das Keichsgeseh vom 24. März 1897 über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, sei es kraft Reichsrechts, sei es wegen Wangels abweichender landesrechtlicher Bestimmungen, maßgebend ist, insbesondere also auch für das Versahren der Zwangsversteigerung eines Schiffes, sür die vom Konkurdverwalter erwirkte Zwangsversteigerung eines Grundstüds auf Antrag des Erben, sür die Zwangsversteigerung zum Zweck der Aushebung einer Gemeinschaft, serner auch sür die Zwangsvolssteigerung aum Zweck der Aushebung einer Gemeinschaft, serner auch sür die Zwangsvolssteigerung in ein Verzwert ober in einen underweglichen Kur (Art. 37 bis 43 des Ausf.Ges. 3. G.B.D. 11. Zw.Ges.)

Besondere Bestimmungen waren nur für die in den Art. 44 bis 51 des Auss Gel. 3. C.B.D. u. Iw. Gel. behandelten gerichtlichen Versteigerungen von Bergwerten und unbeweglichen Kuren ersorder-

lich (Art. 22). (Motive.)

1. Siehe auch Art. 22 bes Geb.G. G. 27.

Mrt. 23.

Auf die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts in einem Verteilungsversahren außerhalb der Fälle der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung, das nach den für die Verteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften zu erledigen ist, sinden die Vorschriften der Artikel 17, 18 entsprechende Anwendung 1).

Der Art. 23 betrifft die Verteilungsversahren, die in Art. 53, 54 des Einf. Ges. 3. B.G.B., §§ 34 ff. des Gesets, betreffend die Veschränkung des Erundeigentums in der Umgebung dom Jestungen, vom 21. Dezember 1871 (N.G.Bl. S. 459), § 14 des Gesetses über die Ariegsleiftungen vom 13. Juni 1873 (N.G.Bl. S. 129), § 14 des Gesets über die Naturalleistungen für die bewassinet Wacht im Frieden (R.G.Bl. 1898 S. 361), § 51 der Reichsgewerbeordnung, Art. 53 des Ausf. Ges. 3. N.C.B.D. und K.D. a. F., Art. 24, 25, 27 des Ausf. Ges. 3. N.C.B.D. und K.D. a. F., Art. 13 Abs. 3 des Gesetses vom 23. Februar 1868, die Absoarseit der auf Grund und Boden haftenden oder mit einer Gewerbstrealität verdundenen Ehaftsverhältnisse betreffend, Art. 153 Kr. III des Ausf. Ges. 3. B.G.B.; Art. 14 des Gesetse, die Flurbereinigung betreffend, Art. 12 des Gesetses vom 15. Juni 1898, das Unschälchseitszeugnis betreffend, Art. 168, 184 des Berggesets, Art. 24 Abs. 3, 4 des Geb. G. geregest sind.

Auf alle biese Verteilungsversahren finden die Vorschriften der Art. 17, 18 entsprechende Anwendung, gleichviel ob für sie das Jw.Ges. vom 24. März 1897 oder die Subhastationsordnung maßgebend ist. Dies ergibt sich aus ber Fassung bes Art. 23 in Berbinbung mit bem Art. 28 Abs. 1, 4. (Motive.)

1. Siehe Art. 17 Abj. 1 Ar. 2, Abj. 4 und Art. 18 Abj. 1 hinsichtlich bes Wertes des Rechts ohne Kosten und Nebenleistungen und des Wertes des Anspruchs nach § 13 des R.G.K.G.

Art. 24.

Im Verfahren zur Vermittelung der Auseinanders sehung in Ansehung eines Nachlasses oder des Gesamts guts einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft erhält der Rechtsanwalt je die volle Gebühr 1)

1. für den Geschäftsbetrieb einschließlich der Infor-

mation 2).

2. für die Wahrnehmung der Termine vor dem Amtsegericht oder dem Notar einschließlich der Mitwirkung bei einer Bereinbarung über vorbereitende Maßeregeln³) und über den Auseinandersetzungsplan.

Hat der Rechtsanwalt den Antrag auf Bermittelung der Auseinandersetzung gestellt, so stehen ihm weitere

fünf Behnteile der vollen Gebühr gu 1).

Die Berechnung der Gebühr erfolgt aus dem Werte des Anteils des Auftraggebers an dem Nachlaß oder dem Gesamtgut; ein Abzug der Schulden findet nicht statt^{5) bis 7}).

Das Bersahren zur Bermittelung der Auseinandersetzung in Ansehung eines Nachlasses ober des Gesamtguts einer ehelichen ober sortgesetzen Gütergemeinschaft (§§ 86 die 99 des G.G., Art. 104 des Ausschel, 3, B.G.B.) ift in sich abgeschlossen und dem Bersahren in bürgerlichen Rechtsstreitigeiten ähnlich. Die Thätigkeit, die der Rechtsanwalt hier zu entwickeln hat, läßt sich im voraus übersehen. Es empfahl sich beshalb, hier das System der

Bauschgebühren zu Grunde zu legen.

Der Rechtsanwalt erhält eine volle Gebühr für den Prozesbetried, eine weitere volle Gebühr für die Wahrnehmung der Termine einschließlich der jonstigen vermittelnden Thätigkeit, serner die Halfte der vollen Gebühr für die Antragstellung. Eine besondere Vergleichsgebühr kommt dem Rechtsanwalte nicht zu. Dies ergibt sich aus dem Bortlaute des Art. 24 im Jusammenhalte mit dem § 29 Abs. 1 der R.G.D., der gemäß Art. 27 Abs. 2 entsprechend anwendbar ist.

Nach § 10 ber R.G.D., ber nach Art. 27 Abs. 2 entsprechend anwendbar ist, wäre sür die Berechnung der Gebühren der reine Bert der Teilungsmasse nach Abzug der darauf haftenden Schulben maßgebend. Eine solche Negelung wäre unangemessen, da die Außeinandersehung gerade dann, wenn Schulden vorshanden sind,

schwieriger ift.

Besondere Vorschriften für den Fall, daß der Rechtsanwalt selbst ohne Dazwischentunft des Gerichts oder Notars eine Auseinandersetzung vermittelt, waren nicht ersorderlich. In der Regel wird hier die Entlohnung der Thätigkeit des Rechtsanwalts auf Bertrag mit den Beteiligten beruhen. Ist dies nicht der Fall, so wird die Gebühr nach Lage des einzelnen Falles auf Grund des Art. 26 zu bestimmen sein. Die Vorschriften des Art. 24 geben Anhaltspunkte sür die Bemessung des Betrags der Gebühren im einzelnen Falle. (Wotive.)

1. Siege bie Gebührenfate bes Art. 5.

2. Die Gebühr für ben Geschäftsbetrieb umfaßt auch bie Thatigteit bes Rechtsanwalts für bie Anfertigung samtlicher im Bersahren nötig werbenber Unträge an Behörben und Schreiben an Privatpersonen sowie bie Ratserteilung.

Eine besondere Gebühr fteht ihm nur zu für die Antrag-

ftellung auf Bermittelung ber Auseinanberfepung.

- 3. Zu den vorbereitenden Maßregeln zählen insbesondere Bereinbarungen über die Teilung, den Bertauf oder die Uebernahme einzelner Nachlaßgegenstände, die Feststellung der zur Ausgleichung zu duringenden Juwendungen unter Abkömmlüngen, Uebernahme von Nachlaßverbindlichkeiten seitens einzelner Miterben, dann über Feststellung der gegenseitigen Ansprüche der Nachlaßmäse und der einzelnen Miterben.
- 4. Durch die Gebühr für die Antragstellung wird auch die Thätigkeit des Rechtsanwaltes vergütet, welche er dei Beschaffung der nötigen Unterlagen (Testamente, Erbverträge, Eheverträge, Auszüge aus dem Hypotheten- und Grundbuch u. j. w.) entwickelt.

5. Für das Wiedereinsetungsversahren (§ 92 des G.F.G.) hat

ber Rechtsanwalt besondere Gebühren nicht zu beanspruchen.

6. Im Falle der Bertretung im Beschwerbebersahren (§ 22 bes G.F.G.) tommen die Gebührenbestimmungen der Art. 6 u. 8 zur Anwendung.

7. Hinsichtlich ber Pflicht ber Kostenerstattung sind zu beachten Art. 131, 132 (Art. 11 bes NachlaßGes. v. 9. Aug. 1902, G.B.B. S. 469), und 133 bes Auss. Ges. z. B.G.B. (Meitel, L. Auss. S. 308 sp.). S 23 ber R.G.D. kommt hier nicht zur Anwendung, sonbern Art. 8, ausnahmsweise auch noch Art. 6 bei besonderer Informationseinholung.

Art. 25.

Die Vorschriften der Artikel 6 bis 16 finden auf die in den Artikeln 17 bis 24 aufgeführten Angelegensheiten nur dann Anwendung, wenn sich der Auftrag auf eine einzelne Thätigkeit oder auf mehrere einzelne Thätigkeiten im Verfahren beschränkt 1)2).

Die Bauschgebühren erhält ber Rechtsanwalt in den Fällen der Art. 17 bis 24 nur dann, wenn ihm die Wahrnehmung der Rechte des Auftraggebers in der Eigenschaft eines für das ganze Verjahren Bevollmächtigten übertragen ist. Wenn sich der Austragauf eine einzelne Thätigkeit oder auf mehrere einzelne Thätigkeiten beschränkt, werden die Bestimmungen der Art. 6 die 16 über Einzelgebühren angewendet. Die Einzelgebühren durfen aber die Gebühren für die Vertretung nicht übersteigen (§§ 48, 49 R.G.D., Art. 27 Abs. 2.) (Motive.)

1. Un Ginzelgebühren fteben dem Rechtsanwalte gu:

a) die Informationsgebühr (Art. 6) 2 dis 5 Jehnteile und

Bu einem Zehnteile bei ber Zwangsvollstreckung, b) für Erteilung eines Rates (Urt. 7) ein Zehnteil,

c) für Ertlärungen, Antrage und Beschwerden bei Behörben (Art. 8) 2 bis 4 Zehnteile,

d) für Abfassung eines Schreibens an eine andere Privatperson als ben Auftraggeber (Art. 9) ein Zehnteil,

e) für Wahrnehmung eines Termins (Art. 10) 3 Zehnteile, für weitere Termine je 2 Zehnteile bis zur vollen Gebühr (Art. 14 Abf. 2),

(Art. 14 Abf. 2), f) für Mitwirkung beim Abichsuß eines Vergleiches die volle Gebühr (Art. 11).

g) für das Entwersen der Urtunde über ein Rechtsgeschäft 2 bis 5 Zehnteile.

Diese Einzelgebühren dursen aber die Gedühren für die Vertertung nicht übersteigen. 3. B. der Rechtsanwalt meldet für einen Gläubiger bessen Recht an (§ 37 Nr. 4 des Jw. Gesse). Sossern er besondere Inspermation nötig hatte, hätte er die Inspermationszgedühr mit 2 dis 5 Zehnteise (Nrt. 6) und für die Erklärung 2 dis 4 Zehnteile zu beanspruchen. Er hat jedoch nur 3 Zehnteise anzuhrechen, da er sür die gleiche Vertretung eines Veteiligten bis zur Einseitung des Verteilungsverschens (Art. 17 Abs. 1 Nr. 1) gleichfalls nur 3 Zehnteile singleichfalls nur 3 zehnteile singleichen dars. Ondhen ühr nach Art. 10 Abs. 1 weitere 3 Zehnteile zustehen. Da er aber nach Art. 17 Abs. 1 Nr. 1 u. Abs. 3 sür die dorerwähnte Vertretung im Versahren nur 4 Zehnteile der vollen Gebühr and

zusprechen hat, so gebühren ihm statt 7 Zehnteile der Einzelgebühren nur die 4 Zehnteile nach Art. 17. 2. Vergleiche auch §§ 48, 49 der R.G.O. in Wochinger, Vrozehach.Gei. S. 228 ff.

Art. 26.

Ist für das dem Rechtsanwalt übertragene Geschäft eine Gebühr nicht bestimmt, so erhält er eine unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Reichsegebührenordnung sür Rechtsanwälte und dieser Verordnung zu bemessende Gebühr¹)²).

Der Art. 26 entspricht bem \S 89 ber Reichsgebührenordnung. (Motive.)

1. Hier kommen außergerichtliche Auseinanbersezungen, 3. B. ein Arrangement zur Bermeibung bes Konkurses, in Betracht, für welche Gebühren nach Art. 6, 7, 9, 10 u. 11 zu berechnen sind.

2. In ben übrigen hierher gehörigen Fällen ist bem Rechtsanwalte eine ber aufgewendeten Thätigkeit entsprechend angemeisene Bergütung zu bewölligen. Der Betrag berselben kann auch unter bie Windestgebühr des § 8 der R.G.D. von 1 .4 herabgeben.

Mrt. 27.

Die Vorschriften der §§ 2 bis 8, 11, 12 1), 26, § 29 Abi. 2, § 30, § 31 Abi. 1, §§ 32 bis 36, 76 bis 87, 93, 94 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte sinden, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, in den Fällen der Artikel 4 bis 26 entsprechende Anwendung.

In den Fällen der Artikel 17 bis 23 finden auch die Borschriften der §§ 10, 25, § 29 Abj. 1, §§ 41, 48 bis 51, 90 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte, in den Fällen des Artikel 24 dieselben Bestimmungen mit Ausnahme des § 41 entiprechende Anwendung 1).

Sind der Auftrag zu einem Antrag auf Eintragung einer Sicherungshypothet und der Auftrag zur Einleitung des Verfahrens der Zwangsversteigerung oder des Verfahrens der Zwangsversteigerung oder des Verfahrens der Zwangsverwaltung bezüglich deszelben Anspruchs auf Grund desselben Schuldtitels gleichzeitig ersteilt worden, so wird, wenn beide Aufträge ausgeführt werden, die Gebühr für den Antrag auf Eintragung der Sicherungshypothet auf die im Artikel 17 Abs. 2 oder im Artikel 19 Abs. 2 bestimmte Gebühr angerechnet.

Der Artikel zählt die Bestimmungen der R.G.D. auf, welche für die in den Art. 4 dis 26 bestandelten Angelegenspeiten entiprochend gelten. Am einzelnen ist kolonibok zu hemoerken

sprechend gelten. Im einzelnen ist solgendes zu bemerken.

I. a) Auch die Bestimmungen der §§ 2, 3 der R.G.D. enthalten Vorschristen über das Waß der Vergütung, die der Rechtsanwalt von seinem Auftraggeber oder dei dem Vorhandeniein mehrerer Auftraggeber von sedem derselsten zu beanspruchen hat. Aus § 4 der R.G.D. ergibt sich unter anderem, daß der Rechtsanwalt in den Fällen der Art. 17 dis 24 als Beststand dieselbe Gebühr erhält wie als Vertreter; serner daß dem Nechtsanwalte, der in den unter Art. 10 sallenden Sachen eine Pactei im Termine verbeistandet, dieselbe Gebühr wie dem Rechtsanwalte, der den Termina als Vertreter der Partei wahrnimmt, zukommt.

b) Die Anwendung der §§ 11, 12 der R.G.D. ergibt, daß die Festietzung des Gegenstandswerts nach Art. 43 si. des Geb.G. auch sür die Bemessung der Gebühren des Rechtsanwalts maßgebend ist und daß dem Rechtsanwalt dasielbe Beisswerderwie dem Zahlungspssichtigen und der Staatstasse zusteht.

c) Die Beftimmungen bes § 26, § 29 Abj. 2, § 30, § 31 Abj. 1, §§ 32 bis 36 ber R.G.D. find entsprechend anwendbar erflart, um ben Begriff ber "Inftang" in Uebereinstimmung mit ber R.G.D. zu beftimmen. Bon ben im § 26 ber R.G.D. angeführten Borichriften tommt nur die bes § 31 bes Berichtstoftengefetes in Betracht: wenn in einer ber hier in Betracht tommenben Ungelegenheiten der Bescheid ber erften Inftang von der hoberen Behorbe aufgehoben und die Cache gur anderweiten Behandlung an die Behorbe erfter Inftang gurudberwiesen wird, fo bilbet bas meitere Berfahren mit bem früheren Berfahren vor biefer Behörbe nur eine Inftang. Die gesamte ben Beftimmungen bes § 29 Abs. 2 ber R.G.D. entsprechende Thätigkeit bes Rechtsanwalts in einer ber bier in Betracht tommenben Angelegenheiten wird als zu berfelben Inftang gehorig angeseben. Bon ben im § 30 ber R G.D. aufgeführten Angelegenheiten sind die Antrage auf Sicherung bes Beweises zu erwähnen. Auch die Bestimmungen des § 31 Abs. 1, 88 32 bis 36 ber R.G.D. eigneten fich für Die hier in Betracht tommenben Angelegenheiten.

d) Der gesante die Bergütung für Auslagen, insbesondere auch für Reisekosten betressende fünste Abschnitt der R G.D. (§§ 76 bis 86) wurde für anwendbar ertlärt. Ueberhaupt gelten bezüglich der Auslagen, deren Ersah der Rechtsanwalt begehren kann, himschich der landesrechtlich zu regelnden Angelegenheiten dieselben Grundiäte wie für die unter den § 1 der R.G.D. fallenden Ange-

legenheiten.

II. In den Fällen, die in den Art. 17 bis 24 behandelt find, find außer den im Abs. 1 aufgeführten Bestimmungen der R.G.D. noch die Vorschriften der § 10, § 25, § 29 Abs. 1, §§ 48 bis 51, 90 der R.G.D., in den unter die Art. 17 bis 23 fallenden Sachen

auch § 41 ber R.G.D. entsprechend anwendbar.

Aus bem § 29 Abs. 1 ber R.G.D. ergibt sich, daß ber Rechtsanwalt in ben bezeichneten Bersahren nach Art. 17 bis 24 für die Bertretung des Beteiligten weitere Gebühren als die in biesen

Artifeln bestimmten nicht beauspruchen barf.

Die Borschrift bes § 41 ber Å.G.D. gilt in den Fällen der Annusung der Entscheidung des Vollstrectungsgerichts (Art. 25 des Aussschef, 3. G.B.D. und In.Ges., § 13 Uhs. 2 des Einschef, 3. In.Ges., 3.

können; da aber bie in den §§ 97 bis 104 bes 3m.Gef. für das Berfahren getroffenen Bestimmungen für die Gebührensähe ohne Bedeutung sind, ist auch in diesen Fällen der § 41 der R.G.D. anwendbar.

Die im Art. 24 behanbelten Angelegenheiten gehören zur freiwilligen Gerichtsbarkeit; es bestand beshalb wohl kein Anlah, sür sie ben § 41 ber R.G.D. mit ben Gebührensähen ber R.G.D. als anwendbar zu erklären. Bielmehr gelten für die Beschwerbeinstanz die Bestimmungen ber Art. 6 ss. eine Inspormationsgebühr wird der Rechtsanwalt in der Beschwerbeinstanz nur dann erhalten, wenn er eine neue Inspormation sür sie erholt (Art. 6 sch. 3).

Der § 90 ber A.G.D. ift von Bebeutung für die Fälle der Art. 17 bis 24. Für die unter die Art. 6 bis 16, 25 fallenden

Sachen gelten bie Beftimmungen bes Art. 13.

III. Die Bestimmung bes Abs. 3 entspricht wohl in ber Regel bem Willen ber Beteiligten. Sie bezieht sich nur auf die Sicherungshypothet nach § 866 ber Civilprozehorbnung, nicht auf die Sicherungshypotheten nach § 932 berselben. (Motive.)

1. Zu bemerken ift noch, daß hinsichtlich der Gebühren, welche bei einem Notariate ansallen, das Rechtsmittel der Beschwerde an das Landgericht zu richten ist, in dessen Bezirk das Notariat einen Sig hat (Ntt. 47 des Geb.G. S. 46) sowie daß für die Verbescheicheidung einer Beschwerde wegen Festiehung der in dem Bersahren nach Art. 47 erwachienen Anwaltstosten durch das Landgericht das Oberste Landesgericht zuständig ist (Beichl. d. Oberste.G. v. 10. Febr. 1885, Sig. d. Entichdyg. ä. F. Bd. XI. S. 35 u. Beschus v. 20. März 1889, Sig. d. Entichdyg. ä. F. Bd. XII. S. 282, Pigis, 5. Aust. S. 58).

Art. 28.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1902 in Kraft. Die Vergütung für die Verufsthätigkeit des Rechtsanwalts zur Erledigung von Aufträgen, die vor diesem Zeitpunkt erteilt sind, bestimmt sich nach den bisherigen Vorschriften.

Für den erhschaftlichen Liquidationsprozeß (Artikel 150 bis 157 des Gesehes zur Aussührung der Reichse Civilprozehordnung und Konkursordnung vom 23. Februar 1879) sowie für das Hypothekenreinigungsversahren bleiben

die bisherigen Vorichriften in Geltung.

Das Gleiche gilt für die Verfahren der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung und der gerichtlichen Versteigerung, auf welche die Vorschriften des Gesehes vom 23. Februar 1879, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wegen Geldsorberungen betreffend, und des Gesetzes vom 29. Mai 1886, Mende= rungen der Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen betreffend, anzuwenden Für das Berfahren der Zwangsversteigerung eines gemeinschaftlichen Grundstücks zum Zwecke ber Aufhebung ber Gemeinschaft gelten dagegen die Bestimmungen dieser Verordnung ichon vor dem Zeitpunkt, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist; in diesem Verfahren erhält der Rechtsanwalt für den Antrag auf Wiederversteigerung (Artikel 87 des Gesetes vom 23. Februar 1879, Artikel 28 des Gesetzes vom 29. Mai 1886) einschließlich ber weiteren Thätigkeit bis zur Einleitung des Berteilungsverfahrens neben den im Artikel 17 bestimmten Gebühren weitere brei Zehnteile ber vollen Gebühr.

Die Bestimmung des Artikel 27 Abs. 3 ist auch auf die Vormerkung einer Hypothek nach Artikel 40 des Gesetzes vom 29. Mai 1886, Aenderungen der Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in das unbewealiche Vermögen betreffend, entsprechend anzuwenden.

Für die vor dem Jukrafttreten der Verordnung erteilten Aufträge gelten die bisherigen Vorschriften.

Aus der Fassung der Absäte 1 bis 4 im Zusammenhalte mit ber Faffung bes Urt. 4 ergibt fich, baß fur alle übrigen Auftrage ausschließlich die neuen Bestimmungen maggebend find, die Borschriften der Abvotatengebührenordnung von 1852 und ber Allerhöchsten Verordnungen vom 23. Dezember 1875 und vom 25. September 1879 bemnach außer Wirtsamteit gefet murben.

foweit die Abfate 3, 4 nicht Abweichendes beftimmen.

Der § 9 ber Allerhochsten Berordnung vom 25. September 1879 bleibt hinsichtlich des erbichaftlichen Liquidationsprozesses, der § 16 biejer Berordnung hinfichtlich bes Sypothetenreinigungeberfahrens in Rraft. Beide Berfahren gehoren ber freiwilligen Berichtsbarteit an, fallen beshalb mangels eines Borbehalts unter die Art. 4 ff. Das in dem § 9 Diefer Allerhöchften Berordnung genannte Aufgebot liegender Grunde fallt unter ben Urt. 1 Mr. 1.

Es empfahl fich nicht, die neuen Borichriften auch auf die Berfahren der Jwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung, die nach der Subhastationsordnung vom 23. Februar 1879 und nach der Rovelle hiezu vom 29. Mai 1886 zu erledigen sind (§§ 1, 15 bes Einf. Gel. 3. 3w. Gef.), auszubehnen. Einer folden Regelung fieht. abgesehen bon ben Berschiebenheiten ber Berfahren nach Reichsrecht und nach Landesrecht, vor allem der Umstand entgegen, baß bei den nach Landesrecht zu erledigenden Berfahren die Un-

ordnung der Zwangsvollstreckung in ein Grundstück wegen einer Gelbforderung auf dem § 755 Abf. 2 der Civilprozeftordnung bom 30. Januar 1877 beruht, die Bergütung für die hierauf bezügliche Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts fich beshalb nach ber Reichsgebührenordnung mit den Gebührenfagen des § 9 berfelben bemißt, mahrend für das übrige Berfahren die Gebührenfate bes Urt. 5 maggebend fein wurben, und daß es nicht wohl anging, für dasjelbe Berfahren zwei verschiedene Gebührentarife gelten zu lassen. Das zulett genannte Bedenken bestand nicht bezuglich des Berfahrens ber Zwangsverfteigerung eines gemeinschaftlichen Grundftucks jum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft (Art. 41, 113 des Uebergangs Bef.), da hier die Anordnung der Zwangsverfteigerung nicht auf der Civilprozeßordnung beruht. Diese Bersahren sind deshalb den neuen Gebührenbestimmungen unterworsen, im übrigen aber find für die Berufsthätigkeit bes Rechtsanwalts in ben Subhaftationsverfahren, Die auch fünftig noch nach ben bor bem 1. Januar 1900 in Krait gewesenen landesrechtlichen Beftimmungen zu erledigen find, die Beftimmungen ber Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 aufrecht erhalten.

Für den Fall der Wiederversteigerung im Verfahren der Zwangsversteigerung eines gemeinschaftlichen Grundstuds zum Zwecke der Aushebung der Gemeinschaft war eine dem § 5 der Allerhöchsten Verordnung vom 25. September 1879 entsprechende

Borichrift erforberlich.

Im § 8 ber Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 waren sitr die Vollziehung des Arrests in das unbewegliche Bernögen besondere Bestimmungen getrossen. Bei dem Inkrastreten dieser Allerhöchsten Berordnung waren sür die Bollziehung des Arrests in das unbewegliche Bermögen die Art. 25 bis 31 des Gesekes zur Ausführung der Reichseivilprozesordnung und Konkursordnung vom 23. Februar 1879 maßgebend. Seit dem 1. Januar 1887 ersolgte aber auf grund des Gesekes vom 29. Wai 1886, Nenderungen der Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Bermögen betressend, in den Landeskeilen rechts des Kheins die Vollziehung des Arrests in das unbewegliche Bermögen nach Maßgade des Art. 44 des Gesekes vom 29. Wai 1886 durch Vormertung einer Sypothet. Von dem Zeitpunkt an, in dem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, ist der Arrest in das unbewegliche Vermögen gemäß § 932 der N.C.P.D. durch Eintragung einer Sicherungskundthet, zu vollziehen.

Die Eintragung einer Sicherungshypothet zum Zwecke ber Zwangsvollstreckung (§ 866 ber R.C.P.C.) ober zur Vollziehung eines Arrests (§ 932 der R.C.P.C.) ist zwar durch die Civilprozeßsordnung geregelt, betrijft aber nicht ein Versahren vor den ordentslichen Gerichten (§ 1 der R.G.C.) der Antrag auf Eintragung der Sicherungshypothet ist unmittelbar an das Grundbuchamt zu richten. Die Vergätung der Thätigkeit des Rechtsanwalts sür eichen. Die Vergütung der Thätigkeit des Rechtsanwalts sür des die Vergütung der Eintragung iener Sicherungshypotheten bestimmt sich deshalb künstig ebenso wie jest die Vergütung sür den Antrag auf Vormertung einer Sydothet auf Grund der K. 40, 44 der Rovelle

Bur Gubhaftationsordnung nach ben landesrechtlichen Gebührenporichriften. Die Borichrift bes & 8 ber Allerhochsten Berordnung bom 25. Septbr. 1879 hatte beshalb an fich aufrecht erhalten und auch auf die Eintragung einer Sicherungshypothet nach § 932 der Civilprozegordnung ausgedehnt werden tonnen. Es beftand aber wohl tein Grund, fur die Bormertung einer Supothet ober fur bie Gintragung einer Gicherungshipothet gur Bollgiehung eines Urreft's andere Bestimmungen als für die Bormertung einer Sypothet ober für bie Gintragung einer Gicherungshupothet gum Brede ber Brangsvollftredung und für beibe Beichafte andere Bestimmungen als für die Bormertung ober Gintragung einer Spothet außerhalb ber Zwangevollftredung gelten ju laffen; die Erwirkung eines Eintrags im Sypothekenbuch ober im Grundbuche ift vielmehr immer nach Art. 6, 8 zu verguten. Es beftand auch tein Anlaß, für die wenigen Fälle der Arrestvollziehung nach Art. 25 bes Ausführungsgejeges zur Civilprozegordnung und Ronfursordnung die Beftimmung bes Art. 8 ber Allerhöchsten Berordnung vom 25. September 1879 aufrecht zu erhalten.

Was im Art. 27 Abs. 3 für die Sicherungshypothek bestimmt ist, hat ebenso sür Surmerkung einer Hypothek nach dem Art. 40 der Novelle zur Subhastationsordnung Bedeutung. Es ist deshalb die Bestimmung des Art. 27 Abs. 3 auf diese Wornerkungen anwendbar (Abs. 5). Die Bestimmung des Art. 27 Abs. 3 betrifft nur Källe, die nach der Eivilprozesproduung neuer Fassung und nach dem Geisee vom 24. März 1897 über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung zu behandeln sind, die Bestimmung des Art. 28 Abs. 5 dagegen alle Källe, in denen die Eintragung der Hypothek auf grund der Rovelle zur Subhastationsordnung ersosgt, gleichviel, ob für die nachfolgende Zwangsversteigerung oder Iwangsverwaltung die Subhastationsordnung oder mit Rücksicht darauf, daß inzwischen das Grundbuch als angelegt erklätisch das Geiet dom 24. März 1897 maßgebend ist. (Motive.)

Art. 29.

Das Staatsministerium der Justiz ist beauftragt, die ersorderlichen Aussiührungsbestimmungen zu erlassen und nach Absauf von drei Jahren über die Wirkungen bieser Verordnung und darüber zu berichten, ob nach den gemachten Ersahrungen eine Aenderung dieser Versordnung angezeigt erscheint. Bis zu dieser Zeit ist das Staatsministerium der Justiz ermächtigt, im Falle des Bedürsnisse einzelne Aenderungen und Ergänzungen vorzunehmen.

II. Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegenheiten ber Bermaltung und ber Bermaltungerechtenflege.*)

Einleitung. **)

Die Gebühren ber Rechtsanmalte in ben Angelegenheiten ber Berwaltung und ber Berwaltungerechtspflege find reichsgesetlich nicht geregelt; fie tonnten beshalb auf grund bes Art. 5 bes Geieges über bas Gebührenweien burch Allerhöchfte Berordnung be-

ftimmt merben.

Bisher waren für diese Angelegenheiten noch die Borschriften ber Allerhöchsten Berordnung vom 15. Dezember 1852, die Abvotatengebührenordnung für bie Landesteile rechts bes Rheins betreffend, maggebend. Diefe beruhte auf bem Sufteme ber Einzelgebühren in ber Beije, bag für die einzelnen Arten von Sandlungen Gebühren, in der Regel mit einem Mindeste und einem Weistbetrage, bestimmt waren. Durch die Allerhöchste Berordnung vom 23. Dezember 1875, die Abvotatengebührenordnung für die Landesteile rechts des Rheins vom 15. Dezember 1852 betreffend, wurden die noch geltenben Gebührenfage ber Abvotatengebührenordnung nach bem Dagftabe bon einem Gulben ju 2 M umgewandelt; jugleich murbe bestimmt, bag bie Gebührenjage für Berteibigungen in Strafjachen in öffentlicher Sigung ber Berichte auch bei öffentlichen Berhandlungen por den Verwaltungsbehörden entiprechende Anwendung finden jollen.

Die Borichriften ber Abvokatengebührenordnung von 1852 waren vielfach veraltet. Die Gebührensäte entsprachen nicht mehr den Berhältniffen der Gegenwart. Auch mar der Umftand, daß für bie Pfalz Gebührennormen überhaupt nicht beftanben, als ein ber Abhilfe bedürftiger Mangel empfunden worden. Es beftand deshalb das Bedürfnis, neue Borschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegenheiten der Berwaltung und der

Berwaltungsrechtspflege zu erlaffen.

Die Borichriften ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte eignet fich nur im beschränkten Dage für die Ungelegenheiten der Berwaltung und der Berwaltungerechtepflege. Unbedentlich konnten wohl die Beftimmungen in Abschnitt I, VI, bann in ben §§ 76, 77, 87 bis 90, 93, 94 ber Reichsgebührenordnung als entiprechend anwendbar ertlart werden (Art. 4 Abi. 3, Art. 8, 13, 22). Ebenjo ftand mohl nichts im Wege, bie Bergutung ber Berufsthätigteit ber Rechtsanwälte im Strafverfahren im Bermaltungs. weg und im Dienftstrafverfahren im Gintlange mit ben auf Straffachen bezüglichen Borichriften bes vierten Abschnitte ber Reichsgebührenordnung zu regeln (Art. 20). Im übrigen waren indes besondere Borichriften beranlagt.

Die Borichriften bes vierten Abichnitts ber Reichsgebührenordnung durften ichon beshalb für die übrigen Angelegenheiten

^{*)} Konigliche Allerhochfte Berordnung vom 26. Darg 1902 (G.B.Bi. €. 144 ff.).
**) Siehe Begründung im Juft.M.Bl. 1902 €. 499.

ber Berwaltung und der Verwaltungsrechtspflege nicht als anwenddar zu erklären sein, weil sie fize Gebühren bestimmen. Auch von einer entsprechenden Anwendung der Vorschriften des zweiten Abschmitts der Reichsgedührenderdnung mußte abgesehen werden, da die Gebühren der Rechtsanwälte in dürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sich nach dem Werte des Streitzgegenstandes bemessen, die Gegenfände der Angelegenseiten der Verwaltung und der Verwaltungsrechtspflege aber in überwiegender Jahl einer Schähung nach Geld nicht fähig sind und in ihnen der Wert auch da, wo von einem volchen gesprochen werden kann, einen richtigen Maßstad für die Entlohnung des Rechtsanwalts häusig nicht bildet.

Das System ber Bauschgebühren konnte nur für Berwaltungöstreitsachen in Betracht kommen, da hier in sich abgesichlossene Bersahren vorliegen, in benen sich die Thätigkeit, die der Rechtsanwalt zu entwickeln hat, im voraus übersehen läßt. Die einzelnen Angelegenheiten der Verwaltung dagegen sind zu verschieden von einander, als daß sich durch Bauschgebühren eine nur einigermaßen gerechte Vergütung der Veruftstätigkeit des Rechtsanwalts erzielen ließe; für diese Angelegenheiten war deshald dem System der Lorzelgebühren der Vorzug gegeben worden. Es bestand aber auch kein zwingender Anlaß, sür die Verwaltungsrechtssachen andere Gebühren als für die Angelegenheiten der Verwaltung zu bestimmen.

Der Entwurf der Verordnung ging hienach davon aus, daß in den Angelegeuheiten der Verwaltung und der Verwaltungsrechtspsiege, abgesehen von den Stratverfahren im Verwaltungsweg
und von den Dienststraspersahren, die Vergätung für die Beruisthätigkeit des Nechtsanwalts, wie in der Abvokatengebührenordnung
von 1852, nach dem System der Einzelgebühren mit weitem Spiel-

raum zu erfolgen hat.

Die Berordnung gilt für die Angelegenheiten ber Berwaltung und der Berwaltungerechtspflege. Hierunter fallen zunächft die Angelegenheiten, die von einem Organe ber Bermaltung ober ber Berwaltungsrechtspflege zu enticheiden find, gleichviel ob die Entscheidung in der Sache ausschließlich den Verwaltungsbehörden zusteht, ober ob gegen die Entscheidung ber Bermaltungsbehörbe der Rechtsweg offen fieht, wie in den Fällen des § 114 des Reichsmilitarpenfionsgesebes, ber §\$ 39 ff. des Reichsrahongesebes, ber Mrt. 18 ff. des Wejeges gur Musführung der Reichscivilprozefordnung und Konturgordnung. Es gehören hieher die Angelegenheiten, in benen die Berwaltungsbehörden zwar nicht zur Entscheidung, aber zur Ginleitung eines Guhneverfahrens zuftandig find (g. B. Art. 37 Abj. 2 ber Gemeindeordnung für die Landesteile biegieits des Rheins). Dagegen ift es fraglich, ob die Gesuche um Abhilfe nach Art. 2 des Bejetes gur Ausführung der Reichscivilprozes ordnung und Kontursordnung als Angelegenheiten ber Berwaltung erachtet werden fonnen. Um die Unwendung der für Bermaltungsangelegenheiten geltenden Gebührenvorschriften auch auf bieje Gesuche sicher zu stellen, war eine besondere Bestimmung in die Berordnung aufzunehmen (Art. 23).

Die Berordnung gilt für alle Angelegenheiten der Verwaltung und der Verwaltungsrechtspflege, abgeleßen von dem Verschren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und vor dem Landesdersicherungsamte. Auf Grund des 20 Abi. 1 des Geseßes vom 30. Juni 1900, die Köänderung der Unsalversicherungsgesche detressend, wurden die Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den Schiedsgerichten durch faiserliche Verordnung, die Gebühren im Verfahren vor den Landes-Versicherungsämtern von den Landesregierungen sesstgeiten der Kechtsanwälte in seine Verschöftende Regelung der Gebühren der Kechtsanwälte in seine Verschöftende Regelung der Gebühren der Kechtsanwälte in seine Verschen Gegner, sondern auch für das Verhältnis zum unterliegenden Gegner, sondern auch für das innere Verhältnis des Rechtsanwälts zum Auftraggeber. Visher ist auf grund des 20 Abi. 1 die Kaiserliche Verordnung dem 22 Dezder. 1901, betressendigerichten der Rechtsanwälte im Versahren vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Verscherungsamte (R.G.BI. S. 497), ergangen.

Die Bestimmungen der Verordnung schließen sich möglichst eng an die Bestimmungen der Verordnung, betressend die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegenseiten der Nechtspssege, an, soweit in dieser Einzelgebühren vorgeschlagen sind, insbesiondere hinsichtlich der einzelnen gebührenpslichtigen Handlungen (Art. 6 bis 13, 16 der Verordnung betressend die Gebühren der Rechts-

anwälte in ben Angelegenheiten ber Rechtspflege).

Die Gebührensäße sind höher als die in den Berordnungen von 1852 und 1875 dewilligten, da der Geldwert inzwischen außerordentlich gesunken ift, dagegen der Auswand des Rechtsanwalts
für rechtskundige hilfskräfte und für die Kanzlei sich bedeutend
erhöht hat.

21rt. 1.

Der Rechtsanwalt erhält für die Thätigkeit, die er zu seiner Insormation entwickelt, einschließlich der zu diesem Zwecke vorgenommenen Besprechungen und der Einsicht von Akten eine Gebühr von zwei dis vierzig Mark (Insormationsgebühr) 1).

Die Gebühr kann in einer Instanz nur einmal

beansprucht werden.

Bertritt der Rechtsanwalt den Auftraggeber in mehreren Instanzen, so erhält er die Gebühr in der höheren Instanz nur dann, wenn er in dieser zu seiner Insormation eine weitere Thätigkeit entwickelt hat.

Die Gebühr kann nicht gefordert werden, wenn die Thätigkeit des Rechtsanwalts der Einleitung eines Prozesses vorausgeht und dem Rechtsanwalte die Prozess gebühr ober eine Gebühr nach § 44 ber Neichsgebührens ordnung für Rechtsanwälte zusteht 2).

Die Information ist schon begriffmäßig eine Sache für sich. Sie bildet den Ausgangspunkt und die Grundlage der ganzen weiteren Thätigkeit des Rechtsanwalts. Wie in der Abortatengebührenordnung von 1852 ist deshalb eine besondere Gebühr für

fie vorgeichlagen.

Die Information umfaßt die gesamte Thätigkeit, die der Rechtsanwalt entwickelt, um sich die für die Behanblung der Sache ersowerliche Kenntnis des Sachverhalts zu verschaffen. Durch die Informationsgebühr werden auch die sämtlichen Besprechungen, die der Rechtsanwalt mit dem Auftraggeber oder mit Dritten zum Zweck der Information gepflogen hat, und die Einsicht von Alten vergütet.

Die Informationsgebühr steht bem Rechtsanwalt auch bann zu, wenn es zu einer instanziellen Behanblung der Sache nicht kommt. In berselben Justanz erhält der Rechtsanwalt die Gebühr

nur einmal.

Der Begriff "Instans" bebarf keiner Erkäuterung. Selbstverständlich ist, daß das Versahren vor der Stelle oder Behörde, die in der Sache zu enticheiden hat, mit dem Versahren vor der Behörde, die in der Sache zu enticheiden hat, mit dem Versahren vor der Behörde, die auf Erzuchen der entscheidenden Behörde oder von Antswegen mit Ermittelungen in der Angelegenseit oder mit einem Sühneversuche besaht ist, eine einzige Instanz bildet. Demnach erhält der Rechtsanwalt z. B. im Versahren vor der instruierenden Behörde nach Art. 23 fl. des Gesehse vom 28. Mai 1852 über die Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodenkultur und im Versahren vor der nach Art. 37 dieses Gesehs in erster Instanz enticheidenden Behörde nur eine einzige Insormationsgebihr. Das Gleiche gilt für das Versahren in Zwangsenteignungskachen vor der Distriktservealtungsbehörde behüfs gütlicher Einigung der Beteiligten und für das im Falle des Mißlingens des Sühneversuchs sich anichließende Versahren vor der Kreisregierung (Art. XVII, XVIII des Zwangsenteignungsgelebes).

Hat ber Rechtsanwalt ben Auftraggeber schon in ber unteren Instanz vertreten, so erhälft er in der höheren Instanz eine Instormationsgebühr nur dann, wenn er in dieser Instanz zu seiner Information eine weitere Thätigkeit entwickelt hat. Der Abs. 3, der dies ausdrückt, ist nur der Deutlichkeit wegen beigesett. Er bringt für einen besonderen Hall den allgemein gestenden Grundsatum Ausdruck, daß die Instrumationsgebühr nur dann gewährt wird, wenn der Rechtsanwalt in der Instanz zu seiner Instormation

eine besondere Thätigkeit entwickelt.

Die Bestimmung in Abs. 4 entspricht ber Bestimmung in Art. 6 Abs. 5 ber Verordnung für die Augelegenheiten der Rechtspflege. Sie bezieht sich insbesondere auf die Fälle des § 114 des Reichsmilitärpensionsgesetzes, der §§ 39 si. des Reichsauhongesetze, der Art. 2, 18 si. des Geiebes zur Aussührung der Reichsaubirrozes.

ordnung und Konfursordnung, des Art. 37 Abs. 2 ber Gemeinde-

ordnung für die Landesteile Diesseits bes Rheins.

Die Informationsgebühr fteht dem Rechtsanwalt neben ben Gebühren aus Art. 2 bis 8 zu, aber hinsichtlich ber jämtlichen in diesen Artikeln bezeichneten Thätigkeiten in berselben Instanz nur einmal. (Motive.)

- 1. Beansprucht bie Information eine besonders ichwierige ober zeitraubende Thatigfeit ober ift ber Wegenftanbswert ein bebeutenber, jo tann Erhöhung ber Informationsgebuhr bis gu 40 M beaniprucht werden. (Art. 10 u. 11.)
- 2. Die Bestimmung in Abs. 3 gründet sich baraus, bag in biesen Fällen burch die Prozesgebühr nach § 13 3iff. 1 der R.G.D. bie Thatiateit für den Geschäftsbetrieb einschließlich der Anformation bergutet wirb.

Mrt. 2.

Der Rechtsanwalt erhält für die Erteilung eines Rates 1) eine Gebühr von einer Mark bis zwanzig Mark.

Hat der Rechtsanwalt im Anschluß an die Erteilung des Rates eines der in den Artikeln 3 bis 7 bezeichneten Geschäfte vorzunehmen, für das nach diesen Artikeln oder nach Artikel 8 eine besondere Gebühr anzuseten ift, jo erhalt er für den Rat und für das Geschäft nur eine einzige Gebühr, die innerhalb des weitesten in Betracht tommenben Spielraums zu bemeffen ift 2).

Eine besondere Gebühr neben der Gebühr für die Information erhalt ber Rechtsanwalt für die Erteilung eines Rates. Der Begriff ber Ratserteilung ift berjelbe, wie im § 47 ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte. Richt jede Aeußerung über neben-fächliche Punkte ist hienach als Ratserteilung anzusehen, sondern nur eine Neußerung, die für die Beurteilung und Auffassung einer Angelegenheit und bennächst für die Art und Weise in der Behandlung von Ginflug und Bedeutung ift. Wird eine Angelegenheit in mehreren unmittelbar aufeinanderfolgenden Besprechungen behandelt, fo liegt regelmäßig nur eine einmalige, wenn auch nach und nach die ganze Ungelegenheit umfaffende Ratserteilung por (Enticheidungen des Ehrengerichtshofs für deutiche Rechtsanwälte 9b. 3 S. 9, 9b. 4 S. 63, 9b. 8 S. 247).

Befteht zwischen ber Erteilung des Mats und einem anderen bon bem Rechtsanwalte borgenommenen Geschäft ein innerer Aufammenhang, jo erhalt ber Rechtsanwalt nicht neben ber Gebühr für das Geichaft noch eine Gebühr für die nur borbereitende Ratserteilung, vielmehr für die Ratserteilung und für das Geschäft nur eine einzige Gebühr, wenn ber Rat mundlich erteilt wird

(Abs. 2): für einen schriftlich erteilten Rat gilt biese Beschränfung nicht (Art. 4 Abs. 2). (Motive.)

1. Bird ber Rat auf besonderes Ersuchen bes Auftraggebers ichriftlich erteilt, jo berechnet sich die Gebühr gleichfalls nur nach

Urt. 2 216i. 1, fiehe Urt. 4 216i. 2.

2. Für ben in Betracht kommenden Spielraum ist die jeweilige Bestimmung des einichlägigen Artikels maßgebend. 3. B.: Ift mit der Ratserteilung ein Antrag an eine Behörde verbunden, jo ist nach Art. 3 ein Spielraum von 3 dis 40 $\mathscr M$ gegeben, nach Art. 5 ein solcher von 5 dis 50 $\mathscr M$ u. s. w. Vergleiche hierher auch Art. 10 u. 11.

Mrt. 3.

Der Rechtsanwalt erhält für Antrage, Erklärungen und Beschwerden bei Behörden eine Gebühr von drei

Mark bis vierzig Mark 1)2).

Für bloße Benachrichtigungen, Beschleunigungsgesuche, kurze Anzeigen, Gesuche um Abschriften ober Aussertigungen und für ähnliche Schreiben erhält er nur Schreibgebühren.

Für blobe Benachrichtigungen, Beichleunigungsgesuche, turze Anzeigen und Schreiben abnlicher Art an Behörben erhält ber Rechtsanwalt nur Schreibgebühren (Abf. 2), für alle übrigen Anträge, Ertlärungen und Beichwerben bei Behörben dagegen bie be-

jondere Gebühr bes 216f. 1.

Alle Eingaben an Behörden fallen unter den Art. 3, gleichviel ob die Eingabe an eine Staatsbehörde oder an eine Gemeindebehörde, ob an die in der Sache entscheidede oder an eine gemeindebehörde, ob an die in der Sache entscheidede der an eine ersuchte oder sonst mit Ermittelungen befahte Behörde gerichtet ist. Auch die Eingabe an ein Gericht wird nach Art. 3 behandelt, wenn sie eine Angelegenheit der Verwaltung oder der Verwaltungsrechlspslege betrifft, 3. B. die Eingabe des einen Mündel in einer solchen Angelegenheit vertretenden Nechtsanwalts an das Vormundschaftsgericht.

Es begründet auch keinen Unterschied, ob die Behörde als Trägerin staatlicher Funktionen ober als Bertreterin privatrechtlicher Interessen, 3. B. als Bertreterin des Fiskus, angegangen wird.

Der Rechtsanwalt erhält die Gebühr für die Anfertigung des Antrags, der Erklärung oder der Beichwerde. Die Gebühr ist dennnach mit der Ansertigung, nicht erst mit der Einreichung bei der Behörde verdient. Es ist auch gleichgiltig, ob der Rechtsanwalt das Schreiben selbst unterschreibt oder von dem Austraggeber unterschreiben läßt.

Gemäß § 5 ber Reichsgebührenvonung für Rechtsanwälte, ber nach Art. 13 auch in ben Angelegenheiten ber Verwaltung und ber Verwaltungsrechtspsiege gilt, erhält ber Rechtsanwalt bie Gebuhr aus Art. 3 auch bann, wenn er bie Eingabe nicht felbst anfertigt, jondern nur unterzeichnet.

- 1. Die Gebühr bes Art. 3 steht bem Rechtsanwalte neben ber Informationsgebühr zu. Vergleiche hierher auch Art. 8 und Anmerkg, hiezu, bann Art. 10 u. 11 ber K.B.D. bic Geb. b. R.A. in ben Angelegenh. ber Kechtspsseu auf S. 285 ff.
- 2. Für die Unterzeichnung eines Schriftjates erhält der Rechtsanwalt die gleichen Gebühren wie für Ansertigung desjelben (§ 5 der R.G.D.), weil der Rechtsanwalt mit der Unterzeichnung der Schrift dieselbe Berantwortlichkeit übernimmt, wie wenn er dieselbe selbst gesertigt hätte und außerdem macht häusig die Brüfung und die dabei sich als nötig herausstellende Verbeiserung mehr Schwierigkeiten als die Ansertigung (Motive z. N.G.D.).

Mrt. 4.

Der Rechtsanwalt erhält für Abfassung eines Schreibens an eine andere Privatperson als den Aufstraggeber eine Gebühr von zwei Mark bis zwanzig Mark, wenn es rechtliche Ausführungen oder sachliche Ausseinandersetzungen enthält 1) 2).

Auf ein Schreiben an den Auftraggeber, das einen von biefem erbetenen Rat enthält, findet die Bestimmung

des Artitel 2 Abs. 1 Anwendung.

Für die Ausarbeitung eines Gutachtens mit juristisscher Begründung erhält der Rechtsanwalt eine angesmessene Bergütung 8).

Für andere Schreiben erhält der Rechtsanwalt nur

Schreibgebühren.

- FINE I

Für ein Schreiben an ben Auftraggeber erhält ber Rechtsanwalt nur dann eine besondere Gebühr, wenn es eine Raiserteilung oder ein Gutachten mit juristischer Begründung enthält (Abs. 2, 3). Die Bestimmung des Abs. 3 über Gutachten mit juristischer Begründung entpricht dem § 88 der Reichsgebührensordnung für Rechtsanwälte. Dort ist vorgeschrieben, daß vor der Entschedung über die Höhe der Bergütung ein Gutachten des Vorstandes der Anwaltskammer einzuholen ist; in den Angelegenheiten der Berwaltung und Berwaltungsrechtspssege ist dies wohl nicht erforderlich.

Für ein Schreiben an eine andere Privatperson als den Auftraggeber erhält der Rechtsanwalt nur dann eine besondere Gebühr, wenn es rechtliche Ausführungen oder sachliche Auseinander-

fegungen enthalt. (Motive.)

1. Die Borichrijt bes Art. 4 beruht auf den gleichen Erwägungen wie jene des Art. 9 der A.B.D. die Geb. d. R.A. in ben Angelegenh, der Rechtspflege. Siehe Seite 283.

- 2. Sinfichtlich ber Boraussehung zum Anfate einer höheren Gebühr als 2 M fiehe die Bestimmungen ber Art: 10 u. 11.
- 3. Bergleiche auch Anmertg. 1 zu § 88 ber R.G.D. (Wochinger. Brozeggeb. Gef. G. 253).

Art. 5.

Kür die Wahrnehmung eines Termins vor einer Behörde erhält der Rechtsanwalt eine Gebühr von fünf Mark bis fünfzig Mark (Terminsgebühr) 1).

Die Gebühr für die mündliche Verhandlung por dem Verwaltungsgerichtshofe beträgt mindestens zehn

Mart 2) 3) 4).

Für die Wahrnehmung eines Termins, der nut zur Uebernahme oder zur Ablieferung von Geldern oder Wertpapieren bestimmt ist, erhält der Rechtsanwalt eine Terminsgebühr nur dann, wenn die Uebernahme oder die Ablieferung in dem Termine nicht stattfindet 5).

Der Rechtsanwalt erhalt auf Grund biefes Artitels eine Gebühr für die Bahrnehmung eines Termins vor einer Behorde. Unter ben Artitel fallt bemnach nicht jede Thatigteit bes Rechtsanwalts außerhalb jeiner Geschäfteraume an einem hiezu beftimmten Orte zu einer hiefür bestimmten Zeit, sondern nur die Thätig-teit vor einer Behörde, wenn auch in einem außerhalb ber Geschäftsräme ber Behörde abgehaltenen Termine. Leiftet ber Rechtsanwalt seinem Auftraggeber Beiftand bei einer Besprechung mit einem Dritten an einem hiezu bestimmten Orte außerhalb feiner Geschäftsräume, jo ift bie Gebuhr auf Grund bes Art. 22 zu beftimmen.

Es ift gleichgiltig, ob der Rechtsanwalt als Bertreter ober als Beiftand ben Termin mahrnimmt (Art. 13 fowie § 4 ber

Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte).

Der Rechtsanwalt erhält bie Gebühr, wenn er in dem Termine jum 3mede ber Bahrung ber Rechte bes Auftraggebers anwesend ift und zwar auch bann, wenn ber Termin fofort vertagt wird, ohne bag es gu einer Thatigfeit bes Rechtsanwalts in ber Sache felbit tommt. Db nicht ber Anfpruch auf eine Gebuhr im einzelnen Falle wegfällt, weil die hinderungeurfache in der Berfon bes Rechtsanwalts ihren Grund hat ober weil ber Rechtsanwalt die Bertagung noch rechtzeitig bor bem Termine schriftlich hatte beantragen können, ift nach Lage bes Falles zu bestimmen. Der Abs. 3 behandelt ben Fall, daß ein Termin lediglich

gur llebernahme ober gur Ablieferung von Gelbern ober Bertpapieren bestimmt ift. Wenn bie Uebernahme ober bie Ablieferung in bem Termine ftattfindet, erhalt ber Rechtsanwalt nur die Gebuhr auf grund bes Art. 13, bann § 87 ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte. Gine Terminsgebühr erhält ber Rechtsanwalt, wenn die Uebernahme ober die Ablieferung in dem Termine nicht stattfindet, gleichviel ob fie überhaupt unterbleibt ober spater noch erfolat.

1. Die Terminsgebühr ift mit bem Aufrufe ber Sache fällig.

2. Borausjepung jum Unfape biefer Gebuhr ift, bag ber Rechtsanwalt die Sache borgetragen hat.

3. hinfichtlich bes Ausmages ber Gebühr fiebe bie Beftimmungen der Art. 10 u. 11.

4. Vergleiche hieher auch Art. 10 mit Anmerkg. ber A.B.D. bie Geb. b. R.A. in ben Angelegenh. ber Rechtspflege auf G. 285.

5. Im Falle die Uebernahme oder die Ablieferung in bem Termine nicht ftattfindet, tann ber Rechtsanwalt nicht mehr als 5 M beanipruchen.

Mrt. 6.

Kür die Mitwirkung bei dem Abschluß eines Vergleichs erhält der Rechtsanwalt eine Gebühr von fünf Mark bis

fünfzig Mark.

2 - 2

Wird der Vergleich vor einer Behörde abgeschlossen, jo erhält der Rechtsanwalt für die Wahrnehmung des Termins und für die Mitwirkung beim Abichlusse des Bergleichs nur eine einzige Gebühr, die zwischen fünf und fünfzig Mart zu bemeffen ift 1).

Die Bestimmung bes Ubs. 2 entspricht bem Art. 14 Abs. 3 ber Allerhöchsten Berordnung für die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegenheiten der Rechtspflege. (Motive.)

1. Die Gebühr bes Urt. 6 hat der Rechtsanwalt besonders

neben ber Informationsgebühr anzulprechen. Bergleiche hieher auch Art. 14 nebst Anmerkg. d. K.B.D. die Geb. b. R.M. in ben Angelegenh. der Rechtspflege auf G. 290 ff.; bann wegen bes Gebührenausmaßes Art. 10 u. 11.

Mrt. 7.

Kür das Entwerfen der Urkunde über ein Rechts= geschäft erhält der Rechtsanwalt eine Gebühr von fünf Mark bis fünfzig Mark 1) bis 4).

Es find teine Beftimmungen barüber aufgenommen, ob ber Rechtsanwalt die Gebühr mehrfach beanfpruchen tann, wenn er au bemfelben Geschäfte mehrere Entwürfe ber Urtunde fertigt. Db er für jeden diejer Entwürfe eine bejondere Gebühr zu beanspruchen hat, ift nach Lage bes einzelnen Falles zu entscheiden; nur eine einzige Webuhr ift insbesondere bann am Blate, wenn ber Rechtsanwalt zur Auswahl ober zu feiner eigenen Information mehrere

Entwürse gesertigt hat ober wenn aus Berschulden bes Rechtsanwalts mehrere Entwürse gesertigt werden mußten. In den Hällen, in denen nur eine einzige Gebühr für mehrere Entwürse begehrt werden tann, ist unter Umständen die Thatjache, daß mehrere Entwürse gesertigt wurden, als eine besondere Schwierigseit mich im Sinne des Art. 10 für die Bemessung der Gebühr innerhalb des Rahmens des Art. 7 von Bedeutung. (Motive.)

1. Die Gebühr bes Art. 7 fteht bem Rechtsanwalte gesondert

neben der Informationegebühr gu.

2. Für geringfügige Aenberungen bes Entwurfs kann bie Gebühr bes Art. 7 nicht neuerdings erhoben werben. Ihr mehrsacher Ansas bedingt zum minbesten, daß mehrere gesonderte Entwürfe vorliegen und daß ein diesbezüglicher Austrag ergangen ift.

- 3. Im Falle der Auftrag vor der vollständigen Ausführung des Entwurfes sich erledigt, hat der Rechtsanwalt nicht die volle Gebühr des Art. 7, sondern eine entsprechend seiner Thätigkeit zu demeisende geringere oder höhere Gebühr als 5 M zu beauspruchen. (Art. 8.)
 - 4. Sinfichtlich bes Gebührenausmaßes fiehe Urt. 10 u. 11.

Mrt. 8.

Hat der Rechtsanwalt eines der in den Artikeln 2 bis 7 genannten Geschäfte vorbereitet oder begonnen, erledigt sich aber der Auftrag vor der vollständigen Ausführung, so erhält der Rechtsanwalt eine unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen dieser Artikel zu bemessende Gebühr 1).

Die Bestimmung entspricht bem § 90 ber Reichsgebühren-

ordnung für Rechtsanwälte.

Auch der Fall des Art. 6 ift zu berückstägen, da der dem Rechtsanwalt erreilte Auftrag ausschließlich darauf gerichtet sein kann, einen Bergleich abzuschließen, eine Gebühr also auch für den Fall vorzusehen war, daß die Bemühungen des Rechtsanwalts erfolglos sind. (Motive.)

1. Die nach Art. 8 zu bemeffende Gebühr barf jedoch nicht biejenige Gebühr übersteigen, welche im Falle ber vollständigen

Musführung bes Auftrages begründet gewesen mare.

Die Mindesigebuhr beträgt 1 M. (Bergl. hieher Art. 13 ber R.B.D., die Geb. d. R.A. in ben Angelegenh. ber Rechtspflege, Motive hiezu Abs. 5).

Art. 9.

Eine Gebühr kann nicht beausprucht werden für die mit der Erledigung eines Geschäfts verbundenen Nebengeschäfte und für die zur Vorbereitung eines Geschäfts ersorderliche Thätigkeit, soweit nicht eine Gebühr hiefür besonders bestimmt ist. Insbesondere kann hienach eine Gebühr nicht beansprucht werden für das Entwersen einer dem Nechtsanwalt oder von dem Nechtsanwalte zu erteilenden Bollmacht, sür das Entgegennehmen von Zustellungen sowie für Vermerke zu den Handakten des Nechtsanwalts, wenn sie nur den Zweck haben, Aufschluß über seine Thätigkeit und über den Stand der Sache zu geben.

Die Gebühr für die Ansormation (Art. 1) ist nicht eine Gebühr für den Geschäftsbetrieb. Für die mit der Erledigung eines Seichästs verbundenen Nebengeschäfte war deshalb Besonderes zu bestimmen. Ohne die Vorschrift des Art. 9 könnte aus Art. 22 abgeleitet werden, daß für die Nebengeschäfte eine besondere Ver-

autung beaniprucht merben tann.

Die Bestimmungen über die ein Geschäft vorbereitende Thätigkeit sind in diesem Artisel und im vorausgehenden Art. 8 enthalten. Art. 8 hat die Fälle im Auge, in denen das vorbereitete Geschäft nicht zur Aussuchrung gelangt, Art. 9 jene Fälle, in denen das Geschäft ausgesührt wird. Eine "besondere Gebühr" sür die zur Borbereitung eines Geschäfts ersorderliche Thätigkeit ist im Art. 1 vorgesehen. (Motive.)

Bergleiche hieher auch Art. 16 der R.B.D. die Geb. d. R.A.

in ben Angelegenh. ber Rechtspflege G. 293.

Art. 10.

Soweit diese Verordnung einen Spielraum gewährt, sind bei der Ausmessung der Gebühr die besonderen Umstände des einzelnen Falles, insbesondere der Umsang und die Schwierigkeit der Sache, die von dem Nachtsanwalt entwickelte Thätigkeit, die Vedeutung der Sache für den Auftraggeber und die Leistungsfähigkeit des Pflichtigen zu berücksichtigen.

Die Bestimmung schließt sich an ben Art. 2 ber Abvolatengebührenordnung von 1852 und an ben Art. 280 des Gesehes über

bas Gebührenwesen an. (Motive.)

Die Minbestgebühren sind nur bei ganz einsachen Sachen anzusehen (vergleiche Minist. wet. v. 20. Jan. 1883) (N. Bl. b. M. b. J. S. 53, F.M.Bl. S. 28, Merzbacher, S. 160). Siehe auch die Anmertg. zu Art. 280 des Geb.G. auf S. 212.

Art. 11.

In Sachen von bejonderer Wichtigkeit oder Schwierig=

keit kann eine das höchste Maß überschreitende Gebühr bewilligt werden.

Die Borichrift ift wie ber Art. 4 ber Abbotatengebührenordnung von 1852 und ber § 3 ber Allerhöchsten Berordnung vom 23. Dezember 1875 eine Ausnahmebestimmung. Der Entwurg ging bavon aus, daß ber in ben Art. 1 bis 7 gewährte Spielraum weit genug ift, um in ben meiften Fallen eine ausreichenbe Bergutung für die Thatigfeit bes Rechtsanwalts zu ermöglichen: nur wenn ein besonders schwieriger ober ein besonders wichtiger Fall vorliegt und die festgestellten Gape nicht mehr als angemeffene Bergütung erscheinen, tann eine höhere Gebühr bewilligt werben. (Motive.)

Mrt. 12.

Für Geschäfte am Wohnorte stehen dem Rechtsanwalte 1) weder Tagegelder noch Fuhrkoften zu. Dasfelbe gilt von Geichäften an Orten, Die weniger als zwei Rilometer von dem Wohnort entfernt find2). War der Rechtsanwalt durch außergewöhnliche Umstände 3) genötigt, sich eines Fuhrwerks zu bedienen, oder waren sonstige notwendige Unkosten wie Brücken- oder Kährgeld aufzuwenden, so find die Auslagen zu erstatten.

Bei der Vornahme eines Geschäfts an einem Orte, außerhalb des Wohnorts gelegen und von diesem nicht weniger als zwei Kilometer entfernt ist, erhält der Rechtsanwalt neben der Gebühr für das Geschäft noch ein Tagegeld von zwanzig Mark für den ganzen und von zehn Mark für den halben Tag. Für Uebernachten gebührt dem Rechtsanwalt außer dem Tagegeld eine Ent-

ichädigung von jechs Mark.

Das Tagegeld kann für die außerhalb des Wohnorts wegen des vorzunehmenden Geschäfts zugebrachte Reit 4), nach Kalendertagen 5) berechnet, beansprucht mer= den. Eine Abwesenheit von mehr als sechs Stunden gilt für einen gangen Tag 6).

Außer dem Tagegeld und der Entschädigung für Uebernachten erhält der Rechtsanwalt noch Erfat der

Reisekosten 7).

Bei allen Reisen, die ohne Nachteil für den Reisezweck durch Benützung von Gisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können, hat der Rechtsanwalt nur auf Bergütung der Roften diefer Beforderungsgelegenheit Unspruch. Auf Eisenbahnen gebührt ihm ein Plat in der zweiten, auf Dampsichiffen in der ersten Klasse. Bei der Benütung dieser Besörderungsgelegenheit gebührt dem Rechtsanwalte noch die Vergütung der auf die Fahrt oder den Gepäcktransport zu und von den Bahnhöfen und den Landungspläten bestrittenen Auslagen nach dem ortsüblichen Sate.

Soweit die Benützung der Eisenbahn oder des Dampsichissenicht möglich oder nicht thunlich ist, kann der Nechtsanwalt sich eines besonderen Gefährts bedienen. Bei Benützung eines solchen gebührt ihm der ortsätbliche Breis und zwar auch dann, wenn er sein eigenes Kuhr-

merk benütt.

Legt der Rechtsanwalt bei einer Dienstreise den Weg zu Fuß oder unter Benütung des Fahrrads zurück, so hat er Anspruch auf eine Reisekostenvergütung von 0,20 Mark für jeden vollen Kilometer des Hins und Rüdwegs. Bruchteile von Kilometern kommen nicht in Betracht's). Bürden die Kosten bei Benütung von Eisensbahn, Dampsschiff oder Gesährt geringer sein, so kann die Reisekostenvergütung nur in dem geringeren Betrage beansprucht werden 9).

Nimmt der Rechtsanwalt auf der nämlichen Reise mehrere Geschäfte vor, so darf er die Reiseentschädigung nur einmal ansetzen; er hat dieselbe auf die verschiedenen

Geschäfte in angemesser Beise zu verteilen 10).

Die Bestimmungen schließen sich an den Artitel 8 der Allerhöchsten Berordnung vom 27. November 1875, die Gebühren der Abvokaten und Rechtsprattikanten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betressen, und an die Borschriften der Art. 83 sp. der Notariatsgebührenordnung vom 28. Dezember 1899 an.

Das Tagegelb beträgt, da es dem Rechtsanwalte teilweise auch Ersat für den infolge der Reise an seinem Bohnsit versäumten Erwerb gewähren soll, 20 M für den ganzen und 10 M für den

halben Tag. (Motibe.)

1. Nur bem zur Rechtsanwaltschaft zugelassenen Rechtstundigen stehen Tagegelber und Fuhrkoften nach Art. 12 zu.

2. Unter Wohnort ist nur der "Ort" selbst, an welchem der Rechtsanwalt ansässig it, zu verstehen, nicht aber andere zu dem Gemeindebezirte des Bohnortes gehörige Ortschaften und Gehöste. Sind diese Ortschaften und Gehöste über zwei Kilometer von der geschlossenen Grenze des Wohnortes entsent, so hat der Rechtsanwalt Anspruch auf Tagegelder und Fuhrkossen.

- 3. Außergewöhnliche Umstände können gegeben sein in der Jahreszeit, Witterung u. s. Wuß jedoch der Rechtsanwalt aus Gründen, die in seiner Person liegen, innerhalb seines Wohnortes sich eines Fuhrwerks bedienen, so sind die hierauf erwachsenen Kosten nicht erstattungsfähig. Eine Ausnahme ist nur für Großfädte gegeben.
- 4. Maßgebend ist nur die auf die Bornahme des Geschäftes samt Reise notwendig zugebrachte Zeit. In diese Zeit darf jedoch auch eine angemessene Erholungszeit eingerechnet werden.
- 5. Die Berechnung hat nicht nach 24 Stunden, sondern nach Kalenbertagen zu ersolgen. So z.B. hat der Rechtsanwalt, wenn er am 1. Juli 1903 mittags die Reise zur Bornahme eines auswärtigen Geschäftes antritt und am 2. Juli 1903 mittags 12 Uhr wieder in seinem Wohnort eingetrossen ist, Anspruch auf zwei volle Tagegelber.
- 6. Gleichgiltig ift, ob die Abwesenheit von mehr als 6 Stunden in die Bormittags- ober Nachmittagshälfte eines Tages fällt.
- 7. Bei allen Reisen soll der Rechtsanwalt in Erwägung ziehen, auf welche Art am besten seinem Auftraggeber und dem Geichäfte gedient sei. Er soll daher regelmäßig den kürzesten Weg und die ichnellste Besörderungsart wählen und wenn z. B. die Benügung einer anderen Reiserdute als die kürzeste ihn schneller an den Ort verbringt, wo das Geschäft vorzumehmen ist, diese wählen, sofern damit eine Ersparung an den Tagegelbern verbunden sein sollte.
- 8. Beträgt die Ortsentsernung z. B. 8,6 km, so berechnet sich die Reisegebühr für den zu Fuß oder mit Fahrrad zurückgelegten Weg auf $8+8\times 20=3$ % 20 c).
- 9. hat der Rechtsanwalt vorgezogen, die Dienstreise zu Fuß oder mit Fahrrad zurückzulegen, odwohl er unbeschadet des Reisezweckes die Eisenbahn, das Dampsschiff oder ein Gefährt hätte benüßen können, so hatte er nur Anspruch auf den geringeren Betrag. War wegen der Stunde des Termins die Benüßung der Eisenbahn unthunlich und hätte dieselbe auch eine Erhöhung des Tagegeldes zur Folge gehabt, so sind ihm die Mehrkosten der Fußreise oder der Benüßung des Fahrrades sowie eines Gefährtes zuzubilligen.
- 10. Vergleiche hierüber auch § 79 Abs. 1 und 2 ber R.G.D. mit Anmerkg. 2 bei Wochinger, Prozefigeb.Ges. 246.

Mrt. 13.

Im übrigen finden die Vorschriften der \S 2 bis 8, 76, 77, 84 bis 87, 93, 94 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, entsprechende Anwendung 1) 2) 3).

Der Artitel gahlt die Bestimmungen ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte auf, die in den Angelegenheiten ber Bermaltung und ber Bermaltungerechtspflege entsprechend anwend-

bar fein follen.

Die Bestimmungen ber §§ 2, 3 enthalten Borschriften über bas Raß ber Bergütung, die der Rechtsanwalt von seinem Auftraggeber ober beim Borhanbensein mehrerer Auftraggeber von jebem zu beanspruchen hat.

Der § 4 ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte kommt insbesondere in den Fällen des Art. 5, der § 5 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte insbesondere in den Källen der Art.

3. 4 gur Anwendung.

Der § 6 ber Reichsgebührenordnung deckt die Bestimmung ber Abvokatengebührenordnung von 1852 Abschnitt II Kr. I 21. Bediglich der Ansak einer besonderen Gebühr für die Ansertigung und Uebersendung von Rechnungen über Gebühren und Austagen und für Zahlungsaussorberungen wegen derselben ist unzulässig; dagegen steht dem Rechtsanwalt ein Anspruch aus Schreidgebühren und Ersak sonstitute und Ersak sonstitute.

Die Beftimmung in § 8 ber Reichsgebuhrenordnung ift ins-

besondere für die Falle ber Art. 8, 22 bon Bedeutung.

Der fünste Abschnitt der Reichsgebührenordnung gilt, abgesehen von seinen Borschriften über Reisetosten, auch in den Angelegenseieten der Berwaltung und der Berwaltungsrechtspliege. Soweit in §§ 76, 77 der Reichsgebührenordnung und im Art. 12 Bestimmungen nicht enthalten sind, sind dem Rechtsanwalte die Auswendungen, die er zum Zwecke der Aussächrung des erteiten Auftreges gemacht hat, nach Waßgabe der Bestimmungen in

88 675, 670 bes B.G.B. gu erfegen.

Der § 76 ber Reichsgebührenordnung beftimmt nur bie Sohe ber Schreibgebühren, nicht auch für welche Arten bon Schrift ftüden ber Rechtsanwalt Schreibgebühren berechnen barf. Bie in ben unter § 1 ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte fallenben Angelegenheiten, ift auch in ben Angelegenheiten ber Bermaltung und ber Bermaltungsrechtspflege babon auszugehen, baß Schreibgebühren in ihrer Gigenichaft als "Muslagen" nur Erfat für ben erwachsenen Roftenaufwand gemahren follen. werben beshalb nur für bie Biebergabe und Bervielfaltigung bon Schriftftuden, die regelmäßig von Silfetraften beforgt werben, nicht für die Berftellung von Ronzepten gemahrt, gleichviel ob bas Ronzept von bem Rechtsanwalte felbft geschrieben ober von ihm einem anderen bittiert ift. Das Gleiche bestimmte bie Abvotatengebührenordnung bon 1852, zweiter Abschnitt I Rr. 9. Die Frage. ob im einzelnen Falle für bie Biebergabe ober Bervielfaltigung eines bestimmten Schriftstude eine Bergutung beansprucht werben tann, wird fich gleichfalls nach §§ 675, 670 bes B.G.B. beftimmen.

In der Rechtsprechung des Reichsgerichts (Entscheidungen in Civilsachen Bb. 31 S. 402) ist angenommen, daß die Ausschleiften auf Briefumschlägen oder Packethülen zur Verpackung gehören, sur die nach § 77 der Reichsgebührenordnung Auslagen nicht berechnet werden dursen (Abvokatengebührenordnung von 1852

ameiter Abichnitt I Rr. 9). (Motive.)

1. Dem Rechtsanwalte stehen als Beistand die gleichen Gebühren zu wie für die Bertretung (§ 4 der R.G.D.).

2. Die 88 84 bis 86 ber R.G.D. betreffen bie Ginforberung

bon Gebühren und Auslagen.

Der § 87 l. c. bestimmt die Gebühr für die Erhebung und Ablieferung von Gelbern und Wertapieren. Die §§ 93 und 94 l. c. handeln von der vertragsmäßigen Festsehung der Vergütung und der Nichtberücksichtigung derselben durch den erstattungspslichtigen Geauer.

3. Siehe auch Art. 27 ber K.B.D., bie Geb. b. R.A. in ben Angelegenh. der Rechtspflege, S. 317, dann wegen den Gebühren für Erhebung und Ablieferung von Gelbern, Anmerkg. 3 zu Art. 10 vorgen. K.B.D. S. 286, jowie Wochinger, Prozehgeb.Gef. S. 249 ff.

Art. 14.

In den anhängigen oder anhängig gewesenen Angelegenheiten, in denen eine Distriktsverwaltungsbehörde, eine der Distriktsverwaltungsbehörde gleich zu achtende 1) oder eine ihr untergeordnete Behörde, eine Kreisregierung oder eine ihr gleich zu achtende Stelle, eine Militärbehörde 2), die Flurbereinigungskommission, die Oberberusungskommission in Steuersachen, der Verwaltungsgerichtshof oder ein Ministerium zur Entscheidung zuständig ist und der Rechtsanwalt bei einer Behörde thätig gewesen ist, können der Rechtsanwalt und der Auftraggeber die Festsehung des Betrags der Gebühren und Auslagen verlangen, die der Rechtsanwalt von seinem Austraggeber für die Thätigkeit in der Instanz zu beanspruchen hat, in der er bei einer Behörde thätig gewesen ist 3).

a. Ist für das Maß der Gebühren ein Spielraum gewährt, so wird die Gebühr im einzelnen Falle nach den im Art. 10 be-

zeichneten Gefichtspunkten bestimmt.

b. Die mit ber Sache besafte Behörbe ist bazu berufen, bei ber Festiegung ber bem obsiegenden Teile von dem unterliegenden Gegner zu ersehenden Kosten auch den Betrag der dem obsiegenden Teile durch die anwoltischaftliche Vertretung erwachsenen Kosten zum Gegenstand ihrer Bürdigung zu machen. Es erschien daher angemessen, die Bestimmung des Betrags der Anwaltstosten auch für das Verhältnis des Rechtsanwalts zu seinem Auftraggeber regelmässig der mit der Sache besaften Behörde zu übertragen, da sie die Besonderheiten des einzelnen Falles besser als der Prozestrichter kennt.

c. Fraglich ift, ob auf grund des Art. 5 des Gesetes über das Gebührenweien ein Festiegungsversahren nach Art des Versahrens zur Festiegung der Notariatsgebühren (Artikel 50 ff. des Votariatsgesetse vom 9. Juni 1899) unter Ausschluß des Rechtswegs bestimmt werden kann. Dagegen stand wohl nichts im Wege,

auf grund bes Art. 5 Bestimmungen barüber zu treffen, wie im einzelnen Falle bas Dag bes bem Rechtsanwalte zustehenben

Unipruchs zu beftimmen ift.

Der Art. 5 ermächtigt die Staatsregierung, die Gebühren ber Rechtsanwälte zu regeln. Das Geset bestimmt nicht, daß die Regierung bei bieser Regelung auf bie Aufstellung allgemeiner Grunbsähe beschränkt ist; ber Regierung ist die Einwirkung auf bie Gestaltung bes Anspruchs im einzelnen Falle nicht entzogen. Es tann burch Allerhöchste Berordnung bestimmt werben, welche Gebühr bem Rechtsanwalt in jedem Falle zusteht. Die Berordnung tann fire Gebühren ichlechthin ober für einzelne Arten von Geichaften beftimmen und fo bie Sohe ber Bebuhren in einer jebes richterliche Ermeffen ausschließenben Beije regeln. Gie tann aber die Beftimmung bes Mages bes Unspruchs im einzelnen Falle auch einem Pritten übertragen und die Entscheidung des Pritten sehren Kulle und einem Pritten übertragen und die Entscheing des Pritten sehren siehen, so zwar, daß der von dem Dritten sehren sehren Betrag für die Berechnung der Höhe der Bergütung des Rechtsanwalts allein maßgebend ist; sie kann deshalb auch die Festiegung bes Betrags ben Behorben in einem beftimmt geregelten Berfahren übertragen. Durch eine folche Regelung wird nicht die für die Einleitung ber Zwangevollftredung erforberliche Entscheibung über bie Bflicht bes Auftraggebers gur Bahlung ber Roften ben Gerichten entzogen, fonbern nur beftimmt, auf welchem Bege bie bohe ber Bergutung, welche die Berordnung bem Rechtsanwalte für feine Thatigfeit gemahren will, gefunden werden foll. Auf Diefer Grundlage beruhen die Beftimmungen in ben Artiteln 14 bis 19.

d. Daß nur Bestimmungen über das Maß des Anspruchs des Kechtsanwalts gerroffen werden sollten, bringt der Artistel 18 zum Ausdruck: sodald eine Kesstehung der Gebühr nach Naßgade der Bestimmungen der Art. 14 dis 16 erfolgt ist, stehen dem Rechtsanwalte Gebühren und Auslagen nur nach Maßgade dieser Bestigung zu. Die nach diesen Borschriften seftgeiete Bergütung ist die auf grund des Gesetze und der Verordnung dem Rechtsanwalte

zustehenbe.

e. Die Festjetung ist dann nicht maßgebend, wenn der Betrag der Bergütung durch Vertrag bestimmt ist (Art. 18, 19). Es konnte ader davon abgesehen werden, im Art. 14 die Zulässseit der Festjetung davon abhängig zu machen, daß eine Einigung über den Betrag der Vergütung nicht vorliegt. Die mit der Sache besafte Behörde kann die Festsetung auf Antrag vornehmen, auch wenn der Einwand erhoben ist, daß der Betrag der Vergütung durch Vertrag bestimmt ist. Ueber den Einwand der vertragsmäßigen Regelung entscheben nur die Gerichte.

Eine Festiekung ersolgt nur in Sachen, die von einer im Art. 14 ausgesührten Stelle oder Behörde zu entscheiden sind, geichviel ob die Entickeidung in der Sache ausschließtich den Verwaltungsbehörden zusteht oder ob gegen die Entickeidung der Verwaltungsbehörde der Nechtsweg offen steht. In den Fällen, in denen die Verwaltungsbehörde lediglich zur Einseitung eines Sühneversahrens zuständig ist oder gemäß Art. 2 des Gesess zur

Ausführung der Reichscivilvrozekordnung und Konkursordnung um Abhilfe angegangen wird, findet eine Festsegung nicht ftatt. Borausjegung für die Bulaffigteit ber Festjegung ift ferner, bag bie Sache bei einer ber bezeichneten Stellen ober Behorben anbangia ift ober anhangig gemejen ift, ferner bag ber Rechtsanwalt bei ber ertennenden ober bei einer ersuchten ober fonft mit Ermittelungen besaßten Behörbe thatig geworben ist, sei es in einem Termine por einer Behörbe ober burch Eingaben an die Behörbe. Treffen bie Borausiekungen bes Urt. 14 nicht zu, fo wirb bas Dag bes Unipruche bes Rechtsanwalts im Streitigle pon ben Berichten beftimmt.

f. Der Kreis ber Behörben, welche ben Diftrittsverwaltungsbehörden ober ben Rreisregierungen gleichzuachten find, ift in berfelben Beife zu beftimmen, wie es in § 4 ber Allerhochften Berordnung bom 23. Dezember 1899, die Ausführung des Reichsaerichtstoftengefetes und bes Befetes über bas Gebührenweien betreffenb. und in § 44 ber Bekanntmachung bom 10. August 1899, betreffend ben Bollaug bes Geienes bom 9. Juni 1899 über bie Gintommen-

fteuer, geschehen ift.

g. Unter "Militarbehorben" find nur bie reinen Militarbehörden zu verfteben; es follen bienach 3. B. Erfatbehörden und bie nach § 14 bes Reichsgesepes über bie Naturalleiftungen für bie bewaffnete Macht im Frieden (R.G.Bl. 1898 G. 361) zur Feftstellung ber Schaben und Bergutungen berufenen Kommiffionen Gebühren

und Auslagen ber Rechtsanwälte nicht feftjeben.

h. Die Festjetung erfolgt für jebe Inftang gesondert, wie auch bisher jebe Inftang ihre Roften felbft feftgefest hat. tann aber auch nur fur biejenige Inftang erfolgen, in welcher ber Rechtsanwalt bei einer Behörde thatig gewesen ift (Art. 14). Der Begriff "Inftang" wird auch hier nicht besonders zu erläutern fein. Much bier gilt, mas zu Art. 1 bemertt ift. Es ift beshalb zuläffig, in einem Zwangsenteignungsverfahren die Gebühren und Auslagen des Rechtsanwalts durch die zuständige Kreisregierung festseben zu lassen, auch wenn der Rechtsanwalt nur vor der mit den Erhebungen und bem Guhneversuch betrauten Diftrittsverwaltungsbehörde thatig gemeien ift.

Die Festsesung hat durch die in der Sache selbst zuständige Behörde zu ersolgen (Art. 15). Daß die Festsesung nach Maßgabe der Bestimmungen der Art. 1 bis 13 zu erfolgen hat, war nicht ausbrudlich herporaubeben. Der mit ber Cache befaften Behorbe ift zwar die Beftimmung bes Dafes ber Bergutung für die Thatigteit bes Rechtsanwalts im einzelnen Falle übertragen, aber bie Behorbe barf nicht nach Willfur verfahren; fie ift an die Borichriften ber Art. 1 bis 13 ber Berordnung gebunden, fie hat die Bergutung nach Maggabe ber Berordnung zu bestimmen. Sobald fie allerbings die Bergutung rechtstraftig festgefest hat, barf ber Ginwand, die Feftjegung fei nicht nach Daggabe ber Beftimmungen ber Berordnung erfolgt, nicht mehr beachtet werben.

Die Festjetung erfolgt gebührenfrei (Art. 17). Dementsprechend tann auch der Rechtsanwalt Gebühren für den Antrag auf Festjegung nicht beanipruchen; ichon nach ber Abvotatengebührenordnung von 1852, zweiter Abichnitt I Rr. 21, burfte er für bie Einreichung bes Gebührenverzeichnisses nur Schreibgebuhren und Huslagen

anfegen.

i. Hat eine Behörde die Bergütung des Kechtsanwalts rechtsträftig jestigeset, jo gilt sie als die durch die Allerhöchste Ververbung zur Bestinmung der Gebühr berusen. Behörde. Der Einwand, daß nach der Allerhöchsten Ververbung eine andere Behörde zur Festistung zuständig gewesen sei, darf vor den Gerichten nicht erhoben werden (Art. 18 Sat 2).

k. Der gerichtlichen Gestendmachung des Anspruchs auf

k. Der gerichtlichen Geltendmachung bes Anspruchs auf Bergutung geht die Festsehung vor ber Berwaltungsbehorbe voraus

(Mrt. 19).

Nur bie gerichtliche Geltendmachung barf bor ber Festsetung nicht ersolgen. Die Zulässigkeit ber Ginforberung ber Gebühr ist

hievon nicht abhängig.

l. Das Berjahren nach Art. 15 ff. ift auch nur ersorderlich vor der gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs gegen den Austraggeber; die Zulässigleit der Festjetenug der vom Gegner zu erstattenden Kossen ist von einer Bestimmung des Anspruchs nach Waßgabe der Art. 14 ff. nicht abhängig. (Motive.)

1. Den Diftriktsverwaltungsbehörden sind gleichzuachten bie Kreisarchive, Bezirksbergämter, Oberpostämter, Eisenbahnbetriebsbirektionen, Hauptzollämter, Rentämter, die Kreiskassen und bie

Lotalbautommiffion München.

Den Areisregierungen sind gleichzuachten die Gesandtschaften, die Konsisterien und das Oberkonsistorium, das geheime Haaisarchiv, das geheime Sausarchiv, das geheime Sausarchiv, das geheime Sausarchiv, die Generaldirektionen der k. b. Staatseisenbahnen sowie der k. b. Bosten und Telegraphen, die Centralstaatskasse, die Generalbergwerks- und Salinen-Udministration, die Generaldirektion der Jölse und indirekten Steuern, die Staatsschuldentigungskommission, das Oberbergamt, dann das Katasterdurau.

Nach § 44 ber Bekanntmachg. v. 10. Aug. 1899, betr. ben Bollzug des Geieges vom 9. Juni 1899 liber die Einkommensteuer sind die Berusungskommissionen als Mittelstellen im Sinne des Geieges über das Gebührenwesen zu betrachten (G.B.Bl. S. 553).

2. Bu ben reinen Militarbehörben gablen auch bie Militar-

verwaltungsbehörben.

3. Die Festsehung der Gebühren und Auslagen kann nur für biejenigen Angelegenheiten stattsinden, welche vor den im Art 14 bezeichneten Behörden anhängig waren. Jur Entscheidung über etwaige Streitfälle hinsichtlich der Gebühren- und Auslagenbeträge für die Thätigkeit des Rechtsanwalts in Angelegenheiten der Berwaltung, die er vor anderen Behörden entwickelt hat, sind die Gerichte zuständig.

Urt. 15.

Die Festsegung ersolgt in jeder Instanz durch die in der Angelegenheit selbst zuständige Behörde nach den für das Versahren in der Angelegenheit selbst maßgebenden Vorschriften; die Festsekung der bei dem Kompetenzsenate des Verwaltungsgerichtshofs erwachsenen Gebühren und Auslagen ersolgt durch den Verwaltungsgerichtshof. Die Entscheidung ist dem Rechtsanwalt und dem Auftrags

geber von Amtswegen zuzuftellen 1)2).

Die Festsehung kann, wenn der Antrag nur von dem Nechtsanwalt oder nur von dem Auftraggeber gestellt ist, zunächst unter ausdrücklichem Vorbehalte des Erinnerungsrechts der Beteiligten ersolgen. Diese vorstäufige Festsstellung kann auch dann, wenn in streitigen Fällen öffentliche mündliche Verhandlung geboten ist, in geheimer Sigung stattsinden.

1. Die von einer übergeordneten Behorde getroffene Geft-

fepung ift auch fur die unteren Inftangen bindend.

2. Für die Behandlung der Zustellung von Umtewegen finden bie Borichriften der Civilprozegordnung § 208 entiprechende Un-

wendung.

Ju Berwaltungsrechtsachen ersolgen die Justellungen in der Regel durch die Post mittelst Justellungsurfunde ausnahmsweise durch Vermittelung von Gemeindebehörden (§ 6 d. Bollzugsvorschriften v. 25. Jan. 1901, G.R.B. S. 43).

3. hinfichtlich des Erinnerungerechtes fiehe Urt. 16.

21rt. 16.

Erinnerungen gegen die vorläufige Festsetung sind binnen einer Frist von zwei Wochen geltend zu machen; die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem die Ent-

scheidung dem Beteiligten zugestellt worden ift1).

Gegen die über die Erinnerungen ergehende Entsicheidung und gegen die ohne Vorbehalt des Erinnerungserechts erfolgende Feststeung steht dem Nechtsanwalt und dem Austraggeber das gleiche Nechtsmittel zu, das in der Angelegenheit selbst einem Beteiligten zusteht; in Nayon-Angelegenheiten ist gegen die Entscheidung oder Feststeung der Festungskommandantur Rekurs an das vorgesette Generalkommando zulässig. Ist das Nechtsmittel gegen eine Entscheidung in der Angelegenheit selbst an eine Frist nicht gebunden, so ist es in dem Versahren der Festschung dinnen einer Frist von zwei Wochen einzulegen; die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem

bie Entscheidung der Partei, die das Nechtsmittel einslegt, zugestellt worden ift. Eine Ansechtung der über das Rechtsmittel ergehenden Entscheidung sindet nicht statt.

Die Geltendmachung der Erinnerungen und die Einlegung der Rechtsmittel muß schriftlich oder zu Pro-

totoll erfolgen.

1. Die Frist enbet mit bem Wochentage, bessen Bezeichnung bem Justellungstage entspricht. Wird 3. B. die Entscheidung am Montag ben 1. September zugestellt, so enbet die Frist mit Montag ben 15. September.

Fallt ber leste Tag ber Frift auf einen Sonntag ober einen am Ertlärungsorte ftaatlich anerkannten allgemeinen Feiertag, jo

tritt an Stelle besfelben ber nachftfolgenbe Berttag.

21rt. 17.

Die Festsehung ersosgt in erster Instanz 1) gebührens frei. Der Rechtsanwalt kann für den Antrag auf Fests sehung eine Gebühr nicht beanspruchen 2).

1. Die Gebührenfreiheit besteht nur für bie erste Instauz, sonst tommen Gebühren nach Art. 198, 199 Nr. 2 bes Geb.G.

(S. 181) gur Erhebung.

2. Der Unfat von Schreibgebühren und Portiauslagen ift nicht ausgeschloffen.

Art. 18.

Ist die Festsetung nach den Artiseln 14 bis 16 ersfolgt, so kann der Rechtsanwalt Gebühren oder Auslagen von seinem Austraggeber nur nach Maßgabe dieser Festsetung beanspruchen, es sei denn, daß der Betrag der Bergütung durch Vertrag bestimmt ist. Der Umstand, daß die Festsetung durch eine unzuständige Behörde ersfolgt ist, ist ohne Einsluß auf ihre Viltigkeit.

Bergleiche hieher auch Motive zu Art. 14 bis 16 auf S. 341.

Mrt. 19.

Der Nechtsanwalt darf den Anspruch auf Gebühren und Auslagen gegen den Austraggeber, wenn eine Festsetzung nach den Artikeln 14 bis 16 zulässig ist, erst nach der Festsetzung bei Gericht geltend machen, es sei denn, daß der Betrag der Vergütung durch Vertrag bestimmt ist. Der Anspruch des Rechtsanwalts ift zurückzuweisen, wenn nicht vorher die Festserung nach Art. 14 nachgewiesen wird. Bergleiche hieher auch Wotive zu Art. 14 bis 19 auf S. 341.

Art. 20.

An Stelle der Vorschriften der Artikel 1 bis 11 dieser Verordnung sindet die Reichsgebührenordnung 1) für Rechtsanwälte entsprechende Anwendung auf die Berusthätigkeit des Rechtsanwalts

1. im Strafverfahren im Berwaltungsweg und

2. im Dienststrafverfahren.

Das Strasversahren im Verwaltungswege steht bem Vorversahren in den zur Zuständigkeit des Schöffensgerichts gehörenden Sachen gleich, wenn die Sache, falls sie dei Gericht anhängig wäre, zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehören würde, dem Vorversahren in den zur Zuständigkeit der Strassammer gehörenden Sachen, wenn die Sache, falls sie dei Gericht anhängig wäre, zur Zuständigkeit der Strassammer gehören würde, zur Zuständigkeit der Strassammer gehören würde.

Das Dienststrasversahren, in dem eine Hauptvershandlung nicht stattsindet, steht dem Vorversahren gleich. Das Dienststrasversahren erster Instanz steht, wenn die Entscheidung von einer Behörde oder Beamten erlassen wird, die einer Distriktsverwaltungsbehörde untergeordnet sind, dem Versahren vor dem Schöffengericht, in allen übrigen Källen dem Versahren vor der Strassammer gleich.

In der Beschwerder (Rekurse, Reklamationse) Instanz im Strasversahren im Verwaltungsweg und in der Beschwerder (Rekurse) Instanz im Dienststrasversahren, in dem eine Hauptverhandlung in erster Instanz nicht stattslindet, kommen, wenn das Versahren in erster Instanz dem Versahren vor dem Schössenschiebt gleichsteht, inse besondere die §§ 63 Nr. 1, 68 Nr. 1 der Reichssebihrenordnung für Rechtsanwälte und wenn das Versahren in erster Instanz dem Versahren vor der Strassanwälte und wenn das Versahren in erster Instanz dem Versahren vor der Strassammer gleichsteht, insbesondere die §§ 63 Nr. 2, 68 Nr. 2 dieser Gebührenordnung zur Anwendung.

a. Das Strafversahren im Berwaltungswege behandelt Strafsachen und die Dienstiftrasversahren haben mit den im vierten Absichnitte der Reichsgebührenordnung genannten Strafsachen Aehnlichteit. Es ist deshalb die entsprechende Anwendung der Bestimmungen der Reichsgebührenordnung in diesen Angelegenheiten angemessen.

b. Bas zunächft bas Strafperfahren im Bermaltungsmeg anlangt, fo erhalt ber Rechtsanwalt in ber erften Inftang bie Gebubr aus § 67 Rr. 1 ber R.G.D., wenn bie Cache, falls fie bei Bericht anhangig mare, gur Buftanbigfeit bes Schöffengerichts gehoren murbe, Die Gebuhr aus § 67 Mr. 2. wenn bie Sache gur Buftanbigfeit ber Straffammer gehören murbe.

c. Bon Dienstftrafperfahren tommen in Betracht :

1. die Dienststrafperfahren gegen Staatsbiener nach ber

IX. Beilage gur Berfaffungeurtunbe,

2. Die Dienststrafverfahren gegen nichtrichterliche Beamte ber Militarverwaltung gemäß ber Allerhöchsten Entichließung bom 7. Mars 1881 (Kriegeminifterial-Berorbnungsblatt 1881 S. 93/94), 3. die Dienststrasperfahren gegen die Mitglieder ber Ma-

giftrate und ber Gemeinbeausschuffe, gegen Bürgermeifter und beren Stellvertreter, gegen bie hoferen Gemeinbe-

beamten und gegen bie Gemeinbebedienfteten.

4. die Dienstftrafverfahren gegen Abvotaten, bie, ohne gur Rechtsanwaltichaft bei einem Bericht auf grund ber Rechtsanwaltsordnung zugelaffen zu fein, anwaltichaftliche Thatigteit ausüben (Allerhöchfte Berordnung bom 24. Mars 1816, Die Disziplinarbeftrafung ber Abpotaten in Cachen bes abminiftrativen Refforts betreffenb).

d. Ift im Dienftftrafberfahren eine Diftrittsverwaltungsbehörde, eine ihr gleich zu achtende Behörde, eine höhere Behörde ober eine Militarbehorbe gur Entscheidung in erfter Inftang guftanbig, fo tommen bie Gabe ber Reichsgebührenordnung gur Unwendung, die fur die gur Buftandigfeit der Straftammer gehörigen Sachen gelten. Bit dagegen eine ber Distrittsverwaltungsbehörbe untergeordnete Behörde, 3. B. der Gemeindeausschuß oder der Burgermeifter einer Landgemeinde, gur Entscheidung in erfter Inftang guftanbig (vgl. Genbel, Bagerifches Staaterecht 2. Aufl. Bb. II G. 295, 296, Tert zu ben Roten 150 bis 153), fo gelten die Gebührenfage fur bie gur Buftanbigteit ber Schöffengerichte gehörigen Straffachen.

e. Die Bestimmung bes Mbi. 4 ift ber Deutlichkeit wegen beigefügt. Gie bringt jum Ausbrude, bag fur die Rechtfertigung ber Beschwerbe gegen die ohne vorgängige mundliche Berhandlung ergehenden Entscheidungen bie Borichriften bes § 68 Nr. 1, 2 ber

R.G.D. f. R.M. maggebend find.

f. Besondere Bestimmungen find nicht vorgeschlagen

1. für bie Berfahren auf Berhangung bon Strafen wegen Ungebühr (3. B. Art. 25 bes Bermaltungegerichtshofegefeßes),

2. für die Berfahren, welche Zwangemagregeln gegen Beugen und Cachverftandige betreffen (Art. 20 Abi. 6 bes Ber-

maltungegerichtshofegeiches).

3. für die Ungehorsamsverfahren zur Erzwingung ber Berrichtung ber Obliegenheiten eines Ehrenamts (3. B. Art. 110 Abi. 6 bes Forftgesetes, Art. 174 Abi. 3 ber Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins, Art. 71 Rr. 1 des Gesetzes vom 9. Juni 1899 über die Einkommensteuer).

4. für Ordnungöstrasen, durch welche die Ersüllung einer gesetzlichen Bilicht oder die Unterwersung unter eine obrigkeitliche Anordnung erzwungen werden soll (z. B. Art. 21 des Polizeistrasselsbuchs).

In den unter Nr. 3, 4 ausgeführten Bersahren haben die Bestimmungen der Art. 1 dis 19 zu gelten. In den Fällen der Nr. 1, 2 ist zu unterscheiden: hängt das Versahren wegen Ungebühr oder wegen Ungebonzam eines Zeugen oder Sachverständigen mit einem Strasversahren im Berwaltungsweg oder mit einem Dienstrehren zusammen, so sind die Gebühren nach der Reichsgebührenordnung sür Rechtsanwälte zu bestimmen (Art. 20). Hängt dagegen das Versahren wegen Ungebühr oder Ungehorsams eines Zeugen oder Sachverständigen mit einem Versahren zusammen, sür das die Vorschriften der Art. 1 dis 19 gesten, so haben auch in dem Versahren wegen Ungebühr oder Ungehorsams diese Gebührenvorschriften Waß zu geben. (Wotive.)

1. Unter Anwendung ber einschlägigen Bestimmungen ber Reichs-Gebührenordnung siehen bem Rechtsanwalte solgende Gebühren zu:

I. Im Strafverfahren im Bermaltungsweg:

a) wenn die Sache, falls fie bei Gericht anhängig ware, zur Zuständigteit des Schöffengerichts gehören wurde, b. h. wenn die Verschlung mit einer Gelbstrafe bis zu 600 & geahndet werden kann

6 M (§ 67 Mr. 1);

b) wenn die Sache zur Zuständigkeit der Straskammer gehören würde, d. h. wenn eine Geldstrase über 600 & verhängt werden kann

10 M (§ 67 Mr. 2);

c) in der Beschwerbe-(Returs-Retlamations-)Instanz im Falle lit. a

6 M (§ 63 Nr. 1, § 68 Nr. 1); im Falle lit b

10 M (§ 63 Nr. 2, § 68 Nr. 2)

unter Anrechnung einer etwaigen Gebühr für die Ginlegung des Rechtsmittels lit. d (§ 71);

d) wenn auf gerichtliche Entscheidung angetragen wird ober ein Rechtsmittel eingelegt wird und sich die Thätigkeit des Rechtsanwalts nur hierauf beschränkt

2 M (§ 69).

II. 3m Dienftftrafverfahren:

a) joferne eine Sauptverhandlung nicht ftattfindet:

1. wenn die Enticheibung von einer ber Diftrittsvermaltungsbehörbe untergeordneten Behörbe ober von einem berielben untergeordneten Beamten erlaffen wird,

6 # (§ 67 9tr. 1),

II. In der Bermaltung u. Bermaltungsrechtspflege. Art. 20-22. 347

2. in allen übrigen Sallen

10 M (8 67 Mr. 2):

b) wenn eine Sauptverhandlung ftattgefunden hat

20 N (§ 63 Mr. 2);

e) in ber Beichwerbe-(Returd-)Inftang:

bor bem Schöffengerichte gleichsteht (siehe oben I lit. a)

6 M (§ 63 Rr. 1, § 68 Rr. 1); 2. wenn bas Berfahren erfter Inftang bem Berfahren bor ber Straftammer gleichsteht (fiehe oben I lit. b) 10 M (§ 63 Nr. 2, § 68 Nr. 2),

3. wenn eine Sauptberhandlung in erfter Inftang ftattgefunden hat

20 M (§ 63 Nr. 2, § 66),

unter Anrechnung einer etwaigen Gebühr für bie Ginlegung bes Rechtsmittels Rr. 4 (§ 71),

4. wenn bie Thatigfeit bes Rechtsanwalts fich nur auf

bie Ginlegung bes Rechtsmittels beichrantt

2 46 (\$ 69).

Beiter tann noch in Frage tommen die gleichzeitige Berteibigung mehrerer Beichulbigter, wobei fich bie Bebühren nach § 72 um die Balfte erhoben. .

Bergleiche hieher auch §§ 63 ff. ber R.G.D. f. R.A., Bochinger.

Brozengeb. Bei. G. 236 ff.

Mrt. 21.

Die Artikel 14 bis 19 finden auf die im Artikel 20 genannten Angelegenheiten feine Anwendung.

Für die unter Art. 20 fallenben Angelegenheiten find nicht Gebühren mit weitem Spielraume, fondern Gebühren nach feften Gaben beftimmt. Sier ift ein Festfepungeversahren überfluffig. (Motive.)

Mrt. 22.

Ift für das dem Rechtsanwalt übertragene Geschäft eine Gebühr nicht bestimmt, jo erhält er eine unter entiprechender Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung zu bemeffende Gebühr 1) 2).

Der Artitel entspricht bem § 89 ber Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte und bem Art. 26 ber Allerhöchsten Berordnung für die Gebühren ber Rechtsanwälte in den Angelegenheiten der Rechtspflege. (Motive.)

1. Die zu bemessende Gebühr hat sich nach bem Umfang ber Thatigteit bes Rechtsanwaltes und ber Schwierigfeit ber Sache gu richten.

2. Siehe auch Art. 26 b. R.B.D. bie Geb. b. R.A. in ben Angelegenh. ber Rechtspflege S. 316.

Mrt. 23.

Die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts, die sich auf ein Gesuch um Abhilse nach Artikel 2 des Gesetzur Ausführung der Reichs-Civilprozehordnung und Konkursordnung bezieht, wird nach den Bestimmungen dieser Berordnung vergütet.

Das hierauf Bezügliche ift in der Ginleitung vorgetragen.

Mrt. 24.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1902 in Kraft. Die Vergütung für die Berusäthätigkeit des Rechtssanwalts zur Erledigung von Aufträgen, die vor diesem Zeitpunkt erteilt sind, bestimmt sich nach den bisherigen Vorschriften.

Durch die Fassung der Abs. 1, 2 wird zum Ausdruck gebracht, daß die disher geltenden Gebührenbestimmungen, soweit sie nicht im Abs. 2 aufrechterhalten sind, dem Intrastreten der Berordung außer Wirkamteit treten. (Motive.)

Mrt. 25.

Die Ministerien sind beauftragt, die ersorderlichen Aussührungsbestimmungen zu erlassen und nach Ablauf von drei Jahren über die Wirkung dieser Verordnung und darüber zu berichten, ob nach den gemachten Erschrungen eine Aenderung dieser Verordnung angezeigt erscheint. Bis zu dieser Zeit sind die Ministerien ersmächtigt, im Falle des Bedürsnisses einzelne Aenderungen und Ergänzungen vorzunehmen.

III. Die Gebühren ber Rechtsanwälte im Berfahren vor ben Schiedsgerichten und bem Reichs-Berficherungsamt. *)

§ 1.

Die Vergütung für die Verusthätigkeit eines Rechtsanwalts bemißt sich im Versahren vor einem Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung auf den Betrag von drei bis dreißig Mark, im Versahren vor dem Reichs-

^{*)} Raiferl. Berordnung bom 22. Dezember 1901 (R.G.Bl. G. 497).

Bersicherungsamt auf den Betrag von fünf bis fünfzig

Schweben in einem Streitfalle gegen mehrere Bescheide Rechtsmittel, so gilt das Verfahren über dieselben, wenn über sie gleichzeitig erkannt wird, nur als ein Versfahren.

\$ 2.

Für die Teilnahme an Beweisverhandlungen außerhalb der Gerichtsstätte kann, wenn die Anwesenheit des Rechtsanwalts geboten war, eine angemessene Entschädi-

gung außer der Bergütung zugebilligt werden.

Eine Erstattung der Kosten für eine Reise zur mündlichen Verhandlung sowie von sonstigen Auslagen sindet nicht statt. Jedoch ist bei der Festschung der im § 1 bezeichneten Vergütung innerhalb der dort gezogenen Grenzen auf Schreibgebühren und Portoauslagen Rückslicht zu nehmen.

§ 3.

Diese Verordnung tritt vom 1. Januar 1902 in Kraft.

IV. Die Gebühren der Rechtsanwälte im Berfahren vor dem R. Landesversicherungsamte. **)

§ 1.

Die Vergütung für die Berufsthätigkeit eines Nechtsanwaltes im Verfahren vor dem K. Landesversicherungsamte bemißt sich auf den Betrag von fünf bis fünfzig Mark 1).

Schweben in einem Streitfalle gegen mehrere Bescheibe Rechtsmittel, so gilt das Versahren über dieselben, wenn über sie gleichzeitig erkannt wird, nur als ein Verfahren 2).

1. Bei der Ausmessung der Gebühr sind die besonderen Umstände des einzelnen Falles, insbesondere der Umsang und die Schwierigkeit der Sache, die von dem Rechtsanwalt entwickete Thätigkeit, seine Auslagen, die Bedeutung der Sache für den Auf-

^{*)} R. Allerh. B.C. v. 4, April 1902, G.B.Bl. G. 155.

350

traggeber und die Leiftungsfähigkeit des Pflichtigen zu berückfichtigen. (Bergleiche auch hieber § 2 Abj. 2.)

2. Es tann bemnach ber Rechtsanwalt bie Gebühr nur einmal ansprechen.

\$ 2.

Für die Teilnahme an Beweisverhandlungen außershalb der Gerichtsstätte kann, wenn die Anwesenheit des Rechtsanwalks geboten war, eine angemessene Entschädis

gung außer der Bergütung zugebilligt werden 1).

Eine Erstattung der Kosten für eine Reise zur mündlichen Verhandlung sowie von sonstigen Auslagen sindet nicht statt. Jedoch ist bei der Festsetung der im § 1 bezeichneten Vergütung innerhalb der dort gezogenen Grenzen auf Schreibgebühren und Portvauslagen Nücksicht zu nehmen.

1. Die zuzubilligende Entschädigung dürste sich in den Rahmen von 3 bis 30 N bewegen.

Dalladay Google

E. Anhang.

1. Notariategebührenordunng

vom 28. Dezember 1899*)
4. Juli 1903**)

I. Abschnitt.

Allgemeine Borfdriften.

21rt. 1.

Die Bergütung für die Amtshandlungen der Notare be-ftimmt fich nach den Borichriften diefer Gebührenordnung. Auf bie Notarintsvermefer finden biefe Borichriften, joweit nicht in einzelnen Fallen ein Anderes bestimmt ift, gleichmäßige Anwendung.

Mrt. 2.

Für die Geltendmachung und Beitreibung ber Gebühren und Auslagen ber notare und für bas Armenrecht find die Borichriften bes Rotariatsgefepes, für bie Berjährung bie Borichriften bes Burgerlichen Gejegbuchs, für bie Buch- und Regifterführung bie Borichriften ber Geichäftsordnung maggebend.

21rt. 3.

Bebühren werben, joweit nicht in besonberen Borichriften

ein Anderes bestimmt ift, nur in Barteifachen erhoben.

Für Umtshandlungen, welche unabhängig von bem Unsuchen Beteiligter von Umtswegen vorzunehmen find, wie Eintragungen in bie borgeschriebenen Dienstregister, Anzeigen an Behorben, Borlegung von Urfunden und Aften an folche, burfen feine Gebühren angesett werben. Dasselbe gilt für Buftellungen, die von Amtsmegen zu erfolgen haben.

Mrt. 4.

Für bie Berechnung feiner Gebühren und Auslagen, bie Uebersendung der Rechnungen, die Aufforderung und Mahnung jur Zahlung, endlich für die Quittung kann der Notar weder Gebuhren noch Auslagen verrechnen. Bird die Uebersendung der Quittung gewünscht, fo tonnen bie Auslagen für bie Boft ober ben Boten in Anfat tommen.

^{*)} Siehe G.B.A. 1899 S. 1183.
**) Bergleiche Allerb. B.D. v. 4. Juli 1903, bie Revision ber Rotariatsgebubrenorbung betreffenb (B.B.B. S. 881 ff.).

Art. 5.

Für jedes Geschäft ift ohne Rücksicht auf die Bahl ber dabei Beteiligten nur eine Gebuhr zu erheben.

21rt. 6.

Geschäfte, beren Birksamkeit an eine Bedingung geknüpft ift, find wie unbedingte zu behandeln.

Mrt. 7.

Die Gebühr bilbet die Bergütung für die gesamte, zur Erledigung des Geschäfts erforderliche Thätigkeit des Kotars. Für einzelne zur Abwicklung eines Geschäfts gehörende Handlungen, wie Ladung von Beteiligten zu Amt, Beftellung von Zeugen und Sachverständigen, vordereitende Besprechungen und Korrespondenzen, Prüfung von Büchern, Registern, Atten, Urkunden, Rechnungen, Einslicht von Grund- und Hoppothekenbüchern bürsen besondere Gebühren nicht verrechnet werden.

Mrt. 8.

Wird ein Amtsgeschäft am Krankenlager ober zur Nachtzeit vorgenommen, so erhöht sich die Gebühr des Notars um ein Viertel. Die Erhöhung findet auch beim Zusammentressen beider Erhöhungsaründe nur einmal statt.

Wird ein am Tage begonnenes Geichäft auf Bunich ber Beteiligten in die Nachtzeit hinein fortgesett, so gilt es als zur Rachtzeit vorgenommen, wenn es mehr als eine Stunde über den Beginn der Nachtzeit hinaus in Anspruch genommen hat. Der Notar kann in diesem Falle die erhöhte Gebühr nur dann beanspruchen, wenn er die Beteiligten vor der Fortsetzung in die Nachtzeit hinein auf den Eintritt der Gebührenerhöhung ausmerksam gemacht hat.

Belche Zeit als Nachtzeit zu gelten hat, beftimmt bie Ge-

ichäftsordnung.

Mrt. 9.

Die Notariatsgebühren werden entweder nach festen Saten der nach dem Werte des Gegenstandes des Geschäfts oder endlich nach Maßgabe der von dem Notar auf die Erledigung des Geschäftst verwendeten Zeit bemessen. (Feste Gebühren, Wertgebühren, Zeitgebühren).

Mrt. 10.

Die zum Imede der Erhebung der Staatsgebühr festgestellte Gegenstandsjumme ist auch für die Abtariatsgebühren maßgebend, wenn gleichzeitig Staatsgebühren und Abtariatsgebühren nach dem Werte des Gegenstandes erhoben werden.

Andernsalls erfolgt die Bestimmung der Gegenstandssumme nach den besonderen Borschriften dieser Berordnung und in Ermangelung von solchen besonderen Borschriften nach vernünftigem

Ermeffen.

Mrt. 11.

Bei der Berechnung der Gebühren nach dem Berte bleiben Bruchteile eines Pfennigs außer Ansah. Pfennigbeträge, die nicht durch zehn teilbar sind, werden auf zehn aufgerundet.

Art. 12.

Die	nolle	Bert	gebü	fr bet	räg	t be	i Geg	enst	änben	im	Werte
1.			•	100					1,—	M	
2.		mehr	als	100	M	bis	200	N	1,80	"	
3.	**	"	,,	200	**	"	300	"	2,70	"	
4.	,,	"	,,	300	,,	,,	400	"	3,60	,,	
5.	,,	,,	"	400	"	,,	500	"	4,50	"	
6.	"	,,	"	500	"	"	600	,,	5,40	,,	
7.	,,	"	,,	600	"	"	900	"	6,30	"	
8.	,,	,,	"	900	,,	,,	1200	"	7,20	"	
9.	"	"	"	1200	"	"	1500	"	8,10	"	
10.	"	",	"	1500	"	"	1800	"	9,—		
11.	"	"	"	1800		"	2200	"	10,50	**	
12.	"		"	2200	"		2700	"	12,—	**	
13.	"	"	"	2700	"	"	3300	"	13,50	"	
14.	"			3300	"		4000		15,—		
15.		"	"	4000	"	"	4800	**	16,50	"	
16.	"	"	"	4800	"	"	5700	"	18,—	**	
17.		"	**	5700	**	**	6700	**	19,50	"	
18.	**	**	"	6700	"	"	7800	**	21,—	n	
19.	**	"	**	7800	"	**	8900	**	22,50	**	
20.	"	,,	"	8900	**	**	10000	**	24,—	"	
21.	**	"	**	10000	**	**	12000	"	27,—	**	
22.	**	"	**	12000	**	**	14000	**	30,—	**	
23.	"	**	**	14000	**	**	16000	**	33,—	**	
24.	"	"	**	16000	**	**	18000	**	36,—	"	
25.	"	**	**	18000	**	"	20000	"	39,—	**	
26.	"	**	**	20000	**	**	23000	**	42.—	"	
27.	"	**	**	23000	, "	**	26000	**		**	
28.	**	**	"	26000	**	**	29000	**	44,-	**	
29.	Ħ	**	"	29000	**	**	32000	**	46,-	*	
30.	**	"	**	32000	**	**	35000	**	48,-	**	
31.	**	"	"		**	**		**	50,-	**	
32.	**	"	**	35000	**	"	38000	**	52,—	**	
33.	"	"	**	38000	**	**	41000	**	54,-	**	
	"	"	"	41000	**	**	44000	"	56,-	"	
34.	**	"	**	44000	**	"	47000	"	58,-	**	
35.	. "	" ~	"	47000	**	"	50000	."	60,—	**	

Die ferneren Wertstlassen steigen um je 10000 Mart und bie Gebühren um je 6 Mart; beträgt ber Wert bes Gegenstands mehr als 400000 Wart, jo steigt die Gebühr von da ab nur mehr um je 1 Mart in jeder Klasse.

21rt. 13.

Für die Berechnung ber Zeitgebühr kommt nicht bloß die zur Bornahme des Geschäftes selbst, sondern auch die zu den not-

wendigen Borarbeiten (Besprechungen, Atteneinsicht, Brüsung von Rechnungen 2c.) verwendete Zeit in Anschlag, mit Ausnahme der Zeit für die nach Art. 30, 35, 134 des Kotariatsgesetes ersorberliche Einsicht des Grundbuchs und des Hypothetenduchs.

Mrt. 14.

Die Zeitgebühr wird nach Stunden bemessen. Ist die insgesamt für ein Geschäft ausgewendete Zeit geringer als eine Stunde oder ergibt sich bei der Zusammenrechnung außer vollen Stunden noch ein Bruchteil, jo wird zur vollen Stunde ausgerundet.

Mrt. 15.

Die Beitgebühr beträgt 2 Mart für jebe Stunde.

Mrt. 16.

Rimmt ein Geichäft, für bas eine Bertgebühr anzuseten wäre, soviel Zeit in Anspruch, bag die Zeitgebühr basur sich höher berechnen würde als die Bertgebühr, so kann ber Notar die Zeitgebühr beanspruchen.

Diese Bestimmung findet teine Unwendung, wenn die Gegen-

ftanbsfumme nicht mehr beträgt als 200 Mart.

Art. 17.

So oft ber Notar bie Zeitgebühr berrechnet, soll er beim Gebührenvermert auf ber Urtunbe und im Gebührenregister angeben, wie viel Zeit das Geschäft in Anspruch genommen hat.

2frt. 18.

Enthalt eine Urkunde mehrere der Wertgebühr unterliegende Rechtsgeschafte, welche von einander unabhängig sind oder nicht notwendig eines aus dem anderen fließen, so wird für jedes bieser Rechtsgeschäfte eine besondere Gebühr geschuldet.

Auf Berbindlichkeiten, welche nur als Bebingungen bes Sauptvertrags erscheinen ober zur Erfüllung der Leistung oder Gegenleistung besselben bedungen ober übernommen werden, insbesondere auch auf Bürgichaften und Pfandbestellungen findet vorstehende Bestimmung keine Anwendung.

21rt. 19.

Für Geschäfte, welche zwar begonnen, aber ohne Schulb bes Notars nicht vollendet worden find, erhalt der Notar die Zeitgebühr.

Bei Geichaften, die im Falle ihrer Erledigung nicht mit der Zeitgebuhr hatten bewertet werden konnen, darf die Gebuhr des Mbl. 1 nur die zur hohe von Dreiviertel der für die Erledigung zustehenden Gebühr gesorbert werden.

21rt. 20.

Für alle Umtegeschäfte, über welche in bieser Berordnung feine Bestimmung getroffen ift, erhalt ber Notar bie Zeitgebuhr.

Mrt. 21.

Ift ein von einem Notar vorgenommenes Amtsgeschäft nuslos ober unwirksam, jo hat der Notar keine Gebühren zu beanspruchen, wenn er die Nussossikeit oder Unwirksamkeit verschulbet hat. Das Geiche gilt von der Erstattung nusloser Auslagen.

II. Abschnitt.

Beuraundung von Rechtsgeschäften, von fonftigen Gr-Afarungen, von Borgangen und von Thatsachen.

Mrt. 22.

Für die Beurkundung von Kauf-, Tausch-, Uebergads- und Teilungsverträgen, Gesellichaftsverträgen, Wiet-, Pacht- und Werk-

vertragen wird die volle Bertgebuhr erhoben.

Berträge, durch welche sich jemand verpslichtet, das Eigentum an einem Grundstick ober an einer beweglichen Sache zu übertragen ober ein den Grundstüden gleichstehendes Recht zu bestellen ober zu übertragen, serner Verträge, durch welche sich jemand verpsslichtet, sein gegenwärtiges Vermögen ober einen Bruchteil seines gegenwärtigen Vermögens ober sonst eine Vermögensmasse oder einen Vruchteil davon zu übertragen, sind mit der Gebühr des Abs. 1 zu belegen, wenn nicht in den nachsolgenden Artikeln etwas anderes bestimmt ift.

2frt. 23.

Für die Bornahme von öffentlichen Bersteigerungen, einschließlich der zugehörigen Beurkundung, wird die anderthalbsache Wertgebühr erhoben.

Bird bei einer öffentlichen Bersteigerung bon Grundstüden ber Zuschlag auf die für die einzelnen Grundstüde gelegten Gebote erteilt, jo ist die Gebühr nach den Einzelnpreisen zu berechnen.

Bei der öffentlichen Bersteigerung von beweglichen Sachen und von Augungen, für welche nicht die sich auf Grundstücke beziehenden Borschriften gelten, ist die Gebühr stets aus dem Gesanterlise zu berechnen.

Mrt. 24.

Für die Beurkundung eines Schuldversprechens oder Schuldanertenntnisse, eines Bürgichaftsversprechens, einer Schuldübernahme, einer Forderungsadtretung wird die ziener Gegenstandsjumme von 2200 Mart die Hälfte, dei höherer Gegenstandsjumme zwei Drittel der vollen Wertgebühr erhoben; ebenso sir die Beurkundung des Beriprechens, ein Pfandrecht an einer beweglichen Sache zu bestellen, für die Beurkundung der Vestellung, Belastung oder Uebertragung eines Erbbaurchts, einer Dienstüderteit, einer Reassaft, einer Hypothet oder eines sonstigen Rechts an einem Grundstüdt und für die Beurkundung des Versprechens, ein solches Recht zu bestellen, zu belasten oder zu übertragen.

9frt 25.

Für die Beurkundung von Cheverträgen wird die Sälfte der Bertgebühr nach dem Reinwerte des Gegenstandes erhoben, über den verfügt wird, jedoch nicht mehr als 40 Mark und nicht weniger als 4 Mark. Die Bermögensangabe kann unterbleiben, wenn die Beteiligten die Höchstaebühr entrichten.

Buwendungen von beweglichem Bermögen, die in Cheverträgen einem der Bertragsteile von seinen Eltern ober Stiefeltern gemacht werben, find nicht als jelbständige Rechtsgeschäfte

zu betrachten.

Mrt. 26.

Für die Beurkundung eines Bertrages zwischen Brautleuten ober Ehegatten, durch den sebiglich über die religibse Erziehung der Kinder verfügt wird, steht dem Notar eine Gebühr von 2 Mart au.

Bird in einem vom Notar beurkundeten Shevertrag außer anderen Bertragsbeftimmungen auch über die religiöse Erziehung der Kinder eine Berfügung getroffen, so steht hiefür dem Notar keine

besondere Gebühr zu.

Mrt. 27.

Für die Beurkundung von Testamenten und Erbverträgen wird die Hälfte der Wertgebühr nach dem Reinwerte des Gegenstandes erhoben, über den versigt ist, jedoch nicht mehr als 50 Mart und nicht weniger als 5 Mart. Die Bertangabe kann unterbleiben, wenn die Beteiligten die Höchstgebühr entrichten.

Die Gebühr bes Abj. 1 wird auch dann erhoben, wenn ein Testament nach dem § 2238 des Bürgerlichen Gesehduchs durch Uebergabe einer Schrift errichtet wird, jedoch nicht dann, wenn ein nach dem § 2231 Ar. 2 des Bürgerlichen Gesehduchs schon errichtetes Testament lediglich zur Uebernahme in die amtliche Berwahrung übergeben wird.

Ift ein Chevertrag mit einem Erbvertrage verbunden, jo

wird nur eine Gebühr, und zwar die höhere, erhoben.

21rt. 27 a.

Für die Beurkundung eines Bertrags zwischen Verwandten ober Ehegatten, durch den sediglich auf das gesehliche Erbrecht verzichtet wird (Erbverzicht), wird die Zeitgebühr, jedoch nicht weniger als 5 Mart, nicht mehr als 50 Mart erhoben.

Mrt. 28.

Für die Beurkundung von Vereinbarungen zwischen dem Bater eines unehelichen Kindes und diesem über den Unterhalt für die Jukunft oder über eine an Stelle des Unterhalts zu gewährende Absindung, sowie für die Beurkundung einer Vereindarung zwischen dem Bater eines unehelichen Kindes und der Mutter über die der Aufter aus der Beiwohnung und der Entbindung entstandenen Ansprücke wird die Zeitgebühr erhoben.

2frt. 29.

Gur bie Beurfundung von Leibrenten- und Berficherungs-

vertragen wird die balfte ber vollen Bertgebuhr erhoben.

Mle Bertgegenftand gilt bei Berficherungevertragen bie berficherte Summe, bei Leibrenten ber Raufpreis und in Ermangelung eines folchen ber gehnfache Betrag ber Rente.

Mrt. 30.

Für bie Beurfundung von Schenfungen und Schenfungsversprechen, bann bon Stiftungegeichaften wird bie Salfte ber pollen Wertgebühr erhoben.

Für Die Beurtundung ber Errichtung bon Familienfibei-

tommiffen tommt bem Rotar bie volle Bertgebühr au.

21rt. 31.

Bergleiche unterliegen als Verträge bei ihrer notariellen Beurfundung ber Gebührenbewertung nach Makgabe ihres Inhalts.

2frt. 32.

Für bie Beurfundung von Bollmachten, Ginwilligungs- und Genehmigungerflärungen wird eine Gebühr bon 1 Mart erhoben. wenn bie Bornahme bes Geschäfts nicht mehr als eine Stunde in Unipruch nimmt, andernfalls gelangt die Beitgebühr gur Erhebung.

Mrt. 33.

Gur bie Beurfundung von einseitigen Erflarungen, bie gur Mitteilung an Dritte bestimmt find, wie Unzeigen und Undrohungen, Aufforderungen, Anfechtungen, Burudweisungen, Rundigungen, Biberrufe- und Rudtrittertlarungen wird die Beitgebühr erhoben.

Für die lebergabe ber Ertfarung an ben Berichtspollzieher zum Zwecke der Zustellung nach § 132 des B.G.B. hat der Notar keine Gebühr zu beanspruchen.

Mrt. 34.

Für die Beurtundung von Empfangsbetenntniffen (Quittungen), ferner für die Beurtundung von Stundungen, Schulberlassen ober Berzichten wird, wenn die Gegenstandssumme mehr als 200 Mark beträgt, die Beitgebühr, andernfalls eine Gebühr von 1 Mart erhoben. Das Gleiche gilt für die Beurfundung von Erflärungen in Sypothetenjachen in ben Lanbesteilen r. b. Rh.

2(rt. 35.

Für die Beurfundung von Erflärungen, welche bem Bormunbichaftsgerichte, bem Nachlaggerichte ober einer anderen Behorbe gegenüber abzugeben find, wird, soweit nicht besondere Borichriften befteben, die Beitgebühr erhoben.

21rt. 36.

Für die Beurfundung ber Husjagen von Beugen und Sachverständigen und für die Beurfundung von Schätungen wird bie Beitgebühr erhoben, ebenso für die Beurkundung von Erklärungen. die unter Eid ober unter Bersicherung an Gibesstatt abgegeben werben.

21rt. 37.

Für die Beurkundung von thatsächlichen Vorgängen wie Bespergreifung, lebergabe ober Vorzeigung von Gegenständen, Andieten der Ersüllung einer Verbindlichkeit oder der Annahme einer Leistung, Geldvorzählung u. dgl., serner sür die Beurkundung von Zuständen z. B. Vorhandensein und Beschaffenheit einer Sache, Leben und Gesundheitskauftand einer Person wird die Zeitgebühr erhoben, soweit nicht in besonderen Vorschriften für einzelne Fälle anders bestimmt ist.

21rt. 38.

Für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen und Inven-

taren wird die Beitgebühr erhoben.

Beträgt seboch bei Bermögensverzeichnissen ber Wert bes ausgewiesenen Bermögens unter Abzug der Schulben mehr als 50000 Mart und die Jahl der ausgezählten Bermögens und Schulbenposten mehr als hundert, so hat der Notar die Hälfte der vollen Bertgebühr nach dem reinen Werte des ausgewiesenen Bermögens zu beanspruchen.

Mrt. 39.

Für bie Bornahme von Siegelungen und Entsiegelungen wird bie Zeitgebühr erhoben.

Mrt. 40.

Für die Beurkundung des hergangs bei Berlojungen und Austojungen wird die Wertgebühr nach dem Gesamtwerte der verlosten oder ausgelosten Gegenstände, jedoch nicht mehr als 300 Mark erhoben.

Werden Serien und Nummern in getrennten Verhanblungen gezogen, so steht, wein beide Verhandlungen von demielben Notariate beurkundet werden, sür die erste Beurkundung die Wertgebühr nach Abs. 1, sür die zweite die Zeitgebühr zu.

Art. 41.

Für die Aufnahme des Protokolls über die Sizungen der Generalversammlungen oder der Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, sowie für die Aufnahme des Protokolls über die Sizungen der Witgliederversammlungen sonstiger Gesellschaften und Vereinigungen oder ihrer Organe werden Gebühren nach den Vorschriften der Art. 41a und 41 derhoben.

21rt. 41a.

Betrifft die Beratung und die Beschlußsassung die Verteilung bes Geschäftsgewinns ober die Verteilung von Gesellschaftsvermögen, sio wird nach dem Betrage der zur Verteilung gelangenden Werte, betrifft die Beratung und die Beschlußsassung die Erhöhung ober bie Herabsehung des Erunds oder Aftienkapitals, jo wird nach dem Betrage der beschlossenen Erhöfung oder Herabsehung die Wertgebühr, jedoch nicht mehr als 300 Mark und nicht weniger als 24 Mark erhoben.

Mrt. 41b.

Betrifft die Beratung und Beschluftassung Satungsänderungen, Bahl von Gesellschaftsorganen, Abhör und Genehmigung von Rechnungen, Ausstellung von Boranichlägen ober sonstige im Art. 41 a nicht erwähnte Gegenstände, so beträgt die Gebühr 24 Mark.

Treffen Gegenstände, die unter die Borschrift des Abi. 1 fallen, in derjelben Sigung mit solchen Gegenständen zusammen, welche die Erhebung der Gebühr des Art. 41a rechtsertigen, so wird nur die letztere Gebühr erhoben.

Urt. 42.

Für die Aufnahme eines Wechselprotestes, einschließlich der Eintragung des Protestes in das Protestregister, kommt dem Notar eine Gebühr von 5 Mark zu.

Mrt. 43.

Für die zum Zwecke der Feststellung des Datums einer Privaturkunde (Art. 33 d. Ausst. Wes. 3. C.P.D.) erteiste Bescheinigung über die Borlage einer Urkunde wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Die Gebühr umfaßt auch bie Vergütung für bie Eintragung in bas vorgeichriebene Buch.

21rt. 44.

Für Zeugnisse über Gegenstände der amtlichen Wirksamteit des Notars, z. B. über das Vorhandensein einer Notariatsurtunde, serner sür Lebensdescheinigungen und ähnliche einsache Zeugnisse, die nicht in Prototollsorm niedergelegt werden und nicht mehr als eine Seite zu zwanzig Zeisen mit durchschnittlich zwöls Silben in Anspruch nehmen, wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Für umfangreichere Zeugnisse und Bescheinigungen und für solche, die in Prototollsorm gebracht sind, wird die Zeitgebühr erhoben.

III. Abschnitt.

Beglaubigung von Anterfdriften und Sandzeichen.

21rt. 45.

Für die Beglaubigung einer Unterschrift ober eines hand-

Sind gleichzeitig die Unterschriften oder Sandzeichen mehrerer Personen unter einer und derselben Urtunde zu beglaubigen, so ift fur die zweite und jede weitere Berson 50 Bjennig anzusegen.

Für die Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen

unter Schriftstuden, welche Rechtsgeschäfte ber im Art. 22, 24 bezeichneten Art enthalten, erhält ber Notar vier Zehntel ber Gebühr, welche ihm für die Beurkundung biejer Rechtsgeschäfte zustünde, minbestens aber die in Mojay 1 und 2 bezeichnete Gebühr.

Mrt. 46.

Beglaubigt ber Notar Unterschrift ober Handzeichen von Beteiligten unter einer von ihm selbst entworfenen Urtunbe, so tann er neben ber Gebuhr für ben Entwurf eine Gebuhr für die Beglaubigung nicht beauspruchen.

IV. Abschnitt.

Bermittelung der Auseinandersehung. Zwangsverfteigerung.

91rt 47.

Für die Bermittelung der Auseinandersehung in Ansehung eines Nachlasses in dem Bersahren nach § 86 dis 98 des Geieges über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden fünf Zehnteile, im Falle der Beteiligung eines minderjährigen Erben zwei Zehnteile der Sähe des § 8 des Reichsgerichtskoftengeiebes erhoben. Die Gebühr kann um zwei Zehnteile erhöht werden, wenn die Thätigkeit des Notars eine besonders weitläusige und schwierige war.

Die Berechnung ber Gebühr erfolgt aus bem Berte bes Nach-

laffes nach Abzug ber Schulben.

Die Gebühr umfaßt die Vergütung für die Anfertigung des Auseinanderjehungsplans, für die Beurkundung und die Bestätigung der Auseinanderjehung und für alle vorausgegangenen Verhandlungen und Verstügungen.

Die Erhebung ber Zeitgebühr an Stelle ber Gebühr bes

Abj. 1 ift ausgeschloffen.

21rt. 48.

Auf die Vermittelung der Auseinandersetzung in Ansehung des Gesantzguts einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer sortgesetzen Gütergemeinschaft im Versahren nach § 99 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit finden die Vorschriften über die Gebühren für die Vermittelung der Auseinandersetzung in Ansehung eines Aachlasses entsprechende Anwendung. Wird die Auseinandersetzung mit der Teilung des Aachlasse eines Ehegatten verdunden, so wird der Vertung der Ansehlasse auch au dem Pruchteil in Ansatz gebracht, welcher den Anteil des überledenden Ehegatten bildet.

Mrt. 49.

Bird ber Antrag auf Bermittelung zurückgenommen ober endigt bas Berfahren, weil ein Beteiligter im Termine ber Bermittelung widerspricht, so wird ein Drittel, wenn aber ber Notar

bereits ben Berteilungsplan aufgestellt hatte, die Hälfte ber im Art. 47 bestimmten Gebühr erhoben. Das Gleiche gilt, wenn das Berfahren für beruhend erklärt wird, weil im Termin kein Beteiligter erschienen und das Bersahren seitbem mehr als sechs

Monate lang nicht betrieben worben ift.

Wird innerhalb eines Wonats nach der Zurücknahme des Antrags auf Vermittelung ober der Erfedigung des Verfahrens durch Biderspruch eines Beteiligten im Termine von den sämtlichen Veteiligten zu Urfunde dessenigen Notariats, bei dem die Vermittelung anhängig war, eine freiwillige Vereinbarung über die Auseinandersetzung geschlossen, jo ist die im Abs. 1 bestimmte Gebühr auf die Gebühr für die Beurtundung der Vereinbarung anzurechnen.

21rt. 50.

Beurkundet der Notar außerhalb des Verfahrens nach §§ 86 ff, § 99 des Gefetes über die Angelegenheiten der treiwiligen Gerichtsbarteit ein lebereinkommen der Beteiligten über die Auseinandersetung in Ansehung eines Nachlasses der in Ansehung des Gesamtguts einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer fortgeseten Gütergemeinschaft, so richten sich die Gebühren nach Artikel 22 dieser Vervedung.

Mrt. 51.

Die Gebühr bes Notars für die Führung des Testamentsvollstreckeramts bemißt sich nach den Borschriften des § 2221 des Bürgerlichen Geschbuchs.

21rt. 52.

Wird dem Notar auf Grund des Art. 25 des Ansführungsgesetzes zu der Grundbuchordnung und zu dem Geset über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung die Ansführung einer Versteigerung übertragen, so erhält er für die gesamte Thätigkeit im Bersahren bis zum Versteigerungstermine mit Einschlift der Beurkundung von Anträgen, Erklärungen und Vereinbarungen der Beteiligten eine Gebühr von 15 Mart.

Für die Bersteigerung selbst einschließlich der Beurkundung berselben und der Erteilung des Zuschlags erhält der Notar die

im Urt. 23 beftimmte Gebühr.

Die Gebühr bes Abs. 1 fällt an mit der Bestimmung des Bersteigerungstermins. Wird das Versalgren der Bestimmung des Versteigerungstermins eingestellt oder aufgehoben, so entfällt die Gebühr.

Mrt. 53.

Wird unter Versagung des Zuschlags ein neuer Versteigerungstermin bestimmt, so erhält der Notar für das Versahren bis zu bem neuen Versteigerungstermin eine Gebühr von 5 Mark.

V. Abschniff.

Bermafrung von Frivaturkunden und von Seftamenten. Gröffnung von Seftamenten.

21rt. 54.

Für die Verwahrung einer Urkunde, die nicht ein Testament ober einen Erboertrag enthält, und für die Mückgabe einer solchen dur Verwahrung übernommenen Urkunde an den Beteiligten wird je eine Gebühr vom 2 Mart erhoben.

Die Gebühr für die Uebernahme umfaßt die Vergütung für die Beurkundung der Uebernahme, die Erteilung des hinterlegungsscheins und die Verwahrung, die Gebühr für die Rückgabe, die Vergütung für das Aussuchen, die Rückgabe und die über die Rückgabe und die Rückgabe

gabe aufgenommene Urfunde.

Für die vorübergehende Verwahrung von Urkunden, die dem Notar zum Zwecke der Borbereitung eines Amtsgeschäfts übergeben sind, wird keine Gebühr erhoben.

Mrt. 55.

Für bie Uebernahme eines Testaments in die besondere amtliche Berwahrung wird eine Gebühr von 5 Mart erhoben.

Die Gebühr umfaßt bie Bergutung für bie Uebernahme, für beren Beurkundung, für bie Erteilung ber hinterlegungsicheine

und für die Berwahrung felbft.

Die Uebernahme der von dem Notar selbst beurkundeten und im Anschlusse daran in die besondere amtliche Verwahrung übernommenen Testamente und Erbverträge erfolgt gebührenfrei. Ebenso die neuerliche Uebernahme solcher gemeinschaftlicher Testamente und gegenseitiger Erbverträge, die nach dem Tode des einen Erblassers aum Zwede der Erössnung aus der besonderen amtlichen Verwahrung des Notariats genommen worden sind und nach der Erössnung gemäß den §§ 2273, 2300 des Bürgerlichen Gesehduchs wieder dortsin zurückgebracht werden. Das Gleiche gilt von der Uebernahme und der neuerlichen Uebernahme solcher eigenhändig errichteten Testamente, die von dem Notar gegen Entrichtung der in den Artisteln 27, 72 bestimmten Gebühr entworsen sind und alsbald demielben Notar in die besondere amtliche Verwahrung übergeben werden.

Die llebernahme ber nach § 41 Abj. 2 ber Nachlafordnung

eingehenden Mitteilungen erfolgt ftets gebührenfrei.

21rt. 56.

Für die Zuruckgabe eines in die besondere amtliche Berwahrung übernommenen Testaments und deren Beurkundung

tommt dem Notar eine Gebühr von 3,50 Mart zu.

Für die Uebersendung eines bei ihm errichteten ober verwahrten Testaments an eine andere Verwahrungsbehörde zum Bwecke der Uebernahme in die besondere amtliche Verwahrung erhält der Notar eine Gebühr von 1 Mark.

Mrt. 57.

Für die nach dem Tode des Erblassers ersolgende Ablieserung der Versügungen von Todeswegen an das Nachlasgericht erhält der Notar keine Gebühr. Nuch hat er keinen Anspruch auf Schreibgebühren für die etwa zurückzubehalkende beglaubigte Abschrift und auf Ersas der bei der Versendung erwachsenden Auslagen.

Mrt. 58.

Für die Eröffnung eines Testaments ober Erbbertrags erhalt ber Notar eine Gebühr von 3,50 Mark.

Die Gebühr umfaßt bie Bergutung für bie Borbereitung und bie Anberaumung bes Termins, bie Labungen, bie Eröffnungs-

verhandlung und das darüber aufgenommene Protofoll.
Sind gleichzeitig mehrere Verfügungen besselben Erblassers von demselben Ardra zu erössnen, so steht die Gebühr nur einmal zu.

Für die Abgabe der Atten an das Nachlaßgericht erhält der Rotar teine Gebühr; für die etwa ersorderliche Zurückbehaltung einer Abschrift der Verfügung von Todeswegen erhält er die Schreibgebühr.

VI. Abschnitt.

Buffellung, Befandigung, Borlegung von Arfunden.

21rt. 59.

Soweit der Notar nach den dafür bestehenden Vorschriften Zustellungen von Amtswegen vorzunehmen hat, stehen ihm dafür teine Gebühren zu.

Art. 60.

Für die Uebersendung und Aushändigung der an die Beteiligten zu verabsolgenden Urkunden (Urschriften, Aussertigungen und Abschriften) erhält der Rotar keine Gebühr.

Die Muslagen find ihm zu berguten.

Art. 61.

Für die Vornahme und Beurkundung von Zustellungen und mündlichen Eröffnungen, die der Notar persönlich auf Ersuchen Beteiligter an Dritte macht, wird die Zeitgebühr erhoben.

Art. 62.

Legt der Notar auf Ersuchen der Beteiligten eine von ihm beurkundete oder beglaubigte Erklärung einer anderen Behörde vor, so hat er für die Vorlegung eine Gebühr von 1 Mark zu beanspruchen. Die Gebühr entfällt, wenn der Notar die Urkunde schon von Amtswegen vorzulegen hat.

VII. Abschniff.

Gefattung der Ginficht, Erteilung und Beglaubigung von Abidriften und Ausfertigungen. Bolftrechungsklaufel. Sdreibgebühren.

21rt. 63.

Für bie Gestattung ber Ginsicht einer in ber Urtunbensammlung bes Rotariats bermahrten Urfunde erhalt ber Rotar eine Gebühr bon 0.50 Mart.

Rann bei bem Ersuchen um Geftattung ber Ginficht ber Jahrgang ber Errichtung der Urkunde nicht angegeben werden, so erhöht sich die Gebühr bes Notars auf 1,50 Mart.

Ersucht bei ober unmittelbar nach ber Ginfichtnahme ber Einfichtnehmende um die Erteilung einer Abichrift ober einer Musfertigung ber eingesehenen Urtunde, jo ift die Gebuhr fur bie Ginfichtnahme auf die für die Abichrift ober die Aussertigung zu erteilende Gebühr anzurechnen.

Mrt. 64.

Bird bom Erblaffer bie Ginficht eines verschloffen in ber Bermahrung bes Notariats befindlichen Teftaments ober Erbbertrags begehrt, jo fteht bem Rotar für bie gesamte Berhandlung (Muffuchung, Eröffnung, Borlegung gur Ginficht, neuerlicher Berichluß und Brotofoll) die Reitgebühr gu.

21rt. 65.

Für bie Geftattung ber Ginficht in bie Berlaffenschaftsatten bes alteren Rechts ber Landesteile r. b. Rh., für bie Geftattung ber Ginficht in die Aften über die Bermittelung ber Museinanderfetung in Ansehung eines Rachlaffes ober bes Gesamtgutes einer ehelichen ober fortgefetten Gutergemeinschaft, in Die Teftaments-Eröffnunge- und 3mangeverfteigerungeatten, endlich in bas Wechfelprotestregifter und bas Buch für bie Gintragungen gur Feftstellung bes Datums von Privaturtunden fann eine Gebühr nicht beaniprucht werben.

Mrt. 66.

Kür die Erteilung einer Abschrift erhält der Notar eine Gebühr von 1 Mart, wenn die Abschrift nicht mehr als vier Seiten hat, andernfalls für jede weitere Seite 0,20 Mart mehr. (Schreibgebühr.)

Muf die Seite find mindeftens zwanzig Zeilen bon burchichnittlich zwölf Silben zu rechnen. Angefangene Seiten werben

für voll berechnet.

Bur ben Beglaubigungebermert tann feine besondere Webubr in Anfat gebracht werben.

2frt. 67.

Für die Erteilung einer beglaubigten Abschrift von einer Urkunde, bie dem Notar jum 3mede der Beglaubigung der Abschrift vorgelegt worden ist, wird die gleiche Gebühr erhoben, wie für die Erteilung einer Abschrift einer Urfunde aus der Urfundensammlung des Notars.

Wird außer der Hauptschrift auch die Abschrift dem Notar vorgelegt und nur um die Beglaubigung der Uebereinstimmung erjucht, so steht doch dem Notar die gleiche Geöühr zu, wie wenn die Abschrift von ihm angesertigt worden wäre.

Die Borichriften im Abi. 1 und 2 finden entsprechende Un-

wendung auf die Auszüge.

Art. 68.

Fur die Erteilung einer Aussertigung fteht dem Notar bie

gleiche Gebuhr zu wie für bie Erteilung einer Abichrift.

Für die Erteilung der Bollstreckungsklausel erhält der Notar nur dann eine besondere Gebühr, wenn die Prüfung des Eintrittes einer Thatsache oder einer Rechtsnachsolge notwendig war. (Eivilprozehordnung §§ 726 bis 729.) Die Gebühr beträgt 1 Mark.

Art. 69.

Für die Herstellung ber Urschrift ber Urkunden erhalt der Notar keine Schreibgebuhr.

Mrt. 70.

Bei der Bermittelung der Auseinandersehung in Anschung eines Nachlasse oder des Gesamtguts einer etzelichen oder fortgesehen Gütergemeinschaft und im Zwangsversteigerungsversahren bemessen sich die Schreibgebühren des Notars nach § 80 des Keichsgerichtskoftengesehes.

VIII. Abschnitt.

MeBengefcafte.

21rt. 71.

Für die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates

fteht bem Rotar teine Gebühr gu.

Die Gebühr für die Erteilung eines von einem Beteiligten verlangten aussührlichen schriftlichen Gutachtens richtet sich nach der Bereindsrung mit dem Beteiligten, mangels eines solchen nach villigem Ermessen. Für Gutachten über Gegenstände, die nicht zur Juständigkeit der Notare gehören, haben die Notare nach dieser Berordnung keine Gebühren zu beanpruchen.

Mrt. 72.

Für das Entwerfen von Privaturkunden steht dem Notar dieselbe Gebühr zu, welche er für die notarielle Beurkundung zu

erhalten hatte.

Errichtet der Notar späterhin auf Grund des Entwurses eine öffentliche Urtunde, so hat er für diese Beurkundung nur die Zeitgebühr zu beanspruchen, wenn diese geringer ist als die sonst anzusehende Gebühr.

Art. 73.

Für die Bearbeitung von Liquidationen und Berechnungen hat der Notar die Zeitgebühr zu beanspruchen.

21rt. 74.

Für die Absassing öffentlicher Bekanntmachungen wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben. Umsaßt jedoch die öffentliche Bekanntmachung mehr als eine Seite von zwanzig Zeilen mit durchschnittlich zwölf Silben, so wird für jede weitere ganz oder teilweise in Anspruch genommene Seite gleichsals 1 Mark vergütet.

IX. Abschnitt.

Auslagen.

Mrt. 75.

Un baren Auslagen werben erhoben:

1. Die Boft- und Telegraphengebühren;

2. die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten;

3. bie an Zeugen, Sachverstänbige, Auskunstspersonen, Dolmetscher, Ausruser und sonstige notwendige hilfspersonen zu zahlenden Beträge;

4. die an andere Behörben ober Beamte, insbesondere an ben zugezogenen zweiten Notar ober an Rechtsanwälte für beren Thätigkeit zu zahlenden Beträge;

5. bie zur Entrichtung ber bem Staate und ben Gemeinben anfallenden Gebuhren gemachten Borichuffe.

21rt. 76.

Für bas zu ben Urkunden, Aussertigungen und sonstigen Schriftstuden verwendete Papier kann eine besonbere Gebuhr nicht

in Unipruch genommen werben.

Die Kosten einer besonberen Ausstattung ber Urkunde, insbesonbere die Kosten, welche durch Berwendung von Pergamentpapier ober Bergament entstehen, können jedoch in Ansak gebracht werden. Ebenso die Auslagen sur die Jum Schuke der Aussertigungen wichtigerer Urkunden gebräuchlichen Decken (Mäntel).

2(rt. 77.

Für die Verpackung von Schriftstüden, die an Beteiligte zu senden sind, sowie für die Abresse konnen Auslagen nicht berechnet werden.

Art. 78.

Für die Bestellung von Schriftstüden an die Beteiligten bürsen in der Regel höhere Auslagen als die gewöhnlichen Postgebühren nicht angeseht werden. Posteinscheides oder Bersicherungssehühren können nur angeseht werden, wenn die Einschreibung oder Bersicherung von den Beteiligten verlangt oder nach den Um-

ständen erforderlich war. Höhere Botenlöhne können nur angesetzt werden, wenn besondere, vom Notar nicht zu vertretende Umstände — wie Dringlichkeit der Sache, Notwendigkeit erhöhter Sicherheitsmaßregeln wegen außergewöhnlicher Wichtigkeit u. dgl. — die Besorgung durch einen besonderen Lohnboten ersorbern.

Für die perfonliche Besorgung der Beftellung einer Urkunde burch den Notar kann, sofern es sich nicht um einen formlichen

Buftellungsatt handelt, nichts verrechnet werben.

2frt. 79.

Bird ein Notar als zweiter Notar zu einer Beurkundung herangezogen, so hat er für seine Mitwirkung die Zeitgebühr und baneben gegebenen Falles die Reisekosten zu beauspruchen.

21rt. 80.

Für jeden bei einer notariellen Beurkundung zugezogenen Zeugen kann die demselben gezahlte Gebühr bis zum Betrage von 0,50 Mark für jede angefangene Stunde in Rechnung gestellt werden.

Das Gleiche gilt für die zugezogenen Bertrauenspersonen

und Mustunftsperionen.

Den Beteiligten bleibt es unbenommen, sich mit Zeugen, Bertrauenspersonen und Auskunftspersonen über die Bergütung selbst zu vereinbaren.

21rt. 81.

Für Dolmeticher und Sachverständige kann die benselben unter Einhaltung ber in den §§ 3 bis 11 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige enthaltenen Grundsäße gezahlte Entichädigung verrechnet werden.

Den Beteiligten bleibt anderweitige Bereinbarung über bie

Bergutung porbehalten.

21rt. 82.

Ergibt sich bei Bersteigerungen das Bedürsnis, einen Ausruser beizuziehen und wird dieser nicht von den Beteiligten selbst gestellt, so kann für den beigezogenen Ausruser die ortsübliche Gebühr in Ansag gebracht werden.

X. Abschnitt.

Entfernungsgebühren, ReifeRoften.

21rt. 83.

Rimmt der Notar ein Amtsgeschäft an einem Orte vor, der außerhalb der Amtsräume, jedoch weniger als drei Kilometer von seinem Amtssih entsernt liegt, jo hat er für die daraus entstehende

Beitverfaumnis Bergutung zu beanspruchen.

Unterliegt bas auswärts vorgenommene Geschäft ohnehin der Zeitgebühr, so ift die Zeit für den hin- und Rüctweg der Zeit der Bornahme des Geschäfts hinzuzurechnen. Undernsalls kommt dem Rotar für die auf hin- und Rüctweg verwendete Gesamtzeit die Zeitgebühr besonders zu. hat der Rotar auf seinem Gange mehrere Geschäfte erledigt, so sind danggebühren entsprechend zu verteilen.

Bodinger, Bagerns Gebührengefege.

Mrt. 84.

Bei der Vornahme von Dienstgeschäften an Orten, die außerhalb des Antssißes gesegen und von diesem nicht weuiger als drei Kilometer entjernt sind, hat der Notar neben den Notariatsgebühren Eutschädigung durch Tagegelder und Ersaß der Reisekosten zu beanspruchen.

Für die Zuziehung von Gehilsen zum Niederschreiben der Urfunden bürgen Gebühren oder Auslagen nicht verrechnet werden.

21rt. 85.

Die Tagegelber können auf jo lange beansprucht werden, als das vorzunehmende Geschäft — die Reisezeit mit eingerechnet — auswärts dauert.

Ersolgt die hin- und Rückeise an demselben Tage und erstreckt sich die notwendige Abwesentseit zur Geschäftsvornahme auf nicht länger als sechs Stunden, so kann nur die hälfte des Tagegelbes beansprucht werden.

21rt. 86.

Das Tagegelb beträgt für ben ganzen Tag 11 Mark.

Art. 87.

Als Reisekoften bürsen, vorbehaltlich der Bestimmungen der Art. 90, 91 nur die wirklich entrichteten Auslagen in Aufrechnung gebracht werden.

Art. 88.

Bei allen Dienstreisen, welche ohne Nachteil für ben Reisezweck durch Benützung von Sisenbahnen ober Dampsichisten zurückgelegt werden können, haben die Notare nur auf Vergütung der Kosten dieser Besürderungsgelegenheit Anspruch. Auf Sisenbahnen gebührt ihnen ein Plat in der zweiten, auf Dampsschiffen in der ersten Klasse.

21rt. 89.

Soweit die Benützung der Eisenbahnen oder Dampsichisse nicht möglich oder nicht thunlich ericheint, kann der Notar sich in gleicher Weise, wie die Richter des Amtsgerichts eines Gefährtes bedienen. Er soll sich, wenn möglich, den Attorden anschließen, die nach § 12 der Berordnung dom 11. Februar 1875, die Aufrechung der Tagegelder und Reisekosten bei auswärtigen Diensteglichziten der Beamten und Bediensteten des Eivilstaatsdienstes betr., abgeschlossen werden.

Mrt. 90.

Ein Notar, der mit eigenem Wagen und eigenen Pferden versehen ift, darf, wenn er sich dieses Gefährtes zu Dienstreisen bedieut, die Kosten in Ausrechnung bringen, welche nach den Vorschriften der vorhergehenden Artikel erwachsen wären, wenn er sich eines gemieteten Besorberungsmittels bedient hätte.

S. delicated in Manager

2(rt. 91.

Legt ein Notar bei einer Dienstreise ben Beg ju Guß ober unter Benütung bes Fahrrabs zurück, jo hat er Anipruch auf eine Reisekoftenvergütung von 0,20 Mark für jeden vollen Kilometer bes Sin- und Rudwegs. Bruchteile von Rilometern tommen nicht in Anichlag.

Bürben die Kosten bei Benütung von Eisenbahn, Dampsschiff, Gefährt geringer sein, so kann die Reisekostenvergütung nur in dem geringeren Betrage beansprucht werden.

21rt. 92.

Nimmt ber Rotar bei einer und berfelben Dienstreise mehrere Beschäfte mit verschiebenen Beteiligten vor, jo hat er bie Reifegebühren nur einmal zu beanspruchen.

Art. 93.

Saben mehrere Personen, die bei verschiedenen Geschäften beteiligt find, eine und bieselbe Dienstreise veranlaft, so find bie Reisegebühren unter sie nach Berhältnis der ihnen zur Laft fallenben Notariatsgebühren zu berteilen.

Das Gleiche gilt, wenn auf ber Reife erft andere Geschäfte

hinzukommen.

9frt. 94.

Für bie Beforberung bes notwendigen Reisegepads werben dem Rotar die thatfächlich erwachsenen Auslagen vergütet.

Mrt. 95.

Die Richter und Gerichtsschreiber ber Amtsgerichte erhalten für auswärtige Geschäfte, die sie als Notariatsverweser bornehmen, Tagegelber und Reijekoften ausschließlich nach benjenigen Normen vergutet, welche fur Die Bornahme auswärtiger Geschäfte im Richteramt ober Berichtsichreiberamt gelten.

Mrt. 96.

Dienstreisen zum Zwecke ber nach Art. 30 bes Notariats-gesetes vorgeschriebenen Ginsicht bes Grundbuchs ober bes Hypothekenbuche find nur bann gulaffig, wenn die Beteiligten schriftlich erklart haben, bag fie die perfonliche Ginfichtnahme burch ben Rotar ber Erholung und Ginfichtnahme eines Auszugs vorziehen und bereit find, die ermachfenden Reisetoften gu tragen. Die Bobe ber erwachsenben Reisetoften ift ben Beteiligten borber bekannt zu geben.

XI. Abschnitt.

Sinterlegungsgebühren.

9frt. 97.

Für bie Uebernahme, Bermahrung und Ablieferung bon Belbern, Bertpapieren und Roftbarteiten nach Art. 4 bes Notariatsgesetze erhalten die Notare Sinterlegungsgebühren nach Magaabe ber folgenden Bestimmungen.

2(rt. 98.

Die Gebühr enthält die Vergütung für die gesamte Thätigteit des Notars. Für die Korrespondenz über die Uebernahme, die Vescheinigung über den Empfang, die Verzeichnung und Verrechnung, die verzinsliche und underzinsliche Hintergung dei öffentlichen Banken und die Wiedereinziehung der Verte von diesen, für die wegen der Ablieserung gepslogenen schriftlichen oder mündlichen Verhandlungen mit den Veteiligten, mit Vehörden oder Dritten, endlich für die Verhandlung bei der Ablieserung selbst darf keine besondere Gebühr in Anjag gedracht werden. Die thatsächlich erwachsenen Postportoauslagen — einschließlich der allensallsigen Versicherungskosten — dirserechnet werden.

Mrt. 99.

Die Gebühr wird nach bem Berte bes hinterlegten Betrages

ober Gegenstandes berechnet.

M's Gegenstandssumme gitt auch für die Gebühr des Notars die zum Zwecke der Bemessung der staatlichen Hinterlegungsgebühr ermittelte Summe.

Art. 100.

Die Bebühr beträgt in ber Regel:

für ben Betrag bis zu 2000 Mart 1/4 vom Hunbert, barüber hinaus für ben Mehrbetrag 1/4 vom Hunbert. Beträgt die hinterlegte Summe mehr als 400000 Mart, so ist für ben Mehrbetrag nur ein Zehntel vom Tausenb zu entrichten.

Mrt. 101.

Die Gebühr beträgt, wenn bem Notar bie Einnahne, Aufbewahrung und Ablieferung ber Strichgelber aus einer Berfteigerung obliegt:

a) bei Bersteigerung von unbeweglichen Gegenständen: für den Betrag bis zu 2000 Mart 1 vom Hundert, darüber hinaus für den Mehrbetrag ½ vom Hundert;

b) bei Bersteigerung von beweglichen Gegenständen: für den Betrag bis zu 2000 Mart 2 vom Hundert, darüber hinaus für den Mehrbetrag 1 vom Hundert.

Mrt. 102.

Auch bei der Berechnung der Gebühr in den Fällen der Art. 100, 101 werden Psennigbeträge, die nicht durch zehn teilbar sind, auf zehn aufgerundet.

Mrt. 103.

Für die Uebernahme, Ausbewahrung und Ablieferung von Berten unter 20 Mart werben Gebühren nicht erhoben.

21rt. 104.

Soweit bestimmt ist, daß die Notare bei der Berechnung und Erhebung ber aus Anlag ihrer Amtsgeschäfte bem Staate und

And the same of th

ben Gemeinden anfallenden Gebühren mitzuwirken haben, haben bie Notare von den Beteiligten für die Einnahme, Aufbewahrung und Ablieferung diefer Gebühren hinterlegungsgebühren nicht zu

beanspruchen.

Berben auf Bunsch der Beteiligten die Staatsgebühren und die gemeindlichen Besitzveränderungsabgaben vom Notar vorgeschossen, jo haben die Beteiligten dasur eine Gebühr von einem Frozent der vorgeschossenen Summe zu entrichten; sonstige Bergütung oder Berzinsung der vorgeschossenen Summen darf nicht beansprucht werden.

XII. Abschnift.

Solugbeftimmungen.

Mrt. 105.

Aufgehoben find:

- 1. bie Notariatsgebührenordnung für bie Pfalz vom 9. April 1822;
- 2. die Berordnung vom 11. Juli 1823 über die Rotariatsgebühren in der Bfals:

gebühren in der Pfalz; 3. die Berordnung vom 29. Januar 1854, die Gebühren der Notare in der Pfalz betreffend;

4. die Notariatsgebührenordnung für die Landesteile rechts bes Rheins vom 30. November 1875;

- 5. bie Berordnung vom 12. Dezember 1875, die Gebühren. ber Rotare und Notariatszeugen in ber Pfalz betreffend'
- 6. die Berordnung vom 21. Dezember 1877, die Gebühren ber Notare in der Pfalz betreffend;
- 7. die Berordnung vom 15. September 1879, die Gebühren der Notare betreffend;
- 8. bie Berordnung vom 13. Mai 1880, bie Gebühren ber Rotare in ber Pfalz betreffenb;
- 9. die Berordnung vom 29. Juni 1886, die Gebühren ber Notare betreffend.

Art. 106.

Die im Regierungsbezirke der Pfalz üblichen Gebühren für die Anfertigung der Bordereaux und für die Uebersendung der Bordereaux an die Hypothekenämter bleiben bis zu dem Zeitpunkt, in welchem das Erundbuch als angelegt anzusehen ift, aufrecht erhalten.

Ebenso konnen im Regierungsbezirke ber Bfalg bie für bie Anfertigung bon hebliften bei Berfteigerungen üblichen Gebuhren

weiter bezogen werben.

Mrt. 107.

Die Borschriften bieser Berordnung über die Gebühren bei ber Zwangsversteigerung treten, soweit sie die Schiffe betreffen, am 1-Januar 1900, im übrigen für jeden Grundbuchbezirk mit dem

Zeitpunkt in Kraft, in welchem das Grundbuch als angelegt anzuselpen ist. Vis zu diesem Zeitpunkte haben bei Iwangsversteigerungen spinsichtlich der Gebühren noch die seitherigen Bestimmungen Anwendung zu sinden. Das Gleiche gilt für das Versahren, welches gemäß zie des Einsührungsgesebes zu dem Gest über die Iwangsversteigerung und die Iwangsverwaltung noch nach den Landesgeseben zu erledigen ist, sowie sür die Jwangsversteigerung eines gemeinschaftlichen Grundstücks zum Iwacke der Ausbedung der Gemeinschaftlichen Werdelbuch des Geses, lebergangsvorschriften zum Pürgerlichen Gesebbuche betressen.

Die Erlassung besonderer Vorschriften über die Gebühren der Notare bei der Benrkundung und Beglaubigung von Verträgen und Erklärungen, für welche das Grundbuchrecht maßgebend ist,

bleibt für ipater porbehalten.

2rt. 108.

Ist ein Notar in ben Lanbesteilen r. b. Rh. nach bem Intrastreten bieser Berordnung noch auf grund bes bisherigen Lanbesrechts als Berlassenichaftskommisser thätig, io gebührt ihm für Korrespondenzen und Berichte, welche ihm als Berlassenichaftskommisser beingen, dann für die von ihm in dieser Eigenschaft auszustellenden Zeugnisse wie bisher eine Bergütung von 1 bis 4 Mark.

Art. 109.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft.

Art. 110.

Das Staatsministerium ber Justiz ist mit ber Aussächrung bieser Berordnung beauftragt. Es ist ermächtigt, beren Vorschriften im Falle bes Bedürsnisses durch Bestimmungen nicht grundsätlicher Art zu ändern und zu ergänzen.

2. Die Gebühren der Notare in Grundbuchsachen.

Königl. Allerhöchfte Verordnung vom 28. Juli 1900*).

Mrt. 1.

Für die Beurkundung der Erklärungen über die Auflassungeines Grundfücks (§ 925 des Bürgerlichen Gesetduchs) erhält der Notar dann, wenn die Erklärungen im unmittelbaren Anschulk an den Bertrag, durch den sich der eine Teil verpslichtet, das Eigentum zu übertragen, z. B. den Kausvertrag (§ 313 des Bürgerlichen Gesetduchs) in ein und derschen Urkunde beurkundet werden, keine besondere Gebühr. Die Vergstung für die Veurkundung der

^{°)} G.B.Bl. 1900 €. 741, Juft.M.Bl. 1900 €. 1043.

Auflassung ist in biesem Falle in der Gebühr enthalten, welche dem Notar nach Art. 22, 23 der Notariatsgebührenordnung für die Beurkundung des der Auflassung zu grunde liegenden Vertrags zusteht.

21rt. 2.

Für die Beurkundung der Auflassung erhält der Notar die Zeitgebühr (Art. 13 ss. der Notariatsgebührenordnung):

1. wenn die Urkunde über den der Auflassung zu grunde siegenden Vertrag zwar von dem Notar selbst ausgenommen ist, die Beteiligten aber die Aufnahme einer besonderen Urkunde über die Auflassung verlangen;

2. wenn die Urkunde über den der Auflassung zu grunde liegenden Vertrag von einer anderen baprischen Behörde

aufgenommen ift;

3. wenn die Berpflichtung zur llebertragung des Eigentums nicht auf einem nach § 313 des Bürgerlichen Gefehduchs der gerichtlichen ober notariellen Beurkundung bedürftigen Bertrage, sondern auf einem anderen Rechtsderhältnisse (z. B. einem Vermächtnisse) beruft.

Mrt. 3.

In allen übrigen Fällen erhält ber Notar für die Beurkunbung der Auflassung die volle Vertgebühr (Art. 12 der Notariatsgebührenordnung). Das Gleiche gilt danu, wenn in den Källen des Art. 2 die Ergenstandssumme nicht mehr beträgt, als 200 Mark.

Mrt. 4.

Die Borschriften ber Art. 1 bis 3 sinden entsprechende Anwendung auf die Beurkundung der Erklärungen, die zur Uebertragung des Sigentums an einem buchungsfreien Grundstüde nach Art. 83 des Anssährungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesethuch erforderlich sind.

Mrt. 5.

Für die Beurkundung der nach § 873 des Bürgerlichen Gesetbuchs zur Belastung eines Grundstücks mit einem Rechte sowie zur Uebertragung oder Belastung eines solchen Rechtes ersorberlichen Erklärungen (Eintragungsbewilligungen) erhält der Rotar keine besondere Gebühr, wenn die Erklärungen im unmittelbaren Anschlüg an das Rechtsgeschäft, auf dem sie beruhen (3. B. den Darlehensvertrag, das Schuldbekenntnis, die Forderungsabtretung) in ein und derselben Urkunde beurkundet werden.

Wird die Eintragungsbewilligung für sich allein beurkundet, jo fteht dem Notar dasur die Gebühr des Art. 24 der Notariatsgebührenordnung zu. Auf diese ist jedoch, wenn beide Geschäfte innerhalb eines Jahres bei demselben Notariate beurkundet wurden, die sür die Beurkundung des grundlegenden Geschäfts entrichtete Gebühr insoweit anzurechnen, als die für die Eintragungsbewilligung

gu entrichtenbe Wertgebühr bie Beitgebühr überfteigt.

21rt. 6.

Für die Beurkundung der Erklärungen über die Aussehung eines Rechtes an einem Grundstüde (Löschungsbewilligungen) und über die Aenderung des Manges oder des Inhalts eines Rechtes wird, wenn die Gegenstandsjumme mehr als 200 Mark beträgt, die Zeitgebühr, andernfalls eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Das Gleiche gilt für die Beurkundung aller berjenigen Geschäfte in Grundbuchjachen, für welche weber in der Notariatsgebührenordnung noch in dieser Berordnung besondere Bestimmungen getroffen sind.

Art. 7.

Für die Beurkundung von Eintragungsanträgen, welche im Jusammenhange mit den zu grunde liegenden Nechtsgeschäften oder den Eintragungsdewilligungen in ein und derselben Urtunde stattfindet, werden teine besonderen Gebühren erhoben. Das Gleiche gilt sür die Eintragungsanträge, welche der Notar im Anschluß an eine von ihm vorgenommene Beurkundung oder Beglaubigung auf grund besonderer Ermächtigung seitens der Beteiligten oder auf grund bes § 15 der Grundbuchordnung stellt.

Für die selbständige Beurkundung von Eintragungsanträgen erhält der Notar die Gebühr nach Art. 6 dieser Verordnung.

Art. 8.

Für die Beglaubigung der zur Belaftung eines Grundstücks mit einem Rechte ober zur llebertragung ober Belaftung eines solchen Rechtes (also insbesondere zur Bestellung und llebertragung von Hypotheten) ersorderlichen Erklärungen erhält der Notar 1/10, der Gebühr, die ihm sur die Beurkundung dieser Erklärungen zuseheht, mindestens aber die im Art. 45 Abs. 1, 2 der Notariatsgebührenordnung vorgesehene Gebühr.

Für sonstige Beglaubigungen in Grundbuchsachen erhält ber Notar ausschließlich die Gebühr des Art. 45 Abs. 1, 2 der Notariats-

gebührenordnung.

21rt. 9.

Für die Erteilung eines Teilhppothekenbriefs, Teilgrundsschuldbriefs, Teilrentenschuldbriefs erhält der Notar die gleiche Gebühr, wie für die Erteilung einer Abschrift oder Aussertigung.

21rt. 10.

Für Ausgüge und Abschriften, die dem Erundbuchamte gur Aufnahme unter die Erundbuch-Anlagen vorzulegen sind, erhält der Notar eine Schreibgebühr von 0,20 Mark sur die Seite.

Für sonstige den Beteiligten zu erteilende Abschriften und Aussertigungen sind die Borschriften in den Artikeln 66 bis 68 der Rotariatsgebührenordnung maßgebend.

2(rt. 11.

Für die Ginficht bes Grundbuchs, die Erholung von Auf-

schlüssen aus dem Inhalt des Grundbuchs, die Erholung von Auszägen aus dem Grundbuche, serner für die Vorlegung der von ihm errichteten oder beglaubigten Urtunden an das Grundbuchamt und den darüber etwa weiter erwachsenden Schriftwechsel mit dem Grundbuchamt, endlich für die Benachrichtigung der Beteiligten von den Bekanntmachungen des Grundbuchamts erhält der Notar keine Gebühr.

Die Auslagen sind ihm zu vergüten, jedoch barf weber für die Borlagebogen noch für das zum Schriftwechsel und zur Bersendung sonst verwendete Material etwas verrechnet, noch eine

Schreibgebühr angesett werben.

2frt. 12.

Die Borlegung der Urschriften von Urkunden über Geschäfte, die buchungsfreie, auch nach der Beurkundung nicht einzutragende Grundstüde betreffen, ist als Amtssache volltommen koftenfrei.

Das Gleiche gilt für die Anbringung der vorgeschriebenen Bermerke auf den Urichriften. Aussertigungen und Abschriften und

in ben Regiftern.

Mrt. 13.

Soweit in biefer Berordnung nicht besonbere Borschriften enthalten find, welche bon benen ber Notariatsgebührenordnung abweichen ober sie erganzen, sind die Borschriften ber Notariatsgebührenordnung auch in Grundbuchsachen für die Notariate maßgebend.

Art. 14.

Diese Berordnung tritt am 1. August 1900 in Kraft. Die Borschrift des Art. 110 der Notariatsgebührenordnung vom 28. Dezember 1899 ist auf sie entsprechend anzuwenden.

3. Die Gebühren bei den pfälzischen Hppothefenämtern. Juftizministerialbekanntmachung bom 2. Marz 1902, Just. M. Bl. S. 411 ff.

Die Gebühren, die nach § 9 der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz, die Vereinigung der pfälzischen Hypothetenämter mit den Amtsgerichten betressen, vom 2. März 1902, sür die Verrichtungen der Amtsgerichte in Hypothetensachen zur Staatskasse auch eben sind, bestimmen sich im allgemeinen nach dem Tarise vom 21. September 1810 in Verbindung mit der Verordnung, die Fesiebung des Saläus der Hypothetenbeamten in deutschen Gelbe betressen, vom 15. Dezember 1817 (U.N. S. 657) und der Verordnung, die Gebühren der Hypothetenbewahrer der Pfalz betressend, vom 19. Justi 1876 (J.M. U. 245).

Besondere Bebührenvorschriften find enthalten:

1. in den Art. 3 dis 7 der Berordnung, das Sypothekenwesen des Kheinkreises betressend, dom 4./20. Oktober 1825 (A.Bl. S. 167), für die Einsicht der hypothekenantlichen Reasser: 2. im § 6 ber Berordnung, die Bormerkung der Beschlagmahmeprototolle und die Eintragung der Ganterkenntnisse bei den Hypothelenämtern der Pfalz betressen, dom 17. Juni 1870 (3.M.Bl. S. 292), und im § 2 lit. e der Berordnung, die Einsührung der Reichswährung, hier einige Gebühren im gerichtlichen Dienste der Pfalz betressen, dom 26. Dezember 1875 (3.M.Bl. S. 357);

3. in ber Berordnung, die Gebühren ber Sppothekenbewahrer in ber Pfalz in Bormundichaftsfachen betreffend, bom

23. Dezember 1888 (3.M.Bl. 1889 G. 1);

4. in der Berordnung, die Erteilung von beschränkten Hypothekenauszügen in der Pfalz betreffend, vom 17. September 1896 (J.M.Bl. S. 307).

hienach werben für die Berrichtungen der Amtsgerichte in hypothekensachen solgende Gebühren erhoben:

I. Sinterlegungsgebühr.

Für die Eintragung in das Hinterlegungsregister einschließlich der Bescheinigung über die Hinterlegung

. — № 21 §

, 84 ,

Die Gebühr wird auch erhoben, wenn sich die Eintragung auf einen Beschlagnahmebeschluß, eine einstweilige Berfügung ober einen Beschluß über die Erössnung des Anntursberraktens bezieht.

nung bes Konkursversahrens bezieht. Dagegen wird die Gebühr nicht erhoben, wenn sich

Dagegen wird die Gebuhr uichterhoben, wenn jich bie Eintragung auf diegesehliche Hypothek eines Mündels bezieht, um deren Einschreidung das Vormundschaftsgericht ersucht hat, (zu vergleichen die Art. 3, 4 des Liegenichaftsgelehes vom 1. Juli 1898). Das Gleiche gilt in den Fällen des Art. 308 des Gebührengesehe in der Fasjung vom 11. November 1899.

II. Einschreibung sgebühr.

1. Für die Einschreibung eines Borzugsrechts ober einer Hypothet in das Instribtionsregister, ohne Rücksicht auf die Zahl ber beteiligten Gläubiger, wenn nur die Einschreibung auf grund eines einzigen Ein-

schreibungsantrags (Borbereau) begehrt wird Die gleiche Gebühr wird erhoben für die Einschreibung eines Beschlagnahmebeschlusses, einer einstweiligen Verfügug ober eines Beschlusses über die

Eröffnung bes Nontursperfahrens.

Dagegen wird die Einschreibungsgebühr nicht erhoben in den Fällen des Art. 308 des Gebührengesetes

in der Fassung vom 11. November 1899.

2. Für die Einschreibung der gesetlichen Hypothet eines Mündels auf Ersuchen des Vormundschaftsgerichts, auch wenn sich die Vormundschaft auf mehrere Mändel erstreckt

3. Für jede Ertlärung über eine Aenderung bes Bohnfiges ober über eine Subrogation ober über beibes - " 42 "

Digitized by Google

40 ..

III. Löfchungsgebühr.

1. Für die Löschung einer Einschreibung, auch wenn sich die Einschreibung auf einen Beschlagnahmebeschluß, eine einstweilige Verfügung ober einen Bechluß über die Eröffnung des Kontursdersahrens bezieht 2. Für die Löschung der Einschreibung der gesestlichen hypothet eines Mündels auf Erjuchen des

2. Hur die Volchung der Einschreibung der gesestlichen hypothet eines Mündels auf Ersuchen des Vormundschaftsgerichts (zu vergl. Art. 5 des Liegenschaftsgesehes)

Der Löschung steht die Beschränkung gleich.

IV. Gebühren für Auszüge, Bescheinigungen und Abschriften.

1. Für jede einzelne Einschreibung, die in einem Sypothetenbuchauszug aufgenommen wird, auch wenn beicht die Einschreibung auf einen Beschlagnahmebeschluß, eine einstweilige Verfügung ober einen Beschluß über die Eröffnung des Kontursversahrens bezieht

Die Erwähnung der gemäß Art. 32 und 33 des Geseßes zur Aussührung der Keichs-Civilprozessordnung und Konkursordnung, vom 23. Februar 1879, dewirkten einschreibungen in den Hypothekenbuchsauszugen ersolgt gebührenirei (B.D., den Bollzug des Art. 171 des Ausführungsgesetzes zur Reichs-Civilprozessordnung und Konkursordnung detressen, vom 20. September 1879, J. W. Bl. S. 1161).

2. Für die Bescheinigung, daß Ginschreibungen gegen eine bestimmte Person nicht bestehen,

3. Für den auf Ersuchen des Vormundschafts-

gerichts zu erteilenden Auszug einer Einschreibung . Umsaßt der Auszug mehrere Einschreibungen, so wird die Gebühr sir jede Einschreibung besonders berechnet, sie darf jedoch im ganzen den Betrag von 2 Mart nicht übersteigen.

4. Fur bie auf Ersuchen bes Bormunbichaftsgerichts gu erteifenbe Bescheinigung, bag teine Gin-

ichreibung besteht,

5. Bei ber Erteilung von beschränkten Hypothekenauszügen (B.D. vom 17. September 1896, J.M.Bl.
S. 307) neben der Gebühr für die Erteilung des Auszugs (Nr. 1, 3) oder neben der Gebühr für die Beicheinigung der Hypothekentreiheit (Nr. 2, 4) sür die Durchsicht einer jeden Einschreibung, die eine Belastung des
Frundstücks nicht ergibt, eine Nachschlagegebühr von

Ist die Erteilung eines beschränkten Sppothekenauszugs für mehrere Grundstüde beantragt, so beträgt die Nachichlagegebühr für jede Einschreibung, die in Bezug auf mindestens fünf Grundstücke durchgesehen wird,

— № 84 S

- " 84 ,

- ,, 40 ,

_ 40

20 ..

6. Bei tollationierten Abschriften ber bei bem Spothetenamte hinterlegten ober transifribierten Urfunden für bas Blatt ju zwei Seiten, Die Seite gu 25 Beilen und bie Beile au 18 Gilben

Für die Abichrift bes hinterlegten Auszugs eines Beichlagnahmebeichluffes für je 20 Beilen ju minbeftens 12 Gilben .

V. Gebühr für bie Registereinsicht.

1. Bei ber Ginsicht ber Regifter beträgt die Gebühr:

a) Für bas Aufschlagen bes alphabetischen Regifters einschließlich bes Aufschlagens bes Repertoriums von jedem aufzusuchenden, besonders gebuchten Namen - # 84 &

Dies gilt auch, wenn fich die Ginficht auf die Einschreibung eines Beschlagnahmebeichlusses, einer einstweiligen Berfügung ober eines Beschlusses über bie Eröffnung bes Kontureverfahrens bezieht.

b) Für bas Aufschlagen ber anderweitigen Bücher und Regifter bon jeber einzelnen Ginichreibung

ober Transitription

,, 18 ,,

Die Gebühr wird neben ber Gebühr unter a erhoben.

c) Für das Aufschlagen der hinterlegten Ginichreibungsantrage (Borbereaur), Abschriften ber Beichlagnahmeprototolle 2c. Die Gebühr wird neben ber Gebühr unter a

ober ber unter b erhoben.

2. Die Gebühren unter 1 werben nicht erhoben, wenn nebit ber Ginficht und bei berfelben Gelegenheit zugleich eine formliche Abschrift, ein Auszug ober eine Bescheinigung verlangt wirb, auch nicht, wenn die Abschrift, der Auszug ober die Bescheinigung erst inater erteilt mirb.

Das Gleiche gilt, wenn bei bem hppothekenamt eine Einschreibung ober bie Erteilung einer Abschrift, eines Auszugs ober einer Bescheinigung beantragt wird und ber Antragsteller fich gleich bei ber Einschreibung ober bei ber Fertigung ber Abschrift, bes Muszugs ober ber Bescheinigung burch Ginsicht ber Regifter bon ber Richtigfeit überzeugen will.

3. Bon ber unter 1 bezeichneten Gebühr tommt nichts in Aufrechnung ober Abzug, wenn ber Antrag auf Erteilung einer Abichrift, eines Auszugs ober einer Beicheinigung nicht gleich bei

ber Einsicht fonbern fpater geftellt wirb.

Dies gilt auch, wenn nur eine Bescheinigung babin ausgestellt

wird, bag Belaftungen nicht eingeschrieben find.

4. Ift eine Abichrift, ein Auszug ober eine Bescheinigung erteilt, jo wird für das Aufichlagen die Salfte ber unter 1 bezeichneten Gebuhren erhoben, wenn ipaterhin die Einsicht in die Register verlangt wirb, um die Richtigkeit ber Abichrift, bes Auszugs ober ber Beicheinigung zu prüfen.

 \mathbf{R}

Gebühren für die Berrichtungen ber Amtsgerichte in hppothetensachen werden nicht erhoben:

I. 3m Grundbuchanlegungsverfahren.

1. für die Anfertigung der Hypothetenlisten und der Ergänzungslisten, serner sür die Aushebung und die Wiedereinlegung der Bordereaux. Die Borschristen des § 4 Mbs. 2 und des § 8 der Berordnung, die Feststellung der hypothetarischen Belastung dei Ansegung des Grundbuchs in der Kalz betressend, dom 4. Juni 1897 (J.W.Bl. S. 113), und des § 29 Abs. 5 der Berordnung, betressend die Ansegung des Grundbuchs in der Psalz dom 28. August 1898 (J.W. Bl. S. 305), tommen künstig im hinblick auf Art 32 des Leigenschaftsgesehes nicht mehr aur Anwendung:

2. für die Uebersendung der von den Hypothetenämtern verwahrten Urtunden an die Anlegungsgerichte und für die Austunftserteilung an sie über die in den Hypothetenregistern enthaltenen

Einschreibungen (Art. 30 bes Liegenschaftsgesetes).

II. Im Flurbereinigungsverfahren.

1. für das auf grund des Flurbereinigungsoperats ober des Operatsauszugs aufzunehnende Protofoll und für die Eintragung des Protofolls in das Transstriptionsregister (Art. 49 Mbj. 1 des Gesehes vom 29. Mai 1886, die Flurbereinigung betreffend, G.B.Bt. ©. 271);

2. für die Beifügung bes Erfagvermertes nach Art. 49 Abf.

3 ober 4 bes angeführten Gefetes;

3. für die auf amtliches Berlangen erteilten Auszüge einer in dem hypothekenamtlichen Register bestehenden Einschreibung und sir die auf amtliches Verlangen erteilte Bescheinigung über das Nichtbestehen einer hypothekenamtlichen Einschreibung.

4. Meltere noch giltige Gebührenbestimmungen *).

Jwangsverfteigerung und Jwangsverwaltung von Segenftänden des unbeweglichen Fermögens im Bege der Bwangsvollftreftung.

Die Artitel 8 mit 24 bes Gebührengesetes in ber Fassung

vom 6. Juli 1892 (G.B.Bl. S. 489).

Diese Borschriften haben auch Geltung für die Zwangsversteigerung eines gemeinschaftlichen Grundfüldes zum Zwecke der Aushebung der Gemeinschaft nach Art. 41, 113 des Ges. Uebergangsvorschr. z. B.G.B. betressend (Meikel, L. Aust. S. 45 u. 128).

Hinsichtlich ber Zwangsversteigerung von Schiffen sind jedoch mit 1. Januar 1900 die Borichriften ber Urt. 7 mit 22 best neuen

Bebührengefeges in Rraft getreten.

^{*)} Diese Gebührenbestimmungen des bisherigen Gebührengesehes (v. 6. Juli 1829 B.B.C. 489) bleiben dis zu dem Zeitvunkte, in welchem das Erundbuch als angelegt anzulehen ist, noch in Kraft. Einige auch über diesen Zeitpunkt noch hinaus. Siehe Bollzugsinstr. v. 25. Dezbr. 1899 § 1 (Just.M.Bl. 1890 S. 348).

II.

Bwangsenfeigunngsverfafren.

Für die gütliche Einigung der Beteiligten über die Abtretung vor der Diftriktsverwaltungsbehörde finden die Bestimmungen der Abt. VII Abichn. II Titel I des diskerigen Gebührengesets (G.B.Bl. 1892 S. 489) Anwendung.

III.

Follfreckungsklaufeln und vollftredbare Ausfertigungen von Appothekurkunden.

In Ansehung der Hypotheten, welche schon zu der Zeit bestehen, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, und der Hypotheturkunden, welche in der Zeit vor der Anlegung des Grundbuchs errichtet werden, bemessen sich die Gebühren sir die Erteilung einer neuen Vollstreckungsklausel und für vollstreckbare Aussertigungen von Hypotheturkunden auch kinstig nach den Vorschriften der Art. 29, 132 Abs. 2 des disherigen Gebührengeießes (G.B.Bl. 1892 S. 489).

IV.

Bestimmungen für diejenigen Landesteile, in denen das preußische Landrecht bisher galt.

Findet für den Nachlaß eines vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesehbuchs verstorbenen Erblassers ein erhschaftliches Liquidationwersahren nach Art. 150 dis 157 d. Ausf.Ges. z. A.C.P.O. u. K.D. oder nach dem Inkrasstreten des Bürgerlichen Gesehbuchs noch ein Versahren über das Ausgedot liegender Gründe nach Teil I Titel 51 §\$ 100 dis 109 der preuß. Allgemeinen Gerichtsvordnung statt, so verbleibt es in Ansehung der Gebühren sür ein lolches Versahren bei den Vorlägristen der Art. 30, 31 des disherigen Gebührengeiebes (G.B.Bl. 1892 S. 489).

V.

Befondere Bestimmungen für die Ffalz.

Muf die bei dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs anhängigen Gütertrennungsversahren finden die Borschriften der Art. 32, 33 des disherigen Gebührengeletes (G.B.Bl. 1892 €. 489) gleichfalls noch Unwendung. Die Borschrift des Art. 33 auch dann, wenn der Antrag auf Bernögensabsonderung nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs gestellt wird.

Im Spothekenreinigungsversahren verbleibt es bei ben Bestimmungen ber Art. 99, 100 bes bisherigen Gebührengeieges (G.B.N. 1892 S. 489), soweit nach bem Inkrafttreten bes Bürgerlichen Gesehbuchs ein Spyvothekenreinigungsversahren stattfindet.

VI.

Angelegenheiten ber Freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Siehe bie Beftimmungen im Art. 302 (G. 223).

VII.

Sypothen- und Grundbuchfachen bann

Motariatsurftunden.

Die Gebühren in hppotheken und Grundbuchsachen und für Rotariaksurkunden kommen noch nach den Vorschriften (Art. 88 bis 96, 112 bis 155) des disherigen Gebührengesetzes (G.B.Al. 1892 S. 489) zum Ansat.

Gemäß Art. 309, 311 bes Gebührengejetes treten jedoch bie durch dieses Gesetz gewährten Gebührenerseichterungen, wie beispielsweise für Verträge, Schulbekenntnisse und Schuldversprechen (Art. 143), sir Gheverträge (Art. 148), sir hypothekestellungen (Art. 154), sir Gheverträge (Art. 148), sir hypothekestellungen (Art. 154), sir Hessischer und Verpfändungen von hypotheken (Art. 154), sir Vessellungen und Verpfändungen von hypotheken (Art. 155), sir Vessellungen von Dienstbarkeiten, Vortaufsrechten und Veallasten (Art. 159), sir Erbverträge (Art. 163), sir Notariaksurkunden über Vürt. 159), sir Erbverträge (Art. 163), sir Notariaksurkunden über Vürt. 159), sir Gerbverträge (Art. 163), sir Notariaksurkunden über Vürt. 151), sir derbverträge (Art. 163), sir Notariaksurkunden, welche die Sicherung von Forderungen staatlicher Mistalten bezwecken, (Art. 191), sir den erbweisen Ubergang des Eigentums von einem Grundstücke oder diesem gleichstehenden Rechte an Stiesperwandte auf anderem als rechtsgeschästlichem Wege (Art. 250 Abs. 3) schon mit dem 1. Kanuar 1900 in Krast.

Herigen Gebührengejetzes (G.K.V. 1892 S. 489) von diesem Zeitpunkte an bei dem Hypothekenamte statt der disherigen Gedühr
von 6 bzw. 3 vom Tausend der Gegenstandsssumme nur mehr eine
solche von 5 dzw. 2½ vom Tausend der Gegenstandssumme nur mehr eine
solche von 5 dzw. 2½ vom Tausend der Gegenstandssumme zur
Erhebung. Andererseits trat aber auch die Bestimmung des Art.
150 Abs. 5 des nunmehrigen Gedührengesetzes schon mit dem 1.
Januar 1900 in Wirksamteit. Es unterliegen daher von diesem
Zeitpunkte an alse Verträge, welche die Gründung von Aktiengesellschaften oder von Commanditgesclischaften auf Aktien zum
Gegenstande haben, sowie alse Verträge oder Beschlässe, welche die
Erhöhung des Grund- oder Aktienkapitals solcher Gesellschaften
betressen, einer Geöühr von 1½, vom Hundert oder im Falle des
Art. 150 Abs. 2 einer solchen von Jonnett oder im Falle des
Art. 150 Abs. 2 einer solchen von 3 vom Tausend des Vertube
des Art. 145 oder des Art. 146, je nachdem Grundsssäche des Vertlichende Rechte oder bewegliche Sachen den Gegenstand des
Vertrages bilben.

VIII.

Berfagren bei Grinnerungen und Befdwerden.

Für die zur Zeit des Inkrasttretens des nunmehrigen Gebührengeiețes anhängigen Erinnerungen und Beschwerden gegen die Entischeidung über die Festsetung des Wertes oder gegen den Ansat und die Nachsorderung von Gebühren und Auslagen verbleibt es dei den Borschriften der Art. 48, 154 und 160 des discherigen Eebührengeietes (G.B.N. 1892 S. 489). Dies hat zur Folge, daß die Entischeidung des Beschwerdegerichts Rechtstraft erlangt, wenn nicht die weitere Beschwerde innerhalb der im Art. 64 des Ausl. Gel. 3. N.C.P.D. u. K.D. frührere Fassung bestimmten Votriss von einem Wonat eingelegt wird.

5. Gebührentabellen.

Sabelle a. Gebühren in der Civilrechtspflege.

Wertellaffe.	Bei Gegenständen im Berte von mehr bis ein- als schließlich	10/10 oder volle Gebühr (§ § N.G.	6/10	5/10	8/10	2/10	1/10	
	M M	Mo	MB	MS	MB	Mos	MS	
1	- 20	1	60	=.50	=.30	20	=.20	
2 3	20 - 60	$\frac{2}{40}$	1.50	1.20	80	50	30	
3	60 - 120	4.60	2.80	2.30	1.40	1	50	
4	120— 200	7.50	4.50	3.80	2.30	1.50	80	
ã	200 300	11.—	6.60	5.50	3.30	2.20	1.10	
6	300 450	15	9.—	7.50	4.50	3.—	1.50	
7	450 - 650	20	12.—	<u>10. –</u>	6.—	· 4.—	2	
8	650 - 900	26.—	15.60	13.—	7.80	5.20	2.60	
9	900 1200	32.—	19.20	<u>16.—</u>	9.60	6.40	3.20	
10	1200- 1600	38	22.80	19.—	11.40	7.60	3.80	
11	1600— <u>2100</u>	44.—	26.40	22.—	13.20	8.80	4.40	
12	2100— 2700	50	30	<u>25.—</u>	15	10.—	5	
13	2700 — 3400	56.—	33.60	28.—	16.80	11.20	5.60	
14	3400 - 4300	62.—	37.20	31	18.60	12 40	6.20	
15	4300 - 5400	<u>68.—</u>	40.80	34.—	20.40	13.60	6.80	
16	5400 6700	74.—	44.40	37	22.20	14.80	7.40	
17	6700 — 8200	81.=	48.60	40.50	24.30	16.20	8.10	
18	8200-10000	90.—	54.—	45.—	27.—	18.—	9.—	
<u>19</u>	10000-12000	100	60.—	<u>50.—</u>	30.—	20.—	10.—	
20	12000-14000	110.—	66.—	<u>55.</u> —	33	22.—	11	
21	14000-16000	120.—	72.—	<u>60.—</u>	<u>36</u> .—	24.—	12	
22	16000 - 18000	130.—	78.—	<u>65.</u> =	39.—	26.—	13.—	
23 24 25	18000 - 20000	140	84.—	70.—	42.—	<u>28.—</u>	14	
24	20000-22000	150	90	<u>75.—</u>	45	30.—	15.—	
20	22000-24000	<u>160.—</u>	96	80	48	32	16.—	
26 27	24000-26000	170.—	102.—	85.—	51	34. —	17.—	
	26000-28000	180.—	108.	90	54	36	18.—	
28	28000 - 30000	190.—	114.— 120.—	95.— 100.—	57	38.— 40.—	19.— 20.—	
29 30	30000 - 32000	200.— 210.—	126.—	105.—	60.— 63.—	42.—	21	
30 31	32000—34000 34000—36000	2 <u>10.—</u> 220.—	132.—	110.—	66.—	44	22.—	
32	36000-38000	230.—	138.—	115.—	69.—	46.—	23.—	
				110	05.			
Boch inger, Bayerns Gebührengefege. 25								

_							
Bertetlaffe.	Bei Gegenständen im Berte von mehr bis ein- als schließlich	10/10 ober volle Gebühr (§ 8 N.G. K.G.)	6/10	5/10	3/10	2/10	1/10
	M M	No	Mg	MO	No	N o	Mo
33	38000 40000	240.—	144.—	120.—	72.—	48	24.—
34	40000 - 42000	250.—	150.—	125	75.—	50.—	25
35	42000 - 44000	260.—	156.—	130 -	78.—	52.—	26
36	44000 — 46000 46000 — 48000	270.— 280.—	162.— 168.—	135.— 140.—	81	56.—	27.— 28.—
37 38		290.—	174.—	145.—	87	58.—	29.—
39	48000 — 50000 50000 — 52000	300	180.—	150.—	90	60	30.—
40	52000— 54000 52000— 54000	310.—	186.—	155.—	93.—	62.	31.—
41	54000 - 56000	320.—	192	160.—	96.—	64.—	32.—
42	56000— 58000 56000— 58000	330.—	198.—	165.—	99	66.—	33
43	58000 - 60000	340.—	204.—	170.—	102.—	68	34.—
44	60000 - 62000	350.—	210.—	175.—	105. —	70	35.—
45	62000 - 64000	360.—	216.—	180.—	108.—	72	36.—
46	64000 66000	370.—	222.—	185.—	111.—	74.—	37.—
47	66000 — 68000	380.—	228.—	190	114	76	38.—
48	68000- 70000	390	234.—	195	117.—	78.—	39. —
49	70000 72000	400.—	240	200.—	120.—	80.—	40
50	72000 - 74000	410.—	246	205.—	123.—	82	41
51	74000 - 76000	420	252.—	210	126	84	42
52	76000 78000	430	258	215.—	129.—	86.—	43.—
53	78000 80000	440	264	220.—	132	88	44
54	80000 82000	450	270.—	225.—	135.—	90.—	45
55	82000 - 84000	460.—	276.—	230.—	138.—	92.—	46.—
<u>56</u>	84000 86000	470	282.—	235 .—	141.—	94	47.—
57	86000 - 88000	480	288.—	240.—	144.—	96.—	48.—
<u>58</u>	88000 — 90000	490.—	294.—	245 .—	147.—	98.—	49.—
<u>59</u>	90000 92000	500.—	300.—	<u>250.—</u>	150	100.—	50.—
60	92000 94000	510	306.—	255.—	153.—	102.—	51
61	94000 96000	520.—	312.—	260.—	156.—	104.—	<u>52.—</u>
62	96000 - 98000	530.—	318.—	265.—	159.—	106 -	53.—
63	98000 - 100000	540.— 550.—	324.— 330.—	270.— 275.—	162.— 165.—	108.— 110.—	54.— 55.—
64	100000-102000	560	336.—	280	168.—	112.—	56.—
65 66	102000 - 104000 104000 - 106000	570.—	342.—	285.—	171.—	114.—	57.—
67	106000-108000	580.—	348.—	290.—	174.—	116.—	58
68	108000-10000	590.—	354.—	295.—	177	118.—	59.—
69	110000-112000	600.—	360.—	300	180. —	120.—	60.—
70	112000-114000	610.—	366.—	305	183.—	122.—	61
71	114000-116000	620.—	372.—	310.—	186.—	124.—	62.—
72	116000-118000	630.—	378	315.—	189.—	126.—	63
73	118000-120000	640.—	384	320.—	192.—	128	64.—
74	120000-122000	650.—	390.—	325.—	195.—	130.—	65.—
_							

Bertsklaffe.	Bei Gegenständen im Werte von mehr bis ein- als schließlich	10/10 ober volle Gebühr (§ 8 R.G. R.G.)	6/10	5/10	3/10	2/10	1/10
-	M M	MS	IN S	MS	M S	NS	Med
75 76	122000—124000 124000—126000	660.—	396.—	330.—	198.—	132.—	66.—
77	126000 - 128000	670.— 680.—	<u>402</u> . – 408. –	335	201	134.—	67.—
78	128000 - 128000	690.—	414.—	340 — 345. —	$\frac{204}{207}$	136.— 138.—	68.—
79	130000-130000	700.—	420.—	350.—	210.—	140	69.—
80	132000-134000	710.—	426.—	355. —	213.—	142.—	71.—
81	134000-136000	720.—	432.—	360.—	216.—	144.—	72.—
82	136000-138000	730.—	438.—	365.—	219.—	146.—	73.—
83	138000-140000	740. —	444.—	370. —	222	148.—	74
84	140000 - 142000	750.—	450	375.—	225.—	150.—	75.—
85	142000 - 144000	760	456.—	380.—	228.—	152.—	76.—
86	144000 - 146000	770.—	462.—	385.—	231.—	154.—	77.—
87	146000-148000	780.—	468	390.—	234	156	78. –
88	148000-150000	790	474	395.—	237	158.—	79.—
89	150000 - 152000	800.—	480	400.—	240	160	80
90	152000 - 154000	810.—	486.—	405	243	162	81.—
91	154000-156000	820.—	492	410	246	164	82
92	156000 - 158000	830.—	498.—	415.—	249.—	166	83.—
93	158000-160000	840.—	504	420	252	168	84
94	160000-162000	850.—	510.—	425.—	255	170.	85
95	162000 - 164000	860.—	516.—	430.—	258	172.—	86.—
96	164000 - 166000	870.—	522.—	<u>435</u> . —	261. –	174.—	87.—
97	166000 - 168000	880.—	528.—	440.—	264.—	176.—	88.—
98	168000-170000	890.—	534	445	267.—	<u>178.—</u>	89.—
99 100	170000-171000	900	540.—	450.—	270.—	<u>180.—</u>	90.—
100 101	172000-174000	910	546.—	455	273.—	182	91
102	174000 - 176000 $176000 - 178000$	920.— 930.—	552.— 558.—	460	276	184.—	92.—
$\frac{102}{103}$	178000-178000	940.—	564.—	465. — 470. —	279.—	186.—	93
104	180000-182000	950.—	570.—	475.—	282.— 285.—	188.—	94.—
105	182000—184000	960.—	576.—	480.—	288.—	190.— 192.—	95.— 96.—
106	184000—186000	970.—	582.—	485.—	291.—	194.—	97. —
107	186000 - 188000	980.—	588.—	490.—	294.—	196.—	98.—
108	188000—190000	990.—	594.—	495.—	297.—	$\frac{130}{198}$.	99.—
109	190000-192000	1000.—	600	500.—	300	200.—	100.—
110	192000-194000	1010.—	606.—	505.—	303.—	202.—	101. —
111	194000-196000	1020.—	612	510.—	306.—	204.—	102
112	196000-198000	1030.—	618.—	515.—	309.—	206.—	103
113	198000-200000	1040	624	520 —	312.—	208.—	104
114	200000 - 202000	1050	630.—	525	315.—	210	105.—
115	202000 - 204000	1060	636.—	530	318.—	212	106
116	204000-206000	1070	642.—	535.—	321.—	214.—	107

-							
Bertellaffe.	Bei Gegenständen im Berte von	10/10 ober	6/10	5/10	8/10	2/10	1/10
Bert	mehr bis ein- als schließlich	Gebühr (§ 8 R.G. <u>K.G.)</u>					
-	M M	.H of	M S	M S	MS	MS	N S
117	206000208000	1080.—	648	540	324	216	108.—
118	208000 - 210000	1090.—	654.—	545	327	218	109
119	210000-212000	1100	660	550	<u>330</u> .—	220.—	110.—
120	212000 - 214000	1110	666	555.—	<u>333</u> .—	222 . –	111.—
121	214000 216000	1120	672	560	336	224 . –	112. —
122	216000-218000	1130.—	678	565	339	226.—	113.—
123	218000-220000	1140.—	684. —	570	342.—	228.—	114.—
124	220000 - 222000	1150.—	690.—	575.—	345	230	115.—
125	222000 - 224000	1160. —	696.—	580.—	<u>348.—</u>	232	116.—
126	224000 - 226000	1170.—	702	585.—	351.—	234.—	117
127	226000-228000	1180.—	708.—	590.—	354.—	236.—	118.—
128	228000 - 230000	1190.—	714	595.—	357.—	<u>238.—</u>	119.—
129	230000 232000	1200	720.—	600	360.—	240	120.—
130	232000 - 234000	1210.—	726.—	605.—	363.—	242	121.—
131	234000—236000	1220	732.—	610	<u>366</u> .—	244.— 246.—	122
132 133	236000—238000 238000—240000	1230.— 1240.—	738.— 744.—	615 620.—	369.— 372.—	248.—	123.— 124.—
134	240000 - 242000	1250.—	750	625.—	375.—	250.—	124.—
135	242000 - 242000 242000 - 244000	1260.—	756.	630.—	378.—	252.	126.—
136	244000-246000	1270.—	762	635	381.—	254.—	127.
137	246000 - 248000	1280.—	768	640.—	384.—	256	128.—
138	248000-250000	1290.—	774	645.—	387	258.—	129.—
		1200.	117.	010.	LAUL.	<u> </u>	120.
	ferneren Wertsklassen gen um je 2000 Æ mehr 3. B. von	(10)	<u>(6)</u>	<u>(5)</u>	<u>(3)</u>	<u>(2)</u>	<u>(1)</u>
143	258000-260000	1340.—	804.—	670.—	402	268	134.—
148	268000 - 270000	1390. —	834	695	417.—	278	139
153	278000-280000	1440	864	720.—	432.—	288	144
158	288000 - 290000	1490.→	894.—	745	447.—	298	149.—
163	298000-300000	1540.—	924	770	462	<u>308. —</u>	154
168	308000-310000	1590.—	954.—	795.—	477.—	318.—	<u> 159. —</u>
173	318000 - 320000	1640.—	984.—	820.—	492.—	328	164 .—
178	328000-330000	1690.—	1014.—	845	507.—	338	169 .—
183	338000 - 340000	1740	1044	870	522.—	348.—	174.—
188	348000 - 350000	1790.—	1074	895.—	537.—	358.—	179
193	358000—360000	1840	1104. —	920.—	552.—	368.=	184.—
198	368000 - 370000	1890	1134	945.—	567.—	378	189.—
203	378000-380000	1940.—	1164.—	970.—	582	388	194.—
208	388000 390000	1990. —	1194.—	995.—	597	398.—	199.—
213	398000-400000	2040	1224.—	1020.—	612.—	408.—	204.—
			1	- 1		- 1	

Tabelle b.Die Gebühren der Rechtsanwälte in den Angelegenheiten der Rechtspflege.

_									
Bertstlaffe.		tufe 8 ein= ließlich	Bolle Gebühr	6/10	⁵ /10	4/10	8/10	² / ₁₀	1/10
_	M	M	MS	M. S	Mos	MS	No	MS	MS
- 1	• • •	20	2*	M & 1.20*	1*	1*	1*	1*	1*
2	20	60	3 *	1.80*	1.50*	1.20*	1*	1 *	1*
1 2 3 4 5 6 7 8 9	60-	120	4*	2.40*	2*	1.60*	1.20*	1*	1*
4	120-	200	7*	4.20*	3.50	2.80*	2.10*	1.40*	1*
5	200-	300	10*	6*	5*	4*	3 *	2*	1*
6	300-	450	14.—	8.40*	7*	5.60*	4.20*	2.80*	1.40*
7	450-	650	19.—	11 40	9.50*	7.60*	5.70*	3.80*	1.90*
8	650-	900	24.—	14.40	12.—	9.60*	7.20*	4.80*	2.40*
9	900-	1200	28.—	16 80	14.—	11.20	8.40*	5.60*	2.80*
10	1200-	1600	32.—	19.20	16	12.80	9.60*	6.40*	3.20*
11	1600-	2100	36.—	21.60	18-	14.40	10.80	7.20*	3.60*
12	2100-	2700	40.—	24.—	20.—	16.—	12	8*	4*
13	2700-	3400	44.—	26.40	22.—	17.60	13.20	8.80*	4.40*
14	3400-	4300	48	28.80	24.—	19.20	14.40	9.60*	4.80*
15	4300-	5400	52.—	31.20	26.—	20.80	15.60	10.40	5.20
16	5400-	6700	56	33.60	28.—	22.40	16.80	11.20	5.60
17	6700	8200	60	36 -	30.—	24.—	18	12.—	6.—
18	8200-	10000	64.—	38.40	32.—	25.60	19.20	12.80	6.40
19	10000-	12500	68.—	40.80	34.—	27.20	20.40	13.60	6.80
20	12500-	15000	72	43.20	36. —	28.80	21.60	14.40	7.20
21	15000-	17500	76	45.60	38.—	30.40	22.80	15.20	7.60
22	17500-	20000	80	48	40.—	32	24	16	8.—
23	20000-	25000		51.—	42.50	34.—	25.50	17	8.50
24	25000-	30000		54.—	45.—	36.—	27.—	18	9.—
25	30000-	35000		57.—	47.50	38	28.50	19. –	9.50
26	35000-		100	60.—	50.—	40.—	30.—	20.—	10.—
27	40000-	45000		63.—	52.50	42	31.50	21.—	10.50
28	45000-	50000		66	55	44.—	33	22	11
29	50000-	55000		69.—	57.50	46.—	34.50	23	11.50
30	55000-	60000		72.—	60	48.—	36	24.—	12.—
31	60000-	65000		75	62.50	50.—	37.50	25	12.50
32	65000-	70000		78.—	65	52	39. –	26.—	13.—
33	70000-	75000		81	67.50	54.—	40.50	27. –	13.50
	75000-	80000		84.—	70. –	56.—	42. –	28.—	14
$\frac{34}{35}$	80000-	85000		87	72.50	58.—	43.50	29	14.50
36	85000-	90000		90	75.—	60.—	45.—	30	15.—
37	90000	95000		93.—	77.50	62_	46.50	31	15.50
38				96.—	80.—	64.—	48.—	32. —	16
00		200000		1/1/4	50	J4	311.	<i>54.</i>	111.—

_								
flaife.	Bertefinfe	Bolle Gebühr						
Bert Eflaffe.	über bis eine	10/10	6/10	5/10	4/ 10	3/10	2/ 10	1/10
1	M .16	MS	Mos	ell of	16 3	MS	Mo	Mo
	100000-110000		99.—	82.50	66.—	49.50	33.—	16.50
	10000-120000		102.—	85.—	68	51.—	34	17.—
	20000-130000		105.—	87.50	70	52.50	35.—	17.50
	130000-140000		108	90	72	54	36	18.— 18.50
	140000-150000		111	92.50	74.—	55.50	37.—	19.—
	150000-160000		114	95	76	57	38.— 39.—	19.50
	60000 -1 70000 70000 -1 80000		117 120	97.50 100.—	78.— 80.—	58.50 60.—	40	20.—
	L80000-190000		123.—	102.50	82.—	61.50	41	20.50
	190000-190000 190000-200000		126 -	$\frac{102.50}{105}$	84	63	42	21
	200000-210000		129.	107.50	86	64.50	43	21.50
	210000 - 220000		132	110.	88	66	44.—	22.—
	220000-230000		135	112.50	90.—	67.50	45.—	22.50
	230000 - 240000		138.—	115	92	69. –	46.—	23.—
	240000-250000		141	117.50	94	70.50	47	23.50
	250000-260000		144	120	96	72	48.—	24
	260000-270000		147	122.50	98	73.50	49	24.50
	270000 - 280000		150.—	125	100	75.	50.—	25
	280000-290000		153.—	127.50	102	76.50	51	25.50
582	290000-300000	260	156.	130	104	78	52.—	26
	300000-325000		159	132.50	106	79.50	53	26.50
600	325000 - 350000	270	162	135. ~	108 1	81	54.—	27
612	350000 375000	275	165	137.50	110	82.50	<u>55</u> .—	27.50
62	375000-400000	280	168	140	112	84	56	28.—
634	100000-425000	285	171	142.50	114	85.50	<u>57.—</u>	28.50
	125000 -450000	290. ~	174	145	116.—	87. –	58	29.—
	450000 - 475000	295 -	177.—	147.50	118.—	88.50	59	29.50
	l75000 ~ 50000u	<u>300. —</u>	180.—	150	120	90.—	60.—	30
-	00000-525000	<u>305</u>	<u>183.—</u>	152.50	122	91.50	61.—	30,50
	u. i w. je mehr 25000 .M. z. B.	(je <u>5</u> M)	je 3 M	je 2 M	je <u>2 M</u>	(je 1 M	ie 1 M)	(je50g)
716	500000 - 625000	325	195	162.50	130	97.50	65	32.50
75 7	00000 - 725000	345	207	172.50	138	103.50	69	34.50
795	800000 - 825000		219	182.50	146	109.50	73.—	36.50
	100000 -925000		231	192.50	154	115.50	77.—	38.50
871	000000 - 1050000	<u>405.—</u>	<u>243</u> . –	202.50	162	121.50	81.—	40.50
	u. i. w. je mehr 3000) .#.	je 5 M	je 3 M	je 2 M	je 2 M	je 1 M	je 1 M	je 50 🖠
911	200000 1250000	425	255.—	212.50	170.—	127.50	85	42.50

^{*} Die Minbeftgebühren betragen:

^{*} Tie Minbestigebühren betragen:

1 K im Halbe ber Art. 1 mitz & N.G. D., Art. 7, 9, 10 Abf. 2, 12, 13. Beniger
als 1 K fann nur im Halbe ber Art. 1, 26 mit § 8, 89 d. N.G. D.,
Art. 10 Abf. 2, 27, Abf. 1 mit § 87 N.G. D. in Frage fommen;
b) 2 K im Halle ber Art. 8 Abf. 1, 8 Abf. 1, 10 Abf. 1 Sap 2 u. 11;
c) 2 K 50 J im Halbe ber Art. 19 Abf. 1, 10 Abf. 1 Sap 2 u. 11;
d) 3 K im Halbe ber Art. 19 Abf. 1, 14 Abf. 2;
d) 5 K im Halbe ber Art. 10 Abf. 1, 26 Abf. 2;
f) 10 K im Halbe ber Art. 19 Abf. 3, 20 Sap 4 mit 21 Abf. 2;
f) 10 K im Halbe ber Art. 3 Abf. 2, 19 Abf. 1 u. 2, 20 Sab 4.

Samregifter.

Die Abfürzungen Geb.G. = Gebührengejet, H.O. = hinterlegungs-Bebührenordnung, G.V. = Berichtsvollzieher Bebührenvorschriften, R.A. = Gebührenordnungen ber Rechtsauwälte. Die Zahlen bebeuten bie Geiten, die Biffern oberhalb berfelben die einschlägigen Baragraphen ber Artifel.

Abfaffung eines Schreibens R.A. 284°, 3294

Abfindung bes unehelichen Rinbes

Geb.G. 8792, 171168 Abgaben, öffentliche, Gigenichaft d. Gebühren als jolche Geb.G. 1. Abaangerengnisse Geb.G. 193281

Abhaltung des Termines zur Abnahme bes Offenbarungseibes Geb.G. 121107

Abhilfe burch die Regierungsfinangtammer hinfichtlich bes Anfabes ober der nachforderung bon Webühren Geb. G. 4641

Abfömmlinge Geb.G. 97, Bergicht eines Unteilsberechtigten auf ben Anteil am Beiamtaut

Geb.G. 117.

Abfommen, internationales, binfichtlich des Armenrechtes Geb.

Ablehnung eines Beamten Geb.G. 192231.

Ablieferung von Gelbern R.A.

Ablösbarfeit von Chehaftsverhält-Berteilungsverfahren niffen, bei jolchen Geb.G. 3024

Abschätzung bes Gegenstandswertes in Ungelegenheiten ber freiwilligen ` Gerichtsbarkeit Geb.G. 4142

Abichlagezahlungen im 3mangs-

verfteigerungeverfahren Geb. G. 251

Abichluß eines Bergleichs fiebe Bergleich.

Abidriften, Gefuche um folche R.A. 2828. 3288

Abfolntorialzeugniffe Geb.G. 193281

Aburteilung in verschiedenen Sigungen bei Forftftraffachen Geb.G. 3328.

Abwesenheitepflegichaft Geb.G. 8300, 112102, Falligfeit ber Webühren Geb.G. 114.

in Bor-Abang ber Schulben mundichafts-Nachlakunb fachen, fiehe bort.

Adelige Ramen, Bappen, Menderung berfelben Geb G. 197242, Adelediplome Geb.G. 2, 196240 Adelsmatrifel Geb.G. 197241.

Adeleverleihung Geb.G. 196240. Adoptionen, fiehe Unnahme an

Rinbesftatt. Mdreffen von Briefen R.A. 337. Movotaten, Dienftftrafverfahren R.A. 268.

Merate, Approbationsicheine für dieielben Geb.G. 186214, Gebühren berielben Geb.G. 12.

Aften, Ginfichtnahme von folchen Geb.G. 182, R.A 294, Abreffen u. Verpactung R.A. 337.

Aftiengesellichaften, Gintragung und Löschung im Sandels-

regifter Geb.G. 5455. Generalperiammlungsbeichluffe Geb.G. 171110, Gründung, jowie Erhöhung bes Kapitals Geb.G. 164'50, Berlegung bes Sipes, ZweignieberlaffungGeb.G.5860 Altere-, Invaliditäte- u. Unfall-

versicherungsangelegenheit

Geb.G. 5.

Umtearite, Gebühren berielben Geb.G. 125, Zeugnisse berselben Geb.G. 184206.

Amtegerichte Geb.G. 183, Sinterlegungeftelle H.O. 2331, Rechteanwaltsgebühren in Forstrügesachen R.A. 2661, in Dienstftraffachen R.A. 2672.

Umtegeichafte ber Notare, Bewilligung bes Armenrechts für

iolche Geb.G. 9.

Amtehandlungen, Gebührenfreiheit in folden Geb.G. 3.

Androhung von Ordnungeftrafen Geb.G. 160142

Anerfennung ber Baterichaft Geb. G. 87°2, 170165

Anfectung ber Annahme ober Ablehnung ber fortgesetten Gütergemeinschaft Geb.G. 117. ber Che nach bem Tobe bes Chegatten Geb.G. 117, Erbichaft Geb.G. 117, bes Erbvertrags Geb.G. 117, einer lettwilligen Berfügung Geb.G. 117.

Anfertigung von Antragen, Erflärungen u. Beichwerben R.A. 282, <u>328</u>.

Angebot nach §§ 293, 294 bes B.G.B., § 756 ber C.B.D. G.V. 250

Angelegenheiten der freiwilligen Abanderung Gerichtebarfeit, ber Enticheibung über Bertsfeftiegung Geb.G. 4545, Abichä Bung bes Gegenstandswertes Geb.G. 4142 Ungabe u. Berichtigung ber Bertsaegenftandejumme Geb.G. 3940, Antragfteller Geb.G.

Anwendung der Borichriften bes R.S.R.S. Geb.G. 3700 Armenrechtsbewilligung in folchen Geb.G. 9. Beichwerde gegen ben Gebührenanfat u. Nachforderung Geb.G. 4647 4844, weitere Beichwerde Geb.G. 4944, 5054, Gebühren in benfelben Geb.G. 37. Gebührenverjährung Geb.G. 3, 3920 Gebührenfreiheit Geb.G. 4143. Gegenstandswert Geb.G. 3940. Roftenichuldner Geb.G. 3915. Mutwillensgebühr Geb.G. 5011. Bertfeftjegungeberfahren Geb. G. 39⁴⁰, 40⁴¹, 41⁴², 44⁴², 46⁴⁶.

Angelegenheiten der Rechtepflege RA. 258, 31925

Angelegenheiten ber Berwaltung u. Berwaltungerechtevilege R.A. 323, 34115

Angenommenes Rind, rechtliche Stellung besfelben Geb.G. 97. Unbeftung eines Schriftftuds G.V. 256.

Anlegung bes Rinbesvermogen Geb.G. 81, des zum eingebrachten But gehörenben Belbes Geb.G. 85.

Unmelbungen. Entgegennahme von folden feitens des Rachlaggerichts Geb.G. 116104.

Unnahme frembherrlicher Muszeichnungen Geb.G. 197243, an Kindesftatt, Bestätigung bes Bertrags, sowie Aushebung besfelben, ferner Berfagung ber Beichwerbe Bestätigung u. gegen diejelbe Geb.G. 151128, gur porläufigen Bermahrung H.O. 240¹,

Anordnung der Zwangsversteigerung Geb G. 146, R.A. 29417 ber Zwangsverwaltung Geb.G.

148, R.A. 30519

Anrednung der Gebühr Zwangsverfteigerungs-Zwangsberwaltungsberfahren Geb.G. 158.

Anfat von Gebühren, Erinne-

rungen hiegegen Geb.G. 4544, 194214, H.O. 24211, G.V. 25515, Beschwerde gegen benselben Geb.G. 4646, 195234, H.O. 24213, G.V. 25515, Menderungen von Umtewegen Geb.G. 195 *** Spielraum für benfelben Geb. G. 212 980

Aniprude, ber Mutter eines unehelichen Rindes Geb.G. 870, im Zwangsversteigerungsversahren R.A. 29918, im Zwangeberwaltungsverfahren R.A. 30519. Geb.G.

Anftellungsabgaben 196288

Anteilerechte ber Vertragsichließenden 163146 Geb.G. 200 ***

Antrage bei Behörden R.A. 2828, auf herausgabe hinterlegter Sachen H.O. 2401, auf Anordnung einer Gicherheitsleiftung in Zwangsenteignungs. fachen R.A. 261, auf 3mangeverfteigerung RA. 29411, auf Zwangsverwaltung R.A. 30519

Antragiteller im Zwangeverfteigerungs- und Zwangsvermaltungsverfahren R.A. 30310, Gebührenschuldner Geb. G. 16, Kostenhaftung desselben Geb.G. 251, Saftung für ben Borichus Geb.G. 2316

Anzeigen, Entgegennahme bon solchen seitens des Nachlagge-richts Geb.G. 116 104, hinsichtlich des Erbichaftsvertaufs Geb. G. 117, turne R.A. 2828.

Avothefer, Approbationsicheine Geb.G. 186*14

Apothefergewerbe, Berleihung ber Ronzeffion Geb.G. 187218

Approbationefdeine für Merate, Bahnarzte, Tierarzte, Apothefer Geb.G. 186214

Arbeitebucher Geb.G. 184 005. Armenpflege, bagrifche Armen-

recht berfelben Geb.G. 10, Bebührenfreiheit der Angelegenheiten berfelben Geb.G. 5.

Urmenrecht ber Muslanber Geb. G. 11, der Eingeborenen ber beutichen Schutgebiete Geb.G. 10, im Zwangsverfteigerungsund Zwangsverwaltungsverfahren Geb.G. 2416,

Armenrechtebewillianna in Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit, dann in Gegenständen der Berwaltung und Berwaltungerechtspflege, für Atte ber Gerichtspollzieher G.V. 255, für notarielle Amtsgeschäfte Geb.G. 94

Armenrechtefachen, obrigfeitliche Beugniffe für folche Geb.G. 10, 193281, Entscheidung über diejelben Geb.G. 104.

Arrangement Awangsberim fteigerungsverfahren Geb.G. 2214

Atteste, gerichtliche, Geb.G. 5154. Aufgebot in Nachlagfachen Geb. G. 131, liegender Gründe Geb. G. 222300, nach §§ 138 ff., des Zwangs-Versteigerungsgesetes Ř.A. 299.

Aufgelofte Gefellichaften, Ermächtigung gur Ginficht ber Bücher u. Schriften berfelben Geb.G. 158.

Aufbebung alterer Gefete und Berordnungen über Taren und Stempel Geb,G. 231315. ber fortgejetten Bütergemeinichaft Geb.G. 117, einer Gemeinichaft, Zwangsverfteigerung zu diefem 3mede Geb.G. 2722, bes 3mangs - Berfteigerungeberfahrens Geb.G. 17, des 3u= ichlags Geb.G. 20.

Auflaffungeerflärung, Beurfunbung berjelben Geb.G. 163147, por ber Diftriftspermaltungs. behörde, vor dem Grundbuchamt Geb.G. 138118, bei gemeinschaftlicher Uebertragung an mehrere Berjonen Geb.G. 174179. im 3mangenteignungsverfahren Geb.G. 3125

Aufnahme des Anventars Geb.G. 119¹⁰⁵, 120¹⁰⁶, 168¹⁶², von Bermögensverzeichnissen Geb.G. 88⁹³, 168¹⁶³, von hinterlegungserklärungen H.O. 240⁷, von Anterventions - Erklärungen, Bechselprotesten G.V. 251⁸.

Aufschlußerteilung des Grundbuchamts Geb.G. 150127

Auftrag zur Protestaufnahme, Zurücknahme besselben G.V. 251s, Erlebigung vor der vollsständigen Ausführung R.A. 2901s, mehrerer Auftraggeber R.A. 280.

Aufzeichnung der Konkursmasse G.V. 247°, beweglicher Gegenstände G.V. 256.

Augenschein im Bertfestsetzungsverfahren Geb.G. 4448.

Anseinandersetung des Nachlasses, siehe Nachlaß, sachliche R.A 329*.

Ansfertigungen von Amtswegen Geb.G. 32, der Gerichte Geb. G. 5154, des Expicheins Geb.G. 123119, Gesuche der Rechtsanwälte R.A. 2828, 3288, in Bormundschaftsjachen Geb.G. 8882, vollstreckbare Geb.G. 222220

Aussihrung von Zwangsmaßregeln durch den Gerichtsvollzieher G.V. 250°.

Ausgleichung des Chegewinns Geb.G. 224305.

Anshändigung bon Zeugniffen Geb.G. 192200.

Ansländer, Bewilligung des Armenrechts an jolche Geb.C. 10⁴, vorläufige Madregeln hinfichtlich einer Kflegichaft oder Vormundschaft über diejelben Geb.G. 85, Vorschußpflicht derjelben Geb.G. 214²⁸.

Auslagen, Aenderung des Ansates derselben Geb.G. 196238, Fälligkeit derselben in der nichtstreitigen Rechtspflege Geb.G. 51⁵⁸, im Versahren vor den Rheinschiffahrtsgerichten Geb.G. 29²⁸.

Unslagenvorschuß bei Aften ber Berwaltung Geb.G. 191°29, im Zwangsversteigerungsverfahren Geb.G. 20°, 23°6.

Unerufer im Zwangsverfteigerungsverfahren Geb.G. 2318.

Auslage, Glaubhaftmachung berjelben burch Bersicherung an Eidesstatt Geb.G. 170167.

Ausschließung u. Ablehnung von Gerichtspersonen Ged.G. 5050. Ausschlagung der Erbschaft Ged. G. 117, der Gütergemeinschaft,

Geb.G. 225.

Ansichreibgebühren Geb.G. 1962.
Ungergerichtliche Einigung ber Beteiligten im Zwangsversteigerungsversahren Geb.G. 17°, Verteilung im Zwangsversteigerungsversahren R.A. 294.1°.

Answanderungsagenten, Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb Geb. G. 187817.

Unsziige, Gebührenbewertung Geb.G. 51⁵⁴, aus bem Grundbuche Geb.G. 148¹²⁸, aus bem Handelsregifter Geb.G. 56⁵⁸, auf Parteiantrag Geb.G. 189²²⁸.

23.

Baranelagen, Bergütung G.V.255, R.A. 318.

Barbestand ber Masse, Deckung ber Gebühren u. Auslagen aus bemselben Geb.G. 2519.

Bargebot im Zwangsversteigerungsversahren Geb. G. 19, 2112.

Badetaren Geb.G. 190²³⁴, diefelben fließen in die Gemeindetasse Geb.G. 2.

Bant, R., Gebührenfreiheit ber Angelegenheiten berselben Geb. G. 5, hinterlegungsftelle H.O. 232, Hinterlegungsgebühren H.O. 233', 237', 239', bantmäßige Krobision, Spesenvergütung H.O. 239', Zurückehaltungsrecht H.O. 242'2

Baufen, Banthäuser, Gebührenentrichtung für Lombard-Darlehen Geb.G. 2092 18.

Bantideine H.O. 233.

No.

Beamte, Ablehnung berjelben, Ueberschreitung der Amtsbefugnisse, Unterlassung der Amtsbefugnisse, Unterlassung der Amtsbandlung Geb. G. 1923³¹, Bestrasiung der Unterlassung der vorgeschriebenen Gebührenmarten Geb. G. 218²³¹, Pssichten
bibrigkeiten berselben Geb. G. 220³², R.A. 268, 344²⁹.

Beaufsichtigung gepfändeter Gegenstände G.V. 25312.

Bedeutung ber Sache für das bürgerliche Leben Geb.G. 2122.00.

Bedienstete, öffentliche, Bornahme von Bersteigerungen Geb.G. 204289, gebührensteie Bersticherung derselben Geb.G. 207281, Bestrasung derselben bei Unterlassung der vorgeschriebenen Gebührenmarken Geb.G. 218221, Psilichtwidrigkeiten derselben Geb.G. 2202281.

Bedingte Verträge Geb.G. 172¹⁷⁶. Beendigung der Vormundschaft Geb.G. 72⁸⁸, 76⁸⁷.

Beerdigung von Feldzugesolbaten, Ehrensalven für dieselben Geb G. 1932.

BeförderungstarenGebG.2, 1962. Befreiung, Bewilligung bevielben nach §§ 1312, 1303, 1313 bes &. B.B.B., von den Erjorderuisjen bes § 1744 bes B.G.B., Gebührenermäßigung bei Abweifung u. Zurüdnahme der Geiuche Geb.G. 1872.

Befugnis der Verwaltungsbehörben zur Riederschlagung von Gebühren Geb.G. 193222.

Beglaubigte Abidriften ober Mus-

züge Geb.G. 5184, von Urkunben zum Hanbelsregister Geb. G. 5688.

Beglaubigung ber Unterschriften Geb.G. 5154, 172118, 177198.

Begnadigungssachen Geb.G.193**1.
Begntachtung durch Sachverständige im Wertssestjehungsver-

fahren Geb.G. 4448.

Behörde, Anträge und Schreiben an jolche Geb.G. 192°31, R.A. 283, 328°, Berichte an jolche Geb.G. 192°31, Erjuchen einer nicht baprischen Behörde Geb. G. 216°31, Spypothefbestellung burch bieselbe Geb G. 226°38.

Beistand, gebührensreie Bestallung besselben Geb.G. 87°°, Thätigkeit bes Rechtsanwalts R.A. 317.

Beistandschaften zur Besorgung einer einzelnen Angelegenheit Geb.G. 78**, anderweitige Geb.G. 83**, keine Schreibe gebühren für Aussertigungen u. Abschriften Geb.G. 88**.

Beitreibung von Gebühren und Auslagen Geb.G. 216287.

Belastung einer Sypothet, Grundichulb ober Rentenschuld Geb.G. 141119, 166188.

Belgier, Zulaffung berfelben zum Armenrecht Geb.G. 10.

Benachrichtigung durch das Grundbuchamt Geb.G. 150¹²⁷, durch den Rechtsanwalt R.A. 282°, 328°.

Berechung der Fristen Geb.G.

13, des Wertes einer Erundbienstdarkeit, sowie des Rechts
auf wiederkehrende Nuhungen
oder Leistungen Geb.G. 176 128,
der Gebühr für Mobiliarversteigerung Geb.G. 205 222.

Berechtigte bei ber 3wangsverfteigerung R.A. 299 ff.

Bergwerl, gerichtliche Bersteigerung eines solchen Geb.G. 2728, R.A. 31222, Gebühren der Rechtsanwälte R.A. 262, 31222, Berteilungsberfahren nach Art. 134, 135, 151 bes Berggesetzes Geb G. 3024.

Berichte u. Schreiben an Behörben Geb.G. 192231, ber Notare Geb.G. 176191.

Berichtigung ber Wertsangabe Geb.G. 404°.

Berufethätigfeit bes Rechtsanwalts R.A. 260.

Berufung in Dienftstrafsachen R.A. 267.

Bescheide ber Berwaltungsbehörben Geb.G. 181198.

Bescheidung ber Revisionsprototolle Geb.G. 216286.

Bescheinigungen, gerichtliche Geb. G. 65%, über die Borlage von Privaturkunden Geb.G. 151129. Beschleunigungegesuche der Rechts-

anwälte R.A. 2828, 3288.

Beschliffe ber Berjammlungen ber Gelessignisten u. Bereine Geb.G. 171110, der Berwaltungsbehörben Geb.G. 181108, des Bormundschaftsgerichts, der zuständigen Behörde über Bestellung einer Hypothes Geb. C. 2261008, der Witglieder eines rechtsfähig gewordenen Bereins hinsichtlich der Uebertragung von Grundstüden an denselben Geb.G. 229111.

Beiduldigte Gebührenerhebung beim Borhandenjein bon mehre-

ren Geb.G. 37 35.

Beidmerden in Armenrechtsjachen Geb.G. 94, über ben Anjas bon Gebühren u. Auslagen Geb.G. 194284, in Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit Geb.G. 3989, 4646, 47, 4846, bei Berhangung von Ordnungs- u. Ungehorfamsftrafen Geb.G. 4, 9, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 267. 2828, 3288, im Wertfestiegungsverfahren Geb.G. 4646. gebührenfreies Berfahren bei Stattgebung ber Beichwerbe Geb.G. 19221, im Strasversahren im Verwaltungswege Geb.G. 3622, Gebühren im Versahren der weiteren Veschwerde Geb.G. 5152, über die Pflicht zur Entrichtung von Gebühren u. Auslagen in Verwaltungsangelegenheiten Geb. G. 194224.

Beschwerdegericht Geb.G. 4646,

Beschwerdeschrift R.A. 2828, 328°. Besithveränderungegebiihr Geb.G. 199249.

Befondere Gerichte R.A. 2601, 264.

Besorgung ber Gebührengeschäfte burch bie Gerichtsschreiber Geb.G. 216285.

Besprechungen R.A. 276°, 325°. Bestallung, gebührensreie, des Bormundes, Gegenvormundes, Beistandes oder Pssegers Geb. G. 87°2.

Bestimmung ber Inventarfrist Geb.G. 119¹⁹⁸, einer Frist zur Erstärung besWeschwerten nach §2151, 2153—2155, 2192, 2193 bes B.G.B. Geb.G. 122¹⁰⁸, ber Bergütung bes Berwahrers Geb.G. 154¹⁸⁸, ber Bergütung bes Dispacheurs Geb.G. 155¹⁸⁸.

Beteiligte bei ber Zwangsversfteigerung R.A. 29918.

Benrfindung bes Personenstands u. die Eheschließung, Gebührentarif für die Führung der Register Ged.G. 66⁷⁷.

Bevollmächtigte, Haftung für die Gebühren Geb.G. 212281.

Bewachung u. Bermahrung eines Schiffes Geb.G. 209.

Bewegliche Zugehörungen und Früchte-Bersteigerung nach der Subhastationsordnung G.V. 257.

Bewegliches Vermögen, Zuwenbung von solchem Geb.G. 163¹⁴⁸. Bemeisaufnahme im Bertsermittlungeperfahren Geb.G. 4448.

Bewirfung eines Bertaufs aus freier Sand G.V. 2484.

Bezirtsbergämter, Geb.G. 183, Geftattung ber Ginsicht ber Bücher berjelben Geb.G. 193281.

Borfenregifter, Gintragung basselbe Geb.G. 54.

Brandverficherung, gebührenfreie Behandlung ber Angelegenheiten berfelben Geb.G. 8.

Briefe, Abreffen u. Umhullungen R.A. 337.

Briefhnpothef, Geb.G. 141, 167187.

Buchhypother Geb.G. 141.

Budungefreie Grundftude, werb bes Eigentums an jolche Geb.G. 199249.

Bürgerliche Rechteftreitigfeiten. landesgesetliche Verfahren Geb.G. 14, 2928, Geb. ber Rechtsanwälte R.A. 2601.

6.

Centralitaatefaffe, Bebühren bei berielben Geb.G. 183.

Centralftellen R.A. 33814. Civilfammer bes Landgerichts, Buftanbigfeit berfelben bei Erinnerungen u. Beichwerben

Geb.G. 5050 Civillifte bes Monigs, Gebührenfreiheit berfelben Geb.G. 3.

der Oberlandesge-Civilienate richte u. bes Oberften Landesgerichts, Buftandigteit berfelben zur Entscheidung über Er-innerungen u. Beschwerben Geb.G. 5080.

Competengfouflift R.A. 270%.

Danen, Armenrechtsbewilligung an iolche Geb.G. 11. Dampfichiffe, Auslagen ber Rechtsanwälte R.A. 33412.

Dampfidiffahrtsunternehmen Geb. G. 187219

Datum, Feftftellung besfelben bei Brivaturkunde Geb.G. 151 129

Denfidrift in Competeng-Ronflittsjachen R.A. 2703.

Depositalgebiihren Geb.G. 215284. Dienstaufficht, Gebührenfreiheit Geb.G. 3, 8.

Dieustbarfeitevertrage Geb.G.

167 169 Dienstbotenbiicher Geb.G. 184205.

perjonliche, Er-Dienstleistung fegung der Zustimmung Geb.G. 86.

Dienftreifen, Berechnung BrotofollegebührGeb.G. 183202. Diplome, Roften für Ausfertigung berjelben Geb.G. 191227, 197244.

Dienftftrafverfahren gegen Udvotaten, gegen Beamte, richterliche u. nicht richterliche, gegen Berichtsvollzieher, gegen Dotare, gegen Stanbesbeamte in der Bfalg Geb.G. 5, 2672, 268, 34425.

Disciplin, Gebührenfreiheit in Ungelegenheiten berfelben Geb. G. 3. 5. 8.

Disciplinarfacen, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 2672, 34420.

Dispache, Berhandlung über biejelbe Geb.G. 155187.

Dispacheur, Beftallung besfelben Geb.G. 155186.

Diftrifteverwaltungebehörde, Berhandlungen u. Enticheidungen berfelben Geb.G. 181199, R.A. 33814.

Doftoren, Diplome berfelben Geb. G. 186213.

Duplifate von Arbeitsbüchern, Dienstbotenbüchern u. Jagb-farten Geb.G. 184206, von Militarpapieren Geb.G. 189222. G.

Che, Ersehung der elterlichen Einwilligung Geb.G. 84°, Befreiung von dem Verbote derselben Geb.G. 188°2°.

Ehrgatte, Rechtsgeschäfte bes überlebenden Geb.G. 84°, Erbvertrag zwischen den gelichen mit Chevertrag in gleicher Urkunde verbunden Geb.G. 169¹es, Errichtung zweier gesonderter Testamente an einem u. demjesben Tage Geb.G. 169¹es, Gebührensreiheit derjelben bei Besitveränderung Geb.G. 200°es.

Chegewinn, Bermittelung der Ausgleichung Ged. G. 93, 224 605. Echehaftsverhältnisse Ged G. 302 6. Ehemann, Unterlagung der Füherung seines Namens durch die

geichiebene Frau Geb. (f. 18822), Aufhebung der Gütergemeinichaft, wenn derfelbe in Konkurs geraten ift Geb. (f. 223⁸⁰¹).

Cheliche Gutergemeinschaft, fiebe Gütergemeinschaft.

Ehelichkeitserklärung, Einwilligung der Mutter Geb.G. 84° 1, Antrag des Baters Geb.G. 170, Gebühren für die Entscheidung für dieselbe Geb.G. 1882° 10.

Chemiindigkeit, Befreiung von dem gesetlichen Alter Geb.G. 188220.

Chejachen, Bertsgegenstand R.A. 29218.

Cheverträge Geb.G. 5, 163148. Ehrenfalven, Erteilung der Er-

Ehrenfalven, Erteilung der Erlaubnis zur Abgabe von solchen Geb.G. 1932*1.

Eidekstatt, Abnahme von Bersicherungen Geb.G. 170167.

Eigentümer, Antrag besselben auf Eintragung einer Sicherungshypothef Geb.G. 145 129, Benachrichtigung burch bas Grundbuchamt Geb.G. 150 127, Bestellung eines Vertreters für benselben Geb.G. 152¹⁸¹, Einstragung einer Grundschuld für ihn Geb.G. 166¹⁵⁴.

Eigentum, rechtsgeschäftlicher Erwerb desselben an Erundstüden Geb.G. 138, Uebertragung desselben Geb.G. 162¹⁴⁴, 173¹⁴⁴, Erwerb desselben auf nicht rechtsgeschäftlichem Wege Geb. G. 199²⁴⁹, an buchungsfreien Erundsfüden Geb.G. 199²⁴.

Eingehung der Che, Ersehung der elterlichen Einwilligung zu derselben Geb.G. 8491.

Eingetragenes Recht, Belaftung einer Forderung, für welche basselbe als Pfand haftet Geb. G. 167¹⁵⁵.

Einigung, gütliche, im Zwangsenteignungsversahren Geb.G. 3125, außergerichtliche im Zwangs - Bersteigerungsverfahren Geb.G. 17.

Einfünfte bes Bormunbschaftsvermögens Geb.G. 7384, bei ber Zwangsverwaltung Geb.G. 2111, R.A. 30519.

Einlegung der Beschwerde Geb.G.

Einlegung eines Rechtsmittels R.A. 269.

Einleitung bes Verteilungsverfahrens Geb.G. 163, R.A. 294¹¹ ff., eines Prozesses, einer Ivangsvollstrectung R.A. 2764, einer Vormundschaft, Pstegichaft oder Beistandschaft Geb. G. 7889.

Einrechnung ber Reisezeit G.V. 250.

Einregistrierungegebühren Geb

Einschreibungen in die Fibeitommismatrikel Geb.G. (63%; Ginsicht von Alten R.A. 276°, des Handelsregisters Geb.G. 53°, des Schiffregisters Geb.G. 63°s, des Bereinsregisters Geb.G. 64°2, des Güterrechtsregisters Geb.G. 64°2, des Güterrechtsregisters Geb.G. 66°s, der beim Rach-

laßgericht niebergelegten Anzeigen, Erflärungen, Inventare u. Testamente Geb.G. 130114, gerichtliche Aften Geb.G. 182199.

Einstellung bes Zwangsversteigerungsversahrens Geb.G. 17. Einstweilige Gebührenbefreiung

Geb.G. 94.

Eintragung in das Handels-Bereins- u. andere gerichtliche Register, siehe dort, eine Sicherungshupothek R.A. 317°7, 321.

Einverleibung von Bermögen in ein Fibeitommiß Geb.G. 6779.

Einvernahme ber Regierungsfinanzkammer bei Beichwerben gegen ben Gebührenansaß Geb. G. 48.

Einweisung in ben Besit bes Bermögens eines Abwesenben

Geb.G. 224308.

Einwilligung, elterliche, Erfehung au berfelben zur Eingehung ber Ehe, ber Mutter zur Ehelichfeitserklärung Geb.G. 84°1. Einzelgebühren R.A. 276° ff., 295.

Einzelfausmann, Eintragung u. Löschung im Handelsregister Geb. G. 53.5.

Einziehung bes Erbscheins, fiehe

oort.

Gifenbahn, Auslagen der Rechtsanwälte R.A. 33412.

Eisenbahnbansettion Geb.G. 183. Eisenbahnbetriebedirettion Geb. G. 183.

G. 183. Gifenbahn = Privatunternehmen Geb.G. 187219.

Elterliche Einwilligung, Ersehung berselben zur Eingehung ber She Geb.G. 8491.

Elterliche Gewalt, Anordnung der ersorderlichen Nahregeln durch das Bormundschaftsgericht, Feststellung der Beendigung oder Ruhens derselben Ged. C. 81, Fürsorge für ein unter derselben stegendes Kind Ged. G. 78%, Nebertragung an die Mutter Ged. G. 84°1. Empfangnahme der Wechselsumme G.V. 2529.

Empfänger ber Lombarburkunde, Gebührenpflicht berselben Geb. G. 20937*.

Entfernung vom Wohnort R.A. 33412.

Entgegennahme von Anmelbungen, Anzeigen und Extlarungen seitens ves Vallagerichts Ged. G. 116 ve, des Inventars Ged. G. 119 ve, der Auflassung durch das Erundbuchant Ged. G. 138 ve, des von dem Eingewiesenen einzureichenden Inventars Ged. G. 224 ve, von Zustellungen den Rechtsanwalt R.A. 293 ve, 232 v.

Entlaffung aus dem Staatsverband Geb.G. 185110, des Testamentsvollstreders Geb.G. 123.

Entmündigte, Beftellung eines Bormundes für bieselben Geb. G. 7786.

Entrichtung von Gebühren und Auslagen, Streitfragen über die Pflicht zu berselben Geb.G. 19424.

Entschädigung für Uebernachten R.A. 33412.

Entsicgelung, Vornahme burch den Gerichtsichreiber Geb.G. 152¹³⁰, durch den Gerichtsvollzieher G.V. 247².

Entwerfen einer Urtunde R.A.

28912, 3317.

Entziehung ber Rechtsfähigkeit Geb.G. 6471.

Erbhaurecht, Bestellung u. Uebertragung Geb.G. 138118, Gintragung besselben Geb.G. 134.

Erbe, Antrag besjelben auf Zwangsversteigerung Geb.G.
27°2,Erteilung desErbicheins an benselben Geb.G. 94°9, Ermittelung besjelben Geb.G. 1081°9, Hang besjelben für die Zahlung ber Gebühren Geb.G.
1311'15, Beräußerung von Nach-

and the street of the

File allines and the -

laggegenständen burch benfelben Geb.G. 255306.

Erbsolge, Bestätigung oder Zeugnisse über bieselbe Geb.G. 96, 107.

Erbgiter, landwirtschaftliche, Gebührenfreiheit der Berhandlungen Geb.G. 6.

Erbrecht des Fistus, Feststellung besielben Geb.G. 108100.

Erbichaft, Ausschlagung berselben Geb.G. 117, Gebühren für Erwerb von jolchen Geb.G. 19926.

Erbichaftesteuergejet, Anwendbarteit der Borichrift desjelben bei der Wertsberechnung

Geb.G. 200251.

Erhidein, Erteilung besselben Geb G. 94.18, Gebühr für benselben Geb.G. 97, 98, Anrechnung ber Gebühr Geb.G. 95.28, Kalligkeit ber Gebühr Geb.G. 105.28, Kalligkeit ber Gebühr Geb.G. 105.21.29, über mehrere Erhfälle Geb.G. 94.18, hörtung des Antragitellers für die Gebühren Geb.G. 131.11, Einziehung und Kraftlosertlärung desfelben Geb.G. 101.18, für einen Vorerben Geb.G. 95.18.

Erbrettrag, Anjechtung besjelben Geb.G. 117, Aussebung und Zurüchnahme eines jolchen Geb.G. 81, 169164, Eröffnungsgebühr Geb.G. 124¹¹¹, Gebührenanrechnung Geb.G. 124¹¹¹, von Willtärperjonen im Falle der Mobilmachung Geb.G. 129¹¹¹, 177¹⁹¹, Verfündung durch den Motar Geb.G. 170¹⁰⁶

Erbverzicht, Aufhebungsvertrag Geb.G. 81, 169163, Genehmigung burch bas Vormundichaftsgericht Geb.G. 81.

Erhebung, Borichriften über diejelbe von Gebühren u. Auslagen Geb.G. 215285, 216286. Erhöhung der Gebühr bei weiterer Beschwerde Ged.G. 51°2, bei gerichtlichen Zeugnissen Ged.G. 52°4, des Grunds u. Attientapitals Ged.G. 57°0, in Nachlaßs u. Teilungssachen Ged.G. 89°4, der Rechtsanwaltsgebühren R.A. 276°4, 289¹2. 333¹¹.

Erinnerungen gegen den Anfat von Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Geb.G. 4544, gegen die Festegung der Rechtsanwaltegebühr R.A. 34214.

Erflärungen, siehe Anträge bei Behörden durch Rechtsanwälte, Entgegennahme von solchen seitens des Rachlaßgerichts Ged. G. 116 104, des Eigentümers hinsichtlich der Eintragung einer Grundschuld für ihn in das Grundbuch Ged. G. 166 154.

Erlaubnis zur Uebernahme von Bormundichaften durch Beamte u. Bedienstete Geb.G. 8.

Erledigung des Auftrags R.A. 29013, 29316, 3329.

Erlös im Zwangsversteigerungsverfahren Geb.G. 199.

Ermächtigung zum selbständigen Betriebe eines Erwerbgeichaftes Geb.G. 81.

Ermittelungen nach § 78 bes Gejepes über die Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarkeit Geb.G. 130¹¹⁴, im Verfahren bei Erteilung bes Erbicheins Geb.G. 95, des Erben Geb.G. 108¹⁰⁸, nach der Subhaftationsordnung G.V. 256.

Ersamäßigfeit der Gebühren der Rechtsanwälte für Rahnu. Kündigungsschreiben R.A. 285.

Ersteher, Eintragung besselben im Grundbuch Geb.G. 2620, Rostenhaftung besselben Geb. G. 2619.

Ersuchen, nicht bayrischer Behörben Geb.G. 213282. Erteilung eines Rates R.A. 2807.

 327^{2} .

Erwerb rechtsgeschäftlicher, bes Eigentums Geb.G. 138. Erziehungsbeiträge Geb.G. 193281.

9

Fälligfeit ber Gebühren u. Auslagen Geb.G. 2518, 3736, 5153, 7283, 7585.

Fahrgeld der Rechtsanwälte R.A.

33412.

Fahrrad R.A. 33512.

Familiensideitommisse, Gebühren sür Bestätigung u. Aussohing Geb.G. 6778, 6779, 6789, 6881, 6981, 6983, Urtunden über diejesben Ged.G. 164149, Succession in dieselben, jowie Bertsberechnung hiede Ged.G. 200251, Fälligseit der Hierung gegebühren in denjelben H.O. 24111, Bwangsbollstredung in denjelben R.A. 262.

Familiennamen, Genehmigung ber Aenderung Geb. 187220, Unterfagung desfelben an die geichiedem Frau Geb.G. 189221, Erteilung desfelben an das uneheliche Kind Geb.G. 189221, Wieder-Annahme desfelben burch die geichiedem Frau

Geb.G. 188221.

Familienstandezengnisse Geb.G. 185206, Legalijation berjelben Geb.G. 193231.

Familienstatut Geb.G. 29.

Feldzugssoldaten, Ehrensalven bei beren Beerdigung Geb.G. 193231.

Festsung des Wertes in Angelegenseiten der freiwilligen Geb.G. 4443, der einem Beteiligten zu erstattendenkoften Geb.G. 158140, 170165, der Ordnungsstrafe Geb.G. 159142.

Feststellung des Datums einer Privaturtunde Ged.G. 151129, des Erbrechts des Histo-Ged.G. 108100, des Justandes oder des Wertes einer Sache durch Sachverständige Ged.G. 150138.

FenerversicherungeverträgeGeb.G. 206265.

Fibeitommißgericht Geb.G. 6881. Fibeitommißmatrifel Geb.G. 6981. Filialen der R. Bant, Sicherung von Forberungen berselben Geb.G. 145120.

Finanzbehörden, beren Aufficht bei Erhebung u. Ablieferung von Gebühren, Auslagen u. s. w. Geb.G. 216285.

Finanzverwaltung, Gebühren auf bem Gebiete berselben Geb.G. 181198.

Firma, siehe Handelsregister. Fissus, Feststellung des Erbrechts desselben Geb.G. 108103. Flurbereinigung, Gebührenfreiheit derjelben Geb.G. 63.

Forderungen im Iwangsversteigerungsversahren Geb.G. 179, im Iwangsverwaltungsversahren Geb.G. 2011, in das Reichsschuldbuch ober Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragene Geb.G. 10669, des Staates oder staatlicher Anstaten Geb.G. 145120, Uebertragung oder Belastung, sür die ein eingetragenes Necht als Pjand haftet Geb.G. 166155, der Gemeinden Geb.G. 227308.

formitare, papiere, gerstellungskoften derselben Geb.G. 191227. Forstfrevel, Gebührenerhebung, Geb.G. 3328.

Forstpolizeinbertretungen, Geb.G.

Forstrigesachen, Berechnung ber Gebühr nach ber Gelbstrase Geb.G. 3530, Berechnung ber Gebühr bei gemeinschaftlicher Berübung Geb.G. 3429, Gebührenberechnung hei 21hurteilungen in perichiebenen Sigungen Geb.G. 3328. Bebührenermäßigung Geb. G. 3631, Bebührenerhebung bei mehreren Angeflagten Geb.G.3429, Gebührenhaftung mebrerer Berionen Geb.G. 3429. bührenmindestbetrag Geb.G. 3530, Gebühren im orbentlichen Beriahren Geb.G. 3327. 3531. Gebühren ber Rechtsanmalte R.A. 266. Gehühr bei ber Strafe bes Rieberreißens eines Gebaubes Geb.G. 3530, bei Strafbefehlen Geb.G. 3531

Forststraffachen, Gebührenabrunbung Geb G. 3.

Forstwirtschaftliche Produtte Geb. G. 203258.

Fortgesett Gütergemeinschaft, Ablichnung berjesben Geb.G. 117, Ansechtung der Annahme ober Absehung Geb.G. 117, Aussehung berjesben durch den übersebendenschegatten Geb.G. 117, Zeugnis über dieselbe Geb.G. 103³⁸.

Franzosen, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11. Freivlätz, Berleihung Geb.G.

19331. Freiwillige Gerichtsbarkeit, Armenrechtsbewilligung Geb.G. 9, Gebühren für Angelegenheiten berfelben Geb.G. 3739, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 2734.

Fristen, Berechnung berselben Geb.G. 136, Bestimmung berselben Geb.G. 192231, zur Anmelbung von Erundbienstbarteiten Geb.G. 228310.

Führungsatteste Geb.G. 185207. Fürsorge für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind Geb.G. 7889.

Fuhrtoften ber Rechtsanwalte RA. 33412.

Fundgegenstände, Bersteigerung von solchen Geb.G. 203.

66.

Gebäude, Riederreißen eines solchen auf Grund des Forststrafgesepes in der Psalz Geb. G. 3530.

Gebrechliche Personen, Pflegschaft über bieselben Geb.G. 8390.

Gebühren. Charafter berielben als öffentliche Abgaben Geb.G. Abrundung berielben Geb.G. 3, Anrechnung berfelben im Zwangsvollftred= unasperfahren Geb G. 168, 2111. Erinnerungen gegen ben Unian berielben Geb.G. 4544. in Angelegenheiten ber freiwilligen Berichtsbarteit Geb.G. 3739, im Beichwerbeverfahren Geb.G. 3633, 84, in Forftrugejachen Geb.(4. 3327, in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten Geb. G. 2833, Mindeftbetrag berfelben Geb.G. 3, Nieberichlagung Geb. G. 3739, in Angelegenbeiten ber Rechtspflege R.A. 258, Spielraum für ben Inian berielben Geb.G. 212280. für Straffachen im Bermaltungemege Geb.G. 3632, Stunbung unterbricht bie Beriahrung Geb.G. 2, Berjährung berfelben Geb.G. 2, in Angelegenheiten ber Berwaltung und Bermaltungerechtepflege Geb.G. 181, R.A. 323, im 3mangsenteignungsverfahren Geb.G. 2924, im 3wangsverfteigerungsverfahren Geb.G. 169, im Zwangsverwaltungsperfahren Geb.G. 2011.

Gebührenägnivalent Geb. G. 201254.

201-

Gebührenansak, Nenderungen desselben Geb.G. 195234, bei Notariaten Geb.G. 4647.

Gebührenerhebung bei Beteiligung mehrerer Personen Geb.G.

184²⁰⁴, durch die Gerichtsschreiber Geb.G. 215²⁸⁵, durch die Notare Geb.G. 217²⁸⁸.

Gebührenfälligfeit Geb.G. 209, 3736.

Gebührenfreiheit von Amtshandlungen Geb.G. 3, der Eivisifie Geb.G. 3, in Gegenständen der Dienstaussingten und Dieziphin Geb.G. 3, Gewährung derselben in der Verwaltung und Verwaltungsrechtspsseg Geb.G. 194232, der Reichs- u. Staatstass Geb.G. 3, im Versahren vor dem Staatsgerichtshof, im standsrechtshof, im standsrechtshof, im standsrechtshof, im standsrechtssof, im sterschießof, im standsrechtsiden Versahren, vor den Rheinschissischen Geb.G.3226, bei Verbängung vondrdungs- u.lingehorsamsstrasenGeb.G.4.

Gebilhrengefet, altes, Amwenbung ber Beftimmungen besselben bei Erinnerungen und Beschwerben Geb.G. 230314, neues, Zeitpunkt ber Anwendung besselben Geb.G. 231315.

Gebührenhinterziehung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Geb.G. 4142, sonstige Geb.G. 205264.

Gebührenmarken, Berwendung von solchen Geb.G. 218290.

Gebührenregister, Führung und Revision berselben, Geb.G. 216286.

Gebihrenvorschuß Geb.G. 209, 2316, 214263.

Gefährdung bes geistigen ober leiblichen Wohls bes Kinbes Geb.G. 86.

Gegenvormund Geb.G. 8792.

Gegenvorstellung bei Streitfragen über die Pflicht zur Entrichtung von Gebühren und Auslagen Geb.G 195284.

Geheimes Sausarchiv, Staatsarchiv, Geb. . . 183.

Geider, Gebühren für Hinterlegung derjelben Geb.G. 215284, H.O. 2332. Gemeinden, örtliche Gefälle berfelben Geb.G. 2.

Gemeindeafte Geb.G. 191226. Gemeinnütige Bereine, deren Gin-

tragung ins Bereinsregister Geb.G. 6369.

Gemeinsame Bestimmungen bes Gebührengesetes Geb. G. 210279.

Gemeinschaft, Aufhebung berfelben R.A. 32028.

Gemeinschaftliche Testamente Geb. G. 126.

Gemeinschaftlich begangene Forst= frevel Geb.G. 3429.

General = Bergwerks- u. Salinen= Administration Geb.G. 183.

Generaldirektion ber kgl. baher. Staatseisenbahnen, ber Posten und Telegraphen, ber Zolle und indirekten Steuern Geb G. 183.

Generalftaatsanwalt Geb.G. 182200.

Generalversammlungsbeschlüsse Geb.G. 158.

Genoffenschaften, Auflösung einer solchen Geb.G. 158, gebühren-freie Verhandlungen Geb.G. 6.

Genoffenschaftsgeset, Erlebigung der den Gerichten zugewiesenen Angelegenheiten Geb.G. 157139.

Genoffenschafteregister Geb.G. 54,

Gerichtliche Entscheidungen, Einstragungen auf Grund berselben im Grundbuch Geb.G. 145.

Gerichtsbarkeit, freiwillige, Armenrechtsbewilligung Geb G. 94, Gebühren in berselben Geb.G. 3739.

Gerichtstoften Geb.G. 1, 2.

Gerichtspersonen, Ausschließung unbAblehnung berselbenGeb.G. 5050.

Gerichtsschreiber, Gebühren berselben Geb.G. 125, Aufnahme von Bermögensverzeichnissen Geb.G. 88, Nachlahverzeichnissen Geb.G. 12010s, Dienstitrasjachen R.A. 268, Verrichtung als Urfundsperson Geb.G. 152130, Bornahme von Siegelungen u. Entsiegelungen Geb. G. 152130, Besorgung der Gebührengeschäfte Ged.G. 216.

Gerichtevollzieher, Amtshandlungen berielben Geb.G. 177193. Angebote berfelben nach §§ 293, 294 b. B. G.B., § 756 b. 3. B.D. G.V. 2507, Aufnahme eines Bechielproteftes, einer Interventionsertlarung G.V. 2518, Beauffichtigung unb Bermahrung in 3mangeboll-ftreckungsjachen G.V. 26312, Beglaubigung ber Abichrift eines zuzuftellenben Schriftftücte Geb.G.177193, Benachrichtigung, Zuftellung berjelben Geb.G. 178, Dienftstraffachen R.A. 268, Empfangnahme der Bechselsumme G.V. 2529, Gebührenborichriften berielben G.V. 246 1, 2, Anwendung der Borichriften ber Reichsgebuhrenordnung in landesgesetlich geregelten Berfahren G.V. 25413. Gebührenvorichuß Geb. G. 179194, Roftenhaftung meh. rerer Antragfteller Geb.G. 179194, Ründigungen u. Dahnungen burch dieselben Geb.G. 178, G.V. 25310, 25514, Brotestaufnahme. Burüdnahme Muftrags G.V. 2518. Des öffentliche Berfteigerung Geb. G. 180197, G.V. 2484, Sub-hastationsversahren, Thätigtigteit in bemielben G.V. 25516, 256, Uebergabe von Grundstücken an ben Bermalter G.V. 2495. Berhaftung und Borführung von Berionen G.V. 2506, Berfahren bei Erinnerungen gegen ben Roften= ansat Geb.G. 179, G.V. 25515, Mobiliarverfteigerungen Geb.G. 180197, Berrichtungen berielben als Urfundsperion Geb.G. 180196, GV. 2473, Bor,

nahme von Siegelungen und Entstiegelungen Geb. G. 180196, 3ahlungs- und Vollftreckungsbeschie, sowie Terminsseitsetwirtung der Wittung der G.V. 25311, 3ahlungspslicht des Antragstellers (4eb. G. 179194, 3wangsmaßregeln in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarteit G.V. 250 6.

Gejantgeschiechter Geb.G. 201254. Gejantgut, Vermittelung bervinseinanbersehung Geb.G. 9295, R.A. 31424, Teilungsbertrag Geb.G. 163146, Veräußerung bon Gegenständen burch die Frau Geb.G. 225306.

Gefamtgutsverwaltung Geb.G. 114103.

Gesamthppothet, Erteilung eines neuen Briefs Geb.G. 146122.

Gefamtichuldner in Forstrügejachen Geb.G. 3429, für Gerichtsvollzieheratte Geb.G. 179194, in Nachlaßlachen Geb.G. 131115, im Zwangsversteigerungsversahren Geb.G. 2316. Gefamtstraft in Kortrügelachen

Geb.G. 3328. Gesandtschaften Geb.G. 113.

Gelandtschaften Geb.G. 113, 185208.

Gejchäft, Angabe ber Dauer im Protokolle Geb.G. 183202, Erledigung besielben vor ber vollständigen Ausführung R.A. 29013, 332 8.

Geschäftsbetrieb eines Auswanberungsagenten Geb.G. 187217, Ausbehnung besjelben bei Bersicherungsgesellschaften Geb.G. 187219.

Geschwister, Berträge zwischen benselben Geb.G. 162146.

Gesellschaft mit beschräufter Haftung, Beschlüsse der Versammlungen der Gesellschaften Geb. G. 171170, Eintragung ins Handelsregister Geb.G. 5353, Erledigung der ben Gerichten zugewiesenen Angelegenheiten Geb.G. 157139, Gebührenäquibalent Geb.G. 201234, Gebühren aus dem Stammkapital Geb. G. 5880

Gesellschaftsvertrag, Beurkundung besielben Geb G. 164150.

Gefehliche Erben Geb.G. 90 ff. Gefuche zur Annahme um vorläufige Berwahrung Geb.G. 8, H.O. 239 6.

Gewährung von Gebühreufreiheit bei Untenntnis oder Unwissenheit hinsichtlich der Sachbehandlung Geb.G. 194282.

Gewerbebetriebsanzeigen, Bescheinigung über bieselben Geb.G. 193231.

Gewerbegerichte, Gebührenfreiheit der Rechtshilfe Geb. G. 63. Gewerbelegitimationsfarten Geb. G. 185209.

Gewerbelegitimationefcheine Geb. G. 185209.

Gewerblicher Berkehr, Berhandlungen von Behörden mit Privaten Geb.G. 193²³¹.

Gläubiger, Borfchußgachlung im Zwangsversteigerungsversahren Geb.(3. 2518, beijen Bertretung durch ben Nechtsanwalt R.A. 29417, 31020.

Gläubigcrausschuß R.A. 2734.
Grundbuch, Gebührenfreiheit bes
Berfahrens bei der Anlegung
Geb. G.63, rentamtliches, Auszug aus bemselben Geb. G.
18922, Zurücknahme eines
Antrages auf Eintragung Geb.
G. 149123, Zurückweijung ungerechtfertigter Anträge Geb.
G. 149124.

Grundbuchamt, Entgegennahme ber Auflassung Geb.G. 137, Exteilung von Abschriften und Abschriften von Urfunden Geb.G. 148123, Erteilung des Hypothefendriefs Geb.G. 146122, Thätigkeit desselben im Zwangsversteigerungsversah-

ren Geb.G. 2620, Unterjagung ber Eintragung durch dasjelbe vor Entrichtung oder Hinterlegung der Gebühren Geb.G. 217284.

Grundbuchangelegenheiten, Intrafttreten der neuen Gebührenjäne Geb.G. 230313.

Grundbuchordnung, Bescheinigung nach §§ 37, 38 berselben burch, die Antoriate Geb.G. 170165.

Grundbudiaden . Geb.G. Anrechnung ber Gebühren bei Reubestellung von Sypotheten Geb.G. 145, Benachrichtigung gebührenfreie bes Antragftellere, bes Gigentumere unb fonftiger Bersonen, sowie Beftattung ber Ginficht Geb.G. 150127, Berichtigung bes Bermerte hinfichtlich ber Menderung ober Aufhebung von Rechten Geb.G. 134. tragungen, gebührenfreie, Geb. G. 136, Eintragungen unb Löschungen Geb.G. 133116, 134, nad Sicherungshupotheten Geb.G. 144, bes Biberipruchs binfichtlich ber Loichung eines Rechtes Geb.G. 134, bon Supothefen für mehrere Berfteigerungserlofe Geb.G. 137, Bebührenfreie Sandlungen Geb. G. 135. Gebühren beim Nichtporliegen einer bagerischen Notariatsurfunde Geb. G. 143, gleichzeitige Eintragungen auf verschiebene Grundbuchblätter eines und besfelben Eigentümers Geb.G. 136117. Entgegennahme ber Auflassuna Geb.G. 137, Roftenichulbner 135. Burudweifung Geb.G. eines Antrages auf Eintragung Geb.G. 135, Ertlarung über Erteilung ober Biberrufung einer Bollmacht Geb.G. 150126. Grunddienstbarfeiten, Gintragung

Grunddienstbarkeiten, Eintragung berselben Geb.G. 228310, gebührenfreie Eintragung Geb.G. 6, Wert berfelben Geb.G. 176187.

Grundentlastung, Gebührenfreiheit der Schuldbetenntniffe und der Einträge ins Hypothetenbuch Geb.G. 6.

Grundschuld, Bestellung Geb.G. 166154, Beurkundung der Uebertragung oder Belastung Geb.-

G. 166154,155.

Grundschuldbrief Geb.G. 147¹²², Zurücknahme bes Antrags auf Erteilung Geb.G. 149¹²⁵.

Grundsteuerfataster, Umschreibung in bemfelben Geb.G.

218289

Grundstüde, Tauich, landwirtjchaftlicher, Geb.G. 165151, gebührenfreis Berighren Geb.G. 177192, Bertfeigerung v. solchen Geb.G. 165162, Berträge Geb. G. 168161, Wertsermittelung nach Art. 87 ober Art. 103 bes Ausf.-Gef. 3. B.G.B. Geb. G. 167158.

Gütergemeinschaft, Annahme ober Absehnung berselben Geb.G. 117, ehesithe ober sortgesette Geb.G. 93%, 117, Außeinandersetung Geb.G. 9203, Zeugnis über dieselbe Geb.G. 10308, Gebühren der Rechtsanwälte bei Bermittelung der Außeinandersetung R.A. 31424.

Güterrechtsregister, Geb.G. 6674, Eintragungen Geb.G. 6573, gebührenfreieEintragung eines Ehevertrags Geb.G. 7, Bescheinigungen und beglaubigte Abschriften Geb.G. 6674, Einsicht, Wichtungen Geb.G. 6678, Jurüdweisung einer Unmelbung Geb. 6675, eines Widerspruchs Geb.G. 6676

Güterstand, vertragsmäßiger, Geb.G. 200250.

Gütertrennungeversahren Geb.G. 223301

Untachten, Entscheidung über Abgabe eines folchen Geb. G.

192231, eines Rechtsanwalts R.A. 281, 3294.

Gutachtliche Neußerung bes Staatsanwalts bei weiterer Beschwerbe Geb.G. 4949.

6.

Salbbürtige Geschwister, Bertrage zwischen benfelben Geb.G. 162146.

Sandaften, Bermerke bes Rechtsanwalts zu benfelben R.A. 29316

Sandelsgesellschaft, Sintragungen im Sandelsregister Geb.G. 5355.

Sandelegesethuch, Erledigung ber den Gerichten zugewiesenen Angelegenheiten Geb.G. 157139.

Sandeleregifter Geb.G. 5355, qebührenfreie Eintragungen Geb. G. 5961, Gebühren für mehrere Eintragungen Geb.G. 5657. für Erteilung bon Abichriften, Auszügen und Beicheinigungen Geb.G. 5658, für Befellichafte. verträge Geb. G.5760, gebührenfreies Loichungsverfahren Geb. G 5961, Geb. aus bem Stammtapital einer Gefellichaft mit beichrantter Saftpflicht Geb. G. 5860, aus ben Bermogenseinlagen bei Rommanditgeiellichaften Geb.G. 5860, Eintragung ber Berlegung bes Giges ober Errichtung einer 3meigniederlaffung Geb.G. 5860, Burudnahme and Burudweifung pon Anmelbungen Geb.G. 5759.

Sauptverhandlung R.A. 2672, 34420.

Sauptzollämter Geb.G. 135, 183. Sausarchiv, geheimes, Geb.G. 183. Savereijchaden Geb.G. 155187.

hebammenschulen, Zeugnisse zur Aufnahme Geb.G. 193281.

heit ber Berhandlungen und

amtlichen Verrichtungen Geb. G. 7.

Beimateort bes Schiffes, legung besielben Geb.G. 6164. Beimatrecht, Urfunden über basielbe Geb.G. 185209.

Seimatideine Geb.G. 185207. Silfetaffen eingeschriebene, Bebührenfreiheit ber Beugniffe

Geb.G. 7.

Sinterlegungeerflarungen, Bebührenfreiheit ber Aufnahme von

solchen HO. 2407.

Sinterlegungegebühren Geb.G. 215²⁸⁴, H.O. 233² 237 3, Aufrundung H.O. 2409, Fälligfeit berfelben H.O. 24111, Schuldner derfelben 24110, Enticheidung von Streitfragen über die Gebührenpflicht H.O. 24213.

hinterlegung von Gelb, Bertpapieren uub Roftbarteiten

H.O. 2321.

Sinterlegungewejen, gebührenfreie Berhandlungen Geb.G. 8, H.O. 2407.

Sintergiebung ber Gebühren Geb.G. 4142.

Supothetheitellung Geb.G. 166154. nach Art. 6 bes Liegenichafts-Bialz und rechts in ber Art. 120 b. Gei. lebergangs-Borichr. 3. B.G.B. Geb.G. 226308, auf Grund lettwilliger Berfügung ober gesetlichen Titels Geb.G. 227.

Supothefen, beren Gintragungen und Löschungen Geb.G. 136117. 140119, Erteilung einer Boll-

ftredungeflaufel Geb.G. 299222. Gebührenanrechnung bei Ruckzahlung von Sypotheten und Reubestellung Geb.G. 145121.

Sppothetenbewahrer, Unftellungsgebühr Geb.G.195236, Gebühren berfelben Geb.G. 125.

hppothefenbrief, Erteilung bes-felben Geb.G. 146122, Bermerte auf bemfelben Geb.G.

6266, 147. Rurudnahme eines Antrages auf Erteilung Geb.G. 149125

Spootbefenreinigungeverfahren Geb.G. 227309, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 31924.

Sppothenurfunden, Unwendung ber bisherigen Borichriften auf dieselben Geb.G. 222299.

3.

Jagdfarten, Duplitate berfelben Geb.G. 184206, Gebühren für dieselben Geb.G. 186215.

Jagdwaffenscheine Geb.G. 186215. 3mmobiliarverträgeGeb.G.162146 zwijchen Bermanbten Stiefpermandten Geb. G. 163146.

Auformationeachübr in Angelegenheiten ber Rechtspflege R.A. 2766, ber Verwaltung und Bermaltungsrechtspflege R.A. 325 1.

Inhaberhupothel Geb.G. 141.

Inhaberpapiere, Ausgabe berfelben Geb.G. 187219, H.O.

Inhaftnahme bon Berfonen G.V. 250 6.

Junere Bermaltung, Gebühren in berielben Geb.G. 181198.

Innungeangelegenheiten Geb.G. 192231.

Intereffe, öffentliches, Bornahme von Amtshandlungen in demfelben Geb.G. 33.

Invalidenrente, Gebührenfreiheit bes zu bem Bezuge berfelben beichränkten Erbicheins Geb.G.

Invaliditäte - Berficherungsangelegenheiten, Gebührenfreiheit berielben Geb.G. 7.

Interventioneerflarung, Auf= nahme durch den Gerichtspollzieher G.V. 2518.

Inventar, Aufnahme burch ben Gerichtsichreiber Geb. G. 120106. durch den Notar Geb.G.119105, 168162, Entgegennahme besfelben Geb.G. 119105, 224308, Geftattung der Einsicht Geb.G. 130114, Gebührenentrahme aus der Nachlaßmasse Geb.G 131115. Inventarfrist, Bestimmung ober

Berlängerung derfelben Geb.G.

3taliener, Armenrechtsbewillis gung an jolche Geb.G. 11.

Juriftische Person, Entrichtung eines Gebührenäquivalents Geb.G. 201254.

Justizverwaltung, Gebühren in berselben Geb.G. 181.

St.

Rämmerer, Gebühr für die Ernennung Geb.G. 196237. Kammerjunter, Ernennungsge-

bühr Geb.G. 196237.

Katasteranszüge Geb.G. 189222. Katasterburean Geb G. 183.

Kaufmännischer Berfehr, Berhandlungen öffentlicher Behörden in demselben Geb.G. 193231.

Kantion berhappothetenbewahrer, gebührenfreie Bestellung Geb. G. 177191.

Rind, Fürsorge für ein unter elterlicher Gewalt ftehendes Geb.G. 7889, Enticheibung über den Unterhalt desielben Geb.G. 8491, Vereinbarung über ben Unterhalt eines unehelichen Stindes Geb.G. 8792, 171168, Chelichkeitsertlarung besfelben Geb.G. 171170. Namenserteis dasielbe Geb.G. lung an 189221, vereintindichaftetes. gleiche Gebührenpflicht das eheliche Geb.G. 79, 211279.

Kindesstatt, Annahme an beriesben Geb.G. 151128, Bertrag über Annahme ober Aufhebung Geb.G. 171170, Berwandtichgifäverhältnis Geb.G. 211279.

Rönigliche Civillifte Geb.G. 33. Rommanditgefellichaften auf 21=

tien, Eintragung und Löschung im Handelsregister Geb.G. 5355, Generalversammlungsbeschlüsse Geb.G. 171170, Berträge über Gründung, sowie Erhöhung des Lapitals Geb.G. 164150.

Rommanditisten, Gebühren aus den Vermögenseinlagen Geb. G. 5860.

Kommiffare, Tagegelber und Reifetoften Geb.G. 125.

Rompetenztonflift, tostenfreies Berfahren Geb.G. 7, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 2903.

Konture, Eintragung in das Handelsregifter Geb.G. 5961, Gütergemeinschaftaushebung im Kalle desselben Geb.G. 223.

Konturöverwalter, Gebühren der Rechtsanmälte als solche R.A. 273 4, 274, Antrag außwangsversteigerung und Zwangsverwaltung Ged.G. 2722.

Ronfistorien Geb.G. 183.

Ronfuln, deren Gebühren Geb.G. 12.

Konzessionsverleihung zum Geichäftsbetrieb Geb.G. 187218, 219.

Kosten, Deckung berselben im Zwangsverschierigerungsverschieren Geb.G. 2619, Haftung für bieselben Geb.G. 2316, in Nachlaßsachen Geb.G. 131115, im Wertsermittelungsversahren Geb.G. 4142, 4443, Zahlung berselben vor Aushändigung ber Aussertigung und Vollsiehung von Einträgen Geb.G. 198246.

Koftenfestfetung, gerichtliche hinsichtlich ber einem Beteiligten in Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarkeit zu erstattenben Koften Geb. G. 158140. Koftenschuldner, in Angelegen-

heiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit Geb.G. 3789.

Rraftlogerflärung bon Gpar-

urtunden Geb.G. 7, eines Erbscheins Geb.G. 10197.

Kreisardiv Geb.G. 183. Kreistaffen Geb.G. 183.

Rreieregierungen Geb.G. 183.

Kronamter, Gebühren für Lehenbriefe Geb.G. 196289.

Ründigungen durch den Gerichtsvollzieher Geb.G. 178.

Aurorte, Erhebung von Badetagen Geb.G. 190224.

Kur unbeweglicher, Zwangsverfteigerung eines solchen Geb.G. 2722, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 31222.

8.

Ladung von Zeugen und Sachverständigen in Verwaltungssachen, Vorschußerlage Geb.G. 191229.

Landesgeschlich geregelte Berfahren Geb.G. 2823, Gebühren der Rechtsamwälte R.A. 260.

Landesfultur=, Rentenaustalt, deren Gebührenfreiheit Geb.G. 7.

Landesversicherungsamt Geb.G. 8, Gebühren ber Rechtsamwälte R.A. 349.

Landgericht Geb.G. 183, Beschwerde an dasselbe gegen die Gebührenbewertung Ged.G. 4647, 5050, Gebühren bei denselben Ged.G. 181199.

Landwirtschaftliche Feste, Beugniffe gur Preisbewerbung Geb.

G. 193231.

Landwirtschaftliche Grundstüde, Wertsermittelung Geb.G. 41⁴². Landwirtschaftliche Frodukte, Bersteigerung berselben Geb.G.

203258.

Lauf der Frift, Berechnung berfelben Geb.G. 136.

Lebensatteste, Legalisation berfelben Geb.G. 193281.

Lebeneversicherungeverträge Geb. G. 206265,

Regalisationen Geb.G. 5154, 181199, 193231.

Legitimation, Prüfung durch das Grundbuchamt Geb.G. 135.

Legitimationescheine zum Gewerbebetrieb im Umberziehen Geb.G. 184206.

Lehenbriefe Geb.G. 196239, 197244. Leibesfrucht, Pflegschaft über diefelbe Geb.G. 8390.

Leichentoften gehören zu ben Rachlagichulben Geb.G. 91.

Leistung bes Offenbarungseibes in Nachlaßjachen Geb.G. 121107, 129113.

Reiftungen wiederkehrende, Wert berfelben Geb.G. 176187.

Leistungefähigkeit bes Pflichtigen Geb.G. 148123, 212280.

Lehtwillige Berfügung, Anfechtung berselben Geb.G. 117, ohne Erbeseiniegung Geb.G. 127, Eintragung von Hypotheken auf Grund berselben Geb.G. 227.

Leumundezeugniffe Geb.G. 185207, 193231.

Liquidationsprozeß erbschaftlicher Geb.G. 265300, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 31928.

Liquidatoren, Ernennung und Abberufung berfelben Geb.G. 157.

Lizentiaten, Diplome Geb. G. 186213.

Löichungen im Güterrechtsregister Geb.G. 6676, in Grundbuchsachen Geb.G. 133116, im Handelsregister Geb.G. 5355, 5961, im Schissergister Geb.G. 6268, im Vereinsregister Geb.G. 6572, im Vargischer Geb.G. 6572, im Grandbersteigerungsverscher Geb.G. 2620.

Lotalbantommiffion München Geb. G. 183.

Lofalmalzauffchlag, Zuwiderhandlungen gegen benselben Geb.G. 2, 3632.

20mbarddarlehen Geb.G. 208270, 271 209275 276 210277

271, 209275, 276, 210277. Luxemburger, Armenrechtsbewilsligung an solche Geb.G. 11. BR.

Magistrate unmittelbare, stehen ben Distriktsberwaltungsbehörden gleich, Geb.G. 181199. Mahntrief, siehe auch Mahnungen,

G.V. 25310.

Mahnungen burch den Gerichtsvollzieher Geb.G. 178, durch den Rechtsanwalt R.A. 2766, 278, 2849, 285.

Majorate Geb.G. 200²⁵¹. Malzaufschlag Geb.G. 36³². Mandat, siehe Auftrag.

Martenschutzgeset Geb.G. 54. Marttvertehr Geb.G. 203258, Maffe im Berteilungsversahren

Geb.G. 169, Koftenbedung aus berfelben Geb.G. 2519. Maffeschulden, Eigenschaft ber Kultenforderung in Nachlaße

Kostenforderung in Nachlaßsachen Geb.G. 131115. Mehrere Auftraggeber R.A. 266.

MehrheitvonBeschuldigtenGeb.G. 3735, von Mündeln Geb.G. 7686.

Meistgebot im Zwangsversteigerungsversahren Geb.G. 179, 2212; Zusammenrechnung mehrerer Geb.G. 179.

Megvericht Geb.G. 203258. Mietverträge Geb.G. 175186. Militärdienst, siehe Heresergan-

3ung. Militärgerichte Geb.G. 3226. Militärjustizverwaltung Geb.G.32. Militärpapiere Geb.G. 18922. Militärstrasserichtsbartett Geb.G.

3226.

Militärverwaltung, Taxen für Unstellung, Besörderung u. s. w. fallen nicht unter das Gebührengeset Ged. G. 196238.

Minderjährige, Ermäßigung der Inventarsgebühr Geb. G. 168162, der Hinterlegungsgebühren H.O. 234, der Gebühren in Nachlaßjachen Geb. G. 8894, Stundung der Gebühren Geb G. 7515, H.O. 24111. Mindestbetrageiner Gebühr Geb.G. 3², R.A. 276⁶, 282⁸, 286¹⁰, 291¹⁴, 305¹⁹, 309, 310²⁰, 325¹.

Ministerien, Gebührensah, Geb.G. 182200, Zuständigseit derselben bei Streitfragen Geb.G. 194234.

Miterbe, Aufforderung desselben zur Anmeldung von Nachlaßforderungen Ged. 116104, Auseinandersetzung in Nachlaßigen Ged. G. 91.

Mitgliederversammlung Geb.G.

171170, 229312,

Mittelstellen, Gebührenerhöhung Geb.G. 182°00, Juftändigkeit zur Entscheibung von Gebührenstreitstragen (für Amtsund Landgerichte das jeweilige Sberlandesgericht) Geb.G. 1942°34.

Mitwollstreder Geb.G. 117. Mitwirfung bei ber Gebühren-

erhebung Geb.G. 217288, bei einem Vergleiche R.A. 28811, 3316.

Mobiliarversteigerungen Geb G. 165152, durch Gerichtsvollziester Geb.G. 180197, öffentliche, Gebührenberechnung Geb.G. 202257.

Mobilmachung, Testamente und Erbverträge von Militärpersonen Geb.G. 129112.

Modelle, siehe Musterregister.

Mündel Geb.G. 7283.

Mündelgut, Berfteigerung besfelben Geb.G. 203258.

Mündelvermögen, Bestellung von Hopotheken zur Sicherung besselben Geb.G. 226, Rechnungslegung Geb.G. 7384.

Mündliche Verhandlung R.A. 267², 270³, 285¹⁰, 330⁵.

Mufter und Mufterregifter Geb.G.

Mutter, Ginwilligung zur Ehelichteitsertlärung Geb.G. 8491, Familiennamens-Erteilung an das Kind Geb.G. 189221, Nebertragung der elterlichen Gewalt an dieselbe Geb.G. 8491. unebeliche, beren Aniprüche Geb.G. 8792, 170168,

Mutwille, besondere Gebührenerhebung, Geb.G. 5050, 194233.

92.

Raderbe. Gebührenberechnung bei Erteilung eines Erbicheins Geb.G. 98.

Nacherbfolge, Unzeige bes Gintritts Geb.G. 116104, Bertsberechnung Geb.G. 200251.

Nachfolge in Familien- und Lehengütern, Zeugnis über bieselbe Geb.G. 104.

Nachforderung von Gebühren

Geb.G. 2, 4647. Radlag, Dedung ber Gebühren aus der Maffe Geb.G. 131115. erbichaftliches Liquidationsverfahren Geb.G. 222300, von Gebühren, Gesuche um Bewährung von jolchen Geb.G. 192231. Webühren ber Rechtsanwälte R.A. 31424, Ruben des Berfahrens Geb.G. 8994, Sicherftellung desfelbenGeb.G., 109io1, Berlangerung ber einjahrigen Frift Geb.G. 92, Bermittelung der Auseinanderjetung durch bas Gericht Geb.G. 8894, 90. durch den Notar Geb.G. 169165, 225307, Berträge über Teilung begielben Geb.G. 163146, Burudnahme bes Untrags auf Bermittelung Geb.G.

Radlafforderung, Unmelbung auf Grund Aufforderung Geb.G.

Nachlaggegenstände, Beräußerung derielben, Geb.G. 225306,

Nachlaggericht, Ginficht ber bei bemielben niedergelegten Unzeigen, Ertlarungen, Inventare, Teftamente u. f. w. Geb.G. 130114.

Nadlaginventar Geb.G. 120106. 168162.

Rachlagpfleger R.A. 273, Bulaffung aum Armenrecht Geb.G. 10.

Nachpflegichaft Geb.G. 112102. Entnahme ber Gebühren aus Nachlaß Geb.G. 114, Fälligfeit der Gebühren Geb.G. 8894.

Nadlagiaden Geb.G. 88 ff., Gebuhrenhaftung ber Anteilsberechtigten Geb.G. 131116.

Radlafficaclung Geb.G. 109101. Nachlaguberfculdung ift Grund gur Armenrechtsbewilliauna Geb.G. 11.

Nadlagverbindlichteiten, Erbenhaftung Geb.G. 131115.

Nachlagverwalter, Rechtsanwalt ale folcher R.A. 2734.

Nachlagverwaltung Geb.G. 114103. Radlagverzeichnis, Aufnahme burch ben Gerichtsichreiber Geb.G. 110109, 120156,

Nachtauartier R.A. 33412.

Nachvermächtnis Geb.G. 200251. Ramen, abelige Geb.G. 188, 197242, Unterjagung ber Fuhdurch den Chemann Geb.G. 188221.

Nameneumidreibung in ben rentamtlichen Rataftern, Grundbuchern ober begirtebergamtlichen Büchern Geb.G.190228.

Namensunteridrift . Bealaubiaung durch die Gerichte Geb.G. 5154, bei Lombarddarlehen Geb.G. 208272, in Bermaltungsiachen Geb.G. 199181.

Raturalifationeurfunden Geb.G. 187216.

Rener Sypothefenbrief Geb.G. 146122.

Reuer Berfteigerungetermin, Untrag auf Bestimmung besfelben Geb.G. 2112.

Richtigfeiteerflarung des Bertrags durch Urteil Geb.G. 174181.

Niederlander, Armenrechtsbewilligung Geb.G. 11.

Riederreißen eines Bebaubes in Forftrügesachen Geb.G. 3580.

niederichlagung von Gebühren in der freiwilligen Gerichtsbarfeit (§ 6b. R. G. H. G., Geb.G. 3739, in Bermaltungejachen Geb.G. 193232

Norweger, Armenrechtsbewilligung an folche Geb.G. 11.

Rotare, Anftellungegebühr Geb. G. 195236, vorläufig unentgeltliche Bornahme ber Amtsaeichafte Geb G. 94, Dienstftrafberfahren Geb.G. 8. R.A. 268. Bebühren berielben Geb.G 125 (fiebe Unbang), Staatige: bühren für Berhandlungen berielben Geb.G. 162144-192 gebührenfreie Rorreipondens berielben Geb.G. 176191, Mits wirfung bei der Gebühren-erhebung Geb.G. 217288.

Rotariat, Beichwerbe gegen ben Anfat ober ben Nachforberungen bon Gebühren Geb.G. 4647

Rotariategebühren, beren hebung neben ben Staatsgebühren Geb.G. 138118

Motariatefaden, Armenrechtebewilliaung Geb.G. 9.

Motariateurfunde. Mbzug Schulden Geb.G. 176189, pollftredbare Ausfertigung berfelben Geb.G. 172173, Bemertung berfelben bis gur Grundbuchsanlage Geb.G. 229311. Gebührenberechnung bei einem Bertrage über Leiftung und Gegenleiftung Geb.G. 175184. Gebührenerhebung bei perfonlicher Gebührenbefreiung bes einen Rontrabenten Geb.G. 176190, Gebührenfreiheit berfelben über Beftellung bon Sicherungshupotheten zu Bunften bes Staates ober ftaatlicher Anstalten, sowie über die Raution ber Supothetenbewahrer Geb.G.177191, Roftenichulbner Geb G 176189

Notariatevermeier, Gebührenhaftung Geb.G. 214283.

Rotfrift, bei Ginlegung ber meiteren Beichwerbe Geb.G. 4949. Rutniegung, Entgegennahme bes Bergichtes bes

Baters auf diejelbe Geb.G. 81.

Mugungen wiederfehrende, Bert des Rechtes Geb.G. 176187. Berteberechnung bei Berfteigerung 202257.

Musungerbe Geb.G. 200251.

Dberbergamt Geb.G. 183. Oberfonfistorium Geb.G. 183.

Oberlandesgerichte. Enticheibungen bei Gebührenbeichmerbeachen Geb.G. 50, Gebühren bei benielben Geb.G. 183. Enticheibungen über Gebührenftreitfragen, welche bei ben Amtsgerichten u. Landgerichten anhangig werben Geb.G. 194234

Obervoftämter Geb.G. 183. Oberftaateanwälte Geb.G. 183.

Oberftes Landesgericht, Enticheidung in Gebührenbeichwerdejachen, zweifacher Gebühren= anian Geb.G. 182200, Wegenvorstellung gegen ben Ge-bührenanjak bei bemselben Geb.G. 195234.

Dbiette, bie einem frommen, milben, gemeinnütigen 3med bienen, feine Erhebung eines Gebührenäquivalents Geb.G. 201255

Deffeutliche Abgaben Geb.G. 11. Deffentliche Mobiliarverfteigerun= gen Geb.G. 165152, G.V. 2484. Deffentliches Intereffe bei Umtshandlungen Geb.G. 33.

Deffentliche Cammlung, Bflegichaft aus Unlag einer folchen Geb.G. 8390.

Dessentliche Urkunden, gerichtliche Beglaubigungsgebühr Geb.G. 5154, Beglaubigung durch eine Berwaltungsbehörde Geb.G. 181199.

Deffentliche Bersteigerung Geb.G. 204259, 260, 261, 205262, 263, 264. Deffentliche Zustellung einer Wilslenserklärung Geb.G. 153182.

Dertliche Besitveranderungsabgaben Geb.G. 140.

Dertliche Gefälle Geb.G. 2, 3632, Desterreich-Ungarn, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11.

Offenbarungseid in Nachlaßsachen Geb. G. 121107, 129113, in Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichtsbarteit Geb. G. 153133. Offene Sandelsgeiellschaft, Ein-

Offene Handelsgesellschaft, Gintragungen in das Handelsregister Geb.G. 5355.

Offizialsachen Geb.G. 43.

Orden fremdherrliche, Bewilligung zur Annahme Geb.C. 197243.

Ordentliche Gerichte R.A. 267. Ordnungeftrafen in Ungelegenheis ten der freiwilligen Gerichtsbarfeit Geb.G. 159142, über nicht richterlicheBeamteoder Bedien= ftete, Gebührenfreiheit bei Berhängung Geb.G. 8, Festsetung derselben nach §§ 151, 159 des G.F.G. Geb.G. 161143, wegen Gebrauches einer nicht zuftehenden Firma Geb.G. 161, Gebührenfreiheit bes Berfahrens Geb.G. 43, Gebühren in ber Beschwerdeinstanz Geb.G. Gebühren der Rechtsanwälte RA. 269 ff., über Geschäftsführer ober Liquidatoren einer Gejellichaft mit beschräntter Haftpflicht Geb.G. 161, bei Lombard - Darlehen Geb.G. 210277, gegen Mitglieber bes Vorstandes ober Liquidatoren eines eingetragenen Bereins ober einer Genoffenichaft Geb. G. 161, bei Mobiliarversteigerungen Geb G. 205264, gen Nichtaushändigung von Schriftstüden an ben Dispacheur Geb.G. 161, Berfällung ber Parteien, Beugen ober Sachverständigen in foldhe Geb.G. 8, Verhängung nach § 127 bes Binnenschiffahrtsgesetes Geb.G. 161, bei nicht vorschriftsmäßiger Berwendung der Gebührenmarken Geb.G. 218292, über Bormund u. Gegenvormund, Familienratemitalied ober ben zum Bormund Ausgemählten Geb. G. 161, im Wertsermittelungs. verfahren Geb.G. 4142.

Ortsarmentasse Geb.G. 186212. Ortsgemeinden, Befreiung von Gebührenäquivalent Geb.G. 201255.

P.

Factverträge Geb.G. 175186. Falcte, Berpadung gebührenfreie R.A. 337.

Balaographische Kenntnisse Geb. G. 189222.

Parteien Geb.G. 179194, gebührenfreie Erteilung von Ausfertigungen, Abschriften u. Ausstügen an dieselben Geb.G. 189222, Gebührenhastung bei Vertretung durch einen Anwalt Ged.G. 212281, Regreß an dieselben sür vorgeschossene Gebühren Geb.G. 214283.

Barteisache, Begriff berselben Geb.G. 4.

Paffarten Geb.G. 185208.

Penfionen der Mündel Geb.G. 73, Zeugnisse zur Regulierung derselben Geb.G. 193²³¹.

Versonen, Benachrichtigung ber aus bem Grundbuch ersichtlichen Geb.G. 150127, Uebertragung des Eigentums an mehrere Geb.G. 174179, zahlungeunfähige Geb.G. 94.

Personenstandegeset, Gebührentarif Geb.G. 6677.

Pfälzische Standesregister Geb.G. 6677.

Pfand, Haftung eines eingetragenen Rechts für eine Forberung Geb.G. 166¹⁵⁵.

Pfanddarleben öffentlicher Leihhäufer Geb.G. 208271.

Ffandkammer, Berwahrung u. Einschaffung von Gegenständen G.V. 25412.

Pfandrecht an einem Schiffe Geb.G. 6267.

Pfandschein bei Lombarddarlehen Geb.G. 208272.

Pfandverlauf Geb.G. 154134. Pfarrer, deren Gebühren Geb.G.

125, 184206.

Pfennigbeträge der Gebühren, Abrundung Geb.G. 32.

Pferdeversicherungsanstalt Geb.G.

Pfleger, bessen Bestallung Geb.G. 8792, Thätigkeit bes Rechtsanwalts R.A. 2734.

Pflegschaften, zur Besorgung einer einzelnen Angelegenheit Geb.G. 7889, andere Geb.G. 8390.

Khicht zur Abgabe eines Zeugnisses oder Gutachtens Geb.G. 192²³¹, zur Entrichtung von Geöchtren Geb.G. 37³⁸, 194²³⁴, 198²⁴⁷.

Bflichtwidrigkeiten öffentlicher Beamter u. Bediensteter Geb. G. 220294.

Bolicen Geb.G. 206265.

Kolitische Gemeinden, tein Gebühren - Nequivalent Geb.G. 201255.

Boringiesen, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11.

Brätenden Geb G. 193231. Bräfidenten der Landgerichte, Le-

galijationen durch diejelben Geb.G. 52.

Breiebemerbung, Beugniffe bei

landwirtschaftlichen Festen Geb. G. 193231.

Brivatabschriften, beren Beglaubigung burch Gerichte Geb.G. 5154, burch Berwaltungsbehörben Geb.G. 181199.

Frivatperson R.A. 2849, 3294. Privat = Berkehrsunternehmen, Konzessionsverleihung Geb.G.

1872¹⁹. Privaturkunden, Unterschriftsbeglaubigung Geb. G. 51⁵⁴, 181¹⁹⁹, Feststellung des Datums Geb. G. 151¹²⁹, 171¹⁷².

Produtte, forst- u. landwirtschaft-

liche Geb.G. 203258.

Broinra, Eintragungen ins Hanbeisregister Geb.G. 5657. Broiongationen Geb.G. 207266.

Brotestaft, Beginn desselben G.V. 252.

Brotestierung mehrerer Wechsel in einer Urtunde G.V. 251.

Frotofolle ber Berwaltungsbehörben Geb.G. 181198, 181199, 183202, 184203.

Brozefigebiihr R.A. 271, 2766,

Prozestergleiche Geb.G. 165. Prüfungszeugnisse Geb.G. 186211, 193231.

D.

Quittung bei Löschungsbewilligungen Geb.G. 168160.

97.

Ratserteilung in Angelegenheiten ber Rechtspflege R.A. 2827, ber Berwaltung u. Berwaltungsrechtspflege, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 3272,

Real- u. gemischte Klagen Geb.G. 29, R.A. 261.

Reallasten Geb.G. 141119, 167159. Rechnungslegung bei der Bormundschaft Geb.G. 7687. Rechnungsstellung über das Fibeifommigvermögen Geb.G. 6989, im Zwangsverwaltungsverfahren Geb.G. 2011.

Recht eines ausländischen Staates. Abnahme bon Giben u. Bewirtung von Buftellungen nach bemfelben Geb.G. 170167, Beftellung ober llebertragung eines ben Grunbftuden gleichftehenden Geb.G. 162146, eingetragenes, welches für eine Forderung haftet Geb. G. 166155, durch die Eintragung in das Grundbuch betroffenes Geb.G. 141, an Grundftuden Geb.G. 168160, eines das Pfandrecht an einem eingetragenen Schiffe belastendes Geb.G. 6267, Bertrage über bie ben Grundftuden gleichstehenden Rechte, welche fich außerhalb Bayerns befinden Geb.G. 168161, auf wiederkehrende Nupungen oder Leiftungen, Wertsberechnung desjelben Geb.G. 176187.

Rechtfertigung eines Rechtsmit-

Rechteanwälte, Abfaffung einer Dentichrift im Berfahren vor bem Gerichtshofe für Rompetenatonflitte R.A. 2713, eines Schreibens R.A. 2839, 3294, Unwendung ber Borichriften ber R.G.D. in landesgesetlich geregelten Berfahren R.A. 260, 261, in Angelegenheiten ber Verwaltung R.A. 33613, Antrage, Erflarungen u. ichwerden bei Behörden R.A. 2828, 3283, Bergütung nach einer aufgewendeten Thatigteit in ber Rechtspflege R.A. 31626, in Bermaltungsiachen R.A. 347^{22} . Ausarbeitung eines Gutachtens R.A. 3294, bloße Benachrichtigungen, Beschleunigungegesuche, turge Unzeigen, Bejuche um Abichriften oder Ausfertigungen, Ent-

merfen bon Urfunden R.A. 282 8, 328 3, Bebühren berfelben Geb.G. 12, gebührenfreie Berhandlungen ber Anwaltstammer Geb.G. 7, Gebühren berfelben im Dienftftrafverfahren bor Ruftigbehörden R.A. 2672, in ber Beschwerbe-, Refursinftang R.A. 2672, im Berfahren bor bem Gerichtshofe für Rompetengtonflitte R.A. 2703, für ben Geschäftsbetrieb im Berfahren bor bem Berichtshofe für Rompetengtonflitte R.A. 2703, für erbichaftlichen Liquidationsprozeß R.A. 31928, Gebühren berfelben im Berfahren bor bem R. Landesversicherungsamte R.A. 3491. angemeffene Entschädigung für Teilnahme an Beweisverhandlungen R.A. 3502, im Ber= fahren bor ben Schiedegerichten u. bem Reichs-Berficherungsamt R.A. 3481, 3493, für einen Antrag auf Gintraaung einer Sicherungsbupothet in Berbindung mit dem Auf-Einleitung bes traa zur Awangsversteigerungs-Zwangsverwaltungsverfahrens R.A. 31727, im Strafperfahren im Bermaltungsweg und im Dienftftrafberfahren R.A. 34420, 346, aebuhrenfreie borbereitende Thatigfeit R.A. 29316, bei ber gerichtlichen Berfteigerung eines Bergwertes ober einer Unlage R.A. 31222, in ben Angelegenheiten ber Berwaltung und Berwaltungsrechtspflege R.A. 332, 34721, 34822, 24, 25, im Zwangsversteigerungsversahren R.A. 29417, Bertretung bis gur Ginleitung bes Berteilungsverfahrens R.A. 29417, Bertretung im Berteilungsverfahren R.A. 29417, Ge= bührenanfage in ben

gelegenheiten ber Rechtspflege R.A. 2755, Gebührenfestiepung in ben Angelegenheiten ber Bermaltung R.A. 33814, 34115, porläufige Teftfenung R.A. 34215, Gebührenordnung berfelben R.A. 258, in ben Ungelegenheiten ber Rechtspflege, Ginleitung R.A. 258. Gebührenvorichriften für die Angelegenheiten der Rechtspflege R.A. 31928, 32029, Entgegennahme bon Ruftellungen R.A. 29316. Entwerfen einer Urfunde R.A. 28912, 331 7, berfelbe haftet nicht für die Entrichtung ber Gebühren Bartei Geb.G. 179, 212281. Erledigung bes Auftrags por ber vollftanbigen Ausführung bes Geichäftes R.A. 29013, Erinnerungen gegen die vorläufige Festjegung R.A. 34216, Gebührenfreiheit ber Festfepung R.A. 34317, Maggabe ber Festjegung für die Bebühren. ober Auslagenberechnung R.A. 34318, Geltendmachung bes Anipruchs auf Bebühren u. Auslagen nach erfolgter Festsehung R.A. 34319, Bochftbetrag ber Gumme bon Gebühren R.A. 29014. Shppthefenreinigungsverfahren R. A. 31928, Informationegebühr R.A. 276 6, 325 1, Mahnungen. Ründigungen, Schreiben ahnlicher Art R.A. 2766, 278, 2849, 285, Mitglied eines Gläubigerausichuffes, Konfursverwalter, Zwangeberwalter, Nachlagberwalter. Bormund. Bfleger. Teftamentevollftreder, Bu= ftellungsvertreter. Bertreter eines im Berteilungsverfahren nicht ermittelten Berechtigten R.A. 273 4, Bergütung ber Thatigfeit als Konfursverwalter R.A. 274, Mitwirfung beim Abichluk eines Veraleichs R.A.

28811.331 6. Ratserteilung R.A. 280 7, 327 2, Tagegelber u. Fuhr= toften R.A. 33412, Terminsgebühren R.A. 29114, Bermert zu ben Sandatten R.A. 29316. Bermittelung ber Nachlagauseinandersegung ober eines Befamtgutes einer Gutergemeinschaft R.A. 31424, gerichtliche Berfteigerung eines unbeweglichen Rures R.A. 31222, Bertretung bes Antragftellere im Amangeberfteigerungeberfahren R.A. 29417, Beifpiele R.A. 298, eines anderen Beteiligten. Beispiele R.A. 299, Mitwirfung bei einer außergerichtlichen Berteilung R.A. 29417, Aufgeboteberfahren nach §§ 138 ff. bes 3m. Gef. R.A. 299, Bertretung eines anberen Berechtigten als ben Gläubiger im Awanasverwaltungsverfahren Ř.A. 31020, Bollmachtsent= werfung, gebührenfreie R.A. 293, Borausfegung gum Anfate ber Gingelgebühren R.A. 31525, Wahrnehmung eines Termines R.A. 28510, 3305. Wertsberechnung R.A. 29215. 29918, Biederversteigerung R.A. 32028, Zusammentreffen ber Bergleichs- und Terminsgebühren R.A. 29014. 3mangsverwaltungsverfahren 30519, Bertretung bes Antragftellers R.A. 309, bes Glaubigers ober bes Kontursberwalters R.A. 309, des Schuldners R.A. 309, Wertsberechnung R.A. 31020, 31121.

Rechtsbeziehungen persönliche, ber Ebegatten Geb.G. 8491.

Rechtsjähiger Berein, Entziehung ber Rechtsfähigteit Geb. G. 6471, Uebertragung von Grundfüden u. Rechten Geb.G. 229312, Berleihung berjelben an Bereine Geb.G. 187220. Redteacidaft. Entwerfen einer Urfunde R A. 28912, Erwerb bes Gigentums an Grundstücken Geb.G. 138. Genehmigung bes Vormundichaftsgerichts Geb. G. 8189, bes überlebenden Chegatten Geb.G. 8491, über Rechte an Grundftuden u Loichungsbewilligung an folchen Geb.G. 168160, Berhandlungen, welche bloß den Bollgug, die Bervollftanbigung oder Bollenbung betreffen Geb.G. 173178, Bereinigung mehrerer in einer Urfunde Geb.G. 175183.

Rechtshilfe Geb.G. 3226, 213282. der Strafbeicheibe Rechtstraft Geb.G. 3736, Beugniffe über dieselbe Geb.G. 158140.

Rechtsmittel ber Beichwerbe R.A. 2672, gegen ben Roftenanfat Nachforderung Geb.G. 4617, weitere Beschwerde Geb. G. 4949, unzuläjfig gegen Enticheidungen bes Dberften Landesgerichts Geb.G. 5050, ungulaffig bei ber Mutwillensgebühr Geb.G. 5051.

Rechtenachfolgebeideinigung über eingetragene Forberungen bes Reichsichuldbuche ob. Ctaateschuldbuchs, Anrechnung ber Gebühr Geb.G. 10799.

Rechtenachfolger, Berechtigung besielben, über bie eingetragene Forderung zu verfügen Geb. G. 10699.

Rechteftreit, Buftellung einer Willenserflärung aukerhalb desjelben Geb.G. 177193.

Rechteverhältniffe einer Firma, Bejellichaft u. f. w. Gintragung ober Löschung im Handels-register Geb.G. 5355, der Ehe-gatten Geb.G. 8491, Berträge über biefelben an außerbahr. Grundstücken Geb.G. 168161.

Regierungefinangfammer, Abhilfe derjelben gegen den Gebührenanjag bes Notars Geb.G. 4647,

Anzeige von Teilzahlungen 164150, Beichwerde Geb.G. gegen bie Enticheidung in Armenjachen Geb.G. 9, Buftandigfeit bei Gebührenftreitfragen in Berwaltungsrechtsjachen Geb.G. 198247.

Registerbeborde Geb.G. 6164.

Registerbezirf. Berleaung bes Beimatsorts eines Schiffes aus bemielben Geb.G. 6164.

Registerführung Geb G. 53, Bebühren für diefelbe Geb.G. 53 ff. Registergericht Geb.G. 53 ff.,

159141.

Regreß an die zahlungspflichtige Bartei Geb.G. 214283.

Reanlierung bon Benfionen ober Suftentationen Geb.G. 193231.

Reich, bas Deutsche, Gebührenfreiheit besielben Geb.G. 33.

Reideardiv. allaemeines Geb.G. 183, geheimes Geb.G. 183.

Reiche-Gerichtefoftengefet, wendung ber Gebührenvorichriften besielben Geb.G. 147, 3327, 3632, 3739, 213282, 214283. Reichefaile Geb.G. 33, 203258.

Reichsichnlobuch Geb.G. 10699, 170165

Reicheverficherungsamt, Gebühren ber Rechtsanwälte im Ber-

fahren por bemielben R.A. 348. Reifetoften ber Berichtsvollzieher G.V. 252, ber Kommissäre Geb.G. 12, ber Rechtsanwälte R.A. 33412.

Reisen über Land, dienftliche Geb.G. 183202.

Reiferaffe Geb.G. 185208.

Rentamter Geb.G. 183, Angeige des Erwerbes von Grundftuden an diejelben Geb.G. 200252, von Mobiliarpersteigerungen Geb. G. 203259. Gebühren der Bollftredungeorgane berfelbenGeb. G. 135, Gebührenabrechnung mit benjelben Geb.G. 216286. 287, Strafverfahren im Berwaltungsweg Geb.G. 3632.

219294, Bertsermittelungsverfahren Geb.G. 4142.

Rentamtliche Grundbücher Geb. G. 189222.

Rentegebühr bei Vormundichaften Geb.G. 7384, 7585, 7686 87, 7788. Rententehen, Gebühren für dietelfen Geb.C. 196289

felben Geb.G. 196239.

Rentenschulden, Eintragung in das Grundbuch Geb.G. 140¹¹⁹, notarielle Bestellung Geb.G. 166¹⁵⁴, ¹⁵⁵, 172¹⁷³.

Rentenschuldbrief Geb.G. 147122,

149125

Revisioneprototolic Geb.G. 216286. Revisoren, Ernennung derselben Geb.G. 158.

Rheinschiffsahrtsalte, Gebührenfreiheit derselben Geb.G. 83. Rheinschiffsahrtsgerichte Geb.G. 2923, 3226, R.A. 264.

Richtigkeit des Erbscheins, Beranstaltung von Ermittelungen über dieselbe Geb.G. 10297.

Ritterstand Geb.G. 196240. Rüderstattung der Gebühren Geb.

Rüderstattung der Gebühren Geb. G. 174181.

Müdgriff gegen die Kartei wegen vorgeschossener Gebühren Geb. G. 179¹⁹⁴, 214²⁸³, gegen Bersicherte Geb.G. 207²⁶⁸.

Midftände an Gebühren, deren Beitreibung Geb.G. 216287.

Rüdversicherungen Geb.G. 207267. Rumänen, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11.

Ruffen, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11.

€.

Sacht, bewegliche, beren Berfteigerung Geb.G. 2022²⁵⁷, Feftttellung bes Zuftandes Geb. G. 156¹³⁸, unrichtige Behanblung berjelben Geb.G. 193²³². Sachleitende Berfügungen Geb. G. 192²³¹.

Sadverftandige, Bernehmung von

jolchen zum Zwecke der Bertsermittelung Geb.G.4443,153132, 167158, 170167, Auslagenvorjchuß Geb.G. 191229, Zwangsmaßregeln gegen dieselben R. A. 270.

Sachverständigengebühren Geb.G. 125.

Schühmänner im Bertsermittelungsversahren Geb.G. 4142. Schühung, neue, im Awangsenteignungsversahren Geb. G. 2924, im Bertsermittelungsversahren Geb.G. 4142.

Scheidung, Wirkung derselben auf die Gebührenpflicht Geb.G. 211279.

Schenfur

Schenfungen von Todeswegen Geb. G. 200250.
Schiedegerichte, Gebühren ber

Rechtsanwälte im Berfahren vor benfelben R.A. 348.

Schiedeverträge Geb.G. 171170.

Schiffe, beren Eintragung in daß Schiffsregifter Geb.G. 6163, Berlegung deß deimatkorts Geb.G. 6164, Berpfändung berjefben Geb.G. 6267, 167156, Bwangsverfteigerung berfefben Geb.G. 2621, 221297.

Schiffsbrief Geb.G 6266. Schiffsregister Geb.G. 6163 ff. Schlüsselgewalt, Ausbebung oder Beichräntung Geb.G. 86.

Schlüßbestimmungen des Gebührengesches Geb.G. 221296 ff. Schöffengerichte R.A. 261 1, 34420. Schreiben an Behörden Geb.G.

192231.

Schreibgebühren Geb.G. 32, 3226, 5254, 5658, in Bormunbichafte, Pflegichafts- und Beiftands- jachen Geb.G. 8893, in Berwaltungsjachen Geb.G. 189222, R.A. 337.

Schuidbetenntniffe Geb.G. 162145,

166154.

Schuldenabzug bei der Berechnung der Gebühren für einen Erb-

ichein Geb.G. 94%, bei Festestung bes Erbrechts bes sistus Geb.G. 109100, nach ber Gegenstandsiumme Geb.G. 176188, in Nachlasjachen Geb.G. 8994, 110101, 114103, 124111, surmögensverzeichnise u. Inventare Geb.G. 168182, sür notarielle Vermittelung ber Auseinandersehung eines Nachlasses einer ehelichen Gütergemeinschaft Geb.G. 169185.

Schuldverschreibungen auf ben Inhaber Geb.G. 187219. Schuldscheine H.O. 233.

Schuldversprechen Geb.G. 162145, Edulzengniffe Geb.G. 193231.

Schutzeigiete, beutsche, Armenrechtsbewillungen an Eingeborene Geb. G. 10.

Schweden, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11.

Schweizer, Armenrechtsbewilligung an jolche Geb.G. 11. Schwierigkeit einer Sache, Gin-

fluß auf den Gebührenansak Geb.G. 149124, 212280, R.A. 2766, 2828, 28912, 33311.

Sicherheitsleiftung, Entgegennahme berselben von dem in den Bestig des Vermögens eines Abrwesenden vorläufig Eingewiesenen Ged. (223303), im Jwangsenteignungsverfahren Ged. (2924.

Siderstellung bes Nachlasses Geb.

G. 109101, 120106.
Sicherung von Forderungen bes Staates ober staatsicher Anftalten Geb.G. 145120, 177191, 226308, des Mündelsvermögens Geb.G. 226308.

Sicherungehnpothet Geb.G. 144, 145120, R.A. 31727, 321.

Siegelung durch den Gerichtssichreider Ged.G. 152130, den Gerichtsvolldieher Ged.G. 180196, G.V. 2473, den Notar Ged.G. 170167, des Nachlasses Ged.G. 109101.

Sik ber Aktiengesellschaften, Berlegung berselben nach Bayern Geb.G. 5760.

Sofortige Beschwerde gegen Bersjagung der Annahme an Rindesstatt Geb.G. 151128.

Condervermogen Geb.G. 9395.

Sonstige Gegenstände ber freiwilligen Gerichtsbarkeit Geb. G. 151, ber streitigen Rechtspflege Geb.G. 28, ber Berwaltung Geb.G. 198.

Spanier, Armenrechtsbewilligung an iolche Geb.G. 11.

Sparfaffabiider H.O. 233.

Sparurfunden, gebührenfreie Kraftloserklärung Geb.G. 78.

Spielfaum für den Gebührenanjat Ged.G. 6369, 7889, 8491, 10297, 116104, 119105, 122106, 129113, 146122, 159141, 181199, 187218, 220, 188221, 212280.

Staat, Sicherung ber Forberungen Geb.G. 145120, 176191, 226308, Vereinbarung mit einem anbern wegen Erlebigung von Ersuchen Geb.G. 213282.

Staatliche Unstalten, Sicherung der Forderungen siehe Staat. Staatsangehörigfeit Geb.G. 185207.

Staatšanwalt, Anhörung über bie weitere Beschwerbe Geb.G. 4949, Gebühren bei bemjelben Geb.G. 183, Vertreter bes Nerars als jolcher Geb.G. 198247,

Staatsarchiv, geheimes, GebG. 183.

Staatediener, Dienftftrafverfahren, R.A. 268, 345.

Staatedienstafpiranten Geb.G. 83.

Staatsgerichtshof, Berfahren vor demfelben Geb.G. 3228.

Staatstaffe, deren Gebührenfreiheit Geb.G. 3, Erinnerungen gegen den Anfat von Gebühren Geb.G. 4544, Berfteigerung

27*

für Rechnung berjelben Geb. G. 203258.

Etaatsichuldbuch Geb.G. 10699,

Staatsichulden = Tilgungetommif= fion Geb.G. 183201.

Staatsverträge, Aussprechung von Gebührenfreiheit durch solche Geb.G. 33.

Etammgüter Geb.G. 6880, 200251, R.A. 262

Stammtapital ber Gesellschaften mit beschränkter haftung Geb. G. 5760.

Standesbeamte, Dienftftrafverfahren R.A. 268.

Standesregister Geb.G. 7, 83, 6677, 184206.

Standerrechtliches Berfahren Geb. G. 3226.

Statuten einer Aktiengesellschaft Geb.G. 5860, 164150

Stempelgebühren Geb.G. 11. Steuersataster, Ab- und Bujchreibung Geb.G 190223.

Steuerfatasterextratte Geb.G. 189222.

Stiefeltern, Zuwendung von beweglichem Bermögen Geb.G. 163148.

Stiesverwandte, Berträge mit benjelben Geb.G. 162146, 200250

Stiftungen Geb.G. 173177, 227308. Stiftungegeschäfte Geb.G. 163149.

Stipendien Geb.G. 193231. Strafen, Berjährung, Geb.G.

220295. Strafbefeble in Forftrügejachen

Geb.G. 3428, 3531.

Strafbeideide Geb.G. 36 32.

Strasbeschlüsse der Steuerausschüsse Geb.G. 3632.

Straffachen Geb.G. 3226 ff., R. A. 265, 268.

Strafverfahren im Berwaltungswege Geb.G. 3632 ff, R.A.

Strafverfolgung Geb.G. 220295.

Strafvollstredung burch die Militärbehörden Geb.G. 3326.

Strafvollzugetoften in Forftruge-

Straßenbahnunternehmen Geb.G. 187219.

Streitfragen in Gebührensachen Geb.G. 3125, 3738, 4544, 194234, in Berwaltungsrechtssachen Geb.G. 194234, 198247.

Streitgegenstand Geb.G. 4443, bei Ordnungsstrafen Geb.G.

Streitigkeiten über Entichäbigung bei 3mangsenteignung Geb.G.

Sindienzeugnisse Geb.G. 193231. Stundung der Gebühr Geb G. 2, 7585, Gesuch um Gewährung Geb G. 192231.

Snhhastationsordnung, Gebühren ber Gerichtsvollzieher im Berjahren nach berjelben G.V. 256, R.A. 262.

Substanz, Erwerbung auf bem Bege ber Erbfolge Geb.G. 200251.

Succession Geb.G 200251, Sühneversahren R.A. 324, Sustentationen Geb.G. 193231.

₹.

Ingegelder Geb.G. 125, R.A. 33412.

Tanzmusikbewilligungen Geb.G. 186212.

Taufch von Grundstüden Geb.G. 165151, 177192.

Taren Geh.G. 11.

Teil des Wertgegenstandes, Ansgabe Geb.G. 3940.

Teilgrundschuldbrief Geb.G. 146122, 167157.

Teilhaber einer Gesellschaft Geb. G 164150.

Teilhypothefenbrief Geb.G. 146122, 167157.

Teilleistung nach Mahnung R.A.

Teilrentenschuldbrief Geb.G. 146122, 167157.

Zeilung bes Gejamtgutes Geb.G. 163146, eines gemeinschaftlichen Grundbesiges Geb.G. 174179, eines Nachlasses Geb.G. 8894. 163146.

Teilungsplan in Nachlaßiachen Geb.G. 90⁹⁴, im Zwangsverfteigerungsversaften Geb.G. 22¹³, im Zwangsverwaltungsversahren Geb.G. 20¹¹.

Teilungsfachen Geb.G. 88.

Teilungeverfahren Geb.G. 225807. Termin gur Abnahme bes Difenbarungseides Geb.G. 121107. 129113, 153133, zur weiteren Ausführung bes Teilungsplanes Geb.G. 2213. Menberungen von folchen Geb.G. 192231, zur Anmelbung von Grundbienstharfeiten Geb.G. 228310, por einer Behörde R.A. 28510, 3305, im Orbnungeftrafperfahren Geb.G. 159142, gur Intrafttretung ber Bebührenvorschriften über Die Zwangsverfteigerung und die Zwangsberwaltung. Geb.G. 221297, zur Borlage ber lleberficht über ben Beftand bes Geb.G. Mündelsvermögens 7687. Wahrnehmung einen Rechtsanwalt R.A. 28510, 3305.

Terminsbestimmung, Anheftung an die Gerichtstafel Geb.G. 2315, G.V. 256, im Zwangsversteigerungsversahren Geb. G. 169

Terminsfestjenung, Erwirfung burch Gerichtsvollzieher G.V. 25311

Terminsgebühr ber Rechtsanwälte fiehe Termin.

Testament, Ablieferungspflicht Geb.G. 129113, Eröffnung des selben Geb.G. 124111, 126, Erteilung des hinterlegungsicheins Ged.G. 169163, Ge bührenanrechnung Geb.G. 124111, Gebührenhaftung ber Erben Geb.G. 131115, gegenseitiges Geb.G. 169163, gemeinichaftliches Geb.G. 126111. Geftattung ber Einficht Geb.G. 130114, Leiftung bes Offenbarungseides über ben Befit besfelben Geb.G. 129113. pon Militärperionen errichtetes Geb.G. 129112, 177191, rechtsungultiges Geb G. 126, folchen **Uebernahme** eines zur amtlichen Bermahrung Geb.G. 169163. Berfündung ober Borlegung burch ben Notar Geb.G. 170166, widerrufenes Geb.G. 126, Zurück-nahme besfelben Geb.G. 169164.

Testamentsvollstreder, Annahme ober Ablehnung Geb.G. 117, Anordnungen bes Nachsagerichts Geb.G. 122109, Bestimmungen durch einen Dritten Geb.G. 117, Ernennung und Entsassung eines Mitvollstreders Geb.G. 117, Thätigsteit des Rechtsammalts als jolcher R.A. 2734, Zeugnis über die Ernennung Geb.G. 10338.

Thätigleit bes Grundbuchamts im Zwangsversteigerungsverfahren Geb.G. 2620, bes Bormunbschaftsgerichts im Falle ber Wiederverehelichung Geb. G. 8491.

Tierärzte, Approbationsscheine Geb.G. 186244.

Tischtitel, Berleihung eines lanbesherrlichen Geb.G. 195286.

Titel, Eintragung von Hypotheten auf Erund gesehlicher Ged.G. 227, sremdherrliche Ged.G. 197243, Berleihung von solchen ohne Diensteinkommen Ged.G. 195287.

Todeswegen, Errichtung einer Berfügung Geb.G. 169163,

Schenkungen Geb.G. 200250, von Stiftungsgeschäften Geb. G. 163149.

Tragfähigfeit von Schiffen Geb. G. 6165.

11.

llebereinkommen im Zwangsverfteigerungsverfahren Geb.G. 2214.

llebergabe von Grundstücken burch ben Gerichtsvollzieher G.V. 2495.

llebergabsverträge Geb.G. 162146,

163148.

llebergang bes Gesamtguts auf ben überlebenden Ehegatten Geb.G. 224304, einer Hypothek auf den neuen Eläubiger Geb. G. 166155.

Hebergangsbestimmungen Geb.G. 124111, 221297 ff.

lleberlevender Ehegatte, llebergang des Gesamtguts auf den jelben Geb.G. 224304, Rechtsgeschäfte besielben Geb.G. 8491.

Rechtsanwalts R.A. 33412.

Nebernahme des Amtes als Vormund, Pfleger, Veistand seitens Beamten und Bediensfeten Ged. G. 83, eines Geschäftes nach vorheriger Jahlung eines Borschusses Ged. G. 1791¹⁹⁴, von Testamenten Ged. G. 1691¹⁶³.

Heberschreitung ber Amtebefugniffe Geb.G. 192231.

llebersicht über den Bestand des Mündelvermögens, Borlage derselben Geb.G. 7687.

Nebertragung der Buchhypothek, des Eigentums an Grundftücken Ged.G. 138118, 162116, 173179, 175185, 229312, der elterlichen Gewalt an die Mutter Ged.G. 8491, eines Erbbaurechts Ged.G. 138118, einer Forderung, für welche ein eingetragenes Recht als Pfanb haftet Geb.G. 167155, einer Erundichub, Sypothek, Rentenschulb Geb.G. 138118, 166155, der Kostengeschäfte an die Gerichtsschreiber Geb.G. 216285.

lleberzeugung, freie, der Behörde Geb.G. 194233.

llebrige Rechtsgeschäfte über Grundstücke ober Rechte an solchen Geb.G. 168160.

Umfang ber Sache, Einfluß auf bie Gebühr Geb.G. 149124, 212280, ber Sicherheit bes vorläufig Eingewiesenen Geb.G. 224303.

Umidreibgebühren Geb.G. 190223. Umschreibungen von Hypotheken Geb.G. 133116.

Unbedingte Berträge Geb.G. 172176.

Unbefannte Beteiligte, Pflegichaften über bieselben Geb.G. 8390.

Unbemittelte Berfonen Geb.G. 94. 185208.

Unbewegliche Euge Geb.G. 2722. Unbewegliches Bermögen, Zwangsvollstreckung in basselbe Geb.
G. 147.

Uneheliches Kind, gerichtliche Beurkundung von Bereinbarungen über den Unterhalt Geb.G. 8792, Berwandtichaftsverhältnisse desselben Geb.G. 97.

linfallversicherung Geb.G. 83, 207267, 268.

Ungarn, Armenrechtsbewilligung an solche Geb.G. 11.

Ungehorsamsstrasen Geb.G. 43.
Ungerechtsertigter Antrag auf Eintragung in das Grundbuch Geb.G. 149124

Unfenntnis der Berhältnisse Geb. G. 3739, 194232.

Unrichtige Behandlung einer Sache Geb.G. 3739, 194232, Wertsangabe in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Geb. G. 4041.

Unidadidicites cugnie Geb.G. 2923, 3024, R.A. 263.

Unterhalt eines Kindes Geb.G. 8191, 8792, 171168.

Unterhaltsbeitrag, Zeugnisse zur Feststellung besselben Geb.G. 193231.

Unterlassung einer Amtshandlung Geb.G. 192231.

Unterrichtsaustalten, Zeugnisse berselben Geb.G. 193231.

Untersagung der Führung des Namens durch den Ehemann Geb.G. 188²²1.

Unterschriften, beren Beglaubigung burch bie Gerichte Geb. G. 5154, burch Berwaltungsbehörden Geb.G. 181199.

Unterstützungen, Gebührenfreiheit der Gesuche Geb.G. 193231.

Unterstützungefondabgaben Geb. G. 196238,

Unterzeichnung des Beschwerdes schriftsases durch einen Rechtsanwalt Ged.G. 4949, des Leiters von Bersteigerungen Ged.G. 204280.

Unwissenheit Geb.G. 3739, 194232. Urfunden. Abichriften Geb G. 148123, über Anerkennung ber Baterichaft | Geb.G. 170168, zur Aumeldung für das Sandelsreg. Geb.G. 5658, über die Auflassung Geb.G. 138118. Beglaubigung von öffentlichen und privaten Geb.G. 5154, bie Bestellung über Pfandrechts an einem eingetragenen Schiffe Geb.G. 167156, über Che- und Erbverträge Geb.G. 169163, Entwerfen berielben burch einen Rechtsanwalt R.A. 28912, 3317. Kamilienfibeitommiffe über Geb.G. 164149, für welche eine Gebühr nicht anderweit festgefest ift Geb.G. 171171, über Seimatrecht Geb.G. 185209. über Mobiliarversteigerungen Geb.G 180¹⁹⁷, 204²⁸⁰, über Staatsangehörigkeit und Entsalgung aus dem Staatsververdande Geb.G. 186²¹⁰, 187²¹⁶, über Zustellung einer Willenserklärung Geb.G. 174¹⁹³.

Ilriundepersonen, Gerichtsschreiber Geb.G. 152130, Gerichtsswollzieher Geb.G. 180196.

Urlaubegefuche Geb.G. 83.

Ilrteil, rechtsträftiges, Nichtigfeitserklärung eines Nechtsgeichäfts Geb.G. 174181, Umichreibung auf Grund besselben im Grundbuch Geb.G. 145.

23.

Bater, Autrag auf Ehelichkeitserflärung Geb.G. 171170, Bereinbarungen desjelben mit dem unehelichen Kind und bessen Mutter Geb.G. 8792, 171168, Wiederverehelichung desjelben Geb.G. 8491.

Baterschaft, Anerkennung derfelben Geb.G. 8792, 170168, Einsluß auf die Gebühr Geb. G. 211279.

Beränderungen bei eingetragenen Schiffen Geb.G. 6163, 6266.

Beräußerer, öffentliche Beurtunbung der Ertlärung desselben Geb.G. 199249.

Beräußerung von Gesamtgutsund Nachlaßgegenständen Geb. G. 225306.

Beranstaltung von Ermittelungen über die Richtigkeit eines Erbsicheins Geb.G. 10297.

Verbindlichfeit zur Kostentragung im Wertberechnungsversahren Geb.G. 4142, zur Entrichtung der Notariatsgebühren Geb. G. 176189.

Berbindung ber Teilung bes Nachlasses mit ber Auseinandersegung bes Gesamtguts Geb.G. 93%, mehrerer Zwangsversteigerungsversahren Geb. G. 20%.

Berbot der Che Geb.G. 188220. Berbrauch vom Geld bes Kindes Geb.G. 86.

Berdoppelung ber Gebührenfage Geb.G. 182200.

Verehelichungsbewilligung, dienftliche, Geb.G. 8, Tagen Geb.G. 196238.

Bereinbarungen über die Tragung ber Gebühren Geb.G. 1761189, mit anderen Staaten wegen Erledigung von Erjuchen Geb. G. 213282, über den Unterhalt des unchelichen Kindes, daun mit dessen Mutter Geb.G. 7792, 171168, im Wertsermittelungsversahren Geb.G. 4142, im Zwangsverstigerungsversahren Geb.G. 2214.

Bereine, Eintragung in das Bercinsregister Ged. G. 6369, Gebührendaubalent Ged. G. 201254, Gebührenermäßigung wohstädtiger und gemeinnüßiger Ged. G. 6369, Bercinung der Rechtstäßigteit Ged. G. 187220, 229312, Beichlüße der Bersammlungen Ged. G. 171170.

Bereinfindschaftungen Geb.G. 97, 171170.

Bereinsregister Geb.G. 63 ff.

Bereinsfachen, Entscheidungen des Umtegerichts Geb.G.159141. Bereinspermögen, Uebertragung

Bereinsvermögen, Uebertragung desjelben Geb.G. 229312.

Berjahren, wegen Ablehnung eines Beanten Geb.G. 192231, durch unbegründete Anträge veranlaßt Geb.G. 194233, in Beichwerdejachen Geb.G. 2010, 194233, bei Juviderhandlungen gegen das Gebührengejeß Geb.G. 219294, 230314.

Berfügungen, lestwillige, siehe Testamente, der Berwaltungsbehörden Geb.G. 181198, 199. 182200, 184204, des Bormundichaitsgerichts Geb.G. 8491.

Bergleiche, Gebühren für dieselben Geb.G. 165153, gerichtliche Geb.G. 165, 165153, notarielle Geb.G. 165, 3ur Schlichtung eines Rechtsstreites R.A. 28811, im Zwangsversteigerungsversappen Geb.G. 2214, des Rechtsanwalts für Witwirtung R.A. 28811,

Vergittung barer Auslagen an Gerichtsvollzieher G.V. 255, des Dispacheurs Geb.G. 155136, des Berwahrers Geb.G. 154135.

Bethältnis, ein die Gebühr minberndes, Geb.G. 211270, zwiichen dem unehelichen Kinde und dem Bater, dessen Einfluß über die Gebührenberechnung Geb.G. 210270,

Berhandlungen der Gerichte Geb. G. 51 ff., der Rotare Geb.G. 162144, öffentlicher Behörden im taufmännischen Verkehr Geb.G. 193231.

Berheiratung des Baters Geb.G. 8491.

Berjährung ber Gebühren und Auslagen Ged.G. 2, 3930, der Straiverfolgung und Straivollstrectung in Gebührenjachen Ged.G. 220205, Unterbrechung durch Zahlungsaufforderung und Stundung Ged. (1, 2.

Berfauf aus freier Sanb G.V. 2484.

Berfehrsunternehmen Geb.G. 187219.

Berfündung der Testamente und Erbverträge Geb G. 124111, 170166.

Berlängerung der Inventarsfrift Geb G. 119105.

Berlaffenichaftefachen, Bornahme einer Berfteigerung G.V. 2484. Berlegung bes Sipes einer Attien-

gesellschaft Geb.G. 5860, des

Heimatsorts eines Schiffes Geb.G. 6164.

Berleihungen, besondere, Geb.G. 195, von Unterstützungen u. s. w. Geb.G. 193231.

Berlehung des Gesetses, Vorausjegung der weiteren Beschwerde Geb.G. 4949.

Berlobte, Berträge zwischen benfelben Geb.G. 163146, 169163.

Berlofungen Geb.G. 171170. Bermächtnisse Geb.G. 127111.

Bermittelung der Auseinanderjehung Geb.G. 8894, 225307, durch den Notar Geb.G. 169, 165, der Ausgleichung des Ehegewinnes Geb.G. 224305.

Bermittlungeamter, Beugniffe berfelben Geb.G. 193231.

Vermögen eines Abwesenden Ged. 8490, 224303 Einverleibung in ein Fibeikommiß Ged.G. 6779, des Mündels Ged.G. 7283.

Bermögensabsonderung Geb.G. 223301.

Bermögensverzeichnisse, beren Aufnahme Geb.G. 83, durch ben Gerichtsschreiber Geb.G. 88, durch ben Notar Geb.G. 168162, Entgegennahme und Prüfung Geb.G. 81.

Beruchmung von Sachverstänbigen Geb.G. 4443, 153132, 156138, 167158, 170167, von Beteiligten und Zeugen in Verwaltungssachen Geb.G. 183202.

Beröffentlichung der Kraftlosertfärung einer Bollmachtsurfunde Geb.G. 153132, im Bwangsversteigerungsversachren Geb.G. 2315.

Berpsichtung von Beamten und Bediensteten Geb.G. 83, der Beteiligten zur Wertsangabe Geb.G. 3940, in Verwaltungssjachen Geb.G. 183202, des Vormunds zur Rechnungslegung Geb.G. 7484.

Berrichtungen einer Urtundeperfon fiebe bort.

Berjäumnis, wissentliche, von Anzeigen über Grunderwerb Geb. G. 201258, von Angabe des Wertes Geb.G. 202256.

Bersagung der Bestätigung hinsichtlich der Annahme an Kindessatt Geb. G. 151128, des Zuichlages bei Mobiliarversteigerungen Geb. G. 205202, der Zuftimmung zu einem Bertrage Geb. G. 173176, 177.

Berichiedenheit der Gebührenfage, Erhebung nur einer Gebühr Geb.G. 5657, 136117.

Berichulden einer Partei Geb.G. 33, 192231, 193232.

Bersicherungen an Eidesstatt, beren Abnahme Geb.G. 95, durch ben Notar Geb.G. 170

Berficherungegesclischaften Geb.G. 187219, 201254, 207268.

Berficherungeverträge Geb.G. 206 265, 207267, 268, 269

Berficherungewesen, Gebührenfreiheit Geb.G. 83.

Bersteigerung, gerichtliche, eines Bergwerks ober einer Anlage Geb.G.2722, beweglicher Sachen und Muhungen Geb.G. 202257, G.V. 2484, von Fundbaggenftänden Geb.G. 203258, ger büllreufreie Geb.G. 203258, von Grundstücken Geb.G. 165152.

Bersteigerungsbeamte im Iwangsversteigerungsversahren Geb. G. 2010, 2214, 2315.

Bersteigerungserlöse, mehrere, Eintragung von Hypothefen für dieselben Geb.G. 137117.

Bersteigerungsgebühr teine einstweilige Befreiung Geb.G. 11. Bersteigerungsprotofoll, Bewer-

tung desfelben Geb.G. 2010. Bersteigerungstermin, neuer, Antrag auf Bestimmung eines

Geb.G. 2112, 2518. Bersteigerungeurkunde bei Mobi-

liarversteigerungen Geb.G. 204

Berteilung einer Gesamthypothet, Erteilung eines neuen Briefes Geb G. 146122.

Berteilungemaffe Geb.G. 189. Berteilungetermin Geb.G. 169.

Berteilungsversahren bei Iwangsenteignung Geb.G. 3024, in ber Iwangsvollstreckung Geb.G. 169, 17, 2517, außerhalb ber Iwangsversteigerung R.A. 31323, bei der Iwangsverwaltung Geb.G. 2111.

tung Geb.G. 2111

Berträg, feine Armenrechtsbewilligung Geb.G. 11, bedingter Geb.G. 172¹⁷⁸, 173¹⁷⁷, Richtigfeitserslärung besielben Geb.G. 174¹⁸¹, auf unbestimmte Zeit ober Lebensbauer Geb.G. 175 ¹⁸⁶, Wiederauflöjung Geb.G. 174¹⁸⁰.

Bertragsantrag, Annahme besfelben innerhalb einer Frift Geb.G. 172173.

Bertragsauflöjung Geb.G. 174180. Bertreter bes Eigentümers bes Grundfüds Geb.G. 152181, eines im Berteitungsversahren nicht ermittelten Berechtigten, Rechtsanwalt als solcher R.A. 2734.

Bertretungsmacht, Entziehung berfelben Geb.G. 81.

Bermahrer beffen Beftellung Geb. G. 155135

Berwahrung, amtliche, von Testamenten und Erbverträgen Geb.G. 129112, 169163, 164, 177191, vorläusige in Hinterlegungssachen Geb.G. 83, H.O. 239 6

Verwaltung, Bewilligung bes Armenrechts Geb.G. 94, eines Fibeikonntiffes Geb.G. 6982, bes Vormundschaftsvermögens Geb.G. 7484, eines Grundftücks im Jwangsversteigerungsversahren Geb.G. 209.

-22-

Bermattungsbehörde höhere Geb. G. 182200, Erhebung ber Bejchwerbe bei berjelben Geb.G. 3633, Befugnis zur Gebührennieberschlagung Geb.G. 193222, Bollstreckungsrecht berjelben Geb.G. 216287.

Verwaltungsgerichtshof, Bejchwerde an benjelben Geb.G. 177192, 198247, Entscheidungen in Gebührenjachen Geb.G. 194234, 230314, der Vorfrage Geb.G. 192231, Gebührenjäge bei benjelben Geb.G. 182200, Gegenvorstellung an benjelben Geb.G. 194234.

Berwaltungsjahr in Bormundschaften Geb.G. 7484, im Awangsverwaltungsversahren

Geb.G. 2011.

Berwaltungerechtspflege, Abschriften, Aussertigungen und Aussüge Geb.G. 189222, Armenrecht Geb.G. 94, Gebühren in berjelben Geb.G. 181198, ber Nechtsanwälte R.A. 323 ff.

Bermaltungswege, Strafverfahren im Geb.G. 3632, Berfahren Geb.G. 219294, 230314.

Berwandte, Berträge zwischen benselben Geb.G. 162146, 200 250, 210279.

Berweigerung der Wertsangabe Geb.G. 4041.

Verwendung der Gebührenmarken Geb.G. 218291.

Berwertung von Münbelgut, Berfteigerung Geb.G. 203258. Berwidelung bes Gegenstandes

Geb.G. 149124.

Berzeichnung des Nachlasses Geb. G. 109101.

Berzicht des Abkömmlings auf feinen Anteil am Gesamtgut Geb.G. 117104.

Berzinslichfeit, Eintragungen bezüglich derjelben in das Grundbuch Geb. G. 134116.

Biehverficherung fiebe Berficherungswefen.

- Bollendung eines Rechtsgeschäfts Geb.G. 173178.
- Bolliähriafeiteerflärung Geb.G. 187220.
- Bollmacht. Erteilung ober Biberruf berfelben in Grundbuchfachen Geb.G. 150126.
- Bollmaditourfunde, Araitloserflarung berfelben Geb.G. 153132.
- Bollftredbare Musfertigung einer Sypothet., Grundichuld., Ren: tenichuldurfunde Geb.G 222299. einer Notariatsurfunde Geb.G. 179173
- Bollftredbarteit, vorläufige, ber Beichlüsse ber Regierungsfinangtammer Geb.G. 198247.

Bollftredung von Strafen Geb.G. 220295.

- Bollftredungebefehl, Erwirtung durch den Gerichtsvollzieher G.V. 25311.
- Bollftredungegericht, Aufhebung bes Zuichlage Geb.G. 2010. Bollftredungeflaufel, Erteilung
- einer neuen Geb.G. 222299. Bollftredungeorgane, Gebühren
- berielben Geb.G. 125. Bollftredungerecht von anderen
- Bermaltungsbehörden als ber Rentämter Geb.G. 216287.
- Bolling eines bereits bewerteten Rechtsgeschäfts Geb G. 173178.
- Bollgugevoridriften aum bührengefes, Buwiberhanblungen gegen die Beftimmungen Geb.G. 219294.
- Borbereitungebrarie ber Staatedienstajpiranten, Beugnisse über dieiclbe Geb.G. 9813.
- Borerbe, beijen Ungeige von ben Eintritt ber Nacherbfolge Geb. G. 117104, Erbicheinserteilung an denjelben Geb.G. 9896.
- Borfrage, Berhandlung, Enticheidung hinfichtlich der lleberschreitung der Amtsbefugniffe oder Unterlaffung von Amtshandlungen Geb.G. 192231.

- Borführung einer Berfon G.V. 2506.
- Borfauferecht . Beftellung und Eintragung Geb G. 141119.
- und Buftellgebühren Borlabe-Geb.G. 125.
- Borläufige Bermabrung in Sinterlegungslachen Geb.G. 83, H.O. 2396
- Bormerfungen in die Genoffenichafteregifter Geb.G. 5555. Eintragungen von folchen in das Grundbuch Geb G. 116.
- Bormund, Beftellung besfelben Geb.G. 8792, Beftellung eines folchen Geb.G. 7889, Gebührenhaftung Geb.G. 39, Thatigfeit des Rechtsanwalts als jolcher R.A. 2734, Berpflichtung gur Rechnungslegung Geb.G. 7384, Berfteigerung von Münbelgut Geb.G. 203258.
- Bormundichaft Geb.G. 7283 ff., Allgemeines Geb.G. 70 ff., Abichriften und Ausfertigungen bon Amtswegen allgemeines Geb.G. 8893, Ginfünfte, Gebühren aus benielben Geb.G. 7384, Endigung ber vorläufigen in eine enbailtige Geb.G. 7888. Fälligfeit ber Bebühren Gel. G. 7687, Gebühren bei Erftredung auf mehrere Mündel Geb.G. 7686. Gebühren aus bem Bermögensbeftand Geb.G.7283, Stundung der Gebühren Geh. G.7585, porläufige Geb G. 7788, Sinterlegungegebühren HO. 233 2.
- Bormundidaftegericht. Enticheibungen besfelben, die fich nicht auf Mündel, Pflegebefohlene ober unter elterlicher Gewalt ftebende Rinder beziehen Geb. G. 85, Erjuchen besielben um Eintragung eines Pfanbrechts an einem Schiffe Geb.G. 6268, einer Sypothet Geb.G. 226308,

beffen Thatigteit Geb.G. 7889, ! 8792

Bormundidaitefaden Geb.G. 72 83 ff., gebührenfreie Aufnahme Inventaren und Bermögensperzeichniffen in benfelben Geb.G. 168162.

Bormundicaftevermogen, Gebühr aus bemielben Geb.G. 7283.

Bornabme von Siegelungen und Entfiegelungen, bann von Berrichtungen einer Urfundsperion (fiebe bort).

Boridus, Erhebung von Musländern Geb.G. 214283, durch ben Berichtspollzieher Geb.G. 179194, bei Requisitionsiachen Geb.G. 214283,

Boridusbaftung mehrerer Untraafteller Geb.G. 2316.

Boridukvilicht des Antragitellers Geb.G. 2316.

943.

Mannen, abelige Geb.G. 197242. Wartegeit, Befreiung von berjelben Geb.G. 188220.

Verpfändung Bedfel. pber Sinterlegung bon jolchen Geb. G. 208270.

Bedielprotest, Geb.G. 171169. 177193, Aufnahme G.V.2518. Bedieliumme Geb.G. 171169.

Empfangnahme G.V. 2529. Meiden Geb.G. 4142.

Weinberge Geb.G. 4142.

Beinversteigerungen Geb.G. 203 258

Beitere Beichwerde Geb.G. 4949, 5051, 52, 230314.

Beitläufigfeit bes Begenftanbes Geb.G. 149124, 212280,

Wert der Disvache Geb.G. 155137. Einfluß auf die Gebührenbewertung Geb.G. 162146, 199 250, Feststellung besjelben burch Sachverständige Geb.G. 156138,

bes Gegenftanbes ber 3mangs. perfteigerung Geb.G. 15, 179. 199, Zwangeverwaltung Geb. G. 2111, einer Grundbienstbarteit Geb.G. 176187, von Grundstüden Geb.G. 153132. einer Sache Geb.G. 4010, im Ordnungsftrafverfahren Geb. G. 159142.

2Berteangabe Geb.G. 3940, 4041. Berteanidlag bes Rentamts Geb.G. 4142.

Berteberechnung bei ber Dacherbjolge Geb.G. 200251.

Berteermittlung in ber freimilligen Gerichtsbarteit Geb.G. 4142, 4545, 4646, im 3mangs. verfteigerungsverfahren Geb. G. 14. pon Grundftuden Geb.G. 167158.

Wertefestiebung Geb.G. 4443. 4545

Bertpapiere nach der Sinterlegungsordnung H.O. 237 3 . 239 5 . 24111, beren Berviändung Geb.G. 208270.

Biderruf von Teftamenten Geb.G. 169164

Bideriprud gegen Eintragungen und Löichungen im Grundbuch Geb.G. 134, Güterrechtereaister Geb.G. 6676, Handelsregister Geb.G. 5355, 5961, Schiffs. register Geb.G. 6267, Bereinsregifter Geb.G. 6472.

Bicderholung ber Ordnungsftraje Geb.G. 159142.

Bicderverebelichungezengnie Geb. G. 85. fiehe auch Enticheibg. b. Oberft. 2.G. S. XI.

Biederverfteigerung Geb.G. 15, Gebühren der Rechtsanmalte R.A. 32028.

Micien Geb.G. 4443.

Willenserflärung, beren öffentliche Buftellung Geb.G. 153132, Urfunden der Berichtsvollzieher über Buftellung berjelben Geb. G. 177193.

Birtung, ausschiebende, bei Beichwerden und Gegenvorstellungen Geb.G. 194234.

Bohlthätige Bereine Geb.G.

Bohnungsausschluß an Gerichtsvollzieher und Notare Geb.G. 184205.

Bürden, Berleihung derfelben Geb.G. 195237, 197243.

3.

Bahl ber beteiligten Personen, Einfluß auf die Gebührenberrechnung Geb.G. 174182.

Zahlung nach Borlage bes Wechfels G.V. 252.

Zahlungsaufforderung, Borausjegung für Nachforderung, unterbricht Berjährung Geb. G. 2. Zahlungsbeichl, Erwirtung durch Gerichtsvollzieher G.V. 25311.

Jahlungöfrijten Geb.G. 19231.
Bahlungöfridtiger, Eriunerungen gegen ben Gebührenanfag Geb.G. 4544, 4647, G.V. 25515, Necht besjelben auf Beichwerbe Geb.G. 4646, 4848, 4949, Berweigerung ber Wertsangabe

Geb.G. 4041. Zahlungsunfähigkeit, amtsbekannt Geb.G. 94.

3ahnarzte Geb.G. 186213.

Zeichenregister Geb.G. 54. Zeitauswand, Einfluß auf die Söhe der Gebühr Geb.G.

148123, 183202, 212280. Beitdauer des Geschäfts Geb.G. 183202.

Zeuge, Beschwerde über die sestgesette Entschädigung Geb.G. 4646, eidliche Bernehmung durch den Notar Geb.G. 170167, in Verwaltungssachen Geb.G. 183202.

Beugen- n. Sachverständigen-Gebühren Geb.G. 125.

Bengniffe Geb.G. 83, 192231, über Bewilligung bes Armenrechts

Geb.G. 10, über die Ernennung eines Testamentsvollstreckers Geb.G. 10398, über Hortgeung der Gitergemeinschaft Geb.G. 10398, gerichtliche Geb.G. 5154, nach Art. 16 des Anstelle Andre Anstelle Geb.G. 5154, der Bei.G. 10398, in Nachsläsigkeite Geb.G. 130114, über die Nachtstrat der Kostensestenung Geb.G. 158140, über den Uebergang des Gejantsutät Geb.G. 224304, der Verwoltungsbehörden Geb.G. 198 si.

Butässigsteit der Beschwerde au das Landgericht in Gebührenstreitsachen Geb.G. 4646, 47, der weiteren Beschwerde Geb. G. 4940.

Burüdnahme von Anmeldungen zum Kandelsregister Ged. G. 5759, zum Bereinsregister Ged. G. 6441, des Antrags auf Anordnung der Zwangsvollstreckung Ged. G. 16, 189, 2111, der Beeschwerbe Ged. G. 3634, des Antrags in Grundbuchsachen Ged. G. 149125, des Austrags R. A. 29013, 3328, den Testamenten Ged. G. 125111, 169164, 176194.

Burüdweisung von Aumelbungen in Begisterangelegenheiten Geb. G. 5759, 6082, 6471, 6675, von Anträgen in Erundbuchsachen Geb.G. 149124, der softetigen Beschwerbe Geb.G. 151128.

Zusammenrechnung mehrerer Weistgebote Geb.G. 16%, mehrere Nachlässe Geb.G. 94%.

Bufchlag im Zwangsversteigerungsversahren Geb.G. 16.

Zuschreibungen im Steuerkataster Geb.G. 190223.

Zuftändigfeit bei Gebührenftreitfragen Geb. G. 3738, 4544, 194234, 198247, bei Zuwiderhanblungen gegen daß Gebührengejet Geb. G. 219294. Buftand einer Sache, deffen Festftellung Geb.G. 156138.

Justellgebühren Geb.G. 125.

Buftellung, von Amtswegen in Korstrügejachen Geb.G. 3327, Öffentliche einer Willensertlärung Geb.G. 153132, 177193 burch Notare Geb.G. 170167,

Zustellungsaufträge, der Notare Geb.G. 170167.

Bustellungsvertreter, Rechtsanwälte als jolche R.A. 2734.

Zustimmung, anteilsberechtigter Abkömmlinge zu Rechtsgeschäften, deren Ersehung Ged.G. 8491, einer dritten Person zur Birksamteit eines Bertrages Ged.G. 173176.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorichriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben u. Gefälle, gegen den Lokalmalkausischap in sonstige örtliche Gefälle Ged. 2, 3632, des Gebührengeießes Ged. 2.19294, 220295.

Bwangsenteignung Geb G. 2924, 3125, 222298, R.A. 261.

Zwangsmaßregeln vom Gerichte angeordnete Geb.G. 158140. Zwangsverfahren zur Ablieferung

Zwangeverfahren zur Ablieferung von Teftamenten Geb. G. 129113.

Awangsversteigerung u. Zwangsverwaltung, Gebührenvorschriften bis zur Anlage des Grundbuchs Ged G. 221207, zum Zwecke der Ausschung der Gemeinschaft Ged G. 2722, eines Schisses Ged G. 2621, eines underweglichen Auges Ged. G. 2722.

Bwangeverfteigerungeverfahren,

Mbidilagšzahlung GebG. 2517, Unovonung Geb.G. 14, Unordnung der Bewachung und Berwaltrung eines Schiffes Geb.G. 209, Unrechnung von Geöühren Geb.G. 15 *, Untrag bes Konturšverwalterš Geb.G. 2722. Untragfteller Geb.G. 16,

R.A. 29417, Armenrecht Geb. G. 2416, Aufhebung bes Buichlage Geb.G. 2010. Ausführung bes Teilungsplans Geb. G. 2213, Ausrufer Geb.G. 2315, Bargebot Geb.G. 199, Erfteher Geb.G. 2620, Gebühren Geb. 169. Gebührenbei-14. ipiele Geb.G. 19, Gebühren bei außergerichtlicher Einigung Geb.G. 179, Gebührenfälligfeit Geb.G. 209, Gebühren der Rechtsanwälte R.A. 29417, Gebührenftreitfragen Geb.G. 3125, Gebühren= u. Muslagen= Geb.G. 209, 2316, vorichuß Gejamterlös. Geb G. 199. Roftenbedung, Roftenhaftung Geb.G. 2619, Roften der Beröffentlichung Geb.G. Meiftgebot Geb.G. 179, neuer Berfteigerungstermin Geb.G. 2112, 2518, Thatiateit Grundbuchamts Geb.G. 2620. Uebereinkommen Geb.G. 179. Berbindung mehrerer Geb.G. Berfteigerungsprototofl Geb.G. 2010, Berteilungsverfahren Geb.G. 16, 179, 189, Beteiligten Bertretung pon durch einen Rechtsanwalt R.A. 29417, Borschußhaftung Geb.G. 2316, Bertegegenstand Geb.G. 15, 17 9, 19 9, R.A 29918, Wieberversteigerung Geb.G. 15, Burücknahme des Antrags Geb. G. 16, 17⁹.

Zwangsverwalter, Rechtsanwalt als jolcher R.A. 2734.

Zwangeverwaltungeversahren, Unordnung Geb.G. 14, 148, Untrag des Kontlursverwalters Geb.G. 2722, Urmenrecht Geb. G. 2416, Unifiellung des Teilungsplans Geb.G. 2011, Beitritt Geb.G. 15, Beginn des jelben Geb.G. 2111, Gebühren in demfelben Geb.G. 2011, 21, Gebührenanrechnung 158, Gebühren ber Mechtšanwälte R.A. 305¹⁹, Koftenhaftung Geb.G. 25¹⁹, Bertretung von Berechtigten u. Beteiligten burch Mechtšanwälte R.A. 309, 310²⁰, Berteilungsverfahren Geb.G. 20¹¹, Berwaltungsjahr Geb.G. 20¹¹, Wertsberechnung für Mechtšanwälte R.A. 310²⁰, 311²¹, Jurüdnahme bes Untungs Geb.G. 21¹¹.

Bwangsvollstredung, Gebühren ber Rechtsanwälte R.A. 276 6, 31928, in Gegenstände bes unbeweglichen Bermögens Geb.

G. 147, in Schiffe Geb.G. 26²¹, in ber Verwaltung Geb.G. 193²³¹.

Bwangsvollstredungssachen, Bewachung u. Beaufsichtigung burch Gerichtsvollzieher G.V. 25312.

Bwangevollzug administrativer, Beitreibung von Gebührenrückständen Geb.G. 216287.

Zweigniederlassung einer Firma Geb G. 55⁵⁶, 56⁵⁷, einer Attiengeiellichaft oder Kommanditgeiellichaft auf Attien Geb.G. 58⁶⁰.

Keidel, Sr., f. Umterichter in Munchen.

handbuch des Versahrens der Gerichte in Ungelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Banern, ausschließlich der Registeriachen, der Fibeitommißangelegenheiten und der ftandesherrlichen Bormundichaftsfachen. 8º. (XII, 403 G.) 1903. In Gangleinen gebb. Mt. 7.20.

Das Bert murbe vom t. b. Staatsministerium ber Justig für alle Gerichte angeichafft.

Centralblatt für Rechtswiffenichaft 23. Bb. Beft 1.

Keidel, fr., f. Amterichter in Munchen.

- Geset über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarfeit v. 17. Mai 1898. Handansgabe mit Erläuterungen und Sachregister. 8°. (XII, 190°S.) 1898. In Ganzleinen gebb. Mt. 3.20.
- Ergänzungsbändchen hierzu, enthaltend die baperischen Ausführungsbestimmungen zu dem Geseth über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 80. (XII, 82 &.) Kart. Mt. 1.60.

Blätter für Rechtsanwendung IIr. 1 p. 7. I. 1899.

.... Die Erläuterungen find übersichtlich gestaltet und in ber Art ber Darstellung wohlgeeignet bagu, raich zu informieren. . . .

Kaifenberg, B., f. Juftigrat u. Rotar in München.

Kommentar zum banerischen Notariatsgesetze vom 9. Juni 1899. gr. 8°. 1. 3. Lieserung. (15 Bogen) Mt. 4.50.

Der Gefamtumfang wird etwa 25 Drudbogen, ber Breis ca. Mt. 8 .- betragen.

Kaifenberg, f., t. Juftigrat und Rotar in München.

Die Notariatsgebührenordnung für das Königreich Banern, mit den einschlägigen Bestimmungen des Gebührengeses in der Fassung vom 11. November 1899, und einer Tabellarischen Berrechnung der bei Notariatsgeschäften anfalenden Staatse, Gemeindenund Notariatsgebühren. Gr. 8°. (XII, 239 G.) 1900. Broich. Mt. 10.—: geb. in Salbira. Mt. 12.—.

Empjohlen im Juftizministerialblatt v. 13. XI. 1900, desgl. im Finanz-Ministerialblatt Nr. 25 v. 8. XI. 1900 und Amtsblatt d. Min. d. Junern Nr. 49 v. 17. X. 1900.

Meisner, Chr., Rechtsanwalt in Burgburg,

Das in Bapern geltende Nachbarrecht mit Berückichtigung des Wasserrechts. gr. 8°. (VIII, 320 S.) Gebb. Mt. 7.20.

Blätter für administrative Praxis v. 9. VII. 1902.
"... Dem Inristen wie dem Laien wird die zusammensassende Darstellung des schwierigen Bechtsgebiets eine willkommene Gabe sein."

Sauer, Karl, R. Landgerichtsrat in Burgburg,

Testamente und Erbverträge in Bayern nebst einer furzen darstellung des gesehlichen Erbrechtes, des Pflichtteilsrechtes und Nachlasversahrens, sowie einem Anhang enthaltend Muster für Testamente und Erdverträge. gr. 8°. (XII, 447 S.) 1903. In Ganzseitung gebb. Mt. 9.80.

Centralblatt f. freiw. Gerichtsbart. u. Notariat. 1903. 6. 3.
... Bit wollen nicht unterlässen, auf diese vorzägliche Wert eines erfahrenen Peratiters, der elbis nehrere Jahre als Nachlagrichter tätig war, den bearbeiteten Stoff gründlich beherrsch und ihn nit einer bewundernswerten klachteit durch gastreiche Beiwiese, welche den Wert des Buches nur erhöhen, zu erläutern und anschaltel zu machen versicht, hiermit nochmals ganz beinders aufmerkan zu machen.

Schmitt, Gottfr., Db.Reg. Rat i. f. b. Staatsministerium b. Juftig.

Banerische Justizgesetze. Sammlung von Candesgesetzen für die Rechtspstege nach bem Stande der Zeit des Infrastretens des BGB. gr. 8º 1.-5. Lieferung. (66 Bogen.) Mt. 12.-.

Die 6. (Schluß-) Lieferung ericheint bestimmt anfangs 1904.

Meisner, Chr., Rechtsanwalt in Bargburg,

Die Vorichriften des Bürgerlichen Gesethuchs über die Viehgewährschaft nebst ber hiezu ergangenen kaiserl. Berordnung v. 27. März 1899. Kommentierte Handausgabe. 8°. (XIV, 161 ©.) 1900. Gebb. Mt. 3.40.

Augsburger Abendzeitung. 1900. Ar. 64 v. 6. III.
.... Seine tlare, sahliche Partiellung läft das Buch nicht nur für Juristen, sondern auch sur Geschäftstreise besonders geeignet erscheinen. Es tann auf das Beite empfohlen werden.

Pfordten, Th., von der, f. Amterichter in Munchen.

Die Behandlung des Nachlasses von Ausländern. Mit besonderer Rudsicht auf die bayer. Berhältnisse. (Unter der Presse.)
Mt. 1.20.

Sammlung von das Notariat im Königreich Bapern betr. Gefegen, Derordnungen und Ministerialbekanntmachungen. (Nach dem Stande v. 1. April 1901.) Textausgabe mit ausführlichem Sachregister. 80. (IV, 294 S.) Kart. 3.50.

Empfohlen im Justizministerialblatt Ro. XXI v. 19. VII. 1901, besgl. im Finanz-Ministerialblatt Rr. 11 v. 20. V. 1901, und Amts-blatt bes Min. d. Innern Rr. 19 und 15. VII. 1901.

Reumiller, 3., f. Landgerichterat in Munden.

Die Civilprozehordnung für das Deutsche Reich. In der Kassung des R.-G. vom 17. V. 1898 nach der Bekanntmachung vom 20. V. 1898. Handsagabe mit Erfäuterungen unter besonderer Berückstätigung der Bayerischen Gesetzgebung und Rechtspseune nebit einem Anhange, enthaltend das Gerichtsversassungsgeset, die Kokengeseh und sonktige wichtige Nebengesehe. Leg. 8°. (XVI, 703 S.) Brosch. Mt. 15.50, gebb. in Halbranz Mt. 18.—.

Reumiller's CPO. wurde vom t. b. Staatsministerium ber Rustig für alle Gerichte angeschafft.

Das Recht. 1903. 97r. 3.

Renmiller's Civilvrozesordnung ist das Bert eines mit den Redürfnissen der Prazis allseits und in besonderem Rasse vertrauten Praktifers.

2 andesrechtlich gibt das Ruch alle Zitate und Behelfe für die Amvendung der bager. Gesetzgebung in einer ieltenen Bolltonmenheit, . . .

huber, B., f. Landgerichtsfefretar in Munchen.

Ulphabetisches Haupt-Sachregister zum Justizministerialblatt (1863 bis 1895 einichsließlich) f. d. Kgr. Bayern. 2. Aust. gt. 8°. (1V, 109 S.) 1886. Brojch. Mt. 3.—, tart. Mt. 3.50. — Desgl. 1896—1901 cinichsl. gr. 8°. (81 S.) Brosch. Mt. 2.50, fart. Mt. 3.—.

Das Recht. 1897. 92r. 2.

"Eine sehr empsehsenswerte Ergänzung und ein nicht zu unterschätzendes Hissmittel bei Benügung der 33 Jahrgänge des "Austizministerialblattes", besonders auch deswegen, weil der herausgeber alle Bestimmungen, die ihre (kiltigkeit verloren, nicht aufgenommen hat."

Das Gerichtsvollzieherwesen in Banern, (Abbrud ber amtl. Ausg..) mit allen Formularen, einem Juhaltsverzeichnis, alphabetischem Sachregister und einer Einführung in die einfachten Begriffe des Wechseltechts. 8°. (VI und 340 S.) 1900. fart. Mt. 3.50.

Empfohlen im Justizministerialblatt v. 13. XI. 1900, besgl. im Finanz. Ministerialblatt Rr. 25 v. 8. XI. 1900.

Keidel, 3., f. Bezirfsamtsaffeffor in Erding.

Der Wirfungsfreis der Amtsanwälte in Banern. Sammlung von Berordnungen und Ministerialerlassen über die Behandlung der den Amtsanwälten zugewiesenen Geschäfte. 8°. (X, 237 S.) 1902. Rart. Mt. 4.—.

Empfohlen im Amtsblatt bes Staatsministerinms bes Innern Nr. 4 v. 30, I. 1903, besgl. im Justizministerialblatt Nr. II. v. 28 I. 1903,

Maurer, O., Gefretar in Munchen.

Prattifche Unleitung zur anwaltschaftlichen Buch- und Geschäftsführung. 2. Ausg. 1898. Rart. Mf. -. 80.

Frankenburger, Dr. Beinr., Rechtsanwalt in München.

handelsgesethuch für das Deutsche Reich (mit Ausnahme bes Seerrechts) nebst bem Einführungsgesetze. Handausgabe mit Erfanterungen und ausführlichem Sachregister. 2. vollständig umgearbeitete Auflage. 8°. (XI, 724 S.) 1902. Ju Ganzleinen gebb. Mt. 8.60.

Munchner Allgemeine Zeitung. Dr. 252 bom 13. IX. 1902.

... Die Frankenburgeriche Ausgabe hat sich schoo bei ührem ersten Erscheinen viele Freunde erworben und sich als praktisches Kandbuch bewährt, praktisch wegen der gemeinverständlichen Erschutzeungen und des recht sorgfälligen umfangerichen Sachregisters und praktisch wegen der handlichen Form bei sehr gediegener Ausschattung.

Mener, Karl, f. Landgerichtsrat in München.

Die Konkursordnung für das Deutsche Reich nebst den 3ugehörigen Einführungsgesetzen und das Reichsgesetz, betr. die Anfechtung von Nechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens in der Fassung vom 20. Mai 1898. Handausgabe mit Erläuterungen, ausführlichem Sachregister und einem Anhang. 8°. (VIII, 459 S.) In Ganzleinen gebb. Mt. 6.—.

Badifche Rechtspragis. 1900. 97r. 4.

"Rie empfesten die vorsiglische Kandausgade der neuen A.C. allen Praktikern zur Anischaffung. Sie enthält alles Notwendige in umfassender, prästlier und concifer Julammenitestung und ist ein zwerkäfiger Wegweiser auch für eine etwa erforderliche eingehende Bearbeitung dom Konture- und Aufechtungsfrager.

Hahn, Dr. Jul., Rechtsanwalt und Gefretar ber Sanbeles und Gewerbefammer fur Oberbabern.

Das Gesetz zur Befämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896. Handausgabe mit Anmerfungen. 8°. (IV, 115 S.) 1896. In Ganzleinen gebb. Mt. 2.40.

Der Handelsgefellichafter. 1896. 97r. 12.

Dr. Kahns Kommentierung zeichnet sich durch eine übersichtliche Klarheit und burch die Zuverlässigkeit feiner Erklärungen im hohen Grade aus.

Bermann, 3., f. Umtsgerichtsfefretar.

Civilrechtliche Friften und Verjährungen der Deutschen Reichsgesete. 8°. (485 C.) Broich. Mt. 7.20, gebb. Mt. 8.-.

Baner, kandelszeitung. 1901. Nr. 26. Ein ungemein praktisches, alvhabetisch geordnetes Sandbuch, das sich im täglichen Gebranche sicher recht nigslich erweisen wird.

Adelmann, Dr. Karl, f. Umterichter in München.

Die Kraftloserklärung abhanden gekommener oder vernichteter Urkunden im Aufgebotsversahren nach Reichsrecht u. bauer. Landesrecht. gr. 8°. (ca. 9 Bogen u. 2 Tabellen). 1903. (Im Drud.) In Ganzleinen gebb. ca. Wt. 3.50.

3. v. Staudinger's

Kommentar zum Bürgerlichen Gesethuch und dem Einführungsgesetz herausgegeben von Dr. Ch. Loewenfeld, f. Universitätsprosesson und Rechtsanwalt, Dr. E. Riezler, Universitätsprosesson, Ph. Manring, f. Oberlandesgerichtsrat, K. Kober, t. Landgerichtsrat, Dr. Ch. Engelmann, f. Landgerichtsrat, Dr. J. herzselder, Rechtsanwalt, J. Wagner, f. Oberlandesgerichtsrat und Landtagsabgeordieter.

— 2. vollständig neubearbeitete Auflage. — 3m Ericheinen begriffen. Das Wert gelangt in Lieferungen zur Ausgabe, wird voransfücktlich bis Ende 1904 vollendet vorliegen und tomplet ca. Wet. 80.— toften.

Wf. 80.— fosten. Centralblatt für Rechtswiffenschaft (1903) XXII. Band, 11./12. Heft:

Ter Nommentar ist dem Planckschen durchaus ebenbürtig. Es unterliegt teinem zweifel, daß er gleich diesem ansgezeicheten Werfe zu den standard works der deutschen durchtenuet zählen wird. Schück.

Jaeger, Dr. E., ord. Profeffor a. b. Universitat Burgburg.

Das Burgerliche Gesethuch mit Nebengesegen und einem Gesamtregister für den atademischen und pratisischen Gebrauch. Ausgabe für das Königreich Bayern. Mit Nachtrag 1903. 80. (XII, 1653 S.) In halbfra, gebb. Mf. 13.50.
Diese Sammlung enthält im gangen 83 Gesege und geichnet sich durch

Diese Sammlung enthält im ganzen 83 Gelege und zeichnet sich durch practische Aulage, vollständig korrekten Gelegestext, deutlichen Druck, elegante Ausstazturg, handliches kormat und angerordentisch billigen Breis aus.

Dispeter, Dr. S., Rechtsanwalt in Munchen.

Allphabetisch geordneter Führer durch das Bürgerliche Gesethuch und bessen Bebengesetze mit besonderer Berückstigung der für Bayern geltenden Bestimmungen und unter vergleichender Bezugnachme auf die römisch-rechtl. Benennungen. gr. 8°. (VIII, 372 C.) In Halberg. aebb. Mt. 9,—.

Bohm, gerd., weil. Rat a. f. Oberft. Landesger. in München, u.

Klein, Mag, Reichsgerichtsrat in Leipzig.

Das Banerische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesethuche. gr. 8°. (XV, 440 S.) 1901. Brosch. Mt. 9.—. In Halbiranz geb. Mt. 11.—.

Bom f. b. Staatsministerium der Juftig murbe bas Bert für alle

Gerichte und Staatsanwaltichaften angeichafft.

Meitel, Gg., t. II. Staatsanwalt in München.

Baner. Ausführungsgesehe zum Bürg. Gesethuche, zur Sivilprozehordnung und zum Gerichtsverfassungsgelet. Mit Wiedergabe der eitierten Karagraphen, Annuerfungen 2c. 2. vermehrte und verbesst. Kuss. 8°. (XVII, 686 S.) Brosch. Mt. 6.50, gebb. Mt. 7.50. — Empsohlen im Justizministerialblatt Nr. X v. 20. 4. 1901.

Maenner, K., Reichsgerichtsrat in Leipzig.

Das Recht der Grundstüde nach dem bürgerl. Gesethuche u. der Grundbuchordnung für d. Deutsche Reich. gr. 8°. (VIII, 408 S.) 1899. Brosch. Mt. 9.—, in Halbir. gebb. Mt. 11.—.



